J. publ. E.
327 x

Püttlingen

Regesten

zur diplomatischen Geschichte Oesterreichs.

Uebersicht

der

österreichischen Staatsverträge

seit Maria Theresia bis auf die neueste Zeit,

mit historischen Erläuterungen.

Von

Johann Freiherrn Vesque von Püttlingen

Ritter des königlich ungarischen St. Stephans- und des kaiserlich österreichischen Leopold-Ordens, k. k. wirklichem Hof- und Ministerialrathe im Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeussern, Präses der Commissionen für die Diplomaten-Prüfungen und für die juridischen Prüfungen an der k. k. orientalischen Facultät an der Universität zu Wien etc.

WIEN 1869.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

374 - D.

12/10

15. 242

Juridischer Verlag
von Wilhelm Braumüller, k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler in Wien.

Von demselben Verfasser:

HANDBUCH
des in Oesterreich geltenden
internationalen Privatrechtes.

gr. 8. 1860. Preis: 4 fl. — 2 Thlr. 20 Ngr.

Bei dem in unseren Tagen so ungemein gesteigerten Verkehr mit dem Auslande und der daraus erwachsenden Vermehrung der Rechtsbeziehungen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Staaten, häufen sich auch täglich die Fälle, wo die Bestimmungen der inländischen Gesetzgebung auf ausländische Verhältnisse, oder umgekehrt die Gesetze des Auslandes auf diesseitige Unterthanen oder Interessen angewendet werden müssen. Das gegenwärtige Werk stellt die für die Entscheidung solcher Angelegenheiten in Oesterreich geltenden Vorschriften des Civil- und Strafrechtes und der politischen Administration, gegründet sowohl auf die allgemeinen Principien des europäischen Völkerrechtes, als auf besondere Staatsverträge, Gesetze und Verordnungen in vollständiger Uebersicht und systematischer Anordnung dar; es wird daher dem Richterstande, den Verwaltungs-Beamten, den Diplomaten und Consuln, den Candidaten dieser verschiedenen Dienstessphären, so wie den bei internationalen Rechtsverhältnissen betheiligten Privaten als ein willkommenes Hand- und Lehrbuch von wesentlichem Nutzen sein.

Die amtliche Stellung des Herrn Verfassers hat ihn mit dem Gegenstande genau vertraut gemacht, und der ehrenvolle Ruf, den ihm seine bisherigen Leistungen auf dem Felde der juristischen Literatur, insbesondere des internationalen Rechtes, erworben haben, bürgt für die Gediegenheit der vorstehenden Arbeit.

Von demselben Verfasser:

Das musikalische Autorrecht.
Eine juristisch-musikalische Abhandlung.

gr. 8. 1864. Preis: 2 fl. — 1 Thlr. 10 Ngr.

Dass den Compositionen kein geringerer Schutz in Hinsicht auf ihre Produkte zu gewähren sei, als dem Dichter, Künstler, Kartographen u. s. w. liegt auf der Hand. In dieser Richtung ist oben genanntes Buch von hoher Wichtigkeit, um so wichtiger, als vielleicht kein Fach der Gefahr des Plagiates mehr ausgesetzt ist, als das musikalische. Der Verfasser verbreitet sich in gründlichster Erörterung über das Object des musikalischen Autorrechtes, über das Subject desselben, die Dauer des musikalischen Autorrechtes, die Verletzung desselben, die Rechtsfolge der Verletzung und den internationalen Schutz. Als Anhang werden dann die österreichischen Gesetze, das Uebereinkommen mit den italienischen Staaten und schliesslich das deutsche Bundesrecht in Betracht gezogen. Wenn dieses Werk auch vorzugsweise auf die österreichische Gesetzgebung basirt ist, so hat es doch deshalb um nichts weniger Werth für das gesammtdeutsche Autorrecht in fraglichem Betreff. Denn einestheils sind die Bestimmungen über den Schutz der literären, künstlerischen und anderen Erzeugnisse in der österreichischen Gesetzgebung von der juristischen Wissenschaft so ziemlich aller Orte als besonders richtig anerkannt, andererseits sind zum Zweck allgemeiner Giltigkeit legislative Umgestaltungen des Autorrechtes in Aussicht, weshalb es nur von Interesse sein kann, einem tiefen Eingehen auf die Frage vor deren Erledigung zu begegnen.

Regesten
zur diplomatischen Geschichte Oesterreichs.

Uebersicht
der
österreichischen Staatsverträge
seit Maria Theresia bis auf die neueste Zeit,

mit historischen Erläuterungen.

Von

Johann Freiherrn Vesque von Püttlingen

Ritter des königlich-ungarischen St. Stephans- und des kaiserlich-österreichischen Leopold-Ordens, k. k. wirklichem Hof- und Ministerialrathe im Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeussern, Präses der Commissionen für die Diplomaten-Prüfungen und für die juridischen Prüfungen an der k. k. orientalischen Academie, Mitgliede des Doctoren-Collegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät an der Universität zu Wien etc.

WIEN, 1868.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorwort.

Für eine Fortsetzung der von mir vor vierzehn Jahren veröffentlichten „Uebersicht der Verträge Oesterreichs mit den auswärtigen Staaten" hat sich bereits ein reiches Material aus den vielen internationalen Uebereinkommen gebildet, welche in dem seither verflossenen ereignissvollen Zeitraume durch die Interessen des friedlichen Völkerverkehrs hervorgerufen wurden, oder den mit diesen civilisatorischen Bestrebungen nur zu grell contrastirenden Kriegsausbrüchen ein Ziel setzen mussten.

Zudem ergab sich eine namhafte Vervollständigung auch für die in jener ersten Publication behandelte Epoche: nämlich, von dem Regierungs-Antritte Maria Theresia's am 20. October 1740 bis Mitte Juni 1854. Fortgesetzte eigene Forschungen, mit Benützung ämtlicher Archive und Registraturen, dann das vom k. k. Regierungsrathe und Universitäts-Professor Dr. Leopold Neumann herausgegebene verdienstvolle Werk: „*Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche avec les puissances étrangères, depuis 1763 jusqu'à nos jours (1856)*" lieferten dafür einen bedeutenden Zuwachs.

Hiernach entstand das vorliegende, wesentlich vergrösserte Repertorium, bei welchem, um dessen Brauchbarkeit zu erhöhen, auch von dem früher eingehaltenen Grundsatze abgegangen wurde, sich bloss auf die noch bestehenden Staaten zu beschränken; dasselbe erstreckt sich vielmehr auf alle Staaten, mit denen Oesterreich in der vorgezeichneten Periode Verträge einging — selbst wenn die staatliche Existenz des Compaciscenten seitdem aufgehört hat. Es gewähren nämlich solche Staatsverträge nicht allein ein historisches Interesse,

sie finden wohl auch in manchen Fällen noch heute practische Anwendung — zumal bezüglich jener Staaten, welche ihre staats- und völkerrechtliche Existenz erst in Folge der neuesten politischen Ereignisse verloren haben.

Durch diese Erweiterung dürfte das gegenwärtige Buch nicht bloss als ein Nachschlage-Register für die Geschäftspraxis, sondern auch als ein Leitfaden bei dem Studium der diplomatischen Geschichte Oesterreichs sich nützlich erweisen.

Als Ausgangspunkt wurde der Regierungsantritt der grossen Kaiserin-Königin beibehalten: jener Abschnitt, mit dem, nach dem Erlöschen des habsburgischen Mannsstammes, die Geschichte des erst durch die pragmatische Sanction Carls VI. zu einer untrennbaren Gemeinschaft vereinigten Länder-Complexes beginnt, welchem der diplomatische und geographische Sprachgebrauch den Namen „Oesterreich" beigelegt hat. — Hinter diese Epoche wurde nur ausnahmsweise bezüglich einiger Staatsverträge gegriffen, auf die sich zu berufen man noch jetzt öfter in die Lage kommt.

Uebrigens blieb auch hier der Ausdruck „Staatsvertrag" in seiner weitesten Bedeutung; er bezieht sich auf alle vertragsmässig erworbenen Rechte und eingegangenen Verpflichtungen Oesterreichs gegenüber des Auslandes, die Vereinbarung möge erfolgt sein durch den Abschluss von Tractaten (Verträge mit besonders feierlicher Form) oder von Conventionen (minder wichtige und deshalb weniger feierliche Verträge), oder nur in der Form von officiellen Erklärungen (sei es mittelst gegenseitig ausgewechselter Ministerial-Declarationen, sei es auf dem Wege der gewöhnlichen diplomatischen Correspondenz), oder endlich durch Unterzeichnung von Protokollen. Selbst einseitig erlassene Verfügungen einer Regierung (Gesetze, Verordnungen, Erklärungen), dann die Beschlüsse der bestandenen deutschen Bundesversammlung, wurden aufgenommen, wenn sie auf das gegenseitige internationale Verhältniss zu Oesterreich Einfluss üben — und aus demselben Grunde sind auch Verträge dritter Staaten unter einander (in besonderen Bemerkungen oder mit kleinerem Drucke) angeführt, sobald aus denselben eine wesentliche Rückwirkung

auch auf Oesterreich erfolgte. Bloss transitorische oder doch dem öfteren Wechsel unterliegende Bestimmungen aber, als: Ausfuhrs-Verbote in Kriegszeiten, specielle Zollverordnungen, grenzpolizeiliche Vorschriften u. dgl. wurden ihrer ephemeren Natur wegen — wenige, grundsätzlich wichtige Fälle abgerechnet — ausgeschlossen.

Die bei jedem Staate der Aufzählung der Verträge vorausgeschickten geschichtlichen Notizen sollen die Orientirung erleichtern.

Für die Angabe der Staaten ist die alphabetische, für jene der Staatsverträge die chronologische Ordnung gewählt worden. Verträge mit mehreren Compaciscenten erscheinen in der Regel unter jenem Staate rubricirt, welcher hauptsächlich dabei betheiligt ist, und es wird dann darauf bei den übrigen Ländern nur hingewiesen. Wo jedoch derartige Renvois gar zu häufige Wiederholungen erheischt hätten, ist wohl auch bloss ein einziges allgemeines Schlagwort angenommen worden, z. B. Deutschland, Frankreich.

Bei der Citirung der Werke, in denen die hier nur summarisch aufgezählten Staats-Acte ihrem Wortlaute nach zu finden sind, wurde hauptsächlich auf die österreichische Literatur und auf die hierländigen Gesetzesquellen Bedacht genommen; aber auch die Anführung der einschlägigen Publicationen des Auslandes, namentlich der hervorragenden Sammlungen von Wenck, Martens, Meyer, Aegidi und Klauhold, Glaser u. a. m. nicht unterlassen.

Penzing bei Wien, im Juli 1868.

Der Verfasser.

Verzeichniss

der zu diesem Werke benützten Quellen*).

Acta in Sachen Berchtesgaden *contra* Salzburg. *Folio.*

Annuario marittimo compilato dal Lloyd austriaco coll'approvazione dell'eccelso I. R. governo centrale marittimo. Trieste, 1851—1868.

Colleccion de los tratados de paz, alianza, neutralidad etc. hechos por los pueblos, reyes y principes de Espanna con los pueblos, reyes, principes, republicas y demas potencias de Europa y otras partes del mundo etc., por D. Joseph Antonio de Abreu y Bertodano. Madrid, 1740 bis 1752. 12 Bde. Fol.

Johann Christ. Adelung's pragmatische Staatsgeschichte Europens, von dem Ableben Carls VI. an, bis auf die gegenwärtigen Zeiten, aus sicheren Quellen und authentischen Nachrichten. Gotha, 1762—1769, 9 Bde, 4.

Annales du commerce extérieur, publiées par le ministère de l'agriculture, du commerce et des travaux publics de France. Paris, librairie administrative de Paul Du Pont.

Archives diplomatiques. Recueil de diplomatie et d'histoire. Paris, 1861—1867 librairie diplomatique d'Amyot.

Recueil des traités, conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne, par le Comte d'Angeberg (von 1762 bis 1862.) Paris 1862.

Recueil des traités, conventions et actes diplomatiques, concernant l'Autriche et l'Italie, par le même (von 1703 bis 1859). Paris 1859.

Chronologisches Verzeichniss der baierischen Staatsverträge, von C. M. Freiherrn von Aretin, königlich-bairerischem Rittmeister *à la suite* der Armee, Oberstlieutenant und Districts-Inspector der Landwehr des Unter-Donaukreises. Passau, 1838. 8.

Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart. Herausgegeben von Ludwig Carl Aegidi und Alfred Klauhold. Hamburg, 1861 bis 1866.

*) Eine vollständigere Literatur des Völkerrechtes sehe man übrigens bei: Martens, *guide diplomatique,* T. II. p. 1261; — Martens, *supplément au recueil des traités, T. I. discours préliminaire*; — *de Hoffmanns, guide diplomatique,* Paris, 1837; — Died. Heinr. Ludw. Freiherr von Ompteda, Literatur des gesammten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechtes, Regensburg, 1785, 2 Bde. (ein dritter Band hiezu erschien unter dem Titel: Neue Literatur des Völkerrechtes seit dem Jahre 1784, als Ergänzung und Fortsetzung des Werkes des Gesandten von Ompteda, von Carl Albert von Kamptz, Berlin, 1817); — Miruss, das europäische Gesandtschaftsrecht etc. nebst einer Bücherkunde des Gesandtschaftsrechtes, Leipzig, 1847; — Ghillany, diplomatisches Handbuch, Nördlingen 1855, 1. Band.

Frei Schiff unter Feindesflagge. Urkundliche Darstellung der Bestrebungen zur Fortbildung des Seerechtes seit 1856, auf Veranlassung der Bremer Handelskammer herausgegeben von Ludwig Carl Aegidi und Alfred Klauhold. (Beilage zum Staatsarchiv.) Hamburg 1866.

Kurz gefasste Geschichte der Herzoge von Baiern, von Joseph Anton Aettenkhover, churbaierischem wirklichem Rath und äusserem Archivario. Regensburg, 1767. 8.

Austria, Zeitung für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten und Verkehrsmittel. Wien, angefangen 1849.

Beweis, dass der Vorrang in baierischen Kreissachen den Churfürsten und Herzogen von Baiern vor den Erzbischöfen von Salzburg gebührt. 1729. Fol.

Hauptschluss der ausserordentlichen Reichs-Deputation, vom 25. Februar 1803, nebst dem Reichsgutachten vom 24. März und dem kaiserlichen Ratifications-Decrete vom 28. April des nämlichen Jahres, nach den Original-Acten, von Lt. J. V. Cämmerer, Legationsrath, vormals Reichs-Directorial-Gesandtschafts-Registrator. Zweite verbesserte Auflage. Frankfurt, 1814.

Recueil de tous les traités et conventions conclus et publiés par la couronne de Danemarc, depuis 1766 jusqu'en 1794. Par Henri Clausen.

Recueil des traités de la France, publié sous les auspices de S. E. Mr. Drouyn de Lhuis, ministre des affaires étrangères, par Mr. de Clercq, ministre plénipotentiaire. Paris, 8 Vol. 1864.

Codex austriacus d. i. eigentlicher Begriff und Inhalt aller unter des durchlauchtigsten Ertzhauses zu Oesterreich, fürnemblich aber der aller glorwürdigsten Regierung Leopoldi I., ausgegangenen und publicirten Generalien, Patenten, Ordnungen u. s. w. Wien, 1704. 2 Thle. Fol.

Corps universel diplomatique du droit des gens, contenant un recueil des traités d'alliance, de paix, de trêve, de neutralité, de commerce, d'échange, de protection et de garantie; de toutes les conventions, transactions, pactes, concordats et autres contrats qui ont été faits en Europe depuis le règne de Charlemagne jusqu'à présent, avec les capitulations impériales et royales, les sentences arbitrales et souveraines dans les causes importantes etc. — le tout tiré des archives de la T. A. maison d'Autriche etc. par J. Du Mont, écuyer, conseiller et historiographe de S. M. impériale et catholique. Amsterdam et La Haye, 1726 bis 1731. 8 Bde. Fol. *)

Documents et traités publiés dans les langues russe et française par la chancellerie impériale à St. Pétersbourg, 1825. 2 Vol. in fol.

*) Im Jahre 1739 erschienen zu Dumont's Sammlung 5 Supplementbände. Der I. Band, herausgegeben von Barbeyrac, enthält die alten Verträge bis zum Tode Carl des Grossen (814); der II. und III., herausgegeben von Rousset, bilden das eigentliche Supplement zur Dumont'schen Sammlung. Sie führen den Titel: *Supplément au corps universel diplomatique, contenant un recueil des traités etc. qui ont échappé aux premières recherches de Mr. Dumont, continué jusqu'à présent par Mr. Rousset, membre des académies des sciences de St. Pétersbourg et de Berlin; 2 T. à Amsterdam et à La Haye, 1739.* Jeder Band hat 2 Theile. Der IV. und V. Band des Supplements endlich, ebenfalls von Rousset herausgegeben, handeln über das Ceremoniell an den europäischen Höfen.

Elliot Jonathan, collection of treaties between the United States and foreign powers. 1834.

Europäische Staats-Canzley, in sich haltend allerhand nützliche Staats-, Justiz-, Polizei-, Cameral-, Militär- und andere uff Reichs- und Creystagen passirte merkwürdige Materien. Durch Antonium Fabrum (Chr. L. Leucht), Historiographum. 1697 bis 1760. 115 Bde. 8.

Handbuch der Geschichte der Mark Brandenburg, von Friedrich Förster. Berlin, 1822.

Histoire générale des traités de paix depuis la paix de Westphalie, par le Comte de Garden. Paris, 14 tomes.

Recueil des traités et conventions concernant le royaume de Belgique, par Désiré de Garcia de la Vega, docteur en droit, secrétaire de première classe. Bruxelles, 1850, 1854. 2 Vol.

Der Deputations-Recess mit Erläuterungen, von A. Gaspari. 2 Theile. Hamburg, 1808.

Europäische Chronik von 1492 bis Ende April 1867, von Dr. F. W. Ghillany. 3 Bde. Leipzig, 1865 bis 1867.

Diplomatisches Handbuch. Sammlung der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congress-Acten und sonstigen Staatsurkunden (von 1648 bis 1868), von Dr. F. W. Ghillany. Nördlingen, 3 Bde. 1855, 1868.

Archiv des norddeutschen Bundes. Sammlung aller Gesetze, Verträge und Actenstücke, die Verhältnisse des norddeutschen Bundes betreffend. Herausgegeben von Dr. J. C. Glaser, o. ö. Professor der Staats- und Cameral-Wissenschaften, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Berlin, 1867.

Melchiors von Haiminsfeld, genannt Goldast, Copeylicher Begriff verschiedener Reichs-Satzungen und Reichs-Handlungen. Frankfurt a. M., 1712, 1713. 3 Bde. Fol.

Dr. Franz Dom. Häberlins neueste Reichsgeschichte, vom Anfange des Schmalkaldischen Krieges bis auf unsere Zeiten. (Fortgesetzt von Renatus Freiherrn von Senkenberg.) Halle und Frankfurt, 1774 bis 1791. 27 Bde. 8.

Kurze, doch gründlich- und actenmässiger Begriff der zwischen Chur-Baiern und dem Erzstifte Salzburg obwaltenden Halleinischen Salz-Irrungen. (Die einzelnen Streitschriften hierüber sind: die hochfürstlich salzburgische erste, und respective Klageschrift; die churbaierische rechtsbeständige Beantwortung der hochfürstlich salzburgischen Klageschrift; die hochfürstlich salzburgische zweite und Replik-Schrift; die churbaierische zweite und Duplik-Schrift; die hochfürstlich salzburgische dritte und Triplik- und Conclusions-Schrift; die churbaierische Quadruplik- und Conclusions-Schrift); sämmtlich gedruckt zu Salzburg bei J. J. Meyr im Jahre 1761. Fol.

Geheime Geschichte der Rastädter Friedensverhandlungen in Verbindung mit den Staatshändeln dieser Zeit, von einem Schweizer (v. Haller?). Germanien, 1799. 5 Bde. 8.

Geschichte des osmanischen Reiches, von Joseph Freiherrn von Hammer-Purgstall. Pest, 1827 bis 1835. 10 Thle. 8.

Handbuch über die Polizeigesetze und Verordnungen, von Heinrich Hämmerle, k. k. niederösterreichischem Statthalterei-Secretär. Wien, 1860.

Recueil des traités de commerce et de navigation, par Mr. le Comte de Hauterive et Mr. le Chevalier F. de Cussy. Paris, 8. II parties en 4 tomes.

Joh. Gottf. Haymann's neueröffnetes Kriegs- und Friedensarchiv über die nach Ableben Kaisers Carl VI. entstandenen Kriege. Leipzig, 1744 bis 1754. 8 Bde. 8.

Herstlet, Collection of the treaties etc. between Great Britain and foreign powers. 1827 bis 1835.

Recueil des déductions, manifestes, déclarations, traités, autres actes et écrits publics, qui ont été rédigés et publiés par la cour de Prusse depuis l'année 1756 jusqu'à l'année 1778; par le ministre d'état Comte de Hertzberg. Berlin, 1789 bis 1791. 3 Bde. 8.

Histoire des traités de paix et autres négociations du dix-septième siècle depuis la paix de Verviers jusqu'à la paix de Nimègue. Amsterdam et La Haye, 1725. 2 Bde. Fol.

Historische Beschreibung von den Ursachen des teutschen Krieges im XV. Saeculo, von Friedrich Hortledern, fürstlich-sächsischem Hofrath zu Weimar. Frankfurt, 1617. 2 Bde. Fol. (Spätere Auflage: Gotha, 1645. 2 Bde. Fol.)

Ehrenrettung, oder kurze jedoch actenmässige Anzeige, was der churbaierische geheime Rath, Freiherr von Ickstatt, durch den zwischen Böhmen und Baiern abgeschlossenen Hauptvergleich von 3. März 1764 denen baierischen Landen für erspriessliche Dienste geleistet. 1769. 4.

Die Staatsverträge des Königreichs Baiern, von 1806 bis einschliesslich 1858, herausgegeben von Dr. G. M. Kletke. Regensburg, 1860.

Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. Herausgegeben von Dr. Jos. Ludwig Klüber. Erlangen, 1815 bis 1835. 9 Bde. 8.

Klübers Nachlass (wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation), herausgegeben von Welcker.

Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes nach den Bundesbeschlüssen des Jahres 1821 und 1822. Mit Hinzuziehung der dieselben betreffenden Bundesbeschlüsse bis zum Julius 1853. Frankfurt, gedruckt in der Bundes-Präsidial-Druckerei 1853.

Erklärung des Strafgesetzbuches über schwere Polizei-Uebertretungen, von Dr. Joseph Kudler. Wien, 2 Bde. Letzte Auflage 1850.

Table des traités entre la France et les puissances étrangères depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours, suivie d'un recueil de traités et actes diplomatiques qui n'ont pas encore vu le jour, par Chr. Koch. Bâle, 1802. 2 vol. 8.

Abrégé de l'histoire des traités de paix depuis la paix de Westphalie, par Chr. W. Koch. Bâle, 1796. 4 vol. (Nouvelle édition par Schöll; Paris, 1817. 15 Vol.)

Tableau des révolutions de l'Europe, par Chr. Koch. Nouvelle édition, Paris, 1823. 3 vol.

Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzwerke; in drei Büchern, von R. Jos. Ernst von Koch-Sternfeld. Salzburg, München, 1815. 8.

Grundriss der neuesten politisch-militärischen Geschichte Europa's von 1789 bis 1823. Von Friedrich Kortum. Heidelberg, 1845.

Freiherrn von Kreittmayr's Grundriss des allgemeinen, deutschen und baierischen Staatsrechtes. 2. Aufl. München, 1789. 8.

Teutsche Kriegscanzlei seit 1755 bis 1763. T. I—XVIII. 4.

Das Abfahrtsgeld mit Rücksicht auf die bestehenden Freizügigkeits-Verträge, von Dr. Jos. Linden. Wien, 1827.

Acta publica des deutschen Reiches, von Rich. Casp. Londorp. Frankfurt, von 1668 bis 1721. 19 Bde. Fol.

Sammlung des baierischen Bergrechtes, mit einer Einleitung in die baierische Bergrechts-Geschichte, von Johann Georg Lori, churfürstlichem Hof-, Münz- und Bergrath. München, 1764. Fol.

(Derselbe) Sammlung des baierischen Kreisrechtes. München. Fol.

(Derselbe) Sammlung des baierischen Münzrechtes. München. Fol.

(Derselbe) Die Geschichte des Lechrains; zweiter Band, Urkunden enthaltend. (Der erste Band ist nicht erschienen.)

Codex Germaniae diplomaticus. Instruxit J. Chr. Lünig. Francofurti, 1732 bis 1733. 2 Bde. Fol.

Das teutsche Reichs-Archiv von Johann Christian Lünig. Leipzig, 1713 bis 1722. 22 Bde. (4 Bde. pars generalis; 10 Bde. pars specialis; 7 Bde. Spicilegium ecclesiasticum; 2 Bde. Spicilegium seculare; 1 Bd. Register.)

Politischer Codex oder wesentliche Darstellung sämmtlicher die k. k. Staaten betreffenden Gesetze und Anordnungen im politischen Fache, von Ignaz de Luca. Wien, 1789 u. s. f. 14 Bde. 8.

Grundriss einer diplomatischen Geschichte der europäischen Staatshändel und Friedensschlüsse, von Fr. v. Martens. Berlin, 1807.

Guide diplomatique ou répertoire 1. des principales lois des puissances de l'Europe et des états-unis de l'Amérique, relatives au commerce et aux droits des étrangers, 2. des traités et autres actes publics etc., par G. Fréd. de Martens. Berlin, 1801. 3 Bde. 8. (Der dritte Band hat den Separat-Titel: *Tableau des relations extérieures des puissances de l'Europe, tant entre elles qu'avec d'autres états dans les diverses parties du globe. A Berlin, chez Auguste Mylius; à Paris et Strasbourg, chez les frères Levrault, 1801.)*

Recueil des principaux traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité, de commerce, de limites, d'échange etc. conclus par les puissances de l'Europe tant entre elles qu'avec les puissances et états dans d'autres parties du monde. Depuis 1761 jusqu'à présent. Par M. de Martens, conseiller de cour de S. M. Britannique etc. Göttingen, 1791 bis 1801. 7. Bd. 8.

Supplément au recueil des principaux traités etc. Göttingen, 1802 bis 1808. 4 Bde. 8.*)

*) Von dieser Sammlung erschien 1817 bis 1835 eine zweite vermehrte Auflage unter dem Titel: *Recueil de traités etc.* in 8 Bänden, wovon die ersten vier von G. F. von Martens selbst, die vier anderen aber nach seinem Tode von seinem Neffen, dem Baron Carl von Martens, besorgt wurden.

Nouveau recueil des traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité etc. Depuis 1808 jusqu'à présent. Par G. Fréd. de Martens. Göttingen, 1817 bis 1833. 9 Bde. 8.

(Der VI. Band dieses *nouveau recueil* besteht aus zwei Abtheilungen und zum 5. Bd. ist ein eigener Supplementband erschienen. Die drei ersten Bände wurden von G. Fr. von Martens selbst, der V. vom Baron C. v. Martens, der VI.—XI. von Friedrich Saalfeld besorgt. Die vier ersteren führen auch noch den Titel: *Supplément au recueil des principaux traités etc.* T. V. à IX.)

Unter dem doppelten Titel: *Supplément au recueil principal etc.* und: *Nouveau recueil de traités etc.* fängt sohin mit dem X. Bande eine neue von Friedrich Murhard redigirte Serie an. Diese erschien 1837 bis 1842 und besteht aus 7 Bänden, wovon der letzte 2 Theile hat. An dieses reiht sich an:

Nouveaux Suppléments au recueil de traités etc. fondé par G. Fr. de Martens, par Fréderic Murhard, 1839—1842. 3 Bde.

Zu dem I.—XVI. Bande des Martens'schen „*nouveau recueil*", dann zu dem I.—III. Bande der „*nouveaux suppléments*", erschien eine: *Table générale chronologique et alphabétique du recueil des traités etc.* Göttingen, 1. Bd. 1837, 2. Bd. 1843.

Weiters erschien seit 1843: *Nouveau recueil général de traités etc., continuation du grand recueil de feu M. de Martens, par Fréderic Murhard*, 13 Bde. Göttingen, von 1843 bis 1855.

Eine neue Fortsetzung erscheint seit 1856 unter dem Titel: *Nouveau recueil général de traités etc. Continuation du grand recueil de G. Fr. de Martens, par Charles Samwer.* Göttingen. (Der letzte Band erschien 1861.)

Recueil manuel et pratique de traités, conventions et autres actes diplomatiques etc. par le Baron Ch. de Martens et le Baron Ferdinand de Cussy. Leipzig, 1846 bis 1849. 5 Bde. 8.

Causes célèbres du droit des gens, par le Baron Ch. de Martens. Leipzig, 1827. 4 Bde.; *nouvelles causes célèbres*, Leipzig, 1843. 2 Bde.

Sammlung der Churpfalz-Baierischen allgemeinen und besonderen Landesverordnungen. Herausgegeben von G. K. Mayr, churfürstlichem Hofraths-Secretär und Registrator. München, 1784 bis 1802. 10 Bde. Fol.

Mercure historique et politique de La Haye. 1686 bis 1782. 187 vol. 12.

Staats-Acten für Geschichte und öffentliches Recht des deutschen Bundes (Corpus juris confoederationis germanicae). Nach officiellen Quellen herausgegeben von Philipp Anton Guido von Meyer, grossherzoglich-mecklenburgischem Legationsrath. Frankfurt a. M., zweite Auflage, 1833. (Eine dritte Auflage unter dem Titel: Corpus constitutionum Germaniae, erschien zu Frankfurt bei Brönner 1847.)

Diplomatisches Archiv für die deutschen Bundesstaaten, grösstentheils nach officiellen Quellen, mit erläuternden Anmerkungen herausgegeben von Alexander Miruss. Leipzig, 1846.

Das europäische Gesandtschaftsrecht nebst einem Anhange vom Gesandtschaftsrecht des deutschen Bundes etc., von A. Miruss. Leipzig, 1847.

Teutsches Staatsarchiv, von J. J. Moser. Hanau und Frankfurt, 1751 bis 1757. 3. Bd. 8.

Reichs-Staatshandbuch auf die Jahre 1769 bis 1775, von J. J. Moser. 3 Bde. 8.

Versuch des neuesten europäischen Völkerrechtes, vornehmlich aus den Staatshandlungen seit 1740, von J. J. Moser. 1777 bis 1780. 10 Bde. 8.

Beiträge zu dem neuesten europäischen Völkerrechte in Friedenszeiten, von J. J. Moser, 1777 bis 1780. 3 Bde. 8.; item in Kriegszeiten, 1779 bis 1781. 3 Bde. 8.

Archiv für katholisches Kirchenrecht mit besonderer Rücksicht auf Oesterreich und Deutschland, herausgegeben von Dr. Ernst Freiherrn von Moy und Prof. Friedrich Heinrich Vehring. 18 Bde. (Seit 1862 in Mainz, vor 1862 in Innsbruck erschienen, erst unter Moy's Redaction, dann seit 1862 gemeinschaftlich mit Vehring; seit dem 1866 erfolgten Tode Moy's ausschliesslich von Vehring redigirt.)

Protokolle der Reichsfriedens-Deputation zu Rastadt, sammt allen Beilagen, vom Hofrath Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Rastadt, 3 Bände Text und 3 Bände Beilagen. 1798. 4.

Négociations secrètes touchant la paix de Munster et d'Osnabrug. La Haye, 1724, 4 Bde. Fol.

Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche avec les puissances étrangères, depuis 1763 jusqu'à nos jours. Par Léopold Neumann, docteur en droit et professeur de droit des gens à l'université de Vienne. Leipzig, 1855 bis 1859. 6 Bde.

Handbuch des Consularwesens mit besonderer Berücksichtigung des österreichischen, von Dr. Leopold Neumann, k. k. Universitäts-Professor. Wien, 1854.

Geschichte des Interregni nach Absterben Kaiser Carls VI., von Joh. Dan Olenschläger. Frankfurt a. M., 1742 bis 1746. 4.

Oesterreichs Consularwesen. Von J. Dr. Joseph Piskur. Wien, 1862. (Hievon besteht auch eine *Edizione italiana, riveduta ed aumentata dall'autore. Vienna, dall' I. R. Stamperia di Corte e di Stato, 1862.*)

Geschichte des österreichischen Kaiserstaates von Carl Heinrich Ludwig Pölitz. Wien, 1818. 8.

Europäische Annalen von Posselt. Tübingen, 1795 bis 1804; nach Posselt's Tode von Verschiedenen, seit 1821 von Murhard, seit 1830 von Rotteck fortgesetzt.

Relation über die Salzburger Differenzen, vom Geheimenrath von Prielmayr (Manuscript, angeführt in Aretin's „baierische Staatsverträge.")

Oeuvres posthumes du Roi de Prusse. Berlin, 1788, 45 vol., auch in Strassburg, 46 vol. in 8. Eine neue Ausgabe seit 1846 im Auftrage des Königs von der Academie besorgt, im Erscheinen.

Teutsche Staatskanzlei. Von Dr. Joh. Aug. Reuss, herzoglich-württembergischem Hofrath etc. Ulm, 1783 bis 1803. 55 Bde. 8. (Fortsetzung der Fabrischen Staatskanzlei.)

Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Rechte seit 1848, von Paul Roth und Heinrich Merck. Erlangen, 1851. 1. Bd.

Die serbische Revolution, von Leopold Ranke. 2. Ausgabe. Berlin, 1844. 8.

Recueil historique d'actes, négociations, mémoires et traités, depuis la paix d'Utrecht jusqu'au second congrès de Cambray inclusivement. Par M. Rousset. 1728 bis 1755. 21 Bde. 12.

Sammlung aller Staats-, Hof- und Gesandtschaftsschriften, auch anderer rechtlichen und historischen Abhandlungen, welche die baierische Erbfolge und den darüber entstandenen Krieg betreffen; mit Anmerkungen einer Gesellschaft von Staatsrechtsgelehrten. Wien, 1778 bis 1781. 4 Bde., jeder zu 4 Theilen. 4.

Chr. Friedr. Sattler's, herzoglich-württembergischem Geheimbden Archivarii, Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzoge. Tübingen, 1769 bis 1783. 13 Bde. 4.

Corpus juris gentium academicum etc. von Joh. Jac. Schmauss, bad. geh. Hofrath. Leipzig, 1730. 2 Bde. gr. 8.

Von demselben: Corpus juris publici S. R. Imperii academicum. Neue vermehrte Auflage durch H. G. Franken und S. Schumann. Leipzig, 1774. gr. 8.

Fr. Wilh. Sommer a Sommerberg, rerum Silesiacarum scriptores aliquot adhuc inediti. Vratisl. 1729—1831. III. T. Fol.

Sammlung einiger Staatschriften nach Carls VI. Ableben. 1741 bis 1743. 4 Bde.

Sammlung (vollständige) von *actis publicis* unter Carl VII. 1744 bis 1747. 3 Bde.

Staatsschriften unter Kaiser Franz I. 1749 bis 1754. 8 Bde. 8.

La Storia degli anni 1731 bis 1789. Amsterdam, jährlich ein Band. 8.

Handbuch der österreichischen Verwaltungs-Gesetzkunde, von Dr. Moriz von Stubenrauch. Wien, 1852.

Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 etc. erläutert von Dr. Moriz von Stubenrauch. Wien, 1854. 2 Bde.

Commentar zum allgemeinen österreichischen bürgerlichen Gesetzbuche, von Dr. Moriz von Stubenrauch. Wien, 1864. 2 Bde.

Bayerns politische Geschichte, von And. Seb. Stumpf, königlich-bayerischen Legationsrath, Staatsarchivar etc. München, 1816.

Recueil des traités de la Porte Ottomane avec les puissances étrangères depuis le premier traité conclu, en 1536, entre Suléyman I. et François I. jusqu'à nos jours. Par le Baron J. de Testa, ancien fonctionnaire diplomatique et Chambellan de S. A. J. et R. le Grand-Duc de Toscane. Paris, Tome I. (France) 1864; Tome 2. (France) 1865.

Répertoire des Traités de paix, de commerce, d'alliance etc. conclus entre toutes les puissances du globe, principalement depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours. Table générale des recueils de Dumont etc. etc. par Tétôt. Paris, I. vol. Partie chronologique (1493—1866); II. vol. Partie alphabétique (1493—1867).

Traités publics de la royale maison de Savoye avec les puissances étrangères, depuis la paix de Château-Cambresis (1559) jusqu'à nos jours, publiés par ordre du Roi et présentés à S. M. par le Comte Solar de la Marguerite, premier secrétaire d'état pour les affaires étrangères. Turin, de l'imprimerie royale, 1836—1844. 6 vol. 4.

Darstellung der Literatur des österreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Von Dr. Johann Vesque von Püttlingen. Wien, 1827. 8.

Darstellung der Literatur des österreichischen Strafgesetzes über Verbrechen und schwere Polizei-Uebertretungen. Von demselben. Wien, 1833. 8.

Die gesetzliche Behandlung der Ausländer in Oesterreich, nach den daselbst giltigen Civilrechts-, Straf-, Commerzial-, Militär- und Polizei-Normen. Von demselben. Wien, 1842. 8.

Oesterreichs Staatsverträge mit seinen deutschen Nachbarstaaten: Preussen, Baiern und Sachsen, von Ferdinand I. angefangen. Von demselben (in der österreichischen Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, Jahrgang 1847, I. Band, S. 325, 351, 439).

Oesterreichs Staatsverträge mit den Staaten des deutschen Bundes, von der Epoche der ersten französischen Revolution angefangen. Von demselben. (Ebenda, Jahrgang 1847, II. Band, S. 200.)

Uebersicht der Staatsverträge zwischen den regierenden Häusern von Oesterreich und Savoyen, vom Jahre 1630 angefangen. Von demselben. (Ebenda Jahrgang 1848, II. Band, S. 248.)

Uebersicht der Staatsverträge Oesterreichs mit der ottomanischen Pforte, von Ferdinand I. angefangen. Von demselben. (Ebenda, Jahrgang 1849 I. Band, S. 225.)

Handbuch des in Oesterreich geltenden internationalen Privatrechtes. Von demselben. Wien, 1860.

Geschichte Frankreichs im revolutionären Zeitalter, von Wachsmuth. Leipzig, 1840.

Quellen und Actenstücke zur deutschen Verfassungsgeschichte. Von der Gründung des deutschen Bundes bis zur Eröffnung des Erfurter Parlamentes und dem Vierkönigs-Bündnisse. Von Dr. Carl Weil. Berlin, 1850. 8.

Frid, Aug. Wenckii, Ser. Sax. principi electori a consiliis etc., Codex juris gentium recentissimi. Lipsiae, 1781—1795. 3 Bde. 8.

Der Rheinische Bund. Zeitschrift, herausgegeben von P. A. Winkopp, Hofkammerrath. Frankfurt a. M. — Aschaffenburg, 1806 bis 1812. 23 Bde.

Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit, von Peter Philipp Wolf. (Fortgesetzt von C. W. Fr. Breyer.) München, 1800 bis 1811. 4 Bde. 4.

Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit und politische Gesetzkunde. Gegründet im Jahre 1825 vom k. k. Regierungsrathe Wagner; nach dessen Tode (1833) redigirt von den k. k. Professoren Dolliner (1834 bis 1838), Kudler (1834 bis 1849), Fränzl (1838 bis 1839), von Stubenrauch (1840 bis 1849) und Tomaschek (1847 bis 1849). Von 1846 bis zu deren Aufhören (1849) unter dem Titel: Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft.

Elements of international Law, by Henry Wheaton; second annotated edition by William Beach Lawrence. London, 1863.

Eléments du droit international, par Henry Wheaton. Quatrième édition. Leipzig, Brockhaus, 1864. 2 Bde.

Sammlung der wichtigsten, die Staatsverfassung des Erzstiftes Salzburg betreffenden Urkunden, von Judas Thaddäus Zauner, Salzburg, 1762. 9.
Zeitschrift für Bayern und die angrenzenden Länder. München, 1816, 1817. 8 Bde. 8.
Handbuch für Richter, Advocaten und Justizbeamte. Von J. M. Edlen von Zimmerl. 8. Auflage. Wien, 1830. 2 Theile.

Oesterreichische officielle Gesetz- und Verordnungssammlungen.

Ihrer Majestäten der Kaiser Joseph II., Leopold II., Franz II. und Ferdinand I. Gesetze und Verfassungen im Justizfache. (Officielle Justizgesetzsammlung = J. G. S.) Wien, 1780 bis 1848. Fol.

Ihrer Majestäten der Kaiser Leopold II., Franz II. und Ferdinand I. politische Gesetze und Verordnungen. (Officielle politische Gesetzsammlung = P. G. S.) Wien, 1793 bis 1848. 8. 76 Bände.

Sammlung der k. k. landesfürstlichen Gesetze und Verordnungen *in publico-Ecclesiasticis*, vom Jahre 1767 bis Ende 1782. Wien, 1784. Fol.

Alphabetisch-chronologische Uebersicht der k. k. Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1740 (s. oben S. 8. *Codex austriacus*) bis zum Jahre 1821, als Haupt-Repertorium über die, theils mit höchster Genehmigung, theils unter Aufsicht der Hofstellen erschienenen politischen Gesetzsammlungen. Bearbeitet und unter Aufsicht der k. k. Hofkanzlei herausgegeben von J. N. Fr. von Hempel-Kürsinger. Wien, gr. 8. 1825.

Allgemeines Reichsgesetz- und Verordnungsblatt für das Kaiserthum Oesterreich (= R. G. B.). Angefangen 1849. Wien, 4. — Der Ergänzungsband 1849 enthält auch die Gesetze und Verordnungen vom Regierungsantritte Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. an, nämlich vom 2. December 1848.

Sammlung der im Fache der Militärverwaltung ergangenen Gesetze und Normal-Verordnungen. Herausgegeben auf allerhöchsten Befehl (Militär-Gesetzsammlung = M. G. S.) Wien, 1818 bis 1849 einschliessig. 4. 32 Jahrgänge.

Militär-Verordnungsblatt, vom 1. Jänner bis Ende October 1850. 20 Hefte (Stücke).

K. k. Armee-Verordnungsblatt. Vom 1. November 1850 angefangen.

Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung. Wien, 1839 bis 1848.

Verordnungsblatt für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegraphen. Redigirt vom k. k. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten. Wien, 1849 bis 1850.

Verordnungsblatt für die Verwaltungszweige des k. k. Handelsministeriums. Wien, 1851 bis Ende October 1859.

Verordnungen für die österreichischen Postämter. Vom 1. November 1859 angefangen.

Verordnungen für die österreichischen Telegraphenämter. Vom 1. November 1859 angefangen.

Verordnungsblatt des k. k. Finanzministeriums, vom Jahre 1850 angefangen.

Provinzial-Gesetzsammlungen für die verschiedenen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates. (Seit 1849 als Landes- und Regierungsblätter für die verschiedenen Kronländer. *)

Oesterreichische officielle Sammlungen von Staatsverträgen und diplomatischen Actenstücken.

Raccolta dei trattati e delle principali convenzioni concernenti il commercio e la navigazione dei sudditi Austriali negli stati della Porta ottomana. Vienna, dall' imp. reg. Stamperia di corte e di stato. 1844. 8.

Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern; Nr. 1, vom 1. November 1866 bis Ende 1867. Wien, k. k. Hof- und Staatsdruckerei, 1868 **).

*) Eine ausführlichere Angabe der österreichischen Gesetzsammlungen (sowohl der officiellen, als der von Privaten veranstalteten) sehe man im „Handbuch der österreichischen Verwaltungs-Gesetzkunde“ von Stubenrauch, (Wien, 1852, I. Bd. S. 5), dann aus der früheren Zeit, in meinen oben angeführten „Darstellungen der Literatur des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, und des österreichischen Strafgesetzbuches über Verbrechen und schwere Polizei-Uebertretungen“

**) Auch „das österreichische Rothbuch“ genannt.

Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Algier (s. Türkei)	—
Anhalt	1
Argentinische Republik	3
Baden	4
Baiern	11
Barbaresken (s. Türkei)	—
Belgien	46
Brasilien	52
Braunschweig	54
Bremen	56
Brixen	58
Chili	58
Cöln	59
Dänemark	59
Detmold (s. Lippe)	—
Deutscher Orden	67
Deutschland	68
1. Das deutsche (heilige römische) Reich	73
2. Auflösung desselben (Rheinbund)	76
3. Deutscher Bund	80
4. Revolutions-Epoche (1848-49)	96
5. Wiederherstellung des vorigen Zustandes	107
6. Auflösung des deutschen Bundes	121
7. Norddeutscher Bund	123
Donaufürstenthümer (s. Moldau, Wallachei, Serbien; unter Türkei)	—
Elbeherzogthümer (s. Dänemark, Holstein, Schleswig)	—
England (s. Grossbritannien)	—
Egypten (s. Türkei)	—
Frankfurt	124
Frankreich	128
Genua	164
Graubünden (s. Schweiz)	—
Griechenland	165
Grossbritannien	168
Guastalla (s. Parma)	—
Haïti (s. Santo Domingo)	—
Hamburg	180
Hannover	182
Hessen-Cassel	186
Hessen-Darmstadt	190
Hessen-Homburg	193
Hetrurien	194
Hohenzollern	195
Holland (s. Niederlande)	—
Holstein	196
Jonische Inseln	200
Italien	201
Kirchenstaat	209
Kniphausen (s. Oldenburg)	—
Krakau	218
Lauenburg	221
Liberia	222
Liechtenstein	223
Limburg (s. Niederlande)	—
Lippe-Detmold	226
Lippe-Schaumburg	226
Lucca	228
Lübeck	229
Luxemburg (s. Niederlande)	—
Malta	230
Marocco	231
Mecklenburg-Schwerin	233
Mecklenburg-Strelitz	233
Mexico	236
Modena	238
Moldau (s. Türkei)	—
Monaco (s. Italien)	—
Montenegro	247
Münster	248

	Seite
Nassau	249
Neapel (s. Sicilien)	—
Die Niederlande	252
1. Republik der vereinigten Provinzen (Holland)	255
2. Die Niederlande französisch	257
3. Das Königreich der vereinigten Niederlande (Belgien und Holland)	257
4. Trennung in zwei Königreiche: a) Belgien, b) Holland oder die Niederlande	259
Nord-Amerika	264
Norddeutscher Bund (s. Deutschland)	—
Norwegen (s. Schweden)	—
Oldenburg	267
Osnabrück	271
Parma	272
Passau	279
Piacenza (s. Parma)	—
Persien	280
Peru	283
Pfalz	281
Polen	283
Portugal	288
Preussen	290
Reussische Fürstenthümer	321
Rheinbund (s. Deutschland)	—
Russland	323
Sachsen (Königreich)	337
Sachsen (Nebenlinien)	351
Salzburg	355
Santo Domingo	357
San Marino (s. Italien)	—
Sardinien	358
Schaumburg (s. Lippe)	—
Schleswig	374
Schwäbischer Kreis	376
Schwarzburg-Rudolstadt	377
Schwarzburz-Sondershausen	377
Schweden	379
Schweiz	383
Serbien (s. Türkei)	—
Sicilien	393
Spanien	404
Toscana	409
Tripolis (s. Türkei)	—
Tunis (s. Türkei)	—
Türkei	415
A. Unmittelbare Staaten des türkischen Reiches (das eigentliche osmanische Reich)	417
B. Von der Türkei abhängige, mittelbare, der Pforte tributpflichtige Staaten:	
a) Die Donaufürstenthümer Moldau u. Wallachei (Rumänien)	433
b) Serbien	439
c) Die Barbaresken: Algier, Tripolis, Tunis	442
Venedig	445
Wallachei (s. Türkei)	—
Waldeck	448
Warschau	449
Westphalen	451
Württemberg	452
Würzburg	457
Zweibrücken	458
Nachträge während des Druckes	459

Anhalt.

(Herzogthum.)

Das alte Anhalt'sche Fürstenthum theilte sich in mehrere Linien, von denen bis in die neueste Zeit noch drei bestanden: Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau und Anhalt-Cöthen. Bei ihrem Eintritte in den Rheinbund (1806) hatten die Fürsten von Anhalt den Herzogstitel angenommen. Durch ein Patent vom 22. Mai 1853 wurde Cöthen, dessen Dynastie im Jahre 1847 ausstarb, in Gemässheit eines Haus- und Familien-Vertrages mit Dessau vereinigt; sohin aber, in Folge des am 19. August 1863 stattgehabten Ablebens des Herzogs Alexander von Anhalt-Bernburg, das gesammte Anhalt'sche Gebiet wieder zu Einem Staate, dem Herzogthume Anhalt, verbunden, welcher im Bündnissvertrage vom 18. August 1866 dem von Preussen gegründeten norddeutschen Bunde beigetreten ist.

Die für die internationalen Beziehungen Anhalts zu Oesterreich bemerkenswerthen Momente lassen sich auf folgende Schlagwörter zurückführen: Allianz wider Frankreich (1815); Elbeschifffahrt (1821, 1824, 1836, 1844, 1846, 1851, 1852, 1854, 1863); Entschädigungsansprüche an Frankreich (1815); Legalisirung der Urkunden (1865); Leichenpässe (1856); Postconventionen (1844, 1850, 1855, 1867); Privatforderungen an Frankreich (1818); Rheinbund (1806); Schriftenwechsel (1857); Vermögensfreizügigkeit (1847); Verpflegskosten (1853); Zoll- und Handelsverträge (1853, 1865, 1868).

1806. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Herzogen von Anhalt-Dessau, Bernburg und Cöthen, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1806.

(Meyer, Staatsacten I. 126 — Martens, S. IV. 391.)

1815. Beitritt der anhalt'schen Herzogthümer zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien), wegen Aufrechthaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 (s. Frankreich). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815, 1818. Französische Entschädigungen (s. Frankreich).

1821, 1824, 1836, 1844, 1846. Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1847. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der herzoglich anhalt-bernburg'schen Regierung, wegen Ausdehnung der bundesmässigen Vermögensfreizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Bernburg, 7. Jänner; Wien, 26. Jänner 1847.

(Hofkanzleidecret vom 20. Februar 1847: P. G. S. Bd. 75, S. 26 — J. G. S. 1035, S. 422.)

1850—1851. Postverein (s. Preussen).

1851, 1852. Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1853. Kundmachung des österreichischen Ministeriums des Aeussern über die Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland) auf das Gebiet der Herzogthümer Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg. Wien, 12. October 1853.

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Schlussprotokoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission (s. Preussen).

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und den Herzogthümern Anhalt-Bernburg und Anhalt-Dessau, über die Giltigkeit der gegenseitigen Leichenpässe. Bernburg, 31. Mai; Dessau, 29. Mai 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Anhalt'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 61.)

1863. Vereinbarung wegen des Elbezolles zu Wittenberge (siehe Preussen).

1865. Zoll- und Handelsvertrag vom 11. April 1865 (siehe Deutschland).

1865. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der herzoglich-anhalt'schen Regierung, wegen Erleichterungen bei der Legalisirung öffentlicher Urkunden. Ministerial-Erklärungen ddo. Dessau, 2. Juli und Wien, 7. August 1865.

(R. G. B. 61, S. 238.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

1867. Postvertrag Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1868. Handelsvertrag Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

Argentinische Republik.

Argentina, einer der aus spanischen Colonien entstandenen südamerikanischen Freistaaten, umfasst den Ostabhang der Cordilleren und den grössten Theil des Beckens des La Plata, die südliche Region des Gran Chaco und die Pampas. Diese Republik zählt auf mehr als 25.000 Quadratmeilen kaum vierzehnhunderttausend Einwohner, ist aber durch ihre Lage und als Beherrscherin des mächtigen La Plata-Stromes von gewisser Bedeutung für Handel und Politik Europa's. Die nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Spanien anfänglich unitarische Verfassung machte im Jahre 1829 einer föderalistischen Platz. Fortan herrschte durch 24 Jahre mit dictatorischer Gewalt der Präsident Rosas, bis ihn 1852 eine neue Revolution stürzte. Im Jahre 1860 wurde die Föderal-Verfassung revidirt, die Vorherrschaft der Provinz und Stadt Bueños Ayres zwar beseitigt, jedoch ohne ihr durch natürliche Lage gegebenes Uebergewicht aufzuheben. In neuerer Zeit wurde die Wichtigkeit jenes Landes auch für die österreichischen Handels-Beziehungen anerkannt.

1867. Erlass der k. k. Central-Seebehörde, wegen Gleichstellung der Schiffe der argentinischen Republik mit den nationalen in den österreichischen Häfen, unter Voraussetzung der Reciprocität. Triest, 28. Mai 1867.

(*Annuario marittimo*, 1868, S. 94.)

Baden.

(Grossherzogthum.)

Das bereits unter Rudolph I. von Habsburg als ein zusammenhängendes Fürstenthum unter dem Namen einer Markgrafschaft erscheinende Baden wuchs, in Folge der mit der französischen Republik abgeschlossenen Friedenstractate (1796, 1801) und der Stipulationen des Pressburger Friedens (1805), zu einem so abgerundeten Gebiets-Complexe heran, dass der Markgraf Carl Friedrich (welcher die beiden Linien des baden'schen Hauses: Baden-Baden und Baden-Durlach, über das 1771 erfolgte Aussterben der ersteren, vereinigte), nachdem er laut des Art. 31 des letzten Reichsdeputations-Schlusses (1803) bereits mit der Churfürstenwürde bekleidet worden war, bei seinem Beitritte zum Rheinbunde (1806) den Titel eines Grossherzoges annahm. Im Jahre 1866 schloss sich Baden den deutschen Südstaaten im Kriege gegen Preussen an, erlitt jedoch in dem am 17. August desselben Jahres mit Preussen geschlossenen Friedensvertrage keine Gebietsveränderung. Im Nikolsburger Frieden vom 26. Juli 1866 wurde ihm gestattet, mit den übrigen süddeutschen Staaten unter baierischer Leitung einen süddeutschen Bund zu bilden.

In Beziehungen mit Oesterreich finden wir Baden bei folgenden Rubriken: Allianz gegen Frankreich (1813, 1815); Auslieferung der Militärpflichtigen (1829), der Verbrecher (1855); Auswanderungsconsense (1835); Bodensee: Ueberwachung der Grenze (1854), Zollverkehr (1854), Regulirung des Abflusses (1857), Schifffahrt (1867); Deutscher Orden (1813, 1815); Eheschliessungen (1853); französische Entschädigungen (1815); Execution richterlicher Erkenntnisse (1819, 1837, 1856); Freizügigkeit der Pensionen (1806), des Vermögens (1804, 1807, 1808, 1816, 1825); Friedenstractat mit Frankreich (1796), mit Preussen (1866); Hohengeroldseck (1819); Lasten, Regulirung der auf den Ländern haftenden (1808); Leichenpässe (1857, 1858); Passvisa (1863); Postwesen (1842, 1850, 1867); Pressgesetz (1832); Privatforderungen an Frankreich (1818); Rheinbund (1806); Schifffahrt auf den Flüssen (1815), am Bodensee (1867); Schriftenwechsel (1857); Sicherheitsdienst an der Grenze (1863); Stiftungen (1808); Telegraphenverträge (1865, 1867); Territorial-Veränderungen durch den Lüneviller Frieden und Reichsdeputations-Recess (1801 und 1803), den Pressburger Frieden (1805) und durch die Frankfurter Convention (1819),

besondere Abtretungen (1809); Truppendurchmärsche (1822, 1863); Verlassenschaften (1862); Verpflegung der Kranken (1840, 1854); Behandlung der Verwundeten im Kriege (1866); Wertheim (1819); Zoll- und Handelsverträge (1853, 1865, 1868).

1796. Friedenstractat zwischen der französischen Republik und dem Markgrafen von Baden. Paris, 22. August 1796.

(Martens, VI. 679, 684.)

1801. Lüneviller Frieden mit Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich (s. Deutschland).

1803. Entschädigung des Markgrafen von Baden durch den Reichsdeputations-Recess, für seine an Frankreich gekommenen Besitzungen am linken Rheinufer (s. Deutschland).

1804. Vermögens-Freizügigkeitsvertrag zwischen Oesterreich und Baden. Carlsruhe, 20. December 1804; österreichische Ratification: Wien, 9. Jänner 1805.

(J. G. S. 1804, 706, S. 33, woselbst dieser Vertrag irrig als „österreichisches Patent vom 20. December 1804" angeführt wird, während das Patent unter dem Datum des 9. Jänner 1805 zu Wien besonders abgedruckt erschienen ist. — S. auch P. G. S. Bd. 24, S. 3 — Neumann, II. 132.)

1805. Pressburger Friede zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Deutschland), wobei der Markgraf von Baden als souveräner Fürst anerkannt und als Mitcontrahent erklärt wird, und von Oesterreich das Breisgau nebst der Ortenau, Constanz und Meinau erhält.

1806. Beitritt des Churfürsten von Baden zum Rheinbunde mittelst der Rheinbund-Acte (s. Deutschland).

1806. Vertrag zwischen Oesterreich und Baden, wegen wechselseitiger Freizügigkeit der Pensionisten. Günsburg, 1. September 1806.

(Oesterreichisches Patent vom 24. October 1806: P. G. S. Bd. 27, S. 171 — Neumann, II. 230.)

1807. Oesterreichische Kundmachung über die Ausdehnung des Freizügigkeitsvertrages vom Jahre 1804 auf die von Baden neu acquirirten Länder. Wien, 17. Jänner 1807.

(Hofdecret vom 6. Februar 1807: J. G. S. 800, S. 94 — Neumann, II. 134.)

1808. Erneuerter Freizügigkeits-Vertrag zwischen Oesterreich und Baden. Wien, 17. September 1808.

(J. G. S. 859, S. 127 — P. G. S. Bd. 31, S. 60 — Martens, S. VIII. 41 — Neumann II. 282.)

1808. Vertrag zwischen Oesterreich und Baden, wegen Zulassung der gegenseitigen Unterthanen zum Genusse der Stiftungen in den beiderseitigen Ländern. Wien, 17. September 1808.

(J. G. S. 800, S. 129 — P. G. S. Bd. 31, S. 64 — Martens, S. VIII. 41 — Neumann, II. 284.)

1808. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baden, wegen Regulirung der auf den, in Folge des Pressburger Friedens an Baden abgetretenen Ländern haftenden Lasten. Wien, 27. September 1808.

(Neumann, II. 285.)

1813. Convention zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Rheinbundes und Sr. k. Hoheit dem Erzherzog Anton, Grossmeister des deutschen Ordens. Mergentheim, 15. August 1813; ratificirt durch den Hauptvertrag vom Jahre 1815 (s. unten).

(Martens, S. VII. 287.)

1813. Convention zwischen dem König von Preussen und dem Grossherzog von Baden, wegen des Beitrittes Badens zur grossen Allianz zwischen Oesterreich, Preussen, Russland und Grossbritannien (s. dieses), sammt geheimen Separat-Artikeln über die künftigen Territorial-Verhältnisse Badens. Frankfurt. 20. November 1813.

(Martens, S. V. 649 — Neumann, II. 396.)

1815. Beitritt Badens zur Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 12. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 146 — Neumann, II. 611.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheiligten Höfe, über die Auseinandersetzung der darauf sich beziehenden Verhältnisse. Mergentheim, 18. Mai 1815. Ratification von Baiern: München, 17. Juni; von Württemberg: Ludwigsburg, 16. Juni; von Baden: Carlsruhe, 12. Juni; von Hessen: Darmstadt, 22. Juni; von Nassau: Bieberich, 4. August; von Ysenburg: Birstein, 10. Juli; von dem, dem Vertrage beigetretenen k. k. österreichischen General-Gouvernement zu Frankfurt am Main: Frankfurt, 19. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 491; S. VII. 287.)

1815. Artikel über die Rheinschifffahrt, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preussens, Baierns, der Niederlande, Badens und Nassau's; und Artikel über die Neckar-, Main-, Mosel-, Maas- und Schelde-Schifffahrt, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Grossbritanniens, der Niederlande, Baierns, Württembergs, Badens, Churhessens, Nassau's und der freien Stadt Frankfurt. (XVI. Anhang der Wiener Congress-Acte; s. Deutschland.)

(Martens, S. VI. 429 — Meyer, I. 207.)

1815. Beitritt des Grossherzogs von Baden zur deutschen Bundesacte (s. Deutschland). Carlsruhe, 16. Juli 1815.

(Martens, II. 353 — Neumann, III. 13.)

1816. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baden, wegen Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf sämmtliche neu acquirirte Länder beider Staaten. Carlsruhe, 4. Jänner 1816.

(Hofdecret vom 13. Mai 1816: J. G. S. 1244, S. 357 — P. G. S. Bd. 44, S. 170 — Neumann, III. 135.)

1819. Vereinbarung zwischen Oesterreich und Baden, wegen Execution der richterlichen Erkenntnisse. Carlsruhe, 5. Jänner 1819.

(Hofdecret vom 14. Mai 1819: J. G. S. 1561, S. 87.)

1819. Territorial-Convention zwischen Oesterreich und Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819. (IX. Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819; s. Deutschland.)

(Martens, S. VIII. 626 — Neumann, III. 486.)

1819. Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und dem Grossherzogthume Baden, wegen Modificirung der Frankfurter Convention vom 20. November 1813 (s. oben) zu Gunsten Badens. Frankfurt, 10. Juli 1819. (X. Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819; s. Deutschland.)

(Martens, S. VIII. 634 — Neumann, III. 518.)

1819. Hauptrecess der Territorial-Commission zu Frankfurt, vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland).

1819. Protokoll über die Uebergabe der Grafschaft Hohengeroldseck von Seite Oesterreichs an Baden. Seelbach, 4. October 1819.

(Martens, IV. 628 — Neumann, III. 513.)

1819. Protokoll über die Uebergabe des badischen Landamtes Wertheim von Baden an Oesterreich. Aschaffenburg, 27. October 1819.

(Martens, IV. 628 — Neumann, III. 514.)

1819. Protokoll über die Uebergabe des vorerwähnten Landamtes Wertheim von Oesterreich an Baiern. Aschaffenburg, 27. October 1819.

(Martens, IV. 628 — Neumann, III. 516.)

1822. Convention zwischen Oesterreich, Baiern, Württemberg und Baden, wegen der an die österreichischen Truppen während ihres Durchmarsches nach oder aus der Festung Mainz zu verabreichenden Verpflegung und Transporthilfe.

(Hofkriegsräthliche Verordnung vom 25. Mai 1822: M. G. S. 75, S. 89.)

1825. Badische Erklärung über die zwischen Oesterreich und Baden bestehende Vermögens-Freizügigkeit. Carlsruhe, 7. Juli 1825.

(Martens, S. X. 774 — Neumann, IV. 115.)

1829. Cartel zwischen Oesterreich und Baden, wegen Auslieferung der Deserteure und Conscriptions-Flüchtlinge. Wien, 30. Juli 1829; die Ratificationen ausgewechselt am 6. December 1829.

(Oesterreichisches Patent vom 30. November 1829: M. G. S. 1830, 31, S. 39 — P. G. S. Bd. 57, S. 736 — Martens, S. II. 135 — Neumann, IV. 266.)

1832. Beschluss des deutschen Bundes wegen Aufhebung des badischen Pressgesetzes (s. Deutschland).

1835. Oesterreichische Verordnung über die Beibringung des Auswanderungs-Consenses für baden'sche Unterthanen bei Verleihung von Gewerben, deren Betreibung die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft zur Folge hat.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1835: Stubenrauch, „das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch" I. Bd. §. 31, S. 160.)

1837. Vereinbarung zwischen Oesterreich und Baden über den wechselseitigen Vollzug richterlicher Erkenntnisse, zur näheren Bestimmung der Vereinbarung vom Jahre 1819. Carlsruhe, 15. December 1837.

(Hofdecret vom 28. Mai 1838: J. G. S. 272, S. 191.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baden hinsichtlich der Verpflegungskosten-Bestreitung für die beiderseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 345.)

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baden, wegen Aufhebung des Francatur-Zwanges bei der wechselseitigen Correspondenz und wegen Anwendung eines gemeinschaftlichen Posttarifes. Wien, 18. October 1842.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 19. Februar 1843: P. G. S. Bd. 71, S. 12 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 259.)

1850. Beitritt Badens zu dem österreichisch-deutschen Postvereine (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1850. 2. Bd. S. 442 und 3. Bd. S. 191; 1851. 2. Bd. S. 225.)

1853. Verordnung der k. k. Ministerien des Innern, der Justiz und des Cultus, über die Bedingungen, unter denen männliche grossherzoglich-baden'sche Unterthanen in den österreichischen Staaten Ehen schliessen können. Wien, 9. October 1853.

(R. G. B. 205, S. 1082 — Neumann, VI. 118.)

1853. Beitritt Badens zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preussen).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1854. Beitritt Badens zur Eisenacher Verpflegs-Convention vom 11. Juli 1853 (s. Deutschland) . . . 18. März 1854.

(R. G. B. 125, S. 474 — Neumann, VI. 124.)

1854. Uebereinkunft zwischen Oesterreich, Baiern, Württemberg und Baden, wegen gemeinsamer Ueberwachung der Bodenseegrenze zur Beseitigung des Schleichhandels. Berlin, 20. Februar 1854.

(R. G. B. 154, S. 631 — Neumann, VI. 164.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums mit Kundmachung der vorstehenden Uebereinkunft. Wien, 29. Juni 1854.

(R. G. B. 154, S. 631 — Neumann, VI. 164.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums, über die Ausdehnung der Begünstigungen im Zollverkehr mit dem Zollvereine auf die, aus einem Zollgebiete über den Bodensee in das andere Zollgebiet eingeführten Waaren. Wien, 29. Juni 1854.

(R. G. B. 155, S. 633.)

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wegen Ausdehnung des Uebereinkommens zwischen Oesterreich und Baden, bezüglich der Vollstreckung der Urtheile in Civilsachen, auch auf die ungarischen Länder. Wien, 27. Juli 1855.

(R. G. B. 136, S. 404.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 17. Jänner 1857, über den Schriftenwechsel der österreichischen mit den deutschen Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der baden'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 56.)

1857. Vereinbarung zwischen Oesterreich, Baiern, Württemberg, Baden und der Schweiz, über die Regulirung des Wasserabflusses aus dem Bodensee bei Constanz. Constanz, 27.—31. August 1857.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857, 1858. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen Anerkennung der Giltigkeit der gegenseitig ausgestellten Leichenpässe.

(Erlass des grossherzoglichen Ministeriums des Innern vom 4. November 1857, des k. k. österreichischen Ministeriums des Innern vom 13. Februar 1858: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1862. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen der gegenseitigen Behandlung beweglicher Verlassenschaften. Ministerial-Erklärungen: Carlsruhe, 10. April; Wien, 25. April 1862.

(R. G. B. 27, S. 61.)

1863. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen Einquartierung und Verpflegung der durch das badische Gebiet ziehenden österreichischen Truppen, dann über die Vorspannsleistungen an dieselben. Ministerial-Erklärungen: Carlsruhe, 27. Juni; Wien, 12. August 1863.

(R. G. B. 76, S. 309.)

1863. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisazwanges. Oesterreichische Ministerial-Verordnung ddo. Wien, 7. Juni 1863.

(R. G. B. 57, S. 277.)

1863. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen Handhabung des Sicherheitsdienstes durch die beiderseitigen Grenzpolizeibehörden. Ministerial-Erklärungen: Carlsruhe, 24. August; Wien, 15. October 1863; ausgewechselt zu Carlsruhe am 22. October 1863.

(R. G. B. 94, S. 357.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Deutsch-österreichischer Telegraphenvertrag (s. Deutschland).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Friedensvertrag zwischen Baden und Preussen (s. Preussen).

1867. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der grossherzoglich-baden'schen Regierung, wegen Beitritts der letzteren zu dem auf den Zoll- und Handelsvertrag vom Jahre 1865 (s. Deutschland) sich beziehenden Uebereinkommen, über den gegenseitig zu gewährenden Schutz gegen die Verfälschung von Stempelzeichen u. s. w. Ministerial-Erklärungen: Carlsruhe, 12. December 1866; Wien, 2. Jänner 1867.

(R. G. B. Jahr 1867, 5, S. 10.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Postvertrag Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1867. Internationale Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee, vereinbart von den Commissären der kaiserlich-österreichischen, königlich-baierischen, königlich-württembergischen, grossherzoglich-badischen und schweizerischen Regierung. Bregenz, 22. September 1867; kaiserlich-österreichische Ratificirung: Wien, 4. Jänner 1868.

(R. G. B. Jahr 1868, 19, S. 35.)

1867. Schlussprotokoll zur vorstehenden Schifffahrts- und Hafenordnung. Bregenz, 22. September 1867.

(R. G. B. Jahr 1868, 19, S. 45.)

1868. Ratificirungs-Auswechslungs-, und respective Nachtragsprotokoll zur vorstehenden Schifffahrts- und Hafenordnung. Wien, 3. Februar 1868.

(R. G. B. 19, S. 48.)

1868. Handels-Vertrag vom 9. März 1868 (s. Deutschland).

Baiern.

(Königreich.)

Baiern, früher ein deutsches Herzogthum, seit 1623 durch Uebertragung der pfälzischen Churwürde, welche der westphälische Friede (1648) bestätigte, ein Churfürstenthum, wurde in Folge des Pressburger Friedens zu einem Königreiche erhoben (1805, 1806).

Nach dem Aussterben des habsburgischen Mannsstammes durch den Tod Carl VI. (20. October 1740) machte der Churfürst Carl Albrecht von Baiern, als Abstämmling von Ferdinand des I. älterer Tochter und als Gemahl der zweiten Tochter Josephs I. (Bruders Carls VI.), sein Erbrecht auf Oesterreich geltend. Der hierwegen gegen die einzige Tochter Carls VI., Maria Theresia, geführte österreichische Erbfolgekrieg wurde von Preussen durch die Besetzung Schlesiens begonnen; Frankreich, Spanien, Hessen-Cassel, Pfalz und Cöln standen dabei mit dem als Carl VII. zum römischen Kaiser gewählten Churfürsten Carl Albrecht von Baiern; dagegen Sachsen und Sardinien, welche anfänglich gleichfalls Ansprüche auf die österreichische Erbschaft erhoben hatten, mit Maria Theresia im Bunde; ebenso Grossbritannien und die Niederlande. Carl VII. starb zu München (20. Jänner 1745), worauf sein Sohn Maximilian Joseph im Frieden zu Füssen (22. April 1745) die pragmatische Sanction *) anerkannte und hiefür von Oesterreich in Baiern wieder hergestellt wurde, Maria Theresiens Gemahl, Franz I. von Lothringen, aber zum römischen Kaiser (15. September 1745) erwählt ward. Seinen gänzlichen Abschluss, nach achtjährigem Kampfe, erhielt der gegen die Bestimmungen der pragmatischen Sanction geführte österreichische Erbfolgekrieg erst durch den zwischen

*) Die pragmatische Sanction, nämlich das Hausgesetz des Kaisers Carl VI., nach welchem die gesammten österreichischen Staaten ungetheilt vererben, und in Ermanglung männlicher Nachkommenschaft zunächst auf seine Töchter, nach deren Abgang aber auf die Töchter seines Bruders Joseph I., dann auf seine Schwestern, und nach diesen auf die nächsten Abkömmlinge des Hauses, doch jedesmal nach dem Rechte der Erstgeburt im männlichen und weiblichen Stamme, übergehen sollen — (vom 19. April 1713; kundgemacht zu Wien am 6. December 1724; vom deutschen Reiche unterm 13. Juli 1731, und auch von den meisten europäischen Staaten anerkannt) — ist einzusehen bei Schmauss, corpus jur. publ. p. 1400; dann in der zu Wien bei Manz 1861 herausgegebenen Sammlung der Staatsgrundgesetze der österreichischen Monarchie, I. Bändchen, Verfassungsnormen des Königreiches Ungarn, S. 17.

Oesterreich und Preussen abgeschlossenen Dresdner Frieden (25. December 1745), und den zwischen den übrigen europäischen Mächten (Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Sardinien, Spanien und den Niederlanden sammt ihren Verbündeten) zu Stande gekommenen Aachner Friedensschluss (18. October 1748), in welchem Maria Theresia das väterliche Erbe behielt, mit Ausnahme des an Preussen überlassenen Schlesiens, dann einiger mailändischer Landschaften, die an Sardinien kamen, und der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, die der spanische Infant Don Philipp erhielt. Oesterreich und Baiern schlossen dann noch einen besonderen Garantie- und Ausgleichungsvertrag (1757, 1764). Die Ansprüche des letzteren auf das Herzogthum Mirandola und die Markgrafschaft Concordia wurden durch eine eigene Convention geregelt (1750).

Mit dem Tode des Churfürsten Maximilian Joseph von Baiern (30. December 1777) erlosch der Wittelsbacher Mannsstamm in Baiern *), während noch zwei Linien des älteren (pfälzischen) Zweiges des Hauses Wittelsbach, nämlich die Linie Neuburg-Sulzbach und die von Zweibrücken-Birkenfeld blühten; die erstere freilich nur noch durch die einzige Person Carl Theodors repräsentirt. Dieser nahm als nächster Verwandter die durch den Tod Maximilian Josephs erledigten Länder in Besitz, auf welche jedoch Oesterreich Ansprüche erhob. Diese Ansprüche erkannte Carl Theodor in der Wiener Convention (vom 3. Jänner 1778) an, worin er Niederbaiern, Schärding, Mindelheim und andere Orte an Oesterreich überliess, und den übrigen Theil von Baiern gegen Entschädigung gleichfalls an Oesterreich zu vertauschen versprach. Allein König Friedrich II. von Preussen trat dieser Verstärkung der österreichischen Staatskraft entgegen; es kam zu dem baierischen Erbfolgekriege, der mit dem Frieden zu Teschen (13. Mai 1779) endete, worin die Wiener Convention aufgehoben, Carl Theodor, Pfalzgraf und Churfürst, zugleich Chef des älteren Zweiges des Hauses Wittelsbach, in den Besitz Baierns gesetzt, an Oesterreich aber das Innviertel mit Braunau abgetreten wurde.

In gleicher Weise scheiterte der Plan Josephs II., die österreichischen Niederlande (mit Ausnahme von Namur und Luxemburg) gegen den Erwerb von Baiern an den Churfürsten Carl Theodor als ein Königreich von Austrasien oder von Burgund zu vertauschen, an dem Entgegenwirken Friedrichs II. von Preussen, der von neuem die Rechte des Herzogs von Zweibrücken vertrat, und den Fürstenbund (23. Juli 1785) gegen das österreichische Project stiftete.

*) Siehe unter Pfalz.

Carl Theodor starb 1799 kinderlos, und es vereinigte Max Joseph von der Zweibrücken-Birkenfeld'schen Linie sämmtliche Besitzungen des Hauses Wittelsbach, dies- und jenseits des Rheines. Letztere gingen zwar in Folge des Lüneviller Friedens (1801) an Frankreich über, doch erhielt Baiern, welches sich an der Spitze der süddeutschen Staaten durch den Eintritt in den Rheinbund vom deutschen Reichsverbande lossagte (1806), durch den Reichsdeputations-Recess (1803), den Pressburger Frieden (1805), die Rheinbund-Acte (1806) und den Wiener Frieden (1809) bedeutende Vergrösserungen, bis dasselbe durch die Verträge von Ried und München (1813, 1816) und die Wiener Congressacte (1815) auf seinen im Wesentlichen noch bis heute dauernden Bestand, zu dem nun auch Rheinbaiern wieder gehört, gebracht wurde, nachdem es sich an Oesterreich und seine Verbündeten zur Abschüttelung der Napoleonischen Herrschaft angeschlossen hatte (1813, 1815, 1818).

Dem deutschen Bunde beigetreten (1815, 1820), nahm Baiern gleichfalls Antheil an den Bestimmungen über die Schifffahrt am Rhein, dem Neckar und Main, der Mosel, Maas und Schelde (1815). Die häufigen Gebietsveränderungen zogen zahlreiche Conventionen zur Berichtigung der gegenseitigen Kirchensprengel (1774, 1776), dann der Grenz- und sonstigen Territorial-Verhältnisse (1745, 1760, 1764, 1767, 1779, 1784, 1806, 1810, 1813, 1815, 1816, 1818, 1819, 1828, 1844, 1850, 1851), insbesondere gegen Böhmen (1764, 1846, 1862), Salzburg (1805, 1823, 1862), Oberösterreich (1862) und Tirol (1844, 1850, 1850, 1852) nach sich; für den Abgang der Contiguität mit Rheinbaiern wurde Baiern durch eine österreichische immerwährende Rente entschädigt (1816, 1819). Ebenso mussten die gegenseitigen Ansprüche bezüglich der Militärlieferungen (1824) und der Arreragen (1828), der Activen und Passiven der abgetretenen Länder (1828) und der Forst- und Salinenverhältnisse (1807, 1829), durch besondere Uebereinkommen ausgeglichen werden. Für den Genuss der Stiftungen (1807, 1808, 1843) und der Pensionen (1807) wurde gleichfalls durch Verträge vorgesorgt. — Am 22. August 1866 trat der König Ludwig II., der sich mit Oesterreich im Kriege gegen Preussen verbündet hatte, im Friedensvertrage von Berlin an Preussen Gebietstheile in Ober- und Unterfranken mit einem Areale von beiläufig 10 Quadratmeilen ab. Bezüglich des noch nicht zu Stande gekommenen süddeutschen Bundes, dessen Leitung Baiern im Nikolsburger Frieden vom 26. Juli 1866 in Aussicht gestellt wurde, s. Deutschland.

Aus älterer Zeit sind noch die zwischen Oesterreich und Baiern geschlossenen Cartel- (1745, 1753), Münz- (1753) und Wasser-

bauten-Conventionen (1790, 1791), sowie Anordnungen bezüglich der Freizügigkeit (1768, 1776) und ein Handelsvertrag (1777) zu bemerken.

In diesem Jahrhundert erheischten die sich mehrenden nachbarlichen Beziehungen gegenseitige Bestimmungen über die Erledigungen gerichtlicher Requisitionen (1807, 1808) und den Vollzug gerichtlicher Erkenntnisse (1807, 1812, 1842), die Freizügigkeit des Vermögens (1807, 1811, 1814, 1816, 1817, 1818, 1827, 1829, 1844), die Entrichtung der Militär-Redimirungs-Taxe (1821, 1827, 1829, 1833, 1835, 1837) und der Emigrations-Taxe (1851); die Auslieferung der Deserteure (1817, 1818, 1820, 1822, 1823, 1826, 1827, 1831, 1832, 1833) und der Verbrecher (1854, 1855); den Eintritt in geistliche Institute (1807, 1829); den Geldverkehr (1811, 1818), die Verpflegung der österreichischen Truppen (1822, 1851, 1858, 1861, 1863), die Verzollung (1827), die Verehelichungen (1808, 1827, 1842), die Ein- und Auswanderungen (1819, 1825, 1830, 1831, 1832, 1854), die Verpflegung der Kranken und Irrsinnigen (1833, 1834, 1851, 1853, 1854), die Behandlung der Schüblinge (1835, 1854), die Mittheilung von Criminal-Acten (1835), die Leichenpässe (1856), den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (1857), die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel (1839, 1844, 1847), die Aufnahme von Studirenden (1848), die Ausfertigung von Tauf-, Trau- und Todesscheinen (1851, 1855), die Vergütung von Gerichtskosten (1840, 1850, 1855), das Gerichtsverfahren (1841), das Einschreiten der Gendarmerie (1851, 1855), die Behandlung der Wallfahrter (1853) und der Ausgewanderten (1853), die Bestrafung von Ehrenbeleidigungen (1853), die Titelverleihungen (1854), die Legalisirungen (1813, 1859, 1863). Zur Beförderung des gegenseitigen Personen- und Handelsverkehres schlossen Oesterreich und Baiern Conventionen über das Postwesen (1819, 1842, 1850, 1851, 1860, 1867), die Regulirung des Innflusses (1858, 1866), die Schifffahrts-Verhältnisse auf der Donau und den Nebenflüssen (1851, 1852, 1857, 1858, 1866), den Anschluss der beiderseitigen Eisenbahn- (1851, 1856, 1858, 1861, 1863, 1865, 1867) und Telegraphen-Linien (1850, 1857, 1865, 1867), dann Vereinbarungen über die Radfelgen-Breite (1851) ab; über die Benützung der Passkarten (1856, 1857), die Abschaffung des Passvisa-Zwanges (1862), den Verkehr am Bodensee (1854, 1857, 1867), den Verkehr mit Leingarn etc. (1854, 1856), die Stellung der Beamten bei den Zollämtern (1861), die Zulassung der Gewerbetreibenden (1863), den Schutz gegen Gefällsverkürzungen (1865),

den Markenschutz (1865); endlich trat Baiern den österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsverträgen (1853, 1865, 1868) bei.

1741. Allianzvertrag zwischen Frankreich und Baiern, die österreichische Erbfolge betreffend. Nymphenburg, 18. (oder 22.) Mai 1741; französische Ratification: Versailles, 3. Juni oder 4. Juli.

(Die Bestreitung der Echtheit dieses Vertrages sehe man bei Aretin, S. 63.)

1741. Allianz-Vertrag zwischen Spanien und Baiern, mit dem Beitritte Frankreichs. Nymphenburg, 28. Mai 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 71.)

1741. Verabredung zwischen Frankreich und Baiern, den Marsch und die Verhältnisse der französischen Hilfsvölker betreffend. München, 16. August 1741.

(Koch, VI. I. 35.)

1741. Vertrag zwischen dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, und dem Churfürsten von Baiern, über die beiderseitigen Ansprüche auf die österreichische Erbfolge. Frankfurt, 19. September 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 72.)

1741. Beitritt Preussens hiezu (s. Preussen).

1741. Neutralitätsvertrag zwischen dem Churfürsten von Baiern nebst seinen Alliirten einerseits, und dem schwäbischen Kreise andererseits 27. September 1741.

(Fabri Staatskanzlei, Th. 80. S. 568 — Olenschläger, B. III. S. 24.)

1741. Accession des Churfürsten von der Pfalz zu vorstehendem Vertrage zwischen Baiern und Sachsen. Mannheim, 21. October 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 73 — Koch, I. 35.)

1741. Beitritt des Königs von Preussen zu demselben Vertrage, durch Acte vom 1. November 1741; ratificirt den 8. desselben Monats.

(Rousset, XXI. 52.)

1741. Allianz-Vertrag zwischen dem Könige von Preussen und dem Churfürsten von Baiern. Breslau, 4. November 1741; nebst einem geheimen und Separat-Artikel von demselben Datum.

(Aretin, S. 63.)

1741. Geheime Convention zwischen Preussen und Churbaiern wegen der Kaiserwahl. Breslau, 4. November 1741.

(Aretin, S. 64.)

1741. Verhandlungen über den Streit zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen und dem Churfürsten von Baiern, betreffend die Erbfolge in den österreichischen Staaten.

(Rousset, XIV. 122, 306; XV. 376, 546; XVI. 3. — Olenschläger, Geschichte des interregni nach Absterben Kaisers Carl VI. — Sammlung einiger Staatsschriften nach dem Ableben Kaisers Carl VI.)

1742—1744. Allianz zwischen dem Kaiser Carl VII. und dem König Friedrich von Schweden, als Landgrafen von Hessen-Cassel (s. Hessen-Cassel).

1742. Berliner Frieden zwischen Oesterreich und Preussen (s. dieses).

1743. Waffenstillstands- und Neutralitäts-Convention zwischen den Generalen der Königin von Ungarn und dem Feldmarschall Grafen von Seckendorf, Oberbefehlshaber der Truppen Kaisers Carl VII. Kloster Nieder-Schönenfeld, 27. Juni 1743.

(Staatsschriften unter Carl VII. Th. 3, S. 41.)

1743. Separat-Artikel zu vorstehender Convention. Kloster Nieder-Schönenfeld, 27. Juni 1743.

(Aretin, Anhang Nr. 75.)

1744. Allianz zwischen Carl VII., dem König von Preussen, als Churfürsten von Brandenburg, dem Churfürsten von der Pfalz und dem König von Schweden, als Landgrafen von Hessen-Cassel. Frankfurt a. M., 22. Mai 1744; nebst geheimen und Separat-Artikeln, unter dem Beitritte Frankreichs.

(Aretin, S. 64, 65.)

1745. Vertrag zwischen Churbaiern und Churpfalz wegen wechselseitiger Führung des Reichs-Vicariates. München und Mannheim, 26. März 1745 (im Jahre 1752 vom deutschen Reiche ratificirt).

(Aretin, S. 66.)

1745. Präliminar-Friedensvertrag zwischen der Königin Maria Theresia von Ungarn und Böhmen und dem Churfürsten Maximilian Joseph von Baiern, zur Beendigung des österreichischen Erbfolgekrieges. Füssen, 22. April 1745; die Ratificationen den 2. Mai zu Salzburg ausgewechselt.

(Wenck, II. 180.)

1745. Geheime und Separat-Artikel zu vorstehendem Präliminar-Vertrage. Füssen, 22. April 1745.

(Aretin, Anhang Nr. 76.)

1745. Militär-Convention zur Ausführung der Füssner Friedens-Präliminarien. Hauptquartier Pöttmes, 26. April 1745.

(Aretin, Anhang Nr. 77.)

1745. Cartel zwischen der Königin Maria Theresia von Ungarn und Böhmen und dem Churfürsten Max Joseph von Baiern, die gegenseitige Auslieferung der Deserteure und anderer militärischer Missethäter betreffend. München, 28. August 1745; baierische Ratification: München, 1. September 1745.

(Codex austr. T. V. p. 179, 182. — Staatsschriften nach Ableben Carl VII. Bd. II. S. 728.)

1745. Dresdner Frieden zwischen Oesterreich und Preussen (s. dieses).

1746. Interims-Convention zwischen den Höfen von Wien und München. München, 17. Juni 1746; nebst einem geheimen Separat-Artikel von gleichem Datum.

(Aretin, Anhang Nr. 78.)

1746. Convention zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Baiern, in Verfolg der zu Füssen geschlossenen Präliminarien. München, 21. Juli 1746.

(Wenck, II. 229.)

1746. Geheimer Separat-Artikel zu vorstehender Convention. München, 21. Juli 1746.

(Aretin, Anhang Nr. 79.)

1748. Friedensschluss zu Aachen (s. Frankreich).

1750. Convention zwischen dem Wiener Hofe, den Seemächten England und Holland, und dem Churfürsten von Baiern, wegen Mirandola und Concordia (s. Grossbritannien).

1753. Cartel zwischen Oesterreich und dem Churfürsten von der Pfalz . . ., 1. Juli 1753.

(Codex austr. T. V. p. 773.)

1753. Convention in Münzsachen zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 21. September 1753; österreichische Ratification: Wien, 29. September 1753; Auswechslung der Ratificationen: Wien, 17. October 1753.

(Lori, Sammlung des baierischen Münzrechtes, Bd. III, p. 251.)

1757. Vertrag einer gegenseitigen Garantie zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Pfalzbaiern, sammt besonderer Erklärung der Kaiserin Königin. Wien, 30. October 1757.

(Wenck, III. 157 — Koch, II. 97.)

1760. Uebereinkommen zwischen Churbaiern und Tirol, wegen Eröffnung einer Strasse bei Hohenschwangau. Oesterreichische Verordnung desshalb: Wien, 9. August 1760.

(Lori, Geschichte des Lechrains, Bd. II, S. 557.)

1764. Vergleichs-Instrument über die zwischen der Krone Böhmen und dem Churfürsten- und Herzogthum Baiern auch der obern Pfalz obgewaltete Grenz-Strittigkeiten errichtet. Prag, 3. März 1764; ratificirt München, den 14. März 1764.

(Neumann, I. 46; citirt bei Aretin, S. 71.)

1764. Ausgleichungs- und Allianzvertrag zwischen der Kaiserin Maria Theresia, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von der Pfalz, Carl Theodor. Mannheim, 27. April 1764; kaiserliche Ratification: Wien, 22. Mai 1764; churfürstliche: Schwetzingen, 22. Mai 1764.

(Koch, II. 174 — Martens, I. 230 — Neumann, I. 58; der deutsche Text bei Neumann, I. 62.)

1764. Separatartikel zu vorstehendem Ausgleichungs- und Allianz-Vertrage, die Reichsanwartschaft auf das modenesische Lehen betreffend (s. Modena).

1767. Nachträglicher Vergleich zu dem Grenz-Berichtigungsvertrage mit dem Königreiche Böhmen vom 3. März 1764 . . ., 20. August 1767.

(Rechtfertigungsschrift des geh. Rathes von Ickstatt — Aretin, S. 72.)

1768. Kaiserliche Verordnung, wegen Aufhebung der seit dem Recess von 1667 zwischen Tirol und Baiern bestandenen Freizügigkeit. Innsbruck, 22. März 1768; Churbaierische Verordnung desselben Inhaltes: München, 23. Mai 1769.

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. I., S. 41.)

1774. Vergleich mit sämmtlichen Ordinariaten, deren Kirchensprengel sich in die baierischen Lande erstrecken, in Betreff der Prälaten- und anderer Klosterwahlen. München, 6. October 1774.

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. IV., S. 779.)

1776. Churbaierische Verordnung, wegen gegenseitiger Freizügigkeit zwischen Baiern und Böhmen. München, 4. Februar 1776.

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. I., S. 371.)

1776. Vergleich mit den Ordinariaten, deren Sprengel sich in die baierischen Lande erstrecken, die Sponsalien betreffend. München, 15. December 1776.

(Münchner Intelligenzblätter für 1779, S. 277.)

1777. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, die Zollabnahme in Baiern und in der Oberpfalz betreffend. München, 14. Februar 1777.

(Angeführt von Aretin, S. 74 — Neumann, I. 206.)

1778. Vergleich wegen der baierischen Erbfolge, geschlossen zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem Churfürsten Carl Theodor von der Pfalz. Wien, 3. Jänner 1778; vom Churfürsten ratificirt den 14. Jänner 1778.

(Martens, I. 673 — Neumann, I. 227.)

1779. Friedens-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preussen, zur Beendigung des baierischen Erbfolgekrieges. Mit einem Separat-Artikel und den dazu gehörigen Conventionen und Beitrittserklärungen der Churfürsten von Sachsen und von der Pfalz, des Herzogs von Zweibrücken und Sr. Majestät des Kaisers Joseph II., als Mitregenten und Erben der österreichischen Erbstaaten, endlich sammt Beitritt und Einwilligung des deutschen Kaisers und Reiches. Teschen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 1 bis 28, 68 bis 73 — Neumann, I. 236.)

1779. Garantie Frankreichs und Russlands zum Teschner Frieden (s. diese Staaten).

1784. Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten von Pfalzbaiern, die Berichtigung der Grenzen des im Teschner Frieden an Oesterreich abgetretenen Innviertels betreffend. München, 31. August 1784; baierische Ratification: München, 3. Jänner 1785.

(Koch, II. 469 — Martens, III. 754 — Neumann, I. 348.)

1784. Particular-Convention zwischen dem kaiserlichen Ober-Kriegscommissariate im Reiche und dem pfalzbaierischen Landcommissär, über die Verpflegung der nach den Niederlanden marschirenden kaiserlichen Truppen. Frankfurt, 22. December 1784.

(Officieller Abdruck: Aretin, S. 77.)

1790. Vergleich zwischen Oesterreich und Baiern über die Wasserbauten an der Salzach . . . 1790.

(Aretin, S. 79.)

1791. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, die in Folge vorstehenden Vergleiches an der Salzach vorzunehmenden Bauten betreffend. Braunau, 11. April 1791.

(Murhard, I. 215 — Aretin, Anhang 90 — Neumann, I. 449.)

1795. Heirathsvertrag des Churfürsten Carl Theodor mit der Erzherzogin Maria Leopoldina Anna Josepha Johanna, Tochter Sr. königl. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Carl Anton.

(Murhard, I. 275 — Aretin, Anhang Nr. 91 — Neumann, I. 517.)

1797. Friedensschluss von Campoformio (s. Frankreich).

1801. Lüneviller Frieden (s. Frankreich).

1803. Churpfalz-baierische Entschädigung durch den Reichsdeputations-Hauptrecess vom 25. Februar 1803 (s. Deutschland).

1804. Freizügigkeits-Vertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Churfürsten von Pfalzbaiern. München, 4. Juni 1804.

(Oesterreichisches Patent vom 26. Juni 1804: J. G. S. 670, S. 17 — Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1804: P. G. S. Bd. 22, S. 67 — Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1804, mit Bekanntgebung der Besitzungen des churpfälzischen Hauses: P. G. S. Bd. 22, S. 138 — Neumann, II. 99.)

1805. Pressburger Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, worin der Churfürst von Baiern als Mitcontrahent genannt, die von demselben angenommene Königswürde anerkannt, im Artikel VIII die Abtretung der Markgrafschaft Burgau, der bisherigen salzburgischen Antheile an Passau und Eichstädt, der Grafschaft Tirol mit Trient und Brixen, der sieben vorarlbergischen Herrschaften, der Herrschaften Tettnangen und Argen, dann der Stadt und des Gebietes von Lindau an Baiern, und dagegen die Einverleibung des Churfürstenthumes Salzburg nebst Berchtesgaden mit Oesterreich bestimmt wurde, während

der bisherige Churfürst von Salzburg das Grossherzogthum Würzburg erhielt (s. Frankreich).

1805. Convention zwischen Oesterreich, dem Churfürsten von Salzburg und dem Churfürsten von Baiern, gegenseitige Gebiets-Austauschungen betreffend, in Folge des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 27. April 1803 und der Pariser Convention vom 26. December 1802 (s. Deutschland). München, 2. September 1805.

(Neumann, II. 182.)

1806. Proclamation über die Annahme der Königswürde in Baiern und Circular-Note hierüber an die fremden Gesandten. München, 1. Jänner 1806.

(Martens, VIII. 399.)

1806. Protokoll der Uebergabe der Grafschaft Tirol und der Fürstenthümer Brixen und Trient durch den Bevollmächtigten des Kaisers der Franzosen an die Krone Baiern. Innsbruck, 11. Februar 1806.

(Archiv des rheinischen Bundes, 11, S. 2 — Kletke, S. 413.)

1806. Patent Sr. k. Majestät von Baiern, zur Besitzergreifung des Landes Tirol und Vorarlberg. München, 22. Jänner 1806.

(Archiv des Rheinbundes, IV. 6 — Kletke, S. 415.)

1806. Oesterreichisch-kaiserliches Besitzergreifungs-Patent der Länder Salzburg und Berchtesgaden, in Folge des Pressburger Friedens vom 26. December 1805. Wien, 12. Februar 1806; Uebergabs - Patent: Salzburg, 1. März 1806.

(Martens, S. IV. 247 — Neumann, II. 196.)

1806. Vertrag zwischen Frankreich und Baiern, die tirolische Grenze betreffend. München, 25. Mai 1806.

(Martens, S. IV. 278.)

1806. Tractat zwischen Napoleon I., Kaiser der Franzosen, König von Italien, einerseits, und den Königen von Baiern und Württemberg, dann mehreren anderen Reichsständen andererseits, wegen Errichtung des Rheinbundes (s. Deutschland).

1807. Oesterreichische Verordnung, wegen beschleunigter Befriedigung ämtlicher Requisitionen der k. baierischen Behörden. Wien, 3. März 1807.

(P. G. S. Bd. 28, S. 44 — Neumann, II. 231.)

1807. Königlich-baierische Declaration, die Bestimmung der künftigen Verhältnisse der, der königlichen Souveränität unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren, zu den verschiedenen Zweigen der Staatsgewalt betreffend. München, 19. März 1807 *).

(Meyer, II. 16 — Königlich-baierisches Regierungsblatt 1807, XIII. S. 465 bis 490.)

*) Wurde als ergänzende Beilage in die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815 aufgenommen (s. Deutschland).

1807. Baierische Verordnung, das Eintreten in ein ausländisches Kloster betreffend. München, 4. April 1807.

(Angeführt in der österreichischen Verordnung vom 26. Mai 1829; s. unten.)

1807. Erneuerter Freizügigkeits-Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern. München, 24. Mai 1807; österreichische Ratification: Wien, 4. Juli 1807.

(Oesterreichisches Patent vom 4. Juni 1807: P. G. S. Bd. 28, S. 148 — Linden, das Abfahrtsgeld, S. 45 — Neumann, II. 232.)

1807. Baierische Verordnung, welche die Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse gegen baierische Unterthanen ganz verbietet. München, 9. October 1807.

(Erwähnt in der österreichischen Verordnung vom 4. November 1812; s. unten.)

1807. Verabredung zwischen Oesterreich und Baiern, die Aufhebung des in beiden Staaten auf das Vermögen von Privaten und bestehenden Stiftungen gelegten Sequesters betreffend. München, 5. November 1807.

(P. G. S. Bd. 29, S. 135 — Martens, S. IV. 472 — Neumann, II. 245.)

1807. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern, wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionisten. München, 5. November 1807; österreichische Ratification: Wien, 12. November; baierische: München, 30. November 1807.

(Oesterreichisches Patent vom 12. November 1807: P. G. S. Bd. 29, S. 139 — Aretin, S. 88 — Neumann, II. 242.)

1807. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern, die Salinen von Berchtesgaden und Hallein und den Transitozug von und nach Salzburg betreffend. München, 3. December 1807; österreichische Ratification: Wien, 18. December 1807; baierische Ratification: München, 28. Jänner 1808.

(Neumann, II. 247 — Koch-Sternfeld's Geschichte von Berchtesgaden, III. S. 119.)

1808. Oesterreichische Verordnung als Erneuerung der Vorschrift vom 3. März 1807, wegen Befriedigung ämtlicher Requisitionen der kön. baierischen Behörden. Wien, 6. Jänner 1808.

(P. G. S. Bd. 30, S. 1 — Neumann, II. 261.)

1808. Oesterreichische Verordnung über die Erfordernisse bei Vermögens-Reclamationen ausgewanderter baierischer Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1808: P. G. S. Bd. 30, S. 188, und vom 3. August 1808, ebenda Bd. 31, S. 27.)

1808. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen gegenseitiger freier Benützung der Familien- oder Local-Stiftungen, sowohl von baierischen als österreichischen Unterthanen. München, 10. Mai 1808.

(P. G. S. Bd. 30, S. 205 — Neumann, II. 275.)

1808. Baierische Verordnung, durch welche den baierischen Unterthanen verboten wird, Ehen ohne Consens im Auslande einzugehen. München, 12. Juli 1808.

(Angeführt in der österreichischen Verordnung vom 30. October 1827.)

1808. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Vermögens-Reclamationen ausgewanderter baierischer Unterthanen, als Erläuterung der Verordnung vom 21. April 1808.

(Hofkanzlei-Decret vom 3. August 1808: P. G. S. Bd. 31, S. 27 — Neumann, II. 278.)

1809. Wiener Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit der Abtretung von Salzburg, Berchtesgaden und einem Theile von Oberösterreich (Innviertel und Hausruckviertel) an den Kaiser der Franzosen zu Gunsten des Rheinbundes (Baierns) — (s. Deutschland).

1810. Staatsvertrag zwischen Frankreich und Baiern, Baierns Abtretungen und Erwerbungen in Folge des Wiener Friedens vom 14. October 1809 (siehe Deutschland) betreffend. Paris, 28. Februar 1810. Mit sechs Separat- und geheimen Artikeln; baierische Ratification: Strassburg, 3. März 1810.

(Martens, S. IX. 16 — Neumann, II. 322 — Aretin, S. 90.)

1810. Baierisches Patent über die vom italienischen Tirol an Frankreich abgetretenen Gebietstheile, in Folge des Vertrages vom 28. Februar 1810. München, 23. Juni 1810.

(Martens, S. VIII. 30.)

1810. Protokoll zur Bestimmung der neuen Landesgrenze zwischen den Königreichen Italien und Baiern. Botzen, 7. Juni 1810.

(Baierisches Regierungsblatt 1810, S. 602.)

1811. Bekanntmachung wegen Beobachtung der Freizügigkeits-Verträge mit Baiern und der Reversalien-Abforderung gegen die neuerlangten Territorien Baierns. Wien, 21. Jänner 1811.

(Hof-Decret vom 15. Februar 1811: J. G. S. 1811, 928, S. 253 — Neumann, II. 343.)

1811. Allgemeine Abstellung der Reversalien „de observando reciproco“ bei Vermögens-Exportationen nach Baiern. Wien, 4. April 1811.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1811: P. G. S. Bd. 36, S. 89 — Hofdecret vom 26. April 1811: J. G. S. 1811, 934, S. 273 — Linden, S. 48 — Neumann, II. 344.)

1811. Königlich-baierische Verordnung, wegen Beschränkung der aus Baiern nach Oesterreich zu leistenden Geldzahlungen, als Retorsion

gegen das österreichische Finanzpatent vom 20. Februar 1811. München, 12. April 1811 *).

(Meine „Behandlung der Ausländer," S. 104.)

1811. Verordnung über die Erfordernisse der Pässe zur Reise nach Baiern.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. Juli 1811: P. G. S. Bd. 37, S. 2 — Neumann, II. 344.)

1811. Oesterreichische Retorsions-Massregel in Folge der baierischen Verordnung vom 12. April 1811. Wien, 22. October 1811.

(Erwähnt in der österreichischen Verordnung vom 18. April 1821.)

1811. Oesterreichische Verordnung über die Erfordernisse bei Erb-Reclamationen der Ausgewanderten aus Baiern und den übrigen Staaten des Rheinbundes.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. September 1811: P. G. S. Bd. 37, S. 50 — Neumann, II. 345.)

1811. Vorschrift wegen Niederlassung k. baierischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. November 1811: P. G. S. Bd. 37, S. 176 — Neumann, II. 346.)

1812. Vorschriften über die Execution in Oesterreich eines in Baiern gefällten Urtheiles (Modificirung der baierischen Verordnung vom 9. October 1807) und über die Ausdehnung des Gerichtsstandes in Concursfällen.

(Hof-Decret vom 7. November 1812: J. G. S. 1812, 1010, S. 36 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 151 und 159 — Neumann, II. 364.)

1813. Uebereinkommen, wornach eine Legalisirung der baierischen ämtlichen und gerichtlichen Urkunden durch die österreichische Gesandtschaft nicht mehr erforderlich sein soll. Wien, 22. Juni 1813.

(Hof-Decret vom 2. Juli 1813: J. G. S. 1058, S. 164 — Neumann, II. 367.)

1813. Präliminar-Friedens- und Allianz-Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern. Ried, 8. October 1813 **); baierische Ratification: München, 12. October 1813; diesfällige Ratifications-Auswechslungs-Instrumente ddo. Braunau, 15. October, und Frankfurt a. M., 18. November 1813.

(P. G. S. Bd. 41, S. 87 — Martens, S. V. 610 — Neumann, II. 381.)

*) Die Hauptbestimmungen des österreichischen Finanzpatentes s. bei Stubenrauch: Commentar zum allgem. bürgerlichen Gesetzbuche, I. 19.

**) In Folge der Territorial-Verträge vom Jahre 1813, 1814 und 1816, wurden die meisten der, nach dem Pressburger Frieden vom Jahre 1805 und dem Wiener Frieden vom Jahre 1809, von Oesterreich an Baiern gekommenen Länder, als: Tirol, Vorarlberg, das Innviertel, das Hausruckviertel und Salzburg — (bis auf ein kleines Stück zwischen der Salzach und Saale) — an Oesterreich zurückgestellt.

1813. Geheime Artikel zu vorstehendem Allianz-Vertrage. Ried, 8. October 1813.

(Martens, S. V. 612 — Neumann, II. 383.)

1813. Convention zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Rheinbundes und Sr. k. Hoheit dem Erzherzog Anton, Grossmeister des deutschen Ordens (s. Baden).

1814. Erster Pariser Frieden, vom 30. Mai 1814 (s. Frankreich).

1814. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, wegen näherer Auslegung des Rieder Vertrages vom 8. October 1813. Paris, 3. Juni 1814; nebst drei Zusatzartikeln von demselben Datum.

(Martens, S. VI. 18 — Neumann, II. 480.)

1814. Protokoll der Bevollmächtigten Oesterreichs und Baierns über die Uebergabe des Fürstenthums Aschaffenburg an die Krone Baiern. Aschaffenburg, 26. Juni 1814.

(Aretin, Anhang 94 — Murhard, I. 331 — Neumann, II. 485.)

1814. Bekanntmachung über die Befreiung jedes nach Baiern abziehenden Vermögens von dem landesfürstlichen Abfahrtsgelde. Wien, 27. October 1814.

(Hofkammer-Decret vom 27. October 1814, intimirt 8. November 1814: Linden, S. 48 und 49.)

1815. Beitritt Baierns zu der zwischen Oesterreich, England und Frankreich am 3. Jänner 1815 geschlossenen Defensiv-Allianz (siehe Frankreich). Wien, 6. Jänner 1815.

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. IV, S. 331 — Neumann, II. 494.)

1815. Vertrag der vier verbündeten Mächte (Oesterreich, Russland, England und Preussen) mit Baiern, die Mitwirkung der baierischen Armee im Kriege gegen Napoleon betreffend. Wien, 2. April 1815.

(Im Auszug bei Martens, S. VII. 313 — Neumann, II. 524.)

1815. Verhandlungen des Wiener Congresses über die Territorial-Verhältnisse zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 3. April bis 10. Juni 1815.

(Martens, I. 431 — Neumann, II. 565.)

1815. Einverständniss zwischen Oesterreich und Baiern, die von letzterem zu leistenden Abtretungen und zu erhaltenden Entschädigungen betreffend. Wien, 11. April 1815 (Grundlage des Vertrages vom 23. April).

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. VIII, S. 149.)

1815. Beitritt des Königs von Baiern zum Wiener Allianz-Vertrage vom 25. März 1815, zwischen Oesterreich, Russland und

Preussen, gegen Napoleon Buonaparte (s. Grossbritannien). Wien, 6. April 1815.

(Martens, S. VI. 112 und 134 — Neumann, II. 534.)

1815. Vertrag zwischen den grossen Mächten (Oesterreich, Russland, England und Preussen) und Baiern, die von Baiern an Oesterreich zu machenden Abtretungen und dafür zu erhaltenden Entschädigungen betreffend. Wien, 23. April 1815. (Wurde nicht ratificirt.)

(Martens, S. IV. 451 — Neumann, II. 545.)

1815. Protokoll, Baierns Beitritt zu der von den grossen Mächten am 21. und 24. April vorgeschlagenen Verpflegungs-Convention betreffend. Wien, 29. April 1815.

(Aretin, S. 95.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe, geschlossen zu Mergentheim (s. Baden).

1815. Protokoll vom 12. Mai 1815, über das Verhalten gegen Napoleon Buonaparte (s. Grossbritannien).

1815. Conventionen zwischen den Bevollmächtigten Russlands und mehrerer deutscher Höfe, die Bildung eines Parkes für den russischen Rayon und die Verwaltung der Militärspitäler in dem russischen Rayon betreffend (s. Russland). Wien, 19. Mai 1815 *).

(Martens, S. VII. 313 und 317.)

1815. Bekanntmachung der österreichisch-baierischen Commission zu Creutznach, über die Abtretungen an Preussen (s. Preussen).

1815. Convention über Baierns Beitritt (unter Modificationen) zu der von den grossen Mächten am 21. und 24. April vorgeschlagenen Verpflegs-Convention. Wien, 30. Mai 1815.

(Aretin, S. 96.)

1815. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Verbotes des Ankaufes der Aerarial-Effecten von Deserteuren.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1815: P. G. S. Bd. 43, S. 278 — Neumann, III. 36.)

1815. Deutsche Bundes-Acte und Wiener Congress-Acte, worin Würzburg und Aschaffenburg an Baiern zugewiesen werden (siehe Deutschland).

1815. Protokoll, vereinbart zu Paris, 3.—20. November 1815, die Territorial-Verhältnisse in Deutschland betreffend (s. Deutschland).

1815. Protokoll, vereinbart zu Paris, 6.—20. November 1815, die Vertheilung der von Frankreich zu leistenden Entschädigungen betreffend (s. Frankreich).

*) Der baierische Bevollmächtigte unterzeichnete diese Verträge nur vorbehaltsweise (Aretin, S. 95).

1815. Zweiter Pariser Frieden, vom 20. November 1815 (siehe Frankreich).

1816. Tractat zwischen Oesterreich und Baiern, die definitive Festsetzung der Grenzen und Verhältnisse der beiden Staaten betreffend. München, 14. April 1816; österreichische Ratification: Conegliano, 22. April; baierische Ratification: München, 20. April 1816.

(Martens, S. VII. 11 — Hofkanzlei-Decret vom 14. September 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 328 — Neumann, III. 127.)

1816. Geheime Artikel zu vorstehendem Vertrage. München, 14. April 1816.

(Martens, S. VII. 19 — Neumann, III. 134.)

1816. Königlich-baierische Patente über die Besitzergreifung der nach dem vorstehenden Tractate an Baiern gelangten Länder. München, 30. April 1816.

(Kletke, S. 325 bis 330.)

1816. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Baiern bestehenden Freizügigkeit auf die neuerlangten Provinzen, in Gemässheit des Tractates vom 14. April 1816.

(Hof-Decret vom 8. Juni 1816: J. G. S. 1254, S. 375 — P. G. S. Bd. 44, S. 188 — s. auch die Hof-Decrete vom 4. März und 29. Mai 1816, bei Linden, S. 49 — Neumann, III. 131.)

1816. Kaiserliches Patent über die Besitznahme von Salzburg, dem Innviertel und einem Theile des Hausruckviertels, in Gemässheit des Münchener Tractates vom 14. April 1816. Wien, 1. Mai 1816.

(P. G. S. Bd. 44, S. 165.)

1817. Cartel-Convention zwischen Oesterreich und Baiern, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 24. Mai 1817; baierische Ratification: München, 10. Juni 1817.

(P. G. S. Bd. 45, S. 193 — Martens, S. IX. 146 — Neumann, III. 233.)

1818. Concurrenz-Vergleich zwischen Oesterreich, Preussen und Baiern, in Betreff der neu erworbenen Gebietstheile des Grossherzogthumes Frankfurt. Fulda, 11. April 1818.

(Angeführt in dem Hauptvertrage über die Vertheilung der Lasten des Grossherzogthums Frankfurt, vom 2. Juli 1828; s. Frankfurt.)

1818. Erneuerte Kundmachung, wegen Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Baiern bestehenden Freizügigkeit.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1818: P. G. S. Bd. 46, S. 153 — Neumann, III. 324.)

1818. Convention zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits, und Frankreich andererseits, über die Privat-Reclamationen an Frankreich, worin im Artikel VII auch für Baiern stipulirt wird (s. Frankreich).

1818. Modificirung der Beschränkungen im Geldverkehr zwischen Oesterreich und Baiern (s. oben 1811) bei Erfolglassung von Verlassenschaften und bei Privat-Contracten. Wien, 9. Juni 1818.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1818: P. G. S. Bd. 46, S. 153 — Hofdecret vom 9. Juni 1818, bei Linden, S. 49 — Neumann, III. 324.)

1818. Grenzvertrag zwischen Oesterreich und Baiern in Folge der Abtretungen von 1816. Salzburg, 30. September 1818.

(Aretin, S. 100 — Neumann, III. 412.)

1819. Vorschrift über die Berichtigung der im Cartel von 1817 festgesetzten Gebühren im 24 fl. Münzfusse.

(Verordnung des kaiserlichen Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden, vom 26. Februar 1819: M. G. S. 1819, 46, S. 73 — Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 75.)

1819. Post-Convention zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 15. März 1819; baierische Ratificirung: München, 9. April 1819.

(Neumann, III. 463.)

1819. Frankfurter Territorial-Recess zur Ausführung der nach dem zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen, vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland).

1819. Protestation Sr. Majestät des Königs von Baiern gegen die, die baierischen Entschädigungen betreffenden Bestimmungen des am 20. Juli 1819 zu Frankfurt von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Grossbritanniens, Preussens und Russlands abgeschlossenen Territorial-Recesses. München, den . . . 1819.

(Aretin, S. 100.)

1819. Abtretung des badischen Landamtes Wertheim von Oesterreich an Baiern (s. Baden).

1819. Vorschriften bei Einbürgerung baierischer Auswanderer in Oesterreich, in Folge der königlich - baierischen Verordnung vom 27. März 1819.

(Hofkriegsraths - Verordnung vom 22. Mai 1819: M. G. S. II. Bd. — Hofkanzlei-Decret vom 26. Juli 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 261.)

1820. Königlich-baierisches Patent in Betreff der zwischen Baiern und Oesterreich zu beobachtenden Freizügigkeit des Vermögens, und zwar für die zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie nach dem kaiserl. Patente vom 2. März 1820 (s. Deutschland), und für die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Länder nach dem zwischen Oesterreich und Baiern unterm 24. Mai 1807 geschlossenen Freizügigkeitsvertrage (s. oben). München, 29. Mai 1820.

(Kletke, S. 114.)

1820. Nachträgliche Uebereinkunft zwischen der österreichischen und baierischen Regierung, wornach die im Cartel vom Jahre 1817 stipulirte Taglia nur für Deserteure, nicht aber für Conscriptions-Flüchtlinge zu entrichten ist.

(Hofkriegsräthliches Circular vom 20. Juni 1820: M. G. S. 89, S. 74 — Hofkanzlei-Decret vom 14. October 1820: P. G. S. Bd. 48, S. 345 — Neumann, III. 570.)

1821. Gänzliche Aufhebung der durch die Retorsions-Massregel vom 22. October 1811 angeordneten Beschränkung im Geldverkehre zwischen Oesterreich und Baiern; Zurückstellung der zurückbehaltenen Depositen königlich-baierischer Beamten. Wien, 18. April 1821.

(Hof-Decret vom 20. Mai 1821: Linden, S. 50. — M. G. S. 1822, 40, S. 36. — P. G. S. Bd. 49, S. 148.)

1821. Beschränkung der Militärpflichtigkeits-Reluition zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 10. Mai 1821.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1821; baierische Verordnung vom 5. April 1821: P. G. S. Bd. 49, S. 131 — Linden, S. 51 — Kletke, S. 567.)

1822. Nachträgliche Belehrung, inwieferne die Taglia für baierische Deserteure anzusprechen sei. Wien, 28. April 1822.

(Hofkriegsräthliche Verordnung in der M. G. S. 1822. 65. S. 80.)

1822. Convention wegen Verpflegung der nach oder aus Mainz marschirenden österreichischen Truppen (s. Baden).

1822. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern wegen Erneuerung des Militär-Cartels vom Jahre 1817 und einstweiliger Fortdauer desselben.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822: P. G. S. Bd. 50, S. 593; baierische Kundmachung, ddo. München, 19. Juni 1822 — Martens, S. X. 50 — Neumann, IV. 9.)

1823. Deserteurs-Auslieferungs-Cartel zwischen Oesterreich und Baiern. München, 30. Juni 1823.

(Im Jahre 1826 ratificirt und kundgemacht; s. unten den Staatsvertrag vom 27. Februar 1826.)

1823. Kundmachung einer k. baierischen Verordnung vom 21. Mai 1822, über die erforderlichen Nachweise der Heimatsrechte bei Abschiebung der Vaganten.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1823: P. G. S. Bd. 51, S. 199.)

1823. Gemeinschaftliches Protokoll über die in Folge des Vertrages ddo. Salzburg, 30. September 1818, zwischen Oesterreich und Baiern vollzogene Grenzvermarkung. Salzburg, 4. November 1823.

(Gedrucktes Exemplar: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1824. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Liquidirung der Militär-Lieferungen aus den Jahren 1813—1815. Wien, 10. Mai 1824.

(Neumann, IV. 70.)

1825. Oesterreichische Verordnung über die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft von Seite königlich-baierischer Unterthanen. Wien, 8. October 1825.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1825: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1825, Notizenblatt S. 411.)

1826. Staatsvertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 27. Februar 1826; baierische Ratification: Bad Brückenau, 17. Juli 1826 *).

(Oesterreichisches Patent vom 27. Februar 1826: P. G. S. Bd. 54, S. 18 — M. G. S. 1826, 142, S. 382 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 143 — Neumann, IV. 39.)

1827. Ergänzende Bestimmung zu diesem Cartel, bezüglich der gegenseitigen Anrechnungen für Vorspann, Arzeneien etc. Wien, 12. November 1826.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1827, Z. 752: Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 143 — Neumann, IV. 46.)

1827. Oesterreichische Verordnung wegen Abschiebung der Vaganten nach Baiern.

(Hofkanzlei-Decret vom 19. April 1827: P. G. S. Bd. 55. S. 75.)

1827. Vorschrift über die ehelichen Trauungen baierischer Unterthanen in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1827, Z. 28.224: P. G. S. Bd. 55, S. 181 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 487, und 1828, Notizenblatt S. 69; ferner das erläuternde Hof-Decret vom 10. Juni 1828: Zeitschrift etc. 1828, Notizenblatt S. 350.)

1827. Oesterreichische Verordnung über den zollfreien inneren Verkehr der im allgemeinen Zollverbande befindlichen Provinzen der österreichischen Monarchie auch in den über das k. baierische Gebiet gehenden Richtungen. Wien, 31. October 1827.

(Hofkammer-Decret vom 31. October 1827: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1828, Notizenblatt S. 17.)

1827. Königlich-baierische Verordnung, wegen Abschaffung der Militär-Redimirungstaxe für Auswanderer nach Oesterreich, die noch nicht in das 19. Lebensjahr eingetreten sind, in Beobachtung der Reciprocität. München, 12. December 1827.

(Kletke, S. 567.)

*) Dieser Staatsvertrag ist eigentlich die Ratificirung des Cartels vom 30. Juni 1823.

1828. Verordnung wegen Erleichterung des commerziellen Verkehrs an der österreichisch-baierischen Grenze.

(Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1828: P. G. S. Bd. 56, S. 24.)

1828. Hauptvertrag vom 2. Juli 1828, wegen der Centralschulden des gewesenen Grossherzogthums Frankfurt und der Ausgaben und Departementsschulden von Fulda (s. Frankfurt).

1828. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, über die in Folge der in den Jahren 1814 und 1816 geschehenen Territorial-Veränderungen zu treffende Ausgleichung der gegenseitigen Aerarial-Ansprüche, der Arreragen und der damit verwandten Gegenstände. Wien, 13. December 1828; baierische Kundmachung: München, 14. Mai 1829.

(Martens, S. XIII. 68 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 271 und 466 — Neumann, IV. 251 — Kletke, S. 360.)

1828. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, über die Activen und Passiven der gegenseitig abgetretenen Länder. Wien, 13. December 1828; baierische Kundmachung: München, 14. Mai 1829.

(Martens, S. XIII. 68 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 271 und 466 — Neumann, IV. 251 — Kletke, S. 360.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, über die Forst- und Salinen-Verhältnisse. Wien, 18. März; baierische Kundmachung: München, 23. October 1829.

(Martens, S. XIII. 124 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 362 — Neumann, IV. 290 — Amtsblatt der kais. priv. Wiener Zeitung, vom 23. September 1829 — Kletke, S. 366.)

1829. Ausnahme von der allgemeinen Vermögens-Freizügigkeit in Ansehung österreichischer Unterthanen, die in ein baierisches Kloster treten, als Reciprocität wegen der baierischen Verordnung ddo. München, 4. April 1807. Wien, 26. Mai 1829.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. Juni 1829: P. G. S. Bd. 57, S. 347 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenbl. 270.)

1829. Oesterreichische Verordnung, über die Abnahme einer Militärpflicht-Redimirungstaxe von den nach Baiern auswandernden österreichischen Unterthanen. Wien, 29. November 1829.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829: M. G. S. 1830, 53, S. 72. — P. G. S. Bd. 57, S. 732. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1830, Notizenblatt S. 54.)

1830. Vorschrift wegen Beibringung der Entlassung aus dem baierischen Staatsverband bei Einbürgerungen in Oesterreich. Wien, 10. December 1830.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. December 1830: P. G. S. Bd. 10, S. 519.)

1831. Uebereinkommen wegen Bestätigung der, bei Entlassung eines österreichischen Unterthans nach Baiern und umgekehrt, beizubringenden Aufnahms-Zusicherungen durch die k. k. Kreisämter.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1831: P. G. S. Bd. 59, S. 94 und vom 8. December 1831, ebendaselbst S. 217 — dann Hofkanzlei-Decret vom 27. Juli 1831: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1831, Notizenblatt S. 388.)

1831. Vorschrift, dass bei Verleihung von Meisterrechten an baierische Unterthanen die Auswanderungs-Bewilligung der kön. baierischen Regierung ausgewiesen sein müsse. Wien, 18. August 1831.

(Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1831, Z. 18.672: M. G. S. 1831, 8, S. 7. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1831, Notizenblatt S. 437.)

1832. Vorschriften bei Einbürgerung baierischer Einwanderer in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832: J. G. S. 1832, 2550, S. 35.)

1833. Baierische Verordnung, das Erlöschen der Forderungen an die königlichen Cassen und der Rückstände an königlichen Staatsgefällen betreffend. München, 20. März 1833.

(Hofkanzlei-Erlass vom 22. April 1833: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1833, Notizenblatt S. 194.)

1833. Königlich-baierische Verordnung, wegen Befreiung der Dienstuntauglichen von der Militär-Redimirungs-Taxe bei Auswanderungen nach Oesterreich, in Beobachtung der Reciprocität. München, 16. October 1833.

(Kletke, S. 567.)

1833. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Heilung und Verpflegung der in den beiden Staaten erkrankten oder verunglückten, unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1833, Z. 24.458: P. G. S. Bd. 61, S. 241 — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1833, Notizenblatt S. 443 — Hämmerle, S. 682.)

1834. Ausdehnung dieses Uebereinkommens auf Irrsinnige.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1834, Z. 6331: Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 131.)

1834. Vorschrift wegen Ausfertigung der Pässe für die nach Baiern reisenden Oesterreicher.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 81.)

1834. Oesterreichische Verordnung, wegen Beschränkung der Abnahme der Militär-Pflichtigkeits-Redimirungs-Taxe von Auswanderern nach Baiern. Wien, 30. Mai 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 150.)

1835. Vorschrift hinsichtlich der nach Baiern aus Oesterreich zu transportirenden Schüblinge.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1835, Z. 12.491: Meine „Behandlung der Ausländer" S. 357, woselbst auch die verschiedenen speciellen Weisungen über diesen Gegenstand zu ersehen sind; ebenso bei „Hämmerle" Sicherheitspolizei, VI. S. 682.)

1835. Aufhebung der Redimirungs-Taxe für die nach Baiern auswandernden militärpflichtigen österreichischen Unterthanen. Wien, 24. October 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. November 1835: M. G. S. 1835, 125, S. 228, — P. G. S. Bd. 63, S. 443 — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt S. 495.)

1835. Ermächtigung der Stadt- und Landrechte zu Linz und Salzburg zur Mittheilung der Criminal-Acten an baierische Gerichte. Wien, 22. December 1835.

(J. G. S. 1835, 107, S. 64.)

1837. Königlich-baierische Verordnung über das Passwesen im Königreiche Baiern. München, 17. Jänner 1837.

(Bekanntgemacht in Oesterreich durch das Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 96.)

1837. Nachtrag zu vorstehender königlich-baierischer Verordnung. München, 15. Juli 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. August 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 457.)

1837. Reciproke Aufhebung der Redimirungs-Taxe für die nach Oesterreich auswandernden militärpflichtigen baierischen Unterthanen. München, 16. October 1837.

(Königlich-baierische Verordnung, bei Kletke, S. 575.)

1838. Königlich-baierische Verordnung über die Einführung der breiten Radfelgen im Königreiche Baiern. München, 21. April 1838.

(Bekanntgemacht in Oesterreich mittelst Hofkanzlei-Decrets vom 3. August 1838: P. G. S. Bd. 66, S. 321.)

1839. Weitere Bestimmungen hierüber.

(Hofkanzlei-Decrete vom 18. Jänner und 22. October 1839: P. G. S. Bd. 67, S. 19 und 257.)

1839. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Hintanhaltung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgrenze. München, 16. Mai; Wien, 25. August 1839.

(Hof-Decret vom 9. September 1839: J. G. S. 376, S. 349 — P. G. S. Bd. 67, S. 166.)

1840. Oesterreichische Verordnung, belangend die Vergütung der Commissionskosten für die auf Ersuchen der baierischen Behörden von dem Wiener Criminal-Senate vorgenommenen Gerichtshandlungen. Wien, 25. Mai 1840.

(J. G. S. 443, S. 500.)

1840. Bestimmungen hinsichtlich des Grenzverkehres in Gewerbssachen mit dem Königreiche Baiern. Wien, 14. März 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 177.)

1841. Kaiserliche Verordnung über das Verfahren bei den von Unterthanen des Königreiches Baiern gegen österreichische Unterthanen eingebrachten Klagen, im Falle des Gerichtsstandes des Vertrages. Wien, 3. Juli 1841.

(Hofdecret vom 13. Juli 1841: J. G. S. 548, S. 594 — Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 201. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 442 — Neumann, IV. 501.)

1842. Bekanntgebung einer königlich-baierischen Circular-Verordnung, hinsichtlich der von baierischen Unterthanen im Auslande und von fremden Unterthanen in Baiern geschlossenen Ehen. Wien, 31. März 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 135 — J. G. S. 604, S. 15.)

1842. Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1842, über den Gerichtsstand des Vertrages in Baiern (s. oben die kaiserliche Verordnung vom 3. Juli 1841).

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und kön. baierischen Regierung, wegen Aufhebung des Frankirungszwanges bezüglich der Correspondenz zwischen Oesterreich und Baiern, und Anwendung eines gemeinschaftlichen Briefporto-Tarifes. Wien, 30. Juli 1842.

(Murhard, III. 428 — Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. September 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 229 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 488 — Verordnungsblatt der k. k obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 167.)

1843. Convention zwischen Oesterreich und Baiern zur Ausgleichung der gegenseitigen Stiftungs-Forderungen, welche aus den in den Jahren 1814 und 1816 eingetretenen Gebietsveränderungen herrühren. München, 19. December 1843.

(Neumann, IV. 571.)

1844. Bekanntmachung der königlich-baierischen Regierung, dass in Beobachtung der österreichischer Seits unterm 3. Februar 1844 zugesicherten Reciprocität, bei Legaten oder bei Vermögenszuwendungen von Seite baierischer Unterthanen an Stiftungen jener österreichischen Staaten, auf welche sich die Anwendbarkeit des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817 (s. Deutschland) bezieht, volle Freizügigkeit bestehen soll. München, 28. Juli 1844.

(Kletke, S. 120.)

1844. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern über die Berichtigung der tirolisch-baierischen Grenze. München, 30. Jänner 1844; österreichische Ratification: 14. September 1844; baierische: 23. April 1844; ausgewechselt zu München, am 24. October 1844.

(Kundgemacht im R. G. B. vom Jahre 1852, 116, S. 492 und in der k. k. Staatsdruckerei besonders abgedruckt — Neumann, V. 603.)

1844. Erneuerung des Uebereinkommens vom Jahre 1839, wegen Hintanhaltung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel. Wien, 3. April; München, 12. April 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844: J. G. S. 806, S. 209 — P. G. S. Bd. 72, S. 110.)

1846. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-baierischen Regierung über die Abtheilung und Purification des sogenannten Fraischbezirkes bei Waldsassen an der Grenze Böhmens. Königlich-baierische Bekanntmachung: München, 20. Juli 1846.

(Kletke, S. 408.)

1847. Kundmachung wegen des Vollzuges des erneuerten Uebereinkommens vom Jahre 1844, wegen der Forstfrevel u. a. m. Wien, 18. September 1847.

(J. G. S. 1087, S. 471.)

1848. Erlass des k. k. provisorischen Unterrichts-Ministeriums, womit die Modalitäten kundgemacht werden, unter denen die Aufnahme der Wiener Studirenden an der k. Universität in München und an den übrigen königlich-baierischen Lehranstalten stattfindet. Wien, 28. December 1848.

(R. G. B. 1849, 58, S. 69.)

1850. Protokoll zwischen der k. k. österreichischen und königlich-baierischen Regierung, über die Herstellung einer Telegraphen-Verbindung zwischen Wien und München. Wien, 21. Jänner 1850; österreichische Ratification: 31. Jänner; baierische: 2. Februar 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 2. Bd. S. 81.)

1850. Postvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über den Beitritt des letzteren zu dem deutsch-österreichischen Postverein (siehe Deutschland). Berlin, 6. April 1850; österr. Ratification: Wien, 26. April 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums 1850, 2. Bd. S. 144, 409 — erwähnt im R. G. B. 253, S. 1050.)

1850. Erlass des k. k. Handels-Ministeriums, womit die provisorischen Bestimmungen über die wechselseitige Benützung der österreichischen und baierischen Staats-Telegraphen durch das Publikum, kundgemacht werden. Wien, 23. April 1850.

(R. G. B. 146, S. 809.)

1850. Erlass desselben, dass die baierische Telegraphenlinie bis Hof vollendet, und vom 5. Juli angefangen dem Verkehre für Privat-Correspondenz übergeben wird. Wien, 14. Juli 1850.

(R. G. B. 274, S. 1232.)

1850. Staatsvertrag vom 25. Juli 1850 zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern und Sachsen, über die Bildung eines deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines (s. Deutschland).

1850. Uebereinkunft über die Erhebung und Verrechnuug der für die Regierungs - Depeschen zwischen Oesterreich und Baiern erwachsenen Telegraphen-Gebühren. Wien, 12. August (in Folge Protokolls. dd. Dresden, 22. Juli) 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 3. Bd. S. 39.)

1850. Verordnungen des k. k. Handels-Ministeriums, wodurch die Bestimmungen über die Benützung der österreichischen Staats-Telegraphen und der Telegraphen in dem Gebiete des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines von Seite des Publikums, kundgemacht werden (siehe Deutschland).

1850. Uebereinkommen wegen Mittheilung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Wien, 12. October 1850; München, 18. Februar 1851 (s. unten den Ministerial-Erlass vom 16. März 1851).

1850. Revidirte Beschreibung der Landesgrenze zwischen Tirol und Vorarlberg und dem Königreiche Baiern, nach dem Grenzberichtigungs-Vertrage vom Jahre 1844 und nach den Ergebnissen der definitiven Grenzvermarkung. München, 30. November 1850 (Beilage des Ergänzungsvertrages vom 16. December 1850).

(Neumann, V. 622.)

1850. Ergänzungsvertrag zum Grenzberichtigungs-Vertrage zwischen Oesterreich und Baiern vom 30. Jänner 1844, über die Landesgrenze von Tirol mit Vorarlberg einerseits, und dem Königreiche Baiern andererseits. München, 16. December 1850; österreichische Ratification: 17. Mai 1851; baierische: 29. April 1851; ausgewechselt zu München am 7. Juli 1851.

(R. G. B. 1852, 116, S. 492, und in der k. k. Staatsdruckerei besonders abgedruckt — Neumann, V. 614.)

1851. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern über den von Oesterreich und Baiern anerkannten Grundsatz, dass die Anhaltung und Verwahrung ausweisloser Individuen als eine politische Massregel zur Sicherheit des Staatsgebietes zu betrachten, und daher dafür kein Kostenersatz anzusprechen sei. Wien, 7. Jänner 1851.

(Hämmerle, 10. Heft, S. 683.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, in Betreff der Verpflegung der k. k. österreichischen Truppen auf königlich-baierischem

Gebiete. Wien, 15. März 1851; in den Ratificationen ausgewechselt zu München, 16. April 1851.

(R. G. B. 155, S. 447 — Neumann, V. 324.)

1851. Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, womit die zwischen Oesterreich und Baiern geschlossene Uebereinkunft über die kostenfreie Behandlung der im diplomatischen Wege nachgesuchten Tauf-, Trau- und Todesscheine bekannt gemacht wird. Wien, 16. März 1851. Baierische Ministerial-Erklärung: München, 12. October 1850; österreichische: Wien, 18. Februar 1851.

(R. G. B. 63, S. 197 — Neumann, V. 243).

1851. Baierische Ministerial-Verordnung wegen Aufhebung der 3procentigen Emigrationstaxe, gegenüber sämmtlicher österreichischer Länder, aus Reciprocität. München, 30. April 1851.

(Kletke, S. 120.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über den Anschluss der auf den beiderseitigen Gebieten zu erbauenden Eisenbahnen. Wien, 21. Juni 1851; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. August 1851.

(R. G. B. 1852, 31, S. 103 — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums 1851, III. Bd. S. 445 — Neumann, V. 340.)

1851. Erlass des k. k. Ministeriums des Innnern, über die Ausdehnung des österreichisch-baierischen Uebereinkommens vom Jahre 1833 bezüglich der Cur- und Verpflegungskosten der beiderseitigen Unterthanen, auf die Beerdigungskosten. Wien, 6. August 1851. (Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 21. Juli 1851; baierische Ministerial-Erklärung: München, 27. Juni 1851.)

(R. G. B. 181, S. 515 — Neumann, V. 374.)

1851. Nachtragsvertrag zu dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereins-Vertrag vom 25. Juli 1850 (s. Deutschland).

1851. Erlass des k. k. Handels-Ministeriums, wodurch die Vereinbarung der österreichischen mit der baierischen Regierung, über die Radfelgen-Breite des Fuhrwerkes im Grenzverkehre, kundgemacht wird. Wien, 1. November 1851.

(R. G. B. 241, S. 631 — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums 1851, IV. Bd. S. 575 — Neumann, V. 437.)

1851. Revidirter Postvereins-Vertrag (s. Deutschland).

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Regelung der Schifffahrtsverhältnisse auf der Donau und ihren Nebenflüssen. Wien, 2. December 1851; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852.

(R. G. B. 1852, 158, S. 621 — Neumann. V. 448.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern zum Zwecke der Regelung und Feststellung der polizeilichen und Zollaufsichts-Massregeln auf den Grenzflüssen. Wien, 2. December 1851; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852.

(R. G. B. 1852, 129, S. 628 — Neumann, V. 457.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern zur genauen Feststellung und besseren Regulirung einiger Strecken des die beiderseitigen Staatsgebiete scheidenden Grenzzuges. Wien, 2. December 1851; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852.

(R. G. B. 1852, 130, S. 635 — Neumann, V. 464.)

1851. Schlussprotokoll zu den vorstehenden drei Staatsverträgen, mit Erklärungen, Verabredungen und erläuternden Bemerkungen, sowohl im Allgemeinen, als zu einigen einzelnen §§. der drei Verträge. Wien, 2. December 1851.

(K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv.)

1852. Ratifications-Auswechslungs-Protokoll zu den vorstehenden drei Staatsverträgen vom 2. December 1851. Wien, 14. Mai 1852.

(R. G. B. 1852, 131, S. 639 — Neumann, V. 470.)

1852. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und baierischen Regierung, womit die gegenseitige Aufhebung des Rückersatzes der Kosten für Requisitionen festgesetzt wird, welche ein Staat an den anderen in civilgerichtlichen Angelegenheiten in Beziehung auf unvermögende Parteien, sowie bei strafrechtlichen oder polizeilichen Untersuchungen richtet. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 4. Jänner 1852; baierische: München, 17. Jänner 1852.

(R. G. B. 37, S. 137 — Neumann, V. 528.)

1852. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, mit Verlautbarung des am 30. Jänner 1844 geschlossenen Vertrages zur Regulirung der tirolisch-baierischen Grenze und des bezüglichen Ergänzungs-Vertrages vom 16. October 1850. Wien, 21. Mai 1852.

(R. G. B. 116, S. 492 — Neumann, V. 602.)

1852. Erlass des k. k. Finanzministeriums, womit bekannt gemacht wird, welche Schifffahrtsgebühren auf der Donaustrecke von der baierischen Grenze bis Ungarn und auf den Nebenflüssen dieser Stromstrecke in Folge des Vertrages vom 2. December 1851 aufgehoben sind. Wien, 25. Juni 1852.

(R. G. B. 133, S. 643.)

1852. Zollbestimmungen über den Grenzverkehr zwischen Oesterreich und Baiern in Folge des neuen österreichischen Zolltarifs (siehe Deutschland).

(Austria, 64. 1852.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, betreffend das von der beiderseitigen Gendarmerie bei Einschreiten jenseits der respectiven Landesgrenze zu beobachtende Verfahren. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 29. September; baierische: München, 21. August 1852.

(R. G. B. 204, S. 893 — Neumann, V. 735.)

1853. Erlass des kaiserlichen Statthalters in Oberösterreich, über die Massregeln zur Abstellung der mit den Wallfahrerzügen aus Oberösterreich nach Baiern, und aus Baiern nach Oberösterreich verbundenen Unzukömmlichkeiten. Linz, 18. Jänner 1853.

(Landes-Regierungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns, 1853, II. Abth. 32, S. 47.)

1853. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und baierischen Regierung, dass jeder dieser Staaten seine ursprünglichen Angehörigen, auch wenn sie diese Staatsangehörigkeit verloren haben, so lange wieder übernehmen wird, als sie nicht diesem anderen Staate angehörig geworden sind. Wien, 20./30. März 1853.

(R. G. B. 88, S. 467 — Neumann, VI. 74.)

1853. Verordnung der k. k. Ministerien des Aeussern und der Justiz, wegen Bestrafung der Ehrenbeleidigungen, welche gegen Seine Majestät den König von Baiern, ferner gegen die bei dem österreichischen Hofe beglaubigten Gesandten und andere mit öffentlichem Charakter bekleidete Bevollmächtigte des baierischen Staates begangen werden. Wien. 1. October 1853.

(R. G. B. 192, S. 1051 — Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 37, 16. August 1853 — Neumann, VI. 117 — Kletke, S. 585.)

1853. Beitritt Baierns zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrag (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Königlich-baierische Verordnung wegen Anwendung des baierischen Zoll-Strafgesetzes vom 17. November 1837 auf die Uebertretungen der österreichischen Zollgesetze. München, 24. December 1853.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 1853, 72, S. 1848.)

1853. Königlich-baierische Verordnung, die Bestrafung der Fälschung der österreichischen Creditspapiere betreffend, in Vollzug des Beitritts Baierns zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage und Münz-Cartel. München, 24. December 1853.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 1853, 72, S. 1852.)

1854. Beitritt Baierns zur Eisenacher Convention vom 11. Juli 1853, wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener gegenseitiger

Staatsangehöriger (siehe Deutschland). Berlin, 21. December 1853 und 3. Jänner 1854.

(Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 28. Jänner 1854: R. G. B. 20, S. 46 — Neumann, VI. 123.)

1854. Verordnung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, in Betreff der zollfreien Behandlung des rohen leinenen Handgespinnstes im Grenzverkehre zwischen Baiern und dem Kronlande Böhmen. Wien, 27. Juni 1854.

(R. G. B. 153, S. 630 — Neumann, VI. 48.)

1854. Uebereinkommen wegen Ueberwachens der Bodenseegrenze (siehe Baden).

1854. Kaiserliche Entschliessung, womit der königlich-baierischen Regierung, welche beschlossen hat, künftighin Titelverleihungen an österreichische Unterthanen jederzeit von der vorläufig eingeholten Zustimmung Sr. k. k. apostolischen Majestät abhängig zu machen, die volle Reciprocität zugesichert wird. Wien, 5. Juli 1854.

(Wiener Zeitung vom 12. Juli 1854 — Baierische Gesandtschaftsnote dd. Wien, 27. April; Erwiederung des k. k. Ministeriums des Aeussern vom 15. Juni 1854: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1854. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, die Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 26. Jänner 1854 wegen gegenseitiger Auslieferung gemeiner Verbrecher (s. Deutschland) auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Kronländer des österreichischen Kaiserstaates betreffend. Ministerial-Erklärungen: Wien, 11. October; München, 25. September 1854; ausgewechselt in München am 21. November 1854

(Kletke, S. 71.)

1854. Circular des k. k. Ministeriums des Innern an die Landesbehörden (insbesondere mit Bezug auf Baiern, welches ein gleiches Circular an seine Kreisbehörden erliess), dass die Anhaltung und Verwahrung ausweisloser Individuen eine polizeiliche Massregel sei, zur Sicherung des Staatsgebietes, und daher der Staat die Kosten zu tragen habe, worunter auch die Anschaffung von Kleidungsstücken zur Ermöglichung der Abschaffung. Wien, 30. November 1854.

(Hämmerle, 10. Heft, S. 683.)

1854. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, bezüglich der Modalitäten zur Aufnahme königlich-baierischer Unterthanen in den österreichischen Staatsverband. Wien, 29. Deceember 1854.)

(R. G. B. 1855, 2, S. 35.)

1855. Verordnung des k. k. Armee-Obercommando's, wodurch erklärt wird, dass durch das Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern vom 4. Jänner 1852, wegen gegenseitiger Aufhebung des Rück-

ersatzes der Kosten bei gerichtlichen Requisitionen, die Bestimmungen der Artikel VIII. und IX. des Bundes-Deserteurs-Cartels vom 10. Februar 1831 (s. Deutschland) nicht aufgehoben werden. Wien, 25. März 1855.

(R. G. B. 59, S. 399 — Neumann, VI. 226.)

1855. Erweiterung der zwischen Oesterreich und Baiern bestehenden Uebereinkunft vom Jahre 1852, wegen gegenseitiger Gestattung der gerichtlichen Nacheile, und wegen Hilfeleistung der Gendarmerie bei Elementar-Ereignissen. Wien, 3. October 1855.

(R. G. B. 174, S. 594 — Neumann, VI. 247.)

1855. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, die Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 18. August 1836, wegen gegenseitiger Auslieferung politischer Verbrecher (s. Deutschland), auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Kronländer des österreichischen Kaiserstaates betreffend. Ministerial-Erklärungen: Wien, 10 Mai; München, 21. Mai 1855; ausgewechselt in München am 22. Mai 1855.

(Kletke, 75.)

1856. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Ausdehnung der zwischen Böhmen und Baiern bestehenden Erleichterung des Verkehrs mit Leingarn und roher Leinwand (siehe oben den Erlass vom 15. Jänner 1854), auf eine weitere Grenzstrecke. Wien, 10. Jänner 1856.

(R. G. B. 8, S. 24 — Neumann, VI. 65.)

1856. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen. München, 21. April; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 23. Mai 1856.

(R. G. B. 100, S. 327.)

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Anerkennung der Giltigkeit der gegenseitig ausgestellten Leichentransport-Pässe. München, 25. Juli 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, in Betreff der Giltigkeit baierischer Passkarten in den österreichischen Kronländern Böhmen, Oesterreich ob der Enns, Salzburg, Tirol und Vorarlberg. Auswechslung der beiderseitigen Ministerial-Erklärungen am 12. November 1856.

(Landes-Regierungsblatt für Oesterreich ob der Enns, 31, S. 113 — für Böhmen, 65, S. 173.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 17. Jänner 1857, in Betreff des Schriftenwechsels der österreichischen Gerichtsbehörden mit jenen der deutschen Bundesstaaten (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der baierichen Behörden: R. G. B. 15, S. 52.)

1857. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, über die Giltigkeit der österreichischen Pass- oder Legitimationskarten, zum Uebertritte nach Baiern auf die Dauer von 14 Tagen, für die den Kronländern Böhmen, Oesterreich ob der Enns, Salzburg und Tirol mit Vorarlberg angehörigen Individuen. (In Folge der obigen Ministerial-Erklärungen vom 12. November 1856 und des in Oesterreich mit Verordnung vom 15. Febr. 1857 eingeführten neuen Pass-Systems.)

(Landes-Regierungsblatt für Böhmen, S. 52 — für Tirol und Vorarlberg, S. 102 — für Oesterreich ob der Enns, S. 17 — für Salzburg, S. 69.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, über den Schriftenwechsel der österreichischen Gerichtsbehörden mit jenen des Königreiches Baiern. Wien, 22. April 1867. (Als Nachtrag zur Verordnung vom 17. Jänner 1857, s. Deutschland.)

(R. G. B. 83, S. 297.)

1857. Baierische Schifffahrtsordnung für den Inn und seine Nebenflüsse. Wien, 26. Mai 1857.

(Kletke, S. 831.)

1857. Vereinbarung über die Regulirung des Bodensee-Abflusses bei Constanz (s. Baden).

1857. Revidirter deutsch-österreichischer Telegraphen-Vertrag vom 27. November 1857 (s. Deutschland).

1857. Donauschifffahrts-Acte, geschlossen zwischen Oesterreich, Baiern, der Türkei und Württemberg, unter Beiziehung von Commissären der drei Donaufürstenthümer. Wien, 7. November 1857; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 9. Jänner 1858.

(R. G. B. 1858, 13, S. 83).

1858. Verordnung des k. k. Handelsministeriums über den Vollzug der Donauschifffahrts-Acte. Wien, 29. Jänner 1858.

(R. G. B. 21, S. 189.)

1858. Königlich-baierische Ministerialverordnungen über den Vollzug der Donauschifffahrts-Acte. München, 31. März 1858.

(Kletke, S. 812—823.)

1858. Verordnung des k. k. Handelsministeriums, über die Erlangung der österreichischen Legitimationen zur Flussschifffahrt und Flösserei auf der Donau. Wien, 29. Jänner 1858.

(R. G. B. 22, S. 192.)

1858. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der baierischen Regierung, über die Einquartierung und Verpflegung österreichischer Truppen in Baiern und über die Vorspannsleistungen an dieselben. Wien, 1. Februar 1858; ratificirt mittelst Austausches gegenseitiger Ministerial-Erklärungen zu Wien, am 9. März 1858.

(R. G. B. 38, S. 233.)

1858. Etapenrouten für die kaiserlich-österreichischen Truppenmärsche aus Böhmen durch Baiern nach den Bundesfestungen Mainz und Rastatt und zurück.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 1858, 21, S. 489 — Kletke, S. 563.)

1858. Verordnung des k. k. Finanzministeriums über das Zollverfahren in Vollziehung der Donauschifffahrts-Acte vom Jahre 1857. Wien, 11. April 1858.

(Kundgemacht in Baiern unterm 6. Juli 1858: Kletke, S. 823.)

1858. Circular-Erlass des k. k. Handelsministeriums an sämmtliche k. k. Consularämter, mit Ausnahme der levantinischen, womit denselben über Ersuchen der königlich-baierischen Regierung bedeutet wird, den baierischen Unterthanen ausser in Fällen besonderer Autorisation keine Unterstützungen für Rechnung der gedachten Regierung zu verabfolgen. Wien, 2. Mai 1858.

(Piskur, S. 274.)

1858. Verordnung des k. k. Finanzministeriums mit einer Berichtigung des Erlasses vom 11. April 1858, die Vollziehung der Donauschifffahrts-Acte betreffend. Wien, 16. August 1858.

(Kundgemacht in Baiern unterm 18. September 1858: Kletke, S. 829.)

1858. Bekanntmachungen über die Landungsplätze für den Handelsverkehr auf der Donau, in Gemässheit der Donauschifffahrts-Acte. Bekanntmachung der k. k. Statthalterei in Linz, vom 30. Juli und der königlichen Regierung von Niederbaiern zu Landshut, vom 15. November 1858.

(Kletke, S. 830.)

1858. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, die Regulirung des Innflusses von der Vereinigung mit der Salzach bei Rothenbuch bis zur Ausmündung in die Donau bei Passau betreffend. Ministerial-Erklärungen dd. München, 19.; Wien, 31. August 1858.

(K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv.)

1858. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der baierischen Regierung, betreffend den Anschluss der Eisenbahnen an der böhmisch-baierischen Grenze. Wien, 20. September; die beiderseitigen Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 15. November 1858.

(R. G. B. 236, S. 703.)

1859. Circular-Erlass des k. k. Handelsministeriums an die k. k. Consularämter, dass Urkunden, welche von königlich-baierischen Behörden ausgegangen oder von denselben legalisirt worden sind, über Ersuchen der königlich-baierischen Regierung in Zukunft nicht mehr von einem österreichischen Consularamte, sondern von der nächsten königlich-baieri-

schen Gesandtschaft oder Consularbehörde zu beglaubigen sind. Wien, 25. April 1859.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1860. Deutsch-österreichischer Postvereins-Vertrag vom 18. August 1860 (s. Deutschland).

1861. Nachtrags-Convention zur Uebereinkunft vom 1. Februar 1858, die Einquartierung und Verpflegung österreichischer Truppen in Baiern, dann die Vorspannsleistungen an dieselben betreffend. Wien, 27. Juli; die gegenseitigen Ratificirungs - Erklärungen daselbst ausgewechselt am 5. September 1861.

(R. G. B. 92, S. 463.)

1861. Oesterreichische Kundmachung über Aenderungen in der Concessionsurkunde und in den Statuten der südlichen Staats-, lombardisch-venetianischen und central-italienischen Eisenbahn-Gesellschaft (s. Sardinien); worin sich auch auf den österreichisch-baierischen Eisenbahnvertrag vom 21. Juni 1851 bezogen wird.

1861. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen Regierung einerseits, dann den königlich-preussischen, baierischen und sächsischen Regierungen andererseits, zur Regelung der Verhältnisse der Beamten und Angestellten bei den zusammengelegten Zollämtern längs der österreichischen und der zollvereinsländischen Zoll-Linie. Ministerial-Erklärungne dd. Berlin, 7. August; München, 14. August; Dresden, 31. December 1861; Erlass der k. k. Ministerien des Aeussern und der Finanzen, dd. Wien, 18. April 1862.

(R. G. B. 1862, 23, S. 37.)

1862. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über die Regulirung des Grenzzuges und sonstiger Territorial-Verhältnisse zwischen Böhmen und Baiern. Wien, 24. Juni 1862; kaiserliche Ratificirung dd. 1. Juli 1862; Auswechslung der Ratificirungen in Wien, 30. Juli 1862.

(R. G. B. 51, S. 135.)

1862. Oesterreichische Ministerial - Verordnung über die gegenseitige Aufhebung des gesandschaftlichen Passvisa-Zwanges, gegenüber von Baiern und anderen Ländern. Wien, 9. Juli 1862.

(R. G. B. 58, S. 169.)

1862—63. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-baierischen Regierung, über die Richtigkeit der Grenze zwischen den österreichischen Kronländern Salzburg und Oberösterreich einerseits, und dem Königreich Baiern andererseits, auf Grund des Staatsvertrages vom 2. December 1851 und der hiernach gepflogenen commissionellen Verhandlungen.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern und der Landesstellen der betheiligten Kronländer.)

1863. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, bezüglich der Legalisirung der von öffentlichen Behörden ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Wien, 13. Februar 1863; kaiserliche Ratificirung: Wien, 23. Februar; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 24. März 1863.

(R. G. B. 31, S. 207.)

1863. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über die Eisenbahnverbindungen von Hof über Asch nach Eger und von Eger nach Waldsassen. München, 17. Juni 1863; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 31. Juli 1863.

(R. G. B. 71, S. 293.)

1863. Zweite Nachtrags-Uebereinkunft*) zu der Convention vom 1. Februar 1858, betreffend die Einquartierung und Verpflegung österreichischer Truppen in Baiern, dann die Vorspannsleistungen an dieselben. Wien, 23. Juni 1863, ratificirt durch Austausch von Ministerial-Erklärungen zu Wien, am 4. August 1863.

(R. G. B. 72, S. 303.)

1863. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-baierischen Regierung, wegen Zulassung der zum selbstständigen Gewerbsbetriebe berechtigten beiderseitigen Staatsangehörigen zur Gewerbsausübung im österreichischen (baierischen) Grenzgebiete. München, 10. August, 8. September 1863.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, mit Kundmachung der zwischen Oesterreich und Baiern zu Berlin am 9. Juni 1865 ausgewechselten k. k. österreichischen Ministerial-Erklärung vom 27. Mai 1865 und königlich-baierischen Ministerial-Erklärung vom 24. Mai 1865, wegen gegenseitigen Schutzes gegen Gefällsverkürzungen; — aus Anlass des Zoll- und Handelsvertrages mit dem deutschen Zollvereine vom 11. April 1865 (s. Deutschland). Wien, 25. Juni 1865.

(R. G. B. 57, S. 129.)

1865. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, hinsichtlich des, den gewerblichen Marken und Waarenbezeichnungen gegenseitig zu gewährenden Schutzes. Geschlossen durch Austausch von Ministerial-Erklärungen dd. München, 28. August, und Wien, 1. September 1865; Kundmachung des k. k. Handelsministeriums vom 19. September 1865.

(R. G. B. 95, S. 325.)

1865. Deutsch-österreichischer Telegraphen-Vertrag. Schwerin, 30. September 1865 (s. Deutschland).

*) Die erste Nachtrags-Uebereinkunft ist vom 27. Juli 1861 (s. oben).

1865. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Baiern und der Schweiz, wegen Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, sowie von Rüthi nach Feldkirch. München, 5. August 1865; kaiserliche Ratificirung, Wien, 20. November 1865; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien, 13. December 1865.

(R. G. B. 138, S. 423.)

1866. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Baiern in Betreff des gemeinsamen Krieges gegen Preussen. Olmütz, 14. Juni 1866.

(Ghillany, Chronik, III. 270; das Staatsarchiv, XI. Bd. 2377.)

1866. Proclamation des Königs Ludwig II. von Baiern an sein Volk, den Krieg in Deutschland betreffend. München, 2. Juli 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2352.)

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Nikolsburger Friedens-Präliminarien (s. Preussen).

1866. Friedensvertrag zwischen Baiern und Preussen (s. Preussen).

1866. Gesetz über die Vereinigung bisher baierischer und hessischer Gebietstheile mit der preussischen Monarchie (s. Preussen).

1866. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Annahme einer neuen Stromkarte als Beilage des Uebereinkommens vom 19./31. August 1858, die Regulirung des Innflusses betreffend. Ministerial-Erklärungen ddo. München, 29. October, und Wien, 10. November 1866.

(K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphen - Vertrag (s. Frankreich).

1867. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von München über Braunau zum Anschlusse an die Kaiserin Elisabeth-Bahn bei Neumarkt. Wien, 4. Juni 1867; kaiserliche Ratification, 29. Juni; Auswechslung der Ratificationen: Wien, 3. Juli 1867.

(R. G. B. 92, S. 396.)

1867. Schlussprotokoll zu vorstehendem Staatsvertrage. Wien, 4. Juni 1867.

(R. G. B. 93, S. 201.)

1867. Postvertrag Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1867. Uebereinkommen zur Regelung der Transit-Verhältnisse zwischen Oesterreich und Baiern. Berlin, 27. November 1867; österrei-

chische Ministerial-Ratification: Wien, 31. December 1867; baierische Ministerial-Ratification. München, 6. Februar 1868.

(Gedrucktes Exemplar aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.)

1867, 1868. Internationale Schifffahrts- und Hafen-Ordnung für den Bodensee (s. Baden).

1868. Handelsvertrag mit dem norddeutschen Bunde (s. Deutschland).

Belgien.

(Königreich.)

Die südlichen (oder belgischen) Provinzen der Niederlande, welche von der spanischen Krone durch den Utrechter (1713) und den Rastädter Frieden (1714), und rücksichtlich durch den mit Spanien abgeschlossenen Wiener Tractat (1725) *), an Oesterreich übergegangen waren, wurden durch ein Decret des französischen National-Conventes Frankreich einverleibt (1795), und bildeten, nachdem Oesterreich in den Friedensschlüssen von Campoformio (1797) und Lüneville (1801) auf deren Besitz förmlich Verzicht geleistet, bis zum Jahre 1814 einen integrirenden Theil des französischen Reiches. Bei der Umgestaltung des europäischen Staatensystemes nach dem Sturze Napoleons, entstand aus sämmtlichen nord- und süd-niederländischen Ländern das Königreich der vereinigten Niederlande (1814 bis 1815) unter dem Hause Nassau-Oranien (s. unten bei den Niederlanden). Der Rückschlag der französischen Juli-Revolution (1830) hatte die belgische Revolution zur Folge, wornach die südlichen und nördlichen Provinzen abermals getrennt, und nach mehrjährigen Unterhandlungen zwischen den europäischen Hauptmächten (1831—1839), zwei selbstständige Königreiche anerkannt wurden: das Königreich der Niederlande (Holland) und das Königreich Belgien, über welch' letzteres zu herrschen der Herzog Leopold von Sachsen-Coburg durch das Grundgesetz vom Jahre 1831 berufen wurde. Bei dieser Trennung ward mittelst eines Staatsvertrages die Abtragung mehrerer Grenzfestungen zur Wahrung der Neutralität Belgiens festgesetzt (1831). Nach dem am 10. December 1865 erfolgten Tode des Königs Leopold I. folgte ihm sein Sohn Leopold II. in der Regierung.

*) Die aus dem spanischen Erbfolgekriege hervorgegangenen Friedensschlüsse von Utrecht und Rastadt sehe man bei Dumont, T. VIII. P. I.; den Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Spanien, ebendaselbst, T. VIII. P. II.

Seit dem selbstständigen Bestande der beiden Königreiche sind zwischen Oesterreich und Belgien besondere Verträge über die gegenseitige Erbfähigkeit und Vermögens-Freizügigkeit (1839, 1840), dann über Handel und Schifffahrt (1841, 1854, 1867), über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher (1853, 1856, 1857), und über die Aufhebung des Scheldezolles (1863) abgeschlossen worden. Belgien trat auch dem Tractate wider den Negerhandel bei (1848—1849), und schloss sich der österreichisch-preussischen Telegraphen-Linie und den internationalen Telegraphen-Verträgen (1851, 1858, 1865, 1867) an. Ueber das Verfahren bei Verlassenschafts-Abhandlungen (1837, 1838, 1840) und die Ausfertigung von Tauf- Trau- und Todtenscheinen (1836, 1841), dann wegen der Entschädigung fremder Unterthanen in Belgien, in Folge der Revolution vom Jahre 1830 (1842), über die gegenseitige Aufhebung des Passvisa-Zwanges (1862) und über die Zulassung der Actien-Gesellschaften (1867) erfolgten besondere Kundmachungen. In letzter Zeit wurde zwischen Oesterreich und Belgien ein neues freundschaftliches Band durch die Verehelichung der Erzherzogin Marie mit dem Herzog von Brabant, dem dermaligen König Leopold II. (1853), und durch jene der Prinzessin Charlotte, der nachmaligen unglücklichen Kaiserin von Mexico, mit dem Erzherzoge Maximilian (1857) geknüpft.

1831. Conferenzen der Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland zu London, über die Trennung Belgiens von Holland.

(Martens, S. XIV. 61 bis 297; XV. 209 bis 413; XVI. 274 bis 534; XVII. 15, 18, 39.)

1831. Tractat zwischen den Bevollmächtigten der oben genannten Mächte einerseits, und dem Bevollmächtigten des Königs von Belgien andererseits, wegen definitiver Trennung Belgiens von Holland. London, 15. November 1831; ratificirt zu Wien, 21. März 1832.

(Martens, S. XV. 300 — Neumann, IV. 319 — De Clercq, IV. 174.)

1831. Ratification des Königs der Belgier. Brüssel, 22. November 1831.

(Martens, S. XV. 406.)

1831. Convention zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits, und Belgien andererseits, über die belgischen Festungen. London, 14. December 1831.

(Martens, S. XV. 410 — Neumann, IV. 329.)

1833—1834. Unterhandlungen wegen Luxemburg (s. Niederlande).

1836. Reciprocitäts-Erklärung wegen kostenfreier Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Bericht des k. k. Gesandten in Brüssel vom 27. Februar 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aussern.)

1837. Erklärung des königlich-belgischen Ministeriums über die Eigenthümlichkeiten der Verlassenschafts-Abhandlungen in Belgien. Brüssel, 19. April 1837.

(Hofdecret der obersten Justizstelle an die Appellations-Gerichte, vom 23. Mai 1827, 2743, und Hof-Decret des lombardisch-venetianischen Justiz-Senates, vom 3. Juli 1837, 1674 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 96.)

1838. Oesterreichische Verordnung, wegen Nichtausfolgung jener Erbschaften, deren Anfall vor dem 20. Mai 1837 zu Gunsten belgischer Erben stattgefunden hat, wegen der Schwierigkeiten, welche österreichische Erben in Belgien erfahren. Wien, 27. März 1838.

(J. G. S. 1840, 444, S. 500, Anmerkung.)

1839. Tractat vom 19. April 1839 zwischen den Hauptmächten und den Niederlanden, wegen der Trennung Belgiens und Hollands (s. Niederlande).

1839. Tractat zwischen den Königen von Belgien und Holland, bezüglich der Trennung Belgiens und Hollands. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XX, 773 – Neumann, IV. 418.)

1839. Tractat der verbündeten Mächte (Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland) mit dem Könige der Belgier, wegen Garantie des eben erwähnten Tractates zwischen Belgien und Holland. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XX, 788 — Neumann, IV. 428.)

1839. Tractat der verbündeten Mächte mit dem Könige der Niederlande über die Trennung Belgiens und Hollands (s. Niederlande); Beitritt des deutschen Bundes (s. Deutschland).

1839. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Belgien über die Erbfähigkeit der gegenseitigen Unterthanen und über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften. Wien, 9. Juli 1839; die Ratificationen ausgewechselt zu Wien, 5. October 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1839: J. G. S. 370, S. 344. — P. G. S. Bd. 67, S. 127 – Martens, S. XX. 946 — Neumann, IV. 436.)

1840. Aufhebung der verfügten Einhaltung (1838) mit der Ausfolgung der Erbschaften aus Oesterreich an Erben in Belgien. Wien, 26. Mai 1840.

(J G. S. 144, S. 500.)

1841. Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in Oesterreich verstorbenen belgischen Unterthanen, und umgekehrt. Wien, 9. April 1841.

(J. G. S. 521, S. 567 — P. G. S. Bd. 69, S. 110.)

1841. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Belgier. Wien, 25. October 1841; ratificirt: Wien, 13., Brüssel, 22. November 1841; die Ratificirungen ausgewechselt in Wien, 8. Jänner 1842.

(Murhard, II. 266 — Martens et Cussy, V. 150 — Neumann, IV. 468.)

1842. Belgisches Gesetz, wegen Entschädigung auswärtiger Unterthanen, in Betreff der ihnen in Folge der Revolutions-Ereignisse vom Jahre 1830 zugezogenen Verluste. Brüssel, 1. Mai 1842.

(Bekanntgemacht in Oesterreich durch Hofkammer-Decret vom 3. Juli 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 198.)

1842. Accession Belgiens zu dem Tractate vom 13. Juni 1841, bezüglich der Durchfahrt durch die Dardanellen etc. (s. Türkei). Constantinopel, 12. Mai 1842.

(Garcia, II. 597.)

1848. Convention zwischen Belgien einerseits, und Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland andererseits, über den Beitritt Belgiens zu dem Tractate vom 20. December 1841, in Betreff der Unterdrückung des Negerhandels (s. Grossbritannien). London, 24. Februar 1848.

(R. G. B. 1849, 224, S. 263 — Neumann, V. 11 — Samwer, XIV. 52.)

1849. Ratifications-Urkunde Sr. Majestät des Königs der Belgier zu vorstehender Convention. Brüssel, 21. April 1849.

(R. G. B. 224, S. 263 — Neumann, V. 11 — Samwer, XIV. 60.)

1851. Erlass des k. k. Handels-Ministeriums über die Eröffnung der belgischen Telegraphen-Linien und die Gebührenbemessung für die österreichisch-belgische Correspondenz. Wien, 3. Februar 1851.

(R. G. B. 45, S. 142.)

1851. Erlass desselben über die Behandlung der telegraphischen Correspondenz aus dem Königreiche Belgien. Wien, 11. Februar 1851.

(R. G. B. 47, S. 143 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. 1, S. 91; Bd. 2, S. 199.)

1852. Beitritt Belgiens zu dem Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852, die Erbfolge Dänemarks betreffend (s. Dänemark). Brüssel, 28. December 1852.

(Garcia, II. 477.)

1853. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Belgien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Wien, 16. Juli 1853; die Ratificationen daselbst ausgewechselt den 22. September 1853.

(R. G. B. 195, S. 1095 — Neumann, VI. 78.)

1854. Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Belgien. Brüssel, 2. Mai 1854; die Ratificationen daselbst ausgewechselt den 8. Juni 1854.

(R. G. B. 180, S. 743 — Neumann, VI. 172.)

1856. Belgisches Additional-Gesetz zu allen von Belgien mit anderen Staaten abgeschlossenen Auslieferungs-Verträgen, wornach ein Mord-Attentat gegen einen fremden Souverän oder einen seiner Familien-Angehörigen, nicht als ein politisches, die Auslieferung ausschliessendes Verbrechen angesehen werden soll. Brüssel, 22. März 1856.

(*Bulletin des lois du Royaume de Belgique* — s. unten die Additional-Convention vom 18. März 1857.)

1857. Verordnung des österreichischen Justizministeriums, dass die k. k. Gerichtsbehörden nicht unmittelbar mit den Gerichten in Belgien correspondiren sollen. Wien, 7. März 1857.

(R. G. B. 50, S. 145.)

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (siehe Dänemark).

1857. Additional-Convention zwischen Oesterreich und Belgien zu dem Auslieferungsvertrage vom 16. Juli 1853, betreffend die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher mit Rücksicht auf das belgische Gesetz vom 22. März 1856 (s. oben). Brüssel, 18. März 1857; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 24. April 1857.

(R. G. B. 87, S. 317.)

1858. Internationale Telegraphen-Convention zwischen den Staaten des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines (siehe Deutschland), Frankreich und Belgien. Brüssel, 30. Juni 1858; kaiserlich-österreichische Ratification: Wien, 15. September 1858.

(R. G. B. 1859, 28, S. 45.)

1862. Oesterreichische Ministerial-Verordnung über die gegenseitige Aufhebung des gesandschaftlichen Passvisa-Zwanges gegenüber von Belgien. Wien, 9. Juli 1862.

(R. G. B. 58, S. 167.)

1863. Staatsvertrag zwischen Belgien und den Niederlanden über die Ablösung des Scheldezolles. Haag, 12. Mai 1863 (Beilage des unten folgenden Staatsvertrages vom 16. Juli 1863).

(R. G. B. 1864, 1, S. 13.)

1863. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Brasilien, Chili, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Hannover, Italien, Oldenburg, Peru, Portugal, Preussen, Russland, Schweden und Norwegen, der Türkei und den freien Städten Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits und Belgien andererseits, über die Ablösung des Scheldezolles. Brüssel, 16. Juli 1863; kaiserlich-österreichische Ratification: Wien, 12. August;

die österreichische und belgische Ratificirung ausgewechselt zu Brüssel am 20. August 1863.

(R. G. B. 1864, 1, S. 1.)

1863. Protokoll, als Beilage zu vorstehendem Staatsvertrage, mit der Erklärung des königlich-niederländischen Bevollmächtigten über die Tragweite des zwischen Belgien und den Niederlanden unterm 16. Juli 1863 geschlossenen Staatsvertrages (siehe oben). Brüssel, 15. Juli 1863.

(R. G. B. 1864, 1, S. 15.)

1865. Convention wegen des Leuchtthurms am Cap Spartel (siehe Marocco).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (siehe Schweiz).

1866. Königlich-belgische Verordnung über die Zulassung der österreichischen anonymen und anderen commerciellen, industriellen und finanziellen Gesellschaften in Belgien. Laeken, 25. Juni 1866.

(*Moniteur Belge*, 27. Juni 1866, 178 — siehe unten die österreichische Kundmachung vom 15. April 1867.)

1867. Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Belgien. Wien, 23. Februar 1867; die Ratification daselbst ausgewechselt am 26. März 1867.

(R. G. B. 56, S. 119.)

1867. Kundmachung des k. k. Ministerium des Aeussern, über die gegenseitige Zulassung österreichischer und belgischer Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien, mit Ausschluss der Versicherungs-Gesellschaften, zum Geschäftsbetriebe. Wien, 15. April 1867.

(R. G. B. 71, S. 143.)

1867. Zusatz-Artikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Tractat wegen Luxemburg (s. Niederlande).

Brasilien.

(Kaiserthum.)

Von Napoleon aus Portugal vertrieben, kam das königliche Haus Braganza nach Brasilien (1808); der Prinz-Regent (nachmaliger König Johann VI.), welcher wegen Krankheit seiner Mutter, Maria I., die Regierung führte, erklärte die Colonie Brasilien für ein besonderes, mit Portugal vereinigtes Königreich (16. December 1815). Nach seiner Rückkehr nach Europa (1821) wurde sein Sohn Dom Pedro, den er als Vicekönig zurückgelassen hatte, zum constitutionellen Kaiser ausgerufen, und Brasilien als selbstständiges Kaiserreich von Portugal getrennt. Durch die Entsagungsacte Dom Pedro's, des ersten Kaisers von Brasilien, gelangte sein Sohn Dom Pedro II. zum Throne (1831). Das Kaiserthum Brasilien, der einzige ganz unabhängige erblich-monarchische Staat in Amerika, ist durch die Vermählung der Erzherzogin Leopoldine, Tochter Seiner Majestät des Kaisers Franz, mit dem Kronprinzen und nachmaligen Kaiser Dom Pedro (s. Portugal 1817), sowie durch mehrere Vereinbarungen über Handel und Schifffahrt (1827, 1848, 1867), mit Oesterreich in nähere Beziehung getreten. Ueber die Erfordernisse zur Ausschiffung der Ausländer in brasilianischen Häfen und über die dortigen Vorschriften bezüglich der Aufenthaltskarten, erfolgten in Oesterreich besondere Kundmachungen (1832, 1855).

1827. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Brasilien, auf 6 Jahre vom Tage der Auswechslung der Ratificationen geschlossen. Wien, 16. Juni 1827; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 16. März 1828.

(Martens, S. XI. 225 — Neumann, IV. 121 — Hofkammer-Decret vom 12. April 1828: P. G. S. Bd. 56, S. 43 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1828, Not. Blatt, S. 222 — J. G. S. 1828, 2337, S. 114.)

1832. Bestimmung der Erfordernisse zur Ausschiffung der Ausländer in einem brasilianischen Hafen.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1832: P. G. S. Bd. 60, S. 263.)

1840. Oesterreichische Verordnung über die Einführung von Taxen für die Ertheilung des österreichischen Exequatur auf die Bestallungs-Diplome

der brasilianischen General-Consuln, Consuln und Vice-Consuln, als Reciprocitäts-Massregel. Wien, 15. Mai 1838.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 16. Juli 1840: Registratur des k. k. Finanzministeriums.)

1848. Erklärungen zwischen Oesterreich und Brasilien, dass der gegenseitige Handels- und Schifffahrts-Verkehr in den bezüglichen Häfen hinsichtlich der Gebühren-Entrichtung dem nationalen gleichgestellt sein soll. Rio de Janeiro, 25./27. März 1848.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1853. Erlass des k. k. Handelsministeriums, über die Einführung von Taxen für die Zulassung zur Ausübung der Amtsverrichtungen, auch der untergeordneten, sogar bloss interimistisch verwendeten brasilianischen Consular-Functionäre, als Reciprocitäts-Massregel. Wien, 10. Juli 1853.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1855. Brasilianische Verordnung, über die Enthebung der Fremden in Brasilien von der Verpflichtung zur Lösung einer Aufenthaltskarte. Rio de Janeiro, 10. Jänner 1855.

(Kundmachung der niederösterreichischen Statthalterei, vom 1. Juni 1855: Niederösterreichische Provinzial-Gesetzsammlung II. 15 — Neumann, VI. 228.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1867. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der kaiserlich-brasilianischen Regierung, wegen gegenseitiger durchgängiger Abstellung der Taxen für die Bewilligung zur Ausübung der Amtsverrichtungen der beiderseitigen Consular-Functionäre. Rio de Janeiro, 8/9. August 1867.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

Braunschweig.

(Herzogthum.)

Das uralte souveräne Haus der Welfen theilte sich im Jahre 1569 in zwei Linien: die ältere oder herzogliche (Braunschweig-Wolfenbüttel), welche das dermalige Herzogthum Braunschweig besitzt, und die jüngere churfürstliche, und seit 1815 königliche, welche im Königreich Hannover herrschte und die Braunschweig-Lüneburg'sche oder Hannover'sche Linie heisst. Die Staatsverträge Oesterreichs mit dieser Linie sehe man bei Hannover.

Der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig erliess das bekannte Manifest gegen die französische Revolution (25. Juli 1792), übernahm im J. 1806 das Obercommando der preussischen Heeresmacht gegen Napoleon, und wurde in der Schlacht bei Jena tödtlich verwundet. In Folge des Tilsiter Friedens (1807) wurde dann das Herzogthum Braunschweig ein integrirender Theil des neugeschaffenen Königreiches Westphalen. Die Schlacht bei Leipzig hatte die Wiederherstellung des alten Herzogthums und die Rückkehr des Herzogs Friedrich Wilhelm zur Folge (1813), welcher der grossen Allianz wider Frankreich beitrat (1815) und in der Schlacht bei Ligny blieb. Als später gegen den Herzog Carl eine Revolution im Herzogthume ausbrach, die ihn aus dem Lande vertrieb, fand sich der deutsche Bund veranlasst, den Herzog Wilhelm von Braunschweig zu ersuchen, die Regierung des Herzogthumes bis auf Weiteres zu führen (1830), was später auch definitiv bestimmt wurde, nachdem in Folge eines Beschlusses des deutschen Bundes und der Agnaten, Herzog Carl für regierungsunfähig erklärt worden war (1831). Auch das Herzogthum Braunschweig trat im Bundes-Vertrage vom 18. August 1860 dem von Preussen geführten norddeutschen Bunde bei.

Zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und jener des Herzogthums Braunschweig bestehen keine besonderen Staatsverträge, mit Ausnahme einer Reciprocitätserklärung über die Giltigkeit der Reisepässe (1856). Da die Post in Braunschweig preussisch ist, erscheint es bei den österreichisch-preussischen Postverträgen (1844,1850,1851,1852,1865, 1867) betheiligt. Auch ist Braunschweig den österreichisch-preussischen

Zollverträgen (1853, 1865, 1868) beigetreten und ist Mitcontrahent der Verpflegs-Convention bezüglich der erkrankten Unterthanen (1853) und des Uebereinkommens der deutschen Bundesstaaten über den Schriftenwechsel der Behörden (1857).

1792. Manifest des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig gegen die französische Revolution. Coblenz, 25. Juli 1792.

(Posselts Annalen, 1792 — Kortum, S. 8 — Wachsmuth, S. 246.)

1803. Entschädigung des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel im Reichsdeputations-Haupt-Recesse (s. Deutschland).

1807. Frieden zu Tilsit (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Herzogs von Braunschweig zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 258.)

1815. Französische Entschädigungen (s. Frankreich).

1818. Privatforderungen an Frankreich (s. dieses).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen bezüglich des Postverkehrs (s. Preussen).

1844. Kundmachung bezüglich des Frankirungszwanges für das Herzogthum Braunschweig. Wien (Hofkammer - Präsidial - Decret), 26. Juli 1844.

(Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt 477 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 4, S. 255.)

1850. Deutsch-österreichischer Postverein (s. Deutschland).

1852. Beitritt des Herzogthums Braunschweig zu demselben.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1852, Bd. 1, S. 18.)

1853. Beitritt des Herzogthums Braunschweig zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1855. Additional-Vertrag zum deutschen Postverein (s. Deutschland).

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Braunschweig wegen Giltigkeit der Reisepässe. Braunschweig, 7. Juni 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 17. Jänner 1857, über den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der braunschweigischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 59.)

1865. Erneuerter Zoll- und Handels-Vertrag (s. Deutschland).

1866. Bündniss-Vertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland.)

Bremen.

(Freie Stadt.)

Mit der Auflösung des deutschen Reiches (1806) wurde die alte reichsunmittelbare Hansestadt Bremen, die Beherrscherin des Weserhandels, zu deren Gunsten im Reichsdeputations-Recesse (1803) der Elsflether Zoll aufgehoben ward, ein völlig souveräner Staat. Napoleons Einladung, in den Rheinbund zu treten, lehnte Bremen ab; später wurde es unter dem Titel einer „bonne ville“ Frankreich einverleibt (1810), bis es den verbündeten Mächten sich anschloss und dann in den deutschen Bund trat (1815). Mit Oesterreich hat Bremen ein auf die Schifffahrt bezügliches Uebereinkommen abgeschlossen (1839); auch erscheint es bei dem österreichischen Uebereinkommen mit der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection und bei dem deutsch-österreichischen Postvereine (1843, 1850, 1851, 1855), der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853), dem Bundes-Uebereinkommen wegen Auslieferung der Verbrecher (1855) und des Schriftenwechsels der Behörden (1857), dann dem Staatsvertrage wegen Aufhebung des Sundzolles (1857) betheiligt. Bremen schloss sich (1866) gleich den andern beiden Hansestädten dem norddeutschen Bunde an.

1803. Entschädigung der Stadt Bremen durch den Reichsdeputations-Haupt-Recess (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senats der Stadt Bremen zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II, 555.)

1839. Declaration, ausgestellt von Oesterreich und Bremen, in Betreff gegenseitiger Gleichstellung ihrer Flaggen rücksichtlich der Schiffsabgaben. Bremen, 9. Februar; Wien, 25. März 1839.

(Murhard N. R. I. 578 — Neumann, IV, 415.)

1843. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen Regierung und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection, wegen Aufhebung des Frankirungszwanges und Anwendung eines gemeinschaftlichen Portotarifs bei der Correspondenz zwischen der österreichischen

Monarchie und den Staaten, in welchen jene General-Postdirection die Posten verwaltet*). Frankfurt, 30. Jänner 1843.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1843: P. G. S. Bd. 71, S. 67 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 3, S. 290.)

1850. Beitritt Bremens zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, Bd. 2, S. 209.)

1851. Postvertrag zwischen der k. k. österreichischen und der fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltung, wegen Beitritts der letzteren zum deutsch-österreichischen Postvereine. Frankfurt, 31. März; Wien, 13. April 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 2. Bd., S. 209.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1855. Uebereinkommen wegen Auslieferung gemeiner Verbrecher (s. Deutschland).

1855. Additional - Vertrag zum deutschen Postverein (siehe Deutschland).

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark).

1857. Verordnung vom 17. Jänner 1857 über den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntmachung der Bremer Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 64.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1866. Bündniss-Vertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

*) Die Staaten, in welchen die fürstlich Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung bestand, bis diese Postgerechtsame durch Vertrag vom 28. Jänner 1867 von dem Fürsten von Thurn und Taxis an die preussische Regierung übertragen wurde (s. Preussen), waren: das Königreich Württemberg, das Churfürstenthum Hessen, die Grossherzogthümer Hessen und Sachsen-Weimar-Eisenach, die Herzogthümer Nassau, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen, Sachsen - Altenburg, die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Reuss-Ebersdorf, Reuss-Greitz, Reuss-Lobenstein, Reuss-Schleitz, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg-Bückeburg, Schwarzburg-Rudolstadt mit Ausnahme der Stadt Frankenhausen und Umgebung, die Landgrafschaft Hessen-Homburg und die dazu gehörende Grafschaft Meisenheim, das Amt Arnstadt im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen, die freien Bundesstädte Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck, endlich der schweizerische Canton Schaffhausen.

Brixen.

(Souveränes Bisthum.)

Im Reichs-Deputations-Recesse vom J. 1803 (s. Deutschland) erhielt Oesterreich als Entschädigung für die an den Herzog von Modena abgetretene Ortenau die säcularisirten fürstlichen Bisthümer Trient und Brixen, deren Bischöfe schon längst, ob auch Reichsstände, zugleich Landsassen von Tirol und Lehensmänner der österreichischen Herzoge waren. Im Pressburger Frieden vom J. 1805 (s. Deutschland) wurden beide Fürstenthümer an Baiern abgetreten, welches seinerseits 1810 das Fürstenthum Trient (als Ober-Etsch Departement) an das Königreich Italien abtrat. Im J. 1814 kamen beide Fürstenthümer wieder an Oesterreich zurück.

Aus der Zeit seiner staatlichen Selbstständigkeit ist nur der zwischen dem Bischofe von Brixen und der Republik Venedig geschlossene Vertrag vom 3. August 1778, über die Grenzregulirung, in der gegenwärtigen Sammlung anzuführen, insoferne er die Territorial-Verhältnisse zu beleuchten geeignet erscheint (s. Venedig).

Chili.

(Republik.)

Dieses früher von Spanien abhängige Land an der südlichen Westküste von Südamerika ist seit 1818 eine unabhängige Republik.

1851. Erlass des k. k. Handelsministeriums, dass in Folge a. h. Entschliessung vom 19. April 1851, im Einklange mit der von der Regierung der Republik Chili zu Gunsten der österreichischen Schiffe erlassenen Verfügung, die chilische Handels-Flagge in den österreichischen Häfen als begünstigte Flagge zu behandeln sei. Wien, 10. Mai 1851 *).

(R. G. B. 135, S. 420 — Neumann, V. 337).

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

(*Annuario marittimo* 1853, S. 372).

*) Ein Verzeichniss der mit den österreichischen Schiffen bezüglich der Hafengebühren gleichgehaltenen fremden Handelsschiffe findet sich im „*Annuario marittimo*" 1853, S. 379.

Cöln.

(Churfürstenthum.)

Das Erzbisthum Chur - Cöln, eines der geistlichen Churfürstenthümer Deutschlands, kam nach dem Lüneviller Frieden (1801) theils an Frankreich, theils an Nassau, und sohin in Folge des Pariser Friedens (1815) an Preussen.

1785. Uebereinkommen zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Churfürsten von Cöln, Bischofe von Münster, über die gegenseitige Abschaffung des in die landesfürstlichen Cassen fliessenden Abfahrtsgeldes. Churfürstlicher Brief: Bonn, 18. März; österreichisches Hofdecret: 22. April 1785.

(J. G. S. 413, S. 24 — Neumann, I. 354.)

Dänemark.

(Königreich.)

Das Haus Holstein-Oldenburg zerfällt in den königlichen, älteren, und in den jüngeren, Holstein-Gottorp'schen Zweig. Der jüngere herrschte von 1751 bis 1818 in Schweden, herrscht gegenwärtig in Russland (seit 1762) und in Oldenburg (seit 1774). Der königliche, bis 1523 auch über Schweden, bis 1814 über Norwegen herrschend, sitzt auf dem Königsthrone Dänemarks, mit welchem Schleswig, Holstein und Lauenburg vereinigt wurden, und hat ausserdem zwei herzogliche Nebenlinien: die durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 zur Succession in die dänischen Gesammtlande berufene Glücksburgische, und die Augustenburgische Linie. Oldenburg selbst ward gegen den dem Grossfürsten, nachmaligem Kaiser von Russland, Peter III., gehörigen Antheil an Holstein ausgetauscht. Darauf beziehen sich die älteren Tractate Dänemarks mit dem deutschen Reiche (1758—78).

In den französichen Revolutionskriegen schloss sich Dänemark der ersten Coalition wider Frankreich nicht an (1790, 1792), und gerieth während der napoleonischen Herrschaft mit England in Krieg, was die Vernichtung der dänischen Flotte zur Folge hatte (1807), und worauf Dänemark mit Frankreich ein festes Bündniss schloss. Erst nach dem

Sturze Napoleons trat es der grossen Allianz der europäischen Mächte, und sohin mit den Herzogthümern Holstein und Lauenburg und der Herrschaft Pinneburg, dann mit der Herrschaft Ranzau und der Stadt Altona, dem deutschen Bunde bei (1815); die Erwerbung von Lauenburg war seine Entschädigung für das im Kieler Frieden (1814) an Schweden abgetretene Norwegen.

Ueber die Successions-Verhältnisse der dänischen Monarchie und über die damit in Verbindung gebrachte Frage der Beziehungen Schleswigs zu Holstein, und somit zu Deutschland, entstand seit dem „offenen Briefe" des Königs Christian VIII. (8. Juli 1846) jener Streit, welcher im Jahre 1848 in offene Gewalt ausbrach, und worein unter dem Einflusse der damaligen allgemeinen Zeitereignisse auch der deutsche Bund verwickelt wurde. Die beiden Feldzüge deutscher Truppen gegen Dänemark in den Jahren 1848 und 1849, an welchen Oesterreich sich nicht betheiligte, wurden durch Waffenstillstands-Verträge (Malmoe: 26. August 1848 und Berlin: 10. Juli 1849) beendigt, welche zwischen Preussen und Dänemark abgeschlossen wurden, und von welchen der erstere von der damaligen provisorischen Centralgewalt in Deutschland nur mit Modificationen genehmigt ward, der zweite aber, sammt den damit verbundenen Friedens-Präliminarien, eine Bestätigung Namens des Bundes nicht erhielt, indem die provisorische Bundes-Central-Commission (20. Jänner 1850) sich darauf beschränkte, die königlich-preussische Regierung zur Unterhandlung eines Friedensvertrages zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark, vorbehältlich der Ratification der sämmtlichen Bundesstaaten, zu bevollmächtigen. Der hierauf am 2. Juli 1850 zu Berlin zwischen Preussen für sich und im Namen des deutschen Bundes einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossene Friedensvertrag wurde in der Plenar-Versammlung der deutschen Bundesversammlung vom 3. October 1850 von Seite des Bundes ratificirt. Da jedoch dieser Vertrag im Wesentlichen neben der Einstellung der Feindseligkeiten nur einen Vorbehalt der beiderseitigeu Rechte enthielt, und da die provisorischen Autoritäten und die Armee der Herzogthümer denselben anzunehmen sich weigerten, so wurden in Folge der Olmützer Punktationen (29. November 1850) und kraft der von der Bundesversammlung der kaiserlichen Regierung übertragenen Vollmacht (28. December 1850), erst durch die bewaffnete Intervention Oesterreichs die gesetzlichen Zustände wieder hergestellt, und unter Mirwirkung Preussens nach längeren Verhandlungen auch die definitive Beilegung der Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde herbeigeführt. Letzteres geschah durch das im Einverständnisse mit den beiden deutschen Mächten vom Könige von Dänemark am 28. Jänner 1852 erlassene Manifest, dessen auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg bezügliche Be-

stimmungen von der deutschen Bundesversammlung durch Beschluss vom 29. Juli 1852 als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend anerkannt wurden.

Während dieser Verhandlungen wurde auch die Thronfolgefrage, welche zu den erwähnten Streitigkeiten den hauptsächlichsten Anlass gegeben hatte, — nachdem zu London bereits durch ein im August 1840 unterzeichnetes Protokoll ein vorläufiges Einverständniss mehrerer Mächte, über das ihrer Erledigung zu Grunde zu legende Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie bewirkt worden war, — durch den am 8. Mai 1852 zu London zwischen Oesterreich, Frankreich, Preussen, Russland und Schweden einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossenen Tractat geregelt, welchem Vertrage später, in Gemässheit des Artikels IV desselben, noch mehrere deutsche und ausserdeutsche Regierungen förmlich beigetreten sind.

Als am 15. November 1863 Friedrich VII., der letzte König aus dem älteren, königlichen Zweige des Hauses Oldenburg, ohne Nachkommen gestorben war, kam es wegen der, aus Anlass dänischer Vergewaltigung und Nichterfüllung der Bedingungen des Londoner Protokolls stets glimmenden unentschiedenen schleswig-holsteinischen Frage, zum Kriege zwischen Preussen im Vereine mit Oesterreich gegen Dänemark. Im Wiener Frieden vom 20. October 1864 wurden die zwei Elbeherzogthümer nebst Lauenburg an Preussen und Oesterreich abgetreten, ein Condominat — eine Doppel-Souveränität neuer Art — mit ihr aber auch ein neuer Anlass zu Missverständnissen und zum Hader zwischen den eben verbündet gewesenen beiden Vormächten Deutschlands geschaffen; ganz abgesehen von der Unklarheit des Verhältnisses zum deutschen Bunde und zu dem Augustenburgischen Regentenhause. Im Gasteiner Vertrage vom 14. August 1865 ward die Ausübung der solidarisch und gemeinschaftlich erworbenen Rechte provisorisch für Holstein an Oesterreich, für Schleswig an Preussen übertragen, das seit 1815 mit Dänemark vereinigte Herzogthum Lauenburg aber gegen eine Geldentschädigung von Oesterreich an Preussen ausschliesslich abgetreten. Das Gasteiner Provisorium war die Quelle immer steigender Missstimmung zwischen Oesterreich und Preussen, die endlich zum Kriege des J. 1866 führte. Dessen Folgen s. unter Deutschland und Preussen.

Die besonderen vertragsmässigen Beziehungen Oesterreichs zu Dänemark betreffen die Schifffahrt auf der Elbe (1821, 1844, 1846, 1851 1852, 1854, 1863), die Vermögens-Freizügigkeit (1812, 1830), die gegenseitige Bekanntgebung der Todesfälle (1846), den Seehandel 1834, 1851, 1855), die Post (1843, 1850, 1851, 1853, 1855), und die Aufhebung des Sundzolles (1857). Ueber die Correspondenz der Ge-

richtsbehörden (1857) und die Aufhebung des Passvisazwanges (1862) erfolgten besondere Kundmachungen.

1758. Tractat zwischen dem König von Frankreich und dem König von Dänemark, wegen Austausches des dem Grossfürsten von Russland gehörigen Antheils von Holstein, gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst. Copenhagen, 4. Mai 1758.

(Koch, II. 125—140.)

1758. Nachträgliche Erklärung Frankreichs hierüber. Versailles, 13. August 1758.

(Koch, II. 133.)

1758. Beitritt und Garantie Oesterreichs zu diesem Tractat. Copenhagen, 20. October 1758.

(Koch, II. 137 — Schöll, III. 202.)

1760. Erklärung des Wiener Hofes aus Anlass seines Beitrittes zu dem vorstehenden Tractat vom 4. Mai 1758. St. Petersburg, 10./21. März 1760.

(Martens, S. III. 44.)

1760. Beitritt Russlands zu vorgedachtem Tractat vom 4. Mai 1758, St. Petersburg, 10. März 1760.

(Koch, II. 125.)

1778. Gutachten der beiden höheren Reichs-Collegien, kaiserliches Commissions-Ratifications-Decret und Promemoria, die Uebertragung der fürstlich Holstein-Gottorp'schen Stimme auf die jüngere Linie dieses Hauses und das Herzogthum Oldenburg betreffend. Regensburg, Mai—Juni 1778.

(Martens, I. 726.)

1792. Noten der österreichischen und preussischen Minister an den dänischen Minister, Grafen Bernstorf, über die französischen Angelegenheiten, 12. Mai, und Antwort des dänischen Hofes, 1. Juni 1792.

(Schöll, IV. 239 — Neumann, I. 479.)

1793. Note der gegen Frankreich kriegführenden Mächte an den Hof von Copenhagen bezüglich der von Dänemark beobachteten Neutralität. Copenhagen, 13. December, und Antwort des Grafen Bernstorf: Copenhagen, 18. December 1793.

(Martens, V. 238 bis 243.)

1806. Einverleibung des Herzogthums Holstein in die dänische Monarchie, in Folge der Auflösung des deutschen Reichsverbandes durch den Rheinbund (s. Deutschland). Friedrichsberg, 9. September 1806.

(Martens, S. IV. 347.)

1812. Zusicherung einer reciproken abzugsfreien Ausfolgung der Verlassenschaften zwischen Oesterreich und Dänemark. Wien, 3. April 1812.

(J. G. S. 984, S. 14 — P. G. S. Bd. 38, S. 159.)

1813. Waffenstillstand zwischen Dänemark und den verbündeten Mächten. Rendsburg, 15. December 1813.

(Martens, S. V. 617 — Neumann, II. 401).

1815. Conferenz-Protokoll, die Rückkehr Napoleons nach Frankreich betreffend (s. Frankreich).

1815. Beitritt des Königs von Dänemark zur grossen Allianz gegen Frankreich vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien.) Paris, 1. September 1815.

(Martens, S. VI. 155 — Neumann, III. 40.)

1815. Tractat zwischen Preussen und Dänemark, durch welchen Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen an Preussen kommen, gegen Abtretung der am rechten Ufer der Elbe gelegenen Theile von Lauenburg. Wien, 11. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 349.)

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1815. Deutsche Bundes-Acte (s. Deutschland).

1815. Französische Entschädigungen (s. Frankreich).

1816. Erklärung des Königs von Dänemark, als Herzogs von Holstein, über die Erwerbung des Herzogthums Sachsen-Lauenburg und dessen Mitvertretung im deutschen Bunde. Frankfurt, 5. November 1816.

(Mayer, II. 31.)

1818. Privatforderungen an Frankreich (s. Frankreich).

1821, 1824. Elbeschiffahrts-Acte (s. Preussen).

1830. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-dänischen Regierung, wegen Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817, bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit, auf alle auch nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs und Dänemarks. Wien, 12. April; Copenhagen, 2. Juni 1830.

(Martens, S. XII. 360, XIX. 2 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1830, Notizenblatt S. 380, 429, 508 — J. G. S. 1830, 2473, S. 203 — P. G. S. Bd. 58, S. 160 — Neumann, IV. 316.)

1834. Handels- und Schiffahrts-Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. Majestät dem Könige von Dänemark. Copenhagen, 12. Februar 1834; ratificirt 1. Juni 1834.

(Martens, S. XIX. 40 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 249 — P. G. S. Bd. 62, S. 28 — Hofdecret vom 18. Juli 1834 in der J. G. S. 1834, 2661, S. 115 — Neumann, IV. 331.

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Additional-Acte zur Elbeschiffahrts-Acte vom Jahre 1821; diessfällige Elbezoll-Ermässigungen (s. Preussen).

1846. Kundmachung über die Amtswirksamkeit der Elbezoll-Richter u. s. w.; Kundmachung über die Rhederei und Schifferbefugnisse bei der Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1846. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Dänemark, wegen gegenseitiger Bekanntgebung der Todesfälle ihrer respectiven Unterthanen und Ausfolgung der Todtenscheine. Wien, 9. April 1846.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846: P. G. S. Bd. 74, S. 20 — J. G. S. 931, S. 315.)

1850. Beitritt von Schleswig-Holstein zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, Bd. 2, S. 422.)

1851. Verhandlungen zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark wegen der Schleswig-Holsteinischen Wirren.

(Samwer, XV. 348 u. ff.)

1851. Erlass des k. k. Handelsministeriums, über die Behandlung der holsteinischen Handelsflagge gleich der dänischen in den österreichischen Häfen. Wien, 21. März 1851

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. 2, S. 206 — Neumann, V. 327.)

1851. Beitritt Dänemarks (des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig) zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, Bd. 3, S. 425, Bd. 4, S. 527.)

1851, 1852. Dritte Elbeschifffahrts-Regulirung (s. Preussen).

1852. Tractat zwischen Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und Schweden, wegen Sicherstellung der Succession in der dänischen Monarchie. London, 8. Mai 1852.

(Neumann, V. 599.)

1853. Postvertrag zwischen Preussen und Dänemark, wegen Behandlung der Correspondenzen zwischen dem dänischen Gesammtstaate und dem deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland) . . . 19. December 1853.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1854, Bd. 6, S. 43.)

1854, 1855. Elbeschifffahrts-Regulirung (s. Preussen).

1855. Additional-Vertrag zum Postverein (s. Deutschland).

1855. Circular der k. k. Central-Seebehörde, über die von der königlich-dänischen Regierung zugestandene Reciprocität bei der Bemessung der Hafentaxen in den dänischen Antillen bei Umladung von Schiffsladungen in Nothfällen. Triest, 15. März 1855.

(*Annuario marittimo*, 1856, S. 4.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, dass die k. k. Gerichtsbehörden nicht unmittelbar mit den Gerichten im Königreich Dänemark correspondiren sollen. Wien, 7. März 1857.
(R. G. B. 50, S. 145.)

1857. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Hannover, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, den Niederlanden, Preussen, Russland, Schweden, Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits, und Dänemark andererseits, wegen Aufhebung des Sundzolles. Copenhagen, 14. März 1857; die österreichische und dänische Ratificirung daselbst ausgewechselt am 14. April 1857.
(R. G. B. 92, S. 337.)

1862. Oesterreichische Ministerial-Verordnung über die gegenseitige Aufhebung des Passvisa-Zwanges gegenüber von Dänemark. Wien, 9. Juli 1862.
(R. G B. 58, S. 167.)

1863. Fünfte Elbeschifffahrts-Regulirung (s. Preussen).

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1864. Bundes-Execution gegen Holstein-Lauenburg (s. Deutschland).

1864. Depesche des k. k. Ministers Grafen Rechberg an die k. k. diplomatischen Agenten, mit Bekanntgebung des Auslaufens der österreichischen Flotte nach der Nordsee, zum Schutze der österreichischen, preussischen und übrigen deutschen Schiffe gegen die Angriffe der dänischen Kriegsschiffe. Wien, 27. Februar 1864.
(*Archives diplomatiques*, 1864, II. 125.)

1864. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, betreffend die Aufbringung feindlicher und verdächtiger Schiffe durch österreichische Kriegsschiffe, aus Anlass der von der königlich-dänischen Regierung gegen die österreichischen und preussischen Handelsschiffe, sowie gegen Handelsschiffe der übrigen deutschen Bundesstaaten angeordneten Feindseligkeiten. Wien, 3. März 1864.
(R. G. B. 23, S. 143.)

1864. Kaiserliche Verordnung über die Einsetzung von Prisengerichten und das Verfahren bei denselben, aus Anlass der von der königlich-dänischen Regierung gegen die österreichischen, preussischen und sonstigen deutschen Handelsschiffe verfügten Feindseligkeiten. Wien, 21. März 1864.
(R. G. B. 31, S. 165.)

1864. Convention zwischen Oesterreich und Preussen über die gemeinschaftlich als Prisen aufgebrachten dänischen Fahrzeuge (siehe Preussen).

1864. Convention zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, wegen Einstellung der Feindseligkeiten bis zum 31. Juli 1864. Christiansfeld, 18. Juli 1864.

(Das Staatsarchiv, VII. 1681.)

1864. Friedens-Präliminarien und Waffenstillstand zwischen Oesterreich und Preussen einerseits, und Dänemark andererseits. Wien, 1. August 1864.

(Wiener Abendpost 179, vom 6. August 1864 — Das Staatsarchiv, VII. 1682.)

1864. Von Sr. k. k. apostolischen Majestät genehmigte Vorschrift in Betreff des Anspruches auf Prisengelder und deren Vertheilung. Wien, 19. October 1864.

(Verordnungsblatt des k. k. Marine-Ministeriums.)

1864. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, sammt Protokollen über die Räumung Jütlands von den alliirten Truppen, und über die Entbindung der Bevölkerung der abzutretenden Gebietstheile vom Eid der Treue. Wien, 30. October 1864; die Ratificationen dd. Wien, 14. November, Berlin, 14. November und Kopenhagen 12. November, ausgewechselt zu Wien am 16. November 1864.

(R. G. B. 87, S. 278 — Das Staatsarchiv, VII. 1728.)

1864. Offener Brief des Königs Christian IX. von Dänemark an die Bevölkerung der in Folge des vorstehenden Friedens-Tractats von Dänemark abgetretenen Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, sowie an die Einwohner in den abgetretenen jütischen Enclaven in Schleswig, dann an die Bevölkerung der bei Dänemark verbliebenen Länder. Kopenhagen, 16. November 1864.

(Wiener Abendpost 268, vom 23. November 1864 — Das Staatsarchiv VII. 1730.)

1865. Protokoll, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs Preussens und Dänemarks, zur Erläuterung einiger Bestimmungen des Wiener Friedens vom 30. October 1864. Berlin, 1. April 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. 2009.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (siehe Schweiz).

1866. Schlussprotokoll der in Gemässheit des Friedens-Tractates vom 30. October 1864 in Kopenhagen zusammen getretenen internationalen Finanz-Commission (Oesterreich, Preussen und Dänemark). Kopenhagen, 17. April 1866.

(Das Staatsarchiv, X. Bd. 2234.)

1866. Prager Friedensschluss vom 23. August 1866, zwischen Oesterreich und Preussen (s. Preussen), worin Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich alle seine im Wiener Frieden vom 30. October 1864 (s. oben) auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig erworbenen Rechte auf Seine Majestät den König von Preussen mit der Massgabe überträgt, dass die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie es wünschen, mit Dänemark vereinigt werden sollen.

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

Deutscher Orden.

Während der Kreuzzüge im heiligen Lande, nach dessen Verlust von einem Piastenherzog zur Bekämpfung der heidnischen Preussen berufen, gründete der deutsche Orden im eroberten Lande seine Herrschaft, verstärkte sich bald durch Einverleibung der Schwertbrüder in Liefland (1237), hatte schwere Kämpfe mit Polen und Russen zu bestehen, bis endlich der Hochmeister Albrecht von Brandenburg das preussische säcularisirte Land in ein von Polen lehnbares erbliches Herzogthum (1525) verwandelte. Die dem Orden als einem geistlichen Institute treu gebliebenen Ritter übersiedelten mit ihrem Hoch- und Deutschmeister nach Mergentheim. Der Reichs-Deputationsrecess vom Jahre 1803 (s. Deutschland), säcularisirte alle geistlichen Fürstenthümer, bis auf drei: den Reichserzkanzler, den Grossprior des Johanniter-, und den Hochmeister des deutschen Ordens; im Pressburger Frieden vom Jahre 1805 (siehe Deutschland) wurde jedoch auch dieser Orden, bezüglich dessen Hochmeisterwürde, zu Gunsten eines österreichischen, vom Kaiser von Deutschland und Oesterreich zu bestimmenden Prinzen säcularisirt. Im Jahre 1809 unterdrückte ihn Napoleon im Rheinbunde (s. Deutschland). Kaiser Franz I. beliess ihm die österreichischen Güter und gab ihm die Wahl des Hochmeisters frei. Kaiser Ferdinand I. endlich genehmigte die Reconstituirung des deutschen Ordens in den österreichischen Staaten als ein selbstständiges, geistlich ritterliches Institut, jedoch unter dem Bande eines unmittelbaren kaiserlichen Lehens.

Eigenthümliche Verhältnisse entstanden vertragsmässig rücksichtlich der Besitzungen des deutschen Ordens in Deutschland.

1813. Convention zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Rheinbundes und dem Grossmeister des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheiligten Höfe, über die Auseinandersetzung der darauf sich beziehenden Verhältnisse (s. Baden).

1838. Kaiserliche Verordnung vom 20. November 1838, über die Verhältnisse der in den Gebäuden des deutschen Ordens zu Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen (s. Frankfurt).

1840. Kaiserliches Patent über die Reconstituirung des deutschen Ordens in Oesterreich. Wien, 28. Juni 1840.

(J. G. S. 451, S. 509.)

1842. Convention wegen Verkaufs der im Frankfurter Gebiete gelegenen Güter des deutschen Ordens an die freie Stadt Frankfurt;

1842. Kaiserliche Verordnung vom 19. September 1842, mit Modificirung der kaiserlichen Verordnung vom 20. November 1838; und

1845. Convention über die Verhältnisse der Realitäten des deutschen Ordens zu Sachsenhausen (s. Frankfurt).

Deutschland,

Nach dem Aussterben des Mannsstammes des Hauses Habsburg wird Carl Albert von Baiern (1741) als Carl der VII. zum Kaiser erwählt (s. Baiern) und die Reihe der Kaiser aus dem Hause Habsburg seit Albert II. (1437), also seit mehr als drei Jahrhunderten, zum ersten Male bis zu Carls Tode (1745) unterbrochen. Nach dem Ableben des hierauf zum Kaiser erwählten Franz I. von Lothringen, Gemahls der Habsburgischen Erbin Maria Theresia, gibt dann neuerdings und bis zur Auflösung des Reiches, Oesterreich diesem seine Kaiser in den Söhnen Maria Theresiens, Joseph II. und Leopold II., und in des letzteren Sohne Franz II. Doch schon war die Einheit des Reiches gespalten, seit der westphälische Friede*) ein „Corpus Evangelicorum“ und „Catholicorum“ geschaffen,

*) Den Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser Ferdinand III. und dem deutschen Reiche einerseits, und dem König Ludwig XIV. von Frankreich nebst seinen Verbündeten andererseits (Münster, 24. October 1648); dann jenen zwischen dem Kaiser Ferdinand III. und dem deutschen Reiche einerseits, und der Königin Christine von Schweden nebst ihren Verbündeten anderseits (Osnabrück, 14./24. October 1648) — welche Tractate der Westphälische Friede genannt werden — sehe man bei Dumont P. VI. P. I. 450, 469; dann im „Guide diplomatique“ von Martens, unter France et Empire, S. 187, und Suède et Empire, S. 946.

den Reichsständen Landeshoheit und das Recht Allianzen mit dem Auslande zu schliessen eingeräumt hatte, und seit Brandenburg-Preussen als protestantische und rivalisirende Macht Oesterreich gegenüber auftrat. Die französische Revolution (1789) und deren Gegenstoss in ganz Europa brachte auch das morsch gewordene deutsche Kaiserreich zum Einsturze; zu Anfang des 19. Jahrhunderts brach das mehr als tausendjährige „heilige römische Reich" zusammen.

Die Angriffe Frankreichs bestimmten das deutsche Reich, den Reichskrieg gegen Frankreich zu erklären (1792); doch bald trennten sich Preussen und einige andere Reichstände von der Coalition, und die mit Frankreich abgeschlossene Demarcations-Linie (1795) schied das nördliche Deutschland von dem Interesse des südlichen. Die Franzosen siegten; nach dem zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossenen Frieden von Campoformio (1797) wurde ein Reichsfrieden-Congress zu Rastadt eröffnet, der jedoch zu keinem friedlichen Resultate gelangte; der von Neuem entbrannte Krieg führte zum Friedensschlusse von Lüneville (1801). In diesem wurde das ganze linke Rheinufer an Frankreich abgetreten; das hiedurch veranlasste, unter der Vermittlung Frankreichs und Russlands zu Stande gekommene Entschädigungs-Operat für jene deutschen Fürsten, welche ihre jenseits des Rheins gelegenen Besitzungen an Frankreich abtreten mussten, gründete sich auf die Säcularisation der geistlichen Fürsten (1803). Da bestieg der Consul Buonaparte den neu geschaffenen französischen Kaiserthron (1804), welchem Kaiser Franz als ein Gegengewicht die staatsrechtliche Einigung der, bis dahin wohl in der That, nicht aber dem Namen nach zu einem Ganzen verbundenen österreichischen Erblande, unter dem Namen eines Erbkaiserthums Oesterreich (1804) entgegen setzte. Der Krieg mit dem Kaiser Napoleon beginnt wieder; Oesterroich, von den deutschen Ständen verlassen, unterliegt — (die drei süddeutschen Churfürsten: Baiern, Württemberg und Baden waren auf Napoleons Seite, und der deutsche Norden blieb neutral) — und es muss im Pressburger Frieden mit Theilen seines Gebietes die in Deutschland neu entstandenen Souveräne in Baiern, Württemberg und Baden dotiren (1805), welche sich nun förmlich von dem deutschen Reichsverbande lossagen, und im Verein mit den übrigen südlichen und westlichen Staaten Dentschlands, sechzehn an der Zahl, unter Mediatisirung aller übrigen unmittelbaren Reichsstände innerhalb des Bundesgebietes, als Rheinbund sich unter Napoleons Schutz stellen (1806), während Preussen den Churstaat Hannover, gegen die Abtretung von Anspach, Cleve und Neufchatel an Frankreich, eintauschet. Da legt Kaiser Franz die Würde eines deutschen Kaisers nieder (1806), und Preussen trennt seine deutschen Provinzen von dem übrigen

Deutschland durch den Tilsiter Frieden (1807); die meisten übrigen deutschen Fürsten sind dem Rheinbunde beigetreten (1807—1808). Von Neuem entbrennt zwischen Oesterreich und Frankreich der Krieg, in welchem die Staaten des Rheinbundes auf Frankreichs Seite kämpfen und Preussen abermals neutral bleibt (1809). Das besiegte Oesterreich muss im Wiener Frieden zu neuen Gebietsabtretungen sich verstehen (1809); Napoleon aber fährt fort Hand an die Umgestaltung Deutschlands zu legen. Ein Königreich Westphalen (1807), ein Grossherzogthum Berg (1808) und ein Grossherzogthum Frankfurt (1810) werden errichtet, die Hansestädte werden Frankreich einverleibt — bis endlich das Mass der Willkür und des Uebermuthes erschöpft ist. Die deutschen Staaten fallen von dem französischen Bündnisse ab und gruppiren sich um das wieder ermannte Preussen und Oesterreich (1813), im Bunde mit Russsland, dem dann auch England beitritt. Napoleon wird besiegt (1813—1815), die deutschen Staaten sollen laut des Pariser Friedens (1814) durch ein föderatives Band abermals vereint werden; sie schliessen einen völkerrechtlichen Verein, den deutschen Bund, „zur Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten" (1815). Oesterreich tritt diesem Bunde mit allen seinen alten und neu erworbenen deutschen Provinzen bei und erhält das Präsidium auf der Bundesversammlung zu Frankfurt am Main. Die Rückwirkung der letzten französischen Revolution hatte die Suspendirung des deutschen Bundestages zur Folge (1848); doch scheitern die Versuche, Deutschland im Wege einer National-Versammlung staatsrechtlich zu reconstituiren; mit Hilfe österreichischer und preussischer Truppen wird der Aufstand in Baden und in Schleswig-Holstein erdrückt und der Bundestag zu Frankfurt tritt wieder in seine alte Wirksamkeit (Mai 1850).

Die unläugbaren Gebrechen dieser Institution bestimmen Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich, einen Antrag zu einer Reform derselben bei dem nach Frankfurt am Main eingeladenen Fürstentage (1863) zu stellen, welcher Versuch aber an dem Widerstande Preussens und dem Particularismus der übrigen deutschen Fürsten scheitert. Bald darauf (1866) führt die schleswig-holsteinische Frage (s. Dänemark), welche Oesterreich gegen die Erklärung Preussens, dass es die Competenz des deutschen Bundes für dieselbe nicht anerkenne, diesem zur Entscheidung vorlegte, zum Kriege zwischen Preussen und Oesterreich, zur Auflösung des deutschen Bundes und zu einer, noch nicht abgeschlossenen Neugestaltung der deutschen staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse. Der im Sinne Oesterreichs gefasste Beschluss des deutschen Bundes, vom 14. Juni 1866, war das Signal zum Ausbruche des verhängnissvollen Kampfes, den Oesterreich gleichzeitig im Norden gegen Preussen und im

Süden gegen das mit Preussen verbündete Italien bestehen musste. Auf Grundlage der Präliminarien von Nikolsburg (26. Juli), kam am 23. August 1866 der Prager Friede zu Stande, in welchem Oesterreich, mit Ausnahme seiner italienischen Besitzungen, seinen bisherigen Territorialbestand behielt, das von Preussen im Norden des Main zu begründende Bundesverhältniss anerkannte, und die im Wiener Frieden (1864) erworbenen Rechte auf die Elbeherzogthümer an Preussen abtrat. Somit trat Oesterreich aus seinem politischen Verbande mit Deutschland, das seit des deutschen Reiches Entstehung nur durch Napoleon unterbrochen worden war, und der deutsche Bund, die letzte Gesammtform Deutschlands, wurde aufgelöst.

Aus 21 Staaten und einem Theile Hessen-Darmstadts entstand unter Preussens militärischer und diplomatischer Führung, auf Grundlage des Bündnissvertrages vom 18. August 1866, der norddeutsche Bund, ein Areale von 7540 Quadratmeilen und über 29 Millionen Einwohner umfassend, in Wesenheit ein Bundestaat mit hegemonischer Spitze und durch ein Reichsparlament vertreten. Im Nikolsburger Präliminar-Frieden vom 26. Juli 1866 erklärte sich Oesterreich einverstanden, dass die südlich vom Main gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleiben solle, und im Prager Frieden wurde diesem Vereine eine internationale unabhängige Existenz zugesichert.

Es zerfällt somit die gegenwärtige Uebersicht in sieben Epochen:

1. die letzten Jahre des heiligen römischen Reiches, vom Tode Carls VI. an (1740—1805);

2. die Auflösung des Reiches und Gründung des Rheinbundes unter der französischen Obermacht (1806—1815);

3. die Errichtung und Wirksamkeit des deutschen Bundes (1815 bis 1848);

4. die Suspendirung desselben durch die Revolution (1848—1850);

5. dessen Wiederherstellung (im Mai 1850);

6. dessen Auflösung (1866) in Folge des Friedens von Prag;

7. endlich die daran sich anschliessende Gründung des norddeutschen Bundes.

Bei den seit Jahrhunderten bestandenen engen Verhältnissen zwischen Oesterreich und Deutschland stehen natürlich die meisten staats- und völkerrechtlichen Acte Oesterreichs mit jenen Deutschlands im engsten Zusammenhange. Es werden daher aus der Epoche des deutschen Reiches hier nur die auf letzteres ausdrücklich sich beziehenden Staats-Acte aufgeführt; die übrigen sind bei den anderen Ländern nachzusehen.

Was die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung betrifft, so ist nur jenen in Oesterreich gesetzlich bindende Giltigkeit zugestanden worden, die hierlands insbesondere kundgemacht wurden. Es enthält daher die gegenwärtige Uebersicht ausser jenen Bundesbeschlüssen, die schon an sich von allgemeinem Interesse erscheinen (darunter die Beschlüsse aus des Bundes letzter Zeit 1866), nur solche, welche durch deren ordnungsmässig erfolgte Publication in Oesterreich auch für die hierländigen Behörden und Privaten Gesetzeskraft erlangt, und die zum Theil auch jetzt noch, nach der Auflösung des Bundes, wenigstens als völkerrechtliche Transactionen ihre Giltigkeit fortbehalten haben. Hiernach folgt hier die Angabe der Bundesbeschlüsse über die Competenz der Bundesversammlung (1817); die auswärtigen Verhältnisse (1817, 1834); die allgemeinen bundesrechtlichen Principien (1823); die Rechte der Gesandten (1824); die Austrägal-Ordnung des Bundes (1817, 1820); die Executions-Ordnung (1819, 1820); das Kriegswesen (1821, 1822, 1833); die Bundesfestungen (1820); die Vermögens-Freizügigkeit (1817, 1820, 1827); die Bundes-Matrikel (1818); das ehemalige Reichskammergericht (1818, 1821); die Aufrechthaltung der inneren Ordnung und Ruhe nach den Verabredungen zu Carlsbad (1819, 1823, 1824, 1830, 1832, 1834, 1841), insbesondere in Betreff der Rechte der Landstände (1824, 1832, 1834), der Universitäten (1819, 1823, 1824, 1834, 1837), der Presse (1819, 1824, 1831, 1832, 1834, 1835), der Ueberwachung revolutionärer Umtriebe (1832) und der Abstellung der Handwerkerverbindungen (1840); ferner über die an die Bundesversammlung gelangenden Reclamationen und Einsendungen (1823, 1824, 1831, 1832); die Oeffentlichkeit der Bundesverhandlungen (1824, 1832); das Verbot der Annahme von Polizei- oder Criminalacten bei Universitäten (1835); die Auslieferung der Deserteurs (1821, 1832, 1863), dann der gemeinen (1854, 1855) und der politischen Verbrecher (1832, 1836, 1837, 1839, 1855); die Flussschifffahrt (1820) und die Brücken (1832); die Verpflegung der Hilfstruppen (1832); die Hintanhaltung des Nachdruckes (1832, 1837, 1841, 1845, 1846, 1856, 1857, 1858); die Ertheilung von Privilegien gegen den Nachdruck (1838, 1840, 1841, 1842); den Titel der deutschen Herzoge (1844).

Auf die Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten beziehen sich sonst noch die österreichischen Verordnungen wegen der dem deutschen Bunde beizuzählenden österreichischen Provinzen (1815, 1818); ferner wegen der mediatisirten Standesherren (1807, 1815, 1818, 1825, 1829, 1836, 1838, 1841, 1845, 1847, 1859); der Besitzfähig-

keit in Betreff der Rusticalgründe (1825); wegen der ehemaligen reichshofräthlichen Acten (1836); der Mittheilung von Acten des Civilstandes (1836) und der Epavirungen (1846); dann folgende Tractate und Conventionen *) als: die Bundes- und Wiener Congressacte (1815), die heilige Allianz (1815), die Wiener Schlussacte (1820), der Frankfurter Territorial-Recess (1819), die Conventionen wegen des Zollvereins (1828, 1853), die Conventionen und Verordnungen wegen der Post (1850, 1855, 1857, 1860); der Telegraphen (1850, 1858, 1855, 1857, 1858, 1860, 1861, 1863, 1865); der Handels-, Zoll- und Münzverhältnisse (1849, 1851, 1853, 1854, 1855, 1857, 1858, 1862, 1865, 1866, 1867); der Verpflegung und Beerdigung unbemittelter Unterthanen (1853, 1854); der Einführung von Passkarten (1850, 1859, 1866); des Schriftenwechsels der Gerichtsbehörden (1857); endlich die deutsche Wechselordnung (1850, 1858).

Die Staatsverträge Oesterreich mit dem norddeutschen Bunde s. unten (1867, 1868).

I. Deutsches Reich (1740—1806).

1751. Garantie des deutschen Reiches zum Dresdner Frieden zwischen Oesterreich und Preussen (s. dieses). Regensburg, 2. Juni 1751.**)

(Wenck, II. 529—535.)

1756—1763. Verhandlungen über den siebenjährigen Krieg (siehe Preussen).

1770. Kaiserliches Commissions-Decret an die Reichsversammlung, die dem Erzherzog Ferdinand von Oesterreich für den Fall der Erlöschung des herzoglich-modenesischen Mannstammes zu ertheilende Eventual-Investitur auf die von dem herzoglich-modenesischen Hause besessenen Reichslehen betreffend. Regensburg, 13. December 1770, nebst Reichsgutachten vom 8. Jänner und kaiserlichem Decret vom 30. Jänner 1771.

(Wenck, III. 810 — Martens, I. 282 — Neumann, I. 126.)

*) Von diesen Staatsverträgen sind diejenigen hier unter Deutschland eingereiht worden, welche von Oesterreich mit sämmtlichen, oder doch mit der Mehrzahl der deutschen Staaten geschlossen wurden — z. B. die Eisenacher Convention vom Jahre 1854 wegen der Verpflegskosten, der Passkartenverein vom Jahre 1850, die Abschaffung des Passvisa-Zwanges vom Jahre 1863 u. a. m., ferner die mit den Zollvereinsstaaten geschlossenen Handelsverträge, sowie die Post- und Telegraphenverträge.

**) Ueber den österreichischen Erbfolgekrieg und die pragmatische Sanction s. Baiern S. 11.

1779—1780. Beitritt des deutschen Reiches zum Teschner Frieden (s. Baiern).

(Martens, II. 23; 68 bis 73 — Neumann, I. 236, 255.)

1792. Kaiserliches Hof-Decret an die deutsche Reichsversammlung, die von Frankreich im Elsass, Lothringen und sonst sich erlaubten Uebergriffe betreffend. Regensburg, 1. September; Reichsgutachten vom 23. November, den Reichswehr- und Vertheidigungsstand betreffend, und kaiserliches Commissions-Decret vom 22. December 1792.

(Besonders gedruckt.)

1792. Kaiserliches „mandatum advocatorium et inhibitorium.“ Regensburg, 19. December 1792.

(Besonders gedruckt.)

1793. Feindselige Acte Frankreichs wider Deutschland (siehe Frankreich).

1793. Reichsgutachten auf die ferneren Punkte des Hof-Decrets vom 1. September 1792, und dass der von Frankreich durch die That selbst erklärte Krieg für einen Reichskrieg zu achten sei. Regensburg, 22. März, dann kaiserliches Ratifications-Hofdecret vom 30. April 1793.

(Besonders gedruckt.)

1795. Basler Friedensschluss zwischen Preussen und Frankreich und Tractat zwischen denselben, über die Neutralität eines Theiles des deutschen Reiches und die Festsetzung einer Demarcations-Linie (s. Preussen).

1797. Friedens-Tractat von Campoformio zwischem dem römischen Kaiser und der französischen Republik (s. Frankreich).

1797. Notification der churfürstlich Mainz'schen Kanzlei über den Empfang der auf die Theilung Polens bezüglichen Staatsacten (s. Polen).

1797—1799. Acten des Rastädter Friedens-Congresses (siehe Frankreich).

1799. Kaiserliches Hof-Commissions-Decret an die deutsche Reichsversammlung, über die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich, vom 12. Juli; Zustimmung der deutschen Reichsstände vom 16. September, und kaiserliches Ratifications-Decret vom 31. October 1799.

(Posselts Annalen 1799. Bd. IV. p. 46, 149, 151.)

1800. Waffenstillstands-Convention zwischen den Armeen des Kaisers und der französischen Republik in Italien und Deutschland (siehe Frankreich).

1801. Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem römischen Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, und dem deutschen Reiche einerseits, und der französischen Republik andererseits. Lüneville, 9. Februar 1801.

(Meyers Staats-Acten, I. S. 1 — Martens, VII. 538 — Neumann, II. 1 bis 15. Die diessfälligen Ratificirungen: Martens, S. II. 296; die übrigen Verhandlungs-Acten: Martens, S. III. 219 — Martens et Cussy, II. 220.)

1801. Geheimer Separat-Artikel zum vorstehenden Tractat, die dem Grossherzog von Toscana in Deutschland zu gewährende Entschädigung betreffend. Lüneville, 9. Februar 1861.

(Neumann, II. 16.)

1801. Französische Ratificirung des Lüneviller Friedens. Paris, 11. März 1801.

(Neumann, II. 17.)

1802. Declaration Frankreichs und Russlands mit einem Projecte bezüglich der Entschädigungen in Deutschland. Juli und Augst 1802.

(Martens, S. III. 231, 338.)

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, einerseits, und dem ersten Consul der französischen Republik andererseits, unter dem Beitritte Russlands, die Entschädigungen für den Herzog von Modena und den Grossherzog von Toscana betreffend. Paris, 26. December 1802.

(Martens, S. III. 228 — Neumann, II. 25.)

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser und der französischen Republik, wegen Anerkennung des Infanten von Spanien als König von Hetrurien (s. dieses).

1803. Haupt-Schlussrecess der ausserordentlichen Reichs-Deputation, unter Vermittlung von Frankreich und Russland, über die in Folge des Lüneviller Friedens zu bestimmenden Entschädigungen. Regensburg, 25. Februar 1803.

(Mayer, I. 12. — Martens, S. III. p. 231 bis 335 — Neumann, II. 29 bis 76 — Protokoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg, 6 Bde., Regensburg 1803. 4. — Gaspari, der Deputations-Recess mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen, 2 Theile, Hamburg 1803. 8. — Kämmerer, Hauptschluss der ausserordentlichen Reichs-Deputation.)

1804. Decret des ersten Consuls der französischen Republik, über die Einverleibung der deutschen Länder am linken Rheinufer zu Frankreich, in Folge des Lüneviller Friedens und des Reichsdeputations-Haupt-Schlussrecesses. Paris 11. Mai 1804.

(De Clercq, II. 88.)

1804. Convention zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich über das Rheinschifffahrts-Octroi. Paris, 15. August; Mainz, 1. October 1804.

(Meyer, I. 59 — Martens, S. IV. 36.)

1804. Patent Sr. Majestät des römischen Kaisers Franz II., über die Annahme des Titels eines Erbkaisers von Oesterreich, nebst Bekanntgabe der neuen Titulatur und des neuen Wappens Sr. römisch- und österreichisch-kaiserlich- auch königlich-apostolischen Majestät, nach den durch den Lüne-

viller Friedensschluss herbeigeführten Veränderungen. Wien, 11. August 1804.
(Martens, S. IV. 89 — J. G. S. 1804, 677, S. 21 — P. G. S. Bd. 22, S. 71 — Neumann, II. 104.)

1804. Convention zwischen dem Churfürsten Erzkanzler im Namen des Kaisers und Reiches, und dem Kaiser der Franzosen, über die Schifffahrt auf dem Rhein, als dem Grenzstrome zwischen Deutschland und Frankreich. Paris, 15. August 1805; ratificirt vom Erzkanzler am 2. Februar und vom Kaiser Napoleon am 11. Mai 1805.
(De Clercq, II. 91.)

1804. Nachträgliche Erläuterungen rücksichtlich der neu regulirten österreichisch-kaiserlichen Titulatur und des Wappens. Wien, 15. December 1804.
(P. G. S. Bd. 23, S. 163 — Neumann, II. 130.)

1805. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser von Deutschland und von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, König von Italien. Pressburg, 26. December 1805 *).
(P. G. S. Bd. 25, S. 165 — Meyer, I. 95 — Martens, S. IV. 212 — Martens et Cussy, II. 317 — Neumann, II. 185.)

1805. Tractat zwischen Frankreich und Preussen, wodurch dieses den ganzen Churstaat Hannover gegen die Abtretung von Anspach, Cleve und Neufchatel an Frankreich, eintauscht. Wien, 15. December 1805.
(Pölitz, S. 838 — Schöll, VIII. 29.)

1806. Erklärung der Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich, bezüglich des deutschen Reiches, bei Auswechslung der Ratificirungen des Pressburger Friedens. Wien, 1. Jänner 1806.
(Martens, S. IV. 220 — Neumann, II. 192.)

1806. Eröffnung der Comitial-Minister von Böhmen und Oesterreich an den deutschen Reichstag, über den Abschluss des Pressburger Friedens. Regensburg, 15. Februar 1806.
(Martens, S. IV. 221 — Neumann, II. 193.)

II. Auflösung des deutschen Reiches (1806—1815).

1806. Tractat zwischen Napoleon I., Kaiser der Franzosen, Könige von Italien, einerseits, und den Königen von Baiern und Württemberg, dem Churfürsten von Baden, dem Herzog von Berg und Cleve, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, den Fürsten von

*) Die auf den vorhergegangenen Krieg bezüglichen Staatsschriften, dann die Waffenstillstände s. bei Frankreich.

Salm-Salm und Salm-Kyrburg, dem Fürsten von Ysenburg-Birstein, dem Herzog von Arenberg, dem Fürsten von Liechtenstein und dem Grafen von der Leyen, andererseits, — wegen Errichtung des Rheinbundes. Paris, 12. Juli 1806; französische Ratification: St. Cloud, 19. Juni 1806.

(Meyer, I. 109 — Martens, S. IV. 313 — Neumann, II. 202.)

1806. Accession des Erzherzogs von Oesterreich, Grossherzogs von Würzburg, zur Rheinbund-Acte. Paris, 25. September 1806 *).

(Meyer, I. 123.)

1806. Erklärung des französischen Geschäftsträgers an den Reichstag zu Regensburg, über die Errichtung des Rheinbundes. Regensburg, 1. August 1806.

(Meyer, I. 101 — Neumann, II. 213.)

1806. Lossagungs-Urkunde mehrerer Reichsstände vom deutschen Reichsverbande. Regensburg, 1. August 1806.

(Meyer, I. 104 — Martens, S. IV. 313 bis 366 — Neumann, II. 215.)

1806. Patent Sr. Majestät des Kaisers Franz II., über die Niederlegung der deutschen Kaiserwürde und die Aufhebung des Verbandes zwischen den k. k. deutsch-erbländischen Provinzen und dem römisch-deutschen Reiche, in Folge der Errichtung des Rheinbundes. Wien, 6. August 1806.

(Meyer, I. 107 — Hofdecret vom 21. August 1806: P. G. S. Bd. 27, S. 1 — Martens, S. IV. 332 — Neumann, II. 228.)

1806. Kaiserlich-österreichisches Patent wegen Fürsorge für das zum Reichshofrath gehörige Personal. Wien, 6. August 1806.

(P. G. S. Bd. 27, S. 8.)

1806. Titulatur und Wappen Sr. österreichisch-kaiserlichen und königlich-apostolischen Majestät, nach den durch den Pressburger Frieden herbeigeführten Veränderungen und der allerhöchsten Pragmatical - Verordnung vom 6. August 1806.

(P.G. S. Bd. 27, S. 10 – Neumann, II. 130.)

1806. Titulatur der durchlauchtigsten Herren Brüder und Frauen Schwestern Sr. Majestät.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1806: P. G. S. Bd. 27, S. 207 — Neumann, II. 132.)

1806. Bedingungen der Uebergabe der neuen Besitzungen des Rheinbundes durch die Commissäre des Kaisers der Franzosen, Protectors des Rheinbundes.

(Meyer, I. 119 — Winkopp, die Rheinische Conföderations-Acte, S. 114.)

*) Die Accessionen der übrigen Rheinbundesglieder sehe man bei den bezüglichen Ländern, nämlich: Anhalt, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Cassel (Königreich Westphalen), Lippe, Liechtenstein, Mecklenburg, Oldenburg, Reuss, Sachsen, Schaumburg und Waldeck.

1806. Preussisches Project zur Errichtung eines norddeutschen Bundes, als Gegengewicht zum Rheinbunde . . . 21. August 1806.

(Murhard, n. S. I. 318.)

1806. Schreiben des Kaisers Napoleon an den Fürsten Primas über die Souveränität der Mitglieder des Rheinbundes. Saint-Cloud, 11. September 1806.

(Meyer, I. 121 — de Clercq, II. 187.)

1807. Kaiserlich-österreichisches Patent wegen Einsetzung einer Hof-Commission in Wien, zur Obsorge über die in der reichs-hofräthlichen Judicial-Registratur und in den Reichslehen- und Gratial-Registraturen aufbewahrt gewesenen Acten, sowie die beim kaiserlichen Reichshofrathe hinterlegt gewesenen Revisions-Sporteln und anderweiten Depositen. Wien, 4. Februar 1807.

(Besonders gedruckt.)

1807. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen, Könige von Italien, und dem Könige von Preussen (ein gleicher Tractat zwischen Frankreich und Russland). Tilsit, 9. Juli 1807.

(Martens, S. IV. 444 — Meyer, I. 132.)

1807. Die dem Königreiche Westphalen ertheilte Constitution (s. Westphalen).

1807. Beitritt des Königreiches Westphalen zum Rheinbunde.

(Meyer. I. 130 — Winkopps Zeitschrift: der rheinische Bund, 12. Hft. S. 471.)

1809. Decret des Kaisers der Franzosen, mit welchem er den deutschen Orden in den Staaten des Rheinbundes aufhebt. Regensburg, 24. April 1809.

(Meyer, I. 131 — Martens, S. V. 201.)

1807. Decret desselben, wegen Sequestrirung der Güter jener durch die Rheinbunds-Acte mediatisirten deutschen Fürsten, die in österreichische Kriegsdienste getreten sind. Regensburg, 24. April 1809.

(Martens, S. V. 202 — Neumann, II. 298.)

1809. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit Abtretung von Salzburg, Berchtesgaden und eines Theiles von Oberösterreich an den Kaiser der Franzosen zu Gunsten des Rheinbundes (Baiern). Wien, 14. October 1809; französische Ratification: Schönbrunn, 15. October 1809.

(Martens, S. V. 210 — P. G. S. Bd. 32, S. 117 — Meyer, I. 143 — Martens et Cussy, I. 344 — Neumann, II. 309.)

1809. Geheimer Artikel zu diesem Tractat.

(Neumann, II. 316.)

1810. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Frankreich, als Anhang zu dem Wiener Frieden vom 14. October 1809, wegen Aufhebung des unterm 24. April 1809 verhängten Sequesters auf die Güter vormaliger deutscher Reichsstände. Paris, 30. August 1810; französische Ratification: St. Cloud, 6. September; öster-

reichische Ratification: Eisenerz, 21. September; die Ratificationen ausgewechselt in Fontainebleau am 2. October 1810.

(Meyer, I. 149 — Martens, S. V. 277 — Neumann, II. 341.)

1811. Oesterreichische Verordnung über die Erfordernisse bei Erb-Reclamationen der Ausgewanderten aus Baiern oder den übrigen Staaten des Rheinbundes (s. Baiern).

1813. Allianz der verschiedenen deutschen Regierungen wider Napoleon (s. bei den einzelnen deutschen Staaten; dann bei Frankreich, Russland, Grossbritannien).

1813. Acten über die Central-Verwaltung der verbündeten Mächte, nämlich:

a) Convention wegen Vereinigung aller disponiblen Kräfte Deutschlands. Leipzig, 21. October 1813 (zwischen Oesterreich, Preussen, Russland, Grossbritannien und Schweden);
b) Protokoll der Commission in Frankfurt, über die Concurrenz der, der deutschen Verbindung beitretenden Staaten zur Natural-Verpflegung der grossen Armee. Frankfurt, 18. November 1813;
c) Plan zu einer unter den deutschen Fürsten zu schliessenden Vereinigung zur Herbeischaffung der Kriegskosten;
d) Festsetzung eines allgemeinen Militärsystemes in Deutschland;
e) Protokoll über die zur Regelung des Vertheidigungs-Systemes von Deutschland abgehaltene Commission. Frankfurt, 24. November 1813;
f) Zusammensetzung der Armeecorps;
g) Regulativ über die Errichtung und Unterhaltung der Lazarethe für die verbündeten Heere in den verbündeten deutschen Staaten;
h) nachträgliche Bestimmungen über die Ausführung dieses Regulativs.

(Martens, S. V. 615 bis 638 — Aretin, S. 95, 96 — Neumann, II. 415 bis 436.)

1814, 1815. Friedensschlüsse von Paris (s. Frankreich).

1814. Bestimmungen über die Organisation der Administrativ-Behörden in den von den alliirten Truppen besetzten französischen Provinzen. Basel, 12. Jänner 1814.

(Martens, I. 638 — Neumann, II. 410.)

1814. Protokoll der Bevollmächtigten der vier in Paris vereinigten alliirten Mächte wegen der vorläufigen Stellung der Truppen in Deutschland. Paris, 30. Mai 1814.

(Martens, III. 309 — Neumann, II. 476.)

1814. Uebereinkunft zwischen den österreichischen und preussischen Generalen wegen der Besetzung von Mainz. Mainz, 13. Juni 1814.

(Martens, a. a. O. — Neumann, II. 477.)

III. Deutscher Bund (1815—1848).

1815. Deutsche Bundes-Acte oder Grundvertrag des deutschen Bundes. Wien, 8. Juni 1815; österreichische Ratification: Paris, 15. Juli 1815 *) (Beilage der Wiener Congress-Acte).

(Martens, S. VI. 353 — Meyer, II. 3 — Neumann, III. 1.)

1815. Wiener Congress-Acte, gefertigt von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Spaniens, Frankreichs, Grossbritanniens, Portugals, Preussens, Russlands und Schwedens. Wien, 9. Juni 1815 **).

(Martens, S. VI. 379 — Meyer, I. 162 — Neumann, II. 673.)

Als integrirende Beilagen der Congress-Acte werden erklärt:

1. Der Tractat zwischen Oesterreich und Russland vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Polens (s. Polen);
2. der Tractat zwischen Russland und Preussen, vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Polens (s. Polen);
3. der Additional - Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Krakaus (s. Krakau);
4. der Tractat zwischen Preussen und Sachsen, vom 18. Mai 1815 (s. Sachsen);
5. die Erklärung des Königs von Sachsen in Betreff der Rechte des Hauses Schönburg, vom 18. Mai 1815 (s. Sachsen);
6. der Tractat zwischen Preussen und Hannover, vom 29. Mai 1814 (s. Preussen);
7. die Convention zwischen Preussen und dem Hause Nassau, vom 31. Mai 1815 (s. Preussen);
9. die deutsche Bundes-Acte vom 8. Juni 1815;
10. der Tractat zwischen dem König der Niederlande und Preussen, Grossbritannien, Oesterreich und Russland, über die Errichtung des Königreiches der Niederlande, vom 31. Mai 1815 (s. Niederlande).
11. die Erklärung der Mächte über die Angelegenheiten der Schweiz, vom 20. März, und die Beitritts-Acte der Tagsatzung, vom 27. Mai 1815 (s. Schweiz);

*) Hiezu als ergänzende Beilage laut Art. XIV., die königlich-baierische Declaration vom 19. März 1807 über die Rechte der Fürsten, Grafen und Herren (s. Baiern).

**) Die Verhandlungen des Wiener Congresses (1814—1815) sehe man in Klübers Acten des Wiener Congresses, dann bei Murhard, S. I. 334 bis 351 und 334 bis 443; ferner VII. 32 bis 48.

Ueber die Ratificationen und die Beitrittserklärungen zu der Congress-Acte sehe man auch Martens, S. VI. 463 bis 489; VIII. 184.

12. das Protokoll vom 29. März 1815, über die von Seite Sardiniens geleisteten Abtretungen an den Canton Genf (s. Sardinien);
13. der Tractat zwischen Sardinien, Oesterreich, England, Russland, Preussen und Frankreich, das Königreich Sardinien betreffend, vom 20. Mai 1815* (s. Sardinien);
14. der Act über die Bedingungen zur Vereinigung der genuesischen Länder mit dem Königreiche Sardinien;
15. die Erklärung der Mächte über die Abschaffung des Sclavenhandels, vom 8. Februar 1815;
(Martens, II. 432 — Neumann, II. 502.)
16. die Bestimmungen über die freie Flussschifffahrt, vom 24. März 1815;
(Martens, II. 434 — Neumann, II. 514.)
17. das Reglement über den Rang der diplomatischen Agenten, vom 19. März 1815.
(Martens, n. R. II. 438 — Neumann, II. 506.)

1815. Rechtsverwahrung der vormaligen reichsständigen Landesherren, welche deutschen Souveränen untergeordnet worden sind, wider den sie betreffenden Inhalt der deutschen Bundes-Acte, mit Beziehung auf ihren Rechts- und Besitzstand von 1805. Wien, 13. Juni 1815.
(Martens, S. IV. 463.)

1815. Protestation des Papstes und des ehemaligen Königs von Schweden gegen die Wiener Congress-Acte (s. Kirchenstaat und Schweden).

1815. Verzeichniss der zu dem deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie.
(Im Patente vom 2. März 1820, bezüglich der Freizügigkeit: P. G. S. Bd. 48, S. 61 (s. auch unten 1818).

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe über die Güter des deutschen Ordens (siehe Baden).

1815. Die heilige Allianz, geschlossen zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen. Paris, 11. September 1815 (mit dem successiven Beitritte der Mitglieder des deutschen Bundes und Sardiniens, 1816, 1817).
(Martens, S. VI. 659 — Meyer, I. 221 — Neumann, III. 40, 66.)

1815. Protokoll, betreffend die von Frankreich zu leistenden Abtretungen, die Territorial-Veränderungen in Deutschland und das Wehrsystem des deutschen Bundes. Paris, 3.—20. November 1815.
(Martens, n. R. II. 668 — Neumann, III. 50.)

1815. Protokoll vom 6.—20. November, über die Vertheilung der von Frankreich zu leistenden Entschädigungen (s. Frankreich).

1816. Schiedsrichterliche Entscheidung über die auf den Rheinschifffahrts-Octroi gelegten directen Renten. Wien, 26. März 1816.

(Meyer, I. 258.)

1817. Bundesbeschluss über die Competenz-Bestimmung der deutschen Bundesversammlung. Frankfurt, 12. Juni 1817.

(Meyer, II. 52.)

1817. Bundesbeschluss, die auswärtigen Verhältnisse des deutschen Bundes betreffend. Frankfurt, 16. Juni 1817.

(Meyer, II. 59.)

1817. Austrägal - Ordnung des deutschen Bundes. Frankfurt, 16. Juni 1817.

(Meyer, II. 64.)

1817. Beschluss des deutschen Bundes, wegen Abschaffung des Abfahrtsgeldes und der Emigrations-Taxe in allen zum deutschen Bunde gehörigen Ländern. Frankfurt, 23. Juni 1817 *).

(Martens, S. VII, 130 — Meyer, II. 68.)

1817. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, die Besatzung von Mainz betreffend. Carlsbad, 10. August 1817.

(Martens, VIII. 480.)

1818. Convention wegen der von Frankreich zu leistenden Entschädigung (s. Frankreich).

1818. Haupt-Resultate des Congresses von Aachen, nach den officiellen Mittheilungen an den deutschen Bund.

(Martens, S. IX. 287 — Meyer, I. 274.)

1818. Protokolls-Extract der Minister-Conferenz zu Aachen, die Rechte der Mediatisirten in Deutschland betreffend. Aachen, 7. November 1818.

(Martens, V. 287 — Neumann, III. 434.)

1818. Bundesbeschlüsse in Betreff des Cassawesens und der Gebäude des ehemaligen Reichs-Kammergerichtes zu Wetzlar. Frankfurt, 5. und 16. Februar, dann 6. August 1818.

(Meyer, II. 99, 100.)

1818. Kaiserlich-österreichische Erklärung über die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen und Theile der österreichischen Monarchie. Frankfurt, 6. April 1818.

(Meyer, II. 90 — s. oben 1815.)

1818. Königlich-preussische Erklärung über die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen der preussischen Monarchie. Frankfurt, 4. Mai 1818.

(Meyer, II. 92.)

*) Das darauf bezügliche österreichische Patent vom 2. März 1820 sehe man unten.

1818. Provisorischer Beschluss über die Matrikel des deutschen Bundes. Frankfurt, 20. August 1818 *).
(Meyer, II. 30.)

1818. Ergänzende Bestimmungen zur 17. Beilage der Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815, den Rang der Minister-Residenten betreffend. Aachen, 21. Nobember 1818.
(Martens, S. VIII. 648 — Meyer, I. 220.)

1819. Haupt-Recess der Territorial-Commission zu Frankfurt (von Seite Oesterreichs, Preussens, Grossbritanniens und Russlands) wegen Ausführung der im zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebiets-Abtretungen. Frankfurt, 20. Juli 1819 **).

Als integrirende Beilagen dieses Recesses werden erklärt:

1. Der Tractat zwischen dem König von Sardinien, der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Canton Genf. Turin, 16. März 1816;
2. der Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und dem Grossherzogthum Hessen. Frankfurt, 30. Juni 1816;
3. der Tractat zwischen Grossbritannien und dem Grossherzogthum Hessen. Frankfurt, 30. Juni 1816;
4. der Tractat zwischen Preussen und den Niederlanden. Frankfurt, 8. November 1816;
5. der Tractat zwischen Grossbritannien und den Niederlanden. Frankfurt, 16. November 1816;
6. der Tractat zwischen Oesterreich und den Niederlanden. Frankfurt, 12. März 1817;
7. der Tractat zwischen Russland und den Niederlanden. Frankfurt, 5./17. April 1817;
8. der Tractat zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland. Paris, 10. Juni 1817;
9. der Tractat zwischen Oesterreich und dem Grossherzogthum Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819;
10. der Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und dem Grossherzogthum Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819.

(Meyer, I. 299 — Martens, S. VIII. 604 — Neumann, III. 488.)

1819. Congress zu Carlsbad.
(Murhard, IV. 8, 182; n. S. III, 160 — Klübers Nachlass, herausgegeben von Welcker.)

*) Die ferneren Beschlüsse über die Matrikel und Militär-Contingente sehe man bei Meyer, II. 101, dann bei Weil, S. 80.

**) Die Protestation Baierns gegen diesen Territorial-Recess sehe man bei Baiern.

1819. Massregeln zur Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Bunde. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 124 — Weil, S. 32.)

1819. Bundesbeschluss über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Massregeln. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 138 — Weil, 39.)

1819. Provisorische Executions-Ordnung für den Bund. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 135 — Weil, 33.)

1819. Bundesbeschluss wegen Aufstellung einer Central-Behörde in Mainz, zur näheren Untersuchung der in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionären Umtriebe. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 143 — Weil, 44.)

1819. Provisorisches Pressgesetz für den deutschen Bund. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 143 — Weil, 4.1)

1820. Oesterreichisches Patent über die Freizügigkeit des Vermögens in den deutschen Bundesstaaten, in Folge Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817. Wien, 2. März 1820.

(J. G. S. 1820, 1652, S. 194 — P. G. S. Bd. 48, S. 59 — Neumann, III. 519.)

1820. Schluss-Acte der Wiener Conferenz zur Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes. Wien, 15. Mai 1820.

(Martens, S. XI, 466 — Meyer, II. 148 — Neumann, III. 523.)

1820. Aufhebung der Besteuerung des Abfahrtsgeldes in Oesterreich, in Folge des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817. Wien, 13. Juni 1820.

(J. G. S. 1820, 1665, S. 211.)

1820. Bundesbeschluss wegen Festsetzung einer definitiven Executions-Ordnung zur Vollziehung der Bundesbeschlüsse und der Erkenntnisse der Austrägal-Instanzen. Frankfurt, 3. August 1820.

(Meyer, II. 169 — Neumann, III. 539.)

1820. Bundesbeschluss, das bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen zu beobachtende Verfahren betreffend. Frankfurt, 3. August 1820.

(Martens, S. IX. 516 — Meyer, II. 163.)

1820. Bundesbeschluss wegen Erfüllung der Vorschriften der Wiener Congress-Acte über die Freiheit der Flussschifffahrt. Frankfurt, 3. August 1820.

(Meyer, II. 173.)

1820. Grundbestimmungen wegen Uebernahme der Festungen Mainz, Luxemburg und Landau von Seite des deutschen Bundes. Frankfurt, 5. October 1820 *).

(Meyer, II. 175.)

1821. Beschluss über das Reichs-Kammergerichts-Archiv in Wetzlar. Frankfurt, 25. Jänner 1821.

(Meyer, II. 194.)

1821. Organisches Gesetz, die Kriegsverfassung des deutschen Bundes betreffend. Frankfurt, (Sitzungen vom) 9. und 12. April 1821 **).

(Martens, S. IX. 666 — Meyer, II. 204 — Neumann, III. 578 — Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes, S. 1.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1821—1822. Haupt-Resultate der Congresse von Laibach und Verona, nach den officiellen Mittheilungen an den deutschen Bund.

(Meyer, I. 282—288.)

1822. Nähere Bestimmungen über die Kriegsverfassung des deutschen Bundes. Frankfurt, 11. Juli 1822 ***).

(Meyer, II. 208 — Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes, S. 6.)

1823. Bundesbeschluss, betreffend die Zusendungen und Zueignungen von Druckschriften an die deutsche Bundesversammlung. Frankfurt, 3. Juli 1823.

(Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1823: P. G. S. Bd. 51, S. 198.)

1823. Oesterreichische Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 20. September 1819; Anwendung desselben auf Lehrer und Studirende an Universitäten und Lyceen in jenen Ländern der österreichischen Monarchie, welche Theile des deutschen Bundes ausmachen. Wien, 4. November 1823.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 15. November 1823: P. G. S. Bd. 51, S. 286.)

*) Die bezüglichen Verträge bei Meyer, II. 176, 179, 190, 191; die ferneren Beschlüsse bezüglich der Bundesfestungen Mainz, Luxemburg, Landau, Ulm und Rastadt, gleichfalls bei Meyer, II. 272 — Weil, 32.

**) Man sehe auch: Denkschrift des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über die Mittel, die Ruhe im Innern Deutschlands im Falle eines Krieges mit dem Auslande aufrecht zu erhalten. Berlin, 29. Jänner 1831, nebst Entschliessung Sr. Majestät des Königs von Preussen, Berlin, 22. März 1831; bei Murhard, S. III, 539. — Ferner: die Kriegsverfassung des deutschen Bundes nach den Bundesbeschlüssen der Jahre 1821 und 1822, mit Hinzufügung der späteren Bundesbeschlüsse bis zum Juli 1853; Frankfurt, gedruckt in der Bundes-Präsidial-Druckerei, 1853.

***) Man sehe die vorige Anmerkung zu den Bundesbeschlüssen vom 9. und 12. April 1821.

1823. Erklärung der Bundesversammlung wegen allgemeiner bundesgesetzlicher Principien und staatsrechtlicher Theorien in Bundessachen. Frankfurt, 11. December 1823.

(Meyer, II. 235 — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluss wegen Censur der bei der Bundesversammlung gedruckt einzureichenden Reclamationen und Denkschriften. Frankfurt, 15. Jänner 1824.

(Meyer, II. 237 — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluss, die Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen durch die deutschen Zeitungen betreffend. Frankfurt, 5. Februar 1824.

(Meyer, II. 238 — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluss wegen der Rechte der bei dem deutschen Bunde accreditirten Gesandten. Frankfurt, 19. Februar 1824.

(Meyer, II. 240 — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluss übe. die Fortdauer der Massregeln zur Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Bunde, in Folge der Beschlüsse vom 20. September 1819; namentlich die landständischen Verfassungen, die Universitäten und die Pressgesetzgebung betreffend. Frankfurt, 16. August 1824.

(Meyer, II. 246 — Weil, 47.)

1824. Revisions-Acte wegen der Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1825. Bundesbeschluss über die Courtoisie für die mediatisirten Fürsten. Frankfurt, 18. August 1825.

(Meyer, II. 284 — Weil, 48.)

1825. Kaiserliches Cabinetsschreiben wegen Kundmachung dieses Bundesbeschlusses in Oesterreich, und Verzeichniss der mittelbar gewordenen, ehemals reichsständigen fürstlichen Häuser, welche in und ausser Oesterreich domiciliren. Wien, 9. September 1825.

(P. G. S. Bd. 53, S. 207 — s. auch Hofdecret vom 24. September 1825: J. G. S. 2133, S. 322.)

1825. Oesterreichische Verordnung, dass nach §. 18, lit. a der deutschen Bundes-Acte, Unterthanen eines fremden deutschen Bundesstaates zum Besitze eines Rustical-Gutes in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Ländern geeignet seien.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1825: P. G. S. Bd. 53, S. 80.)

1827. Bundesbeschluss zur Erläuterung des Beschlusses vom 23. Juni 1817, über die Vermögens - Freizügigkeit. Frankfurt, 2. August 1827.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827: J. G. S. 1827, 2312, S. 101 — P. G. S. Bd. 55, S. 176 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 447 und 483.)

1828. Zoll- und Handelsvertrag zwischen der königlich-preussischen und der grossherzoglich-hessischen Regierung. Berlin, 14. Februar 1828 *). (Martens, S. XI. 556.)

*) Dieser Vertrag ist deshalb für alle deutschen Länder von Wichtigkeit, weil er die Grundlage des deutschen Zollvereines bildet, welchem successive folgende Staaten beigetreten sind: (Ausser Preussen und dem Grossherzogthum Hessen) Churhessen durch Vertrag ddo. Berlin, 25. August 1831 (Martens, S. XIII. 496); Baiern und Württemberg durch Vertrag ddo. Berlin, 22. März 1833 (Martens, S. XV, 525); das Königreich Sachsen durch Vertrag ddo. Berlin, 30. März 1833 (Martens, a. a. O. 549); der thüringische Zoll- und Handelsverein, nämlich ausser Preussen und Churhessen noch Sachsen-Weimar, die sächsischen Herzogthümer, dann Schwarzburg und Reuss; alle diese durch Vertrag ddo. Berlin, 11. Mai 1833 (Martens, a. a. O. 584); Baden durch Vertrag ddo. Berlin, 12. Mai 1835 (Martens, S. XVII, 228); Nassau durch Vertrag ddo. Berlin, 10. December 1835 (Martens, a. a. O. 439); Frankfurt durch Vertrag ddo. Berlin, 2. Jänner 1836 (Martens, a. a. O. 516); Braunschweig für einige Gebietstheile durch Vertrag ddo. Hannover, 1. November 1837 (Martens, S. XVIII. 362); Luxemburg durch Vertrag ddo. Haag, 8. Februar 1842 (Murhard, III. 60); endlich ist Hannover beigetreten durch Vertrag ddo. Berlin, 7. September 1851 (Austria, 1851, 217). — S. auch Martens et Cussy, V. 224 bis 266. — Unterm 8. Mai 1841 schlossen die Zollvereins-Mitglieder zu Berlin einen neuen Vertrag ab, wornach die Fortdauer des Vereines bis zum letzten December 1853 verlängert wurde (Murhard, II. 56). — S. auch preussische Denkschrift zu den Berliner Conferenzen über die Umbildung des deutschen Zollvereines auf neuer, im preussisch-hannover'schen Zollvertrage vom 7. September 1851 vorgezeichneter Basis (Austria, 1852, 64).

Unterm 19. Februar 1853 schloss Oesterreich mit Preussen einen Handelsvertrag zur Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung ab (s. unten); demselben traten auch die in Folge eines am 4. April 1853 zu Berlin abgeschlossenen Vertrags mit Preussen zollvereinten deutschen Staaten bei, nämlich Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Churhessen, Grossherzogthum Hessen, die zum thüringschen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und die freie Stadt Frankfurt; ferner die mit Oesterreich im Zollverbande stehenden Herzogthümer Modena und Parma (s. diese einzelnen Länder). Dieser österreichisch-preussische Zoll- und Handelsvertrag soll auch auf diejenigen Staaten und einzelnen Gebietstheile Anwendung finden, welche dem Zoll- und Steuersysteme eines der an dem Vertrage selbstständig betheiligten Staaten angeschlossen sind. Diese Staaten und einzelnen Gebietstheile sind die folgenden: von Seite Oesterreichs: das Fürstenthum Liechtenstein, vermöge seines Vertrages mit Oesterreich vom 5. Juni 1852 (s. Liechtenstein); von Seite des deutschen Zollvereines: Mecklenburg-Schwerin, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 2. December 1826, in Beziehung auf seine von Preussen umschlossenen Gebietstheile Rossow, Netzeband und Schönberg; Sachsen-

1828. Hauptvertrag vom 2. Juli 1828, wegen Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt und der Fuldaer Departements-Lasten (s. Frankfurt).

Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrages mit Baiern und Württemberg vom 14. Juni 1831, in Beziehung auf das Amt Königsberg; Schwarzburg-Rudolstadt, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 25. Mai 1833, in Beziehung auf seine von Preussen umschlossenen Landestheile; Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 30. Mai 1833, in Beziehung auf die Aemter Allstedt und Oldisleben; Schwarzburg-Sondershausen, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 30. Mai 1833, in Beziehung auf die in dem preussischen Gebiete eingeschlossenen Theile des Fürstenthumes; Sachsen-Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 26. Juni 1833, in Beziehung auf das Amt Volkenrode; Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrages mit dem Grossherzogthume Hessen vom 20. Februar 1835, in Beziehung auf das Amt Homburg; Oldenburg, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 31. December 1836, in Beziehung auf das Fürstenthum Birkenfeld; Waldeck und Pyrmont, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 9. Jänner 1838, in Beziehung auf das Fürstenthum Waldeck, und vermöge seines Vertrages mit Preussen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 11. December 1841, in Beziehung auf das Fürstenthum Pyrmont; Anhalt-Cöthen und Anhalt-Dessau, vermöge ihres Vertrages mit Preussen vom 26. April 1839, betreffend die Zoll- und Verkehrsverhältnisse zwischen den beiderseitigen Ländern; Anhalt-Bernburg, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 11. Juli 1839, betreffend die Erneuerung der Verträge wegen Anschliessung der anhalt-bernburgischen Landestheile an das preussische indirecte Steuersystem; Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrages mit Preussen vom 5. December 1840, in Beziehung auf das Oberamt Meisenheim; Lippe, vermöge seines Vertrages mit Preussen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 18. October 1841, in Beziehung auf das Fürstenthum Lippe, und vermöge seines Vertrages mit Preussen von demselben Tage, in Beziehung auf die fürstlichen Gebietstheile Lipperode, Cappel und Grävenhagen; Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrages mit Baiern vom 24. Mai 1843, in Beziehung auf das Vordergericht Ostheim; Luxemburg, vermöge seines Vertrages mit Preussen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 2. April 1847, die Fortdauer des Anschlusses des Grossherzogthumes Luxemburg an das Zollsystem Preussens und der übrigen Staaten des Zollvereines betreffend; endlich Schaumburg-Lippe, vermöge seines Vertrages mit Hannover vom 25. September 1851. — Der Gebietsumfang des thüringischen Zoll- und Handelsvereines ist ersichtlich aus dem Artikel I des am 10. Mai 1833 zu Berlin zwischen Preussen, Chur-Hessen, den grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Staaten, dann den fürstlich-schwarzburgischen und den fürstlich-reussischen Regierungen abgeschlossenen Vertrages. Nach diesem wurden die königlich-preussischen Landestheile: Stadt und Landkreis Erfurt, nebst den Kreisen

1829. Bundesbeschluss über die Courtoisie für die mediatisirten Grafen. Frankfurt, 13. Februar, 12. März 1829.

(Meyer, II. 347 — Weil, 47.)

1829. Kaiserliches Cabinetsschreiben wegen Kundmachung des vorstehenden Bundesbeschlusses, nebst Verzeichniss der in Oesterreich domicilirenden ehemals reichsständischen gräflichen Häuser. Wien, 21. September 1829.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. October 1829: P. G. S. Bd. 57, II. Abth. S. 637 — Hofdecret vom 13. October 1828: J. G. S. 2433, S. 174.)

1830. Notification über die Thronbesteigung des Königs Ludwig Philipp in Frankreich (s. dieses).

1830. Bundesbeschluss über Massregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland. Frankfurt, 21. October 1830.

(Meyer, II. 361 — Weil, 48.)

Schleusingen und Ziegenrück, der churfürstlich-hessische Kreis Schmalkalden, die grossherzoglich Sachsen-Weimar- und Eisenach'schen Lande, mit Ausnahme der Aemter Allstedt und Oldisleben und des Amtes Ostheim, die herzoglich Sachsen-Meiningen'schen Lande, die herzoglich Sachsen-Altenburg'schen Lande, die herzoglich Sachsen-Coburg- und Gotha'schen Lande, mit Ausnahme der Aemter Volkenrode und Königsberg des Fürstenthumes Lichtenberg, die fürstlich Schwarzburg-Sonderhausen'schen und fürstlich Schwarzburg-Rudolstadt'schen Oberherrschaften, und die fürstlich Reuss-Schleitz-, Reuss-Greitz- und Reuss-Lobenstein- und Ebersdorf'schen Lande zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelsverbande unter dem Namen: „Zoll- und Handelsverein der thüringischen Staaten" vereiniget (R. G. B. 1853, 208, S. 1117.) Der deutsche Zollverein und ebenso der thüringische Zollverein wurden durch die Verträge vom Jahre 1865 erneuert (s. das Staatsarchiv, VII. 1704 u. ff.), und durch den Berliner Vertrag vom 8. Juli 1867 die Fortdauer des deutschen Zoll- und Handelsvereines auch gegenüber dem norddeutschen Bunde festgesetzt (s. das Staatsarchiv, XIII. 2860), mit welch' letzterem der Handels- und Zollvertrag vom 9. März 1868 zu Stande kam (s. unten).

Auch ein gemeinschaftliches Münzwesen für Deutschland wurde angebahnt, theils durch einen Vertrag zwischen den Staaten des Zollvereines, geschlossen zu Dresden am 30. Juli 1838 (Martens, S. XIX, 670), theils durch das dem obgedachten österreichisch-preussischen Handelsvertrage vom 19. Februar 1853 angehängte Münz-Cartel, worauf der Münzvertrag vom 24. Jänner 1857 zwischen Oesterreich und den deutschen Zollvereins-Staaten zu Stande kam, aus welchem Oesterreich jedoch in Folge der Ereignisse des Jahres 1866 ausgeschieden ist (s. unten 1867), mit der Absicht, sich einer allgemeinen Münzeinigung auf dem Boden der zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossenen Münz-Convention vom 25. December 1865 anzuschliessen (s. Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern 1868, und die Präliminar-Convention vom 31. Juli 1867 unter Frankreich).

1831. Cartel-Convention zwischen sämmtlichen deutschen Bundesstaaten, wegen Auslieferung der Deserteurs und Militärpflichtigen. Frankfurt, 10. Februar 1831.

(Martens, S. XIII. 205 — Oesterreichisches Patent vom 12. Mai 1831 und Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1832: M. G. S. 1831, 47, S. 50 und P. G. S. Bd. 59, S. 78 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 235.)

1831. Bundesbeschluss über die Unstatthaftigkeit von Adressen an die Bundesversammlung. Frankfurt, 27. October 1831.

(Meyer, II. 391.)

1831. Bundesbeschluss gegen den Missbrauch der Presse. Frankfurt, 10. November 1831.

(Meyer, II. 392 — Weil, 55.)

1832. Bundesbeschluss in Betreff stehender Brücken über Grenzflüsse des deutschen Bundes. Frankfurt, 27. Februar 1832.

(Meyer, II. 395.)

1832. Additional-Acte zum allgemeinen Bundes-Cartel vom 10. Februar 1831. Frankfurt, 17. Mai 1832.

Martens, S. XIV. 596 — Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1832: P. G. S. Bd. 60, S. 199 — Zeitschrift für österreichische Rechtswissenschaft 1832, Notizenblatt S. 371.)

1832. Erläuterungen des Pressgesetzes vom 20. September 1819. Frankfurt, 14. Juni und 29. November 1832.

(Meyer, II. 396.)

1832. Oeffentliches Protokoll und Bundesbeschluss über Massregeln hinsichtlich der Zeitungen, Vereine, Volksversammlungen, Volksfeste, Cocarden u. s. w., zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde. Frankfurt, 28. Juni, 5. Juli und 8. November 1832.

(Meyer, II. 397, 415 — Weil, 50, 65.

1832. Bundesbeschluss wegen Aufhebung des grossherzoglich-badischen Pressgesetzes. Frankfurt, 5. Juli 1832.

(Meyer, II. 414.)

1832. Bundesbeschluss über den Umfang der Rechte der Landstände in den Staaten des deutschen Bundes. Frankfurt, 28. Juli 1832.

(Circular der k. k. niederösterreichischen Regierung vom 24. August 1832: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 466 — P. G. S. Bd. 60, S. 250.)

1832. Bekanntmachung der von der deutschen Bundesversammlung beschlossenen Massregeln zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde (Censur, Ueberwachung der Vereine, Volks-

versammlungen und Volksfeste, Verbot des Tragens von Abzeichen und Cocarden, Massregeln bezüglich der Universitäten und öffentlichen Lehrer überhaupt, Verschärfung der polizeilichen Aufsicht und des Postwesens, Auslieferung politischer Verbrecher, Gewährung militärischer Assistenz). Wien, 8. August 1832.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 430 und 469 — P. G. S. Bd. 60, S. 213.)

1832. Bundesbeschluss gegen Petitionen und Protestationen. Frankfurt, 9. August 1832.

(Meyer, II. 418 — Weil, 67.)

1832. Bundesbeschluss wegen Verpflegung der Hilfstruppen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe in Deutschland. Frankfurt, 23. August 1832.

(Meyer, II. 419.)

1832. Bundesbeschluss wegen Benachrichtigung der Bundesversammlung von allen revolutionären Umtrieben, von deren Untersuchung und Bestrafung. Frankfurt, 23. August 1832.

(Meyer, II. 420 — Weil, 67.)

1832. Authentische Interpretation der §§. 31 und 33 der Kriegsverfassung des deutschen Bundes vom Jahre 1821. Frankfurt, 13. September 1832.

(Meyer, II. 422 — Weil, 67.)

1832. Erörterungen zwischen Oesterreich uud Preussen über die öffentliche Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen.

(Murhard, S. III. 617—641.)

1832. Bundesbeschluss zum Schutze des artistischen und literarischen Eigenthums gegen unbefugte Nachbildung und Nachdruck. Frankfurt, 6. September 1832.

(Hofdecret vom 16. November 1832: J. G. S. 1832, 2580, S. 70. — P. G. S. Bd. 60, S. 281. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 504 und 529.)

1834. Bundesbeschluss wegen Verbots sämmtlicher Verlagsartikel der Heideloff- und Campe'schen Buchhandlung in Paris. Frankfurt, 10. Juli 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 186.)

1834. Bundesbeschluss über Errichtung eines Schiedsgerichtes für Streitigkeiten zwischen Regierungen und ihren Ständen. Frankfurt, 30. October 1834.

(Martens, S. XVI. 724.)

1834. Schluss-Protokoll der Wiener Conferenzen über die Rechte der Regierungen gegenüber den Ständen, über die Presse, die Universitäten etc. Wien, 12. Juni 1834.

(Murhard, IV. 356 — Weil, S. 68 — Neumann, IV. 342.)

1834. Bundesbeschluss über die Unstatthaftigkeit der Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten des Bundes. Frankfurt, 18. September 1834.

(Weil, 85.)

1834. Bundesbeschluss wegen gegenseitiger Mittheilung der an den Universitäten vorkommenden Entlassungen und Bestrafungen. Frankfurt, 13. November 1834.

(S. unten das Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. Juli 1837.)

1835. Bundesbeschluss wegen Verbots der Zulassung der in Paris angekündigten Bibliothek der deutschen Classiker in den deutschen Bundesstaaten. Frankfurt, 13. August 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1835: P. G. S. Bd. 93, S. 349.)

1835. Bundesbeschluss wegen Verbots der Annahme der Acten in Polizei- und Criminalsachen zum Spruche von Universitäten. Frankfurt, 5. November 1835.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 23.)

1835. Bundesbeschluss gegen die literarischen Producte einer unter dem Namen des jungen Deutschlands oder der jungen Literatur sich ankündigenden Schule. Frankfurt, 10. December 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 24.)

1836. Kaiserlich-österreichisches Patent wegen Aufhebung der im Jahre 1807 für die reichshofräthlichen Acten aufgestellten Hof-Commission. Wien, 9. August 1836.

(P. G. S. Bd. 64, S. 828.)

1836. Bundesbeschluss wegen Bestrafung der Verbrecher gegen den deutschen Bund und wegen gegenseitiger Auslieferung politischer Verbrecher. Frankfurt, 18. August 1836.

(S. unten das Patent vom 24. October 1837.)

1836. Hofkanzlei-Decret über die Regulirung des kaiserlichen Titels und Wappens nach dem Regierungsantritte Sr. k. k. apostolischen Majestät, Kaiser Ferdinand I. Wien, 22. August 1836.

(P. G. S. Bd. 64, 840.)

1836. Kaiserlich-österreichische Verordnung zur Bestimmung der Rangverhältnisse unter den fürstlichen deutschen Häusern, mit Rücksicht

auf den Bundesbeschluss vom 18. August 1825 und die Anordnung Kaisers Carl VI. vom 25. März 1728. Wien, 2. September 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 867.)

1836. Oesterreichische Vorschrift über die Giltigkeit der Familienverträge der vormals reichsständigen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten. Wien, 19. September 1836.

(J. G. S. 1836, 156, S. 92.)

1837. Aufzählung der deutschen Staaten, welche in Beobachtung der Reciprocität gegen Oesterreich, die im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtensccheine stempelfrei erfolgen lassen. Note der k. k. geh. Haus-, Hof- und Staatskanzlei an die k. k. vereinigte Hofkanzlei vom 11. Aug. 1837 *).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1837. Oesterreichische Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 13. November 1834, bezüglich der Universitäten.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. Juli 1837: P. G. S. Bd. 62, S. 410.)

1837. Oesterreichisches Patent zur Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 18. August 1836, wegen der Bestrafung und Auslieferung der politischen Verbrecher. Wien, 24. October 1837.

(J. G. S. 1837, 236, S. 149. — P. G. S. Bd. 65, S. 495 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1837, Notizenblatt S. 401.)

1837. Erläuternde Verordnung hiezu. Wien, 30. October 1837.

(J. G. S. 1837, 239, S. 152.)

1837. Bundesbeschluss zum Schutze literarischer und artistischer Erzeugnisse gegen unerlaubte Nachbildung oder Nachdruck. Frankfurt, 9. November 1837.

(In Oesterreich kundgemacht durch das Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1840: J. G. S. 1840, 483, S. 540. — P. G. S. Bd. 68, S. 354 — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 41.)

1838. Allgemeine Vorschriften über die Vorrechte des in- und ausländischen Adels, insbesondere auch über die Ehrenvorzüge der mediatisirten reichsfürstlichen und reichsgräflichen Häuser in Oesterreich. Wien, 12. Juni 1838.

(J. G. S. 279, S. 240.)

1838. Münzconvention der Zollvereinsstaaten vom 30. Juli 1838 (s. unten den Münzvertrag vom 24. Jänner 1857).

*) Es sind dies: Preussen (s. dieses), Baiern (s. dieses), Königreich und Herzogthümer Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Churhessen, Braunschweig, beide Mecklenburg, Oldenburg, Nassau, Anhalt, Schwarzburg, Reuss, Hohenzollern und die freien Städte.

1838. Bundesbeschluss wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Schillers. Frankfurt, 23. November 1838.

(Hofdecret vom 20. December 1838: J. G. S. 1838. 319, S. 314 — P. G. S. Bd. 66, S. 499. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1839, Notizenblatt, S. 333.)

1839. Ausdehnung des Bundesbeschlusses wegen Auslieferung der politischen Verbrecher (vom 18. August 1836) auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie, wo das Strafgesetzbuch vom Jahre 1803 eingeführt ist. Wien, 8. März 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Marz 1839 in Folge allerhöchster Entschliessung vom 9. September 1838: P. G. S. Bd. 67, S. 42. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1839, Notizenblatt S. 482 und 533 — Hofdecret vom 25. Februar 1839: J. G. S. 1839, 346, S. 333.)

1839. Beitritt Oesterreichs und Preussens im Namen des deutschen Bundes zu den Bestimmungen über das Grossherzogthum Luxemburg in Folge der Trennung Belgiens von Holland (s. Belgien, Niederlande). London, 19. April 1839.

(Martens, XVI. 770 — Neumann, IV. 429.)

1839. Beschlüsse des deutschen Bundes über diese Angelegenheit. Frankfurt, 11. Mai und 5. August 1839.

(Martens, XX. 825, 965, 975.)

1840. Bundesbeschluss wegen Ertheilung eines zwanzigjährigen Schutzes gegen den Nachdruck für die in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung zu Stuttgart in den Jahren 1836 und 1837 erschienene zweibändige Ausgabe der Werke Goethe's. Frankfurt, 4. April 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1840, 12756 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt S. 277.)

1840. Bundesbeschluss wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Jean Paul Richters. Frankfurt, 22. October 1840.

(Hof-Decret vom 9. November 1840: J. G. S. 1840, 475, S. 536 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt S. 606.)

1840. Kaiserlich-österreichisches Patent über die Restauration des deutschen Ordens in Oesterreich (s. deutscher Orden).

1840. Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840, zur Bekanntgebung des Bundesbeschlusses vom 9. November 1837 wider den Nachdruck (s. oben).

1840. Bundesbeschluss zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Missbräuche unter den Handwerksgesellen. Frankfurt, 3. December 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Jänner 1841, Z. 242: J. G. S. 1841, 492, S. 550 — P. G. S. Bd. 69, S. 5. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 45.)

1841. Bundesbeschluss wegen Ausdehnung des Privilegiums vom J. 1840, für die Werke Goethe's, auf die neue Cotta'sche Ausgabe derselben. Frankfurt, 11. Februar 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1841, Z. 8274 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 331.)

1841. Bundesbeschluss wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Wieland's. Frankfurt, 11. Februar 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1841, Z. 8275 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 331.)

1841. Bestimmung, dass dem Haupte der jüngeren (Brucker) Linie der gräflichen Familie Harrach der Titel „Erlaucht" gebühre. Wien, 23. Februar 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1841: P. G. S. Bd. 69, S. 69 — J. G. S. 511, S. 562.)

1841. Bundesbeschluss wegen Verlängerung der Beschlüsse der Wiener Conferenz von 1834, über die Presse, die Universitäten etc. Frankfurt, 29. Juli 1841.

(Weil, 87.)

1841. Bundesbeschluss wegen Sicherstellung der musikalischen und dramatischen Werke gegen unbefugte Aufführung. Frankfurt, 22. April 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841: J. G. S. 1841, 537, S. 580 — P. G. S. Bd. 69, S. 182. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 331.)

1842. Mittheilung des am 13. Juli 1841 in London abgeschlossenen Tractats in Betreff der orientalischen Angelegenheiten (s. Türkei) von Seite Oesterreichs und Preussens an die deutsche Bundesversammlung. Frankfurt, 15. Jänner 1842.

(Murhard, III. 29 — Neumann, IV. 491.)

1842. Bundesbeschluss wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Herders. Frankfurt, 28. Juli 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, Z. 25.914: J. G. S. 1842, 635, S. 58 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 445.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1844. Bundesbeschluss, dass den die Regierung führenden Herzogen des deutschen Bundes für ihre Person das Prädicat „Hoheit" beigelegt werden soll. Frankfurt, 16. August 1844.

(Kundgemacht für Oesterreich mit Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 25. October 1844: P. G. S. Bd. 72, S. 258.)

1845. Bestimmung, dass den Chefs der zwei Linien der fürstlichen Familie Schönburg und der fünf Linien der fürstlichen Familie Salm der Titel „Durchlaucht" gebühre. Wien, 4. Februar 1845.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 15 — J. G. S. 865, S. 251.)

1845. Bundesbeschluss zur Erweiterung der unterm 9. November 1837 festgesetzten Bestimmungen zum Schutze des schriftstellerischen und künstlerischen Eigenthums. Frankfurt, 19. Juni 1845.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. September 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 111 — J. G. S. 1845, 897, S. 272. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 410.)

1846. Bestimmungen bezüglich der Elbeschiffahrt (s. Preussen).

1846. Allerhöchste Entschliessung wegen des Verfahrens in Epavirungsfällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen. Wien, 26. September 1846 *).

(J. G. S. 1846, 985, S. 371.)

1846. Kaiserliches Patent mit dem österreichischen Gesetze zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung. (Im Art. 38 wurde derselbe Schutz den im Gebiete der deutschen Bundesstaaten erscheinenden Productionen zugesichert). Wien, 19. October 1846.

(J. G. S. 1846, 992, S. 375.)

1847. Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben mit dem Verzeichnisse der deutschen fürstlichen und gräflichen Häuser, denen das Prädicat „Durchlaucht" und „Erlaucht" gebührt, und zwar in Folge allerhöchster Entschliessung vom 1. Februar 1847, auch dann, wenn sie nicht in den österreichischen Staaten domicilirt sind. Wien, 22. Februar 1847.

(P. G. S. Bd. 75, S. 30 — J. G. S. 1038, S. 415.)

IV. Epoche der Revolution (1848—1849).

1848. Proclamation des deutschen Bundestages, zur Einheit und zum Vertrauen auffordernd. Frankfurt, 2. März 1848.

(Weil, 89.)

1848. Aufhebung der Censur in Baden und Württemberg (siehe oben 1832).

(Weil, 90 — Wiener Zeitung vom 7. März 1848.)

*) Das hier angeordnete Verfahren wurde durch eine spätere allerhöchste Entschliessung, vom 28. September 1854, für alle Epavirungsfälle, welche sich auf auswärtige Staaten beziehen, festgesetzt.

1848. Bundesbeschluss auf Aufhebung der Censur. Frankfurt, 3. März 1848.

(Weil, 90 — Wiener Zeitung vom 13. März 1848.)

1848. Oesterreichische Circularnoten wegen Beschickung eines Minister-Congresses in Dresden zur Berathung der deutschen Bundesangelegenheiten. Wien, 7. und 8. März 1848.

(Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Rechte, von Roth und Merck, I. Bd. S. 106, 108.)

1848. Bundesbeschluss, wodurch Wappen und Farben des deutschen Bundes bestimmt werden. Frankfurt, 9. März 1848.

(Weil, 91.)

1848. Bundesbeschluss wegen Einladung von Männern des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt, um der Bundesversammlung und ihren Ausschüssen, zum Behufe der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung, mit gutächtlichem Beirathe an die Hand zu gehen. Frankfurt, 10. März 1848.

(Weil, 92 — Wiener Zeitung vom 1. April 1848 — Murhard, T. 12, 510, mit den österreichischen Staatsacten dieser Epoche; dann T. 13, 165.)

1848. Note des königlich-baierischen Ministers des Aeussern an den königlich-baierischen Gesandten in Wien, mit Ablehnung des Antrages, einen Minister-Congress in Dresden zu halten (s. oben 7. und 8. März 1848).

(Roth und Merck, I. 123.)

1848. Bundesbeschluss, den Beschluss vom 10. März zu sistiren, in Folge des von Oesterreich und Preussen beantragten Dresdener Congresses. Frankfurt, 13. März 1848.

(Roth und Merck, I. 123.)

1848. Königlich-preussisches Patent, wegen Einberufung des vereinigten Landtages zur Berathung über die Regeneration des deutschen Bundes. Berlin, 14. März 1848.

(Weil, 93.)

1848. Uebereinstimmendes Manifest der Regierungen von Oesterreich und Preussen über die Angelegenheiten Deutschlands, vom 15. März 1848.

(Roth und Merck, I. 140.)

1848. Bundesbeschluss wegen Einführung des Bundeswappens und der Bundesfarben in den Bundesfestungen und bei allen Bundestruppen. Frankfurt, 20. März 1848.

(Weil, 92.)

1848. Aufruf des Königs von Preussen, Friedrich Wilhelm IV., „an mein Volk und die deutsche Nation.“ Berlin, 21. März 1848.

(Weil, 94 — Wiener Zeitung vom 24. März 1848.)

1848. Depesche des österreichischen Ministers Grafen von Ficquelmont an die österreichischen Gesandtschaften in Deutschland, mit Verwahrung gegen jede einseitige Aenderung an der Grundlage des deutschen Bundes. Wien, 24. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 24. März 1848 — Roth und Merck, I. 159.)

1848. Wiederholter Beschluss der Bundesversammlung wegen Einladung von Männern des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt zur Berathung über die Revision der Bundesverfassung mit wahrhaft zeitgemässer und nationaler Grundlage. Frankfurt, 25. März 1848.

(Weil, 93 — Roth und Merck, I. 166.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung auf Einberufung und Wahl von National-Vertretern, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Frankfurt, 30. März 1848.

(Weil, 100.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen Aufhebung der seit 1819 erlassenen, sogenannten Ausnahmsgesetze. Frankfurt, 2. April 1848.

(Weil, 107.)

1848. Bekanntmachung der zu Frankfurt a. M. am 31. März und 1. bis 4. April 1848 abgehaltenen Versammlung (des sogenannten Vor-Parlamentes, ohne officiellen Charakter) zur Vorbereitung der deutschen constituirenden National-Versammlung. Frankfurt, 3. April 1848.

(Weil, 97.)

1848. Modificirung des Bundesbeschlusses vom 30. März 1848, mit Rücksicht auf die Wünsche des Vor-Parlamentes und des von demselben zurückgelassenen sogenannten Fünfziger-Ausschusses. Frankfurt, 7. April 1848.

(Weil, 101.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen Bestimmung der Paulskirche zu Frankfurt als Local für die deutsche National-Versammlung. Frankfurt, 14. April 1848.

(Weil, 109.)

1848. Erlass des k. k. österreichischen Staatsministeriums wegen Ausschreibung der Wahlen in Oesterreich zu der constituirenden National-Versammlung in Frankfurt. Wien, 15. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 16. April 1848 — Roth und Merck, I. 271.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen der Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen. Frankfurt, 18. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 18. April 1848.)

1848. Wahlausschreibung des nieder-österreichischen Regierungs-Präsidenten, wegen Beschickung der nach Frankfurt berufenen constituirenden National-Versammlung. Wien, 18. April 1848.

(Kundmachung des nieder-österreichischen Landespräsidiums: in der österreichischen Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 101 — Wiener Zeitung vom 19. April 1848.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen Aufstellung einer Bundes-Centralgewalt. Frankfurt, 18. April 1848.

(Weil, 108.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums wegen der Verspätung der Wahlen nach Frankfurt. Wien, 20. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 20. April 1848.)

1848. Programm des Wiener Central-Wahl-Comité für die Wahl zur deutschen National-Versammlung. Wien, 20. April 1848.

(Journal des österreichischen Lloyd 1848, 94 — Roth und Merck, I. 341.)

1848. Erklärung des österreichischen Ministeriums, dass sich die kaiserliche Regierung die besondere Zustimmung zu den von dem Volks-Parlamente in Frankfurt zu fassenden Beschlüssen vorbehalte. Wien, 21. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 21. April 1848 — S. die Berichtigung des Wortes „Staatenbund", welches heissen soll „Bundesstaat", in der Wiener Zeitung vom 22. April 1848.)

1848. Erlass des Oberst-Burggrafen Grafen Stadion an den böhmischen National-Ausschuss, wegen Beschickung der deutschen National-Versammlung in Frankfurt. Prag, 22. April 1848.

(Constitutionelles Blatt aus Böhmen vom 24. April 1848 — Roth und Merck, I. 337.)

1848. Zuschrift des mit Zustimmung des kaiserlichen Ministeriums des Innern gebildeten Wiener Central-Wahl-Comité an das böhmische National-Comité, über die Wahlen zur deutschen National-Versammlung. Wien, 24. April 1848.

(Constitutionelles Blatt aus Böhmen, vom 24. April 1848 — Roth und Merck, I. 339.)

1848. Promemoria des böhmischen National-Comité an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, über die Wahlen zur deutschen National-Versammlung. Prag, 24. April 1848.

(Constitutionelles Blatt aus Böhmen vom 24. April 1848 — Roth und Merck, I. 343.)

1848. Kaiserliches Patent mit der Verfassungsurkunde für das Kaiserthum Oesterreich. Wien, 25. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 25. April 1848 — P. G. S. Bd. 76, S. 145 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 111.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen Einberufung der deutschen National-Versammlung auf den 18. Mai 1848. Frankfurt, 26. April 1848.

(Weil, 109.)

1848. Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes, wie er der deutschen Bundesversammlung als Gutachten der siebzehn Männer des öffentlichen Vertrauens am 26. April 1848 überreicht wurde, nebst einem Vorworte von Dahlmann *).

(Weil, 109.)

1848. Vortrag des Berathungs-Comité der mährischen Stände über die Wahlen für die constituirende Versammlung in Frankfurt. Brünn, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. April 1848 — Roth und Merck, I. 353.

1848. Erlass des k. k. österreichischen Ministeriums an den böhmischen National-Ausschuss, über die Wahlen zur constituirenden National-Versammlung in Frankfurt. Wien, 29. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 12. Mai 1848 — Roth und Merck, I. 348.)

1848. Verwahrung der Deputation des böhmischen National-Ausschusses gegen den obigen Ministerial-Erlass vom 29. April. Wien, 1. Mai 1848.

(Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung 1848, Nr. 139 — Roth und Merck, I. 352.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums, über den Beschluss der mährischen Stände, die Wahlen nach Frankfurt betreffend. Wien, 3. Mai 1848.

(Wiener Zeitung vom 3. Mai 1848 — Roth und Merck, I. 358.)

1848. Schreiben des österreichischen Ministers des Innern an die Präsidien der Länderstellen der zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen, dass den kaiserlichen Staatsbeamten, welche zur Beschickung der constituirenden National-Versammlung in Frankfurt gewählt werden, der Urlaub nicht zu verweigern sei. Wien, 8. Mai 1848.

(Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 123.)

1848. Kaiserlich-österreichisches Patent mit der provisorischen Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag. Wien, 9. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 166.)

*) Dieser Entwurf führte zu keinem praktischen Ergebnisse.

1848. Schreiben der deutschen Bundesversammlung an die seit 18. Mai 1848 als deutsches Parlament constituirte deutsche National-Versammlung.

(Weil, 117.)

1848. Kaiserlich-österreichische Proclamation wegen Erklärung des ersten österreichischen Reichstages als einen constituirenden nur mit einer Kammer, und Abänderung der früheren Wahlordnung vom 9. Mai 1848. Wien, 16. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 188.)

1848. Beschluss der deutschen National-Versammlung, dass alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, die mit dem allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, als ungiltig zu betrachten sind. Frankfurt, 27. Mai 1848.

(Roth und Merck, I. 529.)

1848. Erlass des österreichischen Ministers des Innern mit den von Sr. k. k. Majestät angeordneten Aenderungen der provisorischen Wahlordnung zum constituirenden österreichischen Reichstage. Wien, 30. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 226.)

1848. Ernennung Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann als Stellvertreter Sr. Majestät bei Eröffnung des Reichstages in Wien. Innsbruck, 16. Juni 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 252.)

1848. Beschluss der deutschen Bundesversammlung wegen Anbietung von deutschen Hilfstruppen an die kaiserlich-österreichische Regierung, zur Unterdrückung der Unruhen in Böhmen. Frankfurt, 20. Juni 1848.

(Roth und Merck, I. 540.)

1848. Ablehnung dieser Hilfe von Seite der österreichischen Regierung. Wien, 24. Juni 1848.

(Erlass des Prager Landes-Präsidiums vom 27. Juni 1848: Wiener Zeitung vom 6. Juli 1848 — Roth und Merck, I. 542.)

1848. Gesetz der deutschen National-Versammlung über Einführung einer provisorischen Centralgewalt. Frankfurt, 28. Juni 1848.

(Weil, 117.)

1848. Schreiben der deutschen Bundesversammlung an den von der National-Versammlung in ihrer Sitzung vom 29. Juni zum deutschen Reichsverweser gewählten Erzherzog Johann. Frankfurt, 29. Juni 1848.

(Weil, 119 — Wiener Zeitung vom 3. Juli 1848.)

1848. Annahme der Wahl zum deutschen Reichsverweser von Seite des Erzherzogs Johann. Wien, 6. Juli 1848.

(Weil, 119 — Wiener Zeitung vom 7. Juli 1848.)

1848. Auflösung der deutschen Bundesversammlung in Folge des Amtsantrittes des Reichsverwesers, und Uebertragung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen an den letzteren. Frankfurt, 12. Juli 1848.

(Weil, 120 — Roth und Merck, I. 550; II. 1.)

1848. Schreiben des königlich-sardinischen Contre-Admirals Albini an den küstenländischen Gouverneur, Grafen Salm, die Blockade der zum deutschen Bunde gehörigen Stadt Triest betreffend.

(Wiener Zeitung vom 12. Juli 1848.)

1848. Kaiserlich-österreichisches Patent zur Berufung des österreichischen constituirenden Reichstages nach Kremsier. Olmütz, 22. October 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 322.)

1848. Vertagung der Eröffnung des Reichstages in der Stadt Kremsier vom 15. auf den 22. November 1848. Olmütz, 10. November 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 330.)

1848. Petition des verstärkten landständischen Ausschusses in Krain, die Stellung Krains zu Deutschland betreffend. Laibach, 13. November 1848.

(Roth und Merck, II. 62.)

1848. Programm des österreichischen Ministeriums, mit Ablehnung jedes beirrenden Einflusses von Aussen auf die unabhängige Stellung der österreichischen Verhältnisse. Kremsier, 27. November 1848.

(Weil, 123 — P. G. S. Bd. 76, S. 339.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums an das deutsche Reichsministerium, dass Oesterreich seine Stelle als deutsche Bundesmacht nicht aufzugeben gedenke. Kremsier, 28. November 1848.

(Weil, 123 — Roth und Merck, II. 72.)

1848. Adresse des provisorischen Landtags - Ausschusses von Kärnthen an die National-Versammlung zu Frankfurt, über das Verhältniss Oesterreichs zu Deutschland. Klagenfurt, 6. December 1848.

(Roth und Merck, II. 65.)

1848. Note des k. k. österreichischen Ministers der Justiz, Dr. Bach, als Erwiederung an das Reichsministerium der Justiz, die Rechtsverbindlichkeit der Reichsgesetze für Oesterreich betreffend, aus Anlass der Verhaftung der deutschen Deputirten Blum und Fröbel. Kremsier, 16. December 1848.

(Roth und Merck, II. 43.)

1848. Erlass des k. k. österreichischen Ministeriums des Innern an die Länder-Chefs der deutsch-österreichischen Provinzen, womit jeder Schriftenwechsel der kaiserlichen Behörden mit dem Reichsministerium in Frankfurt, sowie die Publication von Beschlüssen der Frankfurter National-Versammlung und von Reichsgesetzen, ohne Genehmi-

gung des Ministeriums des Innern, untersagt wird. Wien, 11. December 1848.

(R. G. B. 1849, 19, S. 19.)

1848. Vortrag des Reichsministers von Gagern, über die österreichische Frage. Frankfurt, 18. December 1848.

(Roth und Merck, II. 74.)

1848. Von der deutschen National-Versammlung promulgirtes Gesetz, über die Grundrechte des deutschen Volkes. Frankfurt, 27. December 1848.

(Weil, 124.)

1848. Erlass des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg an den k. k. Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt in Frankfurt, Ritter von Schmerling das Programm des Reichsministers von Gagern betreffend. Wien, 28. December 1848.

(Roth und Merck, II. 77.)

1849. Erklärungen mehrerer deutschen Regierungen über ihre und Oesterreichs Stellung zu Deutschland.

(Weil, 123.)

1849. Schreiben des Reichsministers von Gagern an den Vorsitzenden des für die österreichische Frage niedergesetzten Ausschusses, in Betreff der vorstehenden Note vom 28. December 1848. Frankfurt, 5. Jänner 1849.

(Roth und Merck, II. 79.)

1849. Note des Reichsministeriums an den k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt, in Antwort auf die Note vom 28. December 1848. Frankfurt, 22. Jänner 1849.

(Roth und Merck, II. 83.)

1849. Depesche des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten an den k. k. Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt, mit Verwahrung gegen jede Unterordnung des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Central-Gewalt. Olmütz 4. Februar 1849.

(Weil, 156 — Roth und Merck, II. 262.)

1849. Note des k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt an das Reichs-Justizministerium, die Kundmachung der Reichsgesetze in Oesterreich betreffend. Frankfurt, 10. Februar 1849.

(Roth und Merck, II. 47.)

1849. Memorandum des k. k. Handelsministers, Ritters v. Bruck, über das Handelsverhältniss Oesterreichs zu Deutschland. Wien, 12. Februar 1849.

(Roth und Merck, II. 95.)

1849. Octroyirte Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich. Olmütz, 4. März 1849.

(Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, Gesetzchronik S. 19 — R. G. B. 1849, 149, S. 148.)

1849. Verfassung des deutschen Reiches, wie sie von der National-Versammlung „endgiltig“ festgesetzt und verkündet wurde. Frankfurt, 28. März 1849.

(Weil, 133 — Glaser, I. S. 1.)

1849. Depesche des Fürsten Schwarzenberg an Herrn v. Schmerling, über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Wien, 9. März 1849.

(Weil, 157 — Roth und Merck, II. 452.)

1849. Depesche desselben an denselben, wegen Beseitigung des Volkshauses. Wien, 13. März 1849.

(Weil, 157.)

1849. Circulardepesche des königlich-preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an sämmtliche königlich-preussische Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen, die Uebernahme der provisorischen Leitung der deutschen Angelegenheiten bei Austritt des Reichsverwesers betreffend. Berlin, 3. April 1849.

(Roth und Merck, II. 458.)

1849. Rescript des Fürsten Schwarzenberg an Herrn von Schmerling, gegen die Uebergriffe der deutschen National-Versammlung und mit Abberufung der österreichischen Abgeordneten. Wien, 5. April 1849.

(Weil, 157 — Roth und Merck, II. 453.)

1849. Depesche des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten an den k. k. Gesandten in Berlin, über die preussische Circularnote vom 3. April 1849, mit der Erklärung, dass Oesterreich sich der von einer anderen deutschen Regierung gehandhabten Centralgewalt nicht unterwerfen werde. Wien, 8. April 1849.

(Weil, 156 — Roth und Merck, II. 475.)

1849. Wahl des Königs von Preussen zum deutschen Kaiser, in der Sitzung der National-Versammlung vom 28. März 1849.

(Weil, 157.)

1849. Ablehnung dieser Wahl; Erklärung Preussens, Baierns und Hannovers, wegen Vereinbarung einer neuen Verfassung; Aufstand in Baden und Sachsen; Auflösung und Sprengung der deutschen National-Versammlung; im März bis Mai 1849.

(Weil, 157 bis 171 — Roth und Merck, II. 484.)

1849. Schluss-Protokoll der Verhandlungen zwischen Preussen, Baiern, Sachsen und Hannover, zur Vereinbarung einer deutschen Verfassung. Berlin, 26. Mai 1849.

(Weil, 172 — Roth und Merck, II.)

1849. Statut des Bündnisses vom 26. Mai 1849 (des sogenannten Dreikönigs-Bündnisses: Preussen, Sachsen und Hannover).

(Weil, 209.)

1849. Diessfälliger Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches, der Grundrechte und des Gesetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

(Weil, 175 bis 207.)

1849. Bestimmungen über die Errichtung eines provisorischen Schiedsgerichtes der verbündeten Staaten zu Erfurt. Berlin, 26. Mai 1849.

(Weil, 219.)

1849. Mittheilung des königlich-preussischen Ministeriums an sämmtliche deutsche Regierungen, wegen Errichtung eines deutschen provisorischen Bundesgerichtes. Berlin, 30. Mai 1849.

(Weil, 217.)

1849. Denkschrift zu dem von den königlichen Regierungen von Preussen, Sachsen und Hannover vorgelegten Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches. Berlin, 11. Juni 1849.

(Weil, 241.)

1849. Note des provisorischen österreichischen Ministers des Unterrichtes, in wie weit die an einer deutschen (nicht österreichischen) Universität ausgestellten Frequentations-Zeugnisse in Oesterreich Giltigkeit haben. Wien, 4. Juli 1849.

(R. G. B. 314, S. 513.)

1849. Uebereinkunft zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preussen, über einen den übrigen Mitgliedern des deutschen Bundes vorzulegenden Vorschlag, wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Central-Commission (das Interim). Wien, 30. September 1849; Beistimmung des bisherigen Reichsverwesers Erzherzog Johann: Frankfurt, 6. October 1849; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien: 13. October 1849.

(Weil, 147 — Samwer, XIV. 588.)

1849. Beschluss des für die gemeinsamen Angelegenheiten des Bündnisses vom 26. Mai 1849 aufgestellten Verwaltungsrathes, allgemeine Volkswahlen zum Volkshause auszuschreiben. Berlin, 19. October 1849.

(Weil, 242.)

1849. Beschluss des Verwaltungsrathes für das Bündniss vom 26. Mai 1849, die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause zur Be-

rathung einer „Verfassung für die deutsche Union“ auf den 31. Jänner 1850 nach Erfurt auszuschreiben. Berlin, 17. November 1849.

(Weil, 243.)

1849. Protestation Oesterreichs gegen die Einberufung des Erfurter Reichstages. Wien, 28. November 1849 *).

(Weil, 244.)

1849. Antwort des preussischen Cabinets hierauf. Berlin, 12. December 1849.

(Weil, 244.)

1849. Denkschrift des österreichischen Handelsministeriums über die Grundsätze der österreichischen Handels-Politik. Wien, 30. December 1849.

(Besonders gedruckt: Wien, bei Gerold, 1850.)

1850. Kaiserliches Patent, wodurch für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie eine allgemeine, mit der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Wechselordnung im Einklange stehende Wechselordnung kundgemacht und vom 1. Mai 1850 in Wirksamkeit gesetzt wird. Wien, 25. Jänner 1850.

(R. G. B. 51, S. 591.)

1850. Verordnung des k. k. Justizministeriums, womit die von Sr. Majestät sanctionirte provisorische Vorschrift über das Verfahren in Wechselsachen kundgemacht wird. Wien, 25. Jänner 1850.

(R. G. B. 52, S. 609.)

1850. Decret des Verwaltungsrathes, mit Einberufung der im Bündnisse vom 26. Mai 1849 vorgesehenen Reichsversammlung nach Erfurt, auf den 20. März 1850. Berlin, 13. Februar 1850.

(Weil, 244.)

1850. Von dem Verwaltungsrathe beschlossene Additional-Acte zu dem Entwurfe der deutschen Reichsverfassung, mit Rücksicht auf den Nichtbeitritt mehrerer deutschen Staaten. Berlin, 26. Februar 1850.

(Weil, 245.)

1850. Gegenbündniss zu dem Bündnisse vom 26. Mai 1849, geschlossen zwischen Baiern, Württemberg und Sachsen, unter Beistimmung Oesterreichs und Hannovers, gefertigt von den Bevollmächtigten Baierns, Württembergs und Sachsens (das Vierkönigs-Bündniss). München, 27. Februar 1850.

(Weil, 251.)

*) Dem Bündnisse vom 26. Mai 1849 sind niemals beigetreten: Oesterreich, Baiern, Württemberg, Hessen-Homburg, Frankfurt, Luxemburg, Limburg, Holstein und Liechtenstein. Hannover und Sachsen traten zurück, sowie die Mehrzahl der später beigetretenen Staaten (s. Weil, 242 bis 244).

1850. Collectiv-Note der Regierungen von Baiern, Württemberg und Sachsen, an die kaiserlich-österreichische und königlich-preussische Regierung über das vorstehende Bündniss. Berlin, 13. März 1850.

(Weil, 255.)

1850. Zustimmende Antwortsnote des österreichischen Cabinets. Wien, 13. März 1850.

(Weil, 257.)

1850. Vertagung des Erfurter Parlaments. Erfurt, 29. April 1850.

(Wiener Zeitung vom 2. Mai 1850.)

V. Wiederherstellung des früheren bundesmässigen Zustandes.

1850. Note des österreichischen Cabinets an alle deutschen Cabinete, mit der Einladung, Regierungs-Bevollmächtigte nach Frankfurt zu schicken, um über die dem neuen Central-Organ, nach Auflösung des Interims, zu gebende Form zu berathen. Wien, 14. April 1850.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1850.)

1850. Circularschreiben des österreichischen Ministeriums an sämmtliche bei den deutschen Regierungen beglaubigte kaiserlich-österreichische Gesandtschaften, denselben Gegenstand betreffend. Wien, 16. April 1850.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1850 — Wiener Zeitung vom 7. Mai 1850.)

1850. Staatsvertrag über die Grundzüge eines deutsch-österreichischen Postvereines, abgeschlossen zwischen Oesterreich und Preussen. Berlin, 6. April; kaiserliche Ratification: Wien, 22. April; königlich-preussische Ratification: Potsdam, 26. April 1850 *).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1850, Bd. 2, S. 131, 300 — R. G. B. 253, S. 1037 — Neumann, V. 161.)

1850. Vollzugsvertrag zu vorstehendem Postvereins-Vertrage, geschlossen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Postadministration. Berlin, 6. April 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1850, Bd. 2, S. 139.)

1850. Vortrag des österreichischen Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten, Freiherrn von Bruck, den deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Wien, 14. April 1850.

(Wiener Zeitung vom 28. April 1850 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1850, Bd. 2, S. 129.)

*) Die Beitrittserklärung der übrigen deutschen Länder sehe man bei den einzelnen Staaten.

1850. Antwort des preussischen Cabinets auf die österreichische Circular-Depesche vom 16. April 1850, das Bundes-Central-Organ betreffend. Berlin, 3. Mai 1850.

(Wiener Zeitung vom 17. Mai 1850.)

1850. Denkschrift des kaiserlich-österreichischen Handelsministeriums über die Grundsätze der österreichischen Handelspolitik. Wien, 30. Mai 1850.

(Besonders gedruckt: Wien, bei Gerold, 1850.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern und Sachsen, über die Bildung eines deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines. Dresden, 25. Juli 1850.

(R. G. B. 361, S. 1599 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, Bd. 3, S. 34, 81, 127, 135, 146 — Neumann, V. 196.)

1850. Erlass des k. k. Handelsministeriums, wodurch die Bestimmungen über die Benützung des Telegraphen in dem Gebiete des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines kundgemacht werden. Wien, 18. September 1850.

(R. G. B. 362, S. 1614.)

1850. Erlass des k. k. Handelsministeriums mit einer Berichtigung zum Telegraphen-Vertrage vom 25. Juli 1850. Wien, 4. October 1850.

(R. G. B. 437, S. 1911.)

1850. Erlass desselben, mit Erläuterungen zum vorgedachten Telegraphen-Vertrage. Wien, 28. October 1850.

(R. G. B. 439, S. 1912.)

1850. Uebereinkunft zwischen der Mehrheit der deutschen Regierungen wegen Einführung von Passkarten statt der gewöhnlichen Reisepässe. Dresden, 21. October 1850.

(S. den Beitritt Oesterreichs laut Ministerial-Verordnung vom 30. October 1859.)

1851. Rundschreiben der kaiserlich-österreichischen Regierung an ihre diplomatischen Agenten, bezüglich der in Wien zu eröffnenden Zoll- und Handels-Conferenzen. Wien, 25. November 1851.

(Austria, 1851, 287.)

1851. Kaiserliches Cabinetsschreiben an den Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg und den Reichsrath-Präsidenten Freiherrn von Kübeck, über die Bedeutung und den Umfang der Verantwortlichkeit der Minister, die Stellung des Reichsrathes und die einzuleitenden Berathungen zur Erwägung des Bestandes und der Möglichkeit der Vollziehung der Verfassung vom 4. März 1849. Schönbrunn, 20. August 1851.

(R. G. B. 194, 195, 196, 197, S. 555 bis 557.)

1851. Preussische Denkschrift über den Vertrag Preussens mit Hannover vom 7. September 1851, die Vereinigung des Steuervereins*) mit dem Zollverein betreffend. Berlin, September 1851.

(Austria, 1851, 226, 227.)

1851. Verhandlungen der Conferenzen in Dresden.

(Deutschlands Zoll- und Handelseinigung und Hinblick auf die österreichische Zollreform und die Dresdner Conferenzen. Regensburg, 1851 — Austria, 1851, 194 — Samwer, XV. 110.)

1851. Hannover'sche Denkschrift an den deutschen Bund, über die deutsche Flotte.

(Austria, 1851, 149.)

1851. Deutsch-österreichische Telegraphen-Conferenz zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern, Sachsen und Württemberg, und erster Nachtrags-Vertrag zum Vertrage des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines vom 25. Juli 1850. Wien, 14. October 1851; österreichische Ratification vom 24. Jänner 1852.

(Austria, 1851, 230, 249 — R. G. B. 1852, 44, S. 222 — Neumann, V. 212.)

1851. Kaiserliches Patent, wodurch vom 1. Februar 1852 angefangen, ein neuer Zolltarif für die Ein-, Aus- und Durchfuhr in Oesterreich eingeführt wird. Wien, 6. November 1851.

(R. G. B. 244, S. 633.)

1851. Revidirter deutsch-österreichischer Postvereins-Vertrag zur Vervollständigung des Vertrages vom 6. April 1850. Berlin, 5. December 1851; österreichische Ratification: Wien, 17. März 1852**).

(R. G. B. 1852, 134, S. 645 — Neumann, V. 474.)

1851. Kaiserliches Patent, womit die österreichische Verfassungsurkunde vom 4. März 1849 ausser Kraft gesetzt wird. Wien, 31. December 1851.

(R. G. B. 1852, 2, S. 25.)

1852. Erlass des k. k. Ministeriums des Handels, mit Kundmachung des Telegraphen-Nachtragsvertrages vom 14. October 1851. Wien, 8. Februar 1852.

(R. G. B. 44, S. 222 — Neumann, V. 212.)

*) Begründet durch die Verträge Hannovers mit Braunschweig vom 1. Mai 1834, und Hannovers und Braunschweigs mit Oldenburg vom 7. Mai 1836 (s. auch die Anmerkung oben, S. 87).

**) Geschlossen zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Holstein, Luxemburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der (seitdem aufgelösten — s. bei Bremen —) Thurn- und Taxis'schen Post-Administration. Den successiven Anschluss der Schweiz, Dänemarks u. s. w. sehe man bei den bezüglichen Staaten.

1852. Oesterreichische Denkschrift über die deutsche Flotte.

(Allgemeine Zeitung vom 2. und 3. März 1852, 62, 63.)

1852. Wiener Zoll-Conferenzen: Entwurf des Handels- und Zollvertrages zwischen Oesterreich und den in diesen Zollverband aufgenommenen Staaten einer-, und Preussen sammt den mit ihm zollvereinten Staaten andererseits; Entwurf des diessfälligen Zolleinigungs-Vertrages; dann des Münz- und des Zoll-Cartels zu diesem Handels- und Zollvertrage.

(Austria, 1852, 61, 66, 67, 69 — 45 bis 47.)

1852. Preussische Denkschrift zu den Berliner Conferenzen, über die Umbildung des deutschen Zollvereines auf neuer, im preussisch-hannover'schen Zollvertrage vom 7. September 1851 vorgeschriebenen Basis.

(Austria, 1852, 64.)

1852. Revidirtes österreichisches Strafgesetzbuch über Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen. (Art. 38, 58 und 66 behandeln auch die politischen Verbrechen gegen den deutschen Bund.)

(Kaiserliches Patent vom 27. Mai 1852: R. G. B. 117, S. 493.)

1852. Beschluss des deutschen Bundes, den militärischen Gerichtsstand in Strafsachen bei Bundestruppen, welche in Friedenszeiten zu Bundeszwecken zusammengezogen werden, betreffend. Frankfurt, 24. Juni 1852.

(Kaiserliche Entschliessung vom 22. October 1852, und Erlass vom 15. November 1852, wegen Kundmachung dieses Beschlusses für Oesterreich: R. G. B. 232, S. 1014 — Neumann, V. 740.)

1852. Eröffnung neuer Conferenzen über den deutschen Zoll- und Handelsverein, mit Vertretern Oesterreichs, Baierns, Sachsens, Württembergs, Badens, Churhessens, Grossherzogthums Hessen und Nassau's. Wien, 30. October 1852.

(Wiener Zeitung vom 2. November 1852, 262.)

1853. Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Preussen, zur Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung. Berlin, 19. Februar 1853; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 4. April 1853 *).

(R. G. B. 207, S. 1085 — Neumann, VI. 2.)

*) Beilagen dieses Vertrages: I. Verzeichniss derjenigen Gegenstände, welche im Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Preussen eingangszollfrei oder zu einem mässigen Zwischenzollsatze zuzulassen sind; II. Verzeichniss derjenigen Gegenstände, von welchen im Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Preussen Ausgangsabgaben erhoben werden können; III. Zoll-Cartel; IV. Münz-Cartel. (S. auch oben die Anmerkung zum preussisch-hessischen Vertrage vom 14. Februar 1828, S. 87.)

1853. Convention zwischen mehreren deutschen Regierungen, wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehöriger. Eisenach, 11. Juli 1853.

(S. unten die Verordnung vom 5. Jänner 1854.)

1853. Accessionen der Herzogthümer Modena und Parma, dann der mit Preussen zollvereinten deutschen Staaten, zu dem österreichisch-preussischen Handelsvertrage vom 19. Februar 1853; Organisation der Zollämter im Fürstenthum Liechtenstein.

(S. Modena, Parma, Preussen, Liechtenstein; dann die Anmerkung oben zu dem Handelsvertrage zwischen Preussen und dem Grossherzogthum Hessen, vom 14. Februar 1828, S. 87.)

1853. Zweiter Nachtragsvertrag zu dem Vertrage des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines vom 25. Juli 1850; geschlossen von den Abgeordneten Oesterreichs, Preussens, Baierns, Sachsens, Hannovers, Württembergs und der Niederlande. Berlin, 23. September 1853; österreichische Ratification vom 1. November 1853 *).

(R. G. B. 1854, 29, S. 129 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1854, Bd. 1, S. 29 — Neumann, V. 225.)

1853. Verordnung der k. k. Ministerien des Aeussern, der Justiz und der Finanzen, mit Festsetzung von Strafbestimmungen für Uebertretungen der Zollgesetze der Staaten des deutschen Zollvereins, in Vollziehung des österreichisch - preussischen Handelsvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 24. October 1853.

(R. G. B. 221, S. 1145.)

1853. Kundmachung des k. k. Finanzministeriums, den mit allerhöchster Entschliessung vom 5. December 1853 genehmigten neuen österreichischen Zolltarif, in Folge des österreichisch-preussischen Zollvertrages vom 19. Februar 1853, betreffend. Wien, 8. December 1853.

(R. G. B. 262, S. 1313.)

1854. Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern, über den Beitritt Oesterreichs zu der am 11. Juli 1853 zu Eisenach geschlossenen Convention zwischen den Regierungen von Preussen, Sachsen, Hannover, Churhessen, Grossherzogthum Hessen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg-Lippe, Lippe, Reuss älterer und Reuss jüngerer Linie, dann den freien Städten Frankfurt und Bremen, welchen auch die Regierungen von Württemberg, Nassau, Waldeck und

*) S. oben den ersten Nachtragsvertrag, vom 14. October 1851.

die freie Stadt Lübeck beigetreten sind *), wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehöriger. Wien, 5. Jänner 1854.

(R. G. B. 6, S. 8 – Neumann, VI. 122.)

1854. Kundmachung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend Erleichterungen des Grenzverkehrs mit leinenen Handgespinnsten längs der Zoll-Linie gegen die Staaten des deutschen Zollvereins. Wien, 13. Jänner 1854.

(R. G. B. 14, S. 15. — Neumann, VI. 44.)

1854. Kundmachung des k. k. Finanzministers, wegen probeweiser Einführung der Einrichtungen des Zollvereines bezüglich der Zollämter und der Grenzwache, im Freihafen-Gebiete von Triest und dem umliegenden Grenzbezirke. Wien, 21. Jänner 1854.

(R. G. B. 16, S. 17.)

1854. Kundmachung des k. k. Handelsministeriums, über die Vollziehung des Artikels 18 des Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853, den Gewerbsbetrieb in den Vereinsstaaten betreffend. Wien, 21. Jänner 1854.

(R. G. B. 18, S. 42.)

1854. Bundesbeschluss wegen Auslieferung gemeiner Verbrecher. Frankfurt, 26. Jänner 1854.

(S. unten den Ministerial-Erlass vom 5. April 1854.)

1854. Kundmachung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend mehrere Abänderungen des österreichischen Zolltarifs vom 5. December 1853, als Ergebniss der Verhandlungen der, nach Artikel 23 des österreichisch-preussischen Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar, in Berlin zusammengetretenen Vollzugs-Commission. Wien, 10. Februar 1854.

(R. G. B. 38, S. 199 — Neumann, VI. 45.)

1854. Erlass des k. k. Ministers des Aeussern an die k. k. levantinischen Consulate, wegen Vertretung und Unterstützung der Unterthanen der deutschen Zollvereinsstaaten, auf Grund des Artikels 20 des Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 22. März 1854.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1854. Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, zur Kundmachung des in der dritten Sitzung der deutschen Bundesversammlung (vom 26. Jänner 1854) gefassten Beschlusses wegen gegenseitiger Auslieferung gemeiner Verbrecher. Wien, 5. April 1854.

(R. G. B. 76, S. 289 — Neumann, VI. 125.)

*) Den Beitritt Baierns (1854), Badens (1854), Hessen-Homburgs (1865) und Hamburgs (1866) s. man bei diesen Staaten.

1854. Erlass des k. k. Handelsministeriums, wegen Vertretung und Unterstützung der Unterthanen der deutschen Zollvereinsstaaten durch die k. k. Consularämter ausserhalb der Levante, auf Grund des Artikels 20 des Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 7. April 1854.

(Piskur, S. 273.)

1854. Uebereinkommen in Betreff des Bodensees (s. Baden).

1854. Bundesbeschluss wegen Beitritts zu dem zwischen Oesterreich und Preussen am 20. April 1854 geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse (s. Preussen). Frankfurt, 24. Juli 1854.

(Samwer, XV. 579.)

1854. Bundesbeschluss wegen Beitritts zu dem zwischen Oesterreich und Preussen vereinbarten Zusatzartikel vom 26. November 1854 über ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniss. Frankfurt, 9. December 1854.

(Samwer, XV. 599.)

1855. Dritter Nachtragsvertrag des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines, vereinbart durch die Commissäre Oesterreichs, Preussens, Baierns, Sachsens, Hannovers, Württembergs, der Niederlande, Badens und Mecklenburg-Schwerins. München, 29. Mai 1855.

(R. G. B. 179, S. 603 — Neumann, V. 236.)

1855. Ministerial-Erlass über das zwischen Oesterreich und der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten *) geschlossene Uebereinkommen, wegen Ausdehnung der Bestimmungen des über die Auslieferung gemeiner Verbrecher gefassten Bundesbeschlusses vom 26. Jänner 1854 auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile Oesterreichs und Preussens, nebst besonderen Declarationen von Seite Bremens und Hamburgs. Wien, 9. Juli 1855.

(R. G. B. 124, S. 525 — Neumann, VI. 128.)

1855. Ministerial-Erlass über das zwischen Oesterreich und der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten geschlossene Uebereinkommen, wegen Ausdehnung des über die Auslieferung politischer Verbrecher gefassten Bundesbeschlusses vom 18. August 1836 auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs, nebst besonderen Declarationen der königlichen und der grossherzoglich-sächsischen Regierung **). Wien, 9. Juli 1855.

(R. G. B. 125, S. 526 — Neumann, VI. 129.)

*) Es fehlen Dänemark (für Holstein und Lauenburg) und die niederländische Regierung (für Luxemburg und Limburg).

**) Von diesem Uebereinkommen hat sich, ausser Dänemark (für Holstein und Lauenburg) und der niederländischen Regierung (für Luxemburg und Limburg), auch Preussen ausgeschlossen.

1855. Kundmachung des k. k. Handelsministeriums, über die Legitimationen für Fabrikanten, Gewerbetreibende und Handelsreisende, in Vollziehung des Artikels 18 des deutsch-österreichischen Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 29. November 1855.
(R. G. B. 207, S. 664.)

1855. Kaiserliche Verordnung, womit die Bestrafung der Gefälls-Uebertretungen, die von Angehörigen des österreichischen Kaiserstaates im Auslande gegen die im Inlande gesetzlich eingeführten indirecten Abgaben oder Gefälls-Einrichtungen vollbracht oder versucht werden, geregelt wird. Wien, 21. October 1855.
(R. G. B. 215, S. 689.)

1855. Verordnung der k. k. Ministerien des Aeussern, der Justiz und der Finanzen, über die Vollziehung der vorstehenden kaiserlichen Verordnung vom 21. October 1855, hinsichtlich der Bestrafung der, von Angehörigen des österreichischen Kaiserstaates in den Ländern des deutschen Zollvereines vollbrachten oder versuchten Verkürzungen des österreichischen Zollgefälles. Wien, 12. December 1855.
(R. G. B. 220, S. 693.)

1855. Erster Nachtragsvertrag zu dem revidirten deutsch-österreichischen Postvereins-Vertrage vom 5. December 1851. Wien, 3. September 1855; kaiserliche Ratificirung: Wien, 5. Jänner 1856.
(R. G. B. 1856, 77, S. 277 — Neumann, VI. 498.)

1856. Beschluss der deutschen Bundesversammlung, wegen Verlängerung der Frist zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthumes. Frankfurt, 6. November 1856 (s. Ministerialverordnung vom 27. December 1858).

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, mit Kundmachung eines von den deutschen Bundesstaaten *) getroffenen Uebereinkommens, den gegenseitigen Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden betreffend, nebst Bezeichnung der Behörden der einzelnen Staaten, mit welchen der Schriftenwechsel stattzufinden hat **). Wien, 17. Jänner 1857.
(R. G. B. 15, S. 37.)

1857. Kundmachung des k. k. Handelsministeriums, über die zur Ausstellung von Legitimationen für Fabrikanten, Gewerbetreibende und Handelsreisende berechtigten Behörden, in Vollziehung des Artikels 18

*) Es fehlen Dänemark (für Holstein und Lauenburg) und die niederländische Regierung (für Luxemburg und Limburg), ferner das Fürstenthum Liechtenstein.

**) Wegen der baierischen Behörden s. die Nachtrags-Verordnung vom 22. April 1857, bei Baiern.

des deutsch-österreichischen Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 18. Jänner 1857.

(R. G. B. 16, S. 65.)

1857. Beschluss der deutschen Bundesversammlung, den erweiterten Schutz dramatischer und musikalischer Werke gegen unbefugte Darstellung und Aufführung betreffend. Frankfurt, 12. März 1857 (s. Ministerialverordnung vom 27. December 1858).

1857. Münzvertrag zwischen Oesterreich und Liechtenstein einerseits, und den durch die allgemeine Münz-Convention vom 30. Juli 1838 unter sich verbundenen Zollvereinsstaaten andererseits. Wien, 24. Jänner 1857; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 3. und 25. Mai 1857.

(R. G. B. 101, S. 373.)

1857. Zweiter Nachtragsvertrag zum revidirten Postvereins-Vertrage vom 5. December 1851. München, 26. Februar 1857; kaiserliche Ratificirung: Wien, 20. Juli 1857.

(R. G. B. 1858, 82, S. 359.)

1857. Kaiserliches Patent, mit Bestimmungen zur Regelung des Münzwesens, aus Anlass des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857. Wien, 19. September 1857.

(R. G. B. 169, S. 484.)

1857. Revidirter deutsch-österreichischer Telegraphenvereins-Vertrag, vereinbart durch die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preussens, Baierns, Sachsens, Hannovers, Württembergs, Badens, Mecklenburg-Schwerins und der Niederlande. Stuttgart, 16. November 1857; kaiserliche Ratificirung: Wien, 28. December 1857.

(R. G. B. 1858, 43, S. 249.)

1858. Kaiserliches Patent, wodurch die Verhältnisse des Münzverkehrs und die Anwendung der neuen österreichischen Währung auf die Rechtsverhältnisse, in Verfolg des Patentes vom 19. September 1857, geregelt werden. Wien, 27. April 1858.

(R. G. B. 63, S. 293.)

1858. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit Reductionstabellen über das Verhältniss der neuen österreichischen Währung und der bisherigen Währung, in Vollziehung des kaiserlichen Patentes vom 27. April 1858. Wien, 21. Mai 1858.

(R. G. B. 81, S. 347.)

1858. Kaiserliche Verordnung, betreffend die Durchführung des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857, mit Beziehung auf die privilegirte österreichische Nationalbank. Wien, 30. August 1858.

(R. G. B. 131, S. 461.)

1858. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wodurch mehrere Artikel der Wechselordnung vom 25. Jänner 1850 ergänzt werden. Wien, 2. November 1858.

(R. G. B. 197, S. 622.)

1868. Verordnung desselben, wodurch der Artikel 29 der Wechselordnung vom 25. Jänner 1850 erläutert wird. Wien, 2. November 1858.

(R. G. B. 198, S. 623.)

1858. Verordnung desselben, wodurch die Bestimmungen des §. 18 der Verordnung vom 25. Jänner 1850 (s. oben) und des §. 17 der Verordnung vom 31. März 1850 *), in Betreff der wechselgerichtlichen Execution abgeändert werden. Wien, 2. November 1858.

(R. G. B. 199, S. 623.)

1858. Internationale Telegraphen-Convention (s. Belgien).

1858. Telegraphenvertrag mit der Schweiz (s. Schweiz).

1858. Ministerialverordnung, womit die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung vom 6. November 1856 und vom 12. März 1857, betreffend den erweiterten Schutz des literarischen und artistischen Eigenthums, für Oesterreich kundgemacht werden. Wien, 27. December 1858.

(R. G. B. 1859, 6, S. 5.)

1859. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, womit die durch kaiserliche Confirmations-Urkunde ddo. Wien, 31. März 1859, allerhöchst bestätigten fürstlich Thurn- und Taxis'schen Hausgesetze vom Jahre 1776 und 1831 kundgemacht werden. Wien, 30. Juli 1859.

(R. G. B. 145, S. 425.)

1859. Ministerialverordnung über den Beitritt Oesterreichs zu dem deutschen Passkarten-Vereine vom 21. October 1850. Wien, 30. October 1859.

(R. G. B. 199, S. 557.)

1860. Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen, Namens des deutsch-österreichischen Telegraphenvereines einerseits, und Russland andererseits (s. Russland).

1860. Postvereins-Vertrag zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Luxemburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg, dann dem Fürsten von Thurn und Taxis, durch welchen die Postvereins-Verträge vom 5. December 1851, 3. Septem-

*) Die Verordnung vom 31. März 1850 (R. G. B. 125, S. 735) betraf das Verfahren in Wechselsachen im lombardisch-venetianischen Königreiche.

ber 1855 und 26. Februar 1857 ausser Kraft gesetzt werden. Frankfurt, 18. August 1860; kaiserliche Ratificirung: Wien, 17. October 1860.

(R. G. B. 1861, 1, S. 1.)

1860. Reglement für den Postverkehr, in Gemässheit des vorstehenden Postvertrages.

(R. G. B. 1861, 1, S. 29.)

1860. Manifest des Kaisers Franz Joseph an seine Völker, nebst kaiserlichem Diplom zur Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der österreichischen Monarchie, und kaiserlichen Patenten mit Statuten der österreichischen Kronländer Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tirol. Wien, 20. October 1860.

(R. G. B. 225 bis 254, S. 367 bis 371.)

1860. Circular des k. k. österreichischen Ministers Grafen Rechberg an die österreichischen diplomatischen Missionen, über die Stellung Oesterreichs zum deutschen Bunde, in Folge der neuen Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse der österreichischen Monarchie. Wien, 21. October 1860.

(*Archives diplomatiques* 1861, I. 54.)

1861. Kaiserliches Patent mit Kundmachung einer neuen Verfassung für das Kaiserthum Oesterreich, nebst dem Grundgesetze für die Reichsvertretung, dann den Landesordnungen und Landtags-Wahlordnungen für die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Wien, 28. Februar 1861.

(R. G. B. 20, S. 69 u. ff.)

1861. Uebereinkommen der Verwaltungen des deutsch-österreichischen Telegraphenvereines, über eine Anzahl von Nachtragsbestimmungen zu dem revidirten deutsch-österreichischen Telegraphenvereins-Vertrage vom 16. November 1857. Haag, 31. August 1861.

(Kundgemacht durch Ministerial-Erlass ddo. Wien, 1. Jänner 1862: R. G. B. 3, S. 5.)

1862. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit Bekanntmachung der im Verwaltungsjahr 1861 in den kaiserlichen Münzstätten bewirkten Ausmünzungen, in Gemässheit des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857. Wien, 31. Jänner 1862.

(R. G. B. 10, S. 27.)

1862. Handelsvertrag Frankreichs mit Preussen und dem Zollvereine. Berlin, 2. August 1862 *).

(*Archives diplomatiques* 1862, IV. 308.)

*) Die Correspondenz des österreichischen Cabinetes mit Bemerkungen gegen den vorstehenden französischen Handelsvertrag, vom Standpunkte Oesterreichs als Paciscent des Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Zollverein vom 19. Februar 1853 und als Mitglied des deutschen Bundes, s. man im Staatsarchiv, VII. Band, dann in den *Archives diplomatiques* 1862, IV. 507 u. ff.; 1863, I. 101, 113.

1862. Protokoll der 32. Sitzung des deutschen Bundes über eine Reform des deutschen Bundes, mittelst der Einberufung von Delegirten der verschiedenen deutschen Kammern, zunächst zur Berathung über eine Civilprocess-Ordnung und ein gemeinsames Gesetz über das Obligationsrecht. Frankfurt, 14. August 1862.

(Das Staatsarchiv, III. 416 — *Archives diplomatiques* 1863, III. 49 u. ff.)

1862. Protokoll der 32. Sitzung, betreffend die Errichtung eines Bundesgerichtes. Frankfurt, 14. August 1862.

(Das Staatsarchiv, III. 417.)

1863. Oesterreichische Ministerialverordnung, über die Seitens der k. k. Regierung mit den Regierungen von Baden, beiden Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Churhessen, Braunschweig, den drei sächsischen Herzogthümern, Anhalt, Liechtenstein, den zwei Fürstenthümern Lippe, Reuss und Schwarzburg, Waldeck, Hessen-Homburg, Bremen, Frankfurt, Hamburg und Lübeck, getroffene Uebereinkunft, wegen gegenseitiger Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisa-Zwanges. Wien, 7. Juni 1863 *).

(R. G. B. 57, S. 277.)

1863. Zweite Nachtrags-Convention zu dem revidirten deutsch-österreichischen Telegraphenvereins-Vertrage vom 16. November 1857. Hannover, 13. Juni 1863; kaiserliche Ratification: Wien, 20. Juli 1863.

(R. G. B. 78, S. 319.)

1863. Bundesbeschluss wegen Abänderung der Artikel 8 und 10 der Bundes-Cartelconvention vom 10. Februar 1831, die Kosten für die auszuliefernden Deserteurs betreffend. Frankfurt, 2. Juli 1863.

(Kundgemacht durch österreichische Ministerialverordnung vom 25. Juli 1863: R. G. B. 68, S. 289.)

1863. Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Franz Joseph I., womit die regierenden Fürsten des deutschen Bundes und die Senate der freien Städte eingeladen werden, sich am 16. August 1863 zu einer Conferenz Behufs der Erwägung einer zeitgemässen Reform des deutschen Bundes in Frankfurt am Main zu versammeln. Wien, 31. Juli 1863.

(Wiener Zeitung vom 6. August 1863 — Augsburger allgemeine Zeitung vom 7. August 1863, 219 — Das Staatsarchiv, VIII. 1753.)

*) Die früheren (1862) desshalb mit Preussen, Sachsen, Württemberg und den Niederlanden, mit Baiern, Dänemark, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau geschlossenen Uebereinkommen sehe man bei den bezüglichen Ländern.

1863. Ablehnende Antwort Sr. Majestät des Königs von Preussen, Wilhelm III. Gastein, 4. August 1863.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 14. August 1863, 226, im Auszuge — Das Staatsarchiv, VIII. 1755.)

1863. Entwurf einer Reformacte des deutschen Bundes, von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich dem zu Frankfurt versammelten Congresse der deutschen Fürsten (mit Ausnahme Preussens) und den Bürgermeistern der freien Städte vorgelegt.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 21. August 1863; Beilage zu 233 — Das Staatsarchiv, VIII. 1760.)

1863. Collectiv-Note des deutschen Fürsten-Congresses an den König von Preussen, mit der Einladung zu dessen Beitritt. Frankfurt, 17. August 1863.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 22. August 1863, 234 — Das Staatsarchiv, VIII. 1759.)

1863. Ablehnende Antwort des Königs von Preussen. Baden-Baden, 20. August 1863.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 26. August 1863, 238 — Wiener Abendpost vom 26. August 1863, Nr. 48 — Das Staatsarchiv, VIII. 1759.)

1863. Verhandlungen des deutschen Fürstentages zu Frankfurt. Juli bis September 1863.

(*Archives diplomatiques* 1864, I. 406 u. ff. — Das Staatsarchiv, VIII. 1749 u. ff.; IX. 1844 u. ff.)

1863. Nachtrags-Convention zwischen dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine und der Schweiz (s. diese).

1864. Tractate zwischen den Staaten des deutschen Zollvereines, wegen Reconstituirung desselben (s. oben die Anmerkung S. 87.)

1864. Oesterreichisches Gesetz über die Eröffnung eines ausserordentlichen Credits an das k. k. Kriegsministerium für das Jahr 1864, als Matricular-Beitrag zur Bundes-Execution in Holstein und Lauenburg. Wien, 29. Februar 1864 *).

(R. G. B. 15, S. 124.)

1864. Actenstücke über die Abberufung der Executionstruppen des deutschen Bundes (Sachsen und Hannoveraner) aus Holstein und Lauenburg, über Antrag Oesterreichs und Preussens.

(Das Staatsarchiv, VI. — *Archives diplomatiques* 1865, I. 182 bis 208.)

1864. Abtretung Holsteins und Lauenburgs an Oesterreich und Preussen durch den Friedens-Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, vom 30. October 1864 (s. Dänemark).

*) Ueber die Veranlassung der Wirren in Dänemark s. oben S. 60 u. ff.

1865. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit dem Nachweis der vom 1. November 1863 bis Ende December 1864 und im Ganzen seit Einführung des neuen Münzsystems in den kaiserlichen Münzstätten bewirkten Ausmünzungen, kundgemacht in Ausführung des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857. Wien, 2. Mai 1865.

(R. G. B. 28, S. 51.)

1865. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereines, sammt Zolltarif und Zoll-Cartel. Berlin, 11. April 1865; kaiserliche Ratificirung: Wien, 21. Mai 1865; sämmtliche Ratificirungen zu Berlin ausgewechselt *).

(R. G. B. 32, S. 57.)

1865. Schlussprotokoll zu vorstehendem Handels- und Zollvertrage. Berlin, 11. April 1865.

(R. G. B. 32, S. 104.)

1865. Erlass des k. k. Finanzministeriums mit den Vollzugsvorschriften zu vorstehendem Handels- und Zollvertrage. Wien, 31. Mai 1865.

(R. G. B. 33, S. 114.)

1865. Verordnung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend die Einfuhr von Scheidemünze, in Hinblick auf den Zolltarif vom 11. April 1865. Wien, 12. Juni 1865.

(R. G. B. 34, S. 126.)

1865. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, betreffend das mit der königlich-preussischen und königlich-baierischen Regierung, unter Vorbehalt des Beitritts der übrigen Staaten des deutschen Zollvereines **) getroffene Uebereinkommen, über den gegenseitig zu gewährenden Schutz gegen die Verfälschung von Stämpelzeichen, Postmarken, Amtssiegeln und öffentlichen Bescheinigungen und Beglaubigungen u. s. w., sowie gegen die Verletzung zollämtlicher Waarenverschlüsse, — aus Anlass des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865. Wien, 21. Juni 1865.

(R. G. B. 37, S. 129.)

1865. Gesetz über mehrere interimistische Aenderungen des allgemeinen österreichischen Zolltarifes. Wien, 30. Juni 1865.

(R. G. B. 39, S. 133.)

*) Die seit dem Aufhören des deutschen Bundes (1866) mit Bezug auf diesen Zoll- und Handelsvertrag noch getroffenen allgemeinen Vereinbarungen oder Verfügungen s. bei Preussen.

**) Beigetreten sind noch Nassau (1865), Baden (1866), Sachsen-Altenburg, Weimar und Coburg-Gotha (1865), beide Schwarzburg (1865).

1865. Mittheilung der Repräsentanten Oesterreichs und Preussens an den deutschen Bund, über die Gasteiner Convention in Betreff der Elbeherzogthümer (s. Preussen). Frankfurt, 24. August 1865.

(*Archives diplomatiques* 1865, IV. 9.)

1865. Erneuerter deutsch - österreichischer Telegraphenvereins-Vertrag der Paciscenten des Vertrages vom 16. November 1857. Schwerin, 30. September 1865; kaiserlich-österreichische Ratificirung: Wien, 31. October 1865.

(R. G. B. 139, S. 431.)

1866. Erlass des k.k. Ministeriums des Aeussern, wegen eventueller Vertretung der Unterthanen der deutschen Zollvereins-Staaten durch die k. k. Consularämter, auf Grundlage des Artikels 20 des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865. Wien, 20. Jänner 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Erlass des österreichischen Finanzministeriums, betreffend eine nähere Bestimmung für die Erklärungen solcher Waaren, welche im Zwischenverkehr mit dem deutschen Zollvereine eine Zollbegünstigung geniessen. Wien, 27. Februar 1866.

(R. G. B. 26, S. 82.)

1866. Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, mit Vorschriften wegen Verabfolgung von Unterstützungen an die Angehörigen der deutschen Zollvereinsstaaten und des Fürstenthumes Liechtenstein. Wien, 31. März 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Beitritt Holsteins und Schleswigs zum deutschen Passkarten-Verein (s. Holstein, Schleswig).

1866. Oesterreichischer Ministerial-Erlass über eine Abänderung des Art. 18 des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857. Wien, 24. April 1866.

(R. G. B. 52, S. 133.)

1866. Erlass des k. k. Finanzministeriums, womit der Nachweis der im Jahre 1865 in den k. k. Münzstätten bewirkten Ausmünzungen veröffentlicht wird. Wien, 3. Mai 1866.

(R. G. B. 53, S. 133.)

VI. Auflösung des deutschen Bundes.

1866. Abstimmung des Bundestages über den österreichischen Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres; Annahme desselben und darauf folgende Erklärung des preussischen Bundesgesandten, dass Preussen den Bundesvertrag für gebrochen erachte und aus dem Bunde austrete. Frankfurt, 14. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2317 — Ghillany Chronik, III. 241 — Glaser, I. S. 27.)

1866. Erklärungen anderer deutscher Bundesstaaten über ihren Austritt aus dem Bund. Frankfurt, Juni, Juli, August 1868.

(Ghillany Chronik, III. 258, 281.)

1866. Beschluss der deutschen Bundesversammlung *), womit der baierische Feldmarschall Prinz Carl von Baiern zum Oberbefehlshaber der Bundestruppen im Kriege gegen Preussen ernannt wird. Frankfurt, 27. Juni 1866.

(Ghillany Chronik, III. 264.)

1866. Beschluss der deutschen Bundesversammlung, ihren Sitz nach Augsburg zu verlegen. Frankfurt, 11. Juli 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. 2458 — Ghillany Chronik, III. 292.)

1866. Friedens-Präliminarien von Nikolsburg (s. Preussen).

1866. Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Preussen, vom 23. August 1866 (s. Preussen), worin Art. IV. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes anerkennt.

1866. Letzte Sitzung des deutschen Bundestages, welcher seine Auflösung ausspricht. Augsburg, 24. August 1866.

(Ghillany Chronik, III. 358.)

1866. Verordnung des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft, wegen Einräumung der Portofreiheit für den Schriftenwechsel der zur Auseinandersetzung über das bisherige Eigenthum des deutschen Bundes in Frankfurt am Main zusammen getretenen Commission. Wien, 5. November 1866.

(R. G. B. 132, S. 379.)

1867. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, über die mit 1. März 1867 in Wirksamkeit tretende Zoll-Behandlung der aus dem freien Verkehr des Zollvereins eingehenden Waaren (s. Preussen).

1867. Erlass des k. k. Finanzministeriums mit dem Nachweis der Ausmünzungen von 1866 (s. Preussen).

1867. Austritt Oesterreichs und Liechtensteins aus dem deutschen Münzvertrage (s. Preussen).

*) Der Bund bestand noch aus Oesterreich, Baiern, Württemberg, Königreich Sachsen, Hannover, Baden, Churhessen, Grossherzogthum Hessen, Nassau, Meiningen, Liechtenstein, Reuss älterer Linie, Frankfurt.

VII. Norddeutscher Bund.

1866. Bündnissvertrag zwischen Preussen und den in den norddeutschen Bund eintretenden Staaten: Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg. Berlin, 18. August 1866.

(Glaser, I. S. 78.)

1866. Bündnissvertrag zwischen Preussen und den beiden Mecklenburg, mit dem Vorbehalt der Zustimmung der Mecklenburg'schen Landstände. Berlin, 18. August 1866.

(Glaser, I. S. 79.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Hessen, vom 3. September 1866 (s. Preussen), wornach der Grossherzog mit seinen nördlich des Mains liegenden Gebietstheilen in den norddeutschen Bund tritt.

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Reuss älterer Linie, vom 26. September 1866 (s. Preussen), worin letzteres seinen Beitritt zu dem norddeutschen Bunde erklärt.

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Sachsen-Meiningen-Hildburgshausen vom 8. October 1866 (s. Preussen), wornach dieses in den norddeutschen Bund tritt.

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Sachsen vom 21. October 1866 (s. Preussen), worin letzteres seinen Beitritt zu dem norddeutschen Bunde erklärt *).

1867. Circular des k. k. Ministeriums des Aeussern, über die Anerkennung der Flagge des norddeutschen Bundes von Seite Oesterreichs und Gleichstellung der unter derselben fahrenden Schiffe der Bundesstaaten mit den Schiffen des deutschen Zollvereines im Sinne des Artikels 20 des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 (s. Deutschland); dann mit den Schiffen des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin, im Sinne der Reciprocitäts-Erklärung vom 2. October 1846 (s. Mecklenburg) und den Schiffen der Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, im Sinne der Reciprocitäts-Erklärungen vom 25. März 1839 (s. diese Staaten). Wien, 8. November 1867.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich (auch für Liechtenstein) einerseits und dem norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg und Baden andererseits. Berlin, 23. November 1867, sammt Schlussprotokoll von gleichem Datum.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

*) Es stehen sonach ausserhalb des norddeutschen Bundes: Baiern, Württemberg, Baden und das südliche Hessen, dann Liechtenstein.

1867. Vertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde, betreffend die geschlossenen Posttransite. Berlin, 30. November 1867.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1867. Protokoll über die bewirkte Auswechslung der Ratifications-Urkunden zu dem Postvertrage vom 23. November 1867. Berlin, 27. December 1867.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1867. Verordnung der k. k. niederösterreichischen Postdirection, über die in Gemässheit des Postvertrages vom 23. November zu entrichtenden Postgebühren. Wien, 25. December 1867.

(Amtsblatt der Wiener Zeitung 1868, 5 und 6.)

1868. Beitritt des norddeutschen Bundes zu dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereins-Vertrage vom Jahre 1865 (s. oben) und zum internationalen Telegraphenvertrage (s. Frankreich).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1868. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Frankfurt.

(Freie Stadt.)

Für die Abtretung ihres Antheils an den Dörfern Soden und Sulzbach erhielt die reichsunmittelbare Stadt Frankfurt am Main (nach der goldenen Bulle die Wahlstadt des Reiches) durch den Reichs-Deputations-Recess (1803) eine äquivalente Entschädigung. Durch die Rheinbund-Acte (1806) wurde sie dem Reichs-Erzkanzler und Fürsten Primas Carl von Dalberg zu Eigenthum und Souveränität übergeben, und sohin das Frankfurter Gebiet nebst Aschaffenburg, Fulda und Hanau, in ein Grossherzogthum verwandelt (1810). Später trat die Stadt Frankfurt der grossen Allianz gegen Napoleon bei (1813), und trennte sich mit ihrem ehemaligen Gebiete von dem Grossherzogthume, von welchem Aschaffenburg an Baiern und Fulda an Chur-Hessen kam. In der Wiener Congress-Acte wurde das Verhältniss Frankfurts als selbstständiger Staat definitiv normirt (1815), und laut der deutschen Bundesacte ward es zum Sitz des deutschen Bundestages erkoren (1815). Die in Frankfurt und Sachsenhausen befindlichen

Besitzthümer des deutschen und Johanniter-Ordens sind durch die Congressacte an Oesterreich überlassen worden (1815, 1838, 1842, 1845), von dem sie späterhin an die Stadt Frankfurt und an den deutschen Orden wieder übergingen. Das erste deutsche Parlament tagte in Frankfurts Mauern (1848—1849), wurde dort von dem Interim abgelöst, worauf wieder der Bundestag in seine frühere Wirksamkeit getreten ist (Mai 1850) und in Frankfurt fortgetagt hat, bis er im Juli 1866 nach Augsburg zog. Das Gebiet der freien Stadt Frankfurt wurde als angeblich feindliches Land im Kriege des Jahres 1866 von den Preussen besetzt, durch das preussische Gesetz vom 20. September 1866 mit dem preussischen Staate vereinigt und am 3. October desselben Jahres förmlich in Besitz genommen.

Die Ausgleichung der Staatsschulden nach Auflösung des Grossherzogthums Frankfurt war durch Conventionen geregelt worden (1814, 1828). Oesterreich stipulirte mit der freien Stadt Frankfurt eine gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit (1840); sonst sind noch besondere Bestimmungen wegen der ämtlichen Correspondenz aus Oesterreich nach Frankfurt (1822), dann bezüglich der Post (1843, 1851) zu bemerken; auch ist Frankfurt den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865), der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) und dem Uebereinkommen wegen des Schriftenwechsels (1857) beigetreten.

1803. Entschädigung der Stadt Frankfurt durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1806. Rheinbund-Acte (s. Deutschland).

1810. Tractat zwischen dem Kaiser von Frankreich und dem Fürsten Primas von Deutschland, über die Errichtung des Grossherzogthums Frankfurt. Paris, 16. Februar 1810.
(Martens, V. 241.)

1814. Convention wegen Liquidirung der Staatsschulden u. s. w., welche die Grafschaft Hanau und das ehemalige Grossherzogthum Frankfurt betreffen (s. Hessen-Cassel).

1815. Beitritt des Senats der freien Stadt Frankfurt zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.
(Martens, VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Wiener Congress- und deutsche Bundesacte (s. Deutschland).

1815. Artikel über die Flussschifffahrt: XVI. Beilage der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1822. Oesterreichische Verordnung, dass die nach Frankfurt zu expedirenden ämtlichen Correspondenzen an den dortigen k. k. Minister-Residenten zu adressiren sind. Wien, 9. November 1822.

(J. G. S. 1909, 123.)

1827. Convention zwischen Oesterreich und der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausgleichung der Central-Lasten des ehemaligen Grossherzogthums Frankfurt. Frankfurt, 12. October 1827; Frankfurter Ratificirung: 28. August 1828.

(Neumann, IV. 125.)

1828. Hauptvertrag der am vormaligen Grossherzogthum Frankfurt betheiligten Regierungen (Oesterreich, Preussen, Baiern, Churhessen und freie Stadt Frankfurt) über die Ausgleichung der grossherzoglich Frankfurter Central-Fuldaer Departements-Lasten. Frankfurt, 2. Juli 1828 (ratificirt zu Wien, 18. August 1828; Berlin, 9. August 1828; München, 1. Jänner 1829; Cassel, 3. September 1828; Frankfurt, 28. August 1828).

(Martens, XII. S. 6 — Neumann, IV. 197.)

1838. Kaiserliche Verordnung über die Verhältnisse der in den Gebäuden des deutschen Ordens zu Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen. Wien, 20. November 1838.

(Hofdecret vom 26. November 1838: J. G. S. 1842, 651, S. 64.)

1840. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der freien Stadt Frankfurt, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit, auch für die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Länder. Wien, 7. Mai; Frankfurt, 27. Mai 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840: J. G. S. 454, S. 536; P. G. S. Bd. 68, S. 274 — Neumann, IV. 447.)

1842. Convention zwischen dem Bevollmächtigten Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. kön. Hoheit des durchlauchtigsten hochwürdigsten Herrn Hoch- und Deutschmeisters einerseits, und dem Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt andererseits, womit die auf dem Gebiete der letzteren befindlichen Güter des deutschen Ordens der freien Stadt Frankfurt käuflich überlassen werden. Frankfurt, 18. März 1842.

(Neumann, IV. 495.)

1842. Kaiserliche Verordnung mit Modificirung der Verordnung vom 20. November 1838, in Folge des Verkaufs des ausser dem Weichbilde der Stadt Frankfurt gelegenen Besitzthums des deutschen Ordens. Wien, 19. September 1842.

(Justiz-Hofdecret vom 25. October 1842: J. G. S. 651, S. 64.)

1843. Postconvention vom 30. Jänner 1843 (s. Bremen).

1845. Convention zwischen den Bevollmächtigten Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit des Herrn Hoch- und Deutschmeisters einerseits, und dem Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt andererseits, die Verhältnisse des Hauses des deutschen Ordens und seiner Nebengebäude nebst der Kirche in Sachsenhausen betreffend. Frankfurt, 28. September 1845.

(Gesetzsammlung der freien Stadt Frankfurt 29. November 1845 — Neumann, IV. 738.)

1851. Postvertrag vom 13. April 1851 (s. Bremen).

1853. Beitritt der freien Stadt Frankfurt zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Frankfurter Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 64.)

1865. Oesterreichisch-preussischer Handelsvertrag (s. Deutschland).

1866. Königlich-preussisches Patent wegen Besitznahme der vormaligen freien Stadt Frankfurt. Schloss Babelsberg, 3. October 1866.

(Glaser, I. S. 77.)

Frankreich.

(Kaiserthum.)

Seit Jahrhunderten führten Frankreich und Oesterreich (Bourbon und Habsburg) erbitterte, nur durch kurze Zeiträume unterbrochene Fehde. Frankreich, das mit Oesterreichs Feinden, selbst mit den Türken, gemeinschaftliche Sache machte, das im österreichischen Erbfolgekriege (nach dem Erlöschen des habsburgischen Mannsstammes) auf Baierns Seite stand, vereinigte sich zum ersten Male (1756) mit Oesterreich (Kaunitz-Choiseuil'sche Politik), und kämpfte mit ihm den siebenjährigen Krieg. Es war bei den meisten grossen Tractaten (zumal 1738 und 1748) Mitpaciscent, vermittelte in Teschen (1770) und mit den Holländern (1785). Noch inniger ward die Allianz, seit Ludwig XVI. noch als Dauphin (1770) die Erzherzogin Marie Antoinette geheirathet hatte. Die französische Revolution (1789) zerriss jedoch das Freundschaftsband und verwickelte Oesterreich in eine langwierige Folge von Kriegen mit Frankreich, welche zur Umgestaltung des ganzen europäischen Staatensystemes geführt haben.

Kaiser Leopold II. trat als deutscher Kaiser für die durch Frankreichs Uebergriffe benachtheiligten deutschen Stände im Elsass auf (1790), und vereinigte sich bald darauf mit den Hauptmächten Europa's zur Bekämpfung der Revolution (1791). Der Krieg, unter Franz II. ausbrechend (1792), ist den österreichischen Waffen theilweise günstig, doch nöthigen die fortgesetzten Siege Buonaparte's in Italien zum Frieden, der in Leoben präliminarisch und in Campo-Formio definitiv unterzeichnet wird (1797). Der hierauf eröffnete Congress in Rastadt (1797 bis 1799) führt zu keinem Resultat; die Feindseligkeiten beginnen von Neuem, um durch den Lüneviller Frieden abermals zeitweise eingestellt zu werden (1801). Die in diesem Friedensvertrage stipulirte Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich hat einen grossartigen Entschädigungsplan zur Folge, der im Reichs-Deputations-Hauptschlusse (1803) festgesetzt wird. Bald darauf nimmt der erste Consul Napoleon die Kaiserwürde an, was den Kaiser Franz II. veranlasst, die Würde eines Erbkaisers von Oesterreich anzunehmen (1804). Von Neuem bricht der Krieg mit Frankreich aus und endet nach der Schlacht von Austerlitz mit dem Pressburger Frieden (1805), worauf sechzehn Fürsten des südlichen und westlichen

Deutschlands sich von diesem Reiche trennen und als Rheinbund sich unter Napoleons Schutz stellen, der Kaiser Franz aber auf die römisch-deutsche Kaiserwürde resignirt (1806). Oesterreich will die vorige Ordnung der Dinge in Deutschland und Italien herstellen, unterliegt aber wieder, trotz des Sieges von Aspern und Esslingen, bei Wagram, und schliesst nach dem Waffenstillstande zu Znaim den Wiener Frieden (1809). Oesterreich hält nun zu Frankreich; die Erzherzogin Marie Louise wird mit Napoleon vermählt (1810) und Oesterreich tritt nebst Preussen in ein Bündniss mit Napoleon gegen Russland (1812), schliesst sich jedoch nach Napoleons Niederlage im russischen Feldzuge und den Schlachten bei Lützen und Bautzen, der russisch-preussischen Allianz wider Napoleon an (1813), welche bald zur allgemeinen grossen Allianz gegen denselben anwächst, dessen Besiegung bei Leipzig und sohin dessen Abdankung zur Folge hat (1814). Die Bourbons werden wieder in Frankreich eingesetzt, mit Ludwig XVIII. der erste Pariser Friedens-Tractat geschlossen (1814), und der Wiener Congress zur neuen Begründung des politischen Gleichgewichts-Systems in Europa eröffnet (1814), durch das Entweichen Napoleons von der Insel Elba jedoch zeitweise unterbrochen (1815). Nachdem das Schicksal des Letzteren bei Waterloo entschieden, schliessen die Verbündeten mit Ludwig XVIII. den zweiten Pariser Frieden (1815), zu dessen Durchführung, zumal wegen der militärischen Occupation Frankreichs und der von diesem zu leistenden Entschädigungen (1818, 1819, 1845), der Congress zu Aachen zusammentritt (1818 bis 1819), dem dann nach den in der pyrenäischen und italienischen Halbinsel ausgebrochenen Ereignissen die Congresse von Troppau, Laibach und Verona folgen (1820 bis 1822). Eine wesentliche Umgestaltung erleiden die Schöpfungen des Wiener Congresses durch die in Frankreich ausgebrochene Juli-Revolution (1830), durch welche die ältere französische Königslinie den Thron verliert, und Ludwig Philipp von Orleans König der Franzosen wird; dann durch die Februar-Revolution (1848), in Folge welcher das Haus Orleans abgesetzt, die Republik proclamirt und Ludwig Napoleon zu deren Präsidenten erwählt wird (10. December 1848), welcher sich dann (2. December 1851) zum Alleinherrscher von Frankreich aufschwingt, und unter dem Namen Napoleon III. die Kaiserwürde annimmt (2. December 1852). Während des orientalischen Krieges der Westmächte gegen Russland sah sich Oesterreich veranlasst, ohne seine Neutralität aufzugeben und förmlich in den Kampf einzutreten, am 2. December 1854 ein Bündniss mit den Ersteren einzugehen, und seine Streitkräfte in die Donaufürstenthümer einrücken zu lassen. Es

erscheint dann mit als Paciscent im denkwürdigen Pariser Vertrage vom 30. Mai 1856. Von seinem Kriege mit Frankreich im Jahre 1859 s. unter Italien. Frankreich erwarb in diesem Kriege durch die Präliminarien von Villafranca die Lombardie, um sie gleich darauf an das neu gegründete Königreich Italien abzutreten, worauf es als Preis der Hilfe Nizza und Savoyen erhielt. Auch die am 4. Juli 1866 von Oesterreich an Frankreich gemachte Abtretung des Venetianischen geschah in Wirklichkeit nur zu Gunsten Italiens und erhielt ihre Bestätigung zwischen letzterem und Oesterreich zu Wien am 3. October 1866.

Ausser den eben angedeuteten Vorkommnissen sind noch von eigentlich politischen Angelegenheiten, an denen Oesterreich und Frankreich gleichzeitig Theil genommen, zu nennen: Die Conferenzen wegen Belgien und Holland (1831 bis 1839); wegen der orientalischen Angelegenheiten (1841); wegen des Sclavenhandels (1842) und wegen der dänischen Frage (1852).

In administrativer und staatsrechtlicher Beziehung sind zu bemerken: die Bestimmungen über die Freizügigkeit des Vermögens (1766, 1811, 1814, 1816, 1819, 1834), über die Neutralität (1803, 1854, 1856, 1866), über die Nichtrückstellung der Ordens-Decorationen (1817, 1857), über die Auswanderer mit Rücksicht auf den ersten Pariser Frieden (1832), über die gegenseitige Bekanntgebung der Todesfälle (1836, 1863), über den Titel und Gerichtsstand des Herzogs von Reichstadt und der Mitglieder des Hauses Bourbon älterer Linie in Oesterreich (1818, 1841, 1851), über die Correspondenz der Behörden (1804, 1827, 1829, 1852, 1854, 1865), die Beweiskraft und Legalisirung der Urkunden (1805, 1814, 1837), die Aufhebung des Heimfallsrechtes (1819) und Befreiung vom Abfahrtsgelde (1834), die Verpflegung der Kranken, Irrsinnigen und Findlinge (1847, 1858, 1859, 1863), die Festsetzung eines Termines für die Befriedigung der Privatforderungen (1845), die Schifffahrts- (1832, 1841, 1866) und die Postverhältnisse (1817, 1825, 1831, 1838, 1842, 1843, 1844, 1857), den Anschluss der Telegraphen-Linien (1851, 1865, 1867), die Auslieferung der Verbrecher (1855), die Feststellung der lombardischen Grenze (1860), die Theilung des Mailänder Monte (1860), die Rechte und Befugnisse der Consuln (1854, 1866), die Abhandlung der Verlassenschaften (1866), den Schutz des geistigen Eigenthums (1866, 1867), den Handel (1866, 1867), das Münzwesen (1865, 1867).

1741. Schreiben des Königs von Frankreich, Ludwig XV., an Maria Theresia, worin er sie als Königin von Ungarn und Böhmen anerkennt. 20. Jänner 1741.

(Olenschläger, Geschichte des „interregni," T. I. p. 41.)

1741. Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich über die Ansprüche Baierns auf die Erbschaft Carls VI.

(Rousset, XVI. p. 433, 438, 454.)

1741. Allianz-Verträge zwischen Frankreich, Spanien und Baiern, wegen des österreichischen Erbfolgekrieges (s. Baiern).

1843. Erklärung Ihrer Majestät der Königin Maria Theresia über die baierisch-französischen Friedensvorschläge. . . ., 15. Mai 1743.

(Pölitz, S. 264.)

1744. Kriegserklärung des Königs von Frankreich, Ludwig XV., gegen Maria Theresia, Königin von Ungarn und Böhmen, und Gegenerklärung der Königin Maria Theresia. Versailles, 26. April; Wien, 17. Mai 1744.

(Rousset, XVIII. p. 348.)

1748. Präliminar-Tractat zwischen Frankreich, Grossbritannien und den niederländischen Generalstaaten. Aachen, 30. April 1748.

(Wenck, II. p. 310.)

1748. Protestation der Kaiserin Königin gegen den einseitigen Abschluss des Präliminar-Tractates vom 30. April 1748. Aachen, 4. Mai 1748.

(Wenck, II. 321.)

1748. Erklärung über den bedingten Beitritt der Kaiserin Königin zu den Präliminar-Artikeln. Aachen, 23. Mai 1748.

(Wenck, II. 323.)

1748. Erklärung des unbedingten Beitrittes von Seiten der Kaiserin Königin. Aachen, 25. Mai 1748.

(Wenck, II. 335.)

1748. Allgemeiner und definitiver Friedens-Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Grossbritannien einerseits, und dem König von Frankreich andererseits, wie auch zwischen dem König von Grossbritannien, der Kaiserin Königin und dem König von Sardinien einerseits, und dem König von Spanien andererseits; endlich zwischen den Generalstaaten der vereinigten Provinzen der Niederlande als Verbündeten des Königs von Grossbritannien, und dem Herzog von Modena, dann der Republik Genua als Verbündeten des Königs von

Spanien — als Schluss des österreichischen Erbfolgekrieges. Aachen, 18. October 1748 *).

(Wenck, II. 327.)

1748. Convention zwischen den zu Nizza bevollmächtigten Ministern wegen Vollzuges des Aachner Friedens. Nizza, 4. December 1748 **).

(Koch, I. 446.)

1749. Convention zwischen den Commissarien des Königs von Frankreich, der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und der niederländischen Generalstaaten, wegen Räumung der Niederlande. Brüssel, 11. Jänner 1749.

(Wenck, II. 428.)

1749. Convention zwischen den Generalen und Commissären der acht vertragschliessenden und beitretenden Mächte, wegen Uebergabe der besetzten Gebietstheile. Nizza, 21. Jänner 1749.

(Wenck, II. 430.)

1756. Neutralitäts-Vertrag zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König von Frankreich. Versailles. 1. Mai 1756.

(Wenck, III. 139.)

1756. Allianz- und Freundschafts-Tractat zwischen denselben. Versailles, 1. Mai 1756.

(Wenck, III. 141.)

1756. Fünf Separat-Artikel zwischen denselben. Versailles, 1. Mai 1756.

(Koch, II. 11 — Schöll, III. 19.)

1756. Beitritt Russlands zu vorstehendem Allianz-Tractat (siehe Russland).

1756. Convention zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Frankreich, über die Auslieferung der Deserteurs., 16. December 1756.

(Moser, Versuch etc. T. VII. p. 144.)

1767. Convention zwischen Frankreich, der Kaiserin Königin und Schweden, wegen Vollzugs der Bestimmungen des westphälischen Frie-

*) Die diessfälligen Verhandlungen und Beitrittserklärungen sehe man bei Wenck, II. 337 und 410; Martens, *guide diplomatique* II. 1208; dann *Traités de la maison de Savoye*, III. S. 33 und folgende.

**) Die weiteren Verhandlungen des Congresses zu Nizza sehe man bei Wenck, II. 423 u. f.; Martens, *guide diplomatique*, II. 1299; *Traités de la maison de Savoye*, III. S. 82 und folg.

dens, insbesondere der Freiheit der drei Religionsbekenntnisse, während des siebenjährigen Krieges. Stockholm, 21. März 1757.

(Koch, II. 83, 38.)

1757. Beitritt Russlands hiezu (s. Russland.)

1757. Zweiter Allianz- und Freundschafts-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit zehn Separat-Artikeln. Versailles, 1. Mai 1757 *).

(Koch, II. 43 — Martens, *histoire générale des traités de paix*, IV. 349.)

1757. Subsidien-Convention zwischen Frankreich, Oesterreich und Schweden wider den König von Preussen. Stockholm, 22. September 1757.

(Koch, II. 89, 94.)

1758. Tractat zwischen Frankreich und Dänemark unter Beitritt Oesterreichs (s. Dänemark).

1758. Dritter Allianz-Tractat zwischen der Kaiserin Königin und dem König von Frankreich. Versailles, 30. December 1758.

(Wenck, III. 185.)

1758. Beitritt Russlands hiezu (s. Russland).

1759. Beitritt Schwedens zu vorstehender Allianz (s. Schweden).

1760. Erklärung Oesterreichs bezüglich seines Beitritts zu dem französisch-dänischen Vertrage von 1758 (s. Dänemark).

1760. Beitritt Russlands zu dem französisch-dänischen Vertrage (s. Dänemark).

1763. Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien, wegen Durchführung mehrerer Bestimmungen des Aachner Friedens vom Jahre 1748. Paris, 10. Juni 1763.

(Koch, *tableau des Révolutions*, II. 150 — Martens, I. 80.)

1763. Erklärung Oesterreichs in Betreff der vorstehenden Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien. Paris, 10. Juni 1763.

(Martens, *guide diplomatique: Espagne et Autriche*, I. S. 424.)

1763. Beitritt Frankreichs zum Hubertsburger Frieden (siehe Preussen).

1763. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Bezahlung der Arreragen der französischen Subsidien. Fontainebleau, 11. October; ratificirt zu Versailles, 22. November 1763.

(Neumann, I. 44.)

*) Die Angabe, dass dieser Tractat nicht ratificirt wurde, ist irrig. S. Martens, S. IV. *Table (Autriche)*.

1766. Convention zwischen der Kaiserin, Königin von Böhmen und Ungarn, und dem König Ludwig XV. von Frankreich, wegen gegenseitiger Aufhebung des Heimfallsrechtes (*droit d'aubaine*). Wien, 24. Juni 1766; die Ratificationen ausgewechselt daselbst am 8. September 1766.

(Martens, III. 232 — Neumann, I. 101.)

1769. Tractat zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König Ludwig XV. von Frankreich, wegen Berichtigung der Grenzen ihrer wechselseitigen Besitzungen in den Niederlanden. Versailles, 16. Mai 1769.

(Martens, I. 265 — Neumann, I. 106.)

1774. Convention zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Frankreich Ludwig XV., die Ansprüche des letzteren auf einige Stifter im Elsass betreffend. Paris, 11. Juni 1774; französische Ratification: Marly, 20. Juni; französisches Patent hierüber: Compiègne, 29. August 1774; registrirt zu Colmar, 23. September 1774.

(Koch, II. 345 — Neumann, I. 162.)

1775. Convention zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König Ludwig XV. von Frankreich, in Betreff des wechselseitigen Genusses der Regular-Beneficien (*bénéfices réguliers*), welche von den in Frankreich und in den österreichischen Niederlanden gelegenen Abteien abhängen. Brüssel, 14. October 1775.

(Martens, I. 534 — Neumann, I. 189.)

1778. Vermittlung Russlands und Frankreichs wegen des baierischen Erbfolgekrieges in Deutschland, Friedensschluss von Teschen (siehe Russland und Baiern).

1779. Garantie Frankreichs zu dem Teschner Frieden (s. Baiern). Teschen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 26 — Neumann, I. 241, 253.)

1779. Grenz-Regulirungs-Vertrag zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König von Frankreich, als Fortsetzung des Tractates vom 16. Mai 1769. Brüssel, 18. November 1779.

(Martens, II. 56 — Neumann, I. 259.)

1785. Präliminar-Artikel und definitiver Friede zwischen dem Kaiser Joseph II. und den niederländischen Generalstaaten, unter Vermittlung des Königs von Frankreich (s. Niederlande).

1791. Circularschreiben des Kaisers Leopold II. an die vornehmsten Mächte Europa's über die Lage des Königs Ludwig XVI. von Frankreich. Padua, 6. Juli 1791.

(Pölitz, S. 299.)

1791. Correspondenz zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten von Sachsen, über den öffentlichen Zustand in Europa (s. Sachsen).

1791. Erklärung des Kaisers Leopold II. und des Königs von Preussen, über den öffentlichen Zustand in Frankreich und die zur Bekräftigung der monarchischen Regierung daselbst zu ergreifenden Zwangsmassregeln. Pilnitz, 27. August 1791.

(Martens, V. 35 bis 37 — Neumann, I. 468.)

1791. Geheimer Artikel hiezu, die Erbfolge Sachsens in Polen betreffend.

(Angeberg, 257.)

1792. Note des österreichischen Ministers Fürsten Kaunitz an den französischen Gesandten zu Wien. Wien, 18. März 1792.

(Pölitz, S. 103.)

1792. Kriegserklärung der französischen National-Versammlung an den Köuig von Ungarn und Böhmen. Paris, 20. April 1792.

(Reuss, Staatskanzlei, T. XXXVI. p. 224.)

1792. Gegenerklärung des Wiener Hofes an Frankreich. Wien, 4. Juli 1792.

(Reuss, Staatskanzlei T. XXXVI. p. 224, 227.)

1792. Kriegserklärung des deutschen Reiches (s. Deutschland).

1792. Correspondenz der Höfe von Wien, Berlin und Kopenhagen wegen der gegen die französische Revolution zu ergreifenden Massregeln (s. Preussen).

1793. Decret des französischen National-Convents mit Ungiltigkeits-Erklärung aller Staatsverträge bezüglich jener Staaten, mit denen die französische Republik Krieg führet. Paris, 1. März 1793.

(Martens, VI. 444 — *Journal des débats et décrets* 164, T. VI. p. 3. Mars 1793.)

1793. Decret des französischen National-Convents wegen Vereinigung mehrerer Theile der österreichischen Niederlande mit Frankreich (s. Niederlande).

1793. Beschlüsse des französischen National-Convents über die Vereinigung mehrerer Districte Deutschlands (der Gemeinden Biding, Enting und des deutschen Theiles von Lelling, des Fürstenthums Salm, des Gebietes von Mainz, des Bisthums Basel u. a. m.) mit Frankreich. Paris, 2., 20., 30. März 1793.

(Martens, VI. 422 bis 432.)

1793. Convention zwischen dem deutschen Kaiser und dem Könige von Grossbritannien, wegen des Krieges gegen Frankreich (s. Grossbritannien).

1793. Convention zwischen dem deutschen Kaiser und dem Landgrafen von Hessen, den Krieg gegen Frankreich betreffend (s. Hessen-Darmstadt).

1794. Tractat zwischen demselben und dem Könige von Sardinien, denselben Gegenstand betreffend (s. Sardinien).

1795. Convention zwischen den österreichischen und französischen Commissären, wegen Auswechslung der Kriegsgefangenen. Brüssel, 26. März, und Heidelberg, 7. April 1795.

(Martens, VI. 507 — Neumann, I. 522.)

1795. Decret des französischen National-Convents wegen Durchführung der im Jahre 1793 beschlossenen Einverleibung Belgiens und Lüttichs nebst Stavelot mit Frankreich (s. Niederlande).

1795. Allianzverträge zwischen dem deutschen Kaiser, Grossbritannien und Russland (s. diese).

1797. Waffenstillstand zwischen den kaiserlichen und französischen Armeen. Judenburg, 7. April 1797; Verona, 18. April 1797; Frankfurt, 24. April 1797; Heidelberg, 11. Mai 1797; Ehrenbreitstein, 25. April; Vallendar, 10. Juni 1797.

(Martens, VII. 169 bis 187.)

1797. Präliminar-Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich. Leoben, 18. April 1797.

(Martens, S. III. 126 — Martens et Cussy, II. 140 — Neumann, I. 568)

1797. Proclamation des Generals Buonaparte über die Unabhängigkeit der cisalpinischen Republik. Mailand, 29. Juni 1797.

(Martens, VII. 197.)

1797. Friedenstractat zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und der französischen Republik. Campo-Formio, 17. October 1797; ratificirt: Wien, 3. November; Paris, 3. Brumaire.

(Meyer, I. 7 — Martens, VII. 208 bis 225 — Martens et Cussy, II. 152 — Neumann, I. 576.)

1797. Geheimer Artikel zu diesem Tractat.

(Neumann, I. 590.)

1797. Convention zwischen denselben, zur Ausführung der im vorstehenden Tractat festgesetzten Bestimmungen wegen Räumung der militärisch besetzten Länder. Rastadt, 1. December 1797.

(Martens, VII. 225 — Neumann, I. 591.)

1797. Verhandlungsacten aus Anlass der Besetzung von Mainz durch die französischen Truppen. Wiesbaden, 28. December 1797.

(Martens, VII. 229 bis 237.)

1797. Acten über den zwischen dem deutschen Reich und Frankreich zu Rastadt abgehaltenen Congress, vom 9. December 1797 bis 7. April 1799.

(Protokolle der Reichsfriedens-Deputation zu Rastadt, herausgegeben vom Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Rastadt, 1799, 1800, T. I. V. 4 — Haller, geheime Geschichte der Rastädter Friedensverhandlungen, T. II. III. IV. V.)

1798. Convention wegen Uebergabe der Rheinschanze. , 26. Jänner 1798.

(Haller, geheime Geschichte etc. T. II. p. 227.)

1798. Acten über die dem französischen Gesandten Bernadotte zu Wien widerfahrene Beleidigung. April 1798.

(Haller, geheime Geschichte etc. T. V. p. 185.)

1798. Unterhandlungen zwischen den österreichischen und französischen Bevollmächtigten. Seltz, 30. Mai 1798.

(Angedeutet von Martens im *guide diplomatique*, S. 205.)

1799. Acten über die Räumung von Ehrenbreitstein. Jänner 1799.

(Haller, geheime Geschichte etc. T. II. p. 240.)

1799. Proclamation des *directoire exécutif* gegen Oesterreich vom 20. Februar (2. *Ventose, an* 7); Proclamation des Generals Jourdan bei seinem Uebertritte über den Rhein, vom 1. März; Proclamation des Erzherzogs Carl, vom 4. März 1799.

(Posselt's Annalen, 1799, St. 4, p. 59, St. 5, p. 197, 201, St. 6, p. 312 — Haller, geheime Geschichte etc. T. V. p. 85 — De Clercq, I. 375.)

1799. Capitulation der Stadt Mannheim, vom 2. März 1799.

(Haller, geheime Geschichte etc. T. II. p. 229.)

1799. Erklärung des *directoire exécutif* über den Krieg gegen Oesterreich und Toscana, vom 12. März 1799.

(Posselt's Annalen, 1799, Bd, III, p. 203 — Haller, geheime Geschichte etc. T. V. S. II. p. 89 — De Clercq, I. 375.)

1799. Erklärung des Bevollmächtigten des Kaisers, dass er vom Congress zu Rastadt abtreten wolle; Antwort der französischen Gesandtschaft und Deputationsbeschluss in der letzten Sitzung am 23. April. Rastadt, 7./23. April 1799.

(Protokoll der Reichsfriedens-Deputation, Bd. VI. Beil. 374, 375, 376. Conf. III. Bd. Sess. 97, p. 199.)

1800. Convention zwischen den Commandanten der kaiserlichen und englischen Truppen und dem französischen General Massena, wegen Räumung von Genua. Conegliano, 5. Juni 1800.

(Martens, VII. 392 — Neumann, I, 604.)

1800. Waffenstillstand zwischen dem General von Melas, Commandirenden der kaiserlichen Armee in Italien, und dem General Berthier, Commandirenden der französischen Armee in Italien, nach der Schlacht bei Marengo. Alexandria, 16. Juni 1800.

(Martens, VII. 396 bis 407 — Neumann, I. 607.)

1800. Weitere Verabredungen wegen des Waffenstillstandes zwischen dem kaiserlichen und französischen Heere in Italien und in Deutschland. Conegliano, 20. und 22. Juni; Parsdorf, 15. Juli; Verona, 31. Juli 1800.

(Martens, VII. 398 — Neumann, I. 609 bis 616.)

1800. Präliminar-Artikel zum Friedensschlusse zwischen dem Kaiser und der französischen Republik. Paris, 28. Juli 1800 (vom Kaiser nicht ratificirt, jedoch in Frankreich officiell kundgemacht).

(Martens, VII. 407 — Neumann, I. 622.)

1800. Convention zwischen den Befehlshabern der kaiserlichen und französischen Armeen, bezüglich der Reichsfestungen Ulm, Ingolstadt und Philippsburg. Hohenlinde, 20. September 1800.

(Martens, VII. 410 — Neumann, I. 616.)

1800. Kundmachung des Generals Moreau über die Schleifung dieser Festungen. Augsburg, 31. October 1800.

(Martens, VII. 410 bis 414 — Neumann, I. 618.)

1800. Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen der kaiserlichen und französischen Armee in Italien. Castiglione, 29. September 1800.

(Martens, VII. 414 — Neumann, I. 619.)

1800. Capitulation der österreichischen Besatzung, wegen Uebergabe von Livorno an die Franzosen. Livorno, 16. October 1800.

(Martens, VII. 416 — Neumann, I. 620.)

1800. Waffenstillstand zwischen der kaiserlichen und französischen Armee in Deutschland. Steyer, 25. December 1800.

(Martens, VII. 528 — Neumann, I. 624.)

1801. Waffenstillstand zwischen der kaiserlichen und französischen Armee in Italien. Treviso, 16. Jänner 1801.

(Martens, VII. 532 — Neumann, I. 628.)

1801. Convention zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers und der französischen Republik, wegen Verlängerung des Waffenstillstandes. Lüneville, 26. Jänner 1801.

(Martens, VII. 536 — Neumann, I. 631.)

1801. Friedens-Tractat zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und dem deutschen Reiche einerseits, und der französischen Republik andererseits. Lüneville, 9. Februar 1801 (siehe Deutschland).

1802. Declaration Frankreichs und Russlands bezüglich der Entschädigungen in Deutschland (s. Deutschland).

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und dem ersten Consul der französischen Republik, die Entschädigungen für den Herzog von Modena und den Grossherzog von Toscana betreffend (s. Deutschland).

1802. Friedensschluss von Amiens (s. Grossbritannien).

1802. Beitritt Oesterreichs zu den Stipulationen des X. Artikels des zwischen Frankreich und Grossbritannien zu Amiens geschlossenen Tractates, die Insel Malta betreffend (s. Grossbritannien und Malta).

1802. Convention über das Königreich Hetrurien (s. dieses).

1803. Haupt-Schlussrecess der ausserordentlichen Reichs-Deputation unter Vermittlung von Frankreich und Russland (s. Deutschland).

1803. Patent des Kaisers Franz II., über die von Seite seiner Unterthanen in dem Kriege zwischen Frankreich und England zu beobachtende Neutralität. Wien, 7. August 1803.

(P. G. S. Bd. 20, S. 37 — Martens, III. 1803 — Martens et Cussy, II. 301.)

1804. Decret des ersten Consuls der französischen Republik, über die Einverleibungen in Folge des Lüneviller Friedens und des Reichs-Deputationsrecesses (s. Deutschland).

1804. Convention über die Rheinschifffahrt (s. Deutschland).

1804. Erhebung des ersten Consuls Buonaparte auf den französischen Kaiserthron. Paris, 18. Mai 1804.

(Senats-Consultum im Moniteur.)

1804. Patent des römischen Kaisers Franz II. über die Annahme des Titels eines erblichen Kaisers von Oesterreich (s. Deutschland).

1804. Convention mit dem deutschen Reich über das Rheinschifffahrts-Octroi (s. Deutschland).

1804. Oesterreichische Verordnung über die Correspondenz der Landrechte mit den französischen Behörden. Wien, 1. December 1804.

(J. G. S. 1804, 704, S. 33 — Neumann, II. 130.)

1805. Constitutionelles Statut des Königreiches Italien (s. dieses).

1805. Oesterreichische Verordnung über die Legalisirung von Urkunden für französische Gerichtsbehörden. Wien, 21. März 1805.

(J. G. S. 1805, 720, S. 50 — P. G. S. Bd. 24, S. 66 — Neumann, II. 138.)

1805. Staatsschriften zwischen Oesterreich und Frankreich bezüglich des Krieges, der mit dem Pressburger Frieden geschlossen wurde.

(Martens, VIII. 364 — Neumann, II. 162.)

1805. Capitulationen und Waffenstillstände zwischen den österreichischen und französischen Truppen. Ulm, 17. October; Trotelfingen, 19. October; Kuefstein, 10. November; Dombern, 14. November 1805.

(Martens, IV. 202 bis 209 — Neumann, II. 175 bis 180.)

1805. Waffenstillstand zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers der Franzosen. Austerlitz, 6. December 1805.

(Martens, S. VI. 210 — Neumann, II. 181.)

1805. Pressburger Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, vom 26. December 1805 (s. Deutschland).

1806. Erklärung der Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich bezüglich des deutschen Reiches, bei Auswechslung der Ratificirungen des Pressburger Friedens (s. Deutschland).

1806. Convention zwischen den Commissären Oesterreichs und Frankreichs, wegen Auswechslung der Artillerie und Kriegsmunition. Wien, 3. Jänner 1806.

(Martens, S. IV. 222 — Neumann, II. 194.)

1806. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Feststellung einer Etapenroute durch die österreichischen Länder. Wien, 16. April; ratificirt zu St. Cloud, 29. April 1806.

(Neumann, II. 198.)

1806. Convention zwischen denselben, die Etapen-Routen zwischen dem Königreich Italien und Istrien nebst Dalmatien betreffend. Wien, 16. April 1806.

(Neumann, II. 219.)

1806. Vollzugsbestimmungen zur vorstehenden Convention. Triest, 20. Juli 1806.

(Neumann, II. 223.)

1806. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Besetzung Cattaro's und des venetianischen Albanien. Wien, 4. October 1806.

(De Clercq, II. 189.)

1806. Errichtung des Rheinbundes (s. Deutschland).

1807. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Frankreich, wornach die österreichischen Truppen Dalmatien nicht mit besetzen sollen., März 1807.

(Angeführt bei de Clercq, II. 189.)

1807. Nachtrags-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Regulirung der Grenze zwischen dem Königreiche Italien und den österreichischen Provinzen. Fontainebleau, 10. October 1807.

(Martens, S. VI. 468 — Neumann, II. 236.)

1807. Convention zwischen denselben zur Regulirung der in der vorstehenden Nachtrags-Convention vereinbarten Militärstrasse. Fontainebleau, 10. October 1807.

(Neumann, II. 239.)

1809. Convention zwischen dem Erzherzog Ferdinand, als Befehlshaber der österreichischen Armee, und dem Befehlshaber der verbündeten Truppen, Fürsten Poniatowski, über die Neutralität der Stadt Warschau; geschlossen auf der Vorpostenlinie den 21. April 1809.

(Martens, S. V. 199 — Neumann, II. 296.)

1809. Decrete des Kaisers Napoleon, mit welchen er den deutschen Orden in den Staaten des Rheinbundes aufhebt, und die Güter

der in österreichischen Diensten stehenden, durch die Rheinbund-Acte mediatisirten Fürsten und Grafen mit Sequester belegt (s. Deutschland).

1809. Allianztractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien wider Frankreich, vom 24. April 1809 (s. Grossbritannien).

1809. Vereinbarung wegen der Neutralität der Stadt Warschau (s. Warschau).

1809. Capitulation wegen Uebergabe von Wien an die Franzosen. Wien (Mariahilf), 12. Mai 1809.

(Martens, S. V. 204 — Neumann, II. 302.)

1809. Capitulation wegen Uebergabe der Stadt Raab an die Franzosen. Raab, 22. Juni 1809.

(Martens, S. V. 207 — Neumann, II. 305.)

1809. Waffenstillstand zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien. Znaim, 12. Juli 1809.

(Martens, S. V. 209 — Neumann, II. 307.)

1809. Wiener Friedens-Tractat vom 14. October 1809 zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser Napoleon, König von Italien (siehe Deutschland).

1809. Militärische Convention zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und Frankreichs, in Folge des vorstehenden Wiener Friedens. Wien, 26. October; französische Ratification: Schönbrunn, 27. October 1809.

(Martens, S. V. 217 — Neumann, II. 317.)

1810. Bekanntgebung (*message*) des Kaisers Napoleon an den französischen Senat über seine Vermählung mit der Erzherzogin Marie Louise von Oesterreich. Paris, 27. Februar 1810.

(De Clercq, II. 313.)

1810. Tractat vom 28. Februar 1810 zwischen Frankreich und Baiern (s. Baiern).

1810. Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich Franz I. und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen Napoleon I. über die Vermählung des letzteren mit der Erzherzogin Marie Louise. Wien, 9. März 1810.

(De Clercq, II. 318.)

1810. Renunciations-Acte, laut welcher die Erzherzogin Marie Louise auf ihre eventuellen Erbrechte in Oesterreich verzichtet. Wien, 9. März 1810.

(De Clercq, II. 321.)

1810. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, wegen Aufhebung der Sequestrationen (siehe Deutschland).

1811. Oesterreichische Retorsions-Verordnung mit dem Verbot, die Verlassenschaften der von der französischen Regierung als Auswanderer des Erbrechtes in Frankreich verlustig erklärten, in den österreichischen Staaten verstorbenen Erblasser, nach Frankreich zu erfolgen. Wien, 24. August 1811.

(Meine „Behandlung der Ausländer" S. 65 — Hofdecret vom 19. April 1816: J. G. S. 1816, 1230.)

1812. Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, Beschützer des rheinischen und Vermittler des schweizerischen Bundes. Paris, 14. März 1812; französische Ratification: Paris, 15.; österreichische: Wien, 26. März 1812.

(P. G. S. Bd. 38, S. 169 — Martens, S. V. 427 — Neumann, II. 358.)

1812. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Paris, 3. Mai 1812.

(P. G. S. Bd. 38, S. 76 — Neumann, II. 361.)

1813. Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen wider Frankreich, unter successivem Beitritt der übrigen Staaten (s. Preussen und die bezüglichen Staaten).

1813. Waffenstillstand zwischen den Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte: Frankreich, Oesterreich, Russland, Preussen etc. Poischwitz *), 5. Juni 1813.

(Martens, S. V. 582 — Koch, *tableau* etc. II. 389.)

1813. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, wegen Vermittlung des Friedens zwischen den kriegführenden Mächten (Frankreich, Russland, Preussen) und Verlängerung des Waffenstillstandes. Dresden, 30. Juni 1813.

(Martens, S. V. 586 — Neumann, II. 365.)

1813. Convention zwischen den kriegführenden Mächten, wegen Verlängerung des Waffenstillstandes vom 5. Juni 1813. Neumark in Schlesien, 14./26. Juli 1813.

(Martens, S. V. 587.)

1813. Acten über den (nicht gelungenen) Friedens-Congress in Prag; Erklärung Oesterreichs über seinen Beitritt zu der Allianz gegen Frankreich. Prag, 12. August 1813.

(Angedeutet bei Martens, S. V. 588.)

*) Nicht Pleiswitz, wie es bei Martens heisst.

1813, 1814. Allianzen und Kriegführung gegen Frankreich, von Seite Oesterreichs, Russlands, Preussens, Grossbritanniens, unter Beitritt der übrigen Staaten (s. die bezüglichen Staaten).

1814. Organisation der Administrativ-Behörden in den von den Alliirten besetzten französischen Provinzen (s. Deutschland).

1814. Erklärung der verbündeten Mächte zu Vitry, 25. März 1814 (s. Grossbritannien).

1814. Capitulation von Paris. Paris, 31. März 1814.
(Martens, S. V. 693 — Neumann, II. 449.)

1814. Declaration im Namen der verbündeten Mächte bei ihrem Einzuge in Paris. Paris, 31. März 1814.
(De Clercq, II. 400.)

1814. *Procès-verbal* zwischen den Bevollmächtigten der verbündeten Mächte und jenen des Kaisers Napoleon, vorläufige Bestimmungen des abzuschliessenden Friedens betreffend. Paris, 11. April 1814.
(Martens, S. V. 695 — Neumann, II. 450.)

1814. Verzichtleistung des Kaisers Napoleon auf den Thron von Frankreich und Italien. Fontainebleau, 11. April 1814.
(De Clercq, II. 402.)

1814. Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen nebst ihren Verbündeten (unter bedingtem Beitritt Grossbritanniens) einerseits und dem Kaiser Napoleon andererseits, über die Verzichtleistung des letzteren auf die Souveränität in Frankreich und Italien. Paris, 11. April 1814; Napoleons Ratification: Fontainebleau, 12. April 1814.
(Martens, S. V. 696 — Martens et Cussy, III. 1 — Neumann, II. 451.)

1814. Erklärung der provisorischen französischen Regierung über ihren Beitritt zu dem vorstehenden Tractat. Paris, 11. April 1814.
(De Clercq, II. 405.)

1814. Ausweis über die vom Kaiser Napoleon in Gemässheit des Artikels 9 des vorstehenden Tractates bewilligten Gratificationen.
(De Clercq, II. 406.)

1814. Bedingte Beitrittserklärung Grossbritanniens zu vorstehendem Tractate. Paris, 27. April 1814.
(Martens, S. V. 701 bis 703 — Neumann, II. 455 bis 457 — De Clercq, II. 405, 409.)

1814. Militär-Convention wegen der Räumung von Italien, geschlossen zwischen den Befehlshabern der Truppen der verbündeten Mächte und der französischen Truppen in Italien. Schiarino-Rizzino bei Mantua, 16. April 1814.
(Martens, S. V. 713.)

1814. Convention zwischen *Monsieur, fils de France, frère du roi,* als General-Lieutenant des Königreiches Frankreich, und den verbündeten Mächten, nämlich: Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen, (mit jeder besonders gleichlautend abgeschlossen). Paris, 23. April 1814.

(Martens, S. V. 706 — Martens et Cussy, III. 8 — Neumann, II. 461.)

1814. Convention zwischen den Befehlshabern der österreichischen und der französischen Armee, wegen Räumung von Italien, als Fortsetzung der Convention vom 16. April 1814. Mantua, 23. April 1814.

(Martens, S. VII. 303.)

1814. Militär-Convention zwischen den bezüglichen Befehlshabern, wegen Räumung der von den Franzosen besetzten Departements jenseits der Alpen. Turin, 27. April 1814.

(Martens, S. V. 716.)

1814. Beitritt Portugals zur Convention vom 23. April 1814. Paris, 8. Mai 1814.

(De Clercq, II. 413.)

1814. Militär-Convention zwischen den verbündeten Mächten und Frankreich, wegen Verpflegung der Truppen, Spitäler etc. Paris, 18. Mai 1814.

(Martens, S. V. 710.)

1814. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und seinen Verbündeten und dem König von Frankreich und Navarra, Ludwig XVIII. (Erster Pariser Frieden). Paris, 30. Mai 1814; daselbst ratificirt am 31. Mai 1814 *).

(P. G. S. Bd. 42, S. 62 — Martens, S. VI. 1, S. VIII. *préface* VI — Martens et Cussy, III. 11 — Meyer, I. 151 — Neumann, III. 462.)

1814. Geheime und Separat-Artikel zu vorstehendem Friedens-Tractate.

(Neumann, II. 473.)

1814. Erklärung im Namen des Königs Ludwig XVIII. über dessen Beitritt zu dem Tractat vom 11. April 1814. Paris, 30. Mai 1814.

(De Clercq, II. 414.)

1814. Acten über die provisorische Besetzung der von Frankreich abgetretenen Gebietstheile. Paris, 31. Mai; Mainz, 13. Juni 1814.

(Martens, n. r. III. 309 — Neumann, II. 476.)

*) Unter demselben Datum wurden gleiche Tractate geschlossen von Frankreich mit Russland, Grossbritannien und Preussen. — Die *articles secrets* und *séparés* zu diesem Tractat sehe man bei Murhard, S. I. 329.

1814. Oesterreichische Verordnung wegen abzugsfreier Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich nach Frankreich.

(Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1814: P. G. S. Bd. 42, S. 96.)

1814. Französische Verordnung wegen Nichtigerklärung der gegen französische, in österreichischen Diensten gestandene Unterthanen erlassenen Decrete. Paris, 19. Juni 1814.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. August 1814: P. G. S. Bd. 42, S. 97.)

1814. Französische Verordnung über die Modalitäten bei Ausstellung der Lebenszeugnisse für französische Staats-Pensionisten. Paris, 30. Juni 1814.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1814: P. G. S. Bd. 42, S. 136, und vom 10. December 1814: ebenda S. 172.)

1814. Protokoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Russlands, Grossbritanniens und Preussens, wegen der Theilnahme Frankreichs und Spaniens an den Verhandlungen des Wiener Congresses. Wien, 22. September 1814.

(Murhard, N. S. I. 334 — Neumann, II. 491.)

1815. Geheimer Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien und Frankreich gegen Russland und Preussen, wegen Aufrechterhaltung des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, unter dem Beitritt von Baiern, Hannover, den Niederlanden und Sardinien. Wien, 3. Jänner 1815.

(Murhard, I. 368, 376 — Martens et Cussy, III. 45 — Neumann, II. 494.)

1815. Erklärung der Mächte, welche den Pariser Tractat vom 30. Mai 1814 gefertigt haben, gegen den Negerhandel. Wien, 8. Februar 1815.

(Martens, II. 432 — Neumann, II. 502.)

1815. Erklärung der bei dem Congresse zu Wien versammelten Mächte und Conferenz-Protokoll, die gegen Napoleon Bonaparte nach seiner Entweichung von der Insel Elba zu ergreifenden Massregeln betreffend, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Spaniens, Frankreichs, Grossbritanniens, Portugals, Preussens, Russlands und Schwedens; ferner von den zum Beitritt eingeladenen Bevollmächtigten von Baiern, Dänemark, Hannover, den Niederlanden, Sardinien, Sachsen, Neapel und Württemberg *). Wien, 13. März 1815.

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. VI. 290 — Martens, S. VI. 110 — Murhard, N. S. I. 428 bis 430 — Neumann, II. 504.)

*) Die erneuerte Allianz gegen Napoleon sehe man bei Deutschland, Russland, Preussen, Grossbritannien etc.

1815. Notification an den französischen Bevollmächtigten Fürsten Talleyrand, über die Vereinigung der Valtellina, Chiavenna's und Bormio's mit der österreichischen Monarchie. Wien, 18. März 1815.

(Martens, n. s. I. 427 — Neumann, II. 505.)

1815. Notification an denselben, über den in Folge der Invasion Bonaparte's zwischen den Mächten geschlossenen Allianz-Tractat vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. März 1815.

(Martens, n. s. I. 430 — Neumann, II. 522.)

1815. Conferenz-Protokoll des Wiener Congresses über die Stellung Bonaparte's und Frankreichs gegenüber den europäischen Mächten. Wien, 12. Mai 1815.

(Martens, n. r. II. 263 — Neumann, II. 614.)

1815. Kaiserlich-österreichisches Patent über die Errichtung des lombardisch-venetianischen Königreiches (s. Italien).

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen den verbündeten Grossmächten über die Haft Napoleons. Paris, 2. August 1815 (s. Grossbritannien).

1815. Protokoll über die Verhandlungen der fünf Hauptmächte, bezüglich der pecuniären Verpflichtungen Frankreichs. Paris, 13. October 1815.

(Martens, S. VIII. 156 — Neumann, III. 48.)

1815. Beitritt Frankreichs zur heiligen Allianz (s. Deutschland). Paris, 7./19. November 1815.

(Neumann, III. 66.)

1815. Definitiver Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits und Frankreich andererseits. (Zweiter Pariser Frieden.) Paris, 20. November 1815; österreichische Ratification: Wien, 15. Jänner 1816; die Ratificationen ausgewechselt zu Paris am 16. Februar 1816.

(P. G. S. Bd. 44, S. 29 — Meyer, I. 224 — Martens, S. VI. 682 und 733 — Martens et Cussy, III. 211 — Neumann, III. 67.)

1815. Protokoll über die Vertheilung der von Frankreich an die verbündeten Mächte als Entschädigung zu zahlenden 700 Millionen. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 676 — Neumann, III. 61.)

1815. Convention über die von Frankreich an die verbündeten Mächte in Gemässheit des Art. 4 des vorstehenden Tractates zu leistende Geldentschädigung. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. 676 bis 692 — Neumann, III. 84.)

1815. Convention über die Besetzung einer Militärlinie in Frankreich durch ein Bundesheer, in Gemässheit des Art. 5 des vorstehenden Tractates. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 695 — Neumann, III. 87.)

1815. Convention über die Prüfung und Liquidirung der Reclamationen, wegen Nichtausführung des Art. 19 u. ff. des ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, in Gemässheit des Art. 9. des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 717 — Neumann, III. 99.)

1815. Convention in Gemässheit des Art. 19 des Friedens-Tractates, die Reclamationen der grossbritannischen Unterthanen an die französische Regierung betreffend. Paris, 20. November 1815.

(Martens II. 692 — Neumann, III. 115.)

1815. Allianz-Tractat der verbündeten Mächte zur Aufrechthaltung des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815 (siehe Grossbritannien).

1815. Note der Bevollmächtigten der verbündeten vier grossen Mächte an den Herzog von Richelieu, mit Bekanntgebung des von ersteren geschlossenen Allianz-Tractates (s. Grossbritannien). Paris, 20. November 1815.

(Neumann, III. 78.)

1815. Erklärung der Minister der verbündeten grossen Mächte an den Herzog von Richelieu, in Betreff der militärischen Besetzung Frankreichs unter dem Commando des Herzogs von Wellington. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 738 — Neumann, III. 80.)

1815. Protokoll der Pariser Conferenz über die Verwendung der französischen Contributionen zur Verstärkung der Vertheidigungslinie. Paris, 21. November 1815.

(Martens, S. VII. 406 — Neumann, III. 125.)

1815. Rede des Herzogs von Richelieu in der französischen Deputirtenkammer bei Bekanntgebung der Tractate und Conventionen vom 20. November 1815. Paris, 25. November 1815.

(De Clercq, II. 684.)

1816. Oesterreichische Verordnung mit Aufhebung der Retorsions-Massregel vom 24. August 1811, bezüglich der Ausfolgung von Verlassenschaften nach Frankreich.

(Hofdecret vom 19. April 1816: J. G. S. 1230, S. 341 — P. G. S. Bd. 44, S. 173 — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 66.)

1817. Ministerialnote der verbündeten Mächte, wegen Verminderung der Occupations-Armee in Frankreich. Paris, 10. Februar 1817.

(Martens, S. VII. 93 — Neumann, III. 205.)

1817. Oesterreichische Verordnung, wegen Nichtrückstellung der in Verlassenschaften vorgefundenen französischen Ordens-Decorationen.

(Hofkriegsräthliche Verordnung vom 2. Juli 1817 — Mein „internationales Privatrecht" S. 201.)

1817. Convention zwischen der General-Postdirection Oesterreichs mit jener Frankreichs, über den gegenseitigen Postverkehr. Paris, 10. August 1817; französische Ratification: Paris, 15. October 1817.

(Neumann, III. 258.)

1817. Protokoll, unterzeichnet von den österreichischen und französischen Commissären, wegen Liquidirung der auf den Art. 8 der Convention vom 28. August 1736*) sich gründenden *rente de Lorraine*. Paris, 21. November 1817.

(De Clercq, III. 121.)

1817. Conferenzen der Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Grossbritanniens, Preussens und Russlands, wegen Abschaffung des Sklavenhandels. London, 1817—1818.

(Murhard, N. S. III. 48 bis 87.)

1818. Convention zwischen den Höfen von Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits und Frankreich andererseits, wegen Berichtigung der Privatforderungen auswärtiger Unterthanen an Frankreich. Paris, 25. April 1818.

(P. G. S. Bd. 46, S. 87 — Martens, S. VII, 417 — Meyer, I. 244 — Neumann, III. 299.)

1818. Oesterreichische Verordnung über Titel, Wappen und Rang des Prinzen Franz Joseph Carl, Herzogs von Reichstadt, Sohnes der durchlauchtigsten Erzherzogin Marie Louise. Wien, 22. Juli 1818.

(Kaiserliches Patent: P. G. S. Bd. 46, S. 192.)

1818. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Frankreich **), wegen Räumung des französischen Gebietes von Seite der verbündeten Heere. Aachen, 9. October 1818.

(Martens, S. VIII. 549 — Meyer, I. 256 — Neumann, III. 425.)

1818. Conferenzen derselben am Congress zu Aachen, über denselben Gegenstand. Aachen, 24. October bis 19. November 1818.

(Murhard, N. S. III. 87 bis 127 — Martens, S. VIII. 554 bis 566 — Meyer, I. 274 — Neumann, III. 439, 441, 443.)

1818. Protokolls-Extract der Minister-Conferenz zu Aachen, die Rechte der Mediatisirten in Deutschland betreffend (s. Deutschland).

1818. Protokolls-Extract derselben, den Elsfletter-Zoll betreffend. (s. Oldenburg).

*) Durch welche das Herzogthum Lothringen an den König von Polen Stanislaus I. abgetreten wurde (s. Wenck, I. p. 51).

**) Gegenseitig auch zwischen Frankreich und Grossbritannien, Preussen und Russland.

1818. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Preussen, die Forderungen französischer Unterthanen an fremde Regierungen betreffend. Paris, 16. November 1818.

(*Documents officiels russes*, II. 375 — Neumann, III. 444.)

1818. Conferenz-Protokoll, die von Frankreich zu leistenden Zahlungen betreffend. Aachen, 19. November 1818.

(Martens, IV. 562 — Neumann, III. 447.)

1818. Conferenz-Protokoll über den Rang der Minister-Residenten. Aachen, 9./21. November 1818.

(*Documents officiels russes*, II. 379 — Neumann, III. 451.)

1819. Definitives Uebereinkommen zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, wegen der Modalitäten der von Frankreich zu leistenden Entschädigung. Paris, 2. Februar 1819.

(Martens, S. VIII. 566 — Neumann, III. 461.)

1819. Französisches Gesetz, wodurch das Heimfallrecht (*droit d'aubaine*) unbedingt aufgehoben wird. Paris, 14. Juli 1819 *).

(Martens et Cussy, I. Index explicatif, VIII. — Niederösterreichische Regierungsdecrete vom 31. December 1834 und 2. Juli 1835, in Folge der Hofdecrete vom 15. December 1834, Z. 31.465 und vom 9. Juni 1835, Z. 14.552 — Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834: J. G. S. 1834, Nr. 2677, S. 131.)

1820. Beitritt Frankreichs zu dem Frankfurter Territorial-Recess vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland). Paris, 20. October 1820.

(Meyer, I. S. 319.)

1820, 1821. Neapolitanische und sardinische Revolution, Congress in Troppau und Laibach (s. Sicilien und Sardinien).

1821—1822. Verhandlungen der beim Congress in Verona versammelten Mächte: Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, über den Sklavenhandel (Beschluss vom 28. November 1822), die spanische Revolution u s. w. (s. auch Spanien).

(Murhard, S. X. a. 139, 174 bis 232 — Neumann, IV. 17.)

1825. Postconvention zwischen Oesterreich und Frankreich. Paris, 9. März 1825.

(Neumann, IV. 92.)

1825. Französische Verordnung wegen der Postverhältnisse mit Oesterreich. Paris, 31. Juli 1825.

(Martens et Cussy, V. 600.)

*) Durch dieses Gesetz sind die Bestimmungen des französischen *code civil*, Art. 726 und 912, aufgehoben, und der zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossene Tractat vom 24. Juni 1766, wegen Aufhebung des *droit d'aubaine*, verliert seine Anwendung.

1827. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Correspondenz der österreichischen Gerichtsbehörden mit den französischen Behörden.

(Hofdecret vom 21. September 1827 — Meine „Behandlung der Ausländer“ S. 137.)

1829. Fernere Verordnung über denselben Gegenstand.

(Hofdecret vom 29. Mai 1829: J. G. S. 1829, 2407, S. 161 — Meine „Behandlung der Ausländer“ S. 137.)

1830. Notification der Thronbesteigung des Königs der Franzosen, Ludwig Philipp, an den deutschen Bund. Frankfurt, 9. September 1830.

(Meyer, II. 356.)

1831. Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich. Paris, 16. April 1831.

(Martens et Cussy, V. 600 — Murhard, V. 284 – De Clercq, IV. 76.)

1831. Londoner Conferenzen wegen Belgien und Holland (siehe diese).

1832. Kundmachung über die Behandlung der österreichischen Unterthanen, die vom Art. 17 des Pariser Friedens vom 20. Mai 1814, bezüglich der Auswanderung, keinen Gebrauch gemacht haben. Wien, 2. April 1832.

(J. G. S. 1832, 2557, S. 50.)

1832. Oesterreichische Verordnung über die Befugnisse der französischen Consuln in Sauvetage-Fällen. Wien, 22. April 1832.

(Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832: J. G. S. 1832, 2565, S. 62 — Meine „Behandlung der Ausländer“ S. 64.)

1834. Oesterreichische Verordnung über die gänzliche Befreiung vom Abfahrtsgeld der nach Frankreich ziehenden Erbschaften. Wien, 18. October 1834.

(J. G. S. 1834, 2677, S. 131 — P. G. S. Bd. 62, S. 272 — Martens et Cussy, V. 122.)

1835. Weitere Verordnung hierüber. Wien, 9. Juni 1835.

(J. G. S. 1835, 30, S. 18 — P. G. S. Bd. 63, S. 222.)

1836. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen unentgeltlicher Ausfertigung und gegenseitiger Einsendung der Todtenscheine der bezüglichen Unterthanen. Paris, 2. März 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836: J. G. S. 1833, 136, S. 79 — P. G. S. Bd. 64, S. 477.)

1837. Oesterreichische Verordnung über die Beweiskraft der französischen Notariats-Urkunden.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 494 — Hofdecret vom 10. October 1837: J. G. S. 1837, 234, S. 148.)

1838. Handels-Tractat zwischen Frankreich und der Türkei vom 25. September 1838, und Anwendung desselben auf Oesterreich (s. Türkei).

1838. Französische Verordnung wegen der Postverhältnisse mit Oesterreich. Paris, 28. November 1838.

(Martens et Cussy, V. 600.)

1839. Tractat über die Trennung Belgiens von Holland (siehe Belgien).

1841. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, in Betreff des gezwungenen Einlaufens der Schiffe. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 20, Mai; französische: Paris, 1. Mai 1841.

(Extract bei Murhard, II. 87 — bei Neumann, IV. 464 — De Clercq, IV. 596.)

1841. Kaiserliche Verordnung, dass die österreichischen Gerichtsbehörden sich rücksichtlich der hierlands domicilirenden Mitglieder der königlich-französischen Familie und ihrer Angehörigen, nach den für die Behandlung der Ausländer überhaupt bestehenden Gesetzen zu benehmen haben. Wien, 14. August 1841 *).

(Hof-Decret vom 31. August 1841: J. G. S. 1841, 560, S. 606.)

1841—1842. Verhandlungen wegen der orientalischen Angelegenheiten und des Sclavenhandels (s. Grossbritannien.)

1842. Additional-Artikel zur Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich vom 16. April 1831. Paris, 7. December 1842; französische Ratificirung: 29. December 1842.

(Neumann, IV. 513.)

1843. Weitere Additional-Artikel zur Post-Convention vom 16. April 1831. Paris, 18. Mai 1843.

(Murhard, V. 284 — Neumann, IV. 531.)

1843. Additional-Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich zur Convention vom 16. April 1831. Paris, 30. November 1843.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, 1851, I. Bd. S. 168 — Murhard, V. 622 — Martens et Cussy, V. 600 — Neumann, IV. 553.)

1843. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und französischen Post-Administration wegen Durchführung des Art. 65 der vorstehenden Additional-Post-Convention. Paris, 30. November 1843.

(Murhard, V. 642 — Neumann, IV. 533.)

1844. Oesterreichische Verordnung wegen Aufhebung des Frankirungszwanges für die Correspondenz aus Oesterreich nach Frankreich, Algier u. s. w., in Folge des vorgedachten Additional-Postvertrages. Wien, 20. Jänner 1844.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Jänner 1844, 371: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt S. 137 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 104.)

*) S. jedoch unten die kaiserliche Entschliessung vom 30. Juli 1851.

1845. Festsetzung eines Präclusiv-Termines zur Geltendmachung der Forderungen österreichischer Unterthanen an Frankreich, aus den Staatsverträgen vom 20. November 1815 und 25. April 1818. Wien, 17. August 1845.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 5. September 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 142 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 422.)

1847. Oesterreichische Verordnung wegen wechselseitiger Verzichtleistung auf die Verpflegsgebühren für die in den Kranken- und Irrenanstalten*) des Königreichs Frankreich und der österreichischen Staaten behandelten unbemittelten Kranken.

(Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1847: P. G. S. Bd. 75, S. 111.)

1851. Herstellung der ununterbrochenen telegraphischen Verbindung mit Frankreich, mittelst der preussisch - belgischen Telegraphen - Linie (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, II. S. 289.)

1851. Kaiserlich - österreichische Entschliessung, mittelst welcher den in Oesterreich domicilirenden Gliedern des Hauses Bourbon älterer Linie der privilegirte Gerichtsstand des Oberst-Hofmarschall-Amtes bewilligt wird. Wien, 30. Juli (10. August) 1851.

(R. G. B. 183, S. 517.)

1852. Verordnung des k. k. Justizministeriums über die Modalitäten der gerichtlichen Requisitions-Schreiben österreichischer Behörden an die französischen Gerichte. Wien, 20. März 1852.

(R. G. B. 54, S. 340.)

1852. Tractat wegen der Succession in Dänemark (s. dieses).

1853—1854. Protokolle der Wiener Conferenz, unterzeichnet von den Repräsentanten Oesterreichs, Frankreichs, Grossbritanniens und Preussens, über die russisch-türkische Angelegenheit. Wien, 5. December 1853, dann 9. und 23. April 1854.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 4. Mai und 1. Juni 1854 — De Clercq, VI. 400 bis 456.)

1854. Verordnung des k. k. Handelsministeriums, wodurch die Instruction für die k. k. österreichischen Consular-Aemter in Frankreich und Algerien, in Betreff ihrer Amtshandlungen in Sauvetage - Fällen vorgeschrieben wird. Wien, 13. Juni 1854.

(R. G. B. 147, S. 603 — Neumann, VI. 206.)

1854. Allianztractat zwischen Oesterreich und Preussen vom 20. April 1854 (s. Preussen).

*) In Betreff der Irrenanstalten s. die Verordnung vom 10. Aug. 1859.

1854. Erlass der k. k. Ministerien des Aeussern, des Innern, der Justiz und des Handels, sowie des Armee-Obercommando's, womit die von den k. k. Behörden und Unterthanen während des zwischen England, Frankreich und dem osmanischen Reiche einerseits, und Russland andererseits ausgebrochenen Krieges, hinsichtlich des Handels und der Schifffahrt auf dem Meere zu beobachtenden Grundsätze kundgemacht werden. Wien, 25. Mai 1854.

(R. G. B. 127, S. 477.)

1854. Erlass des k. k. Ministeriums des Handels und der Finanzen, über das Aus- und Durchfuhrs - Verbot von Waffen und Munition während des damaligen Krieges. Wien, 31. Mai 1854.

(R. G. B. 135, S. 494.)

1854. Allianzvertrag zwischen Oesterreich, Frankreich und Grossbritannien, aus Anlass des Krieges mit Russland. Wien, 2. December 1854; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 14. December 1854.

(R. G. B. 313, S. 1191 — Neumann VI. 214.)

1854. Memorandum der Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs und Grossbritanniens an den russischen Minister Fürsten Gortschakoff, über das Verhältniss Russlands zu der Türkei. Wien, 28. December 1854.

(De Clercq, IV, 487).

1854. Verordnung des k. k. Justizministeriums, mit theilweiser Abänderung der allgemeinen Verordnung vom 14. October 1850 (R. G. B. 393, S. 1812), die unmittelbare Correspondenz der k. k. Gerichtsbehörden mit der k. k. Botschaft in Paris betreffend. Wien, 7. October 1854.

(R. G. B. 260, S. 976.)

1855. Fortsetzung der Wiener Conferenzen über den russisch-türkischen Krieg. Wien, 15. März, 4. Juni 1854.

(De Clercq, VI, 506.)

1855. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Paris, 13. November; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 27. December 1855.

(R. G. B. 1856, 12, S. 29 — Neumann, VI, 249.)

1856. Protokoll zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Russland und der Türkei, bezüglich der Unterzeichnung von Friedens-Präliminarien, eines Waffenstillstandes und eines definitiven Friedensvertrages mit Russland. Wien, 1. Februar 1656 *).

(Wiener Zeitung vom 5. Februar 1856 — De Clercq, VII, 21.)

*) Die Verhandlungen der Conferenzen zu Wien (1855) wegen Regulirung der Verhältnisse der Türkei und ihrer Beziehungen zu Russland, s. bei Samwer XV. 632 und ff.; dann den darauf gefolgten Pariser Congress (1856) bei Samwer XV. 700 und ff.

1856. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Sardinien und der Türkei, zur Herstellung des Friedens und Sicherung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei. Paris, 30. März; österreichische Ratificirung vom 15. April; die Ratificirungen ausgewechselt zu Paris am 27. April 1856.

(R. G. B. 62, S. 209 — Neumann, VI. 274.)

1856. Erste Beilage des vorstehenden Tractates: Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Sardinien und der Türkei, wegen Revidirung des Dardanellen-Vertrages vom 13. Juli 1841. Paris, 30. März; österr. Ratificirung vom 15. April; in den Ratificirungen ausgewechselt zu Paris am 27. April 1856.

(R. G. B. 62, S. 229 — Neumann, VI. 286.)

1856. Zweite Beilage des vorstehenden Tractats: Staatsvertrag zwischen Russland und der Türkei, über die Neutralisirung des schwarzen Meeres. Paris, 30. März; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 27. April 1856.

(R. G. B. 62, S. 235 — Neumann, VI. 289.)

1856. Dritte Beilage des vorstehenden Tractats: Staatsvertrag zwischen Frankreich, Grossbritannien und Russland, die Aland-Inseln in der Ostsee betreffend. Paris, 30. März; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 27. April 1856.

(R. G. B. 62, S. 238 — Neumann, VI. 291.)

1856. Tractat zwischen Frankreich und Grossbritannien, wegen Garantirung der Unabhängigkeit und Integrität des türkischen Reiches. Paris, 15. April; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 29. April 1856.

(Martens et Cussy III. 511 — Neumann, VI. 292.)

1856. Declaration der am Friedens-Congresse zu Paris vertretenen Mächte: Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Sardinien und Türkei, über die Rechte der Neutralen im Seekriege. Paris, 16. April 1856 *).

(Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern vom 3. Mai 1856: R. G. B. 69, S. 245 — Neumann, VI. 293.)

*) Die Aufzählung der Staaten, welche successive dieser Declaration beigetreten sind, s. bei Samwer, XVI. Part. II. S. 641 — dann bei Aegidi und Klauhold „Frei-Schiff und Feindes-Flagge.“ Es sind diess alle europäischen Staaten mit Ausnahme Spaniens; dann von den aussereuropäischen Staaten: Argentinische Republik, Brasilien, Chili, Ecuador, Guatemala, Haiti, Peru. Nordamerika ist nur theilweise beigetreten: eine Resolution des nordamerikanischen Congresses vom 13. August 1861 sprach nämlich die Annahme der Artikel 2, 3 und 4 der Declaration aus, nicht

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolls (siehe Dänemark).

1857. Staatsvertrag, das Fürstenthum Neuenburg betreffend (s. Schweiz).

1857. Postvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich. Paris, 3. September; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 30. October 1857.

(R. G. B. 235, S. 919.)

1857. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Sardinien und der ottomanischen Pforte, betreffend die Grenze zwischen Russland und der Türkei in Bessarabien, das Donau-Delta, und die Schlangen-Insel. Paris, 19. Juni; österreichische Ratificirung: 14. Juli; die Ratificirungen ausgewechselt zu Paris am 31. December 1857.

(R. G. B. 1858, 6, S. 71.)

1857. Verordnung des k. k. österreichischen Justizministeriums, über die Nicht-Rückstellung der Ordensdecorationen der französischen Ehrenlegion nach dem Tode der Decorirten. Wien, 29. August 1857.

(R. G. B. 212, S. 686.)

1858. Staatsvertrag zwischen den Paciscenten des Vertrages vom 19. Juni 1857, wegen definitiver Organisirung der Fürstenthümer der Walachei und der Moldau. Paris 19. August; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 2. October 1858 *).

(R. G. B. 204, S. 627.)

1858. Internationale Telegraphen - Convention vom 30. Juni 1858 (s. Belgien).

1858. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, wegen Aufhebung der laut der österreichischen Verordnung vom 18. Juni 1847 gegenüber von Frankreich angeordneten Verzichtleistung auf die Rückvergütung der Verpflegsgebühren für unbemittelte französische Unterthanen. Wien, 1. August 1858 **).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1859. Oesterreichisches Ultimatum und Manifest, den Krieg mit Sardinien betreffend (s. Sardinien).

aber des Art. 1 (die Abstellung der Caperei betreffend) — s. *Wheaton elements of international law, second annotated edition*, p. 778; dann Nr. XLII in der eben citirten Beilage zum Staatsarchiv, X. Bd. „Frei-Schiff und Feindes-Flagge."

*) Die bezüglichen Verhandlungsprotokolle s. bei Samwer XVI. S. 14.

**) Dieser Erlass ist durch einen spätern Erlass vom 10. August 1859 (s. unten) theilweise wieder ausser Kraft gesetzt worden.

1859. Proclamation des Kaisers der Franzosen an das französische Volk, über den Krieg zwischen Oesterreich und Sardinien. Paris, 2. Mai 1859.

(Samwer, XVI. 511.)

1859. Oesterreichische Ministerial-Verordnung mit Anordnungen über Schifffahrts- und andere Verkehrs-Verhältnisse während des Krieges mit Frankreich und Sardinien. Wien, 11. Mai 1859.

(R. G. B. 76, S. 193.)

1859. Manifest des Kaisers der Franzosen an die Italiener. Mailand, 8. Juni 1859.

(Samwer, XVI. 512.)

1859. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien, über den Abschluss eines Waffenstillstandes. Villafranca, 8. Juli 1859.

(R. G. B. 125, S. 354.)

1859. Friedens-Präliminarien, geschlossen zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen. Villafranca, 11. Juli 1859.

(*Gazetta piemontese* vom 23. November 1859 — Oesterreichische Zeitung vom 29. November 1859, 272 — Samwer, XVI. 516 — De Clercq, VII. 617.)

1859. Manifest Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., womit den Völkern Oesterreichs das Zustandekommen von Friedens-Präliminarien mit dem Kaiser der Franzosen verkündet wird. Laxenburg, 15. Juli 1859.

(R. G. B. 133, S. 367.)

1859. Protokoll der Zürcher Conferenz über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Italien. Zürch, 8. August 1859.

(De Clercq, VII, 634.)

1859. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, wonach in Beobachtung der Reciprocität, Verpflegsgebühren-Forderungen an die französische Regierung, nur bezüglich der in Irrenhäusern Verpflegten, nicht aber für die in Krankenanstalten Verpflegten zu stellen sind. Wien, 10. August 1859.

(Registratur des k. k. Ministerium des Aeussern.)

1859. Protokoll der Zürcher Conferenz, die von Oesterreich verweigerte Uebergabe der Festungen Peschiera und Mantua, sowie der eisernen Krone an Sardinien betreffend. Zürch, 17. October 1859.

(De Clercq, VII. 656.)

1859. Correspondenz zwischen den französischen und österreichischen Bevollmächtigten über die Amnestie. Zürch, 8. August 1859.

(De Clercq, VII. 650.)

1859. Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Wiederherstellung des Friedens und Abtretung eines Theiles der Lombardie.

Zürch, 10. November; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 21. November 1859.

(R. G. B. 213, S. 569.)

1859. Protokolle zu dem vorstehenden Friedenstractate: I. wegen Verzichtleistung Oesterreichs auf das Besatzungsrecht in Piacenza, Ferrara und Comacchio; II. wegen Wiederaufleben der mit dem Tractat vereinbarlichen früheren Conventionen; III. wegen Beschränkung der zu bildenden italienischen Conföderation auf Venetien und den im Besitze von Oesterreich bleibenden Theil der Lombardie, mit Ausschluss der übrigen österreichischen Länder. Zürch, 10. November 1859.

(De Clercq, VII, 649.)

1859. Tractat zwischen Frankreich und Sardinien, wegen Abtretung der Lombardie an letzteres. Zürch, 10. November; die Ratificirung daselbst ausgewechselt am 21. November 1859.

(De Clercq, VII. 651.)

1859. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien, wegen Wiederherstellung des Friedens und Abtretung der Lombardie. Zürch, 10. November; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 21. November 1859.

(R. G. B. 214, S. 583.)

1859. Protokolle zu diesem Tractate: I. wegen der Diocesan-Grenzen in der Lombardie; II. wegen Entlassung der lombardischen Soldaten und der Gefangenen; III. wegen Ausfolgung der administrativen Depositen; IV. wegen der Po-Grenze. Zürch, 10. November 1859.

(De Clercq, VII, 663.)

1859. Decret des Kaisers der Franzosen, wegen Rückstellung der noch nicht prisengerichtlich verurtheilten österreichischen Schiffe. Compiègne, 19. November 1859.

(De Clercq, VII, 665.)

1859. Additional-Artikel zu dem vorstehenden Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, über die Art der Abzahlung der 40 Millionen an Oesterreich, als Antheil an dem National-Anlehen vom J. 1854. Zürch, 10. November 1859 (in die Ratificirung des Tractates einbegriffen).

(R. G. B. 213, S. 580.)

1859. Erlass des k. k. Finanzministeriums, womit die österreichischen Gläubiger des bestandenen lombardisch-venezianischen Monte, in Folge des Zürcher Friedens vom 10. November 1859 zur Anmeldung ihrer Forderungen aufgefordert werden. Wien, 30. November 1859.

(R. G. B. 218, S. 606.)

1860. Delimitations - Acte, vereinbart von den Commissären Oesterreichs, Frankreichs und Sardiniens, zur Feststellung der Grenze

zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und dem Königreich Sardinien in Folge des Zürcher Friedensschlusses vom 10. November 1859. Peschiera, 16. Juni 1860.

(De Clercq, VIII. S. 49.)

1859. Provisorisches Reglement wegen der Schifffahrts-Polizei auf der unteren Donau, vereinbart von der durch die Mächte, welche den Pariser Tractat vom 30. März 1856 (s. oben) unterzeichnet haben, eingesetzten europäischen Donau-Commission. Galatz, 27. Juni 1860.

(Samwer, XVI. 622.)

1860. Beschluss derselben Commission über die Schifffahrtsgebühren an der Sulina-Mündung. Galatz, 25. Juli 1860.

(Samwer, XVI. S. 632.)

1860. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien, über die Theilung des lombardisch-venezianischen Monte. Mailand, 29. September 1860; österreichische Ratification: Wien, 4. October; französische: St. Cloud, 17. October; sardinische: Pescara, 16. October; ausgewechselt zu Paris am 30. October 1860.

(R. G. B. 266, S. 445.)

1860. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und der Türkei, wegen Unterdrückung der Unruhen in Syrien. Paris, 5. September; ratificirt zu Wien am 25. Septemb. 1860 *).

(R. G. B. 255, S. 429.)

1863. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der kais. französischen Regierung, wegen gegenseitiger Bekanntgebung der Todesfälle verlassener Kinder (Findlinge), Irrsinniger oder Armer österreichischer (französischer) Nationalität, welche in den Wohlthätigkeits-Anstalten des anderen Landes untergebracht waren. Wien, 25. Juni, 24. August 1863.

(Erlass des k. k. Staatsministeriums an sämmtliche Landesstellen, vom 27. December 1863: Hämmerle.)

1863. Tractat in Betreff der Jonischen Inseln (s. diese).

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1864. Provisorisches Reglement über die Schifffahrt und die Flusspolizei auf der unteren Donau, von der europäischen Conferenz (Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Preussen, Russland, Türkei) beschlossen. Galatz, 21. November 1864.

(*Archives diplomatiques* 1866, I. 323.)

1865. Erlass des k. k. Justizministeriums an sämmtliche k. k. Oberlandesgerichte, wegen genauer Befolgung des Ministerial-Erlasses vom

*) Die Verhandlungs-Protokolle hierüber s. bei Samwer XVI. 638.

20. März 1852, die Correspondenz der k. k. Gerichtsbehörden mit der k. k. Botschaft in Paris betreffend. Wien, 8. Jänner 1865.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (siehe Marocco).

1865. Internationaler Telegraphen - Vertrag zwischen Oesterreich, Baden, Baiern, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Hamburg, Hannover, Italien, den Niederlanden, Portugal, Preussen, Russland, Königreich Sachsen, Norwegen, der Schweiz, der Türkei und Württemberg *). Paris, 15. Mai 1865; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 14. August 1865.

(R. G. B. 137, S. 381.)

1865. Schifffahrts - Acte für die Donau - Mündungen, vereinbart durch die Commissäre der Mächte, welche den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 abgeschlossen haben (s. oben) nämlich: Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Preussen, Russland und die Türkei. Galatz, 2. November 1865.

(R. G. B. 1866, 109, S. 263 — *Annuario marittimo* 1867, S. 63.)

1865. Münz-Convention zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz., 23. December 1865.

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern," S. 19.)

1866. Protokoll der Conferenz der oben gedachten Mächte, womit die vorstehende Donau-Schifffahrts-Acte ratificirt wird. Paris, 28. März 1866.

(R. G. B. 109, S. 334.)

1866. Kaiserlich - österreichische Verordnung zur weiteren Ausführung der, den Schutz des Handels zur See in Kriegszeiten bezweckenden Declaration des Pariser Friedens-Congresses vom 16. April 1856. Wien, 13. Mai 1866 (s. Italien).

1866. Kaiserlich-österreichische Verordnung, betreffend die Anhaltung, Aufbringung und prisenrechtliche Behandlung von feindlichen und verdächtigen Schiffen nach Ausbruch des Krieges zur See, mit Bezug auf die Verordnung vom 13. Mai 1866. Wien, 9. Juli 1866.

(R. G. B. 90, S. 219.)

1866. Note im *Moniteur français* mit der Nachricht, dass Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, den vom Kaiser Napoleon in seinem Schreiben an seinen Minister des Auswärtigen entwickelten Ideen beistimmend, Venetien an Se. Majestät den Kaiser der Franzosen abge-

*) Diesem Vertrage traten successive noch bei: Nassau, Mecklenburg-Schwerin, Kirchenstaat, Luxemburg, Serbien, die Moldo-Walachei, der norddeutsche Bund, das südliche Hessen, die unterseeische Telegraphen-Compagnie von Malta und Corfù. Auch ist Russland noch für Sibirien beigetreten, die Pforte für die asiatische Türkei und Grossbritannien für brittisch-Ostindien. (Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern).

treten und seine Vermittlung zu einem Friedensabschlusse angenommen hat. Paris, 4. Juli 1866 *).

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 335.)

1866. Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an Seine Völker, wornach Kaiser Napoleon sich zum Vermittler eines Waffenstillstandes mit Preussen und der Einleitung von Friedensverhandlungen anerboten hat. Wien, 10. Juli 1866 **).

(R. G. B. 88, 215.)

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Handels- und Schifffahrtstractat zwischen Frankreich und Portugal. Lissabon, 11. Juli 1866.

(*Annales du commerce extérieur de France*, *Septembre 1867*, *p. 103.*)

1866. Erklärung des Kaisers der Franzosen, über die Uebergabe des ihm von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich abgetretenen Venetiens an Italien. Nikolsburg, 29. Juli 1866.

(Erwähnt im Art. II. des Prager Friedens zwischen Oesterreich und Preussen: R. G. B. 103, S. 248.)

1866. Schreiben des Kaisers der Franzosen an den König von Italien, dass er die Cession von Venetien angenommen habe und in diesem Lande durch das allgemeine Stimmrecht den Willen der Bevölkerung zum Ausspruche bringen werde. St. Cloud, 11. August 1866; durch einen officiellen Artikel im Moniteur (1. September) kundgemacht.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 413 — das Staatsarchiv, XII. Bd. 2547.)

1866. Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, wegen Durchführung der zwischen denselben vereinbarten Abtretung des lombardisch-venetianischen Königreiches an den Kaiser der Franzosen. Wien, 24. August 1866; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien am 31. August 1866.

(*Archives diplomatiques* 1867, I. 212 — das Staatsarchiv, XII. Bd. 2606.)

1866. Friedenstractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Italien, vom 3. October 1866, laut welchen das dem Kaiser der Franzosen abgetretene lombardisch-venetianische Königreich mit den Staaten Sr. Majestät des Königs von Italien vereinigt werden soll (s. Italien).

1866. Convention zwischen dem österreichischen Commissär General Möring und dem französischen Commissär General Le Boeuf, wegen Räumung der Festungen im lombardisch-venetianischen Königreiche

*) Das bezogene Schreiben des Kaisers Napoleon an den Minister Drouyn de Lhuys, vom 11. Juni 1866, s. *Archives dipl.* 1866, III. 62.

**) Die Correspondenz zwischen den beiden kaiserlichen Cabineten in Bezug auf den Friedensschluss s. in den *Archives dipl.* 1867, I. 195 und ff.

durch die k. k. Truppen, und Uebergabe dieses letzteren an den Kaiser der Franzosen in Gemässheit der Convention vom 24. August 1866. Venedig, 1. October 1866; kaiserlich-österreichische Ratificirung: Wien, 15. October 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. *Procès-verbaux* zwischen den vorgedachten Commissären, über die vollzogene Uebergabe der Festungen des lombardisch-venetianischen Königreiches an Frankreich. Peschiera, 9. October; Legnago und Mantua, 11. October; Palmanuova, 13. October; Verona, 16. October; Venedig, 19. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2607 — *Archives diplomatiques* 1866, IV. 274, 383; 1867, I. 213 ff.)

1866. Protokoll, betreffend die Uebergabe des an Frankreich abgetretenen Venetiens an das venetianische Volk. Venedig, 19. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2571.)

1866. Decret des Königs Victor Emanuel, über die Vereinigung der venetianischen Provinzen und Mantua's mit dem Königreich Italien, in Anbetracht des Ergebnisses der Volksabstimmung. Turin, 4. November 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2572.)

1866. Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich. Wien, 11. December 1866; die beiderseitigen Ratificationen daselbst ausgewechselt am 18. December 1866.

(R. G. B. 164, S. 441.)

1866. Schifffahrtsvertrag zwischen denselben, vom gleichen Datum.

(R. G. B. 165, S. 462.)

1866. Schluss-Protokoll zu diesen beiden Verträgen, vom gleichen Datum.

(R. G. B. 166, S. 468.)

1866. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich, über die Vorrechte und den Wirkungskreis der gegenseitigen Consuln in den beiden Staaten, vom gleichen Datum.

(R. G. B. 167, S. 476.)

1866. Staatsvertrag zwischen denselben, über die Behandlung der Verlassenschaften der gegenseitigen Staatsangehörigen, vom gleichen Datum.

(R. G. B. 168, S. 486.)

1866. Staatsvertrag zwischen denselben, wegen gegenseitigen Schutzes des Autorrechtes an Werken der Literatur und Kunst, vom gleichen Datum.

(R. G. B. 169, S. 493.)

1866. Kaiserlich-französisches Decret, durch welches die Bestimmungen des am 11. December 1866 zwischen Frankreich und Oesterreich geschlossenen Handelsvertrages auf Grossbritannien, Belgien, den Zollverein, Italien, die Schweiz, Schweden und Norwegen, die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, Mecklenburg-Schwerin und die Niederlande anwendbar erklärt werden. Paris, 19. December 1866 *).

(*Annales du commerce extérieur de France 1867*, *49* — *Archives diplomatiques* 1867, III. 1075.)

1866. Oesterreichische Ministerialverordnung, betreffend die mit 1. Jänner 1867 in Wirksamkeit tretende Zollbehandlung französischer, brittischer und italienischer Erzeugnisse. Wien, 20. December 1866.

(R. G. B. 172, S. 505.)

1866. Circular der französischen General-Direction des Zollwesens und der indirecten Steuern, wegen Durchführung des zwischen Frankreich und Oesterreich am 11. December 1866 geschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrages. Paris, 28. December 1866.

(*Annales du commerce extérieur de France* 1867, 242 — *Archives diplomatiques* 1867, III. 1080.)

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung, wegen Durchführung des zwischen Oesterreich und Frankreich am 11. December 1866 abgeschlossenen Staatsvertrages zum gegenseitigen Schutze der Autorrechte. Wien, 9. Jänner 1867.

(R. G. B. 11, 21.)

1867. Erlass des k. k. Finanzministers, wegen Abänderung des Eingangszolles für die in Triest und Fiume erzeugte nicht parfümirte Seife; in Folge des österreichisch-französischen Handelsvertrages vom 11. December 1866. Wien, 21. Jänner 1867.

(R. G. B. 18, S. 63.)

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung, als Nachtrag zu der Verordnung vom 20. December 1866, über die Zollbehandlung brittischer, italienischer und französischer Erzeugnisse. Wien, 10. Februar 1867.

(R. G. B. 34, S. 97.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag vom 17. Mai 1865 (s. oben), über die Correspondenz mit Algerien und Tunis.

*) Die anderen kaiserlich-französischen Decrete vom 19. December 1866, mit Detail-Bestimmungen über die Ausführung des französisch-österreichischen Handelsvertrages s. in den *Annales du commerce extérieur de France*, *Janvier* 1867.

Paris, 8. April 1867; Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 30. April 1867.

(R. G. B. 75, S. 146 — *Archives diplomatiques* 1867, III. 1409.)

1867. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Frankreich und dem Kirchenstaate. Rom, 29. Juli 1867.

(*Annales du commerce extérieur de France, Novembre* 1867, 159.)

1867. Präliminar-Convention zwischen der k. k. österreichischen und der kaiserlich-französischen Regierung, über den Beitritt Oesterreichs zu der zu ergänzenden und umzugestaltenden Münz-Convention vom 25. December 1865 (s. oben). Paris, 31. Juli 1867 *).

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern" 1868, S. 147.)

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung über die Anwendung der in den Specialtarifen B des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 11. December 1866 enthaltenen Zollbestimmungen auf die Einfuhr nach Dalmatien. Wien, 16. August 1867.

(R. G. B. 115, S. 316.)

1867. Kaiserlich-französisches Decret über die Anwendung der Bestimmungen des französisch-portugiesischen Handelsvertrages vom 11. Juli 1866 (s. oben) auch auf Oesterreich. Paris, 28. August 1867.

(*Annales du commerce extérieur de France, Septembre* 1867, 154.)

1867. Telegraphen-Vereinbarung zwischen Oesterreich, Frankreich, der Türkei und der Schweiz. Bern, 12. September 1867.

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern" 1868, S. 19.)

1867. Erlass der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend eine Berichtigung der Uebersetzung einer Tarifspost zum österreichisch-französischen Handelsvertrage vom 11. December 1866. Wien, 3. October 1867.

(R. G. B. 123, S. 327.)

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung, betreffend eine Berichtigung der deutschen Uebersetzung der Post 4 des Tarifes B zum österreichisch-französischen Handelsvertrage vom 11. December 1866. Wien, 3. October 1867.

(R. G. B. 124, S. 327.)

1867. Tractat wegen Luxemburg (s. Niederlande).

*) Ueber den Antheil Oesterreichs an den Conferenzen, welche im Jahre 1867 wegen Erzielung einer allgemeinen Münzeinigung stattgefunden, s. „Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern" 1868, S. 143 u. ff.)

1867. Kaiserlich-französisches Decret über die Anwendung der Bestimmungen des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen Frankreich und dem Kirchenstaate vom 29. Juli 1867 (s. oben) auch auf Oesterreich. Paris, 23. October 1867.

(*Annales du commerce extérieur de France, Novembre* 1867, 178.)

Genua.

(Republik.)

Diese alte Republik, welche im Kampfe der Hohenstaufen mit den Päpsten das Schicksal der lombardischen Städte theilte, und über hundert Jahre mit Pisa und Venedig mit abwechselndem Erfolge um die Seeherrschaft rang, erreichte die höchste Macht im 13. Jahrhundert, gründete Colonien am schwarzen Meere und selbst eine Niederlassung in Constantinopel. Mit der Eroberung dieser Stadt durch die Osmanen sank Genua's Handelsblüthe, zumal da es im Innern durch Parteikämpfe so zerrissen wurde, dass es sich am Anfange des 16. Jahrhunderts freiwillig den Herzogen von Mailand unterwarf. Der grosse Doria verschaffte der Republik im Jahre 1528 wieder die Unabhängigkeit. Bei dem Aachner Frieden vom 18. October 1748 erscheint die Republik Genua als Compaciscent. Im Jahre 1797 wurde sie in eine ligurische Republik umgewandelt, 1805 Frankreich, 1814 dem Königreiche Sardinien einverleibt, und diese Einverleibung durch die Wiener Congressacte (1815) bestätigt.

1748. Aachner Frieden vom 18. October 1748 (s. Frankreich).

Griechenland.

(Königreich.)

Im Jahre 1821 war der Aufstand ausgebrochen, um Griechenland der türkischen Herrschaft zu entziehen; nach mehrjährigen Kämpfen wurde unter Russlands, Grossbritanniens und Frankreichs Vermittlung die Unabhängigkeit Griechenlands von der Pforte erwirkt, durch den Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827, dann durch die Verträge von 1832—1833 Griechenland (bestehend aus Morea, Livadia, fast ganz Karli-Ili und Lepanto, ferner der Insel Negroponte, den Cycladen und einem Theile der Sporaden) zu einem erblich-monarchischen Staat erklärt und Prinz Otto von Baiern zu dessen König erhoben. Durch die Revolution vom 22. October 1862 verlor dieser jedoch den griechischen Thron, auf welchen sodann der dänische Prinz Georg berufen wurde. In Folge dessen verzichtete die königlich-grossbritannische Regierung auf ihr Protectorat über die Jonischen Inseln, welche unter Zustimmung sämmtlicher europäischer Grossmächte mit dem Königreich Griechenland vereinigt wurden (1863).

Oesterreich hat mit dem Königreich Griechenland einen Handels- und Schifffahrts-Tractat (1835, 1836) und hiezu einen Additional-Vertrag über die Behandlung der Verlassenschaften (1856), dann einen Vertrag wegen Regelung der gegenseitigen Post- und Dampfschifffahrts-Verhältnisse geschlossen (1843, 1851), der im Jahre 1867 erneuert worden ist. Griechenland ist auch Paciscent bei dem internationalen Telegraphenvertrage (1865) und der Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (1866).

1826. Acten über die griechische Angelegenheit.

(Martens, VI. 233; VII. 40; XII. 1 bis 264.)

1827. Tractat zur Pacification Griechenlands, geschlossen zwischen Grossbritannien, Frankreich und Russland. London, 6. Juli 1827.

(Martens, S. IX. 282, 465.)

1828. Tractat zwischen dem Vicekönig von Egypten und dem englischen Admiral Codrington, wegen der Räumung von Morea. Alexandria, 6. August 1828.

(Martens, VII. 679.)

1832. Tractat über die Constituirung des Königreiches Griechenland, geschlossen zwischen Baiern, Frankreich, Grossbritannien und Russland. London, 7. Mai 1832.

(Martens et Cussy, IV. 339.)

1832. Beschluss des deutschen Bundes über Anerkennung des Prinzen Otto von Baiern als König von Griechenland. Frankfurt, 4. October 1832.

(Martens, S. XV. 482.)

1832. Oesterreichische Verordnung, über die Anerkennung Griechenlands als eines unabhängigen Staates. Wien, 30. October 1832.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 500, CLXVI.)

1833. Additional-Artikel zum Tractat vom 7. Mai 1832 (s. oben). London, 30. April 1833.

(Martens et Cussy, IV. 342.)

1834. Postvertrag zwischen Oesterreich und Griechenland. Napoli di Romania, 7. März (23. Februar a. St.) 1834.

(Neumann, IV. 334.)

1835. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Griechenland. Athen, 4. März (20. Februar a. St.) 1835; in den Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 9. September (28. August a. St.) 1835.

(J. G. S. 1835, 87, S. 48 — P. G. S. Bd. 63, S. 32 — Martens, S. XVI. 744, XVIII. 92 — Martens et Cussy, IV. 417 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt, S. 450 — Neumann, IV. 369.)

1836. Berichtigung einer Stelle im 9. Artikel dieses Vertrages. Athen, 6. Jänner 1836.

(Hofkammer-Decret vom 21. März 1836: J. G. S. 1836, 133, S. 79.)

1843. Convention zwischen der General-Administration der Post im Königreiche Griechenland und der k. k. privilegirten Lloyd-Gesellschaft in Triest. Athen, 15./27. April 1843.

(Murhard, V. 270 — Neumann, IV. 523.)

1844. Denkschrift des Wiener Cabinets an die europäischen Grossmächte über die Verhältnisse des Königreiches Griechenland. Wien, 10. October 1844.

(Murhard, VII. 411.)

1850. Post-Convention zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und dem Königreich Griechenland. Athen, 9. December (27. November a. St.) 1850; ratificirt zu Wien, 22. Mai 1852; Athen, 10./22. Juni 1852.

(R. G. B. 1851, 64, S. 199 — Verordnungsblatt des k. k. österreichischen Handelsministeriums 1851, I. Bd. S. 95 — Neumann, V. 266.)

1850. Schifffahrtsvertrag zwischen dem Verwaltungsrathe der Dampfboot-Fahrten des österreichischen Lloyd und der königlich-

griechischen General-Postadministration. Athen, 8. December (26. November a. St.) 1850.

(R. G. B. 1851, 64, S. 208 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. S. 95 — Neumann, V. 278.)

1856. Additional-Artikel zu dem zwischen Oesterreich und Griechenland unterm 4. März 1835 geschlossenen Handels- und Schifffahrts-Tractate, die Behandlung der beweglichen Verlassenschaften der beiderseitigen Unterthanen betreffend. Athen, 12. Juni 1856; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 22. August 1856.

(R. G. B. 169, S. 579.)

1863. Tractat wegen Vereinigung der Jonischen Inseln mit Griechenland (s. Jonische Inseln).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz).

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich und Griechenland. Athen, 5./17. April 1867; die Ratificirungen ausgewechselt daselbst am 13./25. September 1867.

(R. G. B. 127, S. 331.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

Grossbritannien.

(Vereinigtes Königreich Grossbritannien: England, Schottland und Irland.)

Unter den beiden Georgen und Walpole's langjährigem Ministerium erhob sich England zu einer auch für das continentale Gleichgewicht entscheidenden Macht. Mit Ausnahme des siebenjährigen Krieges, in welchem es mit Preussen verbündet war, stand es zu Oesterreich fortwährend in den freundschaftlichsten Beziehungen. Im österreichischen Erbfolgekriege vermittelte es in Breslau (1741), kämpfte als Garant für die Anerkennung der pragmatischen Sanction mit seiner nach diesem Zwecke benannten „pragmatischen" Armee in Deutschland gegen die Franzosen, trennte im Wormser Tractat (1743) Sardinien von Frankreichs Sache, nahm wesentlichen Antheil am Aachner Frieden (1748). Dem baierischen Erbfolgekriege blieb es fremd, weil gleichzeitig mit seinen nordamerikanischen Colonien im schweren Kampfe begriffen; aus demselben Grunde nahm es auch keinen Einfluss auf das Schicksal Polens. Gegen Oesterreichs und Russlands Fortschritte im türkischen Kriege (1787—1792) schloss es eine enge Allianz mit Preussen, das seinerseits mit der Pforte und ebenso mit Polen ein Bündniss schloss, des letzteren neue Verfassung vom 3. Mai 1791 garantirend, während England zur See wider Russland, und Preussen zu Land wider Oesterreich rüstete. Indessen starb Joseph II.; sein Nachfolger Leopold II. war vor Allem bedacht, wegen der belgischen Insurrection und des Missvergnügens in Ungarn Frieden zu schliessen. So kam der Congress Preussens und der Seemächte (England und Niederlande) mit Oesterreich in Reichenbach (1790—1791) zu Stande, bei welchem die Grundlage zum Frieden Oesterreichs mit der Pforte gelegt wurde, welcher am 4. August 1791 zu Sistow unterzeichnet ward. In den Kriegen der ersten französischen Revolution (1792 begonnen) stand England mit Oesterreich und seinen Verbündeten gegen Frankreich (1793—1797), schloss zwar mit diesem zu Amiens Frieden (1802), der aber nur Ein Jahr dauerte, worauf es wieder mit mehr oder minderem Nachdrucke Oesterreich in seinen Kämpfen wider Frankreich unterstützte; das gute Einverständniss war nur momentan noch, wegen der Nichträumung von Cattaro (1806) und der von Napoleon eingeführten Continental-Sperre (1808), gestört worden (1809).

Grossbritannien nimmt dann an den Reichenbacher Verhandlungen (1813) und an allen Friedensverträgen (1814, 1815), sowie an den Verhandlungen der Congresse zu Wien, Aachen, Troppau, Laibach und Verona Theil (1815—1822); es bekommt die Suprematie über die Jonischen Inseln (1815), der es aber später zu Gunsten Griechenlands entsagt (1863), und ist Mitcontrahent bezüglich der Reversion von Parma (1817) und der Territorial-Veränderungen in Deutschland (1819). Ueber die an Oesterreich geleisteten Subsidien stipuliren besondere Verträge (1815, 1823). Später nimmt es mit Oesterreich Theil an den Verhandlungen über die Trennung Belgiens von Holland (1831—1839), an der Quadrupel-Allianz wegen Beilegung der orientalischen Angelegenheiten (1840--1841), sowie an den Verhandlungen wegen Unterdrückung des Sklavenhandels (1841—1842) und wegen der dänischen Successionsfrage (1852). Ebenso betheiligte sich Grossbritannien an allen grossen europäischen Transactionen der neuesten Zeit seit 1852, nahm jedoch an dem Kampfe des Jahres 1866 und der Neugestaltung Deutschlands keinen directen und activen Antheil.

Oesterreich hat überdiess mit Grossbritannien besondere Handels- und Schifffahrtsverträge (1829, 1838, 1839, 1865, 1868), sowie eine Uebereinkunft wegen der Postbeförderung (1843, 1865) abgeschlossen; bezüglich der Erhebung von Pensionen (1820), der Vermögens-Freizügigkeit (1829), der gebührenfreien Ertheilung des Exequatur (1836), dann hinsichtlich der gerichtlichen Requisitionen und der Verlassenschafts-Abhandlungen erfolgten besondere Erklärungen und Bekanntmachungen (1829, 1842, 1846, 1856); auch besteht eine Uebereinkunft hinsichtlich der Auslieferung desertirter Matrosen (1852, 1861) und wegen des Durchzuges der Auswanderer (1866).

1741. Subsidien-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und dem König von Grossbritannien. Hannover, 13./24. Juni 1741.

(Martens, S. I. 262.)

1742. Garantie des Breslauer Friedens (s. Preussen) von Seite Grossbritanniens. Kensington, 24. Juni 1742.

(Wenck, I. 781.)

1742. Allianz-Tractat zwischen Grossbritannien und Preussen, mit der Garantie des zwischen Oesterreich und Preussen geschlossenen Berliner Friedens von Seite Englands (s. Preussen). Westmünster, 18. November 1742.

(Wenck, I. 640.)

1743. Allianz-Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, dem König von England und dem König von Sardinien. Worms, 13. September 1743.

(Wenck, I. 677.)

1744. Neuer Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen und dem König von Grossbritannien. . . ., 11. August 1744.

(Citirt in de Lucca's politischem Codex, T. XI. p. 110.)

1745. Quadrupel-Allianz zwischen der Kaiserin Königin Maria Theresia, dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, Friedrich August, dem König von Grossbritannien, Georg II., und den Generalstaaten der vereinigten Niederlande, zur Erhaltung der Ruhe in Europa. Warschau, 8. Jänner 1745.

(Wenck, II. 171.)

1745. Erklärung des Königs von Polen, Churfürsten von Sachsen, bei Auswechslung der Ratificirungen des vorgedachten Warschauer Tractates. Dresden, 15. März 1745.

(Martens, S. III. 24.)

1745. Frieden zu Dresden (s. Preussen).

1748. Tractat definitiver Allianz zwischen der Kaiserin Königin, den Königen von Grossbritannien und Sardinien und den vereinigten Provinzen der Niederlande, wegen des Krieges wider Frankreich. Haag, 26. Jänner 1748.

(Wenck, II. 410.)

1748. Friedensschluss zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Besondere Convention zwischen der Kaiserin Königin und dem Könige von Grossbritannien über den Vollzug des Aachner Friedens. Aachen, 24. October 1748.

(Wenck, II. 361.)

1750. Garantie zu dem Dresdner Frieden (s. Preussen) von Seite Grossbritanniens. Herrnhausen, 14. Juli 1750.

(Wenck, II. 527.)

1750. Convention zwischen den beiden Seemächten (England und Holland), dem Hofe von Wien und dem Churfürsten von Baiern, wegen Mirandola und Concordia. Hannover, 22. August 1750.

(Wenck, II. 461.)

1750. Beitritt des Königs von Grossbritannien zum Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Russland, vom Jahre 1746 (s. Russland). Petersburg, 30. October 1750.

(Grundriss der europäischen Staatshändel, von Fr. v. Martens, S. 241 — Martens, S. III. 26.)

1751. Garantie Englands zu dem Dresdner Frieden vom 25. December 1745 (s. Preussen).

(Pölitz, S. 265.)

1790. Erklärung der bevollmächtigten Minister des Königs von Ungarn und Böhmen, Leopold II., und des Königs von Preussen, wegen Vermittlung eines Friedensschlusses mit der ottomanischen Pforte, dann Erklärung des königlich-preussischen Ministers, bezüglich der österreichisch-belgischen Länder. Reichenbach, 27. Juli 1790 (siehe Preussen).

(Martens, III. 170 bis 174 — Neumann, I. 414.)

1790. Ratification des Kaisers Leopold II. zu der Reichenbacher Erklärung, in Betreff der österreichisch-belgischen Provinzen. Wien, 1. August 1790.

(Martens, IV. 566 — Neumann, I. 419.)

1790. Desgleichen in Betreff des Friedens mit der Pforte. Wien, 2. August 1790.

(Martens, IV. 465 — Neumann, I. 417.)

1790. Ratification des Königs von Preussen zu den vorbemeldeten Reichenbacher Erklärungen. Schönwalde in Schlesien, 5. August 1790.

(Martens, IV. 568 — Neumann, I. 419.)

1790. Garantie der Seemächte (Grossbritannien und Holland) zu vorstehenden Erklärungen. Reichenbach, 27. Juli 1790.

(Martens, IV. 568 — Neumann, I. 420.)

1790. Beschluss der niederländischen Generalstaaten, über die Reichenbacher Convention. Haag, 23. August 1790.

(Martens, IV. 569 — Neumann, I. 421.)

1790. Convention zwischen den bevollmächtigten Ministern des Kaisers Leopold II., der Könige von Grossbritannien und von Preussen und der niederländischen Generalstaaten. Haag, 10. December 1790 (wurde nicht ratificirt).

(Martens, III. 342; V. Table, p. 61 — Neumann, I. 435.)

1791. Sistower Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser und der ottomanischen Pforte, unter Vermittlung Grossbritanniens, Preussens und der niederländischen Generalstaaten (s. Türkei).

1793. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und dem König von Grossbritannien, ihre gemeinschaftliche Kriegführung gegen Frankreich betreffend. London, 30. August 1793.

(Martens, V. 171 — Neumann, I. 497.)

1793. Ratification des Königs von Grossbritannien zu vorstehender Convention. London, 7. October 1793.

(Neumann, I. 499.)

1795. Convention zwischen denselben, über die Eröffnung eines Anleihens von Seite Oesterreichs zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich. Wien, 4. Mai 1795.

(Martens, VI. 509 — Neumann, I. 523.)

1795. Separat-Artikel zu der vorstehenden Convention. Wien, 4. Mai 1795; grossbritannische Ratification: London, 21. Mai 1795.

(Neumann, I. 526.)

1795. Allianz-Tractat zwischen dem römischen Kaiser und dem König von England. Wien, 20. Mai 1795.

(Martens VI. 522 — Neumann, I. 528.)

1795. Declaration Grossbritanniens in Betreff ihres mit Oesterreich und Russland geschlossenen Allianzvertrages. St. Petersburg, 17./28. September 1795.

(Neumann, I. 532.)

1795. Tripel-Allianz zwischen Oesterreich, Russland und Grossbritannien., 28. September 1795.

(Martens, guide etc. I. 622.)

1797. Subsidien-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien. Westmünster 16. Mai 1797; ratificirt zu London, am 16. Februar 1800.

(Neumann, I. 573.)

1800. Convention über die Räumung von Genua (s. Frankreich).

1800. Convention zwischen dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und dem König von Grossbritannien, wegen eines Anleihens von zwei Millionen Pfund Sterling. Wien, 20. Juni 1800.

(Martens, VII. 387 — Neumann, I. 601.)

1802. Friedens-Tractat zwischen Grossbritannien einerseits und Frankreich, Spanien und der batavischen Republik (Holland) andererseits. Amiens, 27. März 1802; nebst Accession der ottomanischen Pforte, vom 13. Mai 1802.

(Martens et Cussy, II. 271.)

1802. Beitritt Oesterreichs zum X. Artikel dieses Tractats, bezüglich Malta's (s. Frankreich).

1803. Kriegserklärung Grossbritanniens an Frankreich., 18. März 1803.

(Pölitz, S. 326.)

1803. Neutralitäts-Erklärung Oesterreichs (s. Frankreich).

1805. Beitritt Oesterreichs zu der zwischen Grossbritannien und Russland gegen Frankreich abgeschlossenen Convention von Petersburg, 30. März (11. April a. St.) 1805. Petersburg, 28. Juli (9. August a. St.) 1805.

(Martens, S. IV. 160, 169 bis 177 — Neumann, II. 139 bis 154.)

1806. Oesterreichisches Manifest, das den englischen und russischen Schiffen den Eintritt in die österreichischen Häfen untersagt. . ., 30. Mai 1806.

(Martens, I. 434 — Neumann, II. 223.)

1808. Erklärung des österreichischen Hofes über sein Zerwürfniss mit Grossbritannien. Wien, 18. Februar 1808.

(Martens, S. V. 608 – *Moniteur universel* 1808, 66, p. 261.)

1809. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien gegen Frankreich. London, 24. April 1809; grossbritannische Ratification: Windsor, 29. Juli 1809.

(Neumann, II. 300.)

1809. Separat-Artikel zu vorstehendem Tractate. London, 24. April 1809; grossbritannische Ratification: Windsor, 29. Juli 1809.

(Neumann, II. 308.)

1813. Präliminar-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien gegen Frankreich. Teplitz. 3. October 1813.

(P. G. S. Bd. 41, S. 81 — Martens, S. V. 607 — Neumann, II. 379.)

1813. Convention zwischen Oesterreich, Russland, Preussen, Grossbritannien und Schweden, über die Mittel der Kriegführung gegen Frankreich. Leipzig, 21. October 1813.

(Martens, S. V. 615.)

1813. Verhandlungen wegen des Krieges wider Frankreich, geschlossen in Reichenbach (s. Preussen).

1814, 1815. Allianz der verbündeten Mächte gegen Napoleon Bonaparte, erster Pariser Frieden und Verhandlungen des Wiener Congresses (s. Deutschland und Frankreich).

1814. Allianz - Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen. Chaumont, 1. März 1814.

(Martens, S. V. 683 — Neumann, II. 440.)

1814. Geheime Artikel zu vorstehendem Allianz-Tractat.

(*Archives diplomatiques*, III. 975.)

1814. Erklärung der verbündeten Mächte über die feierliche Bestätigung ihrer Allianz, aus Anlass des Bruches der in Chatillon anhängigen Verhandlungen. Vitry, 25. März 1814.

(Martens, S. V. 688 — Neumann, II. 445.)

1814. Convention zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen, wegen Erhaltung ihrer Heere auf dem Kriegsfuss, mit Rücksicht auf die Tractate von Chaumont und Paris. London, 29. Juni 1814; grossbritannische Ratification: London, 11. August 1814.

(Martens, S. VI. 40 — Neumann, II. 488.)

1815. Geheimer Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien und Frankreich (s. dieses).

1815. Erklärung der verbündeten Mächte gegen den Negerhandel (s. Frankreich).

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien, Russland und Preussen, zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814. Wien, 25. März 1815 *).

(Martens, S. VI. 112 — Murhard, I. 430 — Neumann, II. 516.)

1815. Convention vom 23. April 1815, Baiern betreffend (s. dieses).

1815. Besondere Erklärung Grossbritanniens über den Wiener Allianz-Tractat vom 25. März 1815. London, 25. April 1815.

(Martens, S. VI. 116 — Neumann, II. 553.)

1815. Zusatz-Convention zu dem Wiener Allianz-Tractate vom 25. März 1815, die von Grossbritannien an Oesterreich, Russland und Preussen zu leistenden Subsidien betreffend. Wien, 30. April 1815.

(Martens, S. VI. 121 — Neumann, II. 564.)

1815. Gegenerklärung Oesterreichs, Russlands und Preussens auf die grossbritannische Erklärung vom 25. April 1815. Wien, 9. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 118 — Neumann, II. 554.)

1815. Sitzungs-Protokoll des Wiener Congresses über die Erneuerung des Tractates von Chaumont. Wien, 25. Mai 1815.

(Martens, I. 428 — Neumann, II. 520.)

1815. Conferenz der Bevollmächtigten Oesterreichs, Grossbritanniens, Frankreichs, Preussens und Russlands, über die bezüglich der Jonischen Inseln zu treffende Verfügung. Wien, 4. Juni 1815.

(Murhard, S. V. 499 — Neumann, II. 673.)

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Grossbritannien, Oesterreich, Russland und Preussen, wegen Verwahrung Napoleons durch die englische Regierung unter Aufsicht von österreichischen, russischen und preussischen Commissären. Paris, 2. August 1815.

(Martens, II. 605 — Neumann, III. 36.)

1815. Convention zwischen denselben, wegen Bestimmung über die Jonischen Inseln. Paris, 5. November 1815.

(P. G. S. Bd. 43, 354 — Martens, S. VI — Neumann, III. 58.)

1815. Zweiter Pariser Frieden und diessfällige Verhandlungen (s. Frankreich).

*) Die bezüglichen Acten, dann die Beitrittserklärungen Hannovers, Portugals, Sardiniens, Baierns u. a. m. sehe man bei Martens, S. VI. 112, 156, 170, 666 — Acten des Wiener Congresses, Heft I — De Clercq, II. 447 u. ff.

1815. Allianz - Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen, wegen Vollzuges des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 734 — Neumann, III. 75, 78, 80.)

1815. Convention, die Reclamationen der grossbritannischen Unterthanen an die französische Regierung betreffend (s. Frankreich).

1816. Beitritt Grossbritanniens zur österreichisch-hessischen Convention vom 30. Juni 1816 (s. Preussen).

1817. Tractat über die Reversion von Parma u. s. w. (siehe Spanien).

1818. Aachner Congress (s. Frankreich).

1819. Französische Entschädigung (s. Frankreich).

1819. Frankfurter Territorial-Recess, geschlossen zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland (s. Deutschland).

1820. Oesterreichische Kundmachung über die Erfordernisse zur Erlangung der Gebühren von Seite der aus königlich-englischen Diensten Entlassenen.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. December 1820: P. G. S. Bd. 48, S. 492.)

1820—1822. Neapolitanische und sardinische Revolution, Congress in Troppau und Laibach (s. Sicilien und Sardinien), spanische Revolution, Congress in Verona (s. Spanien).

1822. Beschluss des Congresses zu Verona gegen den Sclavenhandel (s. Frankreich).

1823. Convention zwischen Oesterreich und Grossbritannien, wegen definitiver Berichtigung des von Oesterreich an Grossbritannien schuldigen Anleihens. Wien, 17. November 1823.

(Martens, S. X. 377 — Martens et Cussy, III. 576 — Neumann, IV. 68.)

1829. Englische Ministerial-Erklärung über die im vereinigten Königreiche Grossbritannien bestehende Vermögens - Freizügigkeit. London, 14. April 1829.

(Meine „Behandlung der Ausländer," S. 66 — Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1829. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien. London, 21. December 1829; ratificirt am 26. Februar 1830.

(Martens, S. XII. 400 — P. G. S. Bd. 57, S. 761.)

1830. Ausdehnung dieses Tractates auf die auswärtigen brittischen Besitzungen. London, 7. April; Wien, 23. Juli 1830.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 11. August 1830: P. G. S. Bd. 58, S. 189.)

1831. Londoner Conferenz wegen Belgien und Holland (s. Belgien und Niederlande).

1836. Note des königlich-grossbritannischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Lord Palmerston an den k. k. Geschäftsträger in London, besagend, dass künftighin das Exequatur den Bestellungs-Diplomen der österreichischen Consular-Functionäre ohne Abforderung einer Taxe ertheilt werden wird. London, 28. März 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1836. Circular-Erlass des königlich-grossbritannischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, über die Abstellung der Einhebung einer Taxe für die Ertheilung des Exequatur an fremde Consular-Functionäre, allen Staaten gegenüber. London, 28. März 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1838. Erneuerter Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien. Wien, 3. Juli 1838; die Ratificationen ausgewechselt in Mailand, 14. September 1838, wobei einige Stellen des Tractates näher bestimmt wurden.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838: J. G. S. 301, S. 280 — P. G. S. Bd. 66, S. 416 — Martens, S. XIX. 627 — Martens et Cussy, IV. 325 — Neumann, IV. 396.)

1838. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Grossbritannien und der Türkei, geschlossen zu Balta-Liman am 16. August 1838, und sohin auf Oesterreich angewendet (s. Türkei).

1839. Erfordernisse zur Einfuhr österreichischer Erzeugnisse nach Grossbritannien und den übrigen brittischen Besitzungen auf österreichischen Schiffen, auch dann, wenn deren Ausfuhr im Norden auf der Elbe stattfand — in Gemässheit des Handels-Tractates von 1838.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 21. März 1839: P. G. S. Bd. 67, S. 54.)

1840. Quadrupel-Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits, und der ottomanischen Pforte andererseits, wegen Pacificirung der Levante und Beilegung der Differenzen mit dem Vicekönig von Egypten, geschlossen zu London, 15. Juli 1840 (s. Türkei).

1841. Conferenz der Bevollmächtigten Oesterreichs, Grossbritanniens, Preussens, Russlands und der ottomanischen Pforte, über die orientalischen Angelegenheiten.

(Murhard, n. r. II. 126.)

1841. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits, und der ottomanischen Pforte andererseits, wegen Festhaltung des Grundsatzes, dass den fremden Kriegsschiffen in Friedenszeiten die Durchfahrt durch die Meerenge der Dardanellen und des Bosphorus untersagt sein soll. London, 13. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 128 — Neumann, IV. 466.)

1841. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich *), Grossbritannien, Preussen und Russland, wegen Unterdrückung des Sclavenhandels. London, 20. December 1841.

(P. G. S. Bd. 71, S. 63 — J. G. S. 578, S. 658 — Murhard, II. 392, 508 — Neumann, IV. 473.)

1842. Oesterreichische Kundmachung über die nach der brittischen Gerichtsverfassung dortlands einzuleitende Vollstreckung eines Urtheils. Wien, 31. Jänner 1842.

(J. G. S. 595, S. 8.)

1843. Uebereinkunft wegen Aufhebung des Grenz-Frankaturzwanges bezüglich der Correspondenz zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien und den englischen Besitzungen und Colonien. Paris, 30. November 1843.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 20. Jänner 1844: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt, S. 137, 81.)

1844. Correspondenz zwischen dem österreichischen und dem grossbritannischen Ministerium, bezüglich des türkischen Zolltarifes (s. Türkei).

1846. Kundmachung über die Ausführbarkeit der Requisitionen österreichischer Gerichtsbehörden im Königreich Grossbritannien. Wien, 10. December 1846.

(Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846: J. G. S. 1008, S. 394.)

1852. Königlich-grossbritannischer geheimer Rathsbefehl, bezüglich der Auslieferung der von österreichischen Handelsschiffen in englische Häfen entweichenden Matrosen, und reciproke österreichische Verfügung. London, 16. October; Wien, 28. November 1852.

(R. G. B. 254, S. 146 — Neumann, V. 742.)

1852. Tractat wegen der Succession in Dänemark (s. dieses).

1854. Staatsacten während des russisch-türkischen Krieges (siehe Frankreich).

1856. Acten über den Friedensschluss nach vorgedachtem russisch-türkischem Kriege (s. Frankreich).

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums, betreffend die Behandlung der im österreichischen Kaiserstaate befindlichen beweglichen Nachlässe verstorbener Angehörigen der vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland. Wien, 26. Juni 1856.

(R. G. B. 115, S. 352.)

*) Die Ratificationen wurden nur zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland ausgewechselt (in London am 24. Jänner 1842), weil Frankreich von diesem Tractat zurücktrat. — Den Beitritt Belgiens (24. Februar 1848) s. man oben bei Belgien.

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (siehe Dänemark).

1857. Staatsvertrag über die Verhältnisse von Neuenburg (siehe Schweiz).

1857. Staatsvertrag über die Grenze zwischen Russland und der Türkei u. s. w. (s. Frankreich).

1858. Staatsvertrag, die Walachei und die Moldau betreffend (s. Frankreich).

1860. Reglement wegen der Schifffahrts-Polizei auf der Donau (s. Frankreich).

1860. Staatsvertrag wegen der Unterdrückung der Unruhen in Syrien (s. Frankreich).

1861. Beitritt Oesterreichs zu den Bestimmungen der Colonial-Parlamentsacte von Neu-Süd-Wales, vom 6. December 1852, wegen Hintanhaltung der Desertion und anderer Vergehen der Seeleute. Wien, 25. October 1861.

(R. G. B. 106, S. 486.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1863. Tractat in Betreff der Vereinigung der Jonischen Inseln mit dem Königreich Griechenland (s. Jonische Inseln).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Schifffahrts-Acte für die Donaumündungen (s. Frankreich).

1865. Postvertrag zwischen Oesterreich und den vereinigten Königreichen Grossbritannien und Irland. London, 16. October 1865.

(Post-Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1865. Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Grossbritannien, nebst bezüglichem Schlussprotokolle. Wien, 16. December 1865; kaiserliche Ratification: Wien, 29. December 1865; die Ratificirungen zu Wien ausgewechselt am 4. Jänner 1866.

(R. G. B. 1866, 2, S. 4.)

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Proclamation der Königin von Grossbritannien über ihre Neutralität während des Krieges zwischen Oesterreich, Preussen und Italien. Schloss Windsor, 27. Juni 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 141.)

1866. Bekanntmachung der königlich-grossbritannischen Auswanderungs-Commissarien, zur Richtschnur von fremden durch Grossbritannien passirenden Auswanderern. London, November 1866 (Mittheilung des königlich-grossbritannischen Botschafters an den k. k. Minister des Aeussern: Wien, 12. Jänner 1867).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern — *Annuario marittimo* 1868, S. 173.)

1866. Oesterreichische Ministerialverordnung vom 20. December 1866, über die Zollbehandlung brittischer, italienischer und französischer Erzeugnisse (s. Frankreich).

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung vom 26. Februar 1867, über die am 1. März 1867 in Wirksamkeit tretende Zollbehandlung brittischer Erzeugnisse (s. Preussen).

1867. Tractat wegen Luxemburg (s. Niederlande).

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1868. Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Grossbritannien (s. Nachträge).

Hamburg.

(Freie Stadt.)

Die ehemalige freie Reichs- und Hansestadt Hamburg, im Reichs-Deputations-Recesse (1803) als freie und unmittelbare Reichsstadt anerkannt, wurde nach der Auflösung des deutschen Reiches (1806) durch ein Decret Napoleons vom 20. August 1811 dem französischen Kaiserreiche einverleibt, als Hauptstadt des Departemens der Elbemündung. Im Jahre 1813 kämpfte sich Hamburg von der französischen Herrschaft los und trat der grossen Allianz und sohin dem deutschen Bunde bei (1815). Mit Oesterreich contrahirte es bezüglich der Elbeschifffahrt (1821, 1844, 1846, 1851, 1852, 1854, 1863) und der Gleichstellung der Flaggen (1839), dann wegen Auslieferung der Verbrecher (1855). Es erliess übrigens noch besondere Kundmachungen wegen des Ankerns in der Elbe (1842), sowie über die Vermögens-Freizügigkeit (1823), und gehört zu den Staaten, wo die fürstlich Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung bestand, mit welcher Oesterreich einen Postvertrag abgeschlossen hatte (1843); auch ist es dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851) der Eisenacher Verpflegs-Convention (1866) und dem internationalen Telegraphenvertrage (1865, 1867) beigetreten. Im Jahre 1866 trat Hamburg gleich den anderen Hansestädten in den norddeutschen Bund ein.

1803. Entschädigung der Stadt Hamburg durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senates der Stadt Hamburg zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1823. Rathsbeschluss des Hamburger Senats, über die in Hamburg stattgefundene Aufhebung der Auswanderersteuer und der Nachsteuer gegen alle Staaten, die eine Reciprocität beobachten. Hamburg, 16. Juni 1823.

(Hofkanzlei-Präsidial-Eröffnung vom 12. August 1823: Linden, S. 65 — Meine „Behandlung der Ausländer.")

1824, 1836. Ergänzende Bestimmungen zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1839. Declarationen zwischen Oesterreich und Hamburg, in Betreff gegenseitiger Gleichstellung ihrer Flaggen rücksichtlich der Schiffs-Abgaben. Wien, 25. März 1839; Hamburg, 5. Februar 1839.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1842. Mandat der Hamburger Rathsversammlung gegen das Ankern von Fahrzeugen im Fahrwasser der Elbe etc. auf Hamburg'schem Gebiete nahe oberhalb Altona, als Erneuerung der Mandate vom 25. Juli 1821 und 26. Mai 1824. Hamburg, 6. Juni 1842.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt, S. 393.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844, 1846. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (siehe Preussen).

1851. Beitritt der freien Stadt Hamburg zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 22. Jänner 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. I. S. 55; 1852, Bd. I. S. 106.)

1851, 1852, 1854. Elbeschifffahrts-Revision (s. Preussen).

1855. Uebereinkommen wegen Auslieferung gemeiner Verbrecher (s. Deutschland).

1855. Additional-Vertrag des deutschen Postvereins (siehe Preussen).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Hamburger Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 65.)

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (siehe Dänemark).

1863. Vereinbarung wegen des Elbezolles zu Wittenberg (siehe Preussen).

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Beitritt Hamburgs zur Eisenacher Verpflegungs-Convention. (R. G. B. 59, S. 141.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

Hannover.

(Königreich.)

Das Königreich (früher, und zwar seit 1692 Churfürstenthum) Hannover wurde aus verschiedenen nach und nach zusammengebrachten Gebietstheilen gebildet, welche in den Besitz der jüngeren Linie des Hauses Braunschweig, der Braunschweig-Lüneburg'schen Linie, kamen (s. Braunschweig, S. 54). Den Königstitel nahm der Churfürst von Braunschweig-Lüneburg (zugleich König von Grossbritannien und Irland) nach Beendigung des französischen Krieges (1814) an.

Seit der Churfürst von Hannover Georg I. auf den Thron Englands berufen ward, ist Hannover während der Dauer seiner Personal-Union mit England (durch 123 Jahre, von 1714 bis 1837) in des letzteren Politik verflochten, und in allen Kriegen mit Frankreich für dieses der erste Angriffspunkt und oft willkommene Beute gewesen. Von 1800 bis 1805 abwechselnd durch Preussen und Frankreich besetzt, ward — nachdem es durch den Reichs-Deputations-Recess (1803) mit der Erwerbung des Bisthums Osnabrück vergrössert worden war — dessen südliches Gebiet dem neugeschaffenen Königreich Westphalen einverleibt (1807) und das nördliche mit dem französischen Kaiserreich vereinigt (1811), beides jedoch in Folge der Kriegsereignisse von 1813 bis 1815 (mit Hildesheim und Ostfriesland vergrössert) seinem legitimen Souverän zurückgegeben, welcher der grossen Allianz wider Frankreich und sohin dem deutschen Bunde beitrat (1815). Nach dem kinderlosen Tode des Königs Georg IV. von England und Hannover hörte die Personal-Union zwischen beiden Königreichen auf (1837), indem in England zu Folge der cognatischen Erbfolge Königin Victoria, in Hannover aber, wo die gemischte Erbfolge besteht, ihr Oheim Ernst August auf dem Throne folgte. Im Jahre 1866 an dem Kampfe gegen Preussen theilnehmend, wurde Hannover besiegt, worauf der König Wilhelm I. von Preussen durch Patent vom 3. October auf Grund des Einverleibungsgesetzes vom 20. September desselben Jahres vom Königreiche Hannover Besitz nahm und es mit seinem Reiche verband.

Zwischen Oesterreich und Hannover bestanden, ausser allgemeinen Stipulationen bezüglich der Elbe-Schifffahrt (1821, 1844, 1846, 1851, 1852), namentlich wegen Abschaffung des Stader- und Braunshausener Zolles (1861) und der Post (1844, 1851), noch besondere Uebereinkommen in Betreff der Seeschifffahrt (1832), der Vermögens-Freizügigkeit (1837, 1853), der Giltigkeit der gegenseitigen Leichenpässe (1856). Auch gehörte Hannover zu den Mitcontrahenten der österreichisch-preussischen Zollverträge (1853, 1865) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853). Besondere Kundmachungen erfolgten noch bezüglich der Verlassenschafts-Abhandlungen (1858) und der Aufhebung des Passvisa-Zwanges (1862).

1803. Entschädigung Sr. Majestät des Königs von England als Churfürsten von Braunschweig, im Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1814. Note des hannoveranischen Ministers an den Congress zu Wien mit der Eröffnung, dass der Churfürst von Braunschweig-Lüneburg den Titel eines Königs von Hannover angenommen hat. Wien, 12. October 1814.

(Klüber, I. 64, 65.)

1815. Beitritt des Königs von Hannover zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 13./25. April 1815.

(Martens, S. VI. 124 — Neumann, II. 551.)

1815. Beitritt Hannovers zu dem Allianz-Tractate zwischen Oesterreich, England und Frankreich vom 3. Jänner 1815, wegen Aufrechthaltung des Pariser Friedens (s. Frankreich).

1815. Wiener Congress-Acte mit den Bestimmungen über die Errichtung und die Bestandtheile des Königreiches Hannover, und deutsche Bundes-Acte (s. Deutschland).

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1832. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Hannover, wegen Gleichstellung der beiderseitigen Flaggen in den Häfen beider Staaten. Hannover, 7. Mai; Wien 19. Mai 1832.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 23. Mai 1832: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt, S. 251.)

1837. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Hannover, wegen Ausdehnung der bundesmässigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen der österreichischen Monarchie. Hannover, 26. April; Wien, 20. Mai 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1857: J. G. S. 1837, 213, S. 134 — P. G. S. Bd. 65, S. 428 — Murhard, n. r. II. 546 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1837, Notizenblatt, S. 285 — Neumann, IV. 383.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Staaten (s. Preussen).

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrt-Acte vom Jahre 1821; diessfällige Elbezoll-Ermässigungen (s. Preussen).

1844. Uebereinkunft zwischen der königlich-sächsischen und der königlich-hannover'schen Regierung, wodurch eine vollständige Frankirungsfreiheit für die Briefe aus den k. k. österreichischen Staaten nach dem Königreiche Hannover ermöglicht wird. Hannover, 25. April 1844.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 18. October 1844: P. G. S. Bd. 72, S. 249 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 76 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 4, S. 318.)

1846. Kundmachung über die Elbezoll - Richter u. s. w., dann Kundmachung über Rhederei und Schifferbefugnisse bei der Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1851. Beitritt Hannovers zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. II. S. 271.)

1851. Dritte Elbeschifffahrts-Revision;

1852. Elbezoll-Ermässigungen (s. Preussen).

1853. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Hannover, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auf Ungarn, Croatien, Slavonien, Siebenbürgen, die Woywodschaft Serbien und das Temeser Banat. Hannover, 24. Mai; Wien, 23. Juni 1853.

(R. G. B. 149, S. 83 — Neumann, VI. 75.)

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Hannover über die Leichenpässe. Hannover, 2. Juli 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Hannover'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 54.)

1853. Beitritt Hannovers zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Elbeschifffahrts-Revision (s. Preussen).

1855. Additional-Vertrag des deutschen Postvereins (s. Preussen).

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (siehe Dänemark).

1858. Verordnung des k. k. Justizministeriums, in Betreff des Benehmens der österreichischen Gerichte bei Todesfällen königlich-hannover'scher Staatsangehöriger. Wien, 29. December 1858.

(R. G. B. 1859, 3, S. 2.)

1861. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Belgien, Brasilien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Mecklenburg-Schwerin, den Niederlanden, Portugal, Preussen, Russland, Schweden und Norwegen, dann den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits, und Hannover andererseits, wegen Aufhebung des Staderoder Brunshauser Zolles auf der Elbe. Hannover, 22. Juni; die österreichische und hannover'sche Ratification daselbst ausgewechselt am 18. Juli 1861.

(R. G. B. 103, S. 473.)

1862. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, über die Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisa-Zwanges in Folge Uebereinkommens mit der königlich-hannover'schen Regierung. Wien, 27. October 1862.

(R. G. B. 84, S. 235.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1865. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und dem deutschen Zollvereine (s. Deutschland).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Königlich-preussisches Patent wegen Besitznahme des ehemaligen Königreiches Hannover. Schloss Babelsberg, 3. October 1866.

(Glaser, I. S. 75 — Das Staatsarchiv XI. 2403.)

Hessen-Cassel.

(oder Churhessen.)

Die Besitzungen des hessischen Fürstenhauses waren in letzter Zeit in drei selbstständige Staaten getrennt gewesen: Churhessen (Hessen-Cassel), Grossherzogthum Hessen (Hessen-Darmstadt) und Landgrafschaft Hessen-Homburg.

Im österreichischen Erbfolgekriege (1741—1745) hielt der Landgraf von Hessen-Cassel, welcher durch seine Verehelichung mit Ulrike, Schwester Carl des XII., auch König von Schweden geworden war, mit Baiern wider Oesterreich. Während der Napoleonischen Epoche wurde Hessen-Cassel, welches in Folge des Reichs-Deputations-Recesses die Churwürde erlangt hatte (1803), in Gemässheit des Tilsiter Friedens dem Königreiche Westphalen einverleibt (1807), mit Ausnahme der Grafschaft Hanau, die zum Grossherzogthum Frankfurt geschlagen wurde. Nachdem der Churfürst der grossen Allianz wider Napoleon beigetreten war (1813), erhielt er sein Land wieder (noch durch Fulda vergrössert) und nahm den Titel königliche Hoheit an (1815). Die durch diese politische Veränderungen nöthig gewordene Regulirung des Staatsschuldenwesens wurde durch besondere Verträge normirt (1814, 1828). In Folge des Krieges vom Jahre 1866 nahm der König Wilhelm von Preussen am 3. October 1866 auf Grund des Einverleibungsgesetzes vom 20. September 1866 vom Churfürstenthume Hessen, nach Abtretung einiger Enclaven an Hessen-Darmstadt, Besitz, wobei der Churfürst vertragsmässig auf die Regierung gegen lebenslängliche Nutzniessung des Gesammt-Familienfideicommisses und ein Capital verzichtete.

Mit Oesterreich insbesondere hatte Churhessen einen Vertrag zur Einführung einer gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit abgeschlossen (1837); auch wurden in beiden Ländern eigene Verordnungen in Betreff der wandernden Handwerksburschen (1830) und der Schüblinge (1837) kundgemacht; endlich gehörte Churhessen zum Gebiete der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Post-Administration (1843), und war dem österreichisch-deutschen Postvereine (1851), dem österreichisch - preussischen Zollverträgen (1853, 1865), sowie der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) beigetreten.

1742. Allianzvertrag zwischen dem Kaiser Carl VII. und dem Könige Friedrich von Schweden, als Landgrafen von Hessen-Cassel, nebst vier geheimen Artikeln. Frankfurt am Main, 2. März 1742.

(Aretin, Anhang 74 — Koch, table etc. I. 349.)

1744. Allianzvertrag zwischen Kaiser Carl VII., dem Könige von Preussen, als Churfürsten von Brandenburg, dem Churfürsten von der Pfalz und dem Könige von Schweden, als Landgrafen von Hessen-Cassel. Frankfurt, am Main, 22. Mai 1744 (gewöhnlich die Frankfurter Union genannt).

(Wenck, II. 163 — Koch, I. 391.)

1744. Beitritt Frankreichs hierzu.

(Koch, I. 389, 391.)

1744. Separat- und geheimer Artikel hierzu, dann Garantie Frankreichs.

(S. Aretin, S. 65.)

1763. Beitritt Hessen-Cassels zu dem Hubertsburger Frieden (s. Preussen).

1795. Friedenstractat zwischen dem Landgrafen von Hessen-Cassel und der französischen Republik. Basel, 28. August 1795 (s. Preussen).

(Martens, VI. 548.)

1803. Entschädigung des Landgrafen von Hessen-Cassel durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1807. Constitution für das aus mehreren mitteldeutschen Gebieten vom Kaiser Napoleon gebildete Königreich Westphalen (s. Westphalen).

1807. Beitritt des Königreiches Westphalen zum Rheinbunde (s. Deutschland).

1809. Kaiserlich-österreichische Verordnung, wegen Verhängung des Sequesters gegen das Vermögen des Königs von Westphalen und seiner Unterthanen (s. Westphalen).

1810. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, wegen Aufhebung des Sequesters in den rheinischen Bundesstaaten (s. Deutschland).

1813. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und seinen Alliirten einerseits und dem Churfürsten von Hessen andererseits, über den Beitritt des letzteren zur grossen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 2. December 1813.

(Martens, S. V. 651 — Neumann, II. 398.)

1814. Convention zwischen Sr. churfürstlichen Durchlaucht von Hessen und dem Central-Administrations-Departement für die eroberten Länder, Namens der hohen alliirten Mächte, zur Feststellung der Normal-Grundsätze, nach welchen die zwischen der Grafschaft Hanau und dem ehemaligen Grossherzogthume Frankfurt gemeinschaftlichen Interessen in Betreff der Staatsschulden und Staatsdiener auseinander gesetzt werden sollen. Cassel, 14. März 1814.

(Martens, S. VII. 299.)

1815. Beitritt des Churfürsten von Hessen zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Note der Bevollmächtigten des Churfürsten von Hessen an den Wiener Congress, über die Beibehaltung des churfürstlichen Titels und die Annahme des Titels: „Königliche Hoheit.“ Wien, 28. April 1815.

(Klüber, VI. 201.)

1815. Artikel über die Flussschifffahrt. — XVI. Beilage der Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1815. Territorial-Abtretungs- und Austauschvertrag zwischen dem König von Preussen und dem Churfürsten von Hessen. Cassel, 16. October 1815.

(Martens, S. VII. 331.)

1828. Hauptvertrag zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern, Churhessen und Frankfurt, über die Ausgleichung der grossherzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departements-Lasten (s. Frankfurt).

1830. Kundmachung einer churhessischen Verordnung über den Eintritt der ausländischen Handwerksburschen nach Churhessen und deren Aufenthalt daselbst. Prag, 8. Juli 1830.

(Gubernial-Verordnung in Böhmen vom 8. Juli 1830, Z. 21.845: böhmische Prov. G. S. 1830, S. 450. — Meine „Behandlung der Ausländer,“ S. 335.)

1837. Verordnung über die Modalitäten bei Abschiebung churhessischer Unterthanen aus Oesterreich. Wien, 15. Mai 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 165 — Meine „Behandlung der Ausländer“ S. 360.)

1837. Convention zwischen Oesterreich und Churhessen, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Wien, 17. September; Cassel, 5. October 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837: J. G. S. 1837, 241, S. 159 — P. G. S. Bd. 65, S. 517 — Martens, S. XVIII. 302 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1837, Notizenblatt S. 405 — Neumann, IV. 385.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt Churhessens zu dem deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, VI. S. 508.)

1853. Beitritt Churhessens zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (auch als Mitglied des thüringischen Zollvereins) (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntmachung der churfürstlichen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 54.)

1865. Erneuerter Zoll- und Handelsvertrag (s. Deutschland).

1866. Königlich-preussisches Patent wegen Besitznahme des vormaligen Churfürstenthums Hessen. Schloss Babelsberg, 3. October 1866.

(Glaser, I. S. 77.)

Hessen-Darmstadt.

(Grossherzogthum Hessen, auch Hessen bei Rhein.)

Der Landgraf von Hessen-Darmstadt stellte im französischen Revolutionskriege (1793) ein besonderes Contingent, nahm an der durch den Reichs-Deputations-Recess (1803) festgesetzten Entschädigung Theil und gehört zu den dem Rheinbunde beigetretenen Fürsten, welche den Titel Grossherzog annahmen (1806). In der Folge trat der Grossherzog der Allianz wider Napoleon bei (1813, 1815). Die Territorial-Verhältnisse seines Landes, dann die Angelegenheiten der Bundesfestung Mainz wurden durch mehrere Conventionen geregelt (1815, 1816, 1817, 1819). Am 24. März 1866 nahm der Grossherzog Ludwig III. nach dem Tode des letzten Landgrafen von Hessen-Homburg von der Landgrafschaft mit dem Amtsbezirke Meisenheim Besitz. Am 3. September 1866 trat derselbe im Frieden von Berlin diese Landgrafschaft, dann Theile von Oberhessen, zusammen über 19 Quadratmeilen, an Preussen ab, wogegen er churhessische, nassauische und frankfurter Enclaven, zusammen nicht ganz zwei Quadratmeilen, erhielt. Ferner trat er mit Oberhessen dem norddeutschen Bunde bei und stellte sein Truppen-Contingent unter preussischen Oberbefehl.

Zwischen Oesterreich und dem Grossherzogthume Hessen bestehen besondere Uebereinkommen bezüglich der gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit (1837), der Zustellung von Gerichtsacten (1819, 1837), der Verpflegung erkrankter unbemittelter Unterthanen (1840) und der Aufhebung des Passvisa-Zwanges (1862); das Grossherzogthum Hessen ist auch den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) beigetreten. Die Post wurde auch im Grossherzogthume Hessen von der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Post-Administration verwaltet (1843, 1851). Bezüglich der Einbürgerung grossherzoglich-hessischer Unterthanen nach Oesterreich (1854) und des Schriftenwechsels der Behörden (1857) erfolgten eigene Kundmachungen.

1793. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, die gegen Frankreich zu liefernden Subsidien betreffend. Wien, 17. September 1793.

(Martens, V. 176 — Neumann, I. 500.)

1803. Entschädigung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1806. Beitritt des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zum Rheinbunde (s. Deutschland).

1813. Convention zwischen Oesterreich und dessen Alliirten einerseits und dem Grossherzogthum Hessen andererseits, wegen von diesem zu leistenden Truppenbeitrages. Dörnigheim, 2. November 1813.

(Martens, S. VI. 96 — Neumann, II. 391.)

1813. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich (auch *in simili* zwischen dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen) einerseits und dem Grossherzog von Hessen andererseits, wegen Beitritt des letzteren zur grossen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 23. November 1813.

(Martens, S. IV. 97 — Neumann, II. 392.)

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und dem Grossherzog von Hessen. Wien, 14. Jänner 1815; grossherzogliche Ratification: Darmstadt, 24. Jänner 1815.

(Neumann II. 499.)

1815. Beitritt des Grossherzogs von Hessen zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 23. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 148 — Neumann, II. 651.)

1815. Vertrag in Betreff der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Bestimmungen über die Territorial-Verhältnisse des Grossherzogthums Hessen, in der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Oesterreich und Preussen einerseits und dem Grossherzog von Hessen andererseits, bezüglich der Abtretung des Herzogthums Westphalen. Wien, 10. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 459 — Martens et Cussy, III. 191.)

1816. Territorial-Tractat zwischen Oesterreich und Preussen einerseits und dem Grossherzogthum Hessen andererseits, dann Protokoll der österreichischen, preussischen und hessischen Commissäre, in Betreff der Festung Mainz, in Folge des vorstehenden Tractates (siehe Preussen).

1817. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Preussen bezüglich der Besatzung in Mainz (s. Preussen).

1819. Frankfurter Territorial-Recess (s. Deutschland).

1819. Bestimmungen hinsichtlich der ämtlichen Correspondenzen zwischen den österreichischen und grossherzoglich-hessischen Gerichtsbehörden. Wien, 27. Mai 1819.

(Hofdecret vom 19. Juni 1819: J. G. S. 1571, S. 92.)

1837. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der grossherzoglich-hessischen Regierung, wegen Ausdehnung der gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Darmstadt, 23. Mai; Wien, 29. August 1837.

(M. G. S. 1838, 2, S. 4 — P. G. S. Bd. 65, S. 521 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1837, Notizenblatt S. 406.)

1837. Bestimmungen hinsichtlich der Zustellung von Gerichts-Acten nach Rhein-Hessen. Wien, 9. Juni 1837.

(Hofdecret vom 18. Juli 1837: J. G. S. 214, S. 159.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Grossherzogthum Hessen, wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68, 345.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt des Grossherzogthums Hessen-Darmstadt zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, III. Bd. S. 504.)

1853. Beitritt des Grossherzogthums Hessen zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend ein Uebereinkommen über die Aufnahme grossherzoglich-hessischer Unterthanen in den österreichischen Unterthansverband und umgekehrt. Wien, 27. October 1854.

(R. G. B. 281, S. 1078 — Neumann, VI. 212.)

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der grossherzoglich-hessischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 56.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung, über die Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisa-Zwanges in Folge Uebereinkommens mit der grossherzoglich-hessischen Regierung. Wien, 27. October 1862.

(R. G. B. 84, S. 235.)

1865. Beitritt der grossherzoglich-hessischen Regierung zu dem Uebereinkommen wegen des gegenseitigen Schutzes gegen Zoll-Defraudationen u. s. w. (s. bei Deutschland die Ministerial-Verordnung vom 25. Juni 1865), mittelst Ministerial-Erklärungen ddo. Darmstadt, 26. Juli und Wien, 7. August 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern vom 7. August 1865: R. G. B. 67, S. 241.)

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Hessen vom 3. September 1866 (s. Preussen).

1866. Gesetz über die Vereinigung bisher baierischer und hessischer Gebietstheile mit der preussischen Monarchie (s. Preussen).

1868. Handelsvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (siehe Nachträge).

Hessen-Homburg.

(Landgrafschaft.)

Hessen-Homburg war eine Nebenlinie von Hessen-Darmstadt. Von dem Grossherzogthume Hessen, welches die im Reichs-Deputations-Recesse (1803) bestimmten Entschädigungen unter der Bedingung erhielt, die Deputatgelder der Landgrafen von Hessen-Homburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren, und mit welchem die Landgrafschaft Hessen-Homburg durch die Rheinbund-Acte vereinigt wurde (1806), ward es laut der Wiener Congress-Acte wieder getrennt, da diese den Landgrafen von Hessen-Homburg mit Souveränität in seine Besitzungen reintegrirte (1815), der sodann durch Bundesbeschluss vom 7. Juli 1817 in den deutschen Bund aufgenommen wurde (Meyer, II. 71). Durch den am 24. März 1866 erfolgten Tod des letzten Landgrafen war die Landgrafschaft Hessen-Homburg, den Familienverträgen gemäss, mit dem Grossherzogthum Hessen nochmals vereinigt worden, bis der Grossherzog selbe bald darauf an Preussen abtrat (s. oben Hessen-Darmstadt).

Mit Oesterreich hatte Hessen-Homburg keinen besonderen Staatsvertrag geschlossen, doch wurde dieses mittelbar durch die österreichisch-deutschen Postverträge (1843,1851) berührt (s. Bremen), auch fanden die Bestimmungen der österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsverträge (1853, 1865) auf das Amt Homburg und das Oberamt Meisenheim ihre Anwendung (R. G. B. 1853, 208, S. 1117).

1815. Protokolls-Auszug der Conferenzen der fünf Mächte, die Reintegrirung des Landgrafen von Hessen-Homburg betreffend. Wien, 10. Juni 1815.

(Martens, II. 458 — Neumann, III. 14.)

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1855. Verordnung des k. k. Justizministeriums, in Betreff des Benehmens der österreichischen Gerichte bei Todesfällen hessen-homburgischer Unterthanen nach dem Grundsatze der Reciprocität. Wien, 28. Februar 1855.

(R. G. B. 41, S. 324 — Neumann, VI. 225.)

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der landgräflichen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 64.)

1865. Oesterreichische Ministerial-Verordnung über den Beitritt der landgräflich-hessischen Regierung zur Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland). Wien, 10. August 1865.

(R. G. B. 66, S. 246.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und dem Grossherzogthume Hessen (s. dieses).

Hetrurien.

(Königreich.)

Im Frieden von Lüneville (1801, s. Deutschland) wurde unter diesem alten Namen Toscana als Königreich dem Erbprinzen von Parma, Ludwig, überlassen, nach dessen Tode seine Witwe Maria Luise als Vormünderin ihres Sohnes Carl Ludwig die Regierung übernahm, die sie jedoch schon 1807 in Folge eines Vertrages mit Frankreich wieder niederlegen musste, wodurch Hetrurien Frankreich einverleibt wurde. Im Jahre 1809 ward es Napoleons Schwester Elise Bacciocchi übergeben, die es 1814 wieder dem früheren Regentenhause abtreten musste.

1802. Convention zwischen dem deutschen Kaiser und der französischen Republik, wornach der im Besitze des Grossherzogthumes Toscana stehende Infant von Spanien als König von Hetrurien anerkannt wird. Paris, 26. December 1802; Ratificirung des ersten Consuls: St. Cloud, 31. December 1802 *(dix Nivôse, an 11 de la République)*.

(Neumann, II. 28.)

1807. Vorschrift über die abzugsfreie Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich in das Königreich Hetrurien. Wien, 17. Februar 1807.

(P. G. S. Bd. 28, S. 27.)

Hohenzollern.

(Zwei Fürstenthümer: Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen.)

Das Regentenhaus Hohenzollern hat seinen Namen von der Stammburg Zollern oder Hohenzollern, welche gegen Ende des zehnten Jahrhunderts vom Grafen Friedrich erbaut wurde. Von diesem Friedrich stammt in gerader Linie Rudolph, der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts lebte, und zwei Söhne, Friedrich IV. und Conrad, hinterliess. Friedrich IV. wurde Stammvater der fürstlichen Linie Hohenzollern, Conrad Burggraf von Nürnberg und Stammvater des Hauses Brandenburg, seit die Mark durch Verkauf von Kaiser Sigismund (1415) an Friedrich VI. aus dem Hause Hohenzollern gelangte. Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen traten im Jahre 1806 dem Rheinbunde, dann (1813) der grossen Allianz wider Frankreich und dem deutschen Bunde (1815) bei. Im Abtretungs-Vertrage vom 7. December 1849 legten beide regierende Fürsten die Regierung ihrer Länder (zusammen 21 Quadratmeilen mit 65.000 Einwohnern) in die Hände des Königs von Preussen nieder.

1806. Rheinbundacte (s. Deutschland).

1813. Protokoll der zur Regulirung des Vertheidigungssystems von Deutschland abgehaltenen Commission (s. Deutschland).

1815. Deutsche Bundesacte (s. Deutschland).

1815. Protokoll über die Vertheilung der französischen Entschädigungen (s. Frankreich).

1837. Uebereinkommen mit Oesterreich wegen stempelfreier Ausfertigung von Tauf-, Trau- und Todtenscheinen (s. Deutschland).

1849. Tractat zwischen Sr. Majestät dem König von Preussen und den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, wegen Abtretung der Fürstenthümer an Preussen. Berlin, 7. December 1849; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 20. Februar 1850.

(Samwer, II. 59.)

1850. Königlich-preussisches Gesetz über die Vereinigung der Fürstenthümer Hohenzollern mit dem preussischen Staatsgebiete. Charlottenburg, 12. März 1850.

(Samwer, II. 66.)

Holstein.

(Herzogthum.)

Holstein und Schleswig, die nordalbingischen, durch Realunion *(up ewig ungedeelt)* seit Jahrhunderten vereinigten Herzogthümer, kamen wie Dänemark, aber stets selbstständig seit 1460, unter die gemeinschaftliche Dynastie Oldenburg. Fortwährende Theilungen fanden statt unter den beiden Linien, der königlichen — in die Augustenburgische und Glücksburgische zerfallenden — und der gottorp'schen, die von den Söhnen König Friedrich I. (1523) stammen. Von letzterem stammt das heutige russische Kaiserhaus (1762 Thronbesteigung Peters III.) und der Grossherzog von Oldenburg. Die ewigen Theilungen, neben denen doch ein Condominat bestand, führten ewige Kriege und Schwedens Einmischung herbei, bis 1773 Russland seinen Antheil gegen Errichtung des Herzogthums Oldenburg für einen jüngeren Gottorp an Dänemark abtrat. Nach der Auflösung des deutschen Reiches ward Holstein mit dem Königreiche Dänemark vereinigt, 1815 dem deutschen Bunde beigezählt. Seit 1848 ein Streitgegenstand zwischen Dänemark und Deutschland (s. Dänemark), zumal seit dem sogenannten offenen Briefe des Königs Christian VIII., zweimal im Aufstande gegen dänische Suprematie und Einverleibungsgelüste, 1852 im Londoner Protokoll zum untrennbaren Bestandtheile der dänischen Monarchie erklärt, wurden die Herzogthümer — nach dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark (1863) — von einer preussisch-österreichischen Armee erobert, aber nicht dem als legitimer Prätendent aufgetretenen Prinzen von Augustenburg Friedrich VIII. übergeben, sondern im Frieden von Wien (1864) an Oesterreich und Preussen abgetreten. Hierauf folgte, erst gemeinschaftliche, dann — seit der Gasteiner Convention (1865) — nach den zwei Gebieten gesonderte Verwaltung der „Condomini," endlich, aus Anlass des verworrenen Verhältnisses, im Sommer 1866 der Krieg zwischen den „Condomini und socii," welcher Deutschlands Gestalt änderte, Preussens Suprematie befestigte, und diesem Holstein und Schleswig einverleibte.

Die insbesondere auf das Herzogthum Holstein sich beziehenden Staatsacte, als dasselbe zu Dänemark gehörte, wurden schon oben angegeben (s. Dänemark). Es sind diess die Erklärung über die Einverleibung des Herzogthums in die dänische Monarchie (1806), dessen

Beitritt zum deutsch-österreichischen Postvereine (1850), die Behandlung der holsteinischen Flagge (1851), die Verhandlungen über die schleswig-holsteinschen Wirren (1851). Der gegen Holstein und Lauenburg decretirten Bundesexecution (1864) geschah bei Deutschland Erwähnung. Die Folgen des dänischen und preussischen Krieges (1864, 1865, 1866), s. bei Dänemark und Preussen. Es erübriget noch drei entscheidende Staatsverträge (1864, 1865, 1866) und den Anschluss Holsteins an den deutschen Passkarten-Verein (1866) anzuführen.

1864. Wiener Friedens-Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, vom 30. October 1864 (s. Dänemark), wornach im Art. III. der König von Dänemark auf alle seine Rechte auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen verzichtet.

1864. Circularerlass des k. k. Ministeriums des Aeussern an die k. k. Missionen und Consulate, wegen Gewährung des Consularschutzes für Reisepässe der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, wie für jene der Zollvereinsstaaten. Wien, 22. November 1864.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1865. Circularerlass desselben Ministeriums, wegen Anerkennung der interimistisch für die Handelsschiffe der Herzogthümer Schleswig und Holstein eingeführten Flagge. Wien, 28. März 1865.

(*Annuario marittimo* 1866, S. 23.)

1865. Gasteiner Convention zwischen Oesterreich und Preussen, vom 14. August 1865 (s. Preussen), wodurch Art. 1 die Ausübung der von den contrahirenden Theilen durch den Art. III des Wiener Friedens-Tractates vom 30. October 1864 erworbenen Rechte, in Bezug auf das Herzogthum Holstein auf Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, in Bezug auf das Herzogthum Schleswig auf Se. Majestät den König von Preussen übergeht.

1865. Bekanntmachung Seitens der k. k. österreichischen und königlich-preussischen obersten Civilbehörde der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, betreffend die Auflösung der gemeinsamen obersten Civilbehörde für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg. Schleswig, 5. September 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Bd. 2012.)

1865. Verordnung der obgedachten obersten Civilbehörde, betreffend die Ausführung der durch die Convention von Gastein über die Verwaltung der Herzogthümer Schleswig und Holstein getroffenen Bestimmungen. Schleswig, 5. September 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Bd. 2013.)

1865. Proclamation des k. k. Statthalters, Feldmarschall-Lieutenants Freiherrn von Gablenz, betreffend die Uebernahme der Statthalterschaft im Herzogthume Holstein. Altona, 15. September 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Bd. 2018.)

1866. Rescript des k. k. Statthalters, Feldmarschall-Lieutenants Freiherrn von Gablenz, an die holsteinische Landesregierung, betreffend die Berufung einer Commission zur Begutachtung des Budget-Entwurfes für 1866/67. Kiel, 26. Februar 1866.

(Das Staatsarchiv, X. Bd. 2245.)

1866. Königlich-preussische Verordnung für das Herzogthum Schleswig, betreffend die Bestrafung (mit Zuchthaus oder Gefängniss) von Unternehmen gegen die souveräne Gewalt des Königs von Preussen oder des Kaisers von Oesterreich in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. Berlin, 11. März 1866; kundgemacht durch den Gouverneur des Herzogthums Schleswig, Freiherrn von Manteuffel. Schloss Gottorff, 13. März 1866 *).

(Das Staatsarchiv, X. Bd. 2247.)

1866. Oesterreichische Ministerialverordnung mit Kundmachung einer Verordnung des k. k. Statthalters für das Herzogthum Holstein, ddo. Kiel, 20. Februar 1866, über den Beitritt des gedachten Herzogthums zum deutschen Passkarten-Vereine (s. Deutschland 1850). Wien, 29. März 1866.

(R. G. B. 43, S. 124.)

1866. Patent des k. k. Statthalters in Holstein, womit die Ständeversammlung für das Herzogthum Holstein auf den 10. Juni 1866 einberufen wird. Kiel, 5. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2301.)

1866. Proclamation des königlich-preussischen Gouverneurs in Schleswig über den Einmarsch preussischer Truppen in Holstein. Schloss Gottorff, 7. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2305.)

1866. Protest des k. k. Statthalters für das Herzogthum Holstein über das Einrücken der preussischen Truppen, und Verlegung des Sitzes der k. k. Statthalterschaft und der herzoglich-holsteinischen Regierung nach Altona. Kiel, 7. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2306.)

1866. Proclamation des königlich-preussischen Gouverneurs, General-Lieutenants Freiherrn von Manteuffel, bei Uebernahme der Regierungsgewalt im Herzogthum Holstein. Rendsburg, 10. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2309.)

*) Die Staatsschriften über die aus dem Condominium in den Herzogthümern zwischen Oesterreich und Preussen entstandenen Zerwürfnisse, s. im Staatsarchiv, X. und XI. Band.

1866. Proclamation des k. k. Statthalters beim Verlassen des Herzogthums Holstein. Altona, 12. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2314.)

1866. Protest des k. k. Civiladlatus Ministerialrathes von Hofmann gegen die preussischer Seits erfolgte Aufhebung der herzoglich-holsteinischen Landesregierung und Uebernahme der obersten Regierungsgewalt im Herzogthum Holstein. Altona, 13. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2316.)

1866. Prager Frieden zwischen Oesterreich und Preussen (siehe Preussen), womit Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich alle seine Rechte auf das Herzogthum Holstein an Se. Majestät den König von Preussen überlässt.

1866. Circularerlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, womit die Verordnungen vom Jahre 1864 und 1865 hinsichtlich der Consular-Vertretung und der Flaggenführung der Herzogthümer Holstein, Schleswig und Lauenburg ausser Wirksamkeit gesetzt werden. Wien, 13. September 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Gesetz über die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der preussischen Monarchie. Berlin, 24. December 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2440.)

Jonische Inseln.

(Freistaat.)

Nach dem Sturze Venedigs (1797) kamen die Jonischen Inseln während der französischen Revolutionskriege abwechselnd unter französische, türkische, russische und englische Botmässigkeit, bis sie bei Wiederherstellung des Friedens unter dem Namen der Vereinigten Staaten der Jonischen Inseln für einen unabhängigen, aber unter dem Schutze Englands gestellten Staat erklärt wurden (1815). Oesterreich hat bezüglich dieser Inseln die Zulassung der Vermögens-Freizügigkeit ausgesprochen (1827), die Frankirungsfreiheit zu Stande gebracht (1844) und das Verfahren in Abhandlungsfällen normirt (1855). Nach der griechischen Revolution im Jahre 1862 entsagte Grossbritannien seinem Schutzverhältniss über die Jonischen Inseln und wurden diese mit dem Königreiche Griechenland vereinigt.

1815. Conferenzen der Grossmächte bezüglich der Jonischen Inseln (s. Grossbritannien).

1815. Convention zwischen Oesterreich, Russland, England und Preussen, in Betreff der sieben Jonischen Inseln. Paris, 9. November 1815.

(P. G. S. Bd. 43, S. 354 — Martens, S. VI. 663 — Neumann, III. 58.)

1827. Uebereinkommen wegen abzugsfreier Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich nach den Jonischen Inseln und umgekehrt.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1827: P. G. S. Bd. 55, S. 36 — J. G. S. 2263, S. 71.)

1844. Aufhebung des Frankaturzwanges bei der Correspondenz aus den Staaten der österreichischen Monarchie nach den Jonischen Inseln. Wien, 26. Juni 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 4, S. 270.)

1855. Verordnung des k. k. Justizministeriums, in Betreff des Benehmens der österreichischen Gerichte bei Todfällen von Unterthanen der Jonischen Inseln. Wien, 29. April 1855.

(R. G. B. 82, S. 427 — Neumann, VI. 227.)

1863. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, wegen Vereinigung der Jonischen Inseln mit dem Königreich Griechenland. London, 15. November 1863; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 2. Jänner 1864.
(R. G. B. 1864, 24, S. 147.)

Italien.

(Königreich.)

Aus der cisalpinischen, später italienischen Republik (Mailand, Mantua, Parma diesseits des Po und Modena) wurde 1805 des Königreich Italien, mit Napoleon als König und seinem Stiefsohn Eugène Beauharnais als Vicekönig errichtet; zugleich ward Guastalla damit vereinigt. Im Frieden von Pressburg (1805, s. Deutschland) ward Venedig sammt Istrien und Dalmatien mit dem Königreiche Italien vereinigt, das auf mehr als 1600 Quadratmeilen 5,600.000 Einwohner zählte. Im Jahre 1806 wurde Guastalla und bald darauf auch die ligurische Republik (Genua), nebst Parma und Piacenza als französische Provinzen Frankreich einverleibt. Im Jahre 1809 ward dann der Kirchenstaat, wie schon 1808 das Königreich Hetrurien, gleichfalls mit Frankreich vereinigt, während Neapel ein Königreich, zuerst unter Joseph Buonaparte, dann unter Murat, Napoleons Schwager, bildete. Nach dem Wiener Frieden (1809, s. Deutschland) ward Istrien und Dalmatien wieder vom Königreich Italien abgetrennt und dem neu gebildeten Königreiche Illyrien (Krain, Oberkärnthen, ein Theil Croatiens) einverleibt. Baiern musste 1810 den Etschkreis (Trient) an das Königreich Italien abtreten. Das Jahr 1814 und der Sturz Napoleons hatte die Auflösung seines *Regno d'Italia* zur Folge; der Papst und die alten Dynastien wurden restaurirt.

Das Ländergebiet der italienischen Halbinsel theilte sich somit in sechs Staaten und einen Staatentheil (Lombardo-Venetien): im Norden das Königreich Sardinien, die Herzogthümer Parma und Modena; in der Mitte das Grossherzogthum Toscana, mit dem 1847 demselben einverleibten Herzogthume Lucca, und der Kirchenstaat; im Süden das Königreich beider Sicilien*).

*) Nicht zu gedenken der kleinen, von allen politischen Stürmen der Jahrhunderte auch bis heute noch verschont gebliebenen Republik San Marino, sowie des Fürstenthums Monaco, eines Ländchens, das mit der Hauptstadt im Ganzen beiläufig $1\frac{1}{2}$ Quadratmeile mit 1200 Einwohnern

Die Ereignisse seit 1859 vernichteten alle diese Staaten, ausser dem zu einem neuen Königreich Italien vergrösserten Sardinien und dem hart bedrängten und verkleinerten Kirchenstaate. Nachdem das Haus Savoyen in dem Friedensschlusse von Zürich (1859) die Lombardie kaum erworben hatte, wuchsen ihm noch Parma, Modena, Toscana und Emilia (der nördliche Theil des Kirchenstaates, auch der provisorische Name der neuen Provinz) zu *). Von 5 Millionen Sardiniens erhob sich die Einwohnerzahl schon auf 11 Millionen. Der Zug Garibaldi's nach Sicilien und Neapel im Sommer 1860 fügte das ganze Königreich beider Sicilien hinzu. Die Bevölkerung desselben, wie, nach dem Kampfe von Castelfidardo (18. September 1860) gegen die päpstliche Armee, jene der Marken und Umbriens, wurde zusammen berufen, um sich über die Annexion an Victor Emanuels Reich auszusprechen. In das Plebiscit von Neapel wird schon die Formel des „Einen und untheilbaren Italiens" aufgenommen, und fortan werden alle die erworbenen und annexirten Länder in dem Einen italienischen Staate, dem „Königreich Italien," zusammengefasst. Das Parlament des so vereinigten Italiens versammelte sich zu Turin und proclamirte am 17. März 1861 das Königreich Italien, das damals 21,777.000 Einwohner zählte **). Grossbritannien anerkannte zuerst den Titel eines „Königs von Italien" (März 1861); dem folgten fast sämmtliche Staaten — zuletzt Oesterreich durch den Friedenstractat vom 3. October 1866 ***), gemäss welchem das zu Land und zur See be-

umfasst, dessen Souveränität nach dem am 7. November 1865 vom *Moniteur* publicirten, mit Frankreich geschlossenen Tractate jedoch fast nur mehr ein Name ist.

*) Wogegen allerdings das Stamm- und Wiegenland Savoyen nebst der Grafschaft Nizza an Frankreich fiel (Vertrag vom 24. März 1860: Ghillany, dipl. Handbuch, III. 99).

**) Die Actenstücke über die sardinischen Annexionen in Italien (1860 und 1861) — die Bildung des Königreiches Italien — s. bei Ghillany a. a. O. S. 106.

***) Ungeachtet sich Oesterreich nicht bestimmt fand, den Bestand des Königreiches Italien, so lange derselbe nicht eine völkerrechtliche Sanction erhalten, als rechtmässig anzuerkennen, konnte es doch nicht vermeiden, an mehreren europäischen Transactionen Theil zu nehmen, bei welchen auch der „König von Italien" intervenirte. Dies geschah bei dem Tractat wegen Ablösung des Scheldezolles (vom 16. Juni 1863, s. Belgien), dem internationalen Telegraphen-Vertrag (vom 17. Mai 1865, s. Frankreich), der Genfer Convention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten (vom 22. August 1864, s. Schweiz), der Convention in Betreff des Leuchtthurmes am Cap Spartel (vom 31. Mai 1865, s. Marocco), der Schifffahrtsacte für die Donau-Mündungen (vom 2. November 1865, s. Frankreich).

siegte Italien, Dank der preussischen Bundesgenossenschaft und der französischen Unterstützung, das zuerst an Frankreich abgetretene Venetien erhielt (456 Quadratmeilen mit 2,446.000 Einwohnern).

Das von Frankreich in Venetien veranstaltete Plebiscit erfolgte in demselben Monat October, ebenso die Besitzergreifung durch den König Victor Emanuel. Das Königreich Italien enthält somit jetzt 5166 Quadratmeilen mit 24,230.000 Einwohnern. Die von Oesterreich mit dem ehemaligen Königreiche Sardinien geschlossenen und im Art. 17 des Züricher Friedens-Tractates vom 10. November 1859 bestätigten Tractate und Conventionen wurden im Wiener Friedens-Tractat vom 3. October 1866 abermals provisorisch bestätigt und auf alle Länder des Königreiches Italien ausgedehnt, mit dem Vorbehalt einer allgemeinen Revision derselben.

Die nachfolgende Uebersicht zerfällt in zwei Absätze, von denen der erste das frühere (1805—1814) und der zweite das gegenwärtige Königreich Italien (von 1866 an) betrifft.

A. Das frühere Königreich Italien.

(Die Schöpfung Napoleons I. — 1805 bis 1814.)

1805. Constitutionelles Statut des Königreiches Italien. Paris, 17. März 1805.

(Angeberg, S. 84.)

1805. Pressburger Friedens-Tractat (s. Deutschland).

1806. Conventionen zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Festsetzung von Etapenrouten (s. Frankreich).

1807. Conventionen zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Regulirung der Grenze zwischen dem Königreich Italien und Oesterreich (s. Frankreich).

1809. Wiener Friedens-Tractat (s. Deutschland).

1814. Pariser Friedens-Tractat (s. Frankreich).

1815. Vereinigung der Valtellina u. a. m. mit der österreichischen Monarchie (s. Frankreich).

1815. Kaiserlich-österreichisches Patent über die Errichtung des lombardisch-venetianischen Königreiches und dessen Vereinigung mit dem österreichischen Kaiserstaate. Wien, 7. April 1815.

(Martens, S. IX. 55 — Neumann, II. 537.)

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland).

1816—1820. Conventionen zwischen den Mächten, welche in das bestandene Königreich Italien nachgefolgt sind, die Theilung der Passiven des *Monte Napoleone* betreffend (s. Kirchenstaat 1816, 1820; Modena 1817; Parma 1816; Sardinien, 1818).

B. Das gegenwärtige Königreich Italien *).

1865. Bestimmung des italienischen Gesetzbuches für die Handelsmarine, wornach die Beschlagnahme und Erbeutung von Handelsschiffen einer feindlichen Nation durch die Kriegsschiffe des Staates im Wege der Reciprocität gegenüber denjenigen Mächten abgeschafft wird, welche eine gleiche Behandlung zu Gunsten der italienischen Handelsschiffe anordnen.

(*Codice per la marina mercantile del Regno d'Italia* vom 25. Juni 1865, Theil I. Titel IV. 2. Art. 211 bis 213 — Aegidi und Klauhold, S. 143.)

1866. Kaiserlich-österreichische Verordnung wegen Beobachtung eines ähnlichen reciproken Verfahrens. Wien, 13. Mai 1866 **).

(Aegidi und Klauhold, S. 144.)

1866. Manifest Sr. Majestät des Königs Victor Emanuel an die italienische Nation über den Krieg gegen Oesterreich. Florenz, 20. Juni 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 111 — Das Staatsarchiv, XII. 2570. — Ghilany, III. 253.)

1866. Italienische Kriegserklärung an Oesterreich. Hauptquartier Cremona, 20. Juni 1866.

(Ghilany, III. 254 — Das Staatsarchiv, XII. 2569.)

1866. Bericht des Feldmarschalls Erzherzogs Albrecht über die Schlacht bei Custozza. . . . 24. Juni 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 133.

1866. Abtretung Venetiens von Oesterreich an Frankreich und von diesem an Italien (s. Frankreich).

1866. Bericht des Vice-Admirals von Tegetthoff über die Seeschlacht von Lissa vom 20. Juli. Rhede von Fasana, 23. Juli 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 399.)

1866. Waffenstillstands-Convention zwischen den militärischen Bevollmächtigten Oesterreichs und Italiens. Cormons, 12. August 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, III. 415 — Das Staatsarchiv, XII. 2533.)

*) Die Staatsverträge, an denen das von Oesterreich noch nicht anerkannte „Königreich Italien“ mit Oesterreich als Compaciscent Theil nahm, s. oben S. 202 in der Anmerkung.

**) Eine analoge Verordnung Preussens vom 19. Mai 1866, s. bei Preussen.

1866. Friedens-Tractat zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. Majestät dem König von Italien, sammt Additional-Artikel. Wien, 3. October; in den Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 12. October 1866.

(R. G. B. 116, S. 345.)

1866. Protokolle als Beilagen dieses Tractates, über den Fortbestand des Oesterreich zustehenden Eigenthums auf die ehemals der venetianischen Republik angehörig gewesenen Paläste in Rom und Constantinopel, dann über die Behandlung der alten lombardisch-venetianischen Schuld und einer Forderung der französischen Regierung an den venetianischen Monte von 5 Millionen Francs. Wien, 3. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. 2559.)

1866. Erklärung des österreichischen Friedens-Bevollmächtigten an den italienischen Friedens-Bevollmächtigten, dass Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich in Zukunft den Titel eines Königs der Lombardie und Venedigs nicht mehr führen wird, und dem zu Folge die Rückstellung der eisernen Krone an Se. Majestät den König von Italien angeordnet hat. Wien, 3. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2560.)

1866. Erklärung desselben an denselben, dass die Amnestie auch auf die Militär-Deserteurs ausgedehnt werden soll, und Reciprocitäts-Erklärung des königlich-italienischen Friedens-Bevollmächtigten. Wien, 3. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2561, 2562.)

1866. Erklärungen derselben, über die Einbeziehung der ehemaligen Diener der entthronten italienischen Fürsten in die Amnestie. Wien, 3. October 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2563, 2564.)

1866. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-italienischen Regierung, wegen gegenseitiger Befreiung der beiderseitigen Staatsangehörigen von der zwangsweisen Betheiligung an eventuellen Zwangs-Staatsanlehen. Florenz, 25. November / 6. December 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Königliches Decret über die Vereinigung der venetianischen Provinzen und Mantua's mit dem Königreich Italien. Turin, 4. November 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 230.)

1866. Erlass des k. k. Finanzministeriums über die Bewilligung des Streckenzugs-Verfahrens für Versendungen von Waaren aus einem Theile des österreichischen Gebietes in einen anderen über Italien. Wien, 12. December 1866.

(R. G. B. 159, S. 436.)

1866. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, betreffend die mit 1. Jänner 1867 in Wirksamkeit tretende Zollbehandlung brittischer, italienischer und französischer Erzeugnisse (s. Grossbritannien).

1866. Königlich-italienische Ministerialnote über die sofortige Behandlung des österreichischen Handels auf der Basis der meist begünstigten Nationen. Florenz, 20. December 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Circular der k. k. Central-Seebehörde über die Reorganisation österreichischer Consulate im Königreich Italien. Triest, 21. December 1866.

(*Annuario marittimo* 1867, S. 109.)

1867. Erlass des Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Aeussern, über die Weglassung des Titels „König der Lombardie und Venedigs“ aus den ämtlichen Expeditionen. Wien, 6. Jänner 1867.

(R. G. B. 10, S. 20.)

1867. Erlass des k. k. Justizministeriums über den, in Folge des mit dem Königreiche Italien abgeschlossenen Friedens-Tractates vom 3. October 1866, von den k. k. Gerichtsbehörden einzuschlagenden Weg für ihre Correspondenz mit den königlich-italienischen Gerichten. Wien, 21. Jänner 1867*).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-italienischen Regierung, wornach den veränderten Gebietsverhältnissen gemäss die Grenz- und Auswechslungs-Stationen von Verona und Venedig nach Botzen, Trient und Klagenfurt zurückversetzt werden. Wien, 16. Februar 1867.

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern“ 1868, S. 19.)

1867. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Italien zur Regelung des Telegraphenwesens. Wien, 16. Februar; ratificirt zu Wien, am 23. Februar; zu Florenz am 13. März 1867.

(Telegraphen- und Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1867. Oesterreichische Ministerial-Verordnung vom 26. Februar 1867, über die mit 1. März 1867 in Wirksamkeit tretende zollämtliche Behandlung italienischer Erzeugnisse (s. Preussen).

*) Die Bestimmungen dieses Erlasses wurden jedoch wesentlich modificirt durch das Uebereinkommen vom $\frac{21.\ \text{Juni}}{9.\ \text{Juli}}$ 1867 (s. S. 207).

1867. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-italienischen Regierung, wegen provisorischer Zulassung aller österreichischen und italienischen Schiffe zur Cabotage an den gegenseitigen Küsten. Wien, 7./28. März 1867.

(Erlass des k. k. Handelsministeriums vom 7. März; Note des königlich-italienischen Gesandten vom 28. März 1867: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphen-Vertrage *) (s. Frankreich).

1867. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-italienischen Regierung, über den Schriftenwechsel der gegenseitigen Gerichtsbehörden in Civil- und Strafrechts-Angelegenheiten. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 21. Juni; italienische: Florenz, 9. Juli 1867.

(Erlass des k. k. Justizministeriums vom 22. Juli 1867: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Italien, sammt Zusatz-Artikeln und Tarifen. Florenz, 23. April 1867; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 30. Juni 1867.

(R. G. B. 108, S. 225.)

1867. Zoll-Cartel zwischen denselben, vom gleichen Datum (Annexe des Handels- und Schifffahrtsvertrages).

(R. G. B. 108, S. 254.)

1867. Uebereinkommen zwischen denselben, vom gleichen Datum, betreffend den Eisenbahnverkehr auf den Anschlusspunkten an der österreichisch-italienischen Grenze, und die Errichtung zusammengesetzter Zoll- und Polizeiämter auf den internationalen Wechsel-Stationen (Annexe des Handels- und Schifffahrtsvertrages).

(R. G. B. 108, S. 260.)

1867. Circular an die königlich-italienischen Zollbehörden zur Durchführung des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 23. April 1867. Florenz, 3. August 1867.

(*Bollettino ufficiale della direzione generale delle gabelle* 1867, XVIII, p. 321.)

1867. Analoger Erlass des k. k. Finanzministeriums. Wien, 23. August 1867.

(Verordnungsblatt des k. k. Finanzministeriums 1867, italienische Ausgabe, 30.)

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich und Italien. Florenz, 23. April 1867; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 17. Juli 1867.

(R. G. B. 109, S. 277.)

*) S. die Anmerkung *** S. 202.

1867. Schlussprotoll zu vorstehendem Handels- und Schifffahrts-Vertrag, sowie zu vorstehendem Postvertrag. Florenz, 23. April 1867.

(R. G. B. 110, S. 291.)

1867. Tractat wegen Luxemburg (s. Niederlande).

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung, betreffend die in Folge des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 23. April 1867 in Wirksamkeit tretenden Zollbestimmungen. Wien, 16. August 1867.

(R. G. B. 114, S. 315.)

1867. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, über die Anwendung der in den Specialtarifen B der Handels- und Schifffahrts-Verträge mit Frankreich vom 11. December 1866 und mit Italien vom 23. April 1867 enthaltenen Zollbestimmungen auf die Einfuhr nach Dalmatien. Wien, 16. August 1867.

(R. G. B. 115, S. 316.)

1867. Oesterreichische Ministerial-Verordnungen mit Modificationen der Verordnung vom 16. August 1867. Wien, 30. August 1867.

(R. G. B. 118 und 119, S. 319 und 320.)

1867. Schlussact der österreichisch-italienischen Militär-Commission, über die Feststellung der österreichisch-italienischen Staatsgrenze in Gemässheit des Friedens-Tractates vom 3. October 1866. Venedig, 22. December 1867; königlich-italienische Ratification: Florenz, 12. Jänner 1868; kaiserlich-österreichische Ratification: Ofen, 6. März 1868; ausgewechselt zu Florenz am 17. März 1868.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1868. Verordnung des königlich-italienischen Finanzministeriums, wegen Gewährung von Erleichterungen für die zeitweilige Ein- und Ausfuhr von Weide- und Arbeitsvieh in den Grenzbezirken. Florenz, 15. Mai 1868.

(*Bollettino ufficiale della direzione generale delle gabelle* 1868, XII, p. 199.)

Kirchenstaat.

Die Verhältnisse Oesterreichs in Italien veranlassten unter Maria Theresia verschiedene Uebereinkommen mit dem Papste (1751, 1757, 1768); später riefen die von ihrem Nachfolger unternommenen kirchlichen Reformen mehrfache Erörterungen mit dem heiligen Vater hervor (1781—1782). Nach den Umwälzungen der Epoche der französischen Zwangsherrschaft (1797—1814) wurden auf dem Wiener Congresse auch über die Wiederherstellung der politischen Verhältnisse des Kirchenstaates Bestimmungen festgesetzt und dabei der österreichischen Regierung das Besatzungrecht in Ferrara und Commacchio vorbehalten, sowie derselben der am linken Po-Ufer gelegene Theil der Legation Ferrara abgetreten (1815, 1816). Die Anordnungen der Wiener Congressacte haben jedoch, insoweit es sich um die Rechte der katholischen Kirche handelt, die Genehmigung des Papstes nicht erhalten (1815), wohl aber wurden in Gemässheit der Bestimmungen jener Congressacte Conventionen über die Verhältnisse des Mailänder *Monte Napoleone* geschlossen (1816, 1820).

Die freundlichen Beziehungen der päpstlichen zur österreichischen Regierung, als Schutzmacht des Katholicismus, wurden nur kurze Zeit durch den Ausbruch der Revolution (1848) unterbrochen, welche das Einrücken der kaiserlichen Truppen in die Legationen und deren Occupation zur Folge hatte. Nach der Wiederherstellung des Friedens haben neue Uebereinkünfte das gegenseitige Einverständniss bekräftigt, von dem auch schon frühere Conventionen Kunde geben. Es sind dies die Uebereinkünfte über die Portofreiheit (1822), die Auslieferung der Deserteurs (1821, 1832) und der Verbrecher (1856), die Verhinderung des Schmuggels (1838) und des Nachdruckes (1840), die Freigebung der Schifffahrt auf dem Po (1850), der Abschluss eines austro-italienischen Eisenbahn- (1851, 1856) und Postvereines (1823, 1852), dann Vereinbarungen über die Handels- und Schiffahrts-Verhältnisse (1826, 1860), über die Ausfertigung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine (1836), über das Telegraphenwesen (1856), die Abhandlung der Verlassenschaften (1860), den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (1860). Bemerkenswerth sind noch die Kundmachungen bezüglich der Correspondenz der Justizbehörden (1817, 1822), der Execution der gerichtlichen Erkenntnisse (1820) und der gemischten Ehen (1841, 1842, 1843). Eine eigene Verordnung bestimmte die militärische Salutirung der Cardinäle (1853). Endlich wurde in der inneren

Gesetzgebung Oesterreichs von der früheren Beaufsichtigung der katholischen Kirche durch den Staat, zu deren Durchführung in Parteisachen ein eigener kaiserlicher Agent in Rom bestimmt war (1807, 1814, 1817, 1823), abgegangen (1850), durch das Concordat (1855) die unbeschränkte Autonomie der katholischen Kirche in Oesterreich anerkannt, und in Folge dessen auch, statt der österreichischen Civilgesetzgebung, das canonische Recht für die Eheverhältnisse der Katholiken (1856, 1858) wieder eingeführt. — Drei Jahre darauf (1859) machte der unglückliche Krieg mit Frankreich und Sardinien der österreichischen Occupation im Kirchenstaate ein Ende, dessen Legationen und Marken dem neuen Königreiche Italien annexirt wurden, und wodurch er von einem Staate von 752 Quadratmeilen mit 3,124.000 Seelen zu einem Gebiete von 214 Quadratmeilen mit 700.000 Einwohnern verkleinert ward.

Die neuen Staatsgrundgesetze der österreichischen Monarchie, vom 21. December 1867*), enthalten Bestimmungen, die sich mit jenen des Concordats vom Jahre 1855 nicht vereinigen lassen; — was eine Modificirung mehrerer Anordnungen desselben auf dem Wege der Gesetzgebung (1868) zur Folge hatte.

1751. Bulle des Papstes Benedict XIV. mit Bestätigung der Convention zwischen der Kaiserin Königin Maria Theresia und der Republik Venedig, in Betreff der Aufhebung des Patriarchats von Aquileja und Errichtung der Bisthümer in Udine und Görz. Rom, 6. Juli 1851.

(Wenck, II. 506.)

1752. Tractat zwischen Oesterreich, als Besitzer von Mantua, und dem Papste.

(Citirt im Handelsvertrag von 1757.)

1757. Handelsvertrag zwischen der Kaiserin Königin, Herzogin von Mailand und Mantua, und dem Papste Benedict XIV. Mailand, 30. November; Rom, 7. December 1757.

(Martens, S. II. 76.)

1757. Concordat zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand, und dem heiligen Stuhle, über die Exemtion der geistlichen Güter. Rom, 10. December; Mailand, 17. December 1757.

(Martens, S. II. 82.)

1757. Convention zwischen der Kaiserin Königin und dem heiligen Stuhle, zur Richtigstellung der Grenze zwischen dem Herzogthume Mantua und der Legation Ferrara. Mantua 1757.

(Gedrucktes Exemplar im k. k. Hof- und Staatsarchiv.)

*) R. G. B. 142, S. 395; 144, S. 398.

1758. Bulle des Papstes Clemens XIII., mittelst welcher der Kaiserin Maria Theresia der Titel einer apostolischen Königin bewilligt wird. Rom, 19. August 1758.

(Wenck, III. 181.)

1768. Schreiben des Papstes an die Kaiserin Maria Theresia, um ihre Vermittlung in Parma, bezüglich der dort hinsichtlich der Jesuiten getroffenen Verfügungen (29. Juni), und Antwort der Kaiserin (1. August 1768).

(Martens, *guide diplomatique* II. 1202, 1203 — Martens, Geschichte der europäischen Staatshändel, S. 281.)

1773. Convention zwischen dem Papst und der österreichischen Lombardie, wegen Auslieferung der Verbrecher. . . . 8. Mai 1773.

(Angeführt bei Angeberg, S. 31.)

1781. Vorstellungen des päpstlichen Nuntius an den österreichischen Minister Fürsten Kaunitz, über die Reformen des Kaisers Joseph II., und Antworten des Fürsten. December 1781.

(*Storia dell'anno* 1782, p. 224, 227, 236.)

1781—1782. Correspondenz zwischen dem Papste Pius VI. und dem Kaiser Joseph II.

(*Storia dell'anno* 1782; angezeigt bei Martens, *guide diplomatique* II. 1203.)

1782. Kaiserliche Verordnung über die Unerlässlichkeit des *placeti regii.* Wien, 30. September 1782.

(K. k. Verordnungen in *publico-ecclesiasticis* 1782, S. 243.)

1784. Convention zwischen dem Kaiser Joseph II., als Herzog von Mailand und Mantua, und dem Papste Pius VI., über die Ernennungen zu den Kirchenwürden. Rom, 20. Jänner 1784.

(Martens, II. 508 — Neumann, I. 330.)

1807. Oesterreichische Verordnung über die Besorgung der Geschäfte der erbländischen Parteien am römischen Hofe, mit unerlässlicher Intervenirung des dortigen k. k. Agenten. Wien, 30. April 1807.

(Hofkanzlei-Decrete vom 30. April und vom 30. Juli 1807: P. G. S. Bd. 28, S. 99, und Bd. 29, S. 42.)

1814. Erneuerte Verordnungen hierüber.

(Hofkanzlei-Decrete vom 7. Juli, 21. Juli und 9. September 1814: P. G. S. Bd. 42, S. 88, 90, 114.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congressacte, hinsichtlich der an den Kirchenstaat zurückzustellenden Gebietstheile, dann des Be-

satzungsrechtes Oesterreichs in Ferrara und Commacchio, und der Auseinandersetzung des *Monte Napoleone* zu Mailand*) (s. Deutschland).

1815. Protestation des Papstes Pius VII. gegen die Bestimmungen des Wiener Congresses, bezüglich der Rechte der katholischen Kirche in Deutschland. Wien, 14. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 475 — De Clercq, II. 615.)

1815. Zweite Protestation des Papstes Pius VII. gegen die Bestimmungen des Wiener Congresses, welche den weltlichen Interessen des heiligen Stuhles zuwider laufen. Wien, 14. Juni 1815.

(De Clercq, II. 617.)

1815. Tractat zwischen Oesterreich und dem Papste, wegen Räumung der päpstlichen Staaten durch die kaiserlichen Truppen und Uebergabe der ersteren an den heiligen Stuhl. Wien, 12. Juni; päpstliche Ratificirung: Rom, 22. Juni 1815.

(Neumann, III. 21.)

1816. Convention zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich, den *Monte Napoleone* betreffend. Mailand, 1. Juni 1816; päpstliche Ratificirung: Rom, 29. Jänner 1816.

(Neumann, III. 136.)

1816. Convention zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich, über die provisorische Verwaltung der Marken und Legationen durch Oesterreich. Mailand, 12. December 1816; päpstliche Ratificirung: Rom, 29. Jänner 1817.

(Neumann, III. 175.)

1817. Oesterreichische Kundmachung bezüglich der Correspondenz der österreichischen Criminalgerichte mit jenen des Kirchenstaates, und umgekehrt. Wien, 16. Juli 1817.

(J. G. S. 1817, 1348, S. 458.)

1817. Erneuerung der Verordnung vom Jahre 1807, wegen des beschränkten Verkehrs mit Rom in Geschäften österreichischer Unterthanen. Wien, 25. December 1817.

(P. G. S. Bd. 45, S. 401.)

1820. Kundmachung über den Vollzug der von fremden Gerichtsbehörden erlassenen Erkenntnisse in dem Kirchenstaate. Wien, 14. April 1820.

(J. G. S. 1820, 1658, S. 204.)

*) Die Regierungen, welche in den Besitz der zum Königreiche Italien einverleibt gewesenen Staaten wieder gelangten, haben sich auch in dessen Activen und Passiven (somit auch in die auf den *Monte Napoleone* angewiesenen Forderungen) zu theilen gehabt; s. Convention vom 15. August 1820, S. 213.

1820. Convention zwischen den Mächten, welche in das bestandene Königreich Italien nachgefolgt sind, nämlich zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaate, Sardinien, Parma und Modena, die Theilung der Passiven des *Monte Napoleone* betreffend. Mailand, 15. August 1820.

(Neumann, III. 545.)

1820. *Atto di riparto* (Vertheilungs - Act) gezeichnet von den Commissären der vorgedachten Mächte, über die Vertheilung der Passiven des *Monte Napoleone.* Mailand, 15. August 1820.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1821. Cartel zwischen der kaiserlich-österreichischen und der päpstlichen Regierung, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militärdeserteurs. Rom, 1. Juni 1821; die Ratificationen ausgewechselt am 31. Jänner 1823.

(Kaiserliches Patent vom 26. Jänner 1823: Mil. Ges. Samml. 1823, 15, S. 16 — P. G. S. Bd. 51, S. 23 — Neumann, III. 605.)

1822. Uebereinkommen wegen Einräumung der Postporto-Freiheit für die von den österreichischen Justizbehörden an jene des Kirchenstaates ergehenden Requisitions-Schreiben. Wien, 13. September 1822.

(J. G. S. 1822, 1893, S. 117.)

1823. Postconvention zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich. Rom, 19. August 1823.

(Neumann, IV. 58.)

1823. Wiederbesetzung der Stelle des Protectors der österreichischen Nation am römischen Hofe.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1823: P. G. S. Bd. 51, S. 213.)

1826. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der päpstlichen Regierung, wegen Gleichstellung der Flagge in den gegenseitigen Häfen mit jener der eigenen Nationalen. Rom, 7./9. September 1826.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1832. Ausdehnung des Cartels von 1821 (1823) auf die in päpstliche Dienste getretenen Schweizer. Wien, 7. August; Rom, 26. August 1832.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1832: P. G. S. Bd. 60, S. 220.)

1836. Reciprocitäts-Erklärung wegen unentgeltlicher Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Rom, 12. März 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1838. Convention zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich, wegen Hintanhaltung des Schmuggels auf dem Po. Rom, 2. März; päpstliche Ratificirung: 20. Mai 1838.

(Neumann, IV. 387.)

1840. Beitritt der päpstlichen Regierung zu dem österreichisch-sardinischen Vertrage vom 22. Mai 1840, zur Unterdrückung des Nachdruckes. Rom, 8. October 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840: J. G. S. 1840, 484, S. 542 — P. G. S. Bd. 68, S. 358 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt 202, S. 606.)

1841. Päpstliche Instruction über das Verhalten des katholischen Curat-Clerus in den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates bei gemischten Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken. Rom, 22. Mai 1841 (kaiserliches *placetum*: Wien, 24. August 1841).

(Hofdecret vom 20. September 1841: J. G. S. 1841, 563, S. 607.)

1842. Ausdehnung dieser Instruction auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile Galiziens.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842: J. G. S. 1842, 629, S. 56.)

1843. Belehrung an die österreichischen Behörden hierüber. Wien, 16. April 1843.

(Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843: J. G. S. 1843, 700, S. 118.)

1847. Depesche des Staatskanzlers Fürsten Metternich an den kaiserlichen Gesandten in London, Grafen Dietrichstein, über den politischen Zustand Italiens. Wien, 2. August 1847.

(Wiener Zeitung vom 25. Februar 1848.)

1848. Note des österreichischen Botschafters zu Rom an den Cardinal-Staatssecretär, wegen des Abreissens des kaiserlichen Wappens vom österreichischen Botschaftspalaste, und Antwort des Cardinals. Rom, 21. und 22. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 6. April 1848.)

1848. Convention zwischen dem päpstlichen Prolegat und dem österreichischen General Fürsten Liechtenstein, über den Verkehr zwischen der Citadelle und der Stadt Ferrara. Ferrara, 14. Juli 1848.

(Samwer, XIV. 169.)

1848. Protest der päpstlichen Regierung gegen den Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Ferrara. Wien, 16. und 24. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. und 31. August 1848.)

1848. Antwort des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Wien, 24. und 28. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. und 31. August 1848.)

1848. Note des österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, Freiherrn von Welden, an die päpstlichen Commissäre bei seinem Einmarsche in die Legationen. Rovigo, 15. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 31. August 1848.)

1849. Convention zwischen den österreichischen Feldherrn und den päpstlichen Autoritäten über die Capitulation von Bologna. Villa Soldrini, 16. Mai 1849.

(Samwer, XIV. 400.)

1850. Accession Sr. päpstlichen Heiligkeit zu dem zwischen Oesterreich, Modena und Parma am 3. Juli 1849 geschlossenen Vertrag (s. Modena), über die freie Schifffahrt auf dem Po-Flusse. Rom, 12. Februar 1850.

(R. G. B. 322, S. 1343 — Neumann, V. 124 — Samwer, XIV. 532.)

1850. Kaiserlich-österreichische Verordnung, mit welcher das Verhältniss der katholischen Kirche zur Staatsgewalt festgestellt wird. Wien, 18. April 1850.

(R. G. B. 156, S. 826.)

1850. Kaiserlich-österreichische Verordnung, mit welcher die Beziehungen der katholischen Kirche zum öffentlichen Unterrichte näher bestimmt werden. Wien, 23. April 1850.

(R. G. B. 157, S. 827.)

1851. Eisenbahn-Vertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaate, Modena, Parma und Toscana. Rom, 1. Mai 1851; Ratification Toscana's: 3. Juni, Oesterreichs: 4. Juni, Modena's: 9. Juni, Parma's: 10. Juni, und des Kirchenstaates: 18. August 1851; die Ratificationen ausgewechselt zu Rom, 18. August 1851.

(R. G. B. 1852, 145, S. 677 — Neumann, V. 328.)

1852. Vertrag zwischen der kaiserlich-österreichischen und der päpstlichen Regierung, über den Beitritt der letzteren zum austro-italienischen Postverein (s. Toscana 1850). Rom, 30. März 1852; kaiserliche Ratification: Wien, 30. April; päpstliche: Rom, 15. Mai; ausgewechselt zu Rom am 11. Juni 1852.

(R. G. B. 169, S. 737 — Neumann, V. 539.)

1852. Protokoll hinsichtlich der Verpflegung der österreichischen Besatzungs-Truppen im Kirchenstaate. Wien, 7. September; päpstliche Ratification: 19. September; kaiserliche: 30. September 1852.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1853. Verordnung des allerhöchsten Armee-Obercommando's, womit die von den Militärwachen den Cardinälen der römischen Kirche zu erweisenden Ehrenbezeugungen bestimmt werden. Wien, 2. Mai 1853.

(R. G. B. 79, S. 366.)

1855. Vereinbarung (Concordat) zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich, über die Stellung der katholischen Kirche im Kaiserthum Oesterreich. Wien, 18. August 1855; kaiserliche Ratification: Ischl, 23. September; die beiderseitigen Ratificationen in Wien ausgewechselt am 25. September 1855.

(R. G. B. 195, S. 637 — Neumann, VI. 234.)

1855. Schreiben des kaiserlichen Bevollmächtigten, Cardinals Rauscher, an den päpstlichen Bevollmächtigten, Cardinal Viale Prelà, in Betreff der Durchführung des Concordats. Wien, 18. August 1855.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, I. Bd. S. XX.)

1855. Antwort des letzteren und Rückschreiben des Cardinals Rauscher. Wien, 18. und 19. August 1855.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, I. Bd. S. XXIV. und XXV.)

1855. Apostolisches Schreiben Sr. Heiligkeit des Papstes Pius IX. an alle Cardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs, aus Anlass des Abschlusses des Concordats. Rom, 5. September 1855.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, I. Bd. S. XXV.)

1855. Kaiserliches Patent, womit das vorstehende Concordat als Gesetz kundgemacht wird. Wien, 5. November 1855.

(R. G. B. 195, S. 635.)

1856. Schreiben des k. k. Ministers für Cultus und Unterricht, Leo Grafen von Thun, an sämmtliche katholische Erzbischöfe und Bischöfe, die Ausführung des Concordats betreffend. Wien, 25. Jänner 1856.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, I. Bd., S. XXIX.)

1856. Schreiben desselben an sämmtliche Länderchefs, die Ausführung des Concordats betreffend. Wien, 25. Jänner 1856.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, I. Bd., S. XXXV.) *)

1856. Verordnung des k. k. Handelsministeriums, betreffend die Concession für den Bau der italienischen Central-Eisenbahn, und die desshalb von der internationalen Commission (Rom, Oesterreich, Modena, Parma und Toscana) erlassene Kundmachung ddo. Modena, 8. Mai 1856. Wien, 28. Mai 1856.

(R. G. B. 89, S. 316.)

1856. Vertrag zwischen dem Kirchenstaate und Oesterreich, zur Regelung des telegraphischen Verkehrs. Rom, 5. Mai; die beiderseitigen Ratificirungen ausgewechselt mittelst Ministerial-Erklärungen ddo. Rom, 15. Juni, und Wien, 29. Juli 1856.

(R. G. B. 193, S. 691.)

*) Die in Folge der Bestimmungen des Concordats erflossenen zahlreichen Verordnungen des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht, der Ordinariate und Statthaltereien, s. im Archiv für katholisches Kirchenrecht.

1856. Kaiserliches Patent, womit in Ausführung des Artikels X des Concordats vom 18. August 1855, über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, insoweit sie dem Bereiche des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angehören, ein neues Gesetz erlassen wird. Wien, 8. October 1856.

(R. G. B. 185, S. 605.)

1856. Staatsvertrag zwischen dem Kirchenstaate und Oesterreich, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Rom, 5. December 1856; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt im März 1857.

(R. G. B. 1857, 68, S. 251.)

1858. Note des k. k. Ministeriums des Aeussern, mit welcher der im Wege der k. k. Botschaft in Rom eingelangte Nachweis der Kirchen, deren Prälaten von dem heiligen Stuhle die Revision der kirchlichen Rechtssachen in der zweiten und dritten Instanz anheimgegeben ist, mitgetheilt wird. Wien, 6. October 1858.

(Archiv für katholisches Kirchenrecht, V. Band, S. 461.)

1860. Uebereinkommen zwischen dem Kirchenstaate und Oesterreich, über die Competenz der päpstlichen und kaiserlichen Gerichtsbehörden bezüglich der beweglichen Verlassenschaften der gegenseitigen Unterthanen. Rom, 16. Februar 1860.

(Erlass des k. k. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, vom 17. April 1860: R. G. B. 96, S. 192.)

1860. Uebereinkommen zwischen dem Kirchenstaate und Oesterreich, über den Schriftenwechsel der Gerichte in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten. Rom, 16. Februar 1860.

(Erlass des k. k. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, vom 17. April 1860: R. G. B. 97, S. 193.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Kundmachung der päpstlichen Regierung über die für die Schifffahrt in den päpstlichen Gewässern zu entrichtende Leuchtthurm-Taxe *(tassa di fanalaggio)*. Rom, 16. December 1866.

(*Annuario marittimo* 1867, S. 110.)

1868. Gesetz, wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden erlassen werden. Wien, 25. Mai 1868.

(R. G. B. 47, S. 93.)

1868. Gesetz, wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche erlassen werden. Wien, 25. Mai 1868.

(R. G. B. 48, S. 97.)

1868. Gesetz, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in Beziehung auf das Religionsbekenntniss der Kinder, auf den Uebertritt von einer Kirche oder Religionsgenossenschaft zur anderen, auf Functionen des Gottesdienstes und der Seelsorge, auf Beiträge und Leistungen, auf Begräbnisse, endlich in Ansehung der Feier- und Festtage geregelt werden. Wien, 25. Mai 1868.

(R. G. B. 49, S. 99.)

Krakau.

(Früher ein Palatinat des alten Polen, später eine Republik.)

Die kleine Republik Krakau wurde als ein von den drei *puissances copartageantes*, Oesterreich, Russland und Preussen, beschützter Staat im J. 1815 am Wiener Congresse geschaffen, — eine nicht lebensfähige Schöpfung, die 1846 mit der Einverleibung in Oesterreich zu Ende ging. Das polnische Palatinat Krakau war schon 1795 bei der dritten Theilung Polens Oesterreich zugefallen, wovon es aber 1809 getrennt ward, um dem im J. 1807 creirten Herzogthume Warschau zugetheilt zu werden, welch' letzteres ebenfalls bei der grossen Territorial-Revision des Jahres 1815 aufgelöst wurde.

1785. Convention zwischen der Administration des Bisthums Krakau und dem k. k. Gubernium zu Lemberg, die Trennung Westgaliziens von der Diöcese Krakau betreffend. Warschau, 4. Juli 1785; Genehmigung der Administration: Warschau, 18. October, des Domcapitels zu Krakau: 22. October 1785.

(Neumann, I. 363.)

1795. Feststellung der Grenze des Palatinats Krakau bei der dritten Theilung Polens.

(Neumann, I. 542.)

1796. Manifest des Palatinats Krakau mit Proclamation einer neuen Erhebung für die Unabhängigkeit Polens. Krakau, 24. März 1794.

(Angeberg, S. 357.)

1796. Erklärung des österreichischen Geschäftsträgers gegen dieses Manifest. Warschau, 31. März 1794.

(Angeberg, S. 366.)

1796. Additional - Artikel und Arbitral - Erkenntniss über die streitigen Grenzen (s. Polen).

1797. Demarcations - Acte wegen definitiver Festsetzung der Grenze des Palatinats Krakau (s. Polen).

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Russland, dann Russland und Preussen, das Königreich Polen betreffend (s. Preussen).

1815. Additional-Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen, wegen Erklärung Krakau's zu einer freien Stadt unter dem Schutze Oesterreichs, Russlands und Preussens, und Festsetzung ihrer Constitution. Wien, 21. April (3. Mai) 1815. (III. Beilage der Wiener Congressacte).

(P. G. S. Bd. 43, S. 121 — Martens, S. VI. 251 — Neumann, II. 586.)

1815. Constitution der freien Stadt Krakau (Beilage des vorstehenden Tractats).

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland), worin Krakau zu einer freien Stadt erklärt wird.

1815. Proclamation der Residenten von Oesterreich, Russland und Preussen an die Einwohner der Republik Krakau, über die Bestellung einer organisirenden Commission zur Einführung der Constitution. Krakau, 12. October 1815.

(Angeberg, S. 704.)

1815. Proclamation des dirigirenden Senats an die Einwohner der Republik Krakau, über den Beginn seiner Functionen. Krakau, 12. December 1815.

(Angeberg, S. 725.)

1817. Acte, geschlossen zwischen Oesterreich, Russland und Preussen, wegen Durchführung des Art. XIII der Constitution der freien Stadt Krakau. Krakau, 5. Februar 1817; in St. Petersburg ratificirt am 19./31. Mai 1817; in Berlin am 31. März 1817.

(Neumann, III. 208, 209.)

1817. Protokoll der organisirenden Commission, die Grenzen der Befugnisse des Krakauer Senats betreffend. Krakau, 21. Mai 1817.

(Angeberg, S. 730.)

1818. Schreiben derselben an den Krakauer Senat mit Bekanntgabe eines neuen Artikels der Constitution, das Budget betreffend. Krakau, 10. Juli 1818.

(Angeberg, S. 739.)

1818. Definitiv-Acte, geschlossen zwischen den Commissären Oesterreichs, Russlands und Preussens, über die Grenzen des Gebietes des Freistaates Krakau. Krakau, 28. August 1818; preussische Ratificirung: Berlin, 15. Februar 1818; russische: St. Petersburg, 11. März 1819.

(Neumann, III. 380.)

1828. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland, wegen Regulirung der Ansprüche der geistlichen und weltlichen Stiftungen von Angehörigen Krakaus und Polens, sammt *protocole explicatif* (s. Russland).

1828. Schreiben der Repräsentanten der drei Schutzmächte an den Krakauer Senat, wegen vorgekommener Constitutions-Verletzungen. Krakau, 25. Februar 1828.

(Angeberg, S. 753.)

1828. Schreiben derselben an denselben, wegen vorzunehmender Abänderung in der Constitution des Freistaates. Krakau, 19. März 1828.

(Angeberg, S. 754.)

1828. Schreiben des Curators der Unterrichts-Anstalten in Krakau, Grafen Zaluski, an den Senat, die Hereinbringung der der dortigen Universität gehörigen Vermögenschaften betreffend. Krakau, 14. Juli 1828.

(Angeberg, S. 754.)

1833. Eröffnung der ausserordentlichen österreichisch-preussisch-russischen Commission an den Krakauer Senat, dass der freie Handelsverkehr zwischen Podgorze und Krakau aufgehoben wird. Krakau, 30. September 1833.

(Angeberg, S. 962.)

1836—1839. Massregeln der drei Schutzmächte gegen die revolutionären Umtriebe in Krakau.

(Angeberg, S. 974 und ff.)

1846. Correspondenz in Betreff der revolutionären Bewegung in Krakau.

(Angeberg, S. 1020 und ff.)

1846. Convention zwischen den Schutzmächten Oesterreich, Russland und Preussen, über die Einverleibung des Freistaates Krakau in die österreichische Monarchie. Wien, 9. November 1846.

(Neumann, IV. 769.)

1846. Kaiserlich-österreichisches Patent über die Wiedervereinigung der Stadt Krakau und ihres Gebietes mit dem österreichischen Kaiserreiche. Wien, 11. November 1846.

(P. G. S. Bd. 74, S. 228.)

1847. Depeschen des Staatskanzlers Fürsten Metternich über die Rechtmässigkeit dieser Einverleibung. Wien, 4. und 9. Jänner 1847.

(Angeberg, S. 1069 und ff.)

1847. Erlass des österreichischen Commissärs über die Einbeziehung des Krakauer Gebietes in das österreichische Zollsystem. Krakau, 18. Jänner 1847.

(Angeberg, S. 1077.)

1854. Oesterreichische Ministerial-Verordnung wegen Uebernahme des in Krakau befindlichen Archivs der grodgerichtlichen und Terrestral-Acten (s. Russland).

Lauenburg.

(Herzogthum.)

Nach dem Aussterben seines alten Herrscherstammes von Sachsen-Lauenburg kam das Ländchen (19 Quadratmeilen) in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts an das Haus Braunschweig-Lüneburg, und 1803 sammt Hannover unter französische Herrschaft. Im J. 1813 wurde es von Hannover an Preussen, dann von diesem an Dänemark, von diesem im Wiener Friedensvertrage (1864) an Preussen und Oesterreich abgetreten, von welchem es im Gasteiner Vertrage (1865) gegen eine Entschädigungssumme von 2,500.000 Thalern an Preussen exclusive überlassen worden ist.

Ueber den Eintritt Lauenburgs in den deutschen Bund (1816) s. oben bei Dänemark; wegen der Bundes-Execution in Holstein und Lauenburg (1864) s. Deutschland.

1864. Wiener Friedenstractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, vom 30. October 1864 (s. Dänemark), wornach der König von Dänemark, auf alle seine Rechte auf Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen verzichtet.

1864. Verordnung wegen des Consularschutzes für die Angehörigen Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs (s. Holstein).

1865. Gasteiner Convention zwischen Oesterreich und Preussen, vom 14. August 1865 (s. Preussen), laut welcher Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich die im Wiener Frieden vom 30. October 1864 auf das Herzogthum Lauenburg erworbenen Rechte Sr. Majestät dem Könige von Preussen gegen eine Summe von 2 Millionen 500.000 dänischen Reichsthalern überlässt.

1865. Bekanntmachung über die Auflösung der gemeinsamen obersten Civilbehörde für Schleswig-Holstein und Lauenburg (s. Holstein).

1865. Königlich-preussisches Patent über die Besitzergreifung des Herzogthums Lauenburg. Berlin, 13. September 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Bd., 2016.)

1866. Aufhebung der Verordnung wegen des Consularschutzes (s. Holstein).

Liberia.

(Republik.)

Diese Republik von freien Negern, im Süden von Sierra Leone an der Westküste Afrikas, mit der Hauptstadt Monrovia (so genannt nach dem Präsidenten der vereinigten Staaten Nordamerika's, Monroe, der zum Gedeihen dieses Staates wesentlich beitrug) entstand in den Jahren 1821 und 1822 aus freigelassenen Negern, welche, von einer philanthropischen Gesellschaft in Nordamerika an jener Küste angesiedelt, sich allmälig zu einem kleinen Staatswesen von beiläufig 500.000 Seelen (darunter 484.000 Eingeborne jener Gegend und 16.000 amerikanische Freigelassene) organisirten.

Die Republik Liberia ist bereits von den meisten europäischen See- und Handelsstaaten anerkannt worden und hat mit denselben Handelsverträge abgeschlossen. Im Jahre 1862 traf der Präsident der Republik, der Neger Benson, in Hamburg ein, von wo jährlich einige Ladungen deutscher und österreichischer Manufactur-Waaren nach Liberia gegen Empfang von Elfenbein, Palmöl und anderen Producten des Landes expedirt werden. Auf den damals geäusserten Wunsch des Präsidenten Benson wurden Seitens der österreichischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, welche zu dem Abschlusse des unten bezeichneten Handelsvertrages führten.

1866. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen dem Kaiserthum Oesterreich, für sich und in Vertretung des souveränen Fürstenthumes Liechtenstein, und der Republik Liberia. Wien, 1. September 1866; kaiserliche Ratificirung vom 10. April 1867; die Ratificirungen ausgewechselt zu London am 25. September 1867.

(R. G. B. 1867, 129, S. 363.)

Liechtenstein.

(Fürstenthum.)

Das Fürstenthum Liechtenstein (Vadutz) trat dem Rheinbunde (1806), der grossen Wiener Allianz (1813) und dem deutschen Bunde (1815) bei, und ist in den österreichischen Zollverband (1852, 1863) und hiedurch auch in die österreichisch-preussischen Zollvereinbarungen (1853, 1865, 1868), sowie in die von Oesterreich geschlossenen Handelsverträge, in Gemässheit des Artikels XIII des Zoll- und Steuervereins-Vertrages vom 23. December 1863, einbezogen. Der regierende Fürst von Liechtenstein residirt in Wien, wo er des privilegirten Gerichtsstandes der Exterritorialen theilhaftig ist (1823, 1851). Als oberster Gerichtshof für das Fürstenthum wurde das k. k. Appellationsgericht zu Innsbruck bestellt (1817).

1806. Beitritt des Fürsten von Liechtenstein zum Rheinbunde (siehe die Rheinbunds-Acte bei Deutschland).

1815. Beitritt des Fürsten Liechtenstein zur grossen Allianz vom 25. März 1815 (siehe Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Participation Liechtensteins an den von Frankreich zu zahlenden Entschädigungen, nach dem Protokoll von 6./20. November 1815 (siehe Frankreich).

1817. Kaiserliche Entschliessung, wornach über Antrag des regierenden Fürsten von Liechtenstein, das k. k. Appellationsgericht in Tirol und Vorarlberg zu Innsbruck als dritte Instanz für das souveräne Fürstenthum Vadutz constituirt wird. *) Wien, 9. December 1817.

(Hofdecret vom 13. Februar 1818: J. G. S. 1818, 1418, S. 8.)

1823. Allerhöchste Entschliessung, wornach dem jeweiligen Regierer des fürstlichen Hauses Liechtenstein als immediatem Souverän das Prädicat „Durchlauchtiger Fürst“ und „Durchlaucht“ zukömmt.

(Hofdecret vom 7. Februar 1823: J. G. S. 1923, S. 129.

*) Nachdem im Fürstenthume Vadutz das österreichische bürgerliche Gesetzbuch, das Gesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizei-Uebertretungen und die österreichische Gerichts- und Grundbuchs-Ordnung eingeführt worden waren.

1851. Erlass des k. k. Justizministeriums, dass mit allerhöchster Entschliessung vom 30. Juli 1851 dem souveränen Fürsten von Liechtenstein für sich und seine Familie der privilegirte Gerichtsstand des Oberst-Hofmarschallamtes bewilligt wurde. Wien, 10. August 1851.

(R. G. B. 183, S. 517 — Mein „internationales Privatrecht," S. 105.)

1852. Staatsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Durchlaucht dem souveränen Fürsten von Liechtenstein, wegen Einbeziehung dieses Fürstenthums in den österreichischen Zollverband. Wien, 5. Juni 1852; kaiserliche Ratification: Ofen, 24. Juni 1852.

(R. G. B. 146, S. 693 — Neumann, V. 686.)

1852. Kundmachung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, über den Vollzug des vorstehenden Staatsvertrages. Wien, 10. Juli 1852.

(R. G. B. 147, S. 764 — Neumann, V. 700.)

1853. Kundmachung des k. k. Finanzministeriums, über die Einbeziehung des Fürstenthums Liechtenstein in die österreichisch-preussische Zolleinigung und in die Zolleinigung mit Modena und Parma (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117 — Neumann, VI. 41.)

1853. Kundmachung des k. k. Finanzministeriums, wodurch vom 1. November 1853 angefangenen, in Vorarlberg und dem zollvereinten Fürstenthume Liechtenstein die Einrichtungen des Zollvereins bezüglich der Organisation der Zollämter und der Grenzwache, in Folge des österreichisch-preussischen Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland) probeweise eingeführt werden. Wien, 15. October 1853.

(R. G. B. 209, S. 1121.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums, über die Ausdehnung der Transito-Zollfreiheit auf gewisse Waaren. Wien, 1. Februar 1854.

(R. G. B. 32, S. 154.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Aufhebung des Transitozolles bei Waaren, welche vom Bodensee über Liechtenstein nach der Schweiz oder umgekehrt versendet werden. Wien, 25. August 1854.

(R. G. B. 219, S. 919.)

1857. Münzvertrag (s. Deutschland).

1863. Vertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und dem souveränen Fürsten von Liechtenstein, über die Fortsetzung des durch den Vertrag vom 5. Juni 1852 gegründeten österreichisch-

liechtensteinischen Zoll- und Steuervereines. Wien, 23. December 1863; kaiserliche Ratification vom 8. Jänner 1864.

(R. G. B. 1864, 48, S. 203.)

1865. Handels- und Zollvertrag vom 11. April 1865 (s. Deutschland).

1865. Uebereinkommen zum Schutze gegen die Verfälschung von Stempeln, öffentlichen Beglaubigungen etc. (s. Preussen).

1865. Handelsvertrag mit Grossbritannien (s. dieses).

1866. Handelsvertrag mit Frankreich (s. dieses).

1866. Handelsvertrag mit Liberia (s. dieses).

1866. Circular des k. k. Ministeriums des Aeussern an sämmtliche Consulate, wegen Verabfolgung von Unterstützungen an Angehörige des Fürstenthums Liechtenstein, als Theilnehmer an dem deutschen Handels- und Zollvertrage vom 11. April 1865 (s. Deutschland).

1867. Handelsvertrag mit Belgien (s. dieses).

1867. Handelsvertrag mit den Niederlanden (s. diese).

1867. Ausscheidung aus dem deutschen Münzvereine (siehe Deutschland).

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (siehe Deutschland).

1868. Handels- und Zollvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Lippe.

(Zwei Fürstenthümer: Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg.)

Die von verwandten Fürstenhäusern regierten, jedoch in staatsrechtlicher Beziehung von einander unabhängigen Fürstenthümer Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe (oder Lippe-Bückeburg) wurden Mitglieder des Rheinbundes (1807), wobei die jüngere Linie (Schaumburg) die Fürstenwürde erhielt, welche die ältere (Detmold) bereits im Jahre 1720 erhalten hatte. Beide Fürstenthümer traten dann der Allianz wider Napoleon und dem deutschen Bunde (1815), und, nach der Auflösung dieses letzteren (1866), dem norddeutschen Bunde bei; wie schon ihre Lage erklärlich macht. Sie erscheinen bei den Postverträgen Oesterreichs (1843, 1844, 1851, 1867), den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865, 1868) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) betheiligt. Mit Lippe-Detmold wurde ein Uebereinkommen wegen der Verlassenschafts-Abhandlungen geschlossen (1859).

1807. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Fürsten zu Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Meyer, I. 126 — Martens, S. IV. 396.)

1815. Beitritt der Fürstin Lippe-Detmold (als Vormünderin ihres Sohnes), sowie des Fürsten von Schaumburg-Lippe, zur grossen Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1851. Beitritt von Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1853, I. S. 279, II. S. 473.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages (s. Deutschland) auf das Fürstenthum Lippe und die Gebietstheile Lipperode, Cappel und Grävenhagen, sowie auf Schaumburg-Lippe.

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland). (Bekanntgabe der Lippe'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 63.)

1859. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der fürstlich Lippe'schen Regierung, wegen Behandlung des beweglichen Nachlasses der in einem Staate verstorbenen Unterthanen des anderen Staates. Ministerial-Erklärungen: Detmold, 22. December 1858; Wien, 5. Jänner 1859.

(R. G. B. 1859, 17, S. 17.)

1865. Oesterreichisch-preussischer Zoll- und Handelsvertrag (siehe Deutschland).

1866. Bündnissvertrag zum norddeutschen Bunde (s. Deutschland).

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (siehe Deutschland).

1868. Handels- und Zollvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Lucca.

(Herzogthum.)

Die alte Republik dieses Namens wurde 1805 mit Piombino als Fürstenthum dem Schwager Napoleons Fürsten Baciocchi zugetheilt, und 1815 der Witwe des ehemaligen Königs von Hetrurien, Maria Luise, als Herzogthum bis dahin überlassen, wo sie nach dem Tode der gewesenen Kaiserin von Frankreich, Maria Luise von Oesterreich, wieder zum Besitze von Parma gelangen würde; in welchem Falle Lucca, bis auf einige kleine, dann an Modena abzutretende Bezirke, an Toscana fallen sollte. Indessen trat der 1818 zur Regierung gelangte Sohn Maria Luisens von Lucca, Herzog Carl Ludwig, schon 1847 Lucca an Toscana ab, wornach dieses Herzogthum als selbstständiger Staat zu existiren aufhörte.

1748. Aachner Friedens-Tractat (s. Frankreich).

1815. Wiener Congressacte (s. Deutschland), Art. CI und CII.

1817. Tractat über die Reversion von Parma an den Infanten Don Carl Ludwig, und von Lucca an Toscana (s. Parma).

1818. Convention zwischen Oesterreich und Toscana vom 10. Juli 1818, über die an die Infantin Herzogin von Lucca zu zahlende Rente (s. Toscana).

1818. Convention zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und der Infantin Maria Luise, wegen Liquidirung der gegenseitigen Forderungen aus Anlass der militärischen Besetzung des Herzogthums Lucca durch österreichische Truppen. Lucca, 30. August 1818; Ratificirung der Infantin: Lucca, 29. October 1818.

(Neumann, III. 408.)

1836. Reciprocitäts-Erklärung über die kostenfreie Ausfertigung von Tauf-, Trau- und Todtenscheinen. Lucca, 13. April 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1844. Tractat über die Reversion von Lucca an Toscana und von Parma an den Herzog von Lucca (s. Parma).

Lübeck.

(Freie Stadt.)

Die freie und Hansestadt Lübeck an der Trave, durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (1803) als freie Reichsstadt belassen, wurde nach der Auflösung des deutschen Reiches (1806) von den Franzosen besetzt und dann sammt den andern beiden Hansestädten als eine „gute Stadt" mit Decret vom 4. Juli 1811 dem französischen Reiche einverleibt. Nach der Befreiung von 1813 trat es der grossen Allianz und dem deutschen Bunde bei (1815). — Zwischen Oesterreich und Lübeck besteht ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Gleichstellung der Flaggen (1839); auch nimmt letzteres Theil an den Vortheilen der von der kaiserlichen Regierung in Deutschland geschlossenen Postverträge (1843, 1851, 1852, 1867) und ist Mitglied des Eisenacher Verpflegs-Uebereinkommens (1853), des Vertrages wegen Aufhebung des Sundzolles (1857), und des Uebereinkommens wegen des Schriftenwechsels der Behörden (1857). Im Jahre 1866 trat Lübeck, gleich Hamburg und Bremen, dem norddeutschen Bunde bei. Bis zum Jahr 1868 war Lübeck auch an den Vereinbarungen bezüglich der Elbeschifffahrt (s. Preussen) betheiligt gewesen; laut Vertrags vom 8. August 1867 trat es aber, vom 1. Jänner 1868 an, das bisher den beiden freien und Hansestädten Lübeck und Hamburg gemeinschaftliche Amt Bergedorf an Hamburg ab, wodurch es aufhörte, ein Uferstaat der Elbe zu sein.

1803. Entschädigung der Stadt Lübeck durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senats der Stadt Lübeck zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1839. Declarationen zwischen Oesterreich und Lübeck, in Betreff gegenseitiger Gleichstellung ihrer Flaggen rücksichtlich der Schiffsabgaben. Lübeck, 11. Februar 1839; Wien, 25. März 1839.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1852. Beitritt Lübecks zum deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums vom J. 1852, Bd. I S. 19).

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark)

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland). (Bekanntgabe der Lübecker Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 64.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolls (s. Belgien).

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde (s. Deutschland.)

1868. Handels- und Zollvertrag des norddeutschen Bundes (siehe Deutschland).

Malta.

Malta wurde 1530 von Kaiser Carl V. den Johanniter-Rittern als ein Lehen von Sicilien überlassen. Durch Verrath nahm Napoleon auf seinem Zuge nach Aegypten 1793 die Insel ein, doch musste sich 1800 die französische Besatzung an England ergeben, welches Malta zwar im Frieden von Amiens (1802) herauszugeben versprach, aber seither behielt, und wohl auch so lange seine Seeherrschaft dauern wird, als Schlüssel des mittelländischen Meeres behalten wird.

1802. Beitritt Oesterreichs zum Art. X des Friedenstractats von Amiens (s. Grossbritannien), die Insel Malta betreffend. Wien, 19. August 1802; Ratificirung des ersten Consuls: Paris, 16. September 1802 (Neumann, II. 22.)

Marocco.

(Kaiserthum.)

Das Reich Fez und Marocco (etwa 13.000 Quadratmeilen mit 11 Millionen Einwohnern) wird von den Europäern gewöhnlich ein Kaiserthum genannt, es heisst eigentlich *Maghieb al Aksa*, d. h. der äusserste Westen. Die jetzige Dynastie regiert seit 1547. Es gehörte wie Algier, Tunis und Tripolis, zu den sogenannten Barbaresken-Staaten, war jedoch nie von der ottomanischen Pforte abhängig; daher auch die österreichische Regierung mit Marocco als einem selbstständigen Staate besondere Tractate abgeschlossen hat. Erst gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts wurden die diplomatischen Verhältnisse Marocco's zu Europa mehr geregelt: der Tribut gegen Piraterie wurde von Oesterreich 1820, von Schweden erst 1844 eingestellt. Der Krieg gegen Frankreich (1844 unter Marschall Bugeaud, Herzog von Isly) und der letzte gegen Spanien (1861) hat die Schwäche Marocco's, europäischer Disciplin und Tapferkeit gegenüber, geoffenbart.

1783. Handelsvertrag zwischen dem römischen Kaiser und dem Kaiser von Marocco. . . ., 16. October 1783.

(Martens, II. 503 (Extract.) — *Storia dell' anno* 1783, p. 209 — Neumann, I. 324.)

1784. Friedens- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem deutschen Kaiser und dem Kaiser von Marocco. . . ., 10. Redscheb 1198 (1784).

(Neumann, I. 327.)

1805. Friedens- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Marocco. . . ., 5. Februar 1805.

(Hauterive et Cussy, P. II. T. I. 106.)

1830. Friedens- und Handelstractat zwischen Oesterreich und Marocco. Gibraltar, 19. März 1830; kaiserliche Ratificirung: Wien, 15. Mai 1830; die beiderseitigen Ratificirungen ausgewechselt zu Mequinez am 29. October 1830.

(Neumann, IV. 312 -- P. G. S. Bd. 58, S. 206.)

1856. Allgemeiner Freundschafts- und Friedens-Tractat zwischen Grossbritannien und Marocco. Tanger, 9. December 1856.

(Samwer, XVII. p. 1, S. 128.)

1856. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen denselben. Tanger, 9. December 1856.

(Samwer, XVII. p. 1, S. 143.)

1857. Circular der k. k. Centralseebehörde, laut welcher die Bestimmungen des zwischen Marocco und Grossbritannien am 9. December 1856 geschlossenen Handelsvertrages auch auf die österreichischen Unterthanen angewendet werden sollen. Triest, 8. August 1857.

(*Annuario marittimo*, VIII. 19.)

1865. Convention zwischen Oesterreich, Belgien, Spanien, den vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich, Grossbritannien, Italien, den Niederlanden, Portugal und Schweden einerseits, und dem Sultan von Marocco andererseits, über die Verwaltung und Unterhaltung des Leuchthurmes am Cap Spartel. Tanger, 31. Mai 1865; kaiserlich-österreichische Ratificirung vom 20. August 1865; sämmtliche Ratificirungen ausgewechselt zu Tanger den 14. Februar 1867.

(R. G. B. 1867, 76, S. 149.)

Mecklenburg.

(Zwei Grossherzogthümer: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.)

Mecklenburg, dessen uralte Dynastie, die einzige slavische in Europa, vom Kaiser Carl IV. (1348) die herzogliche, und im Wiener Congresse (1815) die grossherzogliche Würde erhielt, trat im bairischen Successionskriege (1777) mit Ansprüchen auf die Landgrafschaft Leuchtenberg auf, sich auf eine alte kaiserliche Anwartschafts-Ertheilung stützend. Dafür erhielt es im Teschner Frieden (1779) das *privilegium de non appellando*, demgemäss von den mecklenburgischen Gerichten keine weitere Berufung an das Reichs-Kammergericht und den Reichshofrath ergriffen werden durfte. Wie alle norddeutschen protestantischen kleineren Staaten (mit Ausnahme des in Englands Politik eingreifenden Hannover), stand Mecklenburg in den Kriegen Preussens mit Oesterreich auf des ersteren Seite. Die beiden Herzogthümer Mecklenburg - Schwerin und Mecklenburg - Strelitz traten dem Rheinbunde (1808), dann der grossen Wiener Allianz und dem deutschen Bunde als Grossherzogthümer bei (1815). Der Frankfurter Territorial-Recess bezog sich auch auf Mecklenburg-Strelitz (1819); Mecklenburg-Schwerin erscheint bei der Elbeschifffahrts-Acte (1821, 1844, 1847, 1851, 1852) und der österreichisch-preussischen Zolleinigung (1853, 1865), beide Grossherzogthümer aber sind bei den österreichisch-preussischen Postverträgen (1849, 1851, 1867) der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) und dem Handelsvertrage vom Jahre 1868 (s. Nachträge) betheiligt. Endlich wurde zwischen Oesterreich und Mecklenburg-Schwerin ein besonderes Uebereinkommen über die gegenseitige Behandlung der unbemittelten erkrankten Unterthanen (1840) und der Schiffe und Ladungen in den Häfen beider Staaten (1846), dann in Betreff der Legalisirung der Urkunden (1865) geschlossen. Mecklenburg-Schwerin trat auch der Genfer Convention wegen Behandlung der Verwundeten (1866), beide Grossherzogthümer aber am 21. August 1866 dem Bündniss-Vertrage vom 18. August, der Grundlage des norddeutschen Bundes, und diesem selbst bei.

1741—1763. Schlesische Kriege zwischen Oesterreich und Preussen (s. Preussen).

1779. Teschner Frieden (s. Baiern).

1803. Entschädigung des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 18. Februar 1808.

(Martens, S. VIII. 10.)

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, wegen Beitritts des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 18. Februar 1808.

(Martens, S. VIII. 11.)

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, wegen Beitritts des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 22. März 1808.

(Martens, S. V. 138.)

1815. Beitritt der Herzoge von Mecklenburg zur grossen Allianz (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Französische Entschädigungen in Folge des zweiten Pariser Friedens (s. Frankreich).

1815. Annahme des Titels „Grossherzog" von Seite beider Herzoge; Regulirung der Territorial-Verhältnisse (Wiener Congress-Acte, siehe Deutschland).

1819. Frankfurter Territorial-Recess vom 20. Juli 1819 (siehe Deutschland).

1821. Elbeschifffahrts-Acte, — bezüglich Mecklenburg-Schwerins (s. Preussen).

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Mecklenburg-Schwerin, wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 345.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen bezüglich des Postenverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1844. Verordnung über die Frankirung für Mecklenburg. Wien, (Hofkammer-Präsidial-Decrete) vom 28. Juni und 12. Juli 1844.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt S. 44 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 255 und 276.)

1844, 1846. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte; diessfällige Elbezoll-Ermässigungen u. s. w. (s. Preussen).

1846. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Mecklenburg-Schwerin, wegen gegenseitiger Aufhebung alles Unterschiedes in der Behandlung der beiderseitigen Schiffe und deren Ladungen. Schwerin, 10. September; Wien, 2. October 1846.

(Murhard, n. r. IX. 347 — Martens et Cussy, V. 709.)

1850. Beitritt von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Preussen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, 2. Bd. S. 309 und 442; 1851, I. Bd. S. 61.)

1851. Dritte Elbeschifffahrts-Revision (s. Preussen).

1852. Elbezoll-Ermässigungen (s. Preussen).

1853. Betheiligung von Mecklenburg-Schwerin an der österreichisch-preussischen Zolleinigung, rücksichtlich der von Preussen umschlossenen Gebietstheile Rossow, Netzeband und Schönberg (siehe Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der mecklenburg'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 57.)

1865. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Mecklenburg-Schwerin, unter späterem Beitritte von Mecklenburg-Strelitz. Paris, 9. Juni 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Band, 1853 — *Annales du commerce extérieur*, 1868, p. 202.)

1865. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der grossherzoglich Mecklenburg-Schwerin'schen Regierung, bezüglich der Legalisirung der Urkunden. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 15. October; Mecklenburg'sche: Schwerin, 24. October 1865.

(R. G. B. 117, S. 355.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Beitritt der grossherzoglich Mecklenburg-Schwerin'schen Regierung zur Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz).

1866. Vertrag zwischen Preussen und beiden Mecklenburg wegen deren Beitritts zum norddeutschen Bunde (s. Deutschland).

1866. Verwendung Oesterreichs wegen Entlassung Mecklenburgs aus dem Vertragsverhältnisse mit Frankreich (s. oben 1865) bezüglich des Weinzolles, aus Anlass der Revision des deutschen Handels- und Zollvertrags vom 11. April 1865.

(„Correspondenz des k. k. Ministeriums des Aeussern" 1868, S. 127 u. ff.)

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde (s. Deutschland).

1868. Entlassung Mecklenburgs aus dem obgedachten Vertragsverhältnisse mit Frankreich. Paris, 15. Februar 1868.

(*Annales du commerce extérieur*, 1868, p. 201.)

1868. Handels- und Zollvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Mexico.

(Republik, mit Kaiserthum alternirend.)

Ein spanisches Vice-Königthum, errang Mexico nach einer Reihe von Aufständen (1808—1824) seine Unabhängigkeit von Spanien und war ein republikanischer Föderativ-Staat geworden, zu welchem Oesterreich in Handelsverbindungen trat. Nach fortdauernden innern Kämpfen proclamirt eine von dem Oberbefehlshaber der nach Mexico entsendeten französischen Armee, dem Marschall Fleury, berufene Notablen-Versammlung am 10. Juni 1863 die constitutionelle erbliche Monarchie unter dem Erzherzoge Ferdinand Maximilian von Oesterreich als Kaiser, welcher die ihm am 3. October 1863 in Miramare angebotene Krone annimmt, in diesem Anerbieten den Wunsch der Mehrheit des mexicanischen Volkes erblickend. Am 12. Juni 1864 hält der Kaiser Maximilian I. seinen Einzug in Mexico. Drei Jahre später und nach harten Kämpfen unterliegt er, und am 19. Juni 1867 wird der verrätherisch gefangene, von einem Blutgerichte zum Tode verurtheilte Kaiser in Queretaro erschossen. Die republikanische Regierungsform ward hierauf in Mexico wieder hergestellt, die inneren Zerwürfnisse dauern aber fort.

1842. Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und der Republik Mexico. London, 30. Juli 1842; in den Ratificirungen ebenda ausgewechselt am 8. August 1842.

(P. G. S. Bd. 71, S. 208 — J. G. S. Bd. 26, S. 45 — Murhard, n. r. III. 432 — Neumann, IV. 503.)

1863. Beschluss der mexicanischen Notablen-Versammlung über die Annahme der monarchischen Regierungsform und die Anerbietung der mexicanischen Kaiserkrone an den Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oesterreich. Mexico, 10. Juli 1863.

(*Archives diplomatiques* 1864, III. 298.)

1863. Anrede des Präsidenten der mexicanischen Deputation, Guttieres de Estrada, womit dem Erzherzog Ferdinand Maximilian im Namen der Notablen-Versammlung die mexicanische Kaiserkrone angeboten wird, und bedingte Antwort des Erzherzogs. Miramar, 3. October 1863.

(*Archives diplomatiques* 1864, III. 299.)

1864. Familienpact zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. kaiserlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Ferdinand Max, über die Bedingungen, unter denen Se. Majestät als Ober-

haupt des Erzhauses dem Herrn Erzherzoge die Annahme des ihm angebotenen Thrones von Mexico gestattet. Schloss Miramar, 9. April 1864 *).

(Wiener Zeitung vom 17. November 1864, 77 — *Archives diplomatiques* 1864, IV. 399.)

1864. Anrede des obgenannten Präsidenten der mexicanischen Deputation, womit in Folge des eingeholten Votums der Nation dem Erzherzog Ferdinand Maximilian die mexicanische Kaiserkrone neuerdings angeboten wird, und Annahme derselben von Seite des Erzherzogs. Miramar, 10. April 1864.

(*Archives diplomatiques* 1864, III. 307 und 310.)

1864. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und Sr. Majestät dem Kaiser von Mexico, über die Aufstellung eines französischen Armee-Corps in Mexico zum Schutze des mexicanischen Kaiserthrones. Miramar, 10. April 1864.

(*Archives diplomatiques* 1864, III. 312.)

1864. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem Kaiser von Mexico, über die Anwerbung eines Freiwilligen-Corps in den österreichischen Staaten für den mexicanischen Kriegsdienst. Wien, 19. October 1864; kaiserlich-österreichische Ratification: Wien, 13. Februar 1865; kaiserlich-mexicanische Ratification: Mexico, 30. Jänner 1865; ausgewechselt zu Wien am 6. April 1865.

(R. G. B. 1865, 24, S. 31.)

1866. Correspondenz zwischen Nordamerika und Frankreich, in Folge deren letzteres seine Truppen aus Mexico zurückberuft. Mai bis December 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 406 und ff. — Das Staatsarchiv, Bd. XII. 2677.)

1868. Allerhöchstes Handschreiben Sr. k. k. apostolischen Majestät an den Minister des Innern Dr. Giskra, womit der Dank des Kaisers in Seinem und Seiner Familie Namen den Bewohnern von Triest und Wien für die Kundgebungen allgemeiner Trauer bei der Ankunft der Leiche des Kaisers Maximilian von Mexico in Triest und deren Beisetzung in die kaiserliche Gruft zu Wien ausgesprochen wird. Wien, 21. Jänner 1868.

(Oeffentliches Placat.)

*) Dem österreichischen Herrenhaus mitgetheilt in der Sitzung vom 18. November 1864.

M o d e n a.

(Herzogthum.)

Franz III., Herzog von Modena, aus dem altberühmten Hause Este, erklärte sich im österreichischen Erbfolgekriege (1740) für neutral. Da die Oesterreicher verlangten, er sollte sich für sie erklären, so machte der König von Sardinien einen Einfall in das Modenesische, und der Herzog floh nach Wien. Später aber trat er den gegen Oesterreich alliirten Bourbon'schen Höfen bei, und ward sogar Generalissimus der spanischen, in Italien kämpfenden Truppen. Im Frieden von Aachen (1748) wurde er in den Besitz seines inzwischen von den Oesterreichern wiederholt eroberten und verlassenen Landes wieder eingesetzt. In die Zeit seiner Regierung fallen ein Grenz-Regulirungsvertrag (1752) und Verhandlungen über die Erbfolge in das Herzogthum Modena (1763, 1764). Sein Sohn Hercules III., der letzte männliche Descendent des Hauses Este, der von 1780 bis 1803 regierte, hatte sich (1741) mit der Erbin des Herzogthums Massa und Carrara, Maria Theresia von Cibo - Malaspina, vermählt. Seine Tochter Maria Beatrix heirathete (1771) den Erzherzog Ferdinand, dritten Sohn der Kaiserin Maria Theresia. Er selbst verlor in Folge des Krieges mit Frankreich (1795) sein Land, welches durch den Friedensschluss von Campo-Formio (1797) mit der cisalpinischen Republik vereinigt wurde. Zur Entschädigung erhielt er in Gemässheit des Lüneviller Friedens (1801) den Breisgau und die Ortenau (1802, 1803), welche Besitzungen bei seinem Tode (1803) dem Schwiegersohne zufielen. Allein dieser verlor selbe im Pressburger Frieden (1805), da er Napoleon nicht als Kaiser anerkennen wollte, und starb 1806. Sein Sohn Franz IV. ward (1814) in seine Stammbesitzung Modena restaurirt, mit welcher (1829) nach dem Tode der Mutter auch die Länder Massa und Carrara vereinigt wurden. Am Wiener Congress (1815) wurde überdiess bestimmt, dass bei der in Aussicht gestellten Vereinigung Lucca's mit Toscana (s. dieses), einige lucchesische und toscanische Gebietstheile noch an Modena fallen sollten (1815, 1816), dem auch Guastalla zu überlassen wäre (1844), was dann auch wirklich (1847) erfolgt ist. Im Juni 1859, da der Krieg zwischen Oesterreich und Sardinien ausgebrochen, verlässt der Herzog Franz V. sein Land, dessen Anschluss an Sardinien erfolgt. In

den Friedensschlüssen von Zürich (1859) und Wien (1866) wurde dann zwar der Rechte des Herzogs von Modena gedacht, es ist aber bei der vollzogenen Annexion geblieben (s. Italien 1866). Die herzogliche Familie hat ihren Aufenthalt in Oesterreich genommen.

Mit Oesterreich stand Modena schon durch die Bande der Verwandtschaft im engen Bündnisse; es wurden daher auch zwischen beiden Staaten vielfache Conventionen geschlossen und zwar: mehrere auf die Auslieferung der Deserteurs und der Verbrecher bezügliche Verträge (1818, 1819, 1834, 1856), dann Verträge zur gegenseitigen militärischen Hilfeleistung (1847, 1848, 1849, 1856), wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionen (1818), sowie überhaupt des Vermögens (1823, 1830) und wegen Regulirung des *Monte Napoleone* (1817, 1820). Modena ist dem österreichisch-sardinischen Vertrage zur Unterdrückung des Nachdruckes beigetreten (1840); es wurde in den österreichisch-sardinischen Friedensschluss (1849) mit einbezogen; auch wurden eingreifende Stipulationen wegen Regulirung der Postverhältnisse (1817, 1823, 1839, 1849, 1851), der Verhinderung des Schleichhandels (1858), der Zolleinigung mit Oesterreich und Deutschland (1848, 1849, 1852, 1853, 1854—59), der Schifffahrt auf dem Po (wobei auch einige Gebietsabtretungen ausbedungen, 1849, 1850, 1851), dann wegen des gegenseitigen Anschlusses der Telegraphen-Linien (1849) und der Eisenbahnen (1851) geschlossen. Endlich sind noch besondere Kundmachungen bezüglich der Legalisirung der Urkunden (1827) und des Feingehaltes der Metalle (1852) erfolgt, und wurde der Erzherzogin Marie von Modena-Este der Gerichtsstand des k. k. Obersthofmarschallamtes eingeräumt (1866).

1748. Friedens-Tractat von Aachen (s. Frankreich).

1749. Convention zwischen den Bevollmächtigten der Frieden schliessenden Mächte, der Kaiserin Königin und dem Herzog von Modena, wegen Uebergabe des Gebietes an Modena. Nizza, 21. Jänner 1749 (s. Frankreich).

1752. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia als Herzogin von Mantua, und dem Herzoge von Modena, über die Grenzen des beiderseitigen Gebietes. Mantua, 24. Juli 1752.

(Gedrucktes Exemplar im k. k. Hof- und Staats-Archiv.)

1753. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem Herzog von Modena, über die Erbfolge in dem Herzogthum Modena.

(Moser, Versuch, T. VIII. p. 210.)

1763. Geheimer Artikel des Hubertsburger Friedens, die Erbfolge in das Herzogthum Modena betreffend (s. Preussen).

1764. Separat - Artikel zu dem Ausgleichs- und Allianzvertrag zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem Churfürsten von der Pfalz (s. Baiern), die Reichsanwartschaft auf das herzoglich-modenesische Mannslehen betreffend. Mannheim, 27. April 1764; churfürstliche Ratification: Schwetzingen, 22. Mai 1764.

(Neumann, I. 67.)

1770—1771. Kaiserliches Commissions - Decret an die allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, die dem Erzherzog Ferdinand und seiner Nachkommenschaft, und bei Abgang derselben seinen übrigen Collateral - Erben, nach gänzlicher Erlöschung des herzoglich-modenesischen Mannsstammes zukommende Eventual - Investitur auf die von dem herzoglich-modenesischen Hause besessenen Reichslehen betreffend, und

1771 Reichsgutachten hierüber (s. Deutschland).

1777. Handels - Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand und Mantua, dem Grossherzog von Toscana und dem Herzog von Modena, bezüglich der Handelsstrasse nach Pistoja, Modena und Mantua. Mailand, 26. December 1777; ratificirt zu Wien, 14. September 1778; Florenz, 4. November 1780; Modena, 27. November 1780.

(Martens, S. II. 136 — Neumann, I. 211.)

1797. Präliminar - Frieden von Leoben und Friedensschluss von Campo-Formio (s. Frankreich), bestimmend die von Seite Oesterreichs dem Herzog von Modena für den Verlust seiner italienischen Staaten, in Deutschland zu leistende Entschädigung.

1801. Friedensschluss von Lüneville (s. Deutschland) mit ähnlichen Stipulationen.

1802. Conventionen zwischen dem römischen Kaiser und dem ersten Consul der französischen Republik, unter dem Beitritt Russlands, wegen der an den Grossherzog von Toscana und den Herzog von Modena zu leistenden Entschädigungen (s. Deutschland).

1803. Reichs-Deputations-Recess, durch welchen der Herzog von Modena für die Abtretung des Modenesischen mit dem Breisgau und der Ortenau entschädigt wird (s. Deutschland).

1805. Friedensschluss von Pressburg (s. Deutschland), durch welchen der Breisgau mit der Ortenau an Baden kommt.

1815. Bestimmungen der Wiener Congress-Acte über das Herzogthum Modena, über den *Monte Napoleone* *) etc. (s. Deutschland).

*) S. die Anmerkung S. 212.

1817. Convention zwischen Oesterreich und Modena, den *Monte Napoleone* betreffend. Mailand, 28. März; modenesische Ratification: Modena, 24. April 1817.

(Neumann, III. 216.)

1817. Postvertrag zwischen Oesterreich und Modena. Modena, 3. December 1817.

(R. G. B. 1852, S. 275 — im Auszug)

1817. Vertrag über die Reversion von Parma, Lucca u. s. w. (s. Parma).

1818. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, über die Freizügigkeit der Pensionen. Mailand, 22. October 1818.

(J. G. S. 1818, 1510, S. 57 — P. G. S. Bd. 46. S. 244 — Neumann, III. 427.)

1818. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Mailand, 24. October 1818.

(Oesterreichisches Patent vom 6. Mai 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 158 — Martens, S. IX. 391 — Neumann, III. 429.)

1820. Convention zwischen Oesterreich und Modena, die Zahlung der *mensa vescovile di Carpi* in Gemässheit der Convention vom 28. März 1817 betreffend. Mailand, 3. August 1820.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1820. Gemeinschaftliche Convention vom 15. August 1820, den *Monte Napoleone* betreffend, und *atto di riparto* (s. Kirchenstaat).

1823. Post-Convention zwischen Oesterreich und Modena. Modena 22. März 1823; mit Separat-Artikeln, unterzeichnet zu Modena am 28. und zu Florenz am 29. April 1823.

(Neumann, IV. 21.)

1823. Vertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Herzoge von Modena, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit. Mailand, 12. August 1823; kaiserliche Ratification: 6. November 1823, ausgewechselt am 6. Februar 1826.

(J. G. S. 1826, 2171, S. 9 — P. G. S. Bd. 54. S. 12 — Neumann, IV. 55.)

1827. Verordnung über die Legalisirung der von dem modenesischen Ministerium ausgestellten Urkunden. Wien, 21. September 1827.

(J. G. S. 1827, 2307, S. 98 — P. G. S. Bd. 55. S. 162.)

1830. Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom J. 1823/1826 auf das Herzogthum Massa und das Herzogthum Carrara. Wien, 5. Juni; Modena, 26. Juli 1830.

(Hof-Decret vom 4. Juli 1830: J. G. S. 1830, 2472, S. 202 — P. G. S. Bd. 58, S. 159.)

1834. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, wegen des Durchzugs der von Toscana an Oesterreich oder umgekehrt auszuliefernden Verbrecher oder Deserteurs. Modena, 5. October 1834.

(Zeitschrift für österreichische Rechtswissenschaft 1835, Notizenblatt S. 259, Nr. 100.)

1839. Additional-Cartel zum Postvertrag vom Jahre 1817. Modena, 5, October 1839.

(R. G. B. 1852, S. 275 — im Auszuge.)

1840. Beitritt der herzoglich-modenesischen Regierung zu dem österreichisch-sardinischen Vertrag vom 22. Mai 1840 wider den Nachdruck. Modena, 27. October 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840: J. G. S. 1840, 484, S. 542 — P. G. S. Bd. 68. S. 358 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt 202. S. 606.)

1844. Tractat zwischen Toscana, Lucca und Modena, wegen der Reversion von Parma, Guastalla etc. (s. Parma).

1847. Vertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, zur gegenseitigen Aufrechthaltung des inneren und äusseren Friedens und der gesetzlichen Ordnung in ihren Staaten. Wien, 24. December 1847.

(Wiener Zeitung vom 13. Februar 1848 — Oesterreichischer Beobachter, 14. Februar 1848 — Murhard, n. r. XI, 353 — Neumann, V. 1.)

1848. Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena. Wien, 23. Jänner 1848.

(R. G. B. 1849. 384. S. 700 — Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 54 — Neumann, V. 5.)

1848. Königlich-sardinisches Decret wegen Einverleibung der Herzogthümer Modena und Parma mit dem Königreiche Sardinien., 18. und 21. Juni 1848.

(*Gazetta Piemontese* vom 18. und 23. Juni 1848, 168 und 184.)

1849. Postvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma. Mailand, 3. Juli 1849.

(R G. B. 311 S. 505 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, S. 129 und 137 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, 3. Bd. S. 282 — Neumann, V. 112 — Samwer, XIV. 518.)

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma, wegen eines zwischen diesen Staaten zu bildenden Zollvereines. Mailand, 3. Juli 1849.

(R. G. B. 313, S. 510 — Neumann, V. 116. — Samwer, XIV. 522.)

1849. Beitritt Modena's zum Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien vom 6. August 1849. Modena, 12. August 1849.

(R. G. B. 349, 596.)

1849. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma, über die freie Schiffahrt auf dem Po-Flusse. Mailand, 3. Juli 1849; ratificirt durch Ministerial-Erklärungen von Oesterreich 11. September, Modena 25. August, und Parma 15. September 1849*).

(R. G. B. 1850, 322, S. 1333; dann 339. S. 1553 — Neumann, V. 118 — Samwer, XIV. 525.)

1849. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, über die Schiffahrt und die Grenzregulirung am Po-Flusse. Mailand, 8. August 1849; kaiserliche Ratification: 12. September 1849, herzoglich modenesische: 26. August 1849.

(R. G. B. 1850, 323, S. 1344 — Neumann, V. 146.

1850. Kundmachung der Commission für die mit 3. Februar 1851 beginnende freie Schiffahrt auf dem Po. Ferrara, 12. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd. S. 77.)

1851. Erlass des österreichischen Ministeriums des Innern, über die Vollziehung der in dem Staatsvertrage vom 8. August 1849 stipulirten Grenzregulirung. Wien, 7. März 1851.

(R. G. B. 58, S. 193 — Neumann, V. 323.)

1851. Eisenbahn-Vertrag vom 1. Mai 1851 (s. Kirchenstaat.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, wegen Errichtung und gegenseitigen Anschlusses von Telegraphen-Linien. Modena, 4. Juni 1851.

(R. G. B. 247, S. 637 und 663 — Neumann, V. 338.)

1851. Postvertrag zwischen Oesterreich und Modena, als Beitritt Modena's zu dem österreichisch-italienischen Postverein (s. Toscana 1850.) Modena, 29. October 1851; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 30. December 1851.

(R. G. B. 1852, 57, S. 247 — Neumann, V. 416.)

*) Die päpstliche Accession zu diesem Vertrage, vom 12. Februar 1850, sehe man oben bei „Kirchenstaat."

1852. Zolleinigungs-Vertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma. Wien, 9. August 1852; die Ratificationen ausgewechselt daselbst am 15. September 1852.

(R. G. B. 203, S. 855 — Neumann, V. 705.)

1852. Kundmachung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend den Vollzug der österreichisch-modenesisch-parmesanischen Zolleinigung. Wien, 17. October 1852.

(R. G. B. 216, S. 973.)

1852. Erlass derselben, mit Bekanntgebung der Errichtung der Central-Commission für den österreichisch-modenesisch-parmesanischen Zollverein. Wien, 5. November 1852.

(R. G. B. 222, S. 997.)

1852. Kundmachung des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Beschränkung der im Artikel 27 des vorgedachten Zolleinigungs-Vertrages festgesetzten Vorbereitungs-Periode. Wien, 7. November 1852.

(R. G. B. 230, S. 1013.)

1852. Erlass desselben, womit die in Modena und Parma gesetzlich bestimmten Feingehaltsstufen der edlen Metalle und Abbildungen der zur Bezeichnung dieser Feingehalte dienenden Punzen, mit Rücksicht auf den Zolleinigungs-Vertrag vom 9. August 1852 bekannt gegeben werden. Wien, 24. November 1852.

(R. G. B. 249, S. 1049.)

1853. Circular des k. k. Handels-Ministeriums, wegen Vertretung der Unterthanen von Modena und Parma durch die k. k. Consulate. Wien, 15. Februar 1853.

(Piskur, S. 66.)

1853. Erlass des k. k. Finanzministeriums, womit die aus Anlass der Zolleinigung Oesterreichs mit Parma und Modena eingetretenen Aenderungen in den Standorten und den Befugnissen der ausübenden Aemter der Lombardei, dann die Standorte der in den genannten Herzogthümern aufgestellten Zollämter, Finanz-Intendanzen, Gefällsgerichte und Untersuchungsbehörden kundgemacht werden. Wien, den 21. Mai 1853.

(R. G. B. 96, S. 496.)

1853. Kundmachung des k. k. Ministers des Aeussern, betreffend die Accessionen der Herzogthümer Modena und Parma einerseits, und der vom 1. Jänner 1854 an mit Preussen zollvereinten deutschen Staaten andererseits, zu dem Zoll- und Handelsvertrage

zwischen Oesterreich und Preussen vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland); dann den Gebietsumfang, auf welchen dieser Vertrag, vom 1. Jänner 1854 an, Anwendung findet. Wien, 12. October 1853.

(R. G. B. 208, S. 1117 — Neumann, VI. 41.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums, wegen Ausdehnung der Transitzollfreiheit auf mehrere Waaren, die auf dem Po aus- oder eintreten. Wien, 1. Februar 1854.

(R. G. B. 32, S. 154)

1854. Erlass desselben, betreffend die Zollbehandlung gemeiner piemontesischer Weine in Schläuchen. Wien, 13. Juli 1854.

(R. G. B. 192, S. 770 — Neumann, V. 728.)

1855. Uebereinkommen vom 23. Februar (9. März 1854), wegen Ausführung des austro-sardinischen Staatsvertrages vom 22. November 1851 zur Unterdrückung des Schleichhandels (s. Sardinien).

1855. Erlass des k. k. Finanzministeriums über die Zollbehandlung von Büchern etc. im Gebiete des österreichischen Zollvereines. Wien, 10. Juni 1855.

(R. G. B. 96, S. 495 — Neumann, V. 728.)

1855. Erlass desselben, betreffend die Gleichbehandlung des zu Zetteln angelegten Baumwollgarns, in Absicht auf die Zollbehandlung mit dem nicht gezettelten. Wien, 15. Juni 1855.

(R. G. B. 104, S. 504 — Neumann, V. 729.)

1855. Erlass desselben, betreffend die Zollbehandlung der zur See einlangenden Cyper-Weine in Gebünden. Wien, 14. November 1855.

(R. G. B. 200, S. 656 — Neumann, 729.)

1855. Erlass desselben, über die Zollbehandlung der Knollen der Pflanze Asphodill. Wien, 3. November 1855.

(R. G. B. 191, S. 631 — Neumann V. 730.)

1855. Erlass desselben, wodurch Dalmatiner Wein, dann der gemeine Wein in Fässern aus Piemont und dem Canton Tessin, von der Controle im Grenzbezirke freigelassen wird. Wien, 13. August 1855.

(R. G. B. 142, S. 546 — Neumann, V. 730.)

1855. Erlass desselben, betreffend die Zollbefreiung des Verkehrs mit Erzeugnissen der Staatsbergwerke aus dem k. k. Speditionsamte in Venedig. Wien, 1. September 1855.

(R. G. B. 151, S. 554 — Neumann, V. 731.)

1855. Kundmachung des k. k. Handelsministeriums, mit Bekanntgebung der Behörden, welche die Legitimationen behufs des Genusses der im Art. 18 des österreichisch-preussischen Handels- und

Zollvertrages vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland) festgesetzten Begünstigungen für Fabrikanten und Handelsleute auszustellen haben. Wien, 29. November 1855.

(R. G. B. 207, S. 664.)

1856. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher, Deserteurs, Conscriptions- und Recrutirungsflüchtlinge. Modena, 23. Juni; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 31. Juli 1856.

(R. G. B. 153, S. 545.)

1856. Staatsvertrag zwischen denselben, wegen Durchführung des vorstehenden Auslieferungs-Vertrages in dem Falle, als die Truppen des einen oder des anderen der contrahirenden Theile im Gebiete des zweiten operiren oder stationirt sind. Modena, 23. Juni; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 31. Juli 1856.

(R. G. B. 154, S. 561.)

1827. Zolleinigungs-Vertrag zwischen Oesterreich und Modena. Wien, 15. October; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 24. November 1857.

(R. G. B. 222, S. 733.)

1857. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit einem Unterrichte für die österreichischen Zollämter, zur Durchführung des vorstehenden Zolleinigungs-Vertrages. Wien, 27. November 1857.

(R. G. B. 223, S. 857.)

1858. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit einem Beisatz zum Amtsunterrichte vom 27. November 1857, die für den Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Modena über den Po zu leistende Sicherstellung betreffend. Wien, 19. Februar 1858.

(R. G. B. 30, S. 215.)

1859. Kundmachung der k. k. Ministerien des Aeussern, der Finanzen und des Handels, über die Aufhebung des austro-modenesischen Zolleinigungs-Vertrages vom 15. October 1857, und den vorbehaltenen Beitritt Modena's zu den austro-sardinischen Handels-Verträgen vom 18. October und 22. November 1851 (s. Sardinien). Wien, 18. März 1859.

(R. G. B. 45, S. 78.)

1859. Friedensschluss zwischen Oesterreich und Frankreich, ddo. Zürich, 10. November 1859 (s. Frankreich), worin (Art. XIX) die Rechte des Herzogs von Modena vorbehalten werden.

1866. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Italien (s. Italien), worin (Art. XXII) das Privateigenthum der Prinzen und Prinzessinen des Hauses Oesterreich gewahrt wird.

1866. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wegen Bestimmung des Oberst-Hofmarschallamtes als Jurisdictionsbehörde für Ihre königliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Maria von Modena-Este, vermählt mit Don Juan de Borbon, und deren Söhne. Wien, 20. December 1866.

(R. G. B. 171, S. 503.)

Montenegro.

(Fürstenthum.)

Die Montenegriner sind ein, das Hochgebirg zwischen Dalmatien und Albanien bewohnender slavischer Volksstamm christlicher (griechisch-nichtunirter) Religion; — begünstigt durch die Lage ihres Landes, haben sie stets ihre factische Unabhängigkeit von der Pforte, welche sie als ihre Unterthanen betrachtet wissen will, zu wahren gestrebt. Ihre Regierung ist eine patriarchalisch-demokratische, mit dem Vladika oder Bischofe aus der Familie Petrovics Njegusich an der Spitze, der die höchste geistliche und weltliche Würde in sich vereinigte, bis Fürst Daniel die Trennung der beiden Würden grundsätzlich aussprach, sich die weltliche Oberherrschaft vorbehaltend.

In dem zwischen Montenegro und der Pforte ausgebrochenen Streite wirkte Oesterreich dahin, dass der factische Zustand aufrecht erhalten werde (1853, 1854), doch waren die Montenegriner in ihren letzten Kämpfen gegen die türkische Oberherrschaft (1862) nicht glücklich, was das Unabhängigkeitsverhältniss wieder bedeutend alterirte. Aus Gegenseitigkeit ist die, bezüglich der levantinischen Staaten ausgesprochene Erbunfähigkeit in Oesterreich, hinsichtlich der Montenegriner aufgehoben (1849), dagegen die gegenseitige Erwerbung von liegendem Gute untersagt (1825, 1828, 1845, 1846) worden.

1825. Kaiserliche Entschliessung, wegen Verbots der Erwerbung eines Grundbesitzes für einen Montenegriner in Dalmatien und umgekehrt für einen Dalmatiner im Montenegriner Gebiete. Wien, 23. Juni 1825.

(J. G. S. 1845, 898, S. 273.)

1828. Decret des dalmatinischen Guberniums an das Kreisamt in Cattaro, mit Publicirung des vorstehenden Verbots.

(J. G. S. 1845, 898, S. 273.)

1845. Justiz-Hofdecret, dasselbe Verbot betreffend. Wien, 6. August 1845.

(J. G. S. 1845, 898, S. 273.)

1846. Justiz-Hofdecret wegen Republicirung dieses Verbots, in Folge allerhöchster Entschliessung vom 6. August 1845. Wien, 14. Jänner 1846.

(J. G. S. 1846, 922, S. 308.)

1849. Erlass des k. k. Justizministeriums, dass die Montenegriner bei den von österreichischen Behörden abzuhandelnden Verlassenschaften nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit als erbfähig anzusehen seien. Wien, 5. August 1849.

(R. G. B. 348, S. 595 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, Gesetzchronik S. 223 — Neumann, V. 137.)

1853. Correspondenz des österreichischen Bevollmächtigten, Generals Grafen Leiningen, mit der ottomanischen Pforte (s. Türkei).

1854. Eventuelles Einrücken der Oesterreicher in die Herzogowina zum Schutze gegen die Einfälle der Montenegriner (siehe Türkei).

Münster.

(Fürstenthum.)

Dieses bischöfliche Fürstenthum und Hochstift wurde 1803 säcularisirt und als Entschädigungsland Preussen und anderen Nachbarn zugetheilt. Der grösste Theil des Gebietes ward 1807 mit dem neu creirten Grossherzogthume Berg, 1810 aber mit Frankreich vereinigt. In Folge des Wiener Congresses (1815) erhielt Preussen, bis auf kleine, Oldenburg zugefallene Theile, das Fürstenthum Münster wieder zurück.

1785. Uebereinkommen zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Herrn Churfürsten von Cöln, Bischofe von Münster, wegen Abschaffung des Abfahrtsgeldes (s. Cöln).

Nassau.

(Herzogthum.)

Das Haus Nassau theilte sich (1255) in die zwei noch bestehenden Linien, Walram und Otto. Zur älteren, Walram'schen, gehören die Herzoge von Nassau, zur jüngeren oder ottonischen die Fürsten von Nassau-Oranien, welche diess Prädicat vom Fürstenthum Orange in Südfrankreich erhielten, das Wilhelm I. von Nassau (1558) erwarb, und dessen Nachkommen auf den Thron der Niederlande kamen (s. Niederlande).

Die Fürsten von Nassau-Oranien-Fulda, Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg erhielten im Reichs-Deputations-Recesse Entschädigung für ihre an Frankreich abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer, und es wurde zugleich dem Gesammthause Nassau das *privilegium de non appellando* zugestanden (1803, 1804). Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg traten dem Rheinbunde bei, indem sie zugleich ihre Länder zu einem Herzogthume vereinigten, in welchem der Herzog von Usingen den Fürsten von Weilburg zum Mitregenten annahm (1806). Später traten beide der grossen Wiener Allianz (1813) und dem deutschen Bunde bei (1815). Im Jahre 1816 starb der Zweig Nassau-Usingen aus. Im Jahre 1866 nahm König Wilhelm I. von Preussen durch Patent, ddo. Schloss Babelsberg, 3. October, nach dem Gesetz vom 20. September 1866 Besitz vom Herzogthum Nassau, welches im Kriege zu Oesterreich gehalten, überliess einige kleine Enclaven im grossherzoglichen Oberhessen an dieses, und incorporirte das übrige Land (85 Quadratmeilen mit 466.000 Einwohnern) dem Königreiche Preussen.

Zwischen Oesterreich und Nassau bestanden besondere Uebereinkommen wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1811, 1816), der Verpflegung der gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen (1850, 1853), der Vergütung der Gerichtskosten (1858) und der Abschaffung des Passvisums (1862); auch war Nassau bei den Verträgen wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (1815), der Flusschiffahrt in Deutschland (1815), der Thurn- und Taxis'schen Post (1843), so wie an dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851) und der österreichisch-preussischen Zolleinigung (1853, 1865) betheiligt.

1800. Friedens-Convention zwischen der französischen Republik und dem Nassauischen Hause. Aschaffenburg, 15. September 1800.

(Martens, VII. 479.)

1803. Entschädigung der Herzoge von Nassau-Usingen, Weilburg und Dillenburg, durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (siehe Deutschland).

1804. Convention zwischen Sr. Majestät Kaiser Franz II. und dem Erbprinzen von Oranien-Nassau, in Betreff der gegenseitig abgetretenen Besitzungen in Schwaben. Lindau, 23. Jänner 1804; kaiserliche Ratificirung: Baden, 12. Juli 1804.

(Martens, III. 217 — Neumann. II. 93).

1806. Beitritt der Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg zu dem Rheinbunde (s. Deutschland).

1806. Patent über die Annahme der herzoglichen Würde für den Chef des fürstlichen Hauses Nassau. Biebrich, 21. Juli 1806.

(Martens, S. IV. 333.)

1811. Uebereinkunft wegen einer gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Nassau. Wiesbaden, 25. October 1811.

(Martens, S. IX. 64.)

1813. Allianztractat zwischen Oesterreich mit seinen Bundesgenossen und dem Herzoge, nebst dem Prinzen von Nassau. Frankfurt a. M., 23. November 1813.

(Martens, IV. 97 bis 109 — Neumann, II. 394.)

1815. Beitritt des Herzogs und der Fürsten von Nassau zur grossen Allianz vom 25. März 1815 (siehe Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Bestimmungen über die Besitzungen des Hauses Oranien-Nassau, in der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Vertrag wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Artikel über die Flussschifffahrt. — XVI. Beilage der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1816. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Nassau bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die neu erworbenen Provinzen Oesterreichs. Wiesbaden, 2. Februar 1816.

(Hofdecret vom 13. Mai 1816: J. G. S. 1244, S. 357 — P. G. S. Bd. 44, S. 170 — Martens, S. IX. 72 — Neumann, III. 135).

1818. Convention mit Frankreich wegen der Privatforderungen (s. Frankreich).

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Nassau, wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 345.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Anschluss Nassau's an den deutsch-österreichischen Postverein (s. Preussen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, IV. Bd. S. 509.)

1853. Beitritt Nassau's zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der nassau'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 59.)

1858. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Nassau, wegen Tragung der durch Requisitionen ihrer beiderseitigen Behörden im Gebiete des anderen Staates erwachsenden Kosten in Straf- und in bürgerlichen Rechtssachen. Wien, 28. Jänner 1858.

(R. G. B. 27, S. 213.)

1862. Oesterreichische Ministerial-Verordnung wegen gegenseitiger Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisazwanges. Wien, 27. October 1862.

(R. G. B. 84, S. 235.)

1865. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Nassau, wegen Beitritts des letzteren zu dem Uebereinkommen über den gegenseitigen Schutz gegen Verletzung zollämtlicher Vorkehrungen u. s. w., aus Anlass des deutschen Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 (s. Deutschland). Wiesbaden, 3. und Wien, 19. December 1865.

(R. G. B. 1866, 3, S. 13.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Königlich-preussisches Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogthumes Nassau. Schloss Babelsberg, 3. October 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 77.)

Die Niederlande.

Durch die Vermählung Maximilians I. mit Maria von Burgund, Tochter des Herzogs Carl des Kühnen (1477), war die reiche burgundische Erbschaft, worunter auch die meisten niederländischen Provinzen gehörten, an das Haus Habsburg gekommen, welches dann auch noch die übrigen nach und nach durch Verträge acquirirte. Von diesen Ländern, die bei der Theilung zwischen Carl V. und Ferdinand I. (1521, 1522) bei der spanischen Linie des Hauses Habsburg blieben, trennten sich unter Carls V. Sohne, Philipp II., die sieben nördlichen Provinzen (1579) und wurden im westphälischen Frieden (1648) als ein selbstständiger Freistaat, die Republik Holland, anerkannt. Die südlichen Provinzen blieben spanisch — mit Ausnahme der im pyrenäischen Frieden, sowie im Haager und Nymweger Frieden (1659, 1668, 1679), an Ludwig XIV. nebst Artois und Hochburgund abgetretenen Theile von Flandern, Luxemburg, Namur und Hennegau — bis dieselben durch den Utrechter Frieden (1713) an die deutsch-österreichische Linie des Hauses Habsburg kamen.

Die Republik Holland (oder der vereinigten Niederlande) erhob sich inmitten der Kämpfe mit England und später mit Frankreich zu einer Seemacht ersten Ranges. Der Haag wurde durch mehr als ein Jahrhundert Centrum der europäischen Politik und Diplomatie; die grossen Verträge (Breda, Ryswick, Nymwegen, Utrecht) wurden im Gebiete der Republik unter deren Einflusse geschlossen. Der Utrechter Frieden (1713) (siehe Spanien) und der Barrieren-Tractat (zwischen Oesterreich und Holland geschlossen zu Antwerpen, 15. November 1715 — s. Dumont, VIII. p. I. S. 458), gab Holland einen Gürtel von Grenzfestungen gegen Frankreich, und in denselben theils ausschliessliche (privative), theils mit Oesterreich gemeinschaftliche Garnison. Im J. 1731 stand Holland der Allianz Englands und Oesterreichs bei, wogegen der Kaiser die Handels-Compagnie von Ostende aufgab und dem Handel mit Ostindien entsagte. Dieses Verhältniss, vereint mit der seit dem Münsterer Frieden (1648) von Holland gesperrten Schelde und mit den gemeinschaftlichen Garnisonen, führte später (1781—1785) zu Fehden mit Oesterreich. Im österreichischen Erbfolgekriege auf Oesterreichs Seite stehend (1740—1748) ward Hol-

land von den Franzosen angegriffen. Die Einnahme Maestrichts durch den Marschall von Sachsen, den Feldherrn Frankreichs, beförderte auf Hollands Drängen den Abschluss des Aachner Friedens (1748). Seit dem siebenjährigen Kriege (1757—1763) trat die Republik in freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich. Der bewaffneten Neutralitäts-Erklärung von 1780 (s. Russland) beizutreten, ward sie durch die Kriegserklärung Englands verhindert. Frankreich vermittelte in dem oben erwähnten Streite mit Kaiser Joseph II. (1785) und schloss unmittelbar darauf ein Bündniss inniger Allianz mit den vereinigten Provinzen. Aber gleichzeitig brachen Unruhen im Inneren der letzteren aus zwischen den Patrioten (aristokratische Staatenpartei) und der oranischen Partei (Anhänger des erblichen General-Statthalters aus dem Hause Oranien). Eine Beleidigung, welche der Gattin des Statthalters Wilhelm V., Schwester Friedrich Wilhelms II. von Preussen, widerfuhr, führte die Intervention der Preussen, die Wiederherstellung des Statthouderats und eine neue Politik Hollands, gestützt auf die Allianz mit England und Preussen, herbei, welche wenige Jahre später im Reichenbacher Congresse (1790) thätig auftrat.

Die französische Revolution brach aus (1789); Frankreichs Truppen drangen zuerst in die österreichischen und dann auch in die holländischen Niederlande ein (1793). Erstere wurden zu Frankreich geschlagen (siehe Belgien, S. 31); Holland aber, dessen „Patrioten“ grösstentheils nach Frankreich geflüchtet waren und mit den neufränkischen Legionen Pichegrü's in ihr Vaterland zurückkehrten, wurde in eine einheitliche batavische Republik umgewandelt (1792). Später schuf Napoleon diese Republik in ein Königreich Holland um (1806) unter seinem Bruder Ludwig als König, der jedoch schon 1810 die Krone niederlegte, worauf Holland gleichfalls dem französischen Reiche einverleibt wurde.

Nach dem Sturze Napoleons wurde der Prinz von Oranien zum souveränen Fürsten der Niederlande ausgerufen (1813) und als solcher von den alliirten Mächten anerkannt, welche auf dem Wiener Congresse den Beschluss fassten, die belgischen Provinzen mit den holländischen zu einem Königreiche der Niederlande unter der Souveränität des Hauses Oranien zu vereinigen, wobei bezüglich der Berichtigung der belgischen Schulden aus der Zeit der österreichischen Herrschaft, durch einen besonderen Staatsvertrag Fürsorge getroffen wurde (1815). Diese Schöpfung dauerte jedoch nur bis zum Jahre 1830, wo sich die südlichen von den nördlichen Provinzen gewaltsam trennten, was dann zur Bildung zweier abgesonderter Königreiche führte: des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande (1831—1839),

ersteres unter der Regierung des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, letzteres unter dem bisherigen Könige der Niederlande, Wilhelm aus dem Hause Nassau-Oranien.

Um das neugeschaffene vereinigte Königreich in eine politisch und militärisch wichtige, engere Beziehung zu dem deutschen Bunde zu bringen, ward das Herzogthum Luxemburg *), das als Entschädigung für die in Deutschland abgetretenen Besitzungen des Hauses Nassau-Oranien bestimmt worden war, unter dem Titel eines Grossherzogthums mit Deutschland vereinigt, und der König der Niederlande als Grossherzog von Luxemburg in den deutschen Bund aufgenommen; wobei es auch nach der Trennung in die zwei Königreiche verblieb (1815, 1817, 1819, 1833), nur dass für die an Belgien abgetretene westliche Hälfte von Luxemburg, der König der Niederlande mit dem östlichen Theile von Limburg **) dem deutschen Bunde beitrat (1839). Im Kriege des Jahres 1866 wahrte der König der Niederlande auch für seine zum deutschen Bunde gehörigen Länder Neutralität. Bei der Auflösung des deutschen Bundes trat Limburg, mit dem Königreiche ohnehin real vereinigt, aus jenem vorübergehenden und in seinem Wesen stets un-

*) Luxemburg, einst von den Grafen von Lützelburg beherrscht, welche Deutschland mehrere Kaiser — Heinrich III., Carl IV., Wenzel, Sigmund — und Böhmen eine Dynastie gaben, ward nach dem Aussterben dieses Grafengeschlechtes mit Burgund vereinigt, und theilte später, wie Limburg, das Geschick der spanisch-österreichischen Niederlande. Bei der Theilung zwischen Belgien und der holländischen Dynastie fielen ersterem 80 Quadratmeilen mit 207.000 Einwohnern, letzterer ungefähr 46 Quadratmeilen mit 206.000 Einwohnern zu. Limburg sollte für den abgetretenen Theil des Grossherzogthums Luxemburg dem deutschen Bunde Ersatz bieten. In Wirklichkeit aber gab die niederländische Regierung allgemeinen bundestäglichen Bestimmungen in Beziehung auf Luxemburg geringe, in Hinsicht auf Limburg gar keine Anwendung; wie sie sogar im Jänner 1863 officiell erklärte. Die gänzliche Trennung ist denn auch in Folge der Auflösung des deutschen Bundes im Herbste 1866 eingetreten, und im Tractat vom 11. Mai 1867, sowie jene Limburgs, ausdrücklich ausgesprochen worden.

**) Limburg, einst mit Burgund vereinigt, kam durch Maximilians I. Heirath mit Maria von Burgund an Oesterreich, dann an Spanien, 1715 wieder mit den österreichischen Niederlanden an Oesterreich, 1802 an Frankreich, 1814 an das neu errichtete vereinigte Königreich der Niederlande, bis 1839 die Theilung zwischen Holland und Belgien erfolgte, in welcher jenem bei 40 Quadratmeilen mit 225.000 Einwohnern, diesem bei 44 Quadratmeilen mit 200.000 Einwohnern zufielen. Mit 38 Quadratmeilen seines Limburg trat Holland dem deutschen Bunde bei, — Maestricht mit Gebiet war nämlich davon ausgeschlossen, — und Deutschland sollte dadurch einen Ersatz für den ebenfalls an Belgien abgetretenen ansehnlichen Theil des Grossherzogthums Luxemburg erhalten.

klaren Verbande. Der Streit, welcher im Jahre 1867 wegen der noch von Preussen besetzten, ehemaligen Bundesfestung Luxemburg zwischen Frankreich und Preussen ausbrach, weil dieses das Besatzungsrecht, das ihm nur mit Rücksicht auf den Bestand des deutschen Bundes eingeräumt worden, festhalten wollte, und der König der Niederlande schon daran war, Luxemburg an Frankreich zu verkaufen, wurde durch europäische Vermittlung mittelst des Tractats vom 11. Mai 1867 dahin beigelegt, dass Preussen Luxemburg, das eine Festung zu sein aufhört, räume, und das, seit der Constituirung Belgiens bedeutend verkleinerte Grossherzogthum dem Könige der Niederlande verbleibe. Die Rechte, welche den Agnaten des Hauses bezüglich des mit Holland nur persönlich unirten Grossherzogthums auf die Succession in demselben zustehen, wurden aufrecht erhalten.

Hiernach zerfällt die nachstehende Uebersicht — mit Uebergehung der nicht in unseren Plan gehörenden Epoche des Bestandes der vereinigten niederländischen Provinzen von ihrer Erwerbung durch Maximilian I. bis zum Abfall der nördlichen Provinzen (1477 bis 1579), und von der Constituirung der letzteren zu einer selbstständigen Republik bis zum Regierungsantritt Maria Theresia's — in folgende Abschnitte, nämlich: in die Epoche der Republik der vereinigten Provinzen der Niederlande (während die belgischen Provinzen österreichisch blieben) bis zur französischen Invasion (und zwar von 1740 bis 1793); dann in jene der französischen Herrschaft (1793 bis 1814); hierauf des Königreiches der vereinigten Niederlande (1814 bis 1830); und endlich der gesonderten Königreiche Belgien und der Niederlande.

I. Die von den spanischen (später österreichischen) Provinzen getrennten sieben nördlichen Provinzen, unter dem Titel: Republik der vereinigten Provinzen der Niederlande oder Holland.

1743. Convention zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen und den niederländischen Generalstaaten, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. . . ., 8. Jänner 1743.

(Martens, *guide diplomatique* II, 775.)

1745. Quadrupel-Allianz zwischen der Kaiserin Maria Theresia, den Königen von Grossbritannien und von Polen und den niederländischen Generalstaaten (s. Grossbritannien).

1748. Tractat defensiver Allianz zwischen der Kaiserin Maria Theresia, den Königen von Grossbritannien und Sardinien und den niederländischen Generalstaaten (s. Grossbritannien).

1748. Aachner Präliminarien und Aachner Frieden (s. Frankreich).

1749. Convention zwischen den Commissären der Kaiserin Maria Theresia, des Königs von Frankreich und der niederländischen Generalstaaten, wegen Räumung der Niederlande (s. Frankreich).

1750. Convention wegen Mirandola's und Concordia's (s. Grossbritannien).

1781. Erklärung des Kaisers Josef II. über die Schleifung einiger niederländischer (Barrieren-) Festungen. Brüssel, 7. November; diessfällige Instruction der niederländischen Generalstaaten an ihren Gesandten zu Brüssel: Haag, 20. November; Note der Regierung der österreichischen Niederlande an den Gesandten der niederländischen Generalstaaten: Brüssel, 27. November 1781.

(Martens, IV. 433 bis 436 — Neumann, I. 282 bis 284).

1782. Verordnung Kaisers Joseph II. über die Seepolizei in den österreichischen Niederlanden. Brüssel, 12. December 1782.

(Martens, IV. 437 — Neumann, I. 294.)

1783—1785. Streitigkeiten zwischen dem Kaiser Joseph II. und den niederländischen Generalstaaten, wegen mehrerer, die Niederlande betreffenden Punkte.

(Martens, *guide diplomatique* II. 776, 777.)

1785. Convention zwischen dem kaiserlichen Commissär und dem Commandanten der Städte Sas-de-Gand und Philippine, über die Ueberschwemmungen des dortigen Festungsgebietes. Sas-de-Gand, 1. April 1785.

(Martens, II. 550 — Neumann, I. 357.)

1785. Präliminar-Artikel zu dem zwischen dem Kaiser Joseph II. und den niederländischen Generalstaaten zu schliessenden Tractate, unter Vermittlung des Königs von Frankreich. Paris, 20. September 1785.

(Martens, II. 598 — Neumann, I. 369.)

1785. Definitiver Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser Joseph II. und den niederländischen Generalstaaten, unter Vermittlung des Königs von Frankreich. Fontainebleau, 8. November 1785.

(Martens, II. 602 — Neumann, I. 372.)

1785. Separat-Convention hiezu, über die gegenseitigen Abtretungen. Fontainebleau, 8. November 1785.

(Martens, II. 609.)

1790—1791. Verhandlungen zu Reichenbach, Convention von Haag und Friedensschluss von Sistow (s. Grossbritannien, Preussen und Türkei).

II. Die Niederlande unter der französischen Botmässigkeit.

1793. Decret des französischen National-Convents, über die Vereinigung einzelner Theile der österreichischen Niederlande mit der französischen Republik (s. Frankreich). Paris, März 1793.

(Martens, VI. 432—427.)

1795. Decret des französischen National-Convents, über die Vereinigung des gesammten Belgiens und Lüttichs mit der französischen Republik. Paris, 1. October 1795.

(Martens, VI. 432—438, 440—442 — Neumann, I. 584.)

1797. Friedensschlüsse von Leoben und Campo-Formio (siehe Frankreich).

III. Das Königreich der vereinigten Niederlande (Belgien und Holland vereint).

1814. Protocoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Grossbritanniens, Russlands und Preussens, wegen der Vereinigung Belgiens mit Holland. Paris, 21. Juni 1814.

(Murhard, n. S. I. 530 — Neumann, II. 484.)

1815. Bestimmungen über die Territorial-Verhältnisse des neu zu schaffenden Königreichs der Niederlande; Erhebung von Luxemburg zu einem Grossherzogthume und Beitritt desselben zum deutschen Bunde, laut der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Königs der Niederlande zu dem Allianz-Tractate zwischen Oesterreich, Grossbritannien und Frankreich vom 3. Jänner 1815, wegen Aufrechthaltung des Pariser Friedens (s. Frankreich).

1815. Protocoll über die Gebietsverhältnisse der französischen Abtretungen (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Königs der Niederlande zur grossen Allianz gegen Frankreich, vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, $\frac{\text{22. April}}{\text{8. Mai}}$ 1815.

(Martens, S. VI. 144. — Neumann, II. 610.)

1815. Tractat zwischen Sr. Majestät dem Könige von Grossbritannien und Sr. Majestät dem Könige der Niederlande, über die Errichtung des Königreiches der Niederlande (X. Beilage der Wiener Congress-Acte — s. Deutschland), nebst einem geheimen Separat-Artikel zwischen Oesterreich und den Niederlanden, die belgische Staatsschuld betreffend. Wien, 31. Mai 1815. *)

(Martens, n. r., II. 327 — Neumann, II. 662, 669.)

*) Ein gleichlautender Tractat wurde von dem Könige der Niederlande mit Oesterreich, mit Preussen und mit Russland geschlossen.

1815. Artikel über die Flussschiffahrt, bezüglich Luxemburgs und Limburgs. — XVI. Beilage der Wiener Congress-Acte (siehe Deutschland).

1815. Oesterreichische Verordnung, dass die Ausfolglassung der Verlassenschaften nach den niederländischen Staaten gegen Beibringung von Reversalien keinem Anstande unterliege. Wien, 31. Mai 1815.

(J. G. S. 1815, 1152, S. 270.)

1815. Staatsacten über die Annahme der Souveränität über die belgischen Provinzen von Seite des Prinzen der Niederlande. Haag, 21. Juli 1815.

(Martens, n. r. II. 38 — Neumann, II. 667.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Niederlande, bezüglich der Theilung der belgischen Schulden. Wien, 11. October 1815.

(Martens, S. VI. 660 — Neumann, III. 46.)

1817. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Niederlande, die Territorial-Verhältnisse des Königreichs der Niederlande und des Grossherzogthums Luxemburg betreffend. Frankfurt, 12. März 1817 *). — Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland).

(Martens, S. VII. 413 — Nenmann, III. 211.)

1817. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der niederländischen Regierung, wegen Entlassung der österreichischen und der niederländischen Unterthanen aus den beiderseitigen Kriegsdiensten. Wien, 13. Mai 1817.

(Hofkanzlei-Decret vom 6. Juli 1817: P. G. S. Bd. 51, S. 208 — Neumann, III. 232.)

1817. Oesterreichische Verordnung, über die von den niederländischen Unterthanen beizubringenden Reversalien zur Ueberkommung von Erbschaften aus Oesterreich. Wien, 11. Juli 1817.

(J. G. S. 1817, 1344, S. 445.)

1818. Erklärung der niederländischen Regierung, über die Form der Reversalien bei Erbschafts-Ausfolgungen.

(Hof-Decret vom 20. September 1818: J. G. S. 1824, S. 10.)

1819. Frankfurter Territorial-Recess (s. Deutschland).

1823. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und niederländischen Regierung, wegen Berichtigung der sogenannten *Pains d'abbaye*. Wien, 15. September 1823.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1823: P. G. S. Bd. 51, S. 202.)

*) Gleichlautend auch mit Russland, mit Grossbritannien und mit Preussen abgeschlossen.

1828. Verordnung der königlich-niederländischen Regierung, über die von den Auswanderern nach Amerika, bei ihrem Erscheinen an der holländischen Grenze vorzubringenden Ausweise. Haag, 28. Februar, 4. März 1828.

(Für Oesterreich kundgemacht durch Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 833.)

1828. Convention zwischen Oesterreich und den Niederlanden, wegen endlicher Ausgleichung der gegenseitigen Reclamationen. Haag, 5. März; niederländische Ratificirung: 3. April 1828.

(Neumann, IV. 129.)

IV. Trennung des Königreiches der Niederlande in zwei Königreiche (Belgien und Holland).

A. Das Königreich Belgien.

(S. oben Seite 46.)

B. Das Königreich Holland.

(Auch Königreich der Niederlande.)

Zwischen Oesterreich und dem dermaligen, von Belgien abgesonderten Königreich der Niederlande bestehen besondere Bestimmungen hinsichtlich der kostenfreien Ausfertigung der Civilstandes-Acte (1836), der Vermögens-Freizügigkeit (1840, 1842), des Postwesens (1844, 1851, 1861, 1864), der Pässe (1849, 1862), der Telegraphen-Verbindung (1851, 1865) und der Schifffahrt (1851), ein Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher (1852), ferner Verträge wegen des Handels und der Schifffahrt (1855, 1858, 1867), dann Vereinbarungen in Betreff der Exequaturtaxen (1853), der Consularämter (1855) und der Actiengesellschaften (1867). Das Grossherzogthum Luxemburg hat sich dem Zollsystem Preussens und der übrigen Staaten des deutschen Zollvereins angeschlossen und ist somit auch in die österreichisch-preussische Zolleinigung (1853, 1865, 1868) einbegriffen.

1831. Verhandlungen und Tractat, wegen Trennung Belgiens von Holland (s. Belgien).

1833. Unterhandlungen zwischen der holländischen Regierung und dem deutschen Bunde, so wie dem Herzoge von Nassau, wegen Abtretung eines Theiles des Grossherzogthums Luxemburg an Belgien. London, 7. November 1833 — 16. Jänner 1834.

(Martens, S. XIX. 26.)

1836. Reciprocitäts-Erklärung wegen kostenfreier Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Haag, 6./8. Mai 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1836. Bestimmung hinsichtlich der nach Amerika reisenden österreichischen Unterthanen bei ihrem Erscheinen an der holländischen Grenze, im Hinblick auf ein königliches *arrêté*, ddo. Haag, 28. Februar 1828, den Durchzug von Auswanderern durch die Niederlande betreffend. Wien 19. August 1836.

(P. G. S. Bd. 64, S. 833.)

1839. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits und dem Könige der Niederlande andererseits, bezüglich der Trennung Belgiens von Holland. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XIX. 770 — Neumann, IV. 416.)

1839. Tractat zwischen Belgien und Holland und Garantie dieses Tractats (s. Belgien).

1839. Erklärung über den Beitritt Oesterreichs und Preussens im Namen des deutschen Bundes, zu den, bezüglich des Grossherzogthums Luxemburg getroffenen Bestimmungen des Tractates vom 19. April 1839, und Bundesbeschlüsse hierüber (s. Deutschland).

1840. Uebereinkunft zwischen Oesterreich einerseits und dem Königreich der Niederlande (Holland und Luxemburg) andererseits, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens. Wien, 7. Februar 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1840: J. G. S. 1840, 406, S. 471 — P. G. S. Bd. 68, S. 162 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt S. 180 — Murhard, n. r. I. 8 — Neumann IV. 439.)

1842. Bekanntgebung der Formalitäten, welche die österreichischen Unterthanen beobachten sollen, wenn sie Verlassenschaften nach Individuen, die im niederländischen Seedienste gestorben sind, in Anspruch nehmen. Wien, 6. April 1842.

(P. G. S. Bd. 70, S. 209 — J. G. S. 605, S. 16.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1844. Verordnung hinsichtlich der Frankirung für Luxemburg. Wien, (Hofkammer-Präsidial-Decrete) 26. Juni und 12. Juli 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. 256, dann 276 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt S. 447.)

1849. Oesterreichische Bestimmung, wegen Beifügung der eigenhändigen Unterschrift auf Pässen zur Reise nach den Niederlanden. Wien, 23. October 1849.

(R. G. B. 427, S. 778.)

1851. Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, womit die von der königlich-niederländischen Regierung, laut einer königlichen Verordnung vom 31. October 1850, den österreichischen Schiffen zugestandenen Begünstigungen kundgemacht werden. Wien, 15. Jänner 1851.

(R. G. B. 14, S. 74 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. I, S. 119 — Neumann, V, 321.)

1851. Aufhebung des Francaturzwanges für die Correspondenzen zwischen den österreichischen Staaten und dem Königreich der Niederlande.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, II. Bd. S. 298 bis 302.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und den Niederlanden, betreffend die Beförderung der niederländischen Post über Triest. Haag, 19. December 1851; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Februar 1852.

(R. G. B. 1852, 68, S. 295 — Neumann, V. 524.)

1851. Beitritt der königlich-niederländischen Regierung zu dem deusch-österreichischen Telegraphenverein vom 25. Juli 1850 (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, III. Bd. S. 424.)

1851. Anschluss Luxemburgs an den deutsch-österreichischen Postverein vom 6. April 1850 (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, III. Bd. S. 640.)

1852. Staatsvertrag zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Seiner Majestät dem König der Niederlande, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Haag, 28. August 1852; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 22. September 1852.

(R. G. B. 207, S. 919 — Neumann, V. 731.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Grossherzogthum Luxemburg (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Note des königlich-niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den k. k. Gesandten im Haag, die Zusicherung enthaltend, dass bis auf Weiteres keine Taxen für die Ertheilung

des Exequatur auf die Bestallungsdiplome der österreichischen Consular-Functionäre werden abgenommen werden. Haag, 14. September 1853*).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1855. Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und dem Königreich der Niederlande. Haag, 29. December 1855; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 15. Mai 1856.

(R. G. B. 1856, 119, S. 357 — Neumann, VI. 254.)

1855. Convention zwischen denselben, betreffend die Aufstellung österreichischer Consularämter in den niederländischen Colonien. Haag, 29. December 1855; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 15. Mai 1856.

(R. G. B. 1856, 120, S. 371 — Neumann, VI. 262.)

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark).

1858. Circular der k. k. Central-Seebehörde über eine theilweise Modificirung des Art. 9 des Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen Oesterreich und den Niederlanden vom 29. December 1855. Triest, 29. Juli 1858.

(*Annuario marittimo* 1859, S. 35.)

1861. Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern über die Fortdauer des österreichisch-niederländischen Postvertrages vom 19. December 1851. Wien, 8. Jänner 1861.

(R. G. B. 6, S. 51.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung über die gegenseitige Aufhebung des Passvisazwanges gegenüber des Königreiches der Niederlande. Wien, 1. Juni 1862.

(R. G. B. 37, S. 87.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1863. Postvertrag zwischen Preussen und den Niederlanden. Berlin, 18. September 1863.

(Amtsblatt des königlich-preussischen Postdepartement, ausgegeben am 12. December 1863; s. folgendes Uebereinkommen.)

1864. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-niederländischen Regierung, wegen Beitrittes Oesterreichs zu dem Art. XX des Postvertrages zwischen den Niederlanden und Preussen vom 18. September 1863, und somit Abänderung der Art. 1 und 8 des zwischen Oesterreich und den Niederlanden abgeschlossenen Postvertrages vom 19. December 1851. Ministerialerklärungen: Wien, 7. April 1864; Haag, 11. Mai 1864.

(R. G. B. 44, S. 199.)

*) Seitdem wird bis nun bei den Bestallungen der österreichischen Consular-Functionäre in den Niederlanden keinerlei Exequaturtaxe mehr abgefordert.

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

1866. Beitritt Luxemburgs zum internationalen Telegraphenvertrage vom Jahre 1865 (s. Frankreich).

1866. Genfer Convention, in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1867. Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern über die gegenseitige Zulassung österreichischer und niederländischer Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien, mit Ausschluss der Versicherungsgesellschaften, zum Geschäftsbetriebe. Wien, 15. April 1867.

(R. G. B. 70, S. 143.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1867. Tractat zwischen Oesterreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Italien, den Niederlanden, Preussen und Russland, zur Regelung der Verhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg. London, 11. Mai 1867; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 31. Mai 1867.

(R. G. B. 81, S. 163.*)

1867. Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und den Niederlanden. Wien, 26. März 1867; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 23. Juli 1867.

(R. G. B. 102, S. 213.)

1868. Handels- und Zollvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

*) Die diplomatischen Verhandlungen über die Luxemburger Frage s. in den „Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern“ 1868, dann im „Staatsarchiv“ XIII. Bd. 2742 und ff. — Ueber die von der niederländischen Regierung bei der zweiten Kammer eingereichte Sammlung der auf die Luxemburger resp. Limburger Frage sich beziehenden diplomatischen Schriftstücke, s. „Wiener Abendpost“ vom 21. März 1868.

Nord-Amerika*).

Durch den Frieden von Paris (1783) nach langem Kampfe von England als unabhängig anerkannt, trat der Bundesstaat der vereinigten Staaten (anfänglich 13, jetzt 36) vom atlantischen Meere bis zum stillen Ocean, von dem Felsgebirge und dem canadischen See bis zum Golf von Mexico, in die Reihe der selbstständigen Staaten. Oesterreichs Beziehungen zu den vereinigten Staaten Nordamerika's beginnen im laufenden Jahrhundert und erst nach dem Wiener Congresse. Diese Beziehungen blieben auch während des blutigen fünfjährigen, erst im April 1865 beendigten Bürgerkrieges in Nordamerika, unerschüttert aufrecht. Oesterreich hat mit den nordamerikanischen Freistaaten einen Handels- und Schifffahrts-Tractat geschlossen (1829), dessen Bestimmungen über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit und die Jurisdictions-Rechte der Consuln in einer Additionalconvention noch erweitert worden sind (1848); ferner einen Staatsvertrag über die Auslieferung der Verbrecher (1856, 1860). Ueber die Beförderung der Briefpost nach den nordamerikanischen Freistaaten erschien eine besondere Kundmachung (1848), ebenso über den Schriftenwechsel der beiderseitigen Gerichtsbehörden (1856); auch hat die österreichische Staatsverwaltung Warnungen und Belehrungen gegen unbesonnene Auswanderungen (1848) kundgemacht. Im Jahre 1853 gab ein Vorfall mit dem ungarischen Flüchtling Koszta Anlass zu Erörterungen zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und jener der nordamerikanischen Freistaaten, bezüglich der von letzterer aufgestellten Theorie über die Erwerbung und den Verlust der Staatsbürgerschaft.

1776. Unabhängigkeits-Erklärung der vereinigten Staaten von Nordamerika am Congress ihrer Repräsentanten. Philadelphia, 4. Juli 1776.
(Martens, I. 580.)

*) Union der nordamerikanischen Freistaaten, nämlich die 36 Staaten: Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachussets, Rhode-Island, Connecticut, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, Ohio, Michigan, Indiana, Illinois, Wisconsin, Jowa, Minnesote, Kansas, Californien, Oregon, Delaware, Maryland, Ost-Virginien, West-Virginien, Nord-Carolina, Kentucky, Tenessee, Missouri, Arkansas, Süd-Carolina, Georgien, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas, Newada; dann 7 Territorien: Neu-Mexico, Utah, Nebraska, Washington, Colorado, Unvada, Dakota; ein District: Columbia.

1776. Bundesacte der dreizehn vereinigten Staaten von Nordamerika. Philadelphia, 4. October 1776.

(Martens, I. 586.)

1783. Definitiver Friedens- und Freundschafts-Tractat zwischen ihrer britannischen Majestät und den vereinigten Staaten von Amerika. Paris, 3. September 1783.

(Martens, II. 497.)

1829. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den vereinigten Staaten von Amerika. Washington, 27. August 1829; in den Ratificationen ebenda ausgewechselt am 10. Februar 1831.

(J. G. S. 1831, 2505, S. 6 — P. G. S. Bd. 59, S. 8 — Martens, S. XIII. 108 — Neumann, IV. 273.)

1848. Bestimmungen über die Correspondenz zwischen Oesterreich und Nordamerika. Wien, 26. März 1848.

(Decret der k. k. obersten Hof-Postverwaltung: Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 83.)

1848. Additional-Vertrag, wegen Ausdehnung der Bestimmungen des Tractats vom Jahre 1829 über die Vermögens-Freizügigkeit und die Jurisdictions-Rechte der Consuln. Washington, 8. Mai 1848; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt 23. Februar 1850.

(R. G. B. 1850, 179, S. 841 — Neumann, V. 60 — Samwer, XIV. 154.)

1848. Erlass des k. k. Handelsministeriums, wodurch Warnungen und Belehrungen in Beziehung auf unbesonnene Auswanderungen in die überseeischen Länder kundgemacht werden. Wien, 21. December 1848.

(R. G. B. 1849, 46, S. 51.)

1853. Correspondenz zwischen dem kaiserlichen Internuntius in Constantinopel, Freiherrn von Bruck, und dem nordamerikanischen Gesandten daselbst, über die Angelegenheit des ungarischen Flüchtlings Koszta.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 22. October 1853, Nr. 295.)

1853. Correspondenz zwischen dem nordamerikanischen Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten und dem kaiserlich-österreichischen Geschäftsträger in Washington, in der Koszta'schen Angelegenheit.

(NewYork *daily-Times*, 30. September 1853.)

1853. Eröffnungsrede des Präsidenten der nordamerikanischen Freistaaten, worin er den von dem vorgedachten Staatssecretär in der Koszta'schen Sache aufgestellten Grundsätzen beistimmt. Washington, 6. December 1853.

(New-York *daily-tribune*, 6. December 1853.)

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums über den Schriftenwechsel zwischen den österreichischen und den Gerichtsbehörden der vereinigten Staaten von Nordamerika. Wien, 14. November 1856.

(R. G. B. 216, S. 749.)

1856. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und den vereinigten Staaten von Nordamerika, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Washington, 3. Juli 1856 (vom Senate amendirt in seiner Sitzung vom 13. August 1856); kaiserliche Ratificirung: Wien, 16. November; Ratificirung des Präsidenten der nordamerikanischen Staaten: Washington, 12. December 1856; die Ratificirungen zu Washington ausgewechselt am 13. October 1856.

(R. G. B. 1857, 14, S. 31.)

1860. Von dem nordamerikanischen Congresse erlassenes Gesetz, wegen Erleichterung in den Beweismitteln zur Ausführung der bestehenden Auslieferungsverträge. Washington, 22. Juni 1860.

(Erlass des k. k. Justizministeriums an sämmtliche Oberlandesgerichte und an die Banaltafel. Wien, 5. November 1860: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

Oldenburg.

(Grossherzogthum.)

Nach dem Aussterben des heimischen Zweiges der Grafen von Oldenburg (1667) waren deren Besitzungen an verschiedene verwandte Geschlechter (Holstein-Gottorp, Anhalt-Zerbst u. a. m.) gekommen; später setzte sich Dänemark in den Alleinbesitz von Oldenburg, welches somit durch ein Jahrhundert von Deutschland getrennt blieb, bis der russische Grossfürst Paul als Herzog von Holstein-Gottorp seinen Antheil an Holstein gegen Oldenburg abtrat (1758—1778—1792) und denselben auf die jüngere Gottorp'sche Linie übertrug, deren Repräsentant, der damalige Fürstbischof von Lübeck, von dem indessen zu einem Herzogthume erhobenen Oldenburg Besitz nahm. In Folge des Lüneviller Friedens sollte der Weserzoll zu Elsflett nur noch zehn Jahre erhoben werden (1801). Oldenburg erhielt als Entschädigung durch den Reichs-Deputations-Hauptschluss (1803) das Bisthum Lübeck und mehrere andere Besitzungen im ehemaligen westphälischen und niedersächsischen Kreise. Später trat es dem Rheinbunde bei (1808), wurde aber darauf durch ein Decret Napoleons, vom 22. Jänner 1811, mit Frankreich vereinigt. Der inzwischen nach Russland gegangene Herzog von Oldenburg trat dann der grossen Allianz wider Napoleon (1813) und sonach dem deutschen Bunde (1815), und zwar mit Annahme des Titels eines Grossherzogs, bei (1815, 1829). Auf dem Aachner Congresse wurde die oben erwähnte Angelegenheit wegen des Elsfletter-Zolles regulirt (1818), und über die Gebietsverhältnisse des Grossherzogthums durch den Frankfurter Territorial-Recess bestimmt (1819). Im Jahre 1823 kam auch die Herrschaft Jever abermals zu Oldenburg; Varel war schon früher mit demselben wieder vereinigt worden; wegen der an die Grafen von Bentinck gekommenen und auf dem Congresse zu Wien nicht zur Verhandlung gelangten Herrschaft Kniphausen aber wurde, in Folge der zu Berlin eingeleiteten Unterhandlungen festgesetzt, dass der Graf von Bentinck in Beziehung auf die Herrschaft Kniphausen in den Besitz und Genuss der Landeshoheit und der persönlichen Rechte und Vorzüge, die ihm vor der Auflösung des deutschen Reiches zustanden, reintegrirt werden solle, die Hoheit über Kniphausen aber, doch nur so, wie sie vorher bei Kaiser und Reich gewesen, auf Oldenburg überzugehen habe,

jedoch bleibe durch diese Unterordnung das Verhältniss der Herrschaft als eines besonderen Landes gegen Oldenburg unberührt (1825, 1826). Im Jahre 1855 wurde in Folge der mit der gräflich Bentinck'schen Familie abgeschlossenen Verträge die Herrschaft Kniphausen dem Herzogthume Oldenburg einverleibt. Am 27. September 1866 schloss der Grossherzog Peter II. mit dem Könige Wilhelm I. von Preussen einen Vertrag, worin er zu Gunsten der preussischen Krone auf seine und des holstein-gottorp'schen Hauses Erbansprüche auf Schleswig-Holstein, gegen eine Geldentschädigung und einige holstein'sche Territorial-Abtretungen (beiläufig 39 Quadratmeilen) — wodurch die eutin'schen Besitzungen Oldenburgs in bessere Verbindung gebracht wurden — Verzicht leistete. Dem norddeutschen Bunde trat Oldenburg im Berliner Vertrage vom 18. August 1866 bei.

Mit Oesterreich steht das Grossherzogthum Oldenburg noch im besonderen Verhältnisse bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit (1842) und der Schifffahrt (1846, 1852), sowie der Einbürgerung der gegenseitigen Unterthanen (1858); auch wird es durch die österreichischen Postverträge (1843, 1844, 1852, 1867) berührt, und ist Mitcontrahent der österreichisch-preussischen Zollverträge (1853, 1865, 1868), der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) und des Uebereinkommens über den Schriftenwechsel (1857).

1758—1778. Verhandlungen über den Austausch eines Theiles von Holstein gegen Oldenburg (s. Dänemark).

1792. Separat-Artikel des Allianztractates zwischen Oesterreich und Russland, das Herzogthum Oldenburg betreffend (s. Russland).

1801. Friedensschluss von Lüneville (s. Deutschland).

1803. Entschädigung des Herzogs von Oldenburg im Reichs-Deputations-Haupt-Recess (s. Deutschland).

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Holstein-Oldenburg, über den Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Erfurt, 14. October 1808.

(Martens, n. r. IV. 14.)

1815. Beitritt des Herzogs von Holstein-Oldenburg zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Einräumung des Titels eines Grossherzogs von Oldenburg an den Herzog von Holstein-Oldenburg und Regulirung der Territorial-Verhältnisse (Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

1815. Verhandlungen der Mächte mit Frankreich bezüglich der von diesem zu leistenden Geldentschädigung (s. Frankreich).

1817. Vertrag zwischen dem König von Hannover und dem Herzog von Holstein-Oldenburg, wegen Regulirung ihrer Gebietsverhältnisse, in Gemässheit der Bestimmungen der Wiener Congress-Acte. Bremen, 4. Februar 1817.

(Martens, S. VII. 373.)

1818. Convention wegen Berichtigung der Privatforderungen an Frankreich (s. Frankreich).

1818. Verhandlungen des Aachner Congresses (zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Preussen), wegen des an Oldenburg zu leistenden *péage d'Elsflett* (Weserzoll zu Elsflett). Aachen, 14. November 1818.

(Martens, VIII. 552 — Neumann, III. 440.)

1819. Frankfurter Territorial-Recess (s. Deutschland).

1823. Herzoglich-oldenburgische Erklärung an den deutschen Bundestag, über die Vereinigung der Erbherrschaft Jever mit dem Herzogthum Oldenburg. Frankfurt, 27. November 1823.

(Meyer, 27. November 1823.)

1825. Uebereinkunft zwischen dem Herzoge von Oldenburg und dem Grafen Bentinck, die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft Kniphausen betreffend. Berlin, 8. Juni; ratificirt zu Wiesbaden, 20. Juni 1825.

(Meyer, II. S. 289.)

1826. Beschluss der deutschen Bundesversammlung, wegen Uebernahme der Garantie zu vorstehendem Vertrage hinsichtlich der Herrschaft Kniphausen. Frankfurt, 9. März 1826.

(Meyer, II. 285.)

1829. Annahme des dem herzoglichen Hause Oldenburg zustehenden grossherzoglichen Titels, in Gemässheit der Wiener Congress-Acte. Oldenburg. 28. Mai 1829.

(Meyer, II. 348.)

1842. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung, wegen Ausdehnung der bundesmässigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Wien, 7. Juni; Oldenburg, 4. Juli 1842.

(J. G. S. 1842, 638, S. 59 — P. G. S. Bd. 70, S. 219 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 487.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen über den Postverkehr mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1846. Convention zwischen Oesterreich und Oldenburg, bezüglich der Gleichhaltung der gegenseitigen Schiffe mit den einheimischen. Oldenburg, 12. September 1836; Wien, 22. October 1846.

(Murhard, n. r. IX. 347 — Neumann, IV. 768.)

1852. Beitritt Oldenburgs zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1852, I. Bd. 18.)

1853. Beitritt Oldenburgs zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland) und Anwendung dieses Vertrages auch auf das Fürstenthum Birkenfeld.

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1855. Erklärung der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung, dass in Folge der Einverleibung der früher gräflich-bentinck'schen Herrschaft Kniphausen in das Herzogthum Oldenburg, die Führung der besonderen Kniphauser Flagge auf den Seeschiffen aufgehört habe. Oldenburg, 29. Mai 1855.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolls (siehe Dänemark).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (siehe Deutschland).

(Bekanntgabe der oldenburgischen Gerichtsbehörden: (R. G. B. 15, Seite 59.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1865. Oesterreichisch - preussischer Zoll- und Handelsvertrag (s. Deutschland).

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde (s. Deutschland).

1868. Handelsvertrag mit demselben (s. Nachträge).

Osnabrück.

(Fürstenthum.)

Dieses Bisthum wurde seit dem westphälischen Frieden (1648) abwechselnd mit einem katholischen und einem protestantischen Bischofe, letzterer aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg, besetzt. Im Jahre 1803 säcularisirt, kam es an Preussen, 1807 zum Königreiche Westphalen, 1810 an Frankreich, 1815 an Hannover, mit diesem 1866 wieder an Preussen.

1783. Patent des Fürstbischofs von Osnabrück Friedrich, königlichen Prinzen von Grossbritannien, Frankreich und Irland, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, über die mit Sr. kaiserlichen auch königlich-ungarischen und böhmischen Majestät getroffene Vereinbarung, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschoss- und Abzugsrechtes. Osnabrück, 30. September 1783.

(Neumann, I. 323.)

Parma.

(Herzogthum.)

Im Frieden von Wien (1738) ward das Herzogthum Parma, dessen Farnesische Dynastie kurz vorher ausgestorben war, Oesterreich zugetheilt; zehn Jahre später aber, im Aachner Frieden (1748), dem Infanten Don Philipp, als Tertio-Genitur von Spanien-Bourbon. Im Jahre 1800 von Spanien eventuell an Frankreich abgetreten, das den Herzog durch das ephemere Königreich Hetrurien zu entschädigen versprach, ward es im J. 1802 mit dem Kaiserthum Frankreich als *département du Taro* förmlich vereinigt. Nach Auflösung dieses Kaiserthums wurde das wieder hergestellte Herzogthum Parma (mit Piacenza und Guastalla) der Kaiserin Maria Luise in Besitz überlassen (1815), nach deren Tode (1847) es in Folge des zwischen den betheiligten Mächten geschlossenen Reversions-Tractates (1817, 1844) an den Herzog von Lucca aus dem Hause Bourbon kam, während Lucca zu Folge speciellen Uebereinkommens, bis auf einige in Gemässheit der Wiener Congress-Acte an Modena abgetretene Parcellen, an Toscana, und Guastalla an Modena überging. Am 7. Juni 1859 verlässt die Herzogin-Witwe Luise von Parma ihr Land und überträgt die Regierung der Municipalität von Parma, welche den König Victor Emanuel von Sardinien bittet, die Regierung des Herzogthums zu übernehmen (s. Sardinien 1859, Italien 1866).

Parma war seit seiner Wiedergestaltung in den engsten Freundschaftsverhältnissen mit Oesterreich gestanden, dem das Besatzungsrecht in Piacenza vertragsmässig (1817, 1819) eingeräumt war. Es wurden zwischen beiden Regierungen besondere Uebereinkommen wegen der Freizügigkeit des Vermögens (1817) und der Pensionen (1822), Verpflegung der Truppen (1818), Liquidirung des *Monte Napoleone* (1816, 1820) und der Kriegskosten (1819), dann in Betreff des Besatzungsrechtes (1822), der Staatsgrenzen (1820, 1821), der Po-Zölle (1821, 1820), der Mittheilung der Acte des Civilstandes (1836), wegen Auslieferung der Verbrecher (1818, 1829 und 1839) und der Deserteurs (1817, 1836), wegen Unterdrückung des Nachdruckes (1840), und wegen der Unterhaltskosten der österreichischen Truppen (1848) geschlossen. Durch den zwischen Oesterreich und Sardinien ausgebrochenen Krieg sah sich der

Herzog von Parma anfänglich zu den Gegnern Oesterreichs gedrängt (1848), entzog sich aber später der Sache der Revolution und schloss mit Oesterreich eine Militär-Convention (1849), auch wurde Parma in die Bestimmungen des österreichisch-sardinischen Friedensschlusses einbezogen (1849). Seitdem stand es wieder mit Oesterreich in enger Allianz und wurde Mit-Contrahent bei den italienischen Uebereinkünften bezüglich des Post- (1849, 1851) und des Zollwesens (1849, 1852), der Schifffahrt auf dem Po (1849), der Eisenbahnen (1851) und der Telegraphen (1851), endlich bei dem österreichisch-preussischen Zollvertrage (1853), — bis es im Kriege Frankreichs und Sardiniens gegen Oesterreich (1859) das Schicksal Modena's und Toscana's theilte, und dem Königreiche Italien einverleibt wurde, bei dem es auch, ungeachtet des Züricher Friedens, verblieben ist.

1748. Aachener Frieden, laut welchem die Herzogthümer Parma und Piacenza an den Infanten Don Philipp aus dem Hause Bourbon cedirt werden (s. Frankreich).

1752. Beitritt des Herzogs von Parma zu dem Tractat vom 14. Juni 1752 zwischen Oesterreich, Spanien und Sardinien (siehe Spanien).

1759. Tractat vom 3. October 1759 zwischen Oesterreich und Neapel (s. Sicilien).

1763. Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien (s. Frankreich).

1768. Schreiben des Papstes an die Kaiserin Maria Theresia, die Jesuiten in Parma betreffend (s. Kirchenstaat).

1775. Convention zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand, und dem Herzog von Parma, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher., 20. April 1775.

(Martens, S. II. 156.)

1778. Convention zwischen der Regierung der österreichischen Lombardei und dem parmesanischen Hofe, wegen Unterhaltung der Dämme von Luzzara und Reggiolo. Luzzara, 11. Juni 1778; Ratificirung der lombardischen Regierung: Mailand, 4. August 1781; der parmesanischen Regierung: Parma, 11. September 1784.

(In Mailand gedruckt 1782, bei *Giuseppe Marelli.* — K. k. Hof- und Staatsarchiv).

1780. Erneuerung der Auslieferungs-Convention vom 20. April 1775., 25. Februar 1780.

(Martens, S. II. 156.)

1801. Frieden von Lüneville zwischen Oesterreich und Frankreich, worin das Grossherzogthum Toscana dem Herzog von Parma cedirt wird (s. Deutschland).

1815. Bestimmungen der Wiener Congress-Acte über das Herzogthum Parma (s. Deutschland) und die Auseinandersetzung des *Monte Napoleone* (s. Kirchenstaat).

1815. Bekanntmachung ihrer Majestät der Kaiserin Maria Luise, dass sie die provisorische Verwaltung ihrer Staaten von Parma, Piacenza und Guastalla Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich übergeben habe. Schönbrunn, 31. März 1815.

(Martens, S. X. 39 — Neumann, II. 523.)

1815. Bekanntmachung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, dass er diese Verwaltung übernommen habe. Wien, 2. April 1815.

(Martens, S. IX. 40 — Neumann, II. 524.)

1816. Convention zwischen Oesterreich und Parma, über die Theilung der Activen und Passiven des *Monte Napoleone*. Mailand, 18. August 1816.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1817. Tractat geschlossen zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, über die Reversion der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla an den Infanten Don Carl Ludwig, nach dem Tode Ihrer Majestät der Erzherzogin Maria Luise; über die Reversion von Lucca an Toscana für denselben Fall; und über das Garnisonsrecht Oesterreichs in Piacenza. Paris, 10. Juni 1817.

(Martens, S. VIII. 416 — Neumann, III. 246.)

1817. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Ihrer Majestät der kaiserlichen Prinzessin, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Piacenza, 23. October 1817; parmesanische Ratificirung: Parma, 25. October 1817.

(Neumann, III. 276.)

1818. Erläuterung der Artikel 6 und 13 dieses Cartels.

(Mil. Ges. Samml. 1818, 127, S. 192.)

1817. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Ihrer Majestät der kaiserlichen Prinzessin, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, wegen in den beiderseitigen Ländern statt zu gebender Freizügigkeit des Vermögens. Piacenza, 7. November 1817; die Ratificationen ausgewechselt am 1. März 1818.

(J. G. S. 1818, 1427, S. 12 — P. G S. Bd. 45, S. 347. — Neumann, III. 281.)

1818. Convention vom 25. April 1818, die Privatforderungen an Frankreich betreffend (s. Frankreich).

1818. Convention zwischen Oesterreich und Parma, über die Verpflegung der österreichischen Truppen. Como, 6. Mai; parmesanische Ratificirung: Parma, October 1818.

(Neumann, III. 311.)

1818. Convention zwischen denselben, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Baden bei Wien, 3. Juli 1818.

(P. G. S. Bd. 46, S. 180 — J. G. S. 1818, 1470, S. 34 — Neumann, III. 325.)

1819. Convention zwischen Oesterreich und Parma, wegen Liquidirung der Kriegskosten. Parma, 30. Jänner 1819; parmesanische Ratificirung: Parma, 25. October 1827.

(Neumann, III. 451.)

1820. Protokoll zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und Parma's, wegen Regulirung der Po-Grenze. Cremona, 25. April 1820.

(Als Beilage der Convention vom 25. Mai 1821, abgedruckt in einer Kundmachung der parmesanischen *presidenza dell'interno*, ddo. Parma, 15. März 1823.)

1820. Gemeinschaftliche Convention den *Monte Napoleone* betreffend, sammt *atto di riparto* (s. Kirchenstaat).

1821. Convention zwischen Oesterreich und Parma, die Regulirung der gegenseitigen Grenzen bezreffend. Piacenza, 25. Mai 1821; parmesanische Ratificirung: Parma, 13. Juni 1821; kaiserliche: Wien, 25. Juli 1821; die Ratificirungen ausgewechselt zu Piacenza am 11. März 1823.

(Neumann, III. 602.)

1821. Convention zwischen Oesterreich und Parma, über die Schifffahrtsgebühren auf dem Po. Mailand, 16. October 1821.

(Neumann, III. 650.)

1822. Convention zwischen Oesterreich und Parma, über das Besatzungsrecht Oesterreichs in Piacenza. Piacenza, 14. März 1822; kaiserliche Ratificirung: Wien, 22. Mai; herzogliche: Parma, 10. Mai 1822.

(P. G. S. Bd. 50, S. 580 — Neumann, IV. 1.)

1822. Convention zwischen denselben, die gegenseitige Freizügigkeit der Pensionen betreffend. Verona, 9. November 1822; parmesanische Ratificirung: Parma, 22. December 1822; die Ratificirungen ausgewechselt in Wien, 22. Juni 1823.

(J. G. S. 1822, 1913, S. 124 — P. G. S. Bd. 50, S. 678 — Neumann IV. 15.)

1825. Convention zwischen Oesterreich und Parma, wegen gemeinschaftlicher Einhebung der Po-Zölle. Mailand, 3. September 1825; ratificirt am 24. Februar 1826.

(Neumann, IV. 116.)

1829. Verlängerung des Auslieferungsvertrages vom Jahre 1818 auf weitere 10 Jahre.

(Hof-Decret vom 20. November 1829: J. G. S. 1829, 2471, S. 179, — P. G. S. Bd. 57, S. 718.)

1834. Convention zwischen Oesterreich und Parma wegen der Po-Inseln, vom 11. Juli 1834.

(Citirt in der Convention vom 3. Juli 1849.)

1836. Ergänzende Bestimmungen zu dem Cartel vom Jahre 1818 wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs, in Bezug auf die Falschwerbung. Parma, 9. Jänner; Wien, 22. Jänner 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836: J. G. S. 1836, S. 73, 12.)

1836. Reciprocitäts-Erklärung über die kostenfreie Ausfolgung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Parma, 18. März 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1839. Verlängerung des Auslieferungsvertrages vom 3. Juli 1818 neuerdings auf fünf Jahre, und so fort bis zur sechsmonatlichen Aufkündigung. Parma, 31. October 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839: J. G. S. 1839, 398, S. 362 — P. G. S. Bd. 67, S. 139.)

1840. Beitritt Parma's zu dem österreichisch-sardinischen Vertrag wider den Nachdruck. Parma, 25. November 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840: J. G. S. 1840, 488, S. 544 — P. G. S. Bd. 68, S. 358 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 45, 19.)

1844. Tractat zwischen dem Grossherzog von Toscana, dem Herzoge von Parma (damals Herzog von Lucca) und dem Herzoge von Modena, unter Mitwirkung Oesterreichs und Sardiniens, mit Bestimmungen für den Fall der, im Aachner Frieden von 1748 und im Pariser Tractat vom 10. Juni 1817 festgesetzten Reversion von Lucca an Toscana, und von Parma an den Herzog von Lucca. Florenz, 28. November 1844.

(*Martens et Cussy*, V. 532.)

1848. Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. königlichen Hoheit dem Herzoge von Parma, zur Aufrechthaltung des innern und äussern Friedens und der gesetzlichen Ordnung in den beiderseitigen Staaten. Parma, 4. Februar 1848; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 11. März 1848.

(Neumann, V. 3.)

1848. Handschreiben des Herzogs von Parma, womit er erklärt, sich von der Allianz mit Oesterreich loszusagen und der Sache Italiens in Verbindung mit Sardinien und mit Rom beizutreten., 29. März und 9. April 1848.

(*Supplemento della gazzetta di Milano*, 4. April 1848, 13 — *Gazzetta di Milano*, 13. April 1848, 22.)

1848. Königlich-sardinisches Decret, wegen Einverleibung des Herzogthums Piacenza in das Königreich Sardinien., 18. Mai und 27. Mai 1848.

(*Gazzetta di Milano* vom 3. Juni 1848, 73.)

1848. Königlich-sardinisches Decret, wegen Einverleibung der Herzogthümer Parma und Modena in das Königreich Sardinien., 18. und 21. Juni 1848.

(*Gazzetta Piemontese* vom 18. und 23. Juli 1848, 168 und 184.)

1849. Convention zwischen Oesterreich und Parma, womit Bestimmungen wegen der Unterhaltungskosten der Truppen des einen Staates auf dem Gebiete des andern, festgestellt werden. Mailand, 3. Juli 1849; kaiserliche Ratification vom 6. August; parmesanische vom 30. Juli 1849.

(R. G. B. 1849, 310, S. 497.)

1849. Beitrittserklärung des Herzogs von Parma zu dem am 23. Jänner 1848 zwischen Oesterreich und Modena (s. dieses) abgeschlossenen Zollvertrage. Mailand, 2. Juli 1849.

(R. G. B. 1849, 384, S. 700 — Neumann, V. 9 — Samwer, XIV. 521.)

1849. Postvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma (siehe Modena).

1849. Convention zwischen Oesterreich und Parma, wegen der Unterhaltungskosten der Truppen des einen Staates, wenn sie auf das Gebiet des andern Staates treten, in Folge des Tractats vom 4. Februar 1848. Mailand, 3. Juli 1849.

(R. G. B. 310, S. 496 — Neumann, V. 106.)

1849. Convention zwischen Oesterreich und Parma, die Landeshoheit über die im Po-Flusse sich bildenden Inseln betreffend. Mailand, 3. Juli 1849.

(R. G. B. 312, S. 508 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, Gesetzchronik S. 301 — Neumann, V. 114.)

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma über die freie Schifffahrt auf dem Po; dann

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma, wegen Bildung eines Zollvereins (s. Modena).

1849. Beitritt Parma's zum Friedenstractat zwischen Oesterreich und Sardinien. Parma, 14. August 1849.

(R. G. B. 349, S. 596.)

1851. Eisenbahnvertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaat, Modena, Parma und Toscana (s. Kirchenstaat).

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Parma, wegen Errichtung und gegenseitigen Anschlusses von Telegraphenlinien. Parma, 15. September 1851.

(R. G. B. 248, S. 639 und 663 — Neumann, V. 375.)

1851. Postvertrag zwischen Oesterreich und Parma, als Beitritt Parma's zu dem österreichisch-italienischen Postverein (s. Toscana 1850). Parma, 17. September 1851; die Ratificationen ebenda ausgewechselt am 8. November 1851.

(R. G. B. 1852, 25, S. 55 — Neumann, V. 377.)

1852. Zolleinigungsvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma (s. Modena).

1853. Circular des k. k. Handelsministeriums wegen Vertretung der Unterthanen Parma's durch die k. k. Consulate (s. Modena).

1853, 1854, 1855. Verfügungen in Folge der Zolleinigung Oesterreichs mit Modena und Parma, dann jener Oesterreichs mit Preussen (s. Modena und Deutschland).

1857. Erlass des k. k. Finanzministeriums, über das zu beobachtende Verfahren in Absicht auf die gegenseitige Ueberweisung der Durchfuhrwaaren, im Verkehr zwischen der Lombardie und dem Herzogthume Parma. Wien, 22. October 1857.

(R. G. B. 203, S. 666.)

1859. Zürcher Friedensschluss zwischen Oesterreich und Frankreich, vom 10. November 1859, worin (Art. XIX) die Rechte des Herzogs von Parma ausdrücklich vorbehalten werden (s. Frankreich).

Passau.

(Fürstbisthum.)

Dieses Bisthum, eines der ältesten Deutschlands, zu dessen Diöcese noch bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das Erzherzogthum Oesterreich gehörte, wurde 1803 säcularisirt, und zwischen Baiern und dem Grossherzog von Toscana, nachherigem Churfürsten von Salzburg, getheilt. Im Jahre 1805 kam das ganze Fürstenthum in den Besitz von Baiern.

1765. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem Fürstbischofe von Passau, wegen Ausgleichung gegenseitiger Territorial-Ansprüche. Wien, 25. October 1765; Ratification des Fürstbischofs: Passau, 1. December 1765.

(Neumann, I. 91.)

1782. Tractat zwischen Ihrer römischen k. k. Majestät und dem Fürstbischofe von Passau, über die Abtretung der Herrschaften Obernberg und Viechtenstein. Linz, 27. Juni 1782; Ratification des Fürstbischofs: Passau, 14. October 1782.

(Neumann, I. 285.)

1784. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Fürstbischofe von Passau, wegen der Ausscheidung des Erzherzogthumes Oesterreich aus der Diöcese Passau. Wien, 4. Juli 1784; Ratification des Fürstbischofes: Passau, 20. Juli 1784.

(Neumann, I. 342.)

1803. Recess der deutschen Reichs-Deputation (s. Deutschland).

1805. Pressburger Friedenstractat (s. Deutschland).

Persien.

(Kaiserthum *).

Die politischen Verhältnisse in diesem entlegenen Reiche sind für Europa nicht ohne Wichtigkeit, da sich daselbst russischer, englischer und selbst französischer Einfluss streiten, und etwaige ernstere Conflicte auch eine wesentliche Rückwirkung, namentlich auf Russland und England, ausüben könnten. Ausser den eben gedachten, haben noch andere Mächte, darunter Oesterreich, Handelsverbindungen mit Persien angeknüpft.

Nach mehrfachem Wechsel von Herrschern verschiedener Herkunft, von denen die wenigsten eines natürlichen Todes starben, bestieg (1796) Feth Ali den Thron, welcher, nach einem unglücklichen Feldzuge gegen die Russen, ihnen im Frieden von 1828 Eriwan mit dem Kloster Etschaniasin abtreten musste. Im Jahre 1846 gestattete er den Russen, die Häfen Astrabad und Reschit am kaspischen Meere als Station für Kriegsschiffe zu benützen, und behufs dieser Benützung befestigte Etapen anzulegen. Nach Feth Ali's Tode (1834) folgte sein Enkel Mohamed Ali bis 1848, seit welchem Jahre dessen Sohn Nasser ed Din regiert.

Der Flächenraum des heutigen Persiens beträgt über 26000 Quadratmeilen mit nicht mehr als 10 Millionen Einwohnern.

1857. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem Schahinschach von Persien. Paris, 17. Mai 1857: die Ratificationen deselbst ausgewechselt am 13. November 1857.

(R. G. B. 1858, 74, S. 327.)

*) In dem von Persien mit Preussen und dem Zollverein zu Paris am 25. Juni 1859 unterzeichneten Handelsvertrage wird der gegenwärtige Schach von Persien, Nasir-Eddin, der heilige, erhabene und grosse Monarch, der unumschränkte Herrscher und Kaiser aller Staaten von Persien genannt, dessen Fahne die Sonne ist.

(Samwer, XVI. Bd., 2. Theil, S. 303.)

P f a l z.

(Churfürstenthum.)

Wohl gab es im deutschen Reiche der Pfalzen *(palatia regis)* mehrere, hier ist aber nur von der wichtigsten, der am **Rheine**, welche bald die Churwürde für die Hauptlinie, und übergehend auf die jüngeren Linien erlangte, die Rede. Im Vertrage von Pavia (1329) fand die Theilung der Wittelsbach'schen Lande statt. Die jüngere Linie bekam das Herzogthum Baiern, die ältere die Pfalz mit der Churwürde. Beide Hauptlinien spalteten sich in viele Seitenzweige. Baiern wurde schon 1506 in Folge Aussterbens jüngerer Nebenlinien zu Einem Herzogthume vereinigt, während sich der Wittelsbach'sche Zweig in vielen Aesten ausbreitete, deren zwei noch jetzt in dem königlich-baierischen Hause bestehen Die Churwürde kam durch allmäliges Erlöschen, von der Heidelberger Linie 1559 an die Linie Simmern, 1685 an Neuburg, 1742 an die Sulzbacher Linie. Neuburg erwarb wichtige Theile der Jülich-Cleve'schen Erbschaft. Aus der Unterlinie Zweibrücken bestieg Carl Gustav, Neffe Gustav Adolphs, den Thron Schwedens, wo seine Nachkommen bis 1718 regierten. Im dreissigjährigen Kriege standen die Häupter der beiden Hauptlinien an der Spitze der beiden grossen Parteien: Friedrich von der Pfalz-Simmern, der Winterkönig, als Führer der Union — Max von Baiern, als Führer der katholischen Liga. Der geächtete Churfürst verlor die Churwürde, die auf Baiern überging. Im westphälischen Frieden wurde für Friedrichs Sohn eine neue Chur, die achte, errichtet, und vorbehalten, dass beim Aussterben einer der Hauptlinien die zwei Churwürden vereinigt werden sollten. Dieser Fall trat 1777 ein, als mit Max Josef die baierische Linie ausstarb und Carl Theodor von Pfalz-Neuburg-Sulzbach der erste Churfürst von Pfalz-Baiern ward. Neben ihm besass noch die Unterlinie Zweibrücken ein Areale von beiläufig 90 Quadratmeilen. Da jedoch Carl Theodor 1799 kinderlos starb, beerbte die jüngste pfälzische Linie Zweibrücken das Besitzthum des gesammten Wittelsbach'schen Hauses beider Zweige, vergrössert durch die zahlreichen Erwerbungen in Folge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom J. 1803 und der Friedensschlüsse von Pressburg und Wien (1805, 1809) — s. Deutschland. Mussten auch dann im Rieder Frieden (1816, s. Baiern) Tirol mit Salzburg wieder an Oesterreich abgetreten werden, so blieben doch

Baiern, nebst allen anderen Erwerbungen, die fränkischen, einst Hohenzollern-Brandenburgischen Fürstenthümer Ansbach und Baireuth, und erlangte es wieder die früher an Frankreich abgetretene Rheinpfalz, während Heidelberg bei Baden blieb. Von dem Gesammt-Areale Baierns von 1380 Quadratmeilen mit 4,800.000 Einwohnern, entfallen auf Rheinbaiern an 105 Quadratmeilen mit 625.000 Einwohnern.

1741—1745. Staatsverträge, den österreichischen Erbfolgekrieg betreffend (s. Baiern).

1753. Cartel zwischen Oesterreich und dem Churfürsten von der Pfalz (s. Baiern).

1757. Garantie-Vertrag zwischen Oesterreich und Pfalzbaiern (s. Baiern).

1764. Ausgleichungs- und Allianzvertrag zwischen denselben (s. Baiern).

1778. Vergleich wegen der baierischen Erbfolge zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem Churfürsten Carl Theodor von der Pfalz (s. Baiern).

1779. Teschner Friedenstractat vom 13. Mai 1779 (s. Baiern).

P e r u.

(Republik.)

Der seit 1821 von der spanischen Herrschaft unabhängig gewordene, seitdem aber fast ununterbrochen von inneren Umwälzungen erschütterte Freistaat Peru steht bisher zu Oesterreich in keinem anderen Vertrags-Verhältnisse, als dass Beide Compaciscenten des Staatsvertrages wegen Ablösung des Scheldezolles sind.

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolls (s. Belgien).

P o l e n.

(Republik.)

Als das Verhängniss der alten Republik Polen: die staatliche Existenz zu verlieren, sich zu vollziehen anfing — bei deren erster Theilung durch Russland, Preussen und Oesterreich im J. 1772 — erhielt letzteres die hierauf mit Ungarn vereinigte Grafschaft Zips, die Hälfte der Wojwodschaft Krakau, einen Theil der Wojwodschaft Sandomir, Rothreussen und einen Theil von Belz und Pokutien, zusammen an 1300 Quadratmeilen, welche als Königreich den Namen Galizien und Lodomerien (von den alten reussischen Fürstenthümern Halicz und Wladimir) erhielten. Bei der zweiten Theilung (1793) ging Oesterreich leer aus. Bei der dritten Theilung (1795), welche Polen von der Karte strich, erhielt Oesterreich über 800 Quadratmeilen, insbesondere Krakau, Zamosc, Lublin und Sandomir. Im J. 1809 musste Oesterreich zu Gunsten des von Napoleon 1807 unter des Königs von Sachsen erblicher Herrschaft gebildeten Herzogthumes Warschau, Westgalizien mit Krakau abtreten. Westgalizien blieb dann fortan auch bei dem im J. 1815 errichteten, unter Russlands Herrschaft gestellten Königreiche Polen. Der Tarnopoler Kreis aber, den Oesterreich ebenfalls im J. 1809 an Russland, den damaligen Alliirten Napoleons, abgetreten hatte, kam 1815 an Oesterreich zurück; auch wurde Krakau, das inzwischen eine Republik geworden (1815), im J. 1846 wieder Oesterreich einverleibt.

Es erstrecken sich also die in der nachfolgenden Darstellung angegebenen Verträge und sonstigen Staatsacten, insoferne sie die Republik Polen als selbstständigen Staat betreffen, auf die Zeit von 1764 bis 1797; die Verträge der folgenden Epoche bis 1815 sind unter Warschau und Russland; endlich die auf das 1815 neu errichtete Königreich Polen unter russischer Herrschaft, das sogenannte Congress-Polen, und auf die Republik Krakau bezüglichen, unter Russland, Preussen und Krakau näher angegeben.

1764. Erklärung des kaiserlichen Gesandten Grafen Mercy im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, über ihre freundlichen Gesinnungen für die Republik Polen. Warschau, 16. März 1764.
(Angeberg, S. 16.)

1771. Convention zwischen Oesterreich und der Türkei zum Schutze Oesterreichs, Polens und der Türkei wider Russland (s. Türkei).

1772. Tractat zwischen Oesterreich und Russland über die grosse Theilung Polens. St. Petersburg, 25. Juli / 5. August 1772.
(Martens, VII. 499 — Neumann, I. 133.)

1772. Gleicher Tractat zwischen Oesterreich und Preussen. St. Petersburg, 25. Juli / 5. August 1772; ratificirt in Wien, 29. August 1772.
(Neumann, I. 136.)

1772. Declaration Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, in Betreff ihrer Ansprüche auf Polen. Wien, 11. September 1772.
(Neumann, I. 139.)

1772. Patent des Königs von Preussen zur Darstellung seiner Rechte und Ansprüche auf Polen. Berlin, 13. September 1772.
(Martens, II. 98.)

1772. Erklärung des russischen Gesandten im Namen der Kaiserin von Russland an den König von Polen und die polnische Republik, über die Ansprüche Russlands auf Polen. . . ., 7./18. September 1772.
(Martens, II. 109.)

1772. Note des polnischen Ministeriums an die fremden Gesandten in Warschau, in Betreff der obgedachten Erklärungen der Höfe von Wien, St. Petersburg und Berlin. Warschau, 22. September 1772.
(Martens, II. 106 — Neumann, I. 140.)

1772. Schreiben des Königs Stanislaus August an den König von England, in Bezug auf die oben erwähnten Erklärungen der drei Höfe. Warschau, 27. September 1772.
(Angeberg, 115.)

1772. Geheime Declaration der Kaiserin Katharina von Russland, sich bezüglich der Erwerbungen in Polen an den Tractat vom 25. Juli 1772 halten zu wollen. St. Petersburg, 14. December 1772.
(Neumann, I. 146.)

1773. Cessions-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Königin von Ungarn und Böhmen, einerseits, und dem König von Polen und der polnischen Republik andererseits. Warschau, 17. September 1773.

(Neumann, I. 149.)

1775. Hierauf bezügliche Separat-Artikel über die Behandlung der *Sujets mixtes*, die Landesverwaltung, die Salinen und die Handelsbeziehungen. Warschau, 16. März 1775 *).

(Neumann, I. 166.)

1776. Grenzregulirungs-Vertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und der Republik Polen. Warschau, 9. Februar 1776.

(Martens, I. 479, S. II. 131 — Neumann, I. 193.)

1776. Garantie Russlands zu vorstehendem Grenzregulirungs-Vertrag. St. Petersburg, 8. März 1776.

(Neumann, I. 197.)

1790. Friedenstractat zwischen Preussen und der Türkei, mit Bestimmung zu Gunsten Polens (s. Preussen).

1791. Präliminarien zu einem Tractat zwischen Oesterreich und Preussen vom 25. Juli 1791, mit Bestimmungen in Betreff der Integrität Polens (s. Preussen).

1791. Tractat zwischen Oesterreich, Spanien, Preussen und Russland, wegen der Theilung Polens. Paris, August 1791.

(Im Auszug bei Martens, V. 236 — Angeberg, S. 256.)

1791. Declaration Oesterreichs und Preussens zu Pilnitz (siehe Frankreich).

1792. Allianztractat zwischen Oesterreich und Preussen, vom 7. Februar, mit Bestimmungen über die Integrität Polens (s. Preussen).

1792. Allianztractat zwischen dem Kaiser Franz II. und der Kaiserin von Russland, wegen Garantie der Republik Polen, sammt Separat-Artikel (s. Russland).

1792. Analoger Tractat mit Preussen (s. Preussen).

1793. Tractat zwischen Russland und Polen, über die (zweite) Theilung Polens. Grodno, 11./22. Juli 1793.

(Martens, V. 530 — Angeberg, 322).

1793. Tractat zwischen Preussen und Polen, über die (zweite) Theilung Polens. Grodno, 25. September 1793.

(Martens, I. 353 — Angeberg, 342.)

*) Aehnliche Cessions-Verträge und Separat-Artikel wurden gleichzeitig von Russland und Preussen mit Polen abgeschlossen (s. Martens, I. 481 bis 498; IV. 142 bis 164).

1794. Ministerial-Erklärungen, ausgewechselt zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserin von Russland und dem Botschafter des Wiener Hofes, die (dritte *) Theilung Polens betreffend. St. Petersburg, 23. December 1794 (3. Jänner 1795 a. St.).

(Martens, VI. 699 — Neumann, I. 536.)

1794. Manifest des Palatinats Krakau über die neue polnische Insurrection (s. Krakau).

1794. Proclamation über die Einrückung österreichischer Truppen auf polnisches Gebiet in Folge ausgebrochener Insurrection. Generalquartier Wielowies, 30. Juni 1794.

(Angeberg, 379.)

1795. Ausgewechselte Erklärung der bevollmächtigten Minister der Höfe zu Wien und zu St. Petersburg, über die Nothwendigkeit einer vollständigen Theilung Polens. St. Petersburg, 23. December 1794 (3. Jänner 1795).

(Martens, VI. 699.)

1795. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland (Oesterreich und Preussen, dann Preussen und Russland), über die (dritte) Theilung Polens. St. Petersburg, 13./24. October 1795.

(Martens, VI. 702 — Neumann, I. 539.)

1795. Abdications-Acte des Königs Stanislaus August von Polen. Grodno, 14./25. November 1795.

(Martens, VI. 714 — Neumann, I. 548.)

1796. Conföderations-Acte wegen Wiederherstellung der Republik Polen. Krakau, 6. Jänner 1796.

(Angeberg, 417.)

1796. Additional-Artikel *(remarque additionelle)* zum Staatsvertrage vom 13./14. October 1795, die Grenze des Palatinats Krakau betreffend. St. Petersburg 1796.

(Neumann, I. 542.)

1796. Arbitral-Erkenntniss der Kaiserin von Russland, in Betreff der zwischen Oesterreich und Preussen streitigen polnischen Grenze. St. Petersburg, 10./21. October 1796.

(Neumann, I. 554.)

1797. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Russland und Sr. Majestät dem König von Preussen, wegen definitiver Reglung der polnischen Angelegenheiten. St. Petersburg, 26./15. Jänner 1797.

(Martens, VI. 717 — Neumann, I. 542.)

*) Bei der zweiten Theilung Polens (1793) concurrirten nur Russland und Preussen, wie bereits Seite 283 angedeutet wurde.

1797. Beitritt Sr. Majestät des römischen Kaisers zu dieser Convention. St. Petersburg, 15./26. Jänner 1797.

(Martens, VI. 715, 717 — Neumann, I. 549.)

1797. Annahme dieser Beitritts-Erklärung von Seite Preussens. St. Petersburg, 15./26. Jänner 1797.

(Neumann, I. 550.)

1797. Demarcations-Acte über die Grenze des Palatinats Krakau, vereinbart zwischen Oesterreich und Preussen unter Garantie Russlands. Krakau, 31. Jänner 1797; ratificirt in Berlin, 7. Februar 1797.

(Neumann, I. 556.)

1797. Demarcations-Acte zwischen dem österreichischen und dem preussischen Gebiete, von Koniecpol bis Niemirow. Warschau, 19. März 1797; ratificirt in Berlin, 26. März 1797.

(Neumann, I. 563.)

1797. Gleichlautende Mittheilungen von Seite der drei Höfe an die deutsche Reichsversammlung, über die stattgefundene Auflösung Polens, (für Oesterreich: Regensburg, 25. Juli 1797; für Preussen: Regensburg, 24. Juli; für Russland: St. Petersburg, 14./25. Juli 1797); und Bestätigung der churfürstlich-mainzischen Kanzlei über den Empfang dieser Mittheilungen. Regensburg, 28. Juli 1797.

(Martens, VI. 717 bis 721 — Neumann, I. 551.)

1798. Oesterreichische Verordnung über die Erbschafts-Erfolgungen an preussische Unterthanen, mit Bezug auf die letzte Theilung Polens (s. Preussen).

1807. Decret des Kaisers Napoleon wegen Creirung des Herzogthums Warschau unter der Regierung des Königs von Sachsen (s. Warschau).

1809. Proclamationen des Erzherzogs Ferdinand von Este bei Einrücken der österreichischen Truppen in Polen, Proclamationen des Kaisers Napoleon und der polnischen Regierung.

(Angeberg, S. 505—514.)

1809. Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Deutschland) mit Abtretungen in Ostgalizien an Russland.

1814. Verhandlung des Wiener Congresses über die polnische Frage. (Angeberg, 634 und ff.)

1815. Errichtung des Königreiches Polen unter Oberherrschaft des Kaisers von Russland, des Grossherzogthums Posen unter der Oberherrschaft Preussens, und der Republik Krakau, dann Rückstellung der im Wiener Frieden (1809) von Ostgalizien getrennten Gebietstheile an Oesterreich (s. Wiener Congress-Acte, bei Deutschland).

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Russland, dann Russland und Preussen, die vorstehenden Bestimmungen über die polnischen Länder betreffend (s. Preussen).

Portugal.

(Königreich.)

In Portugal herrschte während des spanischen, wie des österreichischen Erbfolgekrieges (1705—1750) (s. Baiern) Johann V. Im ersteren auf Seite Englands und Oesterreichs kämpfend, war er im zweiten neutral. Sein Sohn und Nachfolger Joseph I., unter welchem der allgewaltige Minister Pombal seine Reformen vornahm, ward in den siebenjährigen Krieg hineingerissen. Sein Feldherr, der berühmte Graf von Lippe, schlug die Spanier und im Pariser Frieden (1763) erhielt Portugal die südamerikanische Colonie S. Sagramento von Spanien abgetreten. Als Josephs Tochter und Thronerbin Maria, die ihm 1777 folgte, im Jahre 1792 gemüthskrank wurde, übernahm ihr Sohn Johann die Regentschaft, und sodann beim Tode der Mutter die selbstständige Regierung als König (1816).

Portugal war 1780 wie Oesterreich der ersten bewaffneten Neutralität beigetreten (s. Russland). Es trat der ersten Coalition gegen Frankreich bei, und schloss mit demselben (1797) den Frieden zu Madrid. Auch an der zweiten Coalition gegen Frankreich Theil nehmend, ward es auf dessen Geheiss von Spanien mit Krieg überzogen, verlor Olivença und verpflichtete sich im zweiten Madrider Frieder (1801), seine Häfen den Engländern zu verschliessen. 1803 erkaufte es sich von Frankreich seine Neutralität. Nichts desto weniger schloss Napoleon am 27. October 1807 mit Spanien einen Vertrag zur Theilung Portugals; französische Truppen besetzten das Land und die königliche Familie schiffte sich nach Rio-Janeiro ein (1808, s. Brasilien). Durch die Stipulationen des ersten Pariser Friedens (1814) und der Acte des Wiener Congresses (1815), an dessen Verhandlungen auch Portugal Theil nahm, wurde es wieder in seinen alten Zustand hergestellt, bis auf Olivença, das trotz des Beschlusses des Wiener Congresses, bei Spanien noch verblieb.

Nach der Losreissung Brasiliens vom Mutterlande (1821) und nach dem Tode Königs Johann VI. (1826) überträgt Dom Pedro, Kaiser von Brasilien, sein Recht auf die portugiesische Krone seiner Tochter, Maria da Gloria, aus der Ehe mit der Erzherzogin Leopoldine von Oesterreich (s. Brasilien). Ihr zum Vormunde ernannter Oheim Dom Miguel, der die Krone an sich reisst, wird (1833) von Dom Pedro

vertrieben. Die Königin, Donna Maria da Gloria, in erster Ehe mit einem Prinzen von Leuchtenberg, in zweiter mit dem Herzoge Ferdinand von Sachsen-Coburg vermählt, stirbt im November 1853. Ihr folgt, zuerst unter des Vaters Regentschaft, dann (1855) selbstständig, ihr Sohn Pedro V. (gestorben 1861); diesem sein Bruder, der jetzt regierende König Ludwig I.

Es bestehen keine besonderen Verträge zwischen der österreichischen und der portugiesischen Regierung, doch sind beide Regierungen Compaciscenten bei verschiedenen internationalen Transactionen. Wegen der Abforderung von Taxen für die Ertheilung des Exequatur für die österreichischen Consular-Functionäre, sah sich die österreichische Regierung zu einer Reciprocitäts-Massregel veranlasst (1855).

1763. Beitritt Portugals zu dem Pariser Tractat zwischen Frankreich, Spanien und Grossbritannien, wegen Bestätigung der älteren Friedensschlüsse (s. Spanien).

1814. Beitritt Portugals zur Convention vom 23. April 1814, wegen Beendigung der Feindseligkeiten gegen Frankreich (s. Frankreich).

1814. Erster Pariser Frieden (s. Frankreich).

1815. Tractat zwischen den verbündeten Mächten und Portugal, wegen dessen Beitritts zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 8. März 1815, nebst geheimen Additional-Artikel.

(Martens, S. VI. 128 — De Clercq, II. 484.)

1815. Bestimmungen des Wiener Congresses (s. Deutschland) über die Rückstellung der Stadt Olivença an Portugal und anderer an Spanien abgetretener Gebietstheile, und über die Grenzen zwischen der französischen und portugiesischen Guyana.

1815. Erklärung der am Wiener Congresse versammelten Mächte wider den Sclavenhandel; XV. Beilage der Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1818. Convention mit Frankreich wegen der Privat-Entschädigungen (s. Frankreich).

1855. Erlässe des k. k. Handelsministeriums, über die Einführung von Taxen für die Ertheilung des Exequatur auf die Bestallungs-Diplome der portugiesischen Consular-Functionäre jedweder Categorie, als Reciprocitäts-Massregel. Wien, 29. Jänner, 9. April und 12. December 1855.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

1865, 1867. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

Preussen.

(Königreich.)

Der Churstaat Brandenburg, seit 1701 das Königreich Preussen, als solches auch von Frankreich und England (1713) anerkannt, ward durch Friedrich II., der 1740, in demselben Jahre wie Maria Theresia, die Regierung antrat, und sie durch 46 Jahre — um sechs Jahre länger als seine grosse Gegnerin — führte, zu einer europäischen Macht erhoben. Nach dem Tode Carls VI. eröffnete Friedrich zuerst den österreichischen Erbfolgekrieg, indem er in Schlesien einfiel, von dem er auch in den Friedensschlüssen von Breslau und Berlin (1742) den grössten Theil erlangte, eine Erwerbung, welche die Friedensschlüsse von Dresden (1745) und Hubertsburg (1763) bestätigten. Wiederholt vereitelte Friedrich (1779 zu Teschen und 1785 durch den Fürstenbund) Josephs II. Bestrebungen, Baiern zu erwerben (s. Baiern). Preussen nahm an allen drei Theilungen Polens (1772, 1791, 1795), Oesterreich nur an der ersten und letzten Antheil (s. Russland). Es opponirte mit England den Fortschritten der österreichischen Waffen im türkischen Kriege (1788) und führte durch den Reichenbacher Congress (s. Grossbritannien) den von Oesterreich mit der Pforte geschlossenen Sistower Frieden (1791) herbei. Durch die Bas'ler Separat-Convention mit Frankreich (1795) und die Festsetzung einer Demarcations-Linie in Deutschland (1796) trennte es sich von Deutschlands Sache, für die Oesterreich auf allen Schlachtfeldern jetzt allein stehend blutete. Durch den Reichs-Deputations-Recess (1803) erhielt der König von Preussen als Churfürst von Brandenburg Entschädigungen in Westphalen, Nieder-Sachsen und Thüringen, für die an Frankreich durch den Lüneviller Frieden (1801) abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer. Im verhängnissvollen Jahre 1805 schloss Preussen nach der Schlacht bei Austerlitz ein Freundschaftsbündniss mit Napoleon, das jedoch den Krieg des Jahres

1806 mit seinem für Preussen tragischen Ausgange (Schlacht bei Jena) nicht hinderte. Bei der Auflösung des deutschen Reiches in Folge des Rheinbundes, hatte Preussen an den Abschluss eines norddeutschen Bundes (1806) gedacht; von Frankreich besiegt, wurde es zum Abschlusse des Friedens von Tilsit (1807) gezwungen. Zur Abschüttelung des französischen Joches trat es sodann mit Russland zu Kalisch, und mit Oesterreich und Grossbritannien zu Reichenbach und Teplitz in Bund (1813), und nahm von da an, als eine der fünf europäischen Grossmächte und Mitglied der heiligen Allianz (1815), an der Wiedergestaltung der politischen Verhältnisse Antheil, wobei es sein Ländergebiet durch Erwerbungen in Deutschland, Polen, Pommern u. s. w. bedeutend vergrösserte (1813—1815), und durch die Stiftung des Zollvereins (1828) den Weg zur Einigung in Deutschland anbahnte. Die Ereignisse des Jahres 1848 brachten Verwicklungen der Angelegenheiten Deutschlands und der Beziehungen Preussens zu den deutschen Staaten, und zumal zu Oesterreich, hervor, sowohl hinsichtlich der politischen Stellung beider Mächte, als der Zollverhältnisse in Deutschland (s. Deutschland). Die Olmützer Conferenzen hatten jedoch von Neuem die enge Allianz zwischen Oesterreich und Preussen angebahnt. Aus Anlass des russisch-türkischen Krieges wurde sogar ein Schutz- und Trutzbündniss zwischen Oesterreich und Preussen geschlossen (1854, 1856), und auch die Frage der Succession in die Elbeherzogthümer vermochte Oesterreich und Preussen zu einem engen Bündniss (siehe Dänemark, 1864, 1865), woraus aber bald ein Bruch bis zu „Blut und Eisen" sich gestaltete. Ueber den Krieg zwischen Oesterreich und Preussen und deren deutschen Bundesgenossen (1866) und seine Folgen, s. bei Deutschland.

Am 3. October 1866 nahm König Wilhelm I. durch Patent, auf Grund des Einverleibungsgesetzes ddo. Berlin, 20. September 1866, Besitz vom Königreich Hannover, vom Churfürstenthum Hessen, vom Herzogthum Nassau und von der freien Stadt Frankfurt, und incorporirte diese Staaten, mit Ausnahme der im Grossherzogthum Hessen gelegenen, an dieses abgetretenen Enclaven, dem Königreiche Preussen. Daraus wurden zwei Provinzen, Hannover und Hessen, gebildet, zu welch' letzterer die von Hessen-Darmstadt und Baiern (s. diese) abgetretenen Gebiete geschlagen wurden. Am 12. Jänner 1867 nahm König Wilhelm I. durch Patent vom gleichen Datum, auf Grund des Gesetzes vom 24. December 1866, von den Herzogthümern Schleswig und Holstein Besitz, und incorporirte sie gleichfalls, mit Ausnahme der an Oldenburg gemachten Abtretungen (s. dieses), als Provinz dem Königreiche Preussen.

Zwischen Oesterreich und Preussen sind zahlreiche Verträge geschlossen worden: wegen Festsetzung der Territorial-Verhältnisse (1815, 1816, 1818, 1819, 1828), insbesondere wegen Polens (1790, 1796, 1797, 1815, 1817, 1818) und Krakau's (1817, 1818, 1846, 1847); dann wegen der Besatzung in Mainz (1816, 1817), wegen Auslieferung der Deserteurs (1818, 1819, 1821, 1822, 1830, 1863) und der Verbrecher (1834, 1836, 1855), wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1766, 1787, 1788, 1782, 1819, 1835, 1852), wegen der Reisepässe (1811, 1840, 1861, 1862), wegen Behandlung der Handelsschiffe in den gegenseitigen Häfen (1831), wegen der Schifffahrt auf der Elbe (1821, 1836, 1844, 1846, 1851, 1852, 1854, 1855, 1863) und auf der Oder (1839, 1842), wegen Ausübung der Handels- und Gewerbsrechte (1836) und Zulassung jüdischer Handwerksgesellen (1838), wegen Verpflegung der Kranken (1827, 1835, 1853), wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel (1842, 1848), Vollstreckung der gerichtlichen Requisitionen und Erkenntnisse (1829, 1834, 1840, 1844, 1846, 1857), wegen der Leichenpässe (1856), wegen des Schriftenwechsels der Gerichte (1857), wegen Uebernahme der Schüblinge (1828, 1851), wegen Grenzverkehrs-Erleichterungen (1847), wegen der Militär-Verlassenschaften (1835) und sonstiger Verlassenschafts-Abhandlungen (1798, 1858), wegen Ausfertigung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine (1836), der Correspondenz der Gerichtsbehörden (1837, 1857) und der Postbehörden (1849), wegen des Verfahrens in Auswanderungs- (1832, 1849, 1842, 1843) und in Concurs-Fällen (1844, 1845), wegen der Post (1820, 1844, 1850, 1851, 1867), der Telegraphen (1849, 1850, 1851, 1860, 1865) und der Eisenbahnen (1850, 1861, 1866, 1867), wegen des Sicherheitsdienstes (1864) und der Legalisirung der Urkunden (1865), endlich bezüglich der Handels- und Zollverhältnisse durch einen Handelsvertrag nebst Zoll- und Münz-Cartel, als Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung (1853, 1854, 1856, 1861, 1862, 1863, 1865, 1867, 1868).

Sonst ist auch Preussen, bei allen wichtigen internationalen Vereinbarungen der europäischen Mächte, mit Oesterreich Compaciscent; insbesondere ist hier der Staatsvertrag über die Verhältnisse des Fürstenthums Neuenburg (1857) und des Grossherzogthums Luxemburg (1867) zu bemerken.

1740. Verhandlungsacten zwischen Oesterreich und Preussen, in Betreff Schlesiens.

(Rousset, XV. 132, 376.)

1741. Cartel zwischen Oesterreich und Preussen, auf sechs Jahre geschlossen., 9. Juli 1741.

(Adelung, Staatengeschichte IV. 23.)

1741. Beitritt des Königs von Preussen zum Frankfurter Allianzvertrage der Churfürsten von Baiern und Sachsen, über deren Ansprüche auf die österreichische Erbfolge (s. Baiern)., 1. November 1741; ratificirt den 8. desselben Monats.

(Rousset, XXI. 52.)

1741. Convention zwischen Oesterreich und Preussen unter Vermittlung Grossbritanniens, wegen Abtretung von Niederschlesien. Klein-Schellendorf, 9. October 1741.

(Rousset, XVIII. 473.)

1742. Präliminarien des Friedensschlusses zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Majestät dem König von Preussen. Breslau, 11. Juni 1742.

(Wenck, I. 734.)

1742. Definitiver Friedens-Tractat zwischen denselben, zur Beendigung des ersten schlesischen Krieges. Berlin, 28. Juli 1742.

(Wenck, I. 739.)

1742. Schlesischer Grenz-Recess, wie solcher von Ihro Majestät in Preussen und der Königin von Ungarn und Böhmen hierzu ernannten Commissarien errichtet wird. Ratibor, 6. December 1742.

(Wenck, I. 748.)

1745. Definitiver Friedens-, Versöhnungs- und Freundschafts-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preussen, zur Beendigung des zweiten schlesischen Krieges und des österreichischen Erbfolgekrieges. Dresden, 25. December 1745.

(Wenck, II. 194.)

1756-57. Verhandlungen des deutschen Reichstages aus Anlass des Einfalls der preussischen Truppen in Sachsen und Böhmen, und Rechtsgutachten vom 17. Jänner 1757, wegen einer Kriegserklärung an den Churfürsten von Brandenburg.

(Adelung, Staatshistorie, T. IX. Beil. p. 46 bis 105.)

1757. Promemoria, welches Se. Majestät von Preussen durch Dero Comitial-Gesandten am 24. Jänner in Antwort auf das Reichs-Gutachten vom 17. Jänner übergeben lassen.

(Adelung, Staatshistorie, T. IX. Beilage p. 121.)

1760. Staatsvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin von Russland, zur Abwehrung der Angriffe Preussens gegen Oesterreich (s. Russland).

1763. Reichsgutachten wegen Zurückziehung des Reichs-Contingents von der Reichsarmee. . . ., 11. Februar 1763.

(Teutsche Kriegskanzlei, T. XVII. 685, 708, 714, 750.)

1763. Friedenstractat zwischen Sr. Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preussen, zur Beendigung des dritten schlesischen oder siebenjährigen Krieges. Hubertsburg, 15. Februar 1763.

(Martens, I. 61 — Wenck, III. 368 — Neumann, I. 30.)

1763. Besondere Acte, welche zufolge des zwanzigsten Artikels des zu Hubertsburg geschlossenen Friedens durch die Bevollmächtigten Ihrer Majestät der Kaiserin Königin und Sr. Majestät des Königs von Preussen gezeichnet wird, wegen Einschlusses der beiderseitigen Bundesgenossen, nämlich für Oesterreich der König von Frankreich, der König von Schweden, der König von Polen, Churfürst von Sachsen, und die anderen befreundeten deutschen Staaten, und für Preussen der König von Grossbritannien, Churfürst von Braunschweig-Lüneburg, der Herzog von Braunschweig-Lüneburg und der Landgraf von Hessen-Cassel, in den gedachten Friedenstractat. Berlin und Dresden, 12/20. März 1763.

(Martens, I. 69 — Wenck, III. 378 — Neumann, I. 37.)

1763. Protest des Bevollmächtigten des Königs von Polen, Churfürsten von Sachsen, gegen den Artikel 18 des Hubertsburger Friedens. Hubertsburg, 1. März 1763.

(Neumann, 1. 38.)

1766. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gegenseitiger Ausfolgung der Erbschaften und des sonstigen Vermögens gegen 10 % Abzug, und wegen des zu beobachtenden Reciprocums. Wien, 2./19. August 1766.

(*Codex Austriacus* T. VI. p. 833 — Martens, *guide diplomatique*, T. II. p. 1258 — Neumann, I. 105.)

1772. Declaration Ihrer Majestät der Kaiserin Königin, ihre Ansprüche auf Polen betreffend, im Einverständnisse mit der Kaiserin von Russland und dem König von Preussen, und Tractat zwischen Oesterreich und Preussen, die Theilung Polens betreffend*).

1779. Waffenstillstand zwischen Oesterreich und Preussen im bairischen Erbfolgekrieg (s. Baiern)., 7. März 1779.

(*Nouv. extr.* 1779, N. 26 — Martens, V. 48.)

*) Die Acten über die erste Theilung Polens (1772—1776) s. bei Polen.

1779. Friedenstractat zu Teschen zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preussen, zur Beendigung des baierischen Erbfolgekrieges (s. Baiern).

1785. Tractat zwischen den Churfürsten von Brandenburg, Sachsen und Braunschweig-Lüneburg, wegen Aufrechthaltung der Verfassung des deutschen Reichs (Fürstenbund). Berlin, 23. Juli 1785.

(Martens, II. 553.)

1787. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Festsetzung eines Reciprocums von 10% bei Abzügen von den in die gegenseitigen Staaten abziehenden Verlassenschaften. Wien, 27. August 1767.

(Hof-Decret vom 4. September 1787: J. G. S. 144, 715 — Linden, „das Abfahrtsgeld" S. 76 — Neumann, I. 412.)

1788. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, dass in Fällen von Verlassenschafts-Exportationen die Beibringung von Reversalien *de observando reciproco* nicht nöthig sei. Wien, 20. October 1788.

(Hof-Decret vom 6. November 1788: J. G. S. 194, 915 — Linden, „das Abfahrtsgeld" S. 77 — Neumann, I. 413.)

1790. Friedenstractat zwischen Preussen und der ottomanischen Pforte, worin sich Preussen verbindet, Oesterreich und Russland zu einem Friedensschlusse mit der Pforte, und Oesterreich zur Rückgabe Galiziens und der übrigen bei der ersten Theilung erworbenen polnischen Länder an Polen zu verhalten. Constantinopel, 31. Jänner 1790.

(Martens, IV. 560.)

1790. Correspondenz zwischen Ihren Majestäten den Königen von Ungarn und Böhmen und von Preussen, über den Krieg mit der ottomanischen Pforte., 28. März und 2. Juni 1790.

(Herzberg, T. III. p. 61—94.)

1790. Hofdecret wegen Dispensirung der österreichisch-preussischen gemischten Unterthanen von der sechsmonatlichen Residenz oder der doppelten Steuer. Wien, 17. Mai 1790.

(Kropatschek, I. 101, S. 227.)

1790. Verhandlungen zu Reichenbach in Betreff des Krieges mit der Pforte und der Verfassung der österreichisch-belgischen Provinzen (s. Grossbritannien).

1791. Präliminarien zu einem Allianz-Tractat zwischen den Höfen von Oesterreich und Preussen. Wien, 25. Juli 1791.

(Martens, V. 5 — Neumann, I. 452.)

1791. Separatartikel hiezu, über den Rückfall der Lausitz an Oesterreich. Wien, 25. Juli 1791.

(Martens, II. 171 — Neumann, I. 453.)

1791. Tractat von Pavia (s. Polen).

1791. Sistower Friedenstractat zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und der ottomanischen Pforte, unter Vermittlung Grossbritanniens, Preussens und der Generalstaaten (s. Türkei).

1791. Declaration Ihrer Majestäten des römischen Kaisers und des Königs von Preussen über den öffentlichen Zustand in Frankreich (s. Frankreich).

1792. Allianztractat zwischen Ihren Majestäten dem römischen Kaiser und dem Könige von Preussen, mit drei Separatartikeln. Berlin, 7. Februar 1792.

(Martens, V. 77 und S. II. 172 — Neumann, I. 470.)

1792. Correspondenz der Höfe von Wien, Berlin und Copenhagen, in Betreff der gegen die französische Revolution zu ergreifenden Massregeln (s. Dänemark).

1795—1797. Verhandlungen über die dritte Theilung Polens (s. Polen).

1795. Friedenstractat zwischen Sr. Majestät dem König von Preussen und der französischen Republik. Basel, 5. April 1795.

(Martens, VI. 495.)

1795. Erklärung Sr. königlichen Majestät von Preussen an ihre höchsten und hohen Mitstände, in Betreff des am 5. April 1795 mit der französischen Republik geschlossenen Friedenstractats., 1. Mai 1795.

(Martens, VI. 495.)

1795. Tractat über die Neutralität eines Theiles des deutschen Reiches, geschlossen zwischen Sr. Majestät dem König von Preussen und der französischen Republik. Basel, 17. Mai 1795.

(Martens, VI. 503.)

1796. Notenwechsel zwischen den Höfen von Wien und von Berlin, über die Neutralität von Norddeutschland.

(*Moniteur*, *an* V. 104 — Martens, *guide diplomatique*, II. 1075.)

1796. Tractat über eine neue Demarcations-Linie, um die Neutralität Norddeutschlands zu sichern, geschlossen zwischen Sr. Majestät dem König von Preussen und der französischen Republik. Berlin, 5. August 1796 (18. Thermidor, Jahr IV.)

(Martens, VI. 650.)

1796. Geheimer Tractat zwischen denselben, Entschädigungen betreffend. Berlin, 5. August 1796.

(Martens, VI. 653.)

1797. Demarcationsacten gegen Polen (s. dieses).

1797. Friedensschluss zu Campo-Formio (s. Frankreich).

1798. Kaiserlich-österreichische Verordnung in Betreff der Erbschafts-Erfolglassung an preussische Unterthanen, mit Bezug auf die letzten Tractate über die Theilung Polens.

(Decret der galizischen Hofkanzlei an das ostgalizische Appellationsgericht, vom 27. December 1798: J. G. S. 447, S. 40.)

1801. Friedenstractat zu Lüneville (s. Frankreich).

1803. Bestimmungen des Reichs-Deputations-Hauptrecesses des deutschen Reichstages, über die in Folge des Lüneviller Friedens zu leistenden Entschädigungen an den König von Preussen, als Churfürsten von Brandenburg (s. Deutschland).

1806. Preussisches Project zur Errichtung eines norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

1807. Tilsiter Friedenstractat zwischen dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, und dem König von Preussen (s. Deutschland).

1811. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der preussischen Regierung, bezüglich der Auslieferung der Reisepässe in die königlich-preussischen Staaten.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1811: P. G. S. Bd. 36, S. 121.)

1813. Allianzvertrag zwischen Russland und Preussen. Kalisch, 16./28. Februar, und Breslau, 27. Februar 1813.

(Martens, n. r. III. 234.)

1813. Convention zwischen Russland und Preussen, wegen Befreiung Deutschlands von der französischen Herrschaft. Breslau, 7./19. März 1813.

(Martens, S. V. 564.)

1813. Convention zwischen Russland und Preussen, über die Märsche und die Verpflegung des russischen Heeres in Preussen. Kalisch, 7. April 1813.

(Martens, n. v. c. III. 238.)

1813. Allianz und Subsidien-Tractat zwischen Preussen und Grossbritannien (ein gleicher Vertrag zwischen Russland und Grossbritannien). Reichenbach, 15. Juni 1813.

(Martens, S. V. 568 bis 581, dann *nouveau recueil*, III. 267.)

1813. Beitritt Oesterreichs zur Allianz zwischen Russland und Preussen. Reichenbach, 27. Juni 1813.

(Im Auszug angezeigt bei Murhard, n. S. I. Vorrede, XIV.)

1813. Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Preussen, zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich. Teplitz, 9. September 1813.*)

(P. G. S. Bd. 41, S. 66 — Martens, S. V. 600, dann n. r. III. 295 — Neumann, II. 372, 378.)

*) Gleichzeitig schlossen auch Oesterreich mit Russland (s. dieses) und letzteres mit Preussen, besondere Allianzverträge, welchen die übrigen deutschen Staaten (s. diese) successive beitraten.

(Martens, S. V. 596, 604, 607; VIII. 96.)

1813. Acten über die Centralverwaltung der verbündeten Mächte (s. Deutschland).

1813. Präliminar-Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Württemberg (Fulda, 2. November 1813), welchem Se. Majestät der König von Preussen beigetreten zu Frankfurt, den 21. November 1813 *).

(Martens, S. V. 643 — Neumann, II. 386.)

1814. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Russland, Grossbritannien und Preussen (s. Grossbritannien).

1814. Tractat über die Verzichtleistung Napoleons auf die Souveränetät in Frankreich und Italien (s. Frankreich).

1814. Militärische Convention zwischen den österreichischen und den preussischen Befehlshabern, wegen Besetzung und Verwaltung von Mainz. Mainz, 13. Juni 1814.

(Martens, VII. 310.)

1814. Erster Pariser Frieden (s. Frankreich).

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen, zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens (s. Grossbritannien).

1815. Preussisches Patent über die Besitzergreifung von dem Grossherzogthum Niederrhein. Wien, 5. April 1815.

(Martens, S. VI. 310.)

1815. Errichtung des Grossherzogthums Posen aus einem Theile des Herzogthums Warschau unter der Oberherrschaft Preussens. (Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Russland, dann Russland und Preussen, das Königreich Polen betreffend, in Folge der mit dem Herzogthume Warschau vorgegangenen Veränderung. Wien, 21. April (3. Mai) 1815; ratificirt ebendaselbst am 8., und die Ratifications-Instrumente ausgewechselt am 9. Mai 1815. (I. und II. Beilage der Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

(P. G. S. Bd. 43, S. 204 — Martens, S. VI. 225 bis 250; VIII. 127 bis 129 — Neumann, II. 577, 596.)

1815. Additional-Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen, wegen Erklärung Krakau's zu einer freien Stadt (s. Krakau).

1815. Convention zwischen Preussen und Sachsen. Wien, 18. Mai 1815 (s. die Haupt-Convention vom 28. August 1819).

*) Ueber den Beitritt der übrigen deutschen Fürsten zur grossen Allianz sehe man Martens S. V. 649—654; wegen Dänemarks ebenda, 657; dann in gegenwärtiger Uebersicht bei den bezüglichen Ländern.

1815. Zuweisung verschiedener Gebietstheile in Deutschland an Preussen, und Verzichtleistung von Seite Oesterreichs auf sein Reversionsrecht bezüglich der an Preussen abgetretenen Theile der Lausitz. (Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

1815. Preussisches Patent über die Besitzergreifung des mit der königlich-preussischen Monarchie vereinigten sächsischen Gebietes. Wien, 22. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 287.)

1815. Erklärung der österreichisch-baierischen Commission, und Convention über die Grenzen der am rechten Ufer der Mosel gelegenen, an Preussen kommenden Gebietstheile. Creuznach, 28. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 313 bis 316 — Neumann, II. 660.)

1815. Cessions- und Austauschvertrag zwischen Ihren Majestäten den Königen von Preussen und Hannover. Wien, 29. Mai 1815. (VI. Beilage der Wiener Congress-Acte.)
(Martens, S. VI. 316.)

1815. Convention zwischen Preussen und Nassau. Wien, 31. Mai 1815. (VIII. Beilage der Wiener Congress-Acte.)
(Martens, S. VI. 333.)

1815. Cessions-Vertrag zwischen Preussen und dem Grossherzogthum Sachsen-Weimar. Wien, 1. Juni 1815. (VII. Beilage der Wiener Congress-Acte.)
(Martens, S. VI. 324.)

1815. Tractat zwischen Preussen und Dänemark, wegen gegenseitiger Abtretung von Schwedisch-Pommern sammt der Insel Rügen und des Herzogthums Lauenburg. Wien, 4. Juni 1815.
(Martens, S. VI. 349.)

1815. Deutsche Bundesacte;

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Oesterreich und Preussen einerseits und dem Grossherzog von Hessen andererseits, die Abtretung des Königreichs Westphalen betreffend (s. Hessen-Darmstadt).

1815. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Festsetzung der Territorial-Verhältnisse. Wien, 12. Juni 1815.
(Murhard, n. S. I. 451 — Neumann, III. 23.)

1815. Heilige Allianz, geschlossen zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen (s. Deutschland).

1815. Zweiter Pariser Frieden (s. Frankreich).

1816. Convention zwischen den Commissären Oesterreichs und Preussens, wegen Abtretung eines Theils des ehemaligen Departements der Saar an Preussen, in Gemässheit des 51. Artikels der Wiener Congress-Acte. Worms, 1. Juli 1816.
(Martens, S. VIII. 241.)

1816. Territorial-Convention zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Preussen einerseits, und Sr. königlichen Hoheit dem Grossherzog von Hessen andererseits. Frankfurt a. M., 30. Juni 1816. (Zweite Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 30. Juli 1819, s. Deutschland).

(Meyer, II. 179 — Martens, S. VIII. 73 — Neumann, III. 155.)

1816. Beitritt Grossbritanniens zu vorstehender Territorial-Convention. Frankfurt, 30. Juni 1816.

(Neumann, III. 165.)

1816. Convention zwischen den österreichischen und den preussischen Commissären, über die Abtretung des ehemaligen Departements der Saar an Preussen, in Ausführung des Art. 51 der Wiener Congress-Acte und des Artikels 6 des Pariser Protokolls vom 3. November 1815 (s. Deutschland). Worms, 1. Juli 1816.

(Martens, n. r. IV. 241 — Neumann, III. 166.)

1816. Protokoll und Beschluss der zur Auseinandersetzung der Festungsangelegenheiten von Mainz vereinigten Commission, in Ausführung des unterm 30. Juni 1816 zwischen Oesterreich, Preussen und dem Grossherzogthum Hessen geschlossenen Vertrages. Mainz, 17. December 1816.

(Martens, S. VII. 341 — Neumann, III. 177.)

1817. Acten über die Republik Krakau (s. Krakau).

1817. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Preussen, über den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen, wie es im Jahre 1772 bestand, gehörigen Provinzen, mit Rücksicht auf die zwischen Russland und Preussen bestehenden Stipulationen des Tractats vom 3. Mai (21. April a. St.) 1815. Warschau, 22. März 1817.

(P. G. S. Bd. 47, S. 148 — Martens, S. VIII. 537 — Neumann, III. 214.)

1817. Convention zwischen den preussischen und den sächsischen Commissären (unter Vermittlung Oesterreichs), über die Peräquations-Lieferungs - Aequivalent - Gelder und Control - Steuerangelegenheiten. Dresden, 23. Juli 1817.

(Martens, S. VIII. 421.)

1817. Conferenzen der Minister von Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, in Betreff des Sclavenhandels (s. Frankreich).

1817. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Preussen, die Besatzung von Mainz betreffend. Carlsbad, 10. August 1817.

(Meyer, II. 182 — Martens, S. VIII. 480 — Neumann, III. 249.)

1818. Cartel zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Franzensbrunn, 8. August 1818.

(Oesterreichisches Patent vom 24. Februar 1819: M. G. S. 1849, 49, S. 78 — P. G. S. Bd. 47, S. 48 — Martens, n. S. IX. 301 — Neumann, III. 336.)

1818. Convention zwischen Oesterreich und Russland, den Handel mit Polen betreffend (s. Russland).

1818. Aachner Congress (s. Frankreich).

1818. Definitiv-Acte über die Grenzen der Republik Krakau (s. Krakau).

1819. Nachträgliche Bestimmungen zur Erläuterung des Cartels zwischen Oesterreich und Preussen vom Jahre 1818.

(Circular des kaiserlichen Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden, vom 4. April und 3. Juli 1819: M. G. S. 1819, 71 und 147, S. 101 und 219 — Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 237.)

1819. Haupt-Recess der Territorial-Commission zu Frankfurt (von Seite Oesterreichs, Preussens, Grossbritanniens und Russlands), wegen Ausführung der im zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen (s. Deutschland).

1819. Haupt-Convention zwischen Preussen und Sachsen, zur Ausführung des zwischen denselben geschlossenen Friedens-Tractates von Wien, 18. Mai 1815 (unter Vermittlung Oesterreichs). Dresden, 28. August 1819.

(Martens, S. XI. 117.)

1819. Vermögens-Freizügigkeit zwischen sämmtlichen preussischen Ländern und dem lombardisch-venetianischen Königreich, indem die zwischen Preussen und dem Königreich Italien abgeschlossene Freizügigkeits-Convention (Witepsk, 4. August und Charlottenburg, 5. Juni 1812) auch für das lombardisch-venetianische Königreich giltig erklärt wird.

(Hofdecret vom 13. September 1819 in der venetianischen Gesetzsammlung.)

1819. Circular des Cabinets von Berlin an seine im Ausland accreditirten Missionen, über den politischen Zustand Deutschlands, mit Bezug auf den Congress zu Carlsbad (s. Deutschland). Berlin, 28. September 1819.

(Murhard, n. S. III. 151.)

1819. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, wegen wechselseitiger Bekanntgebung der in dem einen oder dem anderen

Staate gegen die öffentliche Sicherheit begangenen Verbrechen. Wien, 9. Februar (21. December) 1819.

(Circular des kaiserlichen Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden: M. G. S. 1819, 283, S. 342.)

1820. Postconvention zwischen Oesterreich und Preussen. Wien, 2. September 1820; preussische Ratificirung: Berlin, 18. September 1820.

(Neumann, III. 551.)

1820. Wiener Schlussacte (s. Deutschland).

1820. Circular-Depesche der Höfe von Oesterreich, Russland und Preussen an ihre an den deutschen und nordischen Höfen accreditirten Minister, über den Zweck des Congresses zu Troppau. Troppau, 8. December 1820.

(Martens. S. IX. 592.)

1821. Erklärung der Höfe von Oesterreich, Preussen und Russland bei Beendigung des Congresses zu Laibach (in Folge der Ereignisse in Neapel und Sardinien). Laibach, 12. Mai 1821.

(Martens, S. IX. 638 bis 646 — Neumann, III. 600.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte, gezeichnet von den Bevollmächtigten der Uferstaaten: Oesterreich, Preussen, Sachsen, Hannover, Dänemark (für Holstein und Lauenburg), Mecklenburg-Schwerin, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau und Hamburg. Dresden, 23. Juni 1821; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 12. December 1821.

(P. G. S. Bd. 49, S. 378 — Martens, S. IX. 714 — Meyer, I. 319 — Neumann, III. 613.)

1821. Oesterreichische Verordnung über die Behandlung der an der österreichischen Grenze passlos betretenen preussischen Deserteurs. Wien, 25. März 1821.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1821: P. G. S. Bd. 49, S. 79 — Hofkriegsraths-Circular vom 25. März 1821, lit. K. Z. 1085: M. G. S. 1821, 89, S. 104.)

1822. Bestimmung über die Entrichtung der Taglia für preussische Deserteurs, auch dann, wenn solche von Polizei-Soldaten ergriffen werden.

(Hofkriegsräthliches Circular vom 8. März 1822: M. G. S. 1822, 32, S. 31.)

1824. Protokoll der Revisions-Commission, wegen Ergänzung der Elbeschifffahrts-Acte vom Jahre 1821. Hamburg, 18. September 1824.

(Martens, S. X. 588 — Meyer, I. 347 — Neumann, IV. 74.)

1827. Preussische Ministerial - Verordnung über die Verpflegung erkrankter hilfsbedürftiger Individuen fremder Staaten. Berlin, 20. April 1827.

(Erwähnt im Uebereinkommen vom Jahre 1835.)

1828. Zoll- und Handelsvertrag zwischen der königlich-preussischen und der grossherzoglich-hessischen Regierung. Berlin, 14. Februar 1828, als Grundlage des deutschen Zollvereins (s. Deutschland).

1828. Hauptvertrag zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern, Churhessen und der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt und der Fuldaer Departemental-Lasten (s. Frankfurt).

Hierin werden erwähnt:

1. Zwischen Oesterreich und Preussen verhandeltes Uebergabs-Protokoll. Fulda, 27. Juli 1815.
 (Martens, S. XII. 47.)
2. Zwischen denselben Staaten verhandeltes Protokoll, wegen Uebergabe der Stadt Wetzlar nebst Gebiet. Fulda, 27. Juli 1815.
 (Martens, a. a. O.)
3. Oesterreichisch-preussische Uebereinkunft, betreffend die definitive Abrechnung wegen der Central-Lasten des Departements Fulda. Frankfurt a. M., 4. und 6. Jänner 1816.
 (Martens, a. a. O.)
4. Concurrenz-Vergleich zwischen Oesterreich, Preussen und Baiern, in Betreff der neu erworbenen Gebietstheile des Grossherzogthums Frankfurt. Fulda, 11. April 1818.
 (Martens, a. a. O. 48.)
5. Vertrag zwischen Oesterreich, Preussen und Baiern, über das Fuldaer Staatsschuldenwesen. . . ., 27. September 1820.
 (Martens, a. a. O.)

1828. Oesterreichische Verordnung, die nach Preussen abzuschiebenden Individuen betreffend. Prag, 26. September 1828.

(Gubernial-Verordnung in Böhmen vom 26. September 1828, Z. 42288: böhmische Prov. G. S. Bd. 1828, S. 442.)

1828. Erklärung über den Verlust der preussischen Staatsbürgerschaft durch dreijährige Abwesenheit. Wien, 22. November 1828.

(Hofkanzlei-Decret vom 22. November 1828: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1828, Notizenblatt S. 547.)

1829. Kundmachung über die Ermächtigung der königlich-preussischen Staatszeitung zur Aufnahme aller Nachrichten, Vorladungen und Edicte, um deren Bekanntmachung sie von auswärtigen Behörden ersucht wird. Wien, 19. Mai 1829.

(Hofdecret vom 19. Mai 1839: J. G. S. 1829, 2408, S. 158 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 184.)

1830. Conferenzen über die Angelegenheiten Hollands und Belgiens (s. Belgien und Niederlande).

1830. Bestimmungen wegen Erfolgung der Taglia für Deserteurs an subalterne Beamte und Gerichtsdiener.

(Hofkriegsraths-Circular vom 12. Juni 1830: M. G. S. 1830, 74, S. 118.)

1831. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gleicher Behandlung der beiderseitigen Schiffe und deren Ladungen in den gegenseitigen Häfen. Berlin, 1. Mai 1831.

(Martens, S. XIII. 353 — Neumann, IV. 318.)

1832. Oesterreichische Verordnung, dass mit Rücksicht auf die von Seite Preussens eingeführte Reciprocität, die hierlands zu ertheilenden Consense zur Auswanderung nach Preussen stämpel- und kostenfrei ertheilt werden. Wien, 19. October 1852.

(Hofkammer-Decret vom 29. October 1832: P. G. S. Bd. 61, S. 250.)

1833. Bestimmungen über den Handel zwischen Krakau und Podgorze (s. Krakau).

1834. Kundmachung eines Vertrages zwischen Ihren Majestäten den Kaisern von Oesterreich und von Russland und dem König von Preussen, wegen gegenseitiger Auslieferung politischer Verbrecher.

(Oesterreichisches Patent vom 4. Jänner 1834: J. G. S. 1834, 2637, 105 — P. G. S. Bd. 62, S. 4 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 31 — Preussisches Patent vom 15. März 1834: Martens, XIX. 44 — Neumann, IV. 341.)

1834. Verordnung über die Correspondenz der österreichischen Criminal-Behörden mit jenen von preussisch Schlesien. Wien, 11. Jänner 1834.

(Hofkammer-Decret vom 11. Jänner 1834 — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 210.)

1834. Oesterreichische Verordnung wegen stämpel- und kostenfreier Ertheilung der Auswanderungs-Consense nach Preussen. Wien, 20. August 1834.

(Hofkammer-Decret vom 20. August 1834, Z. 25886: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 370.)

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes in sämmtlichen preussischen Staaten, dann in sämmtlichen österreichischen Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens. Wien, 24. Juni 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 426 — J. G. S. 1835, 89, S. 52 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt S. 458 und 494 — Martens, S. XIX. 50 — Neumann, IV. 374.)

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Gleichstellung der beiderseitigen Unterthanen, bezüglich der Abgabenerhebung von dem von Militärpersonen hinterlassenen Vermögen. Berlin, 8. September; Wien, 3. October 1835.

(M. G. S. 1835, 107, S. 211 — Martens, S. XIX. 56 — Neumann, IV. 378.)

1835. Kundmachung über ein Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der preussischen Regierung, wegen gegenseitiger Verpflegung erkrankter hilfsbedürftiger Individuen.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 361 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt 460.)

1836. Reciprocitäts-Erklärungen der k. k. österreichischen und der königlich-preussischen Regierung, wegen kostenfreier Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Oesterreichisches Promemoria: Wien, 7. Februar 1836; Erwiderung des königlich-preussischen Gesandten: Wien, 6. December 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern).

1836. Oesterreichische Verordnung, wegen Anwendung des Strafgesetzes über Gefällsübertretungen auf die Artikel 25 und 26 der Elbeschifffahrts-Acte. Wien, 12. März 1836.

(Hofkammer-Präsidial-Verordnung vom 12. März 1836: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1836, Notizenblatt S. 150.)

1836. Bedingungen, unter welchen österreichische Unterthanen in den königlich-preussischen Staaten ihre Gewerbs- und Handelsrechte ausüben dürfen.

(Zuschrift der königlich-preussischen Regierung zu Oppeln an das mährisch-schlesische Gubernium vom 2. November 1836 — Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 38.)

1836—1839. Massregeln gegen die revolutionären Umtriebe in Krakau (s. dieses).

1837. Verordnung über die Correspondenz der österreichischen Gerichtsbehörden mit Preussen. Wien, 11. April 1837.

(J. G. S. 1837, 190, S. 110.)

1838. Preussische Verordnung, wegen Zulassung jüdischer Handwerksgesellen aus den deutschen Bundesstaaten in Preussen, gegen Beobachtung der Reciprocität. Berlin, 14. October 1838.

(Kundgemacht in Oesterreich mit Hofkanzlei-Decret vom 7. August 1839: P. G. S. Bd. 67, S. 149.)

1839. Tractat bezüglich der Trennung Belgiens von den Niederlanden (s. Belgien).

1839. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, über die Holzflössung und sonstige Beschiffung auf der Oder. Oderberg, 6. August 1839; österreichische Ratification: Wien, 14. Februar 1840; preussische Ratification: Berlin, 23. April 1842; die Ratificationen zu Berlin ausgewechselt am 27. April 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 153 — Hofkanzlei-Decret vom 4. Mai 1842: J. G. S. 1842, 618, S. 38 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 394.)

1840. Vorschriften über die Ertheilung von Pässen und Wanderbüchern an österreichische Handwerkgesellen in Preussen, und umgekehrt.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 185.)

1840. Erklärung der königlich-preussischen Regierung, bezüglich der Vollzugbarkeit der von den österreichischen Gerichten geschöpften Urtheile in Preussen, und Reciprocitäts-Erklärung von Seite Oesterreichs. Berlin, 16. November 1839; Wien, 16. Juni 1840.

(Hofdecret vom 4. August 1840: J. G. S. 1840, 460, S. 520 — Hofkanzlei-Decret vom 24. August 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 310 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt S. 466.)

1840. Quadrupel-Tractat wegen Pacificirung der Levante (s. Türkei).

1841. Convention wegen der Dardanellen (s. Türkei).

1841. Tractat wegen des afrikanischen Sclavenhandels (siehe Grossbritannien).

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen. Wien, 21. März 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 157 — J. G. S. 1842, 611, S. 26 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenblatt S. 350 — Neumann, IV. 499.)

1842. Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, wegen Kundmachung der Convention über die Benützung der Oder, vom 6. August 1839 (s. oben).

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, wegen stämpel- und kostenfreier Ausfertigung der Auswanderungsbewilligungen. Wien, 2. August 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 264.)

1843. Erläuterung zu dieser Uebereinkunft. Berlin, 27. August 1843.

(Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1843: P. G. S. Bd. 71, S. 305.)

1844. Vertrag zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-preussischen Post-Administration, wegen vollständiger Frankirung der Correspondenz zwischen Oesterreich, Preussen und einigen deutschen Bundesstaaten, deren Correspondenz mit Oesterreich über Preussen versendet wird*). Berlin, 3. Jänner 1844.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 21. Jänner 1844: P. G. S. Bd. 72, S. 16 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 124 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt S. 177 — Murhard, n. r. VI. 560.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte vom 23. Juni 1821, unterzeichnet von den Bevollmächtigten der sämmtlichen Uferstaaten. Dresden, 13. April 1844; die Ratificationen am 1. October desselben Jahres ebenda ausgewechselt.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 35 — Murhard, n. r. VI. 473 — Neumann, IV. 608.)

1844. Staatsvertrag zwischen den Unterzeichnern der vorstehenden Additional-Acte, wegen Regulirung des (hannoverschen) Brunshauser- (ehemals Stader-) Zolles auf der Elbe. Dresden, 13. April 1844; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 1. October 1844.

(Murhard, n. r. 473 — Neumann, IV. 675.)

1844. Staatsvertrag zwischen denselben, wegen gleichmässiger Bestimmungen über die Schifffahrts-Polizei auf der Elbe. Dresden, 13. April 1844; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 1. October 1844.

(Murhard, n. r. 463 — Neumann, IV. 721.)

1844. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der preussischen Regierung, wegen Behandlung der gegenseitigen Unterthanen in Concursfällen. Wien, 12. Mai; Berlin, 16. Juni 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 71 — J. G. S. 1845, 883, S. 260 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 233 — Murhard, n. r. VII. 25 — Neumann, IV. 731.)

*) In den Herzogthümern Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau und Anhalt-Cöthen, im Fürstenthum Waldeck und in der Grafschaft Pyrmont, im oldenburgischen Fürstenthum Birkenfeld, in der Untergrafschaft des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt und des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen, in der Weimar'schen Enclave Altstädt, im Fürstenthum Lippe, im Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin und im Fürstenthum Schaumburg-Lippe bestanden königlich-preussische Postämter. Die deutschen Bundesstaaten, für welche laut obigen Vertrages, die Briefe von den k. k. Postämtern an jene Preussens gesendet werden konnten, waren das Königreich Hannover, die Grossherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, das Grossherzogthum Luxemburg und das Herzogthum Braunschweig. — Ueber die letzte Umgestaltung des österreichisch-deutschen Postvereins, in Folge der Postverträge von 1867 (s. Deutschland), siehe „Wiener Abendpost“ vom 6. Februar 1868, 30.

1844. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gegenseitiger kostenfreier Erledigung gerichtlicher Requisitionen in Armensachen. Berlin, 13. August; Wien 10. September 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 5 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 85 — M. G. S. 1844, 58, S. 150 — Murhard, n. r. VII. 210 — Neumann, IV. 733.)

1844. Oesterreichische Kundmachung, die in Folge der Additional-Acte vom 13. April 1844 eintretenden Elbezoll-Ermässigungen und Befreiungen vom Elbezoll betreffend. Prag, 29. October und 23. November 1844.

(Kundmachung des k. k. böhmischen Landes-Guberniums, vom 29. October 1844, Z. 62.506 und 63.744, und vom 23. November 1844, letztere in Folge eines Hofkammer-Präsidial-Decretes vom 17. November 1844, Z. 9.009: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 50, 4 und 5.)

1845. Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845 über die Behandlung der Concursfälle (s. oben unterm J. 1844).

1845. Bestimmungen über die Amtswirksamkeit der Elbezoll-Richter und der Behörden in Elbeschifffahrts-Angelegenheiten. Wien, 2. December 1845.

(Kundmachung des k. k. böhmischen Landes-Guberniums, vom 30. April 1846, in Folge Hofkammer-Präsidial-Decretes vom 2. December 1845, Z. 9.020: J. G. S. 1845, 912, S. 289 — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft 1846, Gesetzchronik 129.)

1846. Bestimmungen über die Erlangung und den Verlust der Rhederei-Befugnisse, Schiff- und Schiffer-Patente bei der Elbeschifffahrt. Wien, 6. April 1846.

(Kundmachung des k. k. böhmischen Landes-Guberniums, vom 30. April 1846, in Folge des Hofkanzlei-Decrets vom 6. April 1846, Z. 11.741 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, Gesetzchronik S. 134.)

1846. Convention zwischen Oesterreich, Preussen und Russland, über die Einverleibung des Freistaates Krakau in die österreichische Manarchie (s. Krakau).

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen allgemeiner gegenseitiger Erleichterung in Grenzverkehrssachen. Berlin, 21. October 1847.

(Hofkammer-Decret vom 20. December 1847: P. G. G. Bd. 75, S. 163 — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 17 — Murhard, n. r. XI. 356.)

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, zur gegenseitigen Erleichterung für den Grenzverkehr mit Leinengarnen und roher ungebleichter Leinwand. Berlin, 20. und 21. October 1847.

(Hofkammer-Decret vom 20. December 1847: P. G. S. Bd. 75, S. 174 — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 22 — Murhard, n. r. XI. 363.)

1848. Erneuerung des Uebereinkommens zwischen Oesterreich und Preussen vom 21. März 1842, wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel. Berlin, 15.; Wien, 24. Jänner 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 31 — J. G. S. 1848, 1117, S. 491 — Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 53 — Murhard, n. r. XI. 637 — Neumann, V. 10.)

1849. Bestimmungen über die Correspondenz zwischen den österreichischen und den preussischen Postbehörden. Wien, 7. Februar 1849.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, S. 15.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen gegenseitiger Uebernahme ihrer ursprünglichen Staatsangehörigen, insoweit dieselben noch nicht dem andern Staat angehörig sind. Wien, 2.; Berlin, 30. September 1849.

(R. G. B. 1850, 3, S. 4 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, Gesetzchronik S. 353 — Neumann, V. 152.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Herstellung und Benützung der electro-magnetischen Telegraphen-Linien. Berlin, 3. October 1849.

(R. G. B. 407, S. 734 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1849, S. 205 — Neumann, V. 152.)

1849—1850. Verhalten Preussens hinsichtlich der Reconstituirung Deutschlands (s. Deutschland).

1850. Bestimmungen wegen Behandlung der Staats-Depeschen auf den österreichischen und preussischen Telegraphen-Linien. Wien, 31. Jänner 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums, II. Bd. S. 157.)

1850. Staatsvertrag vom 6. August 1850 zwischen Oesterreich und Preussen über die Grundlagen eines deutsch-österreichischen Postvereins; Vollzugsvertrag hierüber (s. Deutschland).

1850. Staatsvertrag zur Bildung eines österreichisch-deutschen Telegraphenvereines (s. Deutschland).

1850. Convention zwischen Oesterreich und Preussen zur Begleichung der zwischen beiden Mächten vorgekommenen Differenzpunkte. Olmütz, 29. November 1850.

(Samwer, XV. 108.)

1850. Erlass des k. k. Finanzministeriums über das Zollverfahren für den Verkehr auf den österreichischen Eisenbahnen im unmittelbaren Anschlusse an die preussischen Bahnen. Wien, 22. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd. S. 23.)

1851. Eröffnung der österreichisch-belgischen Telegraphen-Linie (s. Belgien).

1851. Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegraphen-Vereine (s. Deutschland).

1851. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, über die Abschiebungen nach Preussen. Wien, 24. März 1851.

(Hämmerle, S. 683.)

1851. Schlussprotokoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission, bestehend aus Abgeordneten der elbezollberechtigten Uferstaaten: Oesterreich, Preussen, Sachsen, Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Hannover, Dänemark und Mecklenburg-Schwerin *), über die Elbezoll-Ermässigungen. Magdeburg, 2. December 1851 **).

(Austria 1852, 29.)

1851. Revidirter deutsch-österreichischer Postvereinsvertrag (siehe Deutschland).

1852. Erlass des k. k. Handelsministeriums, womit die bei der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission in Magdeburg verabredeten Ermässigungen des Elbezolles kundgemacht werden. Wien, 25. Februar 1852.

(R. G. B. 60, S. 283 — Neumann, V. 531.)

1852. Tractat wegen der Succession in Dänemark (s. Dänemark).

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen einzuführender vollkommener Vermögens-Freizügigkeit, auch in Bezug auf Ungarn und dessen Nebenländer. Wien, 6. Juli; Berlin, 29. Juli 1852.

(R. G. B. 180, S. 813 — Neumann, V. 702.)

*) Hamburg und Lübeck (letzteres bis 1868, siehe S. 229) sind zwar Uferstaaten, erheben jedoch keinen Elbezoll.

**) Wegen des Widerspruchs Mecklenburg-Schwerins gegen die von den übrigen Uferstaaten beantragten Zollerleichterungen wurden die Verhandlungen der Commission auf einige Zeit vertagt (Austria, a. a. O.). Siehe dann das Schlussprotokoll vom 8. Februar 1854.

1852. Verordnung des k. k. Finanzministeriums, wegen Gleichstellung der Schiffe aller Elbe-Uferstaaten mit den inländischen, hinsichtlich der Elbezollbefreiung auf der böhmischen Elbestrecke. Wien, 13. Juli 1852.

(R. G. B. 149, S. 706.)

1853. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und Preussen zur Anbahnung eines allgemeinen deutschen Zollvereines (siehe Deutschland).

1853. Accession von Modena und Parma zum vorstehenden Handelsvertrage (s. Modena und Parma).

1853. Organisation der Zollämter im Fürstenthume Liechtenstein in Folge des vorstehenden Handelsvertrages (s. Liechtenstein).

1853. Oesterreichische Ministerialverordnung mit Festsetzung von Strafbestimmungen für Zollübertretungen, in Folge des vorstehenden Handelsvertrages (s. Deutschland).

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Oesterreichische Ministerial - Kundmachungen über die Vollziehung des österreichisch-preussischen Handelsvertrages (siehe Deutschland).

1854. Von den Elbe-Uferstaaten vereinbartes Schlussprotokoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission (s. oben 1851). Magdeburg, 8. Februar 1854.

(R. G. B. 128, S. 481 — Neumann, VI. 131.)

1854. Circular-Erlässe an die k. k. Consulate, wegen Vertretung der Unterthanen der deutschen Zollvereinsstaaten, insbesondere jener Preussens (s. Deutschland).

1854. Schutz- und Trutzbündniss zwischen Oesterreich und Preussen aus Anlass des russisch-türkischen Krieges, nebst Zusatz-Artikel. Berlin, 20. April 1854.

(R. G. B. 177 und 178, S. 731 und 734 — Neumann, VI. 167 bis 172.)

1854. Beitritt des deutschen Bundes zu vorstehendem Schutz- und Trutz-Bündnisse (s. Deutschland).

1854. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Preussen. Berlin, 20. April 1854.

(Samwer, XV. 578.)

1854. Protokoll der Wiener Conferenz vom 23. April 1854 aus Anlass des vorstehenden Schutz- und Trutzbündnisses (siehe Frankreich).

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums mit Kundmachung des mit a. h. Entschliessung vom 6. März 1854 genehmigten Schlussprotokolles über die Elbeschifffahrts-Revision vom 8. Februar 1854, und des alphabetischen Verzeichnisses der im Elbezoll ermässigten und der elbezollfreien Waarenartikel. Wien. 29. April 1854.

(R. G. B. 128, S. 481, nebst Beilage hiezu — Neumann, VI. 130.)

1854. Verordnung des k. k. Finanzministeriums, über die Anwendung des Begünstigungszolles für Roheisen, insbesondere längs der preussisch-schlesischen Grenze, und Vollziehung des Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 9. August 1854.

(R. G. B. 209, S. 911; s. auch unten die Verordnung vom 3. Februar 1863).

1854. Additional-Artikel zu dem Schutz- und Trutzbündnisse vom 20. April 1854. Wien, 26. November 1854.

(Samwer, XV. 598.)

1855. Nicht-Beitritt Preussens zu dem Uebereinkommen der deutschen Bundesstaaten, wegen Auslieferung politischer Verbrecher (siehe Deutschland).

1855. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Berichtigung des am 29. April 1854 kundgemachten alphabetischen Verzeichnisses der auf der Elbe verführten Waaren. Wien, 6. August 1855.

(R. G. B. 140, S. 542 — Neumann, VI. 162.)

1855. Additional-Vertrag zum revidirten deutsch-österreichischen Postvereins-Vertrage vom 5. December 1851 (s. Deutschland).

1855. Erlässe des k. k. Finanzministeriums über Zollbehandlungen im Gebiete des österreichischen Zollvereines (siehe Modena).

1855. Kundmachung des k. k. Handelsministeriums über die Ausstellungen der Legitimationen für Handelsleute im österreichischen Zollvereine (s. Modena).

1856. Staatsacten über den Friedensschluss nach dem russisch-türkischen Kriege (s. Frankreich).

1856. Declaration in Betreff der Rechte der Neutralen im Seekriege (s. Frankreich).

1856. Vereinbarung zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung, den Grenzverkehr der preussischen Provinz Schlesien mit Oesterreich betreffend. 31. Mai 1856.

(Preussischer Staatsanzeiger vom 17. Juni 1856 — Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Gültigkeit der Leichenpässe. Berlin, 29. Juni 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel der österreichischen mit den deutschen Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der königlich-preussischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 39.)

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark).

1857. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und der Schweiz, in Betreff der Reglung der völkerrechtlichen Stellung des Fürstenthumes Neuenburg. Paris, 26. Mai; kaiserlich-österreichische Ratificirung: Wien, 10. Juni; die Ratificirungen zu Paris ausgewechselt am 16. Juni 1857.

(R. G. B. 120, S. 411.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, betreffend die Beobachtung der Reciprocität in Ansehung der Vollstreckung von Urtheilen, welche von königlich-preussischen Gerichten über die bei ihnen, als dem Gerichtsstande des Vertrages, wider österreichische Unterthanen angebrachten Klagen geschöpft worden sind. Wien, 14. August 1857.

(R. G. B. 153, S. 459.)

1857. Verordnung desselben, betreffend die Vollstreckung der Urtheile königlich-preussischer Gerichte in Civilrechtssachen in Oesterreich. Wien, 10. October 1857.

(R. G. B. 190, S. 527.)

1857. Staatsvertrag über die russisch-türkische Grenze (siehe Frankreich).

1858. Staatsvertrag bezüglich der Donaufürstenthümer (siehe Frankreich).

1858. Verordnung des k. k. Justizministeriums, betreffend die Behandlung der im österreichischen Kaiserstaate befindlichen beweglichen Nachlässe königlich-preussischer Unterthanen. Wien, 30. October 1858.

(R. G. B. 193, S. 599.)

1860. Telegraphen-Vertrag zwischen Oesterreich, Preussen und Russland (s. Russland).

1860. Reglement über die Schifffahrtspolizei auf der Donau (siehe Frankreich).

1860. Convention bezüglich der Unruhen in Syrien (s. Frankreich).

1860. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen wegen kostenfreier Auslieferung der gegenseitigen Militär-Deserteurs (s. unten die österreichische Circular-Verordnung vom 24. Februar 1863.)

1861. Eisenbahn-Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Anschlusses der Mislowitz-Beruner und der Nicolai-Plesser-Eisenbahn an die österreichische Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, und Concessionirung der Bahnstrecke von Berun nach Oswieczim. Berlin, 23. Februar; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 26. März 1861.

(R. G. B. 50, S. 397.)

1861. Vereinbarung zwischen der österreichischen und der preussischen Regierung, wegen Abstellung der gesandtschaftlichen Visa auf den Pässen.

(Königlich-preussische Circular-Verordnung ddo. Berlin, 3. October 1861; s. unten die österreichische Verordnung vom 1. Juni 1862).

1861. Staatsvertrag wegen des Stader- oder Brunshauser Zolles (s. Hannover).

1861. Uebereinkommen über die Verhältnisse der Beamten und Angestellten bei den zusammengelegten Zollämtern. Preussische Ministerial-Erklärung: Berlin, 7. August 1861 (s. Baiern, J. 1861).

1862. Oesterreichische Ministerial-Erlass über das vorstehende Uebereinkommen hinsichtlich der Functionäre bei den zusammengelegten Zollämtern. Wien, 18. April 1862.

(R. G. B. 23, S. 57.)

1862. Oesterreichische Ministerial-Verordnung wegen gegenseitiger Aufhebung des Passvisazwanges gegenüber von Preussen. Wien, 1. Juni 1862.

(R. G. B. 37, S. 87.)

1863. Verordnung des k. k. Finanzministeriums, mit der Bekanntgebung jener Neben-Zollämter längs der Grenze gegen Preussisch-Schlesien und die Grafschaft Glatz, welche zur Anwendung des Begünstigungs-Zolles für Roheisen dauernd ermächtigt sind. Wien, 3. Februar 1863.

(R. G. B. 16, S. 169 — s. auch die Verordnung vom 9. August 1854.)

1863. Circular-Verordnung des k. k. Kriegs-Ministeriums, mit Kundmachung eines zwischen Oesterreich und Preussen im Jahre 1860 getroffenen Uebereinkommens, wegen kostenfreier Auslieferung der gegenseitigen Militär-Deserteurs. Wien, 24. Februar 1863.

(Oesterreichisches Armee-Verordnungsblatt 1863, 6. Stück, 23.)

1863. Schlussprotokoll der fünften Elbeschifffahrts-Revisions-Commission, mit Ergänzungen und Abänderungen verschiedener Artikel der Elbeschifffahrts-Acten vom Jahre 1821 und 1844, sowie des Schlussprotokolls der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission vom Jahre 1854, dann wegen einer durchgreifenden neuen Regulirung der Elbezölle. Hamburg, 4. April 1863; kaiserliche Ratification: Wien, 7. Mai 1863.

(R. G. B. 46, S. 233.)

1863. Uebereinkunft zwischen den sämmtlichen Elbeuferstaaten, eine neue Regulirung der Elbezölle betreffend. Hamburg, 4. April 1863 (Beilage des vorstehenden Schlussprotokolls).

(R. G. B. 46, S. 244.)

1863. Vereinbarung zwischen Oesterreich, Preussen, Sachsen, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg und Hamburg, die Verwaltung und Erhebung des gemeinschaftlichen Elbezolles zu Wittenberge betreffend. Hamburg, 4. April 1863; kaiserliche Ratification: Wien, 7. Mai 1863.

(R. G. B. 47, S. 265.)

1863. Postvertrag zwischen Preussen und den Niederlanden vom 18. September 1863 (s. Niederlande).

1863. Weigerung Sr. Majestät des Königs von Preussen Wilhelm III. bei dem in Frankfurt a./M. versammelten deutschen Fürstentage zu erscheinen (s. Deutschland).

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (s. Belgien).

1864. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preussen zur Beförderung des Sicherheitsdienstes im Gränzgebiete beider Staaten, und wegen gegenseitiger Hilfeleistung bei Elementarereignissen. Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 16. Jänner 1864; preussische: Berlin, 27. Februar; ausgewechselt zu Berlin, 1. März 1864.

(R. G. B. 27, S. 157.)

1864. Beitritt Oesterreichs zu dem 20. Artikel des preussisch-niederländischen Postvertrages vom 18. September 1863 (s. Niederlande).

1864. Oesterreichische Verordnungen, in Folge der von der königlich-dänischen Regierung gegen die österreichischen und preussischen Handelsschiffe, sowie gegen die Handelsschiffe der übrigen deutschen Bundesländer angeordneten Feindseligkeiten (s. Dänemark).

1864. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, über die Competenz zur Entscheidung über die durch die Kriegsmarine der beiden contrahirenden Staaten gemeinschaftlich als Prisen aufgebrachten dänischen Fahrzeuge und über die Art der Vertheilung des Reinerträgnisses dieser Prisen; nebst Instruction für die Commandanten der beiderseitigen Kriegsschiffe. Berlin, 6. Juni 1864.

(R. G. B. 62, S. 235.)

1864. Friedenspräliminarien, Waffenstillstand und Friedenstractat mit Dänemark (s. Dänemark).

1864. Oesterreichische Vorschrift über die Vertheilung der Prisengelder (s. Dänemark).

1865. Handels- und Zollvertrag vom 11. April 1865 (s. Deutschland).

1865. Oesterreichische Ministerial-Verordnung, mit Kundmachung der zwischen Oesterreich und Preussen zu Berlin am 9. Juni 1865 ausgewechselten, österreichischen und preussischen Ministerial-Erklärungen vom 27. Mai 1865, wegen gegenseitigen Schutzes gegen Gefälls-Verletzungen; aus Anlass des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 (s. Deutschland). Wien, 25. Juni 1865.

(R. G. B. 37, S. 129.)

1865. Internationaler Telegraphen-Vertrag (s. Frankreich).

1865. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-preussischen Regierung einerseits und der kaiserlich-russischen Regierung andererseits, zur Reglung des gegenseitigen telegraphischen Verkehrs. Paris, 15. April 1865.

(Telegraphen-Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1865. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Ausübung der Landeshoheits-Rechte in den Herzogthümern Holstein und Schleswig, und Abtretung des Herzogthums Lauenburg an Preussen. Gastein, 14. August 1865.

(Hauptblatt der Wiener Zeitung vom 24. August 1865, 19 — Ghilany, Chronik III. Bd. S. 55 — Das Staatsarchiv, IX. 2011) *).

1865. Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen bezüglich der Legalisirung öffentlicher Urkunden. Wien, 4. September 1865; kaiserliche Ratificirung: 17. September; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien am 28. September 1865.

(R. G. B. 94, S. 319.)

1865. Schifffahrts-Acte für die Donau-Mündungen (s. Frankreich).

1866. Circular-Depesche des königlich-preussischen Ministerpräsidenten Grafen Bismarck an die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten, mit Beschuldigung über Oesterreichs feindselige Absichten, und mit Ablehnung eines bundesmässigen Vorganges. Berlin, 24. März 1866.

(Wiener Zeitung vom 3. April 1866.)

1866. Note des k. k. österreichischen Gesandten zu Berlin Grafen Károlyi an den königlich-preussischen Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, gegen die preussischer Seits erhobene falsche Beschuldigung, dass Oesterreich gegen Preussen rüste, und mit Hinweis auf den Art. 11 der deutschen Bundesacte. Berlin, 31. März 1866 **).

(Wiener Zeitung vom 3. April 1866.)

*) Die Verordnungen und Erlässe zur Durchführung der Gasteiner Convention s. unter Holstein, Schleswig und Lauenburg.

**) Die lebhafte Correspondenz zwischen Oesterreich und Preussen in Betreff der von letzterem erhobenen Beschuldigung, dass Oesterreich rüste, s. im Staatsarchiv, Bd. X. und XI., dann in den *Archives diplomatiques* 1866, II. 358 und ff.

1866. Königlich-preussischer Erlass, wegen Beobachtung der Reciprocität zur Beschützung des Handels zur See in Kriegszeiten. Berlin, 19. Mai 1866.

(Aegidi und Klauhold, S. 145 — *Annuario marittimo* 1867, S. 62.)

1866. Ansprache des Königs Wilhelm III. von Preussen an das deutsche Volk über den beginnenden Krieg. Berlin, 16. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2329.)

1866. Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich Franz Joseph I. über den Krieg gegen Preussen und Italien. Wien, 17. Juni 1866.

(R. G. B. 76, S. 193.)

1866. Manifest Sr. Majestät des Königs Wilhelm von Preussen an das preussische Volk, über den Krieg gegen Oesterreich und seine deutschen Verbündeten. Berlin, 18. Juni 1866.

(Ghilany, Chronik VIII. 250 — Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2333.)

1866. Preussische Kriegserklärung an Oesterreich. Berlin, 21. Juni 1866.

(Ghilany, Chronik III. 258.)

1866. Erlass des k. k. Finanzministeriums, wegen Zurückverlegung einiger mit preussischen Zollämtern zusammengelegener Zollämter auf ihren ursprünglichen Zustand, in Folge der politischen Verhältnisse. Wien, 25. Juni 1866.

(R. G. B. 82, S. 204.)

1866. Manifest Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. an seine Völker über seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen (siehe Frankreich.)

1866. Kaiserlich-österreichische Verordnung über die prisengerichtliche Behandlung feindlicher Schiffe (s. Frankreich).

1866. Erklärung Preussens über seinen Austritt aus dem deutschen Bunde (s. Deutschland).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1866. Friedens-Präliminarien zwischen Oesterreich und Preussen. Nikolsburg, 26. Juli 1866.

(Glasers Archiv, Heft I. S. 32 — Das Staatsarchiv, XI. 2364 — *Archives diplomatiques* 1866, III. 403.)

1866. Waffenstillstands-Convention zwischen dem österreichischen und dem preussischen Militär-Bevollmächtigten. Nikolsburg, 26. Juli 1866.

(Das Staatsarchiv XI. 2364 — *Archives diplomatiques* 1866, III. 405.)

1866. Waffenstillstands - Convention zwischen Preussen und Baiern. Nikolsburg, 28. Juli 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. 2365 — *Archives diplomatiques* 1866, III. 407.)

1866. Convention zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-preussischen Verkehrs-Administration, über den während des in Nikolsburg vereinbarten Waffenstillstandes wieder herzustellenden Verkehr auf den Eisenbahnen, Telegraphen und Postanstalten in den von den Preussen besetzten Landestheilen Oesterreichs. Brünn, 1. August 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Waffenstillstands-Convention zwischen Preussen und Württemberg. Eisingen bei Würzburg, 1. August 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. 2366 — *Archives diplomatiques* 1866, III. S. 408.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Württemberg. Berlin, 13. August 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 41 — Das Staatsarchiv, XI. 2371.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Baden. Berlin, 17. August 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 49 — Das Staatsarchiv, XI. 2374.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Baiern. Berlin, 22. August 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 44 — Das Staatsarchiv, XI. 2373.)

1866. Anlage zu diesem Friedensvertrage, die von Baiern abzutretenden Gebietstheile betreffend.

(Glaser, I. Heft, S. 48 — Das Staatsarchiv, XI. 2373.)

1866. Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Preussen. Prag, 23. August 1866; die Ratificationen daselbst ausgewechselt den 30. August 1866.

(R. G. B. 103, S. 247.)

1866. Erklärung des österreichischen und des preussischen Bevollmächtigten bei Abschluss des vorstehenden Friedensvertrages, betreffend die Vermehrung der Eisenbahn-Verbindungen zwischen Oesterreich und Preussen. Prag, 23. August 1866; Ratificirung des k. k. Ministers des Aeussern: Wien, 27. August 1866.

(R. G. B. 104, S. 254.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Hessen. Berlin, 3. September 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 61 — Das Staatsarchiv, XI. 2375.)

1866. Beschreibung der von Sr. königlichen Hoheit dem Grossherzog von Hessen und bei Rhein, souveränem Landgrafen zu Hessen, an Se. Majestät den König von Preussen abgetretenen Gebiete und Gebietstheile, sammt Erläuterungen.

(Glaser, I. Heft, S. 66 — Das Staatsarchiv, XI. a. a. O.)

1866. Gesetz über die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Churfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der preussischen Monarchie. Berlin, 20. September 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd. 2390.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Reuss älterer Linie. Berlin, 26. September 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 72 — Das Staatsarchiv, XI. 2430.)

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Sachsen, sammt besonderen Bestimmungen und Protokoll. Berlin, 21. October 1866.

(Glaser, I. Heft, S. 52, 58, 60 — Das Staatsarchiv, XI. 2434.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes und darauf bezügliche Particularverträge (s. Deutschland, norddeutscher Bund).

1866. Gesetz über die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der preussischen Monarchie. Berlin, 24. December 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2440.)

1866. Gesetz über die Vereinigung baierischer und hessischer Gebietstheile mit der preussischen Monarchie. Berlin, 24. December 1866.

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2441.)

1867. Vertrag zwischen der königlich-preussischen Staatsregierung und Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Thurn und Taxis, betreffend die Uebertragung des gesammten fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postwesens*) an den preussischen Staat. Berlin, 28. Jänner 1867.

(Glaser, II. Heft, S. 104 — Das Staatsarchiv, XII. Bd., 2738.)

1867. Zusatz-Artikel zum internationalen Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1867. Oesterreichische Ministerialverordnung, über die mit 1. März 1867 in Wirksamkeit tretende Zollbehandlung der aus dem freien Verkehr des Zollvereins eingehenden Waaren, mit Beziehung auf den Handels- und Zollvertrag vom 11. April 1865 (s. Deutschland), dann der brittischen und italienischen Erzeugnisse, mit Beziehung auf den österreichisch-brittischen Handelsvertrag vom 16. December 1865 (siehe Grossbritannien) und den Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Italien vom 3. October 1866 (s. Italien). Wien, 26. Februar 1867.

(R. G. B. 39, S. 104.)

1867. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit dem Nachweis der im Jahre 1866 bewirkten Ausmünzungen, kundgemacht in Ausführung des Artikels 24 des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857 (s. Deutschland). Wien, 13. April 1867.

(R. G. B. 66, S. 131.)

1867. Tractat wegen Luxemburgs (s. Niederlande).

1867. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, für sich und das Fürstenthum Liechtenstein, und Preussen, in Vertretung der deutschen Zollvereinsstaaten, über das Ausscheiden des Kaiserthums Oesterreichs und des Fürstenthums Liechtenstein aus dem deutschen Münzvertrage vom 24. Jänner 1857 (s. Deutschland). Berlin, 13. Juni 1867; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 31. August und 17. September 1867.

(R. G. B. 122, Sr. 323.)

*) Siehe die Anmerkung bei Bremen, S. 57.

1867. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preussen, wegen Herstellung der Eisenbahnverbindungen Landshut-Schwadowitz und Wildenschwert-Glatz. Berlin, 5. August 1867; kaiserliche Ratificirung: Ischl, 16. September; die Ratificirungen ausgewechselt zu Berlin am 4. October 1867.

(R. G. B. 128, S. 351.)

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1867. Vertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde über die Post-Transite (s. Deutschland).

1868. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit Bekanntgabe jener an den Eisenbahnen gelegenen Zollämter, welche im Verkehre zwischen Oesterreich und dem deutschen Zollvereine, zur Anwendung eines erleichterten Zollverfahrens im Sinne des Artikels 17 des Vertrages vom 11. April 1865 (s. Deutschland) ermächtigt sind. Wien, 13. Jänner 1868.

(R. G. B. 7, S. 15.)

1868. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Reuss.

(Zwei Fürstenthümer: Reuss-Greitz und Reuss-Schleitz.)

Derzeit bestehen zwei Fürstenthümer Reuss, nämlich älterer Linie oder Reuss-Greitz, und jüngerer Linie oder Reuss-Schleitz und Reuss-Lobenstein-Ebersdorf. Bei der Auflösung des deutschen Reiches erhielten die Grafen von Reuss die fürstliche Würde (1806), traten dann dem Rheinbunde bei (1807), später aber der grossen Wiener Allianz und dem deutschen Bunde (1815), so wie dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851, 1867); die Post in den Reussischen Fürstenthümern stand unter der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Administration (1843); als Mitglied des Thüring'schen Zoll- und Handelsvereins sind dieselben den österreichisch - preussischen Zollverträgen (1853, 1865, 1868) beigetreten; sie sind auch Theilnehmer der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) und des Uebereinkommens wegen des Schriftenwechsels (1857).

Reuss älterer Linie schloss mit Oesterreich ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Anerkennung der Leichentransport-Pässe (1859); Reuss jüngerer Linie ein Uebereinkommen hinsichtlich der Legalisirung von Urkunden (1865). Die ältere Linie schloss sich am 26. September 1866 im Frieden mit Preussen dem norddeutschen Bunde an; das Fürstenthum Reuss jüngerer Linie war schon ursprünglich dem Bündnissvertrage vom 18. August 1866 beigetreten.

1807. Tractat zwischen dem Kaiser Napoleon und den Fürsten von Reuss-Greitz, Schleitz, Lobenstein und Ebersdorf, über den Beitritt der Fürsten zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Martens, S. IV. 393.)

1815. Beitritt des Fürsten vom Reuss-Plauen zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt der fürstlich-reussischen Lande zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 5. April 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, II. Bd. S. 200.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages auf die fürstlich Reuss-Schleitz-, Reuss-Greitz-, und Reuss-Lobenstein- und Ebersdorf'schen Lande, als Mitglieder des Thüring'schen Zollvereines (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung wegen des Schriftenwechsels (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Reuss'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 52, 63.)

1859. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Reuss älterer Linie wegen Giltigkeit der Leichenpässe.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, vom 10. Juni 1859: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1865. Oesterreichische Ministerial-Erklärung betreffend das Uebereinkommen mit der fürstlich-reuss'schen Regierung jüngerer Linie, bezüglich der Legalisirung von Urkunden. Wien, 6. Juni 1865; ausgetauscht gegen eine entsprechende Erklärung des fürstlich Reuss-Plauen'schen Ministeriums, ddo. Gera, 6. Juni 1865.

(R. G. B. 44, S. 159.)

1865. Beitritt des Fürstenthums Reuss jüngerer Linie zu dem Uebereinkommen über den Schutz gegen Zolldefraudationen (s. bei Deutschland die Ministerialverordnung vom 21. Juni 1865), mittelst einer Ministerialerklärung ddo. Gera, 14. Juni 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, vom 9. August 1865: R. G. B. 65, S. 245.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes, vom 18. August 1866, mit dem Beitritte von Reuss jüngerer Linie (s. Deutschland).

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Reuss älterer Linie, vom 26. September 1866, welches demnach in den norddeutschen Bund tritt (siehe Preussen).

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1868. Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Nachträge).

Russland.

(Kaiserthum.)

Durch Peter I. zu einer Macht ersten Ranges erhoben, war Russland seit 1726, mit nur zeitweiligen Schwankungen, der beständige Alliirte Oesterreichs, namentlich im österreichischen Erbfolgekriege und im siebenjährigen Kriege (1740—1763). Mit Oesterreich kämpfte es 1739 und 1788 gegen die Türken; im Frieden von Teschen (1779) trat es nebst Frankreich als vermittelnde Macht auf. Bei den drei Theilungen Polens (1772, 1793, 1797) spielte es die Hauptrolle und nahm den grösseren Theil für sich. Aus den Kriegen mit der Pforte ging es mit stets neuem Ländererwerbe hervor, zumal seit dem Frieden von Kutschuk-Kainardje (1774); es schritt im Frieden von Jassy (1792) bis an den Dniester, in dem von Bukarest (1812) bis an den Pruth vor, und erlangte durch die Verträge von Akerman (1826) und von Adrianopel (1829) die Mündungen der Donau, nebst der Schutzhoheit über die Donaufürstenthümer.

Bei dem Verfall des deutschen Reiches nahm Russland an dessen inneren Angelegenheiten einen wesentlichen Antheil und übergab gemeinschaftlich mit Frankreich das Project zur Ländervertheilung in Deutschland, wie sie durch den letzten Reichs-Deputations-Hauptschluss (1803) bestimmt worden. In den Kriegen Napoleons kämpfte es zuerst mit (1805), später (1809) gegen Oesterreich, und erhielt in Folge des Wiener Friedens (1809) einen Theil von Ostgalizien. Später wendete es sich von Napoleon ab und griff, als eine der Hauptmächte der grossen Staaten-Coalition und Stifter der heiligen Allianz, in die darauf gefolgten politischen Ereignisse entscheidend ein (1814, 1815), so wie es seitdem in der europäischen Diplomatie eine der ersten Rollen fortgespielt hat.

Mit Oesterreich und Preussen schloss es bezüglich des, nach Aufhebung der napoleonischen Schöpfung eines Herzogthums Warschau, neu errichteten und Russland zugewiesenen Königreichs Polen, dann hinsichtlich der Republik Krakau, eigene Verträge ab (1815, 1817, 1818, 1821, 1825, 1826, 1828, 1846); später half es den ungarischen Aufstand niederkämpfen (1849). In Folge des

orientalischen Krieges und des Pariser Friedens, vom 30. März 1856, trat Russland einen Streif von Bessarabien an die Pforte ab und verpflichtete sich zu gewissen völkerrechtlichen Servituten bezüglich der Seefestungen und der Kriegsflotte im schwarzen Meer, dann der Befestigung der Alandsinseln.

Zwischen Oesterreich und Russland bestehen besondere Uebereinkommen und Verfügungen wegen Auslieferung der Deserteurs (1808, 1810, 1815, 1818, 1822, 1825), Auslieferung und Bestrafung der politischen Verbrecher (1834, 1860), dann bezüglich der gemischten Unterthanen (1815, 1819), der Grenzregulirung (1826, 1829, 1845), der Ausfertigung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine (1836), der Ordensdecorationen (1857, 1859), der Vermögens-Freizügigkeit (1824, 1825), der Execution der Urtheile (1833, 1838, 1865), der Cautions-Leistungen vor Gericht (1842), der Verlassenschafts-Abhandlungen (1847), des Handels und der Schifffahrt (1845, 1846, 1847, 1850, 1860), insbesondere auf der Donau (1840, 1850, 1865), dann auf dem Dniester und dem Pruth (1867); ferner bezüglich der ausgewanderten Israeliten (1849), der Pässe (1843, 1846), der Gold-, Silber- und Kupfermünzen (1849), des Krakauer Archivs (1854), des Postwesens (1843, 1847, 1849, 1851, 1854, 1866), der Eisenbahnen (1850, 1867), der Telegraphen (1860, 1865, 1867), der Durchfuhrsendungen (1851), und der Actiengesellschaften (1867).

1743. Beitritt der Kaiserin von Russland zu dem Breslauer Frieden zwischen Oesterreich und Preussen vom 11. Juni 1742 (s. Preussen). Petersburg, 12. November 1743.

(Wenck, I. 782.)

1743—1744. Verhandlungen zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg, in Betreff des einer Verschwörung beschuldigten *Marchese di Botta d' Adorno*, Ministers der Königin von Ungarn und Böhmen.

(Martens, *guide diplomatique* II, 1002 — Martens, *causes célèbres du droit des gens.*)

1746. Tractat defensiver Allianz zwischen Maria Theresia, Königin von Ungarn und Böhmen, und der Kaiserin Elisabeth von Russland. Petersburg, 22. Mai 1746.

(Martens, S. I. 272, 280.)

1750. Beitritt Grossbritanniens zu diesem Tractat (siehe Grossbritannien).

1753. *Articulus secretissimus,* die ottomanische Pforte betreffend, welcher zu dem anno 1746 zwischen Ihrer kaiserlichen Majestät,

Königin zu Ungarn und Böhmen, und Ihrer kaiserlichen Majestät von allen Reussen festgesetzten Allianz-Tractat gehört. Moskau, 16. Juni 1753.
(Martens, S. III. 30.)

1756. Beitritt Russlands zu dem Versailler Tractat vom 1. Mai 1756, zwischen Oesterreich und Frankreich (s. dieses). Petersburg, 31. December 1756.
(Martens, S. III. 33.)

1757. Beitritt Russlands zu der Convention vom 21. März 1757 zwischen Frankreich, Oesterreich und Schweden, bezüglich der Aufrechthaltung der Bestimmungen des westphälischen Friedens (s. Frankreich). St. Petersburg, 5. November 1757.
(Koch, II. 103.)

1760. Beitritt Russlands zu dem Defensiv-Tractat vom 30. December 1758 zwischen Oesterreich und Frankreich (siehe Frankreich). St. Petersburg, 7. März 1760.
(Koch, II. 121.)

1760. Allianz-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin aller Reussen, sammt Separat-Artikeln und Erklärung. St. Petersburg, 21. März 1760.
(Martens, S. III. 45.)

1760. Convention zwischen denselben, den Krieg gegen Preussen betreffend, sammt Separat-Artikeln und Erklärung. St. Petersburg, 21. März 1760.
(Martens, S. III. 60.)

1771. Convention zwischen Oesterreich und der Türkei, zum Schutze gegen Russland (s. Türkei).

1772. Tractat zwischen Oesterreich und Russland über die Theilung Polens. St. Petersburg, 25. Juli 1772 *).

1774. Friedensvertrag zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Kutschuk-Kainardje (bei Silistria), 10./21. Juli 1774.
(Martens, IV. 606, II. 286 — Hammer, VIII. 441.)

1779. Erläuternde Uebereinkunft zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Constantinopel, 20. März 1779.
(Martens, III. 349.)

1779. Garantie Russlands zum Teschner Frieden (s. Baiern). Teschen, 13. Mai 1779.
(Martens, II. 26 — Neumann, I. 241, 253.)

*) Die auf die erste Theilung Polens zwischen Oesterreich, Russland und Preussen bezüglichen Acte sehe man bei Polen (1772—1776).

1781. Tractat zwischen dem römischen Kaiser und der Kaiserin von Russland, über die bewaffnete Neutralität. Wien, 10. Juli 1781.

(Martens, IV. 404, wo jedoch die Echtheit dieses Tractates in Abrede gestellt wird — Neumann, I. 273.)

1781. Beitrittserklärung des Kaisers Joseph II. zu den von der Kaiserin von Russland aufgestellten Grundsätzen über die Erhaltung eines neutralen Handelsverkehrs. Wien, 9. October 1781.

(Martens, II. 171, 174 — Neumann, I. 277.)

1781. Annahme dieser Beitrittserklärung Seitens der Kaiserin von Russland. St. Petersburg, 19. October 1781.

(Martens, II. 174 — Neumann, I. 280.)

1783. Friedens- und Freundschafts- (Handels-) Vertrag zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Constantinopel, 10. (21.) Juni 1793.

(Martens, II. 373 — Neumann, I. 296 — *Raccolta dei trattati*, S. 68.)

1785. Handels- und Schifffahrtstractat zwischen dem römischen Kaiser für seine Erblande und der Kaiserin von Russland.

(Oesterreichische Verordnung: Wien, 12. November 1785; russisches Edict: St. Petersburg, 1. November 1785 — Martens, II. 620, 632 — Neumann, I. 381, 390.)

1791. Tractat von Paris, die Theilung Polens betreffend (s. Polen).

1792. Friedenstractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Jassy, 9. Jänner 1792.

(Martens, V. 67.)

1792. Tractat über eine defensive Allianz zwischen dem Kaiser Franz II., König von Ungarn und Böhmen, und der Kaiserin von Russland. St. Petersburg, 3./14. Juli 1792.

(Martens, VII. 497 — Neumann, I. 487.)

1792. Separat-Artikel zu vorstehendem Tractat, das Herzogthum Oldenburg betreffend. St. Petersburg, 3./14. Juli 1792.

(Neumann, I. 493.)

1792. Separat-Artikel zu demselben Tractat, die Verfassung und den Länderbestand der Republik Polen betreffend. St. Petersburg, 3./14. Juli 1792.

(Martens, VII. 364 — Neumann, I. 494.)

1795—1797. Verhandlungen wegen der dritten Theilung Polens (s. Polen).

1802. Convention zwischen dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, einerseits und der französischen Republik andererseits, unter dem Beitritt Russlands, wegen Entschädigung von Modena und Toscana (s. Deutschland).

1803. Haupt-Recess der ausserordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg (s. Deutschland).

1804. Geheime Convention zwischen Oesterreich und Russland, gegenseitigen Beistand gegen Frankreich betreffend . . . 6. November 1804. (Nebst darauf bezüglichen Acten).

(Garden, V. 397 — Neumann, II. 107.)

1805. Protokoll über die Conferenzen zwischen den österreichischen Generalen und dem russischen General-Adjutanten, Baron Wintzingerode. Wien, 16. Juli 1805.

(Garden, I. c. 416 — Neumann, II. 121.)

1805. Uebereinkommen der österreichischen Bevollmächtigten mit den Bevollmächtigten der russischen Regierung, wegen Vergütung der den russischen Truppen geleisteten Lieferungen während des Krieges wider Frankreich. Wien, 30. October 1805.

(Neumann, II. 217.)

1805. Verbindung Grossbritanniens, Russlands und Oesterreichs gegen Frankreich (s. Grossbritannien).

1805. Waffenstillstand von Austerlitz (s. Frankreich).

1806. Oesterreichisches Manifest wegen der russischen und englischen Schiffe (s. Grossbritannien).

1807. Tilsiter Friedensschluss zwischen Frankreich und Russland, dann Frankreich und Preussen (s. Deutschland).

1807. Decret des Kaisers Napoleon wegen Creirung des Herzogthums Warschau (s. dieses).

1808. Uebereinkommen bezüglich der aus Italien durch die österreichischen Staaten rückkehrenden russischen Truppen, nebst einem Cartel über die Auslieferung des Deserteurs. Wien, 20. Jänner 1808.

(Neumann, II. 262.)

1808. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Russland, über die gegenseitige Auslieferung der Deserteurs. Wien, 25. März; St. Petersburg, 14. (26.) April 1808.

(Kaiserlich-österreichisches Patent vom 26. April 1808: P. G. S. Bd. 30, S. 189 — Martens, S. V. 74 [unter dem Datum: Wien, 7. Mai 1808] und S. VIII. 282 — Neumann, II. 269, 274.)

1808. Convention zwischen Oesterreich und Russland, wegen Vergütung von 12 Millionen an Oesterreich für an russische Truppen geleistete Prästationen in den Jahren 1805 und 1806. Wien, 13. August 1808.

(Neumann, II. 279.)

1809. Aufhebung des Cartels vom 25. März 1808.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1809: P. G. S. Bd. 32, S. 144 — Neumann, II. 322.)

1809. Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich (siehe Deutschland) mit Abtretungen in Ostgalizien an Russland.

1810. Grenzbestimmungs-Vertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser aller Reussen. Lemberg, 7./19. März 1810.

(Martens, S. V. 252 — Martens et Cussy, II. 380 — Neumann, II. 331.)

1810. Convention zwischen Oesterreich und Russland, über den Durchzug der aus Italien nach Russland rückkehrenden russischen Seetruppen durch die österreichischen Staaten, nebst bezüglichem Cartel. Wien, 10. März 1810.

(Neumann, II. 325.)

1810. Erneuertes Cartel zwischen Oesterreich und Russland, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 26. Mai (7. Juni); in Wien und St. Petersburg kundgemacht unterm 1. (13.) Juli 1810.

(P. G. S. Bd. 34, S. 162 — Neumann, II. 336.)

1812. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Bukarest, 28. Mai 1812.

(Martens, S. VII. 397.)

1813. Waffenstillstand und Friedensunterhandlungen mit Frankreich (s. Frankreich).

1813. Tractat defensiver und offensiver Allianz zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser aller Reussen *). Teplitz, 9. September (28. August a. St.) 1813.

(P. G. S. Bd. 41, S. 60 — Martens, S. V. 596 — Neumann, II. 372.)

1813, 1814, 1815. Conventionen und Verhandlungen der verbündeten Mächte bezüglich des Krieges mit Frankreich (s. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Preussen).

1815. Errichtung des Königreichs Polen unter Oberherrschaft des Kaisers von Russland, aus einem Theile des Herzogthums Warschau und Rückstellung der im Wiener Frieden (1809) von Ostgalizien getrennten Gebietstheile an Oesterreich; dann Errichtung der Republik Krakau (Wiener Congress-Acte, s. Deutschland und Preussen).

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Russland, dann Russland und Preussen, das Königreich Polen und den Freistaat Krakau betreffend (s. Krakau und Polen).

1815. Cartel zwischen Oesterreich und Russland, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 5. (17.) Juni 1815.

(Kaiserlich-österreichisches Patent vom 24. Mai 1815: P. G. S. Bd. 43, S. 245 — Neumann, II. 655.)

*) Ein gleichlautender Tractat wurde zugleich zwischen Oesterreich und Preussen (s. dieses), dann zwischen Preussen und Russland geschlossen. (Martens, S. V. 600—607.)

1815. Convention zwischen Oesterreich und Russland, in Betreff des Durchzuges der russischen Truppen durch das österreichische Gebiet. Paris, 30. September 1815.

(Neumann, III. 43.)

1815. Heilige Allianz zwischen Oesterreich, Russland und Preussen (s. Deutschland); Kundmachung derselben in Russland durch ein Manifest des Kaisers Alexander. St. Petersburg, am Tage Christi Geburt, 25. December 1815.

(Martens, S. VI. 658.)

1817. Acte, den Freistaat Krakau betreffend (s. Krakau).

1817. Convention zwischen Oesterreich und Preussen, mit Rücksicht auf die zwischen Russland und Preussen bestehenden Stipulationen, den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen gehörigen Provinzen betreffend (s. Preussen).

1818. Convention zwischen Oesterreich und Russland, den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen, so wie es im Jahre 1772 bestand, gehörigen Provinzen betreffend; in Folge der Stipulationen des Tractates vom Jahre 1815. Petersburg, 5./17. August 1818; in den Ratificationen ausgewechselt den 21./9. November 1818.

(Commerz-Hofcommissions-Decret vom 28. April 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 103 — Martens, S. VIII. 540 — Neumann, III. 359.)

1818. Modificirung des 5. Artikels des zwischen Oesterreich und Russland bestehenden Deserteur-Auslieferungs-Cartels vom Jahre 1815. Wien, 2. Februar (2. März) 1818.

(Circular an sämmtliche General-Commanden, vom 13. März 1818: M. G. S. 1818, 46, S. 83.)

1818. Weitere Bestimmungen über die den russischen Deserteurs zu leistenden Spitals- und Monturs-Aushilfen. Wien, 15. Mai (7. Juni) 1818.

(Circular an sämmtliche General-Commanden, vom 30. September 1818: M. G. S. 1818, 221, S. 281.)

1818. Definitiv-Acte über die Republik Krakau (s. Krakau).

1818. Aachner Congress (s. Frankreich).

1819. Oesterreichische Verordnung, über die Behandlung der in Oesterreich und im Königreiche Polen Begüterten als gemischte Unterthanen, mit Rücksicht auf die Convention vom Jahre 1815.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. April 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 90 — Hofdecret vom 21. Mai 1819: J. G. S. 1819, S. 89, 1564.)

1819. Französische Entschädigung (s. Frankreich).

1819. Frankfurter Territorial-Recess (s. Deutschland).

1820—1821. Neapolitanische Revolution, Congress in Troppau und Laibach (s. Sicilien).

1821—1822. Sardinische Revolution, Congress in Verona (siehe Sardinien).

1821. Convention zwischen Oesterreich und Russland, die Activ- und Passiv-Schulden des bestandenen Herzogthums Warschau betreffend. Wien, 17./29. Juni 1821.

(Neumann, III. 634.)

1822. Cartel zwischen Oesterreich und Russland, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs, als Nachtrag zum Cartel vom 5./17. Juni (24. Mai) 1815. Wien, 14./26. Juli; ratificirt 23. September 1822.

(Kaiserlich-österreichisches Patent vom 29. September 1822: hofkriegsräthliches Circular vom 15. October 1822: M. G. S. 1822, 128, S. 148 — P. G. S. Bd. 50, S. 615 — Martens, S. X. 120 — Neumann, IV. 9.)

1824. Oesterreichische Verordnung wegen bedingter Vermögens-Freizügigkeit nach Russland. Wien, 18. Mai 1824.

(Hofdecret vom 14. Juni 1824: J. G. S. 1824, 2015, S. 212 — P. G. S. Bd. 52, S. 289.)

1824. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Russland, wegen unbedingter Aufhebung des Abfahrtsgeldes. St. Petersburg, 31. Juli 1824.

(Hofdecret vom 28. October 1824: J. G. S. 1824, 2047, S. 269 — P. G. S. Bd. 52, S. 482.)

1825. Convention zwischen Oesterreich und Russland, als Supplement zur Convention vom 29. Juni 1821, die Schulden des Herzogthums Warschau betreffend. Wien, 4. März 1825.

(Neumann, IV. 88.)

1825. Ausdehnung der Uebereinkunft vom 31. Juli 1824, die Aufhebung des Abfahrtsgeldes betreffend, auf das Königreich Polen. St. Petersburg, 16./4. April 1825.

(Hofdecret vom 3. Juni 1825: J. G. S. 1825, 2102, S. 303 — P. G. S. Bd. 53, S. 95.)

1825. Abänderung des §. 9 des Cartels von 1822, hinsichtlich der den Deserteuren zu verabreichenden Kleidungsstücke.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1825: P. G. S. Bd. 53, S. 239.)

1826. Vertrag zwischen Russland und der ottomanischen Pforte, bezüglich der Donau und der Donaufürstenthümer. Akerman, (25. September a. St.) 7. October 1826.

(Martens et Cussy, IV. 33.)

1826. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland, über die richtig gestellte Grenze zwischen Galizien und dem Königreich Polen, in Gemässheit des Staatsvertrages von 1815. Brody, 26./14. December 1826; russische Ratificirung: St. Petersburg, 20./8. Februar 1827.

(Neumann, IV. 152.)

1828. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland, in Durchführung der Verträge von 1815 und 1821, wegen Regulirung der Ansprüche der geistlichen und weltlichen Stiftungen von Angehörigen Krakau's und Polens, ferner der Ansprüche der Besitzer österreichischer Hofkammer-Obligationen, der den russischen Truppen in Westgalizien 1805 und 1806 geleisteten Prästationen, endlich der gegenseitigen Ausfolgung der Depositen, Cautionen und Archive. Wien, 29. April 1828.

(Neumann, IV. 136 bis 152.)

1828. *Protocole explicatif* zu vorstehendem Staatsvertrag. Wien, 29. April 1828.

(Neumann, IV. 160 bis 197.)

1829. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland, wegen Regulirung der Grenze zwischen Galizien und der Bukowina einerseits, und Russisch-Polen, dann Bessarabien andererseits. Radziwilow, 28. Juni (10. Juli) 1829; russische Ratificirung: Sarskoje Selo, 22. August (2. September) 1829.

(Neumann, IV. 258.)

1829. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte. Adrianopel, 2./14. September 1829.

(Martens et Cussy, IV. 221.)

1831. Londoner Conferenzen wegen Belgiens und Hollands (s. Belgien und Niederlande).

1833. Bestimmungen über den Handel zwischen Krakau und Podgorze (s. Krakau).

1833. Oesterreichische Verordnung, dass den Urtheilen russischer Behörden ohne vorläufige Prüfung in Oesterreich keine Execution zu ertheilen ist. Wien, 24. Mai 1833.

(J. G. S. 1833, 2616, S. 92.)

1833. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte Constantinopel (Unkiar-Iskelessi), 8. Juli 1833.

(Martens et Cussy, IV. 386.)

1834. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Russland und Preussen, wegen Auslieferung politischer Verbrecher (s. Preussen).

1836—1839. Massregeln gegen die revolutionären Umtriebe in Krakau (s. Krakau).

1836. Reciprocitäts-Erklärung, wegen kostenfreier Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. St. Petersburg, 18. September 1836; Warschau, 8./20. October 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1838. Vorschrift wegen Execution der Urtheile österreichischer Gerichtsbehörden im Königreich Polen und umgekehrt. Wien, 13. November 1838.

(J. G. S. 2838, 306, S. 309.)

1840. Quadrupel - Tractat bezüglich der Levante (siehe Grossbritannien).

1840. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Russland, in Bezug auf die Donau-Schifffahrt. St. Petersburg, 25./13. Juli 1840; österreichische Ratification: Wien, 5. September 1840.

(J. G. S. 1840, 465, S. 529 — P. G. S. Bd. 68, S. 293 — Murhard, n. r. I. 208 — Martens et Cussy, V. 52 — Neumann, IV. 460.)

1841. Conferenzen wegen des Orients;

1841. Tractat gegen den Sclavenhandel (s. Grossbritannien.)

1842. Befreiung der bei den Gerichten des Königreichs Polen Recht suchenden österreichischen Unterthanen von der vorgeschriebenen Caution, im Falle ihrer Mittellosigkeit. St. Petersburg, 10./22. Februar 1842.

(Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842: J. G. S. 1842, 617, S. 37 — Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1842: P. G. S. Bd. 70, S. 187.)

1843. Vorschriften über die Versehung der nach Russland reisenden österreichischen Unterthanen mit russischen Reisepässen.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Juli 1843: P. G. S. Bd. 71, S. 184.)

1843. Post-Convention zwischen Oesterreich und Russland. St. Petersburg, 30. Jänner (11. Februar) 1843; in den Ratificationen ausgewechselt daselbst am 31. Mai (11. Juni) 1843.

(Martens et Cussy, V. 366.)

1845. Protokoll, gefertigt von den Abgeordneten des galizischen Guberniums und der Statthalterei des Königreiches Polen, wegen erneuerter Regulirung der Grenze zwischen den Königreichen Galizien und Polen, von der Weichsel bis zum Bug . ., 10. September (25. August) 1845.

(Neumann, IV. 735.)

1845. Uebereinkommen in Betreff der gegenseitigen Gleichhaltung der österreichischen und russischen Schiffe. Wien, 4. (24.) December 1845.

(Murhard, n. r. VIII. 659 — Neumann, IV. 748.)

1846. Wiedervereinigung der Stadt Krakau und ihres Gebietes mit dem österreichischen Kaiserreiche (s. Preussen).

1846. Handels- und Schiffahrtstractat zwischen Oesterreich und Russland. Wien, 24/8. Juli 1846; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 20/8. October 1846.

(P. G. S. Bd. 74, S. 159 — J. G. S. 1846, 974, S. 349 — Martens et Cussy, V. 693 — Neumann, IV. 762.)

1846. Behandlung der nach den russisch-polnischen Provinzeu reisenden österreichischen Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1846: P. G. S. Bd. 74, S. 196.)

1847. Bestimmung des kaiserlich-österreichischen General-Consulats in Odessa, zur Uebernahme aller beweglichen Nachlässe der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen. Wien, 13. April 1847.

(Justiz-Hofdecret vom 23. April 1847: J. G. S. 1847, 1059, S. 459.)

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Russland, wegen des Transithandels zwischen Brody und Odessa und sonstiger Handelsverhältnisse. Wien, 28. Juni (10. Juli) 1847; russische Kundmachung: 3. December 1847.

(Murhard, n. r. XI. 325.)

1847. Uebereinkommen zwischen der österreichischen obersten Hof-Postverwaltung und der russischen Post-Administration zu St. Petersburg, bezüglich der Correspondenz mit Odessa. Wien, 28. November 1847.

(Decret der k. k. Oberst-Hof-Postverwaltung: österreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 11.)

1849. Convention zwischen Oesterreich und Russland, in Betreff der Verpflegung der zur Unterdrückung des ungarischen Aufstandes verwendeten russischen Hilfstruppen auf österreichischem Gebiete. Warschau, 10. Juni 1849; in den Ratificationen ausgewechselt zu Kaschau, 13. Juni 1849.

(R. G. B. 276, S. 303 — Neumann, V. 63.)

1849. Erlass des k. k. Finanzministeriums, womit ein Steuertarif der kaiserlich-russischen und russisch-polnischen Gold-, Silber- und Kupfermünzen kundgemacht wird. Wien, 1. Juli 1849.

(R. G. B. 305, S. 476.)

1849. Vertrag zwischen der kaiserlich-österreichischen und der kaiserlich-russischen Postadministration, bezüglich der Beseitigung des Frankaturzwanges bei der österreichisch-russischen Correspondenz. St. Petersburg, 14./26. Juli 1849.

(R. G. B. 1850, 216, S. 905 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, S. 314 bis 322 — Neumann, V. 125.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Russland, wegen der Zurücksendung der Israeliten, welche aus dem Gebiete des einen Kaiserreiches in das Gebiet des andern unbefugter Weise getreten sind. Oesterreichische Ministerial-Erklärung vom 8. November 1849; russische vom 30. September 1849; ausgewechselt zu Wien am 11. November 1849.

(R. G. B. 1850, 23, S. 30 — Neumann, V. 156.)

1850. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich-österreichischen und der kaiserlich-russischen Regierung, mittelst welcher der abgelaufene Donau-Schifffahrts-Vertrag vom Jahre 1840 für die Dauer eines Jahres verlängert wird. Wien, 1./13. November 1850.

(R. G. B. 1851, 41, S. 139 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd., S. 151 — Neumann, V. 265.)

1850. Uebereinkommen zur Regelung des gemeinsamen Verkehrs auf der Warschau-Wiener und Krakau-oberschlesischen Eisenbahn*).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, 3. Bd. S. 101.)

1851. Erlass des k. k. Handelsministeriums, über die Aufhebung des Post-Frankirungszwanges zwischen Oesterreich und dem Königreich Polen. Wien, 1. Februar 1851.

(R. G. B. 132, S. 419 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd.. — Neumann, V. 322).

1851. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Russland, wegen gegenseitiger Zuweisung der Durchfuhrsendungen an der Grenze zwischen Galizien und dem Krakauer Gebiete einerseits und dem Königreiche Polen andererseits. Wien, 3. October (21. September a. St.) 1851; Austausch der ministeriellen Erklärungen zu St. Petersburg, 2./14. Jänner 1852.

(R. G. B. 1852, 127, S. 619 — Neumann V. 400.)

1852. Tractat über die dänische Successionsfrage (s. Dänemark).

1854. Verordnung des k. k. Justizministeriums, womit die Uebernahme des in Krakau befindlichen Archivs der grodgerichtlichen und Terrestral-Acten der vormaligen Wojwodschaft Krakau in die Verwahrung und Verwaltung der k. k. österreichischen Regierung, in Folge einer mit der kaiserlich-russischen Regierung im Königreiche Polen getroffenen Uebereinkunft, kundgemacht wird. Wien, 12. März 1854.

(R. G. B. 61, S. 266.)

1854. Staatsacten, den russisch-türkischen Krieg betreffend (siehe Frankreich).

1854. Postvertrag zwischen Oesterreich und Russland. St. Petersburg, 5. Mai (23. April); die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien am 20. Juni (12. Juli) 1854.

(R. G. B. 307, S. 1165 — Neumann, VI. 179.)

1856. Friedensschluss nach dem russisch-türkischen Kriege (siehe Frankreich).

*) Diese zwischen den beiden Privat-Unternehmungen verabredeten Uebereinkünfte (zu Breslau, 4. März 1848, 23. October 1848 und 3. Mai 1850) sind von Seite des k. k. Handelsministeriums und der königlich-polnischen Regierung genehmigt worden.

1856. Declaration über die Rechte der Neutralen im Seekriege (s. Frankreich).

1857. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Sundzolles (s. Dänemark).

1857. Staatsvertrag wegen Neuenburgs (s. Schweiz).

1857. Staatsvertrag über die russisch-türkische Grenze in Bessarabien etc. (s. Frankreich).

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, über die Verfügung mit den bei Todesfällen vorfindigen Decorationen der kaiserlich-russischen Orden. Wien, 29. October 1857.

(R. G. B. 212, S. 686.)

1858. Staatsvertrag in Betreff der Donaufürstenthümer (siehe Frankreich).

1859. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wegen Verfügung mit den russischen Ordenszeichen bei dem Todesfalle oder der Verurtheilung eines ehemaligen österreichischen Militärmannes. Wien, 12. Mai 1859.

(R. G. B. 85, S. 226.)

1860. Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen, Namens des deutsch-österreichischen Telegraphenvereines einerseits, und Russland andererseits, über die gegenseitige telegraphische Correspondenz. Wien, 30. Jänner; Berlin, 23. Jänner; St. Petersburg, 28. Jänner (9. Februar); die Ratificirungen zu St. Petersburg ausgewechselt am 26. März 1860.

(R. G. B. 104, S. 205.)

1860. Gegenseitige Erklärung zwischen Oesterreich und Russland, betreffend die Taxirung der zwischen den Grenzstationen gewechselten telegraphischen Depeschen. Wien, 18. April 1860.

(R. G. B. 118, S. 233.)

1860. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wodurch kundgemacht wird, dass Russland in die Reihe derjenigen Staaten eingetreten ist, welche Oesterreich gegenüber die Gegenseitigkeit wegen Bestrafung der gegen die Sicherheit des anderen Staates begangenen Verbrechen, im Sinne des §. 66 des österreichischen Strafgesetzes beobachten. Wien, 19. October 1860; Ministerialerklärungen: Wien, 9. December 1859; St. Petersburg, 16. September 1860.

(R. G. B. 233, S. 367.)

1860. Reglement über die Schiffahrts-Polizei auf der Donau (s. Frankreich).

1860. Convention bezüglich der Unruhen in Syrien (s. Frankreich).

1860. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Russland. St. Petersburg 2./14. September; österreichische Ratificirung: Wien, 4. October; die gegenseitigen Ratificirungen zu St. Petersburg ausgewechselt am 27. October (8. November) 1860.

(R. G. B. 272, S. 499.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1863. Tractat in Betreff der Jonischen Inseln (s. diese).

1865. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wornach die civilgerichtlichen Urtheile der kaiserlich-russischen Gerichte, in Beobachtung der Reciprocität, in Oesterreich nicht vollstreckbar sind. Wien, 19. April 1865.

(R. G. B. 27, S. 50.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Uebereinkommen Oesterreichs und Preussens mit Russland über den telegraphischen Verkehr (s. Preussen).

1865. Schifffahrtsacte über die Donaumündungen (s. Frankreich).

1866. Postvertrag zwischen Oesterreich und Russland. Wien, 9. Februar (28. Jänner); kaiserlich-österreichische Ratificirung: Ofen, 22. Februar; die beiderseitigen Ratificirungen ausgewechselt in Wien am 8. März 1866.

(R. G. B. 30, S. 85.)

1867. Beitritt Russlands zu dem internationalen Telegraphenvertrag vom 17. Mai 1865 (s. Frankreich) auch für Sibirien. St. Petersburg, 12./24. Jänner 1867.

(*Archives diplomatiques* 1867, III. 1093.)

1867. Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern über die gegenseitige Zulassung österreichischer und russischer Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien, mit Ausschluss der Versicherungsgesellschaften, zum Geschäftsbetriebe. Wien, 15. April 1867.

(R. G. B. 72, S. 143.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrage (siehe Frankreich).

1867. Tractat wegen Luxemburgs (s. Niederlande).

1867. Beitritt Russlands zur Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz).

1867. Kaiserlich-russischer Ministerial-Erlass, betreffend die Erlaubniss für die Dauer von 3 Jahren*), auf dem Dniester und dem Pruth mit Bauholz freien Handel treiben zu dürfen; mit Passerleichterungen für die österreichischen Holzhändler. St. Petersburg, 1. October 1867.

(*Annuario marittimo* 1868, S. 169.)

*) Diese Erlaubniss war im Jahre 1842 zeitweilig ertheilt, und seitdem in den Jahren 1847 und 1861 erneuert worden (Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern).

1867. Protokollarisches Uebereinkommen zwischen den beiderseitigen Special-Commissären, wegen des Anschlusses der Lemberg-Tarnopoler an die Odessa - Kiewer Eisenbahn bei Podwoloczyska. Lemberg, 20. August 1867.

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern" 1868, S. 18 — K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

Sachsen.

(Königreich.)

August III., Churfürst von Sachsen, seit 1773 auch König von Polen, (seine Wahl hatte der polnische Thronfolgekrieg mit den tief eingreifenden Folgen für die Gestaltung der politischen Verhältnisse, namentlich in Italien, herbeigeführt), trat im Jahre 1740 als einer der Prätendenten auf das Erbe Maria Theresiens auf; später jedoch vereinigte er sich mit Oesterreich gegen den, Niemandem mehr als seinem eigenen Lande gefährlichen Anwachs der preussischen Macht. Im Dresdner Frieden (1745) erhielt er das von den Preussen während des Krieges besetzte Churfürstenthum Sachsen wieder zurück. Gewaltsam von Preussen in den siebenjährigen Krieg hineingezogen, ward er auch in den Frieden von Hubertsburg (1763) einbegriffen. Sein Nachfolger, Friedrich August, erhebt nach dem Aussterben der bairischen Linie des Hauses Wittelsbach (s. Baiern) Ansprüche auf das bairische Allodialerbe, und erhält dafür im Teschner Frieden (1779) die Zusage von 6 Millionen Gulden, welche ihm der Churfürst, Pfalzgraf Carl Theodor, bezahlen soll, sowie in demselben Frieden Maria Theresia zu Gunsten Sachsens auf die Hoheitsrechte der Krone Böhmens über gewisse, in Sachsen gelegene Schönburg'sche Herrschaften verzichtet. Als Friedrich II. gegen den von Joseph II. projectirten Austausch Baierns für Belgien den deutschen Fürstenbund (1785) ins Leben rief, war auch Sachsen unter den daran Theil nehmenden Reichsständen.

Im Reichs-Deputations-Recess (1803) werden dem Churfürsten von Sachsen, als Markgrafen zu Meissen, dann für die Burggrafschaft Meissen und für Querfurt, zusammen drei neue Virilstimmen zugewiesen, welcher sohin dem Rheinbunde beitritt und die Königswürde (1806), dann jene eines Herzogs des von Napoleon geschaffenen Herzogthums Warschau (1807), annimmt. Im Wiener Frieden (1809)

wurde für das Königreich Sachsen die Erwerbung der darin eingeschlossenen böhmischen Enclaven, dann für den König in seiner Eigenschaft als Herzog von Warschau der Besitz Westgaliziens, eines Gebietstheiles um Krakau am rechten Weichselufer, und des Zamoscer Kreises in Ostgalizien, nebst dem Miteigenthum der Salinen von Wieliczka für Oesterreich und Warschau, stipulirt. Er verlor jedoch nach dem Sturze Napoleons die meisten dieser Erwerbungen, trat zwar der heiligen Allianz und dem deutschen Bunde bei (1813—1815), musste jedoch viele seiner alten churfürstlichen Besitzungen, grösstentheils an den König von Preussen abgeben, welcher sie unter dem Titel eines Herzogthums Sachsen mit dem preussischen Königreich vereinigte (1817, 1819). Am 21. October 1866 erklärte König Johann I. — Oesterreichs treuer Bundesgenosse im Kriege gegen Preussen, — nachdem ihm schon im Prager Frieden (23. August 1866) die Integrität seines Landes von Preussen zugesagt worden, im Frieden mit letzterem (21. October 1866) alle Bestimmungen des preussischen, mit Sachsen-Weimar und anderen norddeutschen Regierungen am 18. August 1866 eingegangenen Bündnissvertrages auch für sich und seine Nachkommen verbindlich, und trat dem norddeutschen Bunde bei.

Zwischen Oesterreich und dem Königreiche Sachsen bestehen specielle Uebereinkommen wegen Auslieferung der Deserteurs (1817), wegen Verfolgung der Verbrecher durch die Gendarmerie (1852, 1856), wegen der gerichtlichen Zustellungen und Executionen (1856, 1858), der kostenfreien Erledigung von Requisitionen (1857, 1858, 1860), der Legalisirungen (1860), wegen der Tax- und Portofreiheit in Criminalsachen (1818, 1822), wegen Uebernahme der Schüblinge (1820, 1844, 1853, 1862, 1863), wegen der Freizügigkeit sowohl des Vermögens als der Pensionen (1816, 1835, 1852), wegen der Verlassenschaftsabhandlungen (1857), der Bergwerksnutzungen in Böhmen (1856), der Bestrafung des Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel (1855), des Gerichtsstandes des Vertrages (1856), der Leichenpässe (1856), der Verpflegung der Kranken (1835, 1853), Erwerbung der Staatsbürgerschaft (1845, 1853) und Behandlung in Concursfällen (1854). Auch erfolgte eine besondere Kundmachung hinsichtlich des Viehschneidens (1839). Die Verkehrsverhältnisse sind durch Verträge bezüglich der Elbeschifffahrt (s. Preussen), des Grenzübertritts (1848), des Streckenzugsverfahrens (1856), des Passwesens (1852, 1862), der Eisenbahn-Verbindungen (1842, 1850, 1853, 1859, 1860, 1861, 1863), — wodurch auch die Regulirung der Jurisdictionsverhältnisse auf den Bahnhöfen nothwendig

wurde (1859, 1860, 1861, 1863), — wegen der Post (1756, 1777, 1778, 1817, 1818, 1819, 1842, 1848, 1850, 1867), der Telegraphenlinien (1850, 1851, 1853, 1865), und die Territorialverhältnisse durch einen Hauptrecess und dessen Beilagen (1845, 1846, 1848, 1849, 1850) geregelt. Sachsen ist auch Mitcontrahent der österreichisch-preussischen Handelsverträge (1853, 1865, 1868) und der Genfer Convention bezüglich der Verwundeten (1866).

1741. Acte über die Ansprüche des Churfürsten von Sachsen auf die Verlassenschaft Sr. Majestät des Kaisers Carl VI.

(Rousset, T. XVI. p. 406 — Olenschlager, Geschichte des *interregni* nach Absterben Kaisers Carl VI., T. I. bis IV. — Sammlung einiger Staatsschriften nach dem Ableben Kaisers Carl VI., T. I. bis IV. 8.)

1741. Vertrag zwischen dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, und dem Churfürsten von Baiern, über die beiderseitigen Ansprüche auf die österreichische Erbfolge. Frankfurt, 19. September 1741 (s. auch Baiern.)

(Aretin, bairische Staatsverträge, Anhang Nr. 72.)

1742. Friedenserklärung zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Wien, 23. Juli 1742.

(Wenck, I. 717.)

1743. Allianztractat zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Wien, 20. December 1743.

(Wenck, I. 722 — Rousset, T. XVIII. p. 102 — *Merc. hist. et pol.* 1744 P. I. p. 65.)

1744. Tractat defensiver Allianz zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin von Russland und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Petersburg 24. Jänner (4. Februar) 1744.

(Martens, S. III. 15.)

1744. Artikel zwischen ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Sachsen., 6/13. Mai 1744.

(Angeführt im nachstehenden Separatartikel vom 18. Mai 1745.)

1745. Quadrupelallianz zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, dem Könige von Grossbritannien, dem Könige von Polen, Churfürsten von Sachsen, und den vereinigten Staaten der Niederlande (s. Grossbritannien).

1745. Erklärung des Königs von Polen, Churfürsten von Sachsen, bei Auswechslung der Ratificirungen des vorstehenden Allianztractats (s. Grossbritannien).

1745. Geheimer Separatartikel, geschlossen zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, bezüglich einer eventuellen Theilung Schlesiens. Leipzig, 18. Mai 1745.

(Martens, S. I. 270 — Herzberg, rec. T. I. p. 28 — Moser, Versuch, T. VIII. p. 180.)

1745. Definitiver Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem König von Preussen und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Dresden, 25. December 1745 (s. auch Preussen).

(Wenck, II. 207.)

1747. Verhandlungs-Acten der Höfe von Wien, Dresden und St. Petersburg, wegen Beitritts des Churfürsten von Sachsen zu der zwischen den beiden kaiserlichen Höfen im Jahre 1746 geschlossenen Allianz (s. Russland).

(Herzberg, T. I. p. 33.)

1756. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen (erwähnt in der Convention vom 9. August 1818).

1760. Staatsvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin von Russland, wegen Hilfeleistung an Oesterreich und Entschädigung Sachsens gegen Preussen. St. Petersburg, 21. März 1760.

(Martens, S. III. 60.)

1763. Beitritt Sachsens zum Hubertsburger Frieden, Protest gegen den 18. Artikel desselben (s. Preussen).

1777. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen (erwähnt in der Convention vom 9. August 1818).

1778. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen (desgleichen erwähnt a. a. O.).

1779. Separat-Artikel, geschlossen zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Sachsen, wegen Beitritts des letzteren zu dem Teschner Friedens-Tractate zwischen Oesterreich und Preussen (s. Baiern). Teschen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 9 — Neumann, I. 242.)

1785. Fürstenbund vom 23. Juli 1785 (s. Preussen).

1791. Schreiben Sr. Majestät des Kaisers Leopold II. an Se. Hoheit den Churfürsten Friedrich von Sachsen, vom 4. August 1791, und Antwort des Churfürsten, vom 9. August 1791, die öffentliche Ruhe in Europa betreffend.

(Murhard, n. S. I. 273 — Neumann, I. 467.)

1801. Lüneviller Frieden (s. Deutschland).

1803. Reichs-Deputations-Hauptrecess vom 25. Februar 1803, worin §. XXII die dem Churfürsten von Sachsen zukommenden neuen Viril-Stimmen bestimmt werden (s. Deutschland).

1806. Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, und dem Churfürsten von Sachsen, wegen Beitritts des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland) und Annahme der Königswürde. Posen, 11. December 1806.

(Meyer, I. 124 — Martens, S. IV. 384.)

1807. Tilsiter Friedensschluss (s. Deutschland).

1807. Decret des Kaisers Napoleon wegen Creirung des Herzogthums Warschau (s. dieses).

1809. Wiener Frieden vom 14. October 1809 (s. Deutschland).

1811. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Sachsen, Herzog von Warschau, über die Administration der Salzwerke zu Wieliczka. Wien, 19. November 1811.

(Hofkammer-Decret vom 31. December 1811: P. G. S. Bd. 38, S. 260 — Martens, S. VIII. 74 — Neumann, II. 347.)

1813. Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, den Durchzug der Truppen betreffend. Wien, 8. August 1813.

(Martens, S. V. 591 — Neumann, II. 367.)

1815. Tractat zwischen Oesterreich und Sachsen, die Festsetzung der Angelegenheiten des Königreichs Sachsen betreffend. Wien, 18. Mai 1815 *).

(Martens, S. VI. 272 — Neumann, II. 622.)

1815. Erklärung Sr. Majestät des Königs von Sachsen, über die Rechte des Hauses Schönburg. Wien, 18. Mai 1815 (V. Beilage der Wiener Congress-Acte).

(Martens, S. VI. 285 — Neumann, II. 633.)

1815. Verzichtleistung Sr. Majestät des Königs von Sachsen auf das Herzogthum Warschau (s. Warschau).

1815. Beitritt Sachsens zu dem Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen gegen Napoleon Buonaparte, vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 151 — Neumann, II. 653.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe (s. Baden).

*) Gleichlautende Tractate wurden an demselben Tage zwischen Preussen und Sachsen (VI. Beilage der Wiener Congress-Acte), dann zwischen Russland und Sachsen abgeschlossen.

1815. Abtretung mehrerer Gebietstheile von Sachsen und der Lausitz, sowie des Reversions-Rechtes Oesterreichs auf letztere, an den König von Preussen (Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

1815. Preussisches Patent über die Besitzergreifung des mit der königlich-preussischen Monarchie in Folge der Convention vom 18. Mai 1815 vereinigten sächsischen Gebietes (s. Preussen).

1815. Convention zwischen den Mitgliedern der Commission für den russischen Rayon, wegen Verwaltung der Spitäler *). Wien, 19. Mai 1815.

(Martens, S. VII. 317.)

1815. Deutsche Bundes-Acte und Wiener Congress-Acte **) (s. Deutschland).

1816. Oesterreichische Verordnung, wegen Abstellung der Reciprocitäts-Zusicherungen bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit aus und nach dem Königreich Sachsen. Wien, 27. December 1816.

(J. G. S. 1816, 1306, S. 414 — P. G. S. Bd. 44, S. 441 — Neumann, III. 205.)

1817. Ministerial-Erklärung über den Postverkehr Oesterreichs durch Sachsen. Dresden, 19. Jänner 1817.

(Citirt in der Post-Convention vom 9. August 1818 — Neumann, III. 356.)

1817. Beitritt Sr. Majestät des Königs von Sachsen zur heiligen Allianz zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen (s. Deutschland)., 1. Mai 1817.

(Martens, S. VI. 659.)

1817. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Sachsen, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 7. Mai 1817.

(Oesterreichisches Patent vom 6. Juni 1817: P. G. S. Bd. 45, S. 139 — Neumann, III. 240.)

1817. Convention zwischen den preussischen und den sächsischen Commissären (unter Vermittlung Oesterreichs) über verschiedene Ausgleichungen, vom 23. Juli 1817 (s. Preussen).

1818. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen wechselseitiger Tax- und Portofreiheit der königlich-sächsischen Aemter und Kammergutsgerichte in Criminalsachen. Wien, 23. Juli 1817; Dresden, 21. Februar 1818.

(Hofdecret vom 14. März 1818: J. G. S. 1430, S. 14.)

*) Dieser russische Rayon begriff auch die sächsischen Länder in sich.

**) Die Verhandlungen des Wiener Congresses in Bezug auf Sachsen sind angeführt bei Murhard, n. S. I. 361, 367—388, 427.

1818. Ausdehnung dieser Tax- und Portofreiheit auf die in Sachsen befindlichen Patrimonial-Gerichte, mit Einschluss der Stadträthe. Wien, 17. Juli 1818; Dresden, 3. September 1818.

(Hofdecret vom 27. October 1818: J. G. S. 1521, S. 64.)

1818. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen. Wien, 9. August 1818; sächsische Ratificirung: Dresden, 12. August 1818.

(Neumann, III. 343.)

1819. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen. Dresden, 3. September 1819; sächsische Ratificirung: Dresden, 18. November 1819.

(Neumann, III. 508.)

1820. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Bestimmung der Orte an den gegenseitigeu Landesgrenzen, woselbst die Schüblinge ausgeliefert werden sollen. Dresden, 28. März 1820.

(Martens, S. IX. 230 — Neumann, III. 522.)

1820. Wiener Schluss-Acte (s. Deutschland).

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1822. Bestimmung, dass auf den portofreien ämtlichen Erlässen nach Sachsen die Bemerkung *ex officio* beizusetzen sei.

(Hofdecret vom 9. December 1822: J. G. S. 1912, S. 123 — Hofkanzlei-Decret vom 15. November 1822: P. G. S. Bd. 50, S. 665.)

1824. Protokoll der Revisions-Commission, wegen Ergänzung der Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit zwischen den österreichischen Ländern, die nicht zum deutschen Bunde gehören (mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens), und dem Königreiche Sachsen. Dresden, 20. August; Königswart, 8. September 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. December 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 445 — J. G. S. 1835, 93, S. 54 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt, S. 496 — Neumann, IV. 376.)

1835. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen Heilung und Verpflegung der in den gegenseitigen Staaten erkrankten oder verunglückten unbemittelten Unterthanen. Wien, 24. Juli 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 361 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt, S. 460 — Neumann, IV. 380.)

1836. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Elbeschifffahrt (s. Preussen).

1839. Oesterreichische Kundmachung des im Jahre 1826 in Sachsen publicirten Mandats, welches allen Ausländern im Königreiche Sachsen das Vieh-Castriren untersagt. Wien, 5. Februar 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1839: P. G. S. Bd. 67, S. 33.)

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, in Bezug auf den Anschluss der von Wien über Prag nach Dresden zu führenden Eisenbahnen. Wien, 30. Juli; Dresden, 9. August 1842.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1843, Notizenblatt, S. 430.)

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen Aufhebung des Frankirungszwanges bezüglich der Correspondenz zwischen Oesterreich und Sachsen und Anwendung eines gemeinschaftlichen Portotarifes. Wien, 27. November 1842.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 9. März 1843: P. G. S. Bd. 71, S. 32 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1843: Notizenblatt, S. 141 — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 3, S. 272 — Murhard, n. r. V. 176 — Neumann, IV. 515.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preussen).

1844. Convention wegen der Schüblinge (erwähnt in jener vom 16. August 1853).

1845. Präliminar-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen gegenseitiger Grenzregulirung. Dresden, 11. September 1845.

(Erwähnt im Hauptrecess vom 5. März 1848.)

1845. Bestimmungen hinsichtlich der Aufnahme in die königlich-sächsische Unterthanschaft. Dresden, 8. October 1845.

(Für Oesterreich kundgemacht mit Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 213.)

1845, 1846. Kundmachungen über die Behörden in Elbeschifffahrts-Angelegenheiten (s. Preussen).

1846. Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Behandlung der böhmisch-sächsischen Grenzbäche. Dresden, 12. October 1846 (Beilage des Haupt-Recesses vom Jahre 1848).

1848. Haupt-Grenz- und Territorial-Recess zwischen Oesterreich und Sachsen, sammt darauf bezüglicher Separat-Acte. Dresden, 5. März 1848; kaiserliche Ratification: Wien, 30. März 1848; die Ratificationen in Dresden ausgewechselt am 10. April 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 57 — J. G. S. 1132, S. 573 — Neumann, V. 14.)

1848. Beitritt Sachsens zu der Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preussen vom October 1847 (s. Preussen), über die Grenzverkehrs-Erleichterungen. Dresden, 22. April; Wien, 8. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76, S. 222.)

1848. Bestimmungen wegen Beförderung der österreichisch-sächsischen Correspondenz über Preussen. Wien, 15. Juni 1848.

(Kundmachung der k. k. obersten Hof-Postverwaltung: Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft 1848, Gesetz-Chronik, S. 229.)

1849. Kundmachung der königlich-sächsischen Regierung, über die Besitzergreifung von den durch den Hauptrecess vom 5. März 1848 an Sachsen abgetretenen Gebietstheilen. Dresden, 31. März 1849.

(Samwer, XIV. 115.)

1849. Nachtragsbestimmungen zu dem Hauptrecesse vom 5. März 1848, die Einhebung von Steuern und Gefällen betreffend. Ministerial-Erklärungen; Wien, 6. December und Dresden, 15. December 1849; ausgewechselt am 6. Jänner 1850.

(Samwer, XIV. 114.)

1850. Erlass des k. k. Handelsministeriums, die theilweise Aufhebung des Elbezolles an der böhmisch-sächsischen Grenze betreffend. Wien, 11. Mai 1850.

(R. G. B. LVII. S. 184.)

1850. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Beitritt des letzteren zum deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland). Dresden, 15. Mai 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, Bd. 2, S. 365 — Erwähnt im R. G. B. 253, S. 1050.)

1850. Erlass des k. k. Finanzministeriums, wodurch die den böhmischen Schiffen bewilligte Zollfreiheit auf alle ausländischen Schiffe für die Fahrt zwischen der sächsischen Grenze und Tetschen ausgedehnt wird. Wien, 20. Juli 1850.

(R. G. B. 279, S. 1239.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preussen, Baiern und Sachsen, zur Bildung eines österreichisch-deutschen Telegraphenvereines (s. Deutschland).

1850. Bewilligung von Passkarten für die sächsischen Unterthanen zur Reise nach Böhmen. Wien, 18. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1852, Bd. I. S. 267.)

1850. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, über den Betriebsanschluss der beiderseitigen Eisenbahnen unter einander. Dresden, 31. December 1850; die Ratificationen ausgewechselt daselbst, 27. Jänner 1851.

(R. G. B. 1851, 80, S. 251 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. II, S. 229 — Neumann, V. 290.)

1851. Erster Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegraphenverein (s. Deutschland).

1851. Schlussprotokoll der dritten Elbeschifffahrts - Revisions-Commission (s. Preussen).

1852. Erlass des k. k. Finanzministeriums, wegen Ausdehnung der im Erlass vom 20. Juli 1850 bestimmten Zollfreiheit an der sächsischen Grenze, auf bisher ausgeschlossene Gegenstände. Wien, 16. Februar 1852.

(R. G. B. 50, S. 241.)

1852. Erlass des k. k. Handelsministeriums über die Elbezoll-Ermässigungen (s. Preussen).

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf das andere Staatsgebiet durch die gegenseitige Gendarmerie. Wien, 30. Juli 1852.

(R. G. B. 171, S. 792 — Neumann, V. 703.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionen und ähnlicher Bezüge. Wien, 12. November; Dresden, 23. October 1852.

(R. G. B. 236, S. 1019 — Neumann, V. 738.)

1853. Zweiter Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegraphenverein (s. Deutschland).

1853. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, dass jeder dieser Staaten seine ursprünglichen Angehörigen, auch wenn sie diese Staatsangehörigkeit verloren haben, so lange übernehmen wird, als sie nicht diesem anderen Staate angehörig geworden sind. Wien, 18. März; 9. April 1853.

(R. G. B. 88, S. 467 — Neumann, VI. 74.)

1853. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen Herstellung einer Eisenbahn zwischen Zittau und Reichenberg. Wien, 24. April 1853; Ministerial-Ratificirungen: Wien, 9. Mai; Dresden, 27. Mai 1853.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1853. Verordnung des k. k. Finanzministeriums, über das Zollverfahren beim Austritte von Ausfuhr- und Durchfuhr-Sendungen im Eisenbahnverkehr über Bodenbach, in Gemässheit des Art. 92 des Eisenbahnvertrages vom 31. December 1850. Wien, 26. Juli 1853.

(R. G. B. 145, S. 822 — Neumann, V. 318.)

1853. Convention zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, rücksichtlich der Uebernahme und Weiterbeförderung der Schüblinge auf der Prag-Dresdner Eisenbahn. Prag, 16. August 1853.

(Sächsisches Gesetzblatt vom 20. April 1853 — Neumann, VI. 79.)

1853. Beitritt Sachsens zu dem österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen gegenseitiger Behandlung von Concursfällen. Wien, 1. Jänner; Dresden, 6. Jänner 1854.

(R. G. B. 54, S. 243 — Neumann, VI. 119.)

1854. Schlussprotokoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission (s. Preussen).

1855. Uebereinkommen wegen der Auslieferung politischer Verbrecher (s. Deutschland).

1855. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fischerei- und Feldfrevel in den beiderseitigen Gebieten. Wien, 2. October 1855.

(R. G. B. 176, S. 597 — Neumann, VI. 245.)

1856. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Bewilligung des Streckenzugsverfahrens für den Transport über das durch die Zolllinie von Asch bis zur Elbe begränzte sächsische Gebiet. Wien, 7. Mai 1856.

(R. G. B. 74, S. 299 — Neumann, VI. 523.)

1856. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Giltigkeit der Leichenpässe. Dresden, 24. Juli 1856.

(Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1856: Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1856. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen Aufhebung der zwischen Oesterreich und Sachsen bestandenen Gemeinschaftlichkeit der Bergwerksnutzungen in den böhmischen Bergrevieren Platten und Gottesgab. Sächsische Ministerialerklärung: Dresden 30. September; österreichische Ministerialerklärung: Wien, 4. October; die Erklärungen zu Wien ausgewechselt am 6. October 1856.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1856. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen ergänzender Bestimmungen zu der Verabredung vom 30. Juli 1852, betreffend die gegenseitige Hilfe-

leistung der Gendarmerie bei Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf das Gebiet des andern Staates, dann bei Feuer- und Wassergefahr u. dgl. Ministerial-Erklärungen: Wien, 22. September; Dresden: 1. October 1856; in Dresden ausgewechselt.

(R. G. B. 187, S. 660.)

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums, über die Beobachtung der Reciprocität in Ansehung der Zustellungen von Klagen, welche von königlich-sächsischen Unterthanen vor einem königlich-sächsischen Gerichte als Gerichtsstand des Vertrages angebracht werden, und in Ansehung der Vollstreckung der hierüber erflossenen Urtheile. Wien, 14. November 1856.

(R. G. B. 215, S. 748.)

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der königlich-sächsischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 51.)

1857. Verordnung des k. k. Justizministeriums, in Betreff des Benehmens der österreichischen Gerichte bei Todesfällen königlich-sächsischer Unterthanen. Wien, 23. September 1867.

(R. G. B. 178, S. 514.)

1857. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen kostenfreier Erledigung den gegenseitigen gerichtlichen Requisitionen in Straf- und Civil-Rechtsachen. Wien, 7. November; Dresden, 18. November 1857.

(R. G. B. 225, S. 904.)

1858. Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend die Correspondenz zwischen den kaiserlich-österreichischen und den königlich-sächsischen Behörden bei Requisitionen wegen Zustellung von Taxnoten (Sportelzetteln) an Zahlungspflichtige, welche sich in Sachsen, beziehungsweise in Oesterreich befinden. Wien, 16. August 1858.

(R. G. B. 128, S. 456.)

1859. Vereinbarung zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen der Passpolizei im Bahnhofe zu Bodenbach. Ministerialerklärungen: Dresden, 23. December 1858; Wien, 5. Jänner 1859; ausgewechselt in Wien.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern; erwähnt im Staatsvertrage vom 30. November 1864, Art. 25.)

1860. Convention zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, über die Telegraphen-, Polizei-, Post- und zollämtlichen Verhältnisse auf der Zittau-Reichenberger Eisenbahn, nebst Regulativ über die zollämtliche Behandlung des Personen- und

Waarenverkehrs auf dieser Bahnstrecke. Reichenberg, 1. März 1860; durch beiderseitige Ministerialerklärungen ratificirt zu Wien, am 10. März 1860; daselbst ausgewechselt am nämlichen Tage.

(Verordnungsblatt des k. k. Finanzministeriums, 23. S. 188.)

1860. Oesterreichische Ministerialverordnung, mit näheren Bestimmungen betreffs des Uebereinkommens zwischen Oesterreich und Sachsen über die kostenfreie Erledigung gegenseitiger gerichtlicher Requisitionen vom 7. November 1857, dann der Requisitionen der Finanzbehörden wegen Zustellung von Taxnoten vom 16. August 1858. Wien, 9. November 1860.

(R. G. B. 258, S. 437.)

1861. Uebereinkommen wegen Behandlung der Beamten bei den zusammengelegten Zollämtern (s. Baiern.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung, betreffend das mit der königlich-sächsischen Regierung getroffene Uebereinkommen wegen gegenseitiger Abschaffung des gesandtschaftlichen Passvisums. Wien, 1. Juni 1862.

(R. G. B. 37, S. 87.)

1862. Oesterreichische Verordnung vom 18. April 1862 in Betreff der Verhältnisse der Beamten bei den zusammengestellten Zollämtern (s. Baiern).

1862. Convention zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen des Transports der Schüblinge auf der Zittau-Reichenberger Eisenbahn. Dresden, 22. December 1862; sächsische Ratificirung ddo. Dresden, 27. Jänner 1863; ausgewechselt daselbst am 29. Jänner 1863.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1863. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-sächsischen Regierung, wegen der Gerichts-Competenz in Ehesachen der, auf den Bahnhöfen zu Bodenbach und Zittau und an den von da bis zur bezüglichen Landesgrenze reichenden Bahnstrecken dienstlich verwendeten gegenseitigen Staatsangehörigen. Ministerialerklärungen: Dresden, 26. Jänner; Wien, 16. April 1863; ausgewechselt zu Wien, 18. April 1863.

(R. G. B, 38, S. 223.)

1863. Vereinbarung wegen Verwaltung und Erhebung des Elbezolles zu Wittenberg (s. Preussen).

1863. Nachträgliche Uebereinkunft zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich sächsischen Regierung zu den Schüblings-

transportverträgen vom 16. August 1853 und 22. December 1862, den Transport gefesselter Schüblinge betreffend. Ministerialerklärungen: Wien und Dresden, 8. September 1863.

(K. k. Hof- und Staatsarchiv.)

1864. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen über den Anschluss der Voitersreuth-Egerer Eisenbahn an die böhmischen Eisenbahnlinien. Wien, 30. November 1864; kaiserliche Ratification vom 18. December 1864; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien, am 30. December 1864.

(R. G. B. 1865, 2, S. 2.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Handelsvertrag vom 11. April 1865 (s. Deutschland).

1865. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, bezüglich der Legalisirung der von öffentlichen Behörden ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Dresden, 6. December 1865; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 16. Jänner 1866.

(R. G. B. 1866, 16, S. 63.)

1866. Friedenspräliminarien und Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Preussen (s. Preussen), worin Bestimmungen über das Königreich Sachsen vereinbart werden.

1866. Beitritt der königlich-sächsischen Regierung zur Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz).

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Sachsen mit Bezug auf die vorstehenden Friedensschlüsse zwischen Oesterreich und Preussen (siehe Preussen und norddeutscher Bund).

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (siehe Deutschland).

1868. Handelsvertrag mit demselben (s. Nachträge).

Sachsen (Nebenlinien).

(Das Grossherzogthum Sachsen-Weimar; die Herzogthümer Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha.)

Die Mitglieder der sächsischen Nebenlinien (der Ernestinischen), nämlich die Herzoge von Weimar, Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Coburg, traten, eben so wie der sächsische Churfürst (s. Königreich Sachsen), dem Rheinbunde (1806), später der Allianz wider Napoleon (1813—1815) und dem deutschen Bunde bei (1815), wobei der Herzog von Weimar den Titel eines Grossherzogs annahm (1815).

Im Jahre 1825 starb das herzogliche Haus Sachsen-Gotha-Altenburg in seinem Mannsstamme aus, und dessen Besitzungen wurden unter den übrigen drei herzoglichen Linien vertheilt. Nach dem Kriege zwischen Oesterreich und Preussen trat der Grossherzog von Sachsen-Weimar allsogleich dem preussischen Vertrage vom 18. August 1866 und dem darauf gegründeten norddeutschen Bunde bei. Eben dasselbe thaten die Herzoge von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha. Der Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen hingegen hielt standhaft zu Oesterreich und legte am 20. September 1866 die Regierung zu Gunsten seines Sohnes und Nachfolgers Georg nieder, welcher am 8. October desselben Jahres das Dorf Alt-Lobnitz an Preussen abtrat, und die Bestimmungen des Bündnissvertrages vom 18. August 1866 auch für sich und sein Herzogthum verbindlich erklärte.

Oesterreich hat mit der grossherzoglichen, so wie mit sämmtlichen herzoglich-sächsichen Regierungen ein besonderes Uebereinkommen wegen gegenseitiger unentgeltlicher Rechtspflege in Criminalsachen (1835) und des Schutzes gegen Zolldefraudationen (1865) geschlossen; die sächsischen Länder erscheinen auch bei den österreichisch-preussischen Postconventionen (1843, 1844, 1850, 1851, 1867), den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865, 1868), der Eisenacher Verpflegsconvention (1853), sowie bei den Vereinbarungen über die Auslieferung der Verbrecher (1855) und den Schriftenwechsel der Behörden (1857) betheiligt; gegenüber der herzoglich Coburg'schen Regierung fand eine Ministerialerklärung be-

züglich der Vermögens-Freizügigkeit statt (1851), ebenso gegenüber der herzoglich Meiningen'schen Regierung (1864). Mit letzterer wurden auch Vereinbarungen bezüglich des Abfahrtsgeldes (1864) und der Legalisirungen (1865), dann mit der grossherzoglichen Regierung ein Uebereinkommen wegen der Legalisirungen (1865) getroffen. Dem Prinzen August von Coburg-Gotha wurde ein privilegirter Gerichtsstand in Oesterreich zugestanden (1858).

1806. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Herzogen von Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen und Sachsen-Coburg, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Posen, 15. December 1806.

(Meyer, I. 126 — Martens, S. IV. 387.)

1813. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich (*in simili* mit dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen) und dem Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld, wegen Beitritts des letzteren zur grossen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 24. November 1813.

(Martens, S. VIII. 109 — Neumann, II. 395.)

1815. Beitritt des Grossherzogs von Sachsen-Weimar und der herzoglich-sächsischen Häuser zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1815. Annahme des Titels „Grossherzog“ von Seite des Herzogs von Sachsen-Weimar, und Bestimmungen über die Territorialverhältnisse des Grossherzogthums. (Wiener Congressacte, siehe Deutschland).

1815. Regulirung der Territorialverhältnisse des Herzogthums Sachsen-Coburg. (Wiener Congressacte, s. Deutschland).

1817. Garantie des Grundgesetzes über die landständische Verfassung des Grossherzogthums Sachsen-Weimar durch den deutschen Bund, mit der motivirten Abstimmung Oesterreichs. Frankfurt, 13. März 1817.

(Meyer II. 50.)

1818. Garantie des Grundgesetzes der landständischen Verfassung des Fürstenthums Hildburghausen durch den deutschen Bund. Frankfurt, 1. October 1818.

(Meyer, II. 103.)

1819. Frankfurter Territorialrecess (s. Deutschland).

1822. Garantie des Gesetzes über die ständische Verfassung des Herzogthums Sachsen-Coburg durch den deutschen Bund. Frankfurt, 15. Juni 1822.

(Meyer, II. 227.)

1827. Succession in die herzoglich Sachsen-Gotha'schen und Sachsen-Altenburgischen Lande; Bundesbeschluss hierüber. Frankfurt, 25. Jänner 1827.

(Meyer, II. 298.)

1835. Uebereinkunft zwischen der österreichischen Regierung (mittelst Erklärung der kaiserlichen Gesandtschaft in Dresden) und der grossherzoglichen Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach, dann den herzoglichen Regierungen von Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, wegen gegenseitiger unentgeltlicher Justizpflege in Criminalsachen. Weimar, 23. December 1834; Altenburg, 31. December 1834; Coburg, 1. Jänner 1835.

(Hofdecret vom 7. Februar 1835: J. G. S. 1835, 2688, S. 135 — P. G. S. Bd. 63, S. 54.)

1835. Gleiches Uebereinkommen mit Sachsen-Meiningen. Meiningen, 15. März 1835.

(Hofdecret vom 10. April 1835: J. G. S. 1835, 10, S. 5.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection, zu deren Gebiet auch Sachsen-Weimar-Eisenach, Coburg-Gotha und Meiningen-Hildburghausen gehörten (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1850. Beitritt von Sachsen-Altenburg zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Preussen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, I. Bd. S. 26; II. Bd. S. 367.)

1851. Beitritt des fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postgebietes zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Bremen).

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha, wegen gegenseitiger Aufhebung der Abfahrtsgelder von Verlassenschaften, auch in Bezug auf Ungarn und dessen Nebenländer. Wien, 13. März 1852.

(R. G. B. 65, S. 292 — Neumann, V. 539.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 auf das Gebiet der Herzogthümer Sachsen-Coburg-Gotha, wegen der Aemter Königsberg und Volkenrode, und auf Sachsen-Weimar-Eisenach, in Beziehung auf die Aemter Allstedt und Oldisleben und das Vordergericht Ostheim; dann auf die zu dem thüring'schen Zollvereine gehörigen Gebietstheile (s. Deutschland, S. 88 und 110).

(R. G. B. 1853, 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegsconvention (s. Deutschland).

1855. Besondere Erklärung Sachsen - Weimars in Betreff des Uebereinkommens wegen Auslieferung der politischen Verbrecher (siehe Deutschland).

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 58 und 60.)

1858. Kaiserliche Entschliessung mit Bestimmung des Obersthofmarschallamtes als Personal-Instanz für den Prinzen August von Coburg-Gotha, dessen Familie und Mutter, geborne Fürstin Koháry *). Wien, 26. Mai 1858.

(Verordnung des k. k. Justizministeriums, Wien, 8. Juni 1858: R. G. B. 94, S. 392.)

1864. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Sachsen-Meiningen, über die gegenseitige Aufhebung des Abfahrtsgeldes auch bezüglich der nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königreiche und Länder des österreichischen Kaiserstaates. Ministerialerklärungen: Wien, 30. Juli; Meiningen, 2. Juli 1864.

(R. G. B. 68, S. 246.)

1865. Oesterreichische Ministerialerklärung, betreffend das Uebereinkommen mit der herzoglich Sachsen-Meining'schen Regierung, bezüglich der Legalisirung von Urkunden. Wien, 23. Juni 1865; ausgetauscht gegen eine analoge Erklärung des Sachsen-Meining'schen Ministeriums vom 24. Mai 1865.

(R. G. B. 41, S. 155.)

1865. Beitritt des Herzogthums Sachsen-Altenburg zu dem Uebereinkommen über den gegenseitig zu gewährenden Schutz gegen Zolldefraudationen (s. bei Deutschland die österreichische Ministerialverordnung vom 25. Juni 1865), mittelst einer sächsisch-altenburgischen Ministerialerklärung ddo. 28. Juni, und einer österreichischen Ministerialerklärung ddo. 14. Juli 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 14. Juli 1865: R. G. B. 52, S. 169.)

1865. Oesterreichische Ministerialerklärung, betreffend das Uebereinkommen mit der grossherzoglich Sachsen-Weimar'schen Regierung bezüglich der Legalisirung von Urkunden. Wien, 9. August 1865; ausgewechselt gegen eine entsprechende Erklärung des Sachsen-Weimar'schen Ministeriums, ddo. Weimar, 10. Juli 1865.

((R. G. B. 64, S. 242.)

*) Tochter des königlich-ungarischen Hofkanzlers Fürsten Koháry.

1865. Beitritt des Grossherzogthums Sachsen-Weimar und des Herzogthums Sachsen-Coburg-Gotha zu dem Uebereinkommen über den gegenseitigen Schutz gegen Zolldefraudationen (s. oben den Beitritt Sachsen-Altenburgs), mittelst Ministerial-Erklärungen ddo. Weimar, 31. Mai; Gotha, 28. Juni; und Wien, 9. August 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 9. August 1865: R. G. B. 65, S. 245.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes mit dem Beitritte Sachsen-Weimars, Sachsen-Altenburgs und Sachsen-Coburg-Gotha's (siehe Deutschland).

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, und Beitritt des letzteren zum norddeutschen Bunde (siehe Preussen und Deutschland).

Salzburg.

Dieses uralte Erzbisthum und geistliche Fürstenthum wurde 1803 säcularisirt und nebst Eichstädt, Berchtesgaden und einem Theile von Passau dem Erzherzog von Oesterreich und Grossherzog von Toscana, Ferdinand, für das im Lüneviller Frieden abgetretene Toscana gegeben, und derselbe unter die Zahl der Churfürsten aufgenommen. Durch den Pressburger Frieden von 1805, zu Folge dessen der Churfürst Ferdinand Würzburg erhielt, kam Salzburg an Oesterreich, Eichstädt und Passau an Baiern. In Folge des Wiener Friedens (1809) kam Salzburg an Baiern, und wurde dann im Pariser Frieden (1814) von Baiern wieder an Oesterreich abgetreten, mit Ausnahme eines Theiles am linken Salzachufer, welcher nebst Berchtesgaden bairisch blieb.

A. Erzbisthum Salzburg.

(Als geistliches Fürstenthum *).

1786. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Erzbischofe von Salzburg, womit letzterer auf seine Diöcesanrechte über Steiermark und Kärnthen verzichtet. Wien, 19. April 1786; Ratificirung des Erzbischofes und des Domcapitels von Salzburg: Salzburg, 17. Mai 1786.

(Neumann, I. 401.)

*) Die alten Verträge Churbaierns mit dem Erzbisthum Salzburg und dem Stifte Berchtesgaden in Betreff der Salinen (s. bei Aretin).

1797. Friedenstractat von Campo-Formio (s. Frankreich), laut dessen V. geheimen Artikels Se. Majestät der Kaiser das Erzbisthum Salzburg acquiriren soll (s. Deutschland).

1801. Friedensschluss von Lüneville (s. Deutschland).

1803. Reichsdeputations-Recess mit Säcularisirung des Erzbisthums Salzburgs (s. Deutschland).

B. Grossherzogthum Salzburg.

1803. Geheimer Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und Sr. königlichen Hoheit dem Grossherzog, Churfürsten von Salzburg. Wien, 14. März 1803; grossherzogliche Ratificirung: Wien, 16. März 1803.

(Neumann, II. 76.)

1803. Cartel über die gegenseitige Auslieferung der Deserteurs, geschlossen zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Grossherzog, Churfürsten von Salzburg. Wien, 21. März 1803; grossherzogliche Ratificirung: Wien, 25. März 1803.

(Neumann, II. 80.)

1805. Convention vom 7. September 1805 zwischen Oesterreich und den Churfürsten von Salzburg und von Baiern, über Gebietsabtretungen (s. Baiern).

C. Herzogthum Salzburg unter österreichischer und momentan baierischer Herrschaft.

1805. Pressburger Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, vom 26. December 1805 (s. Deutschland), durch welchen Salzburg und Berchtesgaden an Oesterreich kommen.

1806. Oesterreichisch-kaiserliches Besitzergreifungs-Patent der Länder Salzburg und Berchtesgaden. Wien, 12. Februar 1806.

(Neumann, II. 196.)

1806. Patent des Churfürsten Erzherzog Ferdinand, wegen Uebergabe der Länder Salzburg und Berchtesgaden an den Kaiser von Oesterreich. Salzburg, 1. März 1806.

(Martens, S. V. 247 — Neumann, II. 197.)

1809. Friedensschluss von Wien, zwischen Oesterreich und Frankreich, vom 14. October 1809 (s. Deutschland), wodurch Salzburg und Berchtesgaden wieder an Baiern abgetreten werden.

1816. Münchner Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern, vom 14. April 1816 (s. Baiern), wodurch der grösste Theil von Salzburg wieder an Oesterreich kommt.

Santo Domingo.

(Republik.)

Die zweitgrösste der grossen Antillen, 1360 Quadratmeilen zählend, mit dem Aboriginen-Namen Haïti, wurde, nach deren Entdeckung durch Christoph Columbus (1492), zuerst Española, nach der Hauptstadt und dem Bruder des Entdeckers aber Santo Domingo genannt. Unter der spanischen Herrschaft sank bald die einheimische Bevölkerung von einer Million auf 60,000 Seelen herab, und wurde die neue Bevölkerung von eingeführten Negersclaven gebildet. Im Ryswiker Frieden (1679) ward der westliche Theil der Insel von Spanien an Frankreich abgetreten. Der Rückschlag der ersten französischen Revolution weckte die Neger, und furchtbar war das Blutbad, das sie 1792 unter den Weissen anstellten. *Toussaint l'Ouverture* (der „Eröffner" einer neuen Bahn), ein Negerhäuptling, ward zum Präsidenten der Neger-Republik ausgerufen; er unterlag aber den Franzosen und starb als Gefangener (1803) in einem Kerker Frankreichs.

Nach einander bestiegen zwei Neger, *Dessalines* als Kaiser Jakob I. und *Christophe* als König Heinrich I., den Fürstenthron, der in der ephemeren Republik aufgeschlagen wurde. Jener fiel durch Meuchelmord, dieser durch die eigene Hand. Im Süden dauerte indessen die Republik fort unter *Péthion*. Nach Heinrichs I. Tode constituirte sich die ganze Insel als Republik; Frankreich aber, dem Spanien im Baseler Frieden (1795) auch seinen Antheil abgetreten hatte, anerkannte die Unabhängigkeit Santo Domingo's erst 1828, gegen eine Entschädigung von 150 Millionen Francs an die früheren Colonisten. Neuerdings stürzte der Mulattenstaat (1843) durch eine Negerrevolte zusammen, und wenige Jahre darauf erklärte sich *Soulouque* als Faustin I. zum Kaiser. Der früher spanische Theil der Insel unterwarf sich nicht und proclamirte die Dominicanische Republik. Faustin wurde 1859 vertrieben, und aus dem Kaiserreich ist vorläufig wieder eine Neger-Republik geworden.

1861. Circular der k. k. Central-Seebehörde, wegen Gleichstellung der Handelsschiffe der Republik Santo Domingo in den österreichischen Häfen und der österreichischen Handelsschiffe in den dortigen Häfen mit den meist begünstigten Nationen. Triest, 2. April 1861.

(*Annuario marittimo* 1862, S. 6.)

Sardinien.

(Königreich.)

Der Herzog von Savoyen erhielt im Utrechter Frieden (1713) mit der Erwerbung von Sicilien den Königstitel, welcher durch den Quadrupel-Vertrag (1718) auf das für Sicilien eingetauschte Sardinien übertragen wurde. Wie im Frieden von Turin (1703) und von Wien (1738) — als Schluss des spanischen Erbfolgekrieges — ward Sardinien auch im österreichischen Erbfolgekriege durch den Wormser Vertrag (1743), zum Lohne für seinen Zurücktritt von der französisch-spanischen Allianz, mit österreichischen Antheilen Ober-Italiens vergrössert, nachdem es kurz vorher mit in der Reihe der Prätendenten auf Carls VI. Erbe aufgetreten war*). Im Frieden von Aachen (1748) erhielt es noch das Gebiet von Anghiera, Theile des Pavesano zwischen dem Ticino und dem Po, mit Ausnahme der Insel von Pavia, dann das Vigevanesco, Theile von Anglea, le grande Alpi und das Vallese bis in die Mitte des Lago-Maggiore, endlich die Anwartschaft auf Theile von Piacenza für den Fall des Erlöschens der männlichen Descendenz Don Philipps, des neuen Herzogs von Parma.

Mit Frankreich und Spanien erledigte es diese Reversionsfrage von Piacenza, deren unklare Fassung im Aachner Frieden Sardiniens Beitritt zu demselben verhindert hatte, in der Pariser Convention vom 10. Juni 1763. Im französischen Revolutionskriege hielt Sardinien zu Oesterreich, wurde aber von den Franzosen überwältigt. Das Königreich Sardinien verschwand unter der Herrschaft Napoleons, der es grösstentheils Frankreich einverleibte. Nach dem Sturze Napoleons wurde es wieder hergestellt, und zwar aus dem Herzogthum Savoyen (der Wiege des sardinischen Königreichs), dem Fürsten-

*) Durch den Tractat von Turin 8. November 1703 — (*Traités de la maison de Savoie*, II. 203) — trat nämlich Kaiser Leopold I. dem Herzoge Victor Amadeus von Savoyen mehrere Theile des Herzogthums Mailand, als die Provinzen Alessandria und Valenza, mit allem Gebiet zwischen dem Po und dem Tanaro, dann die Provinzen Lomellina und Valsesia ab. Im Tractat von Laxenburg, 6. Juni 1736 (*Traités*, II. 479) — bestätigt im Wiener Frieden vom 18. November 1738 (*Traités*, II. 497) — trat Carl VI. an den König Carl Emanuel Novara, Tortona, dann die Gebiete von S. Fedele, Torre de' Forti, Gravedo und Campo maggiore ab.

thum Piemont, mehreren ehemals lombardischen Gebietstheilen am westlichen Ufer des Tessins, dem Herzogthum Montferrat, der Grafschaft Nizza, dem Herzogthum Genua (der alten Republik), und den Inseln Sardinien und Caprera mit den Nebeninseln. An den Kriegen wider den Kaiser Napoleon, den Verhandlungen des Wiener Congresses und an der heiligen Allianz (1814—1815) nahm Sardinien, sowie an den darauf gefolgten diplomatischen Verhandlungen zur Wiederherstellung der staatlichen Verhältnisse Europa's (1816—1820), wesentlichen Antheil. Später wurden die im Königreich ausgebrochenen revolutionären Bewegungen durch den Beistand Oesterreichs unterdrückt (1821 bis 1823).

Mehrere Uebereinkommen: wegen Auslieferung der Deserteurs (1817, 1822, 1823, 1826, 1834) und der Verbrecher (1838, 1848, 1849), insbesondere der politischen Verbrecher (1834), dann wegen Herstellung der Brücke über den Tessin (1820) und der Strassen über den Splügen und den S. Bernardino (1824), wegen Festsetzung der Vermögens-Freizügigkeit (1824, 1852), wegen Theilung des *Monte Napoleone* (1818, 1820, 1859, 1860) und der Arreragen (1823), wegen Hintanhaltung des Schmuggels (1834) und Behandlung der Durchzuggüter (1835), wegen Aufrechthaltung der tractatmässigen Rechte der Grenzanwohner (1839, 1843, 1844), wegen Befreiung von Hafengebühren bei gezwungenen Einläufen (1840), wegen Beschützung des literarischen und artistischen Eigenthums (1840), wegen unentgeltlicher Ausfertigung der Taufscheine u. dgl. (1836), endlich wegen der Ausführung gerichtlicher Requisitionen (1839, 1841), Regulirung des Postwesens (1823, 1828, 1841, 1844), und wegen der Seeverklarungen (1848) — sollten das freundnachbarliche Einvernehmen zwischen Oesterreich und Sardinien bekräftigen, das jedoch von letzterem durch seine Kriegserklärung (1848) zerrissen wurde. Der Krieg endete mit der Niederlage der sardinischen Armee bei Novara und mit dem Friedensschlusse von Mailand (1849), laut dessen alle zwischen Oesterreich und Sardinien abgeschlossenen Staatsverträge und Uebereinkünfte, welche am 1. März 1848 in Kraft waren, (mit Ausnahme der veralteten Convention über den Salz-Transit, vom 11. März 1751) wieder bestätigt wurden. Nach diesem Friedensschlusse hat Oesterreich mit Sardinien noch einen Handels- und Schifffahrtsvertrag (1851, 1852), einen Vertrag zur Unterdrückung des Schleichhandels (1851, 1854, 1855, 1856), einen Telegraphen- und einen Postvertrag (1853, 1856) geschlossen, sowie einen Vertrag über den Anschluss der Eisenbahnen (1856, 1861), und

die bestandene Freizügigkeit des Vermögens noch ausgedehnt (1852), endlich die Vollziehbarkeit der sardinischen Urtheile in Oesterreich (1853, 1860, 1862) und die gegenseitige Verpflichtung zur Vergütung von Verpflegskosten (1861) näher bestimmt.

Im orientalischen Kriege vom J. 1856 tritt Sardinien als Bundesgenosse der Westmächte auf dem Kriegsschauplatze auf und nimmt an den Verhandlungen zwischen den Grossmächten Antheil; seine weitere geschichtliche Entwicklung, zumal seit dem J. 1859, in welchem es die Lombardei kraft des Züricher Friedens vom 10. November 1859 erwirbt, führt zur Constituirung des Königreichs Italien (siehe dieses).

1742. Deduction über die Rechte des Hauses Savoyen auf das Herzogthum Mailand.

(Olenschlager, Geschichte des *Interregni*, T. III. p. 254. — Rousset, XVI. 350.)

1742. Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, und dem König Carl Emanuel III., um sich dem spanischen Heere in Italien zu widersetzen. Turin, 1. Februar 1742.

(Wenck, I. p. 672 — *Traités de la maison de Savoie*, III. 1.)

1743. Allianz-Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, dem Könige von Sardinien, Carl Emanuel III., und der Krone England, mit separirten und geheimen Artikeln; geschlossen zu Worms, 13. September 1743 (s. Grossbritannien).

1747. Tractat zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Majestät dem König von Sardinien, bezüglich des Unternehmens wider Genua. Turin, 3. Mai 1747.

(*Traités de la maison de Savoie*, V. 215.)

1748. Convention defensiver Allianz wegen des Feldzuges gegen Frankreich, geschlossen zwischen der Königin Maria Theresia von Ungarn und Böhmen, den Königen von Grossbritannien und von Sardinien, und den vereinigten Staaten der Niederlande (s. Grossbritannien).

1748. Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Sardinien, wegen des der Insel Corsica gegen die Republik Genua zu leistenden Beistandes. Turin, 29. Februar 1748.

(*Traités*, V. 222.)

1748. Präliminarien des Aachner Friedens, mit einem Separat- und einem geheimen Artikel. Aachen, 30. April 1748.

(*Traités*, III. 33.)

1748. Aachner Friedens-Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und der Krone England einerseits, dann dem König von Frankreich und dem König von Spanien andererseits, nebst ihren Verbündeten und Anhängern (s. Frankreich).

1748. Cessions-Acte des Königs von Sardinien (als Art. VII des Aachner Friedens) in Betreff von Piacenza. Aachen, 18. October 1748.

(Wenck, II. 347 — *Traités*, III. 51.)

1748. Beitritt des Königs von Sardinien zu vorstehendem Friedens-Tractate. Aachen, 7. November 1748.

(Wenck, II. 390 — *Traités*, III. 73.)

1748. Convention zwischen den zu Nizza versammelten Ministern, wegen Vollzugs des Friedenstractates (s. Frankreich).

1751. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, bezüglich des Transits des aus Genua und Venedig kommenden Salzes., 11. März 1751.

(Citirt im Artikel X des Tractates vom 4. October 1751, und ausser Kraft gesetzt durch den Artikel VI des Friedensschlusses vom 6. August 1849.)

1751. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Sardinien, zur Beilegung der über den Vollzug der Tractate von 1703, 1738, 1743 und 1748 entstandenen Differenzen, dann wegen des Handels und Verkehrs der gegenseitigen Unterthanen in den an Sardinien abgetretenen Gebietstheilen. Mailand, 4. October 1751.

(Murhard, n. S. I. 746 — *Traités*, III. 92.)

1752. Präliminar-Artikel zwischen Oesterreich, Spanien, Toscana und Sardinien, dann Tractat (*traité dit d'Italie*) zwischen dem Kaiser, dem König von Sardinien Carl Emanuel III. und dem König von Spanien, mit Separat-Artikeln, wegen Begünstigung der gegenseitigen Unterthanen (s. Spanien).

1752. Beitritt des Herzogs Philipp von Parma zum vorstehenden Tractat. Madrid, 16. August 1752.

(*Traités*, III. 138.)

1753. Beitritt des Kaisers als Grossherzogs von Toscana zu vorstehendem Tractat. Madrid, 23. Jänner 1753.

(*Traités*, III. 141.)

1763. Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien, vom 10. Juni 1763 (s. Frankreich).

1763. Erklärung Oesterreichs zur vorstehenden Convention (siehe Frankreich).

1763. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Sardinien, wegen Aufhebung des Heimfallsrechtes *(droit d'aubaine)*. Wien, 31. August 1763.

(*Codex Austriacus* T. VII. p. 527 — *Traités*, III. 251 — Martens, n. S. I. 30 — Hofdecret vom 24. März 1825: J. G. S. 2080 — Neumann, I. 40.)

1765. Convention zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Sardinien, wegen Errichtung des Collegiums *Ghislieri* zu Turin, in Gemässheit des Tractates vom 4. October 1751. Mailand, 27. Juni 1765.

(Murhard, n. S. I. 37 — *Traités*, III. 261 — Neumann, I. 89.)

1775. Convention zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Sardinien, bezüglich der in den sardinischen Staaten gelegenen Güter der Jesuiten-Collegien zu Mailand. Mailand, 23. September 1775.

(*Traités*, V. 304 — Neumann, I. 176.)

1776. Convention zwischen denselben, wegen Auslieferung der Verbrecher.

(Angeführt bei Angeberg, S. 39.)

1786. Convention zwischen dem Kaiser und dem König von Sardinien, bezüglich des Flusses Ticino. . . ., 11. November 1786.

(Citirt bei Luca, *Polit. Cod.* T. XI. p. 114.)

1792. Convention zwischen dem Kaiser und dem König von Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Mailand, 21. April 1702 *).

(Murhard, n. S. II. 81 — *Traités*, III. 529 — Neumann, I. 475.)

1794. Tractat zwischen Sr. kaiserlichen Majestät und dem König von Sardinien gegen Frankreich. Valenciennes, 23. Mai 1794.

(*Traités*, III. 540 — Murhard, n. S. II. 87 — Neumann, I. 511.)

1801. Friedensschluss von Lüneville, worin die Ligurische Republik (Genua) mitbegriffen, und von Seite des deutschen Reiches auf die im Ligurischen Gebiete befindlichen Reichslehen Verzicht geleistet wird (s. Deutschland).

1814. Erster Pariser Frieden (s. Frankreich).

1814. Verhandlungen über die Vereinigung des Herzogthums Genua mit den Staaten des Königs von Sardinien. Wien, 12. December 1814.

(Martens, S. VI. 85.)

*) In dieser Convention geschieht von früheren Uebereinkommen Erwähnung, und namentlich von einer Conventions-Erneuerung ddo. 15. October 1781.

1814. Beitrittserklärung der Bevollmächtigten des Königs von Sardinien zu der Erklärung des Wiener Congresses vom 12. December 1814, über die Entweichung Napoleons von der Insel Elba (s. Frankreich). Wien, 17. December 1814.

(Martens, S. VI. 91.)

1815. Beitritt Sardiniens zu dem geheimen Allianz-Tractate zwischen Oesterreich, Grossbritannien und Frankreich, vom 3. Jänner 1815 (s. Frankreich).

(Neumann, II. 498, unter Berufung auf Klüber.)

1815. Bedingungen, unter welchen die Gebietsabtretungen von Seite Sardiniens an den Canton Genf stattfinden sollen. Wien, 26. März 1815.

(Martens, S. VI. 175.)

1815. Beschlossener Artikel über vorbemeldete Abtretungen. Wien, 29. März 1815 (XII. Beilage der Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

(Martens, S. VI. 177.)

1815. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und seinen Verbündeten einerseits und dem König von Sardinien andererseits, wegen Beitritt des letzteren zum Allianz-Tractate vom 25. März 1815 gegen Frankreich (s. Grossbritannien). Wien, 9. April 1815.

(Martens, S. VI. 130 — Neumann, II. 542.)

1815. Tractat zwischen Oesterreich, England, Russland, Preussen, Frankreich und Sardinien (nebst einem Zusatzartikel zwischen Oesterreich und Sardinien), betreffend die Bedingungen der Vereinigung von Genua mit dem Königreich Sardinien, dann die Abtretungen Sardiniens an den Canton Genf. Wien, 20. Mai 1815 (XIII. Beilage der Wiener Congress-Acte, s. Deutschland).

(Martens, S. VI. 298 — Neumann, II. 641.)

1815. Separat-Artikel wegen der Reversion von Piacenza an Sardinien. Wien, 20. Mai 1815.

(Samwer, XV. 41.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Sardinien, zur Regulirung der militärischen Gegenstände bezüglich des Krieges gegen Frankreich. Wien, 1. Juni 1815.

(Murhard, n. S. I. 447 — Neumann, II. 670.)

1815. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Verpflegung der österreichischen Truppen auf ihrem Durchmarsche durch die königlich-sardinischen Staaten, in Folge der Convention vom 1. Juni 1815. Turin, 14. Juni 1815.

(Murhard, n. S. I. 453 — Neumann, III. 25.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congress-Acte über das Königreich Sardinien, die Angelegenheiten des *Monte Napoleone* etc. (siehe Deutschland und Kirchenstaat).

1815. Protokolls-Extract über die Gebietsabtretungen Sardiniens an die Schweiz. Paris, 3. November 1815.

(Neumann, III. 49.)

1815. Protokoll über die, hinsichtlich der von Frankreich abgetretenen Gebietstheile zu treffenden Bestimmungen, die Gebiets-Einrichtungen in Deutschland und das Wehrsystem des deutschen Bundes, dann die Befestigung Savoyens. Paris, 3./20. November 1815.

(Martens, S. VII. 406 — Neumann, III. 50.)

1815. Acte über die Uebergabe an den König von Sardinien, bezüglich des Theiles von Savoyen, welcher nach dem ersten Pariser Frieden bei Frankreich geblieben war, nach dem zweiten aber an Sardinien zurückgestellt wurde. Chambéry, 15. December 1815.

(*Traités*, IV. 234.)

1815. Zweiter Pariser Frieden (s. Frankreich).

1816. Beitritt des Königs von Sardinien, Victor Emanuel, zur heiligen Allianz zwischen den Kaisern von Oesterreich und Russland und dem König von Preussen, vom 14./26. September 1815 (s. Deutschland). Stupinis, 8. Juni 1816.

(Murhard, n. S. II. 275.)

1816. Tractat zwischen Sardinien und der Schweiz. Turin, 16. März 1816 (Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819, s. Deutschland).

1816. Beitritt des Königs von Sardinien zu der Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815. Erklärung des königlich-sardinischen Gesandten: St. Petersburg, 22./10. November 1816; königliche Ratificirung vom 16. December 1816.

(*Traités*, IV. 287.)

1817. Annahme der vorstehenden Beitrittserklärung von Seite der verbündeten Mächte und Frankreichs. Paris, 20. Jänner 1817.

(*Traités*, IV. 298.)

1817. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 13. Mai 1817.

(Kaiserliches Patent vom 3. Juli 1817: P. G. S. Bd. 45, S. 186 — Neumann, III. 227.)

1818. Convention zwischen Oesterreich, England, Russland und Preussen einerseits und Frankreich andererseits, in Betreff der Privatforderungen an Frankreich (s. Frankreich).

1818. Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien, den *Monte Napoleone* betreffend. Mailand, 11. April 1818; sardinische Ratificirung: Genua, 20. Mai 1818.

(Neumann, III. 286.)

1818. Beitritt des Königs von Sardinien zu obiger Convention wegen der Privatforderungen an Frankreich. Paris, 5. Juni 1818.

(*Traités*, IV. 428.)

1818. Annahme dieser Beitrittserklärung von Seite Oesterreichs. Paris, 6. Juni 1818.

(*Traités*, IV. 130.)

1818. Tractat zwischen Oesterreich, England, Preussen und Russland einerseits und Frankreich andererseits, wegen Beendigung der militärischen Besetzung Frankreichs (s. Frankreich).

1819. Beitritt des Königs von Sardinien zu diesem Tractate. London, 22. März 1819.

(Murhard, II. 384.)

1819. Haupt-Recess der Territorial-Commission zu Frankfurt (s. Deutschland).

1820. Beitritt des Königs von Sardinien zu diesem Recess und Annahme dieser Beitrittserklärung. Paris, 10. August 1820.

(*Traités*, V. 206.)

1820. Gemeinschaftliche Convention vom 15. August 1820, den *Monte Napoleone* betreffend, und *atto di riparto* (s. Kirchenstaat).

1820. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen eines Brückenbaues über den Tessin. Mailand, 25. August 1820; sardinische Ratificirung: Turin, 26. September 1820.

(Neumann, III. 548.)

1821. Tractat zwischen Oesterreich, Preussen, Russland und Sardinien, wegen Besetzung einer militärischen Linie in den königlich-sardinischen Staaten. Novara, 24. Juli 1821 *).

(Martens, S. X. 658 — Neumann, III. 640.)

*) Die Verhandlungsacten über den Ausbruch der Revolution im Königreich Sardinien (März 1821 — December 1822) und den Congress der verbündeten Mächte: Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, zu Laibach und Verona, s. man bei „Martens," S. IX. 650 u. f.

1822. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen provisorischer Fortdauer der Wirksamkeit des am 13. Mai 1822 abgelaufenen Deserteurs-Cartel vom Jahre 1817 bis zum Abschlusse einer neuen Convention (s. 1823).

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1822: P. G. S. Bd. 50, S. 567.)

1822. Tractat zwischen den österreichischen, russischen und preussischen Commissären einerseits, und dem sardinischen Commissär andererseits, wegen Aufhebung der zeitweiligen militärischen Linie im Königreich Sardinien. Verona, 14. December 1822; zu Turin ratificirt am 9. Februar 1823.

(Martens, S. X. 633 — Neumann, IV. 19.)

1823. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sardinien. Mailand, 25. März 1823.

(Neumann, IV. 25.)

1823. Erneuerte Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Turin, 11. Juli 1823; die Ratificationen ausgewechselt zu Turin, 6. Juni 1826.

(*Traités*, V. 530 — M. G. S. 1826, 113, S. 342 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1826, Notizenblatt, 423 — Neumann, IV. 47.)

1823. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Liquidirung der Arreragen aus den Jahren 1814 bis 1816. Mailand, 17. Juli 1823.

(Neumann, IV. 53.)

1824. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Herstellung und Erhaltung der Strassen über den Splügen und den S. Bernardino. Wien, 20. Mai 1824.

(Martens, S. X. 446 — Neumann, IV. 72.)

1824. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom Jahre 1763 auf die seitdem mit beiden Monarchien vereinigten Länder. Wien, 19. November 1824; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. März 1825.

(Hofdecret vom 24. März 1825: J. G. S. 2080, S. 292 — P. G. S. Bd. 53, S. 30.)

1826. Kundmachung der Convention zwischen Oesterreich und Sardinien vom 11. Juli 1823, wegen Erneuerung des Uebereinkommens, bezüglich der gegenseitigen Auslieferung der Deserteurs. Wien, 27. Februar 1826.

(Oesterreichisches Patent vom 27. Februar 1826: M. G. S. 1826, 113, S. 342 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1826, Notizenblatt, 243.)

1828. Post-Convention zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 29. August 1828; sardinische Ratificirung: Turin, 9. October 1828.

(Neumann, IV. 239.)

1834. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, sich wechselseitig nicht blos die gemeinen, sondern auch die politischen Verbrecher auszuliefern. Turin, 10./12. März 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 111.)

1834. Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Hintanhaltung des Schmuggels auf den Grenzwässern des Lago-Maggiore, des Po und des Tessins. Turin, 4. December 1834; kaiserliche Ratification: Wien, 16. März; sardinische: Turin, 20. März 1835; die Ratificationen ausgewechselt zu Turin am 14. April 1835.

(*Traités*, V. 60 — Martens, S. XVII. 198 — Martens et Cussy, IV. 401 — Neumann, IV. 362.)

1835. Bestimmungen über die Behandlung der Durchzugsgüter bei ihrem Austritte aus Oesterreich und ihrem Eintritte in Sardinien, in Gemässheit der Convention vom 4. December 1834. Wien, 15. Juli 1835.

(Hofkammer-Decret vom 15. Juli 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 288 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt 315.)

1836. Reciprocitäts-Erklärung über die kostenfreie Ausfertigung der im diplomatischen Wege verlangten Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Turin, 13. März 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1838. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Turin, 6. Juni 1838; in den Ratificationen ausgewechselt den 7. Juli 1838.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838: J. G. S. 1838, 286 — P. G. S. Bd. 66, S. 197 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1839, Notizenblatt, 38.)

1839. Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acten an Parteien im Königreiche Sardinien. Wien, 15. Jänner 1839.

(J. G. S. 327, S. 322.)

1839. Erklärung der königlich-sardinischen Regierung, dass die Bestimmungen des neuen sardinischen Gesetzbuches, über den Grundbesitz an der Landesgrenze, an den tractatmässigen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts ändern sollen. Turin, 13. April 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 2 — J. G. S. 1840, 401, S. 383 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1840, Notizenblatt 83 — Erläuterung des k. k. illyrischen Guberniums, ebenda, Notizenblatt 135.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Befreiung von Hafengebühren, in Fällen gezwungenen Einlaufens (*relâche forcée*). Wien, 17. April; Turin, 26. April 1840.

(*Traités*, VI. 153 — *Martens et Cussy*, V. 34.)

1840. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums und zur Hintanhaltung des Nachdrucks. Wien, 20. Mai 1840 *).

(J. G. S. 441, S. 492 — P. G. S. Bd. 68, S. 358 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, Notizenblatt 377 — *Traités*, VI. 156 — Neumann, IV. 441.)

1840. Erklärung des sardinischen Gesandten über den Sinn des Artikels XIV der vorstehenden Convention. Wien, 23. Juli 1840.

(*Traités*, VI. 168.)

1841. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, über die Modalitäten bei Zustellung gerichtlicher Acte. Wien, 11.; Genua, 22. November 1841.

(Hofdecret vom 20. December 1841: J. G. S. 579, S. 674 — *Traités*, VI. 236.)

1843. Circular des Mailänder Guberniums, über die Behandlung der sardinischen Unterthanen aus den abgetretenen Ländertheilen hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft, mit Rücksicht auf den Tractat vom Jahre 1751 und den ersten Pariser Frieden vom Jahre 1814. Mailand, 15. Mai 1843.

(*Raccolta degli atti del governo*, Vol. I. p. II, 123.)

1844. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 14. März 1844.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 27. April 1844: Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, Bd. 4, S. 212; dann S. 246 — Murhard, VI. 313 — Neumann, IV. 591.)

1844. Durchführungs-Convention zu vorstehendem Postvertrage. Wien, 15. März 1844.

(Murhard, VI. 313 — Neumann, IV. 603.)

1844. Circular des Mailänder Guberniums, mit Modificirung des Circulars vom 15. Mai 1843, wegen der sardinischen Unterthanen aus den abgetretenen Gebietstheilen. Mailand, 20. Juni 1844.

(*Raccolta degli atti del governo*, Vol. I. p. II, 164.)

1844. Tractat bezüglich der Reversion von Lucca und Parma. Florenz, 28. November 1844 (s. Parma).

*) Im selben Jahre traten dieser Convention noch bei: Modena (27. October), Toscana (31. October), Lucca (6. November), Rom (16. November) und Parma (25. November); s. die bezüglichen Länder.

1848. Note des königlich-sardinischen Staatsecretärs für die auswärtigen Angelegenheiten an den kaiserlichen Gesandten in Turin, mit Freundschaftsversicherungen für Oesterreich. Turin, 8. Februar 1848.

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

1848. Note desselben an denselben, von gleichem Inhalte. Turin, 22. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

1848. Aufkündigung Sardiniens bezüglich des Vertrages vom 6. Juni 1838, wegen Auslieferung der Verbrecher. Turin, 22. März 1848 *).

(Justiz-Hofdecret vom 26. April 1848: J. G. S. 1138, S. 616.)

1848. Manifest des Königs von Sardinien, Carl Albert, an das Volk des lombardisch-venetianischen Königreiches, womit er demselben seinen Beistand im Kampfe wider Oesterreich verkündet. Turin, 23. März 1848 **).

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

1848. Schreiben des königlich-sardinischen Contre-Admirals über die Blokade von Triest (s. Deutschland).

1848. Capitulation von Peschiera. Cavalcosella, 30. Mai 1848.

(Samwer, XIV. 162.)

1848. Waffenstillstand zwischen der österreichischen und sardinischen Armee, zur Vorbereitung von Friedens-Unterhandlungen. Mailand, 9. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 15. August 1848 — Samwer, XIV. 171.)

1848. Verordnung hinsichtlich der von den sardinischen Behörden aufzunehmenden Seeverklarungen. Wien, 28. August 1848.

(J. G. S. 1178, S. 655.)

1849. Waffenstillstand zwischen dem König Victor Emanuel und dem k. k. Feldmarschall Grafen Radetzky. Novara, 26. März 1849.

(Samwer, XIV. 179.)

1849. Staats-Act über die Abdankung des Königs Carl Albert. Tolosa, 3. April 1849.

(Samwer, XIV. 716.)

1849. Decret des Königs von Sardinien über die Naturalisirung der Angehörigen der im Jahre 1848 mit Sardinien vereinten Provinzen. Turin, 4. December 1849.

(Samwer, XIV. 188.)

*) Diese Aufkündigung wurde nach dem Friedensschlusse vom Jahre 1849 wieder zurückgenommen.

**) Die Verhandlungen der königlich-sardinischen Regierung mit der provisorischen Regierung der Lombardie und Venedigs, s. man bei Samwer, XIV. 164 u. ff.

1849. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien. Mailand, 6. August 1849; österreichische Ratification: 14. August; sardinische: 12. August 1849 *).

(R. G. B. 349, S. 596 — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1849, Gesetzchronik, S. 218 — Neumann, V. 138.)

1851. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 18. October 1851; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 22. Februar 1852.

(R. G. B. 1852, 69, S. 301 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1852, Bd. I, S. 163 — Neumann, V. 401.)

1851. Vertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, zur Unterdrückung des Schleichhandels auf dem Lago-Maggiore, dem Ticino und dem Po. Turin, 22. November 1851; die Ratificationen ausgewechselt in Wien, 22. Februar 1852.

(R. G. B. 1852, 70, S. 324 — Neumann, V. 438.)

1852. Verordnung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, womit einige neu angeordnete Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen im Verkehr mit Sardinien kundgemacht werden. Wien, 12. März 1852.

(R. G. B. 71, S. 337.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Aufhebung des im Freizügigkeits-Vertrage vom 19. November 1824 bestimmten Vorbehalts rücksichtlich des Communal-Abfahrtsgeldes. Turin, 19./21. Juni 1852.

(R. G. B. 144, S. 676 — Neumann, V. 701.)

1852. Verordnung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, womit jene Zollbefreiungen und Begünstigungen kundgemacht werden, welche von Seite Sardiniens in Folge des Handelsvertrages vom 18. October 1851 für den Verkehr aus und nach Oesterreich eingeräumt worden. Wien, 28. Juni 1852.

(R. G. B. 154, S. 715.)

1853. Verordnung des k. k. Justizministeriums, über die in Oesterreich zu bewerkstelligende Vollziehung rechtskräftiger Urtheile der königlich-sardinischen Gerichtsbehörden in Civil-Rechtssachen und anderer Requisitionen derselben. Wien, 22. Jänner 1853.

(R. G. B. 13, S. 117 — Neumann, VI. 1.)

1853. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Turin, 28. September 1853; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 12. December 1853.

(R. G. B. 1854, 36, S. 165 — Neumann, VI. 83.)

*) Den Beitritt Modena's und Parma's s. bei diesen Staaten.

1853. Telegraphenvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Turin, 28. September 1853; ratificirt zu Turin am 24. November, zu Wien am 19. December; die Ratificationen ausgewechselt zu Turin am 29. December 1853.

(R. G. B. 1854, 30, S. 138 — Neumann, VI. 107.)

1854. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Ermächtigung des k. k. Zollamtes Soria und des königlich-sardinischen Zollamts Vigevano zur gegenseitigen Ueberweisung der Transitogüter, in Gemässheit der Convention vom 22. November 1851. Wien, 24. October 1854.

(R. G. B. 278, S. 1077 — Neumann, V. 446.)

1855. Erlass des k. k. Finanzministeriums, betreffend die Ermächtigung des k. k. Zollamtes Confluente und des königlich-sardinischen Zollamtes Costo-Carolina zur gegenseitigen Ueberweisung der Transitogüter. Wien, 16. Jänner 1855.

(R. G. B. 12, S. 50 — Neumann, V. 446.)

1855. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung, mit Zustimmung der herzoglichen Regierungen von Modena und Parma einerseits, und der königlich-sardinischen Regierung andererseits, betreffend die Ermächtigung einiger Zollämter des österreichisch-modenesisch-parma'schen Zollvereins und einiger sardinischer Zollämter zur gegenseitigen Ueberweisung der Transitowaaren. Ministerial-Erklärungen: Wien, 23. Februar; Turin, 9. März 1855.

(Erlass des k. k. Finanzministeriums, ddo. Wien, 6. April 1855: R. G. B. 65, S. 407 — Neumann, V. 447.)

1856. Pariser Friedensschluss zur Beendigung des russisch-türkischen Krieges (s. Frankreich).

1856. Declaration über die Rechte der Neutralen im Seekriege (s. Frankreich.)

1856. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, in Betreff des Anschlusses der lombardischen und der sardinischen Eisenbahnen. Wien, 19. Juni; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 24. Juli 1856.

(R. G. B. 208, S. 729.)

1856. Vertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, über die Auswechslung von Reisenden, Effecten, Geld- und Waarensendungen. Turin, 23. Juli 1856; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 21. März 1857.

(R. G. B. 1857, 197, S. 557.)

1856. Additional-Artikel zu vorstehendem Vertrage. Turin, 23. Juli 1856; österreichische Ratificirung: Wien, 4. März 1857; sardinische: Turin, 20. März 1857.

(R. G. B. 1857, 197, S. 644.)

1856. Telegraphenvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Turin, 3. October 1856; österreichische Ratificirung: Wien, 5. November; die Ratificirungen ausgewechselt zu Turin am 6. December 1856.

(R. G. B. 1857, 27, S. 79.)

1857. Staatsvertrag über die russisch-türkische Grenze etc. (siehe Frankreich).

1858. Staatsvertrag über die Verhältnisse der Donaufürstenthümer (s. Frankreich).

1859. Oesterreichische Ministerial-Kundmachung über die Aufhebung des Zolleinigungsvertrages zwischen Oesterreich und Modena (s. Modena).

1859. Oesterreichisches Programm über einen europäischen Congress zur Beilegung der Zerwürfnisse zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 29. März 1859.

(Samwer, XVI. 505.)

1859. Ultimatum des österreichischen Cabinets an jenes zu Turin, und Antwort dieses letzteren. Wien, 19. April; Turin, 26. April 1859.

(Samwer, XVI. 506, 507.)

1859. Manifest Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., womit den Völkern Oesterreichs der Befehl zum Einrücken der k. k. Armee in das Königreich Sardinien verkündet wird. Wien, 28. April 1859.

(R. G. B. 60, S. 175.)

1859. Oesterreichische Verordnung über die Schifffahrtsverhältnisse während des Krieges; dann Waffenstillstands-Convention, Friedens-Präliminarien, Manifest, endlich Züricher Friedensschluss (siehe Frankreich).

1859. Aufforderung der österreichischen Gläubiger des *Monte* zur Anmeldung ihrer Forderungen, in Folge des Züricher Friedens (siehe Frankreich).

1860. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wodurch die Verordnung vom 22. Jänner 1853, wegen Execution gerichtlicher Erkenntnisse königlich-sardinischer Gerichte in Oesterreich, auch auf die Urtheile und Requisitionen der Gerichte der an das Königreich Sardinien abgetretenen Gebietstheile anwendbar erklärt wird. Wien, 29. Februar 1860.

(R. G. B. 55, S. 95.)

1860. Reglement über die Schiffahrtspolizei auf der Donau (siehe Frankreich).

1860. Delimitations-Acte über die österreichisch-sardinische Grenze in Folge des Züricher Friedensschlusses (s. Frankreich).

1860. Convention zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien über die Theilung des *Monte lombardo-veneto* (s. Frankreich).

1861. Uebereinkommen zwischen der k. k. Regierung und der Regierung Sr. Majestät des Königs Victor Emanuel, laut welchen für die Verpflegung erkrankter mittelloser Unterthanen der gegenseitigen Staaten in den öffentlichen Krankenanstalten, weder gegen den Staat, noch gegen die Gemeinde ein Ersatz angesprochen werden soll. Turin 7. Jänner (9. Februar) 1861 *).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1861. Depesche des österreichischen Ministers Grafen Rechberg an den mit der Vertretung der österreichischen Belange betrauten königlich-preussischen Gesandten in Turin, besagend, dass den königlich-sardinischen Kriegsschiffen das Einlaufen in österreichische Häfen, den Fall der Noth ausgenommen, verwehrt wird. Wien, 19. Jänner 1861.

(*Archives diplomatiques* 1861, I. 333.)

1861. Gesetz, wornach der König Victor Emanuel für sich und seine Nachfolger den Titel eines „Königs von Italien" annimmt. Turin, 17. März 1861.

(*Archives diplomatiques* 1861, II. 99.)

1861. Kundmachung des k. k. Finanzministeriums, bezüglich einiger Aenderungen in der Concessions-Urkunde und in den Statuten der südlichen Staats-, lombardisch-venetianischen und central-italienischen Eisenbahn-Gesellschaft, in Folge des Züricher Friedens vom J. 1859. Wien. 20. November 1861.

(R. G. B. 112, S. 493.)

1862. Erlass des k. k. Justizministeriums an sämmtliche Oberlandesgerichte mit Bezug auf die Verordnungen vom 22. Jänner 1853 und 29. Februar 1860 (s. oben), wegen Erledigung der Requisitionen der lombardischen Gerichte um Vornahme von Mobilar- oder sonstigen Pfändungen, in Beobachtung der Reciprocität. Wien, 24. Mai 1862.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1866. Krieg gegen Oesterreich, Wiener Friedens-Tractat vom 3. October 1866 mit Anerkennung des Königreichs Italien von Seite Oesterreichs (s. Italien).

*) Seit dem Wiener Frieden vom 3. October 1866 wird dieses Uebereinkommen factisch auf das ganze Königreich Italien angewendet, und sind wegen definitiver Regelung der Sache Verhandlungen im Zuge.

Schaumburg.

(Fürstenthum Schaumburg-Lippe, s. Lippe.)

Schleswig.

(Herzogthum.)

Wegen der historischen Daten, s. oben unter Dänemark und unter Holstein.

Aus der Zeit der Vereinigung Schleswigs mit Dänemark sind von Staatsverträgen bereits bemerkt worden: Die Uebereinkunft in Bezug auf die Vermögens-Freizügigkeit (1830), der Beitritt Schleswigs zum deutsch-österreichischen Postverein (1851), die Verhandlungen wegen der schleswig-holsteinischen Wirren (s. Holstein 1864, 1866). Hieran reihen sich folgende Staatsacten:

1864. Wiener Friedens-Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark, vom 30. October 1864, mit Verzichtleistung Dänemarks auf Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen (s. Holstein und Dänemark).

1864—65. Verordnungen wegen des Consularschutzes und der Flagge (s. Holstein).

1865. Gasteiner Convention zwischen Oesterreich und Preussen, vom 14. August 1865, wornach die Ausübung des österreichisch-preussischen Condominiums dergestalt getheilt wird, dass selbe bezüglich Holsteins auf Oesterreich und bezüglich Schleswigs auf Preussen übergeht (s. Holstein und Preussen).

1865. Bekanntmachung wegen der Auflösung der gemeinsamen obersten Civilbehörde für die Elbeherzogthümer (s. Holstein).

1865. Proclamation des Gouverneurs des Herzogthums Schleswig, Generallieutenants, Generaladjutanten Sr. Majestät des Königs von Preussen, Freiherrn von Manteuffel, betreffend die Uebernahme des Gouvernements des Herzogthums Schleswig. Schloss Gottorff, 15. September 1865.

(Das Staatsarchiv, IX. Bd., 2017.)

1866. Oesterreichische Ministerialverordnung über den erfolgten Beitritt des Herzogthums Schleswig zum deutschen Passkartenverein (s. Deutschland 1850). Wien, 23. April 1866.

(R. G. B. 48, S. 129).

1666. Königlich-preussische Verordnung wegen Bestrafung der Unternehmen gegen die souveräne Gewalt des Königs von Preussen und des Kaisers von Oesterreich in Schleswig und Holstein (s. Holstein.) *)

1866. Bekanntmachung des Oberpräsidenten für die Herzogthümer Schleswig-Holstein, die Uebernahme des Oberpräsidiums in Beziehung auf das Herzogthum Schleswig betreffend. Kiel, 15. Juni 1866.

(Das Staatsarchiv, XI. Bd., 2319).

1866. Prager Frieden zwischen Oesterreich und Preussen, vom 23. August 1866 (s. Preussen), worin Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich alle seine Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig, mit Vorbehalt eines eventuellen Rückfalles des nördlichen Schleswigs an Dänemark (s. Dänemark), auf Se. Majestät den König von Preussen überträgt.

1866. Aufhebung der Verordnungen vom Jahre 1864 und 1865 bezüglich des Consularschutzes und der Flagge (s. Holstein).

1866. Gesetz über die Vereinigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein mit der preussischen Monarchie (s. Holstein).

*) Die auf die, in Folge des Condominiums in den Elbeherzogthümern, zwischen Oesterreich und Preussen entstandenen Differenzen bezüglichen Staatsschriften s. im Staatsarchiv, Bd. X und XI.

Schwäbischer Kreis.

Einer der zehn Kreise, in die seit Maximilian I. Deutschland zerfiel; er begriff auf einem Flächeninhalt von ungefähr 830 Quadratmeilen mit 2,200.000 Seelen den südwestlichen Theil des deutschen Reiches, das alte Schwaben, nur im engeren Umfange. Unter allen deutschen Kreisen war er der am meisten zerstückelte. Nachdem die Säcularisation durch den Reichsdeputations-Hauptschluss des Jahres 1803 die geistlichen Fürsten, und die spätere Mediatisirung die kleineren weltlichen Fürsten beseitigt hatte, wurden von allen schwäbischen Fürsten bei Errichtung des Rheinbundes (1806) nur Württemberg, Baden, Baiern, Hohenzollern, Liechtenstein und von der Leyen souverän, welches letztere Haus aber 1814 die Souveränität wieder verlor. Von der grossen Zahl der freien Städte blieb nur Augsburg übrig, das später Baiern einverleibt wurde.

1774. Vergleich zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und den Ständen des schwäbischen Kreises, wegen Abschaffung gewisser auf die Besitzungen der schwäbischen Kreisstände ausgeschriebenen Steuern, gegen Zahlung einer Summe von 500.000 Gulden. Ulm, 8. Juni 1774; ratificirt im Namen der Kreisstände: Ulm, 28. October 1774.

(Neumann, I. 155.)

Schwarzburg.

(Zwei Fürstenthümer: Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt.)

Die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt traten dem Rheinbunde bei (1807), dann der Wiener Allianz und dem deutschen Bunde (1815). Die Post ist in diesen Fürstenthümern nun ganz preussisch, während sie bis in die neueste Zeit (s. Preussen) zum Theil unter fürstlich Thurn- und Taxis'scher Administration gestanden war. Beide Fürstenthümer sind auch an den österreichisch-preussischen Zollverträgen betheiligt (1853, 1865, 1868) und sind Theilnehmer der Uebereinkommen wegen Verpflegung der Kranken (1853) und wegen des Schriftenwechsels (1857). Mit Schwarzburg-Sondershausen wurden Vereinbarungen wegen Bekanntgabe der Geburtsscheine (1860), des Abfahrtsgeldes (1864) und der Legalisirungen (1865), des Schutzes gegen Zolldefraudationen (1865) und der Gerichtskosten (1866) — mit Schwarzburg-Rudolstadt wegen der Legalisirungen (1865) und der Zolldefraudationen (1865), geschlossen. Beide Fürstenthümer traten dem Bündnissvertrage vom 18. August 1866 und hiemit dem norddeutschen Bunde bei.

1807. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.
(Martens, S. IV. 485.)

1815. Beitritt der vorgedachten Fürsten zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1815.
(Martens, VI. 138.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1851. Beitritt der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung zum deutschen Postverein (s. Bremen und Deutschland).

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages auf das von Preussen umschlossene Gebiet der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, so wie auf das Gebiet des thüring'schen Zollvereins (s. Deutschland).

((R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Schwarzburgischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 61).

1860. Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht an sämmtliche Landes-Präsidien, wegen gegenseitiger Bekanntgebung der Geburtsscheine der Staatsangehörigen von Oesterreich und von Schwarzburg-Sondershausen. Wien, 22. Jänner 1860.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1864. Uebereinkommen über die Aufhebung des Abfahrtsgeldes zwischen den nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königreichen und Ländern des österreichischen Kaiserstaates und dem Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen. Ministerial-Erklärungen: Wien, 24. November; Sondershausen, 10. December 1864.

(R. G. B. 1865, 1, S. 1.)

1865. Uebereinkommen zwischen dem Kaiserthume Oesterreich und dem Fürstenthume Schwarzburg-Rudolstadt, über die Legalisirung von Urkunden. Wien, 7. Juni; Rudolstadt, 30. Juni 1865.

(R. G. B. 49, S. 163.)

1865. Beitritt des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt zu dem Uebereinkommen über den Schutz gegen Zolldefraudationen (s. bei Deutschland die Ministerialverordnung vom 25. Juni 1865), mittelst Ministerial-Erklärungen ddo. Rudolstadt, 30. Juni, und Wien, 9. August 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 9. August 1865: R. G. B. 65, S. 245.)

1865. Beitritt des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen zu demselben Uebereinkommen, mittelst Ministerial-Erklärungen ddo. Sondershausen, 2. August, und Wien, 8. September 1865.

(Kundmachung des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 8. September 1865: R. G. B. 86, S. 298.)

1865. Uebereinkommen zwischen dem Kaiserthume Oesterreich und dem Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen über die Legalisirung von Urkunden. Wien, 18. October; Sondershausen, 20. November 1865.

(R. G. B. 1866, 1, S. 1.)

1866. Uebereinkunft zwischen denselben, wegen Tragung der durch Requisitionen ihrer beiderseitigen Behörden im Gebiete des anderen Staates erwachsenen Kosten in Straf- und bürgerlichen Rechtsangelegenheiten. Ministerialerklärungen ddo. Wien und Sondershausen, 11. Juni 1866.

(R. G. B. 150, S. 431.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland.)

1867. Postvertrag zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1868. Handels- und Zollvertrag zwischen denselben (s. Nachträge).

Schweden.

(Königreich Schweden und Norwegen.)

Die Politik Schwedens und insbesondere seine Stellung zu Oesterreich ward zunächst durch sein Verhältniss zu Frankreich influencirt. Vom Beginn unserer Periode (1740) bis zum Ausbruche der französischen Revolution (1789) war der Einfluss Frankreichs in Schweden vorherrschend. Im österreichischen Erbfolgekriege (s. Baiern) galt es, Russland als den Alliirten Oesterreichs im Norden zu beschäftigen. Der Feldzug der Jahre 1741 und 1742 endigte mit dem für Schweden unglücklichen Frieden von Abo (1743), in welchem auch die Thronfolge dem holsteinischen Prinzen Adolf Friedrich, Onkel des nachmaligen Kaisers von Russland, Peter III., zugesichert wurde. Dieser Prinz, welcher im Jahre 1751 den schwedischen Thron bestieg, auf welchem seine Descendenz bis zum Jahre 1818 sass, wurde in Folge der neuen Wendung der französischen Politik, als Ergebniss des Kaunitz-Choiseul'schen Vertrages (1758), in den siebenjährigen Krieg zwischen Oesterreich und Preussen verwickelt. Als aber Peter III., ein leidenschaftlicher Verehrer Friedrichs II., nach Elisabeths Tode zur Regierung Russlands gelangte und seine Truppen zurückberief, folgte auch Schweden diesem Beispiele und schloss, trotz dem 1758 mit Oesterreich und Frankreich eingegangenen Bündnisse, seinen Separatfrieden mit Preussen zu Hamburg (1762). Gustav III., welcher durch die Revolution des Jahres 1772 die königliche Macht den ständischen Eingriffen gegenüber befestigte, trat gleich Oesterreich der bewaffneten Neutralität des Jahres 1780 (s. Russland) bei, was ihn nicht hinderte, der Insinuation der Höfe von London und Berlin Folge zu leisten, als diese, um zu Gunsten der Pforte während des russisch-österreichischen Krieges gegen dieselbe eine Diversion im Norden hervorzurufen, es

unternahmen, Schweden zum Kriege gegen Russland zu bereden. Auch diessmal erlitt Schweden, trotz einzelner Erfolge, im Ganzen nur Verluste, und musste im Frieden von Wäralä (1790), die in früheren Verträgen (1720, 1742) gemachten Abtretungen, d. h. den *status quo* vor dem Kriege, bestätigen. Derselbe Gustav wollte später an der Spitze der ersten grossen Coalition zur Wiederherstellung der Autorität Ludwigs XVI. nach Frankreich ziehen, als ihn der Dolch Ankerströms in Folge einer Adelsverschwörung niederstiess.

Zum zweiten Male trat Schweden der bewaffneten Neutralität im Jahre 1800, und ebenso ein Jahr darauf dem in der St. Petersburger Convention von Alexander eingeschlagenen entgegengesetzten, den englischen Prätensionen günstigeren Systeme bei. Der Sturz Gustavs IV., der dem Beispiele seines Vaters folgend, sich an die Spitze eines Kreuzzuges gegen Napoleon stellen wollte und durch die Revolution des J. 1809 zur Abdankung genöthigt wurde, hatte die Erhebung seines Onkels, des Herzogs von Südermanland, als König Carl XIII., und bald darauf die Adoption des französischen Marschalls Bernadotte durch den neuen König zur Folge. Der schwerste Verlust, der von Finnland, der Kornkammer Schwedens, welches von den Russen, seit dem Tilsiter Frieden (1807) Napoleons Alliirten, im Kriege gegen Gustav IV. erobert worden war, musste selbst nach des Königs Absetzung im Frieden zu Friedrichsham (1809) bestätigt werden. Hierauf schloss Schweden eine Allianz mit Russland und England zu Oerebro in Finnland (1812), trat der neuen grossen Coalition (1813) — der sechsten in der Reihenfolge — bei, und erhielt im Kieler Frieden (1814) Norwegen, allerdings ein nur schwacher Ersatz für Finnland; wogegen Dänemark Pommern, und für die Abtretung desselben an Preussen, das Herzogthum Lauenburg erhielt.

Bernadotte bestieg nach dem Tode Carls XIII. den schwedischen Thron als König Carl Johann XIV. (1818); der Prinz Gustav Wasa, Sohn des abgesetzten Königs Gustav, welcher gegen den Beschluss des Wiener Congresses in Bezug auf die Erhaltung der neuen Dynastie auf dem schwedischen Throne, protestirt hatte (1814—1815), nahm seinen Aufenthalt in Wien, wo ihm der privilegirte Gerichtsstand des Obersthofmarschallamtes eingeräumt wurde (1832, 1850). Auf den ersten König aus der Familie Bernadotte folgte (8. März 1844) sein Sohn, Oskar I., und auf diesen, nach einer 15jährigen Regierung, sein Sohn, der jetzige König Carl XV.

Oesterreich hat mit Schweden ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit (1819) und einen Handels- und Schiffahrts-Tractat (1831) geschlossen, auch die Reciprocität

bezüglich des Verfahrens in Todesfällen (1847) und der Befreiung des Passvisa-Zwanges (1862) zugesichert. Bei dem Uebereinkommen über die dänische Successions-Frage (1852) erscheint Schweden als Mit-Contrahent. Der Abschluss eines Auslieferungsvertrages ist eben im Zuge (1868).

1757. Convention über den Vollzug des westphälischen Friedens; Subsidien-Convention mit Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich).

1760. Beitritt des Königs von Schweden zu dem Allianz-Tractat vom 30. December 1758 zwischen Oesterreich und Frankreich (siehe Frankreich). Stockholm, 17. September 1760.

(Wenck, III. 268.)

1763. Beitritt Schwedens zu dem Hubertsburger Frieden (siehe Preussen).

1774. Erklärung des deutschen Kaisers an den König von Schweden, als Herzog von Holstein, bezüglich des Austausches von Oldenburg und Olmenhost (s. Dänemark). Wien, 27. December 1774.

(Martens, I. 732; III. 263.)

1790. Friedensschluss zwischen Schweden und Russland. Wäralä, 14. August 1790.

(Martens, IV. 517.)

1807. Friedensschluss von Tilsit (s. Deutschland).

1809. Friedensschluss zwischen Schweden und Russland. Friedrichsham, 17. September 1809.

(Martens, I. 19.)

1812. Friedensschluss zwischen Schweden und Grossbritannien. Oerebro, 18. Juli 1812.

(Martens, V. 431.)

1813. Convention der verbündeten Mächte (worunter auch Schweden) gegen Frankreich, geschlossen zu Teplitz (s. Preussen).

1813—1815. Coalition der europäischen Mächte wider Frankreich und Verhandlungen des Wiener Congresses (s. Deutschland).

1814. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Schweden gegen Frankreich. Langres, 2. Februar 1814; schwedische Ratification: Stockholm, 3. März 1814.

(Neumann, II. 437.)

1814. Erklärung des gewesenen Königs von Schweden, Gustav IV., an die am Wiener Congress versammelten Mächte, über seine Ansprüche auf den schwedischen Thron. Leipzig, 9. November 1814.

(Murhard, n. S. I. 346.)

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1819. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Schweden, wegen Abschaffung des *jus detractus*. Stockholm, 2. September 1819.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1820: J. G. S. 1820, 1642, S. 185 — P. G. S. Bd. 48, S. 8 — Neumann, III. 507.)

1831. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich schwedisch-norwegischen Regierung, über die gleich günstige Behandlung der gegenseitigen Handelsschiffe. Wien, 3. Jänner 1831.

(Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1831: P. G. S. Bd. 59, S. 95.)

1832. Kaiserliche Verordnung, durch welche dem Prinzen Gustav Wasa, dessen Familie und gesammten Dienerschaft, die Gerichtsbarkeit des kaiserlichen Oberst-Hofmarschallamtes eingeräumt wird. Wien, 26. September 1832.

(Hofdecret vom 26. October 1832: J. G. S. 2578, S. 70.)

1847. Verordnung wegen des Verfahrens bei Todesfällen österreichischer Unterthanen in Schweden oder Norwegen, und schwedischer Unterthanen in Oesterreich. Wien, 10. December 1847.

(J. G. S. 1104, S. 479.)

1850. Kaiserliche Verordnung, wornach Prinz Gustav Wasa und dessen Familie des privilegirten Gerichtsstandes der Mitglieder des kaiserlichen Hauses theilhaftig bleiben sollen. Wien, 6. Juli 1850.

(R. G. B. 314, S. 1317.)

1852. Tractat über die Succession in Dänemark (s. Dänemark).

1857. Staatsvertrag über die Aufhebung des Sundzolles (siehe Dänemark).

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung über die gegenseitige Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisazwanges, in Folge Uebereinkommens mit der königlichen Regierung von Schweden und Norwegen. Wien, 27. October 1862.

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

(R. G. B. 84, S. 235.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

1866. Genfer Convention in Betreff der Verwundeten im Kriege (s. Schweiz).

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrage (s. Frankreich).

Schweiz.

(Die schweizerische Eidgenossenschaft, gebildet aus 22 souveränen Kantonen: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf.)

Mit mehreren Kantonen der helvetischen Conföderation, wie sie im westphälischen Frieden (1648) als ein Verein unabhängiger Republiken anerkannt worden war, sind von den österreichischen Regenten Verträge abgeschlossen worden in Betreff der Beziehungen zu dem Herzogthume Mailand (1752, 1753, 1762, 1775), dann wegen Gleichstellung der Angehörigen verschiedener Schweizer-Gebiete mit den österreichischen Unterthanen in Concurs- und Executionsfällen (1787, 1788, 1789, 1791).

In Folge der französischen Revolution wurde der Schweizer'sche Staatenbund in eine helvetische Republik (1798) umgestaltet, und diese wieder von Napoleon in einen weniger centralisirten Bundesstaat umgewandelt (1803). Durch den Reichs-Deputations-Recess erhielt die helvetische Republik zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche bei der allgemeinen Entschädigungsmassregel in Deutschland disponirt worden war, das Bisthum Chur und die Herrschaft Trasp (1803). Der Wiener Congress, bei dem auch einige Territorial-Verhältnisse der Schweiz gegenüber von Oesterreich und Sardinien geregelt wurden, stellte den alten Föderalismus mit 22 unabhängigen Kantonen wieder her (1815), bis nach manchen inneren Kämpfen und dem Bürgerkriege mit dem Sonderbunde (1847), die heute bestehende centralisirte Verfassung zu Stande kam (12. September 1848 *). Der fürstliche Kanton Neuenburg *(Neufchâtel* und *Valengin)*, seit dem Beginne des 18. Jahrhunderts und wieder seit 1815 von den Königen von Preussen regiert, wurde 1857 unter Zustimmung aller durch den Wiener Congress betheiligten Mächte, mit Lösung dieses Verbandes und als Republik der Schweiz vollständig einverleibt.

*) „Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nebst sämmtlichen in Kraft stehenden Kantonverfassungen, nach officiellem Text." Freiburg in der Schweiz, bei Marchand u. Comp. 1856.

Im Laufe dieses Jahrhunderts sind zwischen Oesterreich und der schweizerischen Eidgenossenschaft folgende, theils für die ganze Schweiz, theils für einige Kantone giltige Verträge geschlossen worden, und, zwar: wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit (1804, 1816 1818, 1821, 1837, 1851), wegen der Strasse am Splügen (1818), des Bezuges von Salz und Getreide (1818), der Regulirung des Bodensees (1857), der Herstellung einer Eisenbahn am Bodensee (1865), wegen Auslieferung der Verbrecher (1828, 1855), wegen der Entschädigung bezüglich der in der Valtellina von den Franzosen confiscirten Güter — *Confisca reta* — (1833, 1838), wegen der Post (1816, 1843, 1849, 1852) und der Telegraphenlinien (1852, 1858, 1863), der kostenfreien Ausfertigung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine (1836), in Betreff der Vergütung der Verpflegskosten für unbemittelte Kranke (1857, 1859, 1865), dann des Schriftenwechsels der Behörden (1856), der Verpflegung der unbemittelten Kranken (1859, 1865), der Aufhebung des Passvisums (1862), über das Telegraphenwesen (1863, 1865, 1867), die Pflege der Verwundeten (1866). Bezüglich der Trauungen der Graubündner erfolgte eine besondere Kundmachung (1836). Das Asyl, welches die Schweiz den politischen Flüchtlingen einräumte, rief mancherlei Complicationen mit den benachbarten Staaten, namentlich mit der französischen und der österreichischen Regierung hervor (1834, 1836, 1838, 1848), welch' letztere sich endlich bestimmt fand, wegen der vom Kanton Tessin offen an den Tag gelegten Begünstigung revolutionärer Umtriebe und dessen Gewaltmassregeln gegen die katholischen Institute im Kanton, an denen österreichische Unterthanen betheiligt waren, als Retorsionsmassregel die Sperre dieses Kantons gegen die Lombardie und die Abschaffung der Tessiner aus Oesterreich zu verfügen (1852—1855), überhaupt aber das Verbot des Wanderns österreichischer Handwerker nach der Schweiz zu erlassen (1853). Die neueste Zeit hat auch freundlichere Beziehungen zwischen dem Kaiserstaate und der Eidgenossenschaft geschaffen, und sollen nunmehr auch die langjährigen Differenzen über die Grenze zwischen Tirol und dem Kanton Graubünden bei Finstermünz durch einen Staatsvertrag beglichen werden.

1752. Grenzvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, Herzogin von Mailand, und den zwölf helvetischen Kantonen diessseits der Berge, mit einem Separat-Artikel. Varese, 2. August 1752.

(Wenck, III. 35.)

1762. Conventions-Project zwischen dem kaiserlichen Minister und den Standes-Deputirten der Gemeinen drei Bündten, zur Reguli-

rung der Verhältnisse zwischen Mailand und Graubünden. Mailand, 25. Juni 1762; von der Kaiserin ratificirt unterm 7. October und von der Republik Graubünden unterm 4./15. September 1762.

(Wird im nachstehenden Tractat erwähnt.)

1763. Definitiver Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, als Herzogin von Mailand, und löblichen Gemeinen dreien Bündten (Graubünden), zur Regulirung der gegenseitigen Beziehungen., 8. Hornung 1763.

(Martens, VI. 5 — Wenck, III. 420 — Neumann, I. 11.)

1775. Convention zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand, und den vier italienischen Aemtern (*baillages*) in der Schweiz, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs., 20. Februar 1775.

(Martens, S. II. 156, citirt in der Anmerkung.)

1787. Uebereinkommen wegen gleichmässiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Schweizer des Kantons Zürch in Concurs- und Executionsfällen.

(Hofdecret vom 24. September 1787: J. G. S. 157, 725 — Neumann, I. 441.)

1787. Ein gleiches, bezüglich der Bewohner des Kantons Bern.

(Hofdecret vom 5. November 1787: J. G. S. 163, 742 — Neumann, I. 442.)

1788. Ein gleiches, bezüglich der Bürger und Insassen von Winterthur.

(Hofdecret vom 12. Februar 1788: J. G. S. 37, 780 — Neumann, I. 442.)

1788. Ein gleiches, bezüglich der Schweizer der Stadt Basel.

(Hofdecret vom 5. Mai 1788: J. G. S. 50, 818.)

1788. Ein gleiches, wegen der Schweizer aus dem Kanton Freiburg, der Berner'schen Municipalstadt Peterlingen (*Payerne*), und der unter dem Fürstbischofe von Basel und dem Abte von Pfeffers stehenden Bezirke.

(Hofdecret vom 7. Juli 1788: J. G. S. 162, 853 — Neumann, I. 444.)

1788. Uebereinkommen, wegen gegenseitiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Bürger und Insassen des Kantons Uri in Concursfällen, je nachdem sie mit einem Unterpfand versehen sind oder nicht.

(Hofdecret vom 16. Juni 1788: J. G. S. 76, 842 — Neumann, I. 443.)

1788. Uebereinkommen, wegen gleichmässiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Bürger und Insassen des Kantons Schafhausen, dann der Städte Aarau, Baden, Biel, Brugg, St. Gallen, Lenzberg, Mellingen, Michelhausen und Hoffingen, in Concurs- und Executionsfällen.

(Hofdecret vom 16. Juni 1788: J. G. S. 77, 843 — Neumann, I. 443.)

1788. Ein gleiches, wegen der Bürger und Angehörigen der Stadt und Republik Genf.

(Hofdecret vom 14. August 1788: J. G. S. 172, 872 — Neumann, I. 444.)

1788. Oesterreichische Verordnung, wegen Nachsetzung der Unterthanen und Insassen des dem Fürst-Abte von St. Gallen gehörigen Bezirkes nach allen österreichischen Gläubigern in Concurs- und Executionsfällen.

(Hofdecret vom 21. August 1788: J. G. S. 173, 877 — Neumann, I. 445.)

1788. Uebereinkommen, wegen gleichmässiger Behandlung der Einwohner der Stadt Stein am Rhein mit den österreichischen Unterthanen in Concurs- und Executionsfällen.

(Hofdecret vom 1. September 1788: J. G. S. 177, 881 — Neumann, I. 445.)

1788. Ein gleiches, bezüglich der Schweizer aus dem Lande Neuenburg (*Neufchâtel*) und Valengin.

(Hofdecret vom 20. October 1788: J. G. S. 191, 906 — Neumann, I. 446.)

1788. Uebereinkommen, wodurch den Bürgern und Insassen der Kantone Schwytz und Unterwalden in Concurs- und Executionsfällen gleiches Recht mit jenen des Kantons Uri, den Bürgern und Insassen der Stadt Bremgarten aber unbedingt gleiche Behandlung mit den österreichischen Unterthanen zugestanden wird.

(Hofdecret vom 20. October 1788: J. G. S. 191, 907 — Neumann, I. 446.)

1788. Uebereinkommen, wegen gleichmässiger Behandlung der Unterthanen und Insassen des Gerichtsbezirkes des Fürsten-Abts zu Einsiedl und der Stadt Lausanne.

(Hofdecret vom 10. December 1788: J. G. S. 195, 917 — Neumann, I. 447.)

1789. Uebereinkommen, wegen Behandlung der Bürger und Insassen der Stadt Rappersweiler in Concurs- und Executionsfällen, mit Rücksicht auf das Vorhandensein eines Pfandrechtes.

(Hofdecret vom 16. Februar 1789: J. G. S. 24, 974 — Neumann, I. 447.)

1789. Uebereinkommen, wegen gleichmässiger Behandlung der Bürger und Insassen der Stadt Altstetten im obern Rheinthal in Concurs- und Executionsfällen mit den österreichischen Unterthanen.

(Hofdecret vom 26. November 1789: J. G. S. 88, 1079 — Neumann, I. 448.)

1791. Ein gleiches, bezüglich der Bürger und Insassen der deutschen Gemeinvogteien, wo die eidgenössischen Stände der Schweiz regieren.

(Hofdecret vom 25. August 1791: J. G. S. 65, 197 — Neumann, I. 448.)

1798. Uebereinkommen zwischen den kaiserlichen Generalen und dem Kriegsrath des Freistaates der drei Bünde, wegen Beschützung des Kantons durch k. k. Truppen. Chur, 17. October 1798.

(Martens, VII. 297 — Neumann, I. 599.)

1801. Friedensschluss von Lüneville (s. Frankreich).

1803. Entschädigung der helvetischen Republik durch den Haupt-Recess der ausserordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg (siehe Deutschland).

1804. Staatsvertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die gegenseitige Freizügigkeit des Vermögens. Bern, 3. August 1804.

(Kaiserliches Patent vom 21. August 1804: J. G. S. 680, S. 24 — P.G.S. Bd. 22, S. 68 — Neumann, II. 102.)

1815. Declaration der bei dem Wiener Congresse verbündeten Mächte, in Betreff der Schweiz. Wien, 20. März 1815.

(Martens, S. VI. 157 — Neumann, II. 508.)

1815. Proclamation der schweizerischen Tagsatzung an sämmtliche Eidgenossen, bezüglich der Wiederherstellung der Ruhe in Europa. Zürch, 24. März 1815.

(Martens, S. VI. 163.)

1815. Note der Minister der vier grossen Mächte (Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen) an die schweizerische Tagsatzung, wegen Beitritts der Schweiz zur Coalition wider Frankreich. Zürch, 6. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 166.)

1815. Antwort der Tagsatzung. Zürch, 12. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 168.)

1815. Beitritt der schweizerischen Eidgenossenschaft zu dem Allianz-Tractate vom 25. März 1815 wider Frankreich (s. Grossbritannien). Zürch, 20. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 170 — Neumann, II. 638.)

1815. Beitritt der schweizerischen Eidgenossenschaft zu der Erklärung der beim Wiener Congresse vertretenen verbündeten Mächte wider Napoleon (s. Frankreich). Zürch, 27. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 173.)

1815. Bestimmungen über die Schweiz; Vereinigung des Walliser Landes, des Gebietes von Genf, des Fürstenthums Neuenburg, des Bisthums Basel und des Gebietes von Bienne mit der Schweiz; Cession von Razüns an Graubünden (Wiener Congress - Acte, s. Deutschland).

1815. Cession Sr. Majestät des Königs von Sardinien, bezüglich eines Theiles von Savoyen zu Gunsten des Kantons Genf (siehe Sardinien).

1815. Protokoll des Wiener Congresses über die vorstehende Cession. Wien, 29. März 1815 (XII. Beilage der Congress-Acte).

(Martens, S. VI. 177.)

1815. Schweizerische Beitrittsurkunde zu den Verhandlungen des Wiener Congresses. Zürch, 12. August 1815 *).

(Martens, S. VIII. 184 — Neumann, III. 38.)

1815. Cession der dem ehemaligen Bisthum Basel am linken Rheinufer angehörig gewesenen Gebietstheile, ausgesprochen und bestätigt durch die am Wiener Congresse verbündeten Mächte in der Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Protokolls-Extract über die Gebietsabtretungen Sardiniens an die Schweiz (s. Sardinien).

1815. Acte über die immerwährende Neutralität der Schweiz, anerkannt durch die alliirten Mächte. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI, 740 und S. VIII, 186 — Neumann, III. 82.)

1816. Post-Convention zwischen Oesterreich und der Schweiz. Wien, 22. Juni; schweizerische Ratification: Zürch, 20. Juli 1816.

(Neumann, III. 149.)

1816. Kaiserlich-österreichische Bestätigung der Neutralitäts-Acte vom 20. November 1815. Wien, 10. August 1816.

(Murhard, n. S. I. 508.)

1816. Oesterreichische Verordnung bezüglich der von der Schweiz abzuverlangenden Reciprocitäts-Reverse in Vermögens-Exportations-Fällen. Wien, 13. Mai 1816.

(J. G. S. 1244, S. 357 — P. G. S. Bd. 44, S. 170 — Neumann, III. 135.)

1818. Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom Jahre 1804 auf die ganze österreichische Monarchie und die zweiundzwanzig Kantone der Schweiz. Bern, 22. Jänner 1818.

(Hofdecret vom 18. Juli 1818: J. G. S. 1475, S. 41 — Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1818: P. G. S. Bd. 40, S. 72.)

1818. Convention zwischen dem k. k. Gubernium der Lombardie und der Regierung der Republik und des Kantons Tessin, betreffend das Quantum des von letzterem aus der Lombardie zu beziehenden Salzes und Getreides. Bellinzona, 7. Juni 1818.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

*) Die Acten über die neue Verfassung der Schweiz 1814—1816 sehe man bei Martens, S. VIII. 161 bis 224.

1821. Gegenseitige Erklärungen wegen Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages zwischen Oesterreich und der Schweiz vom Jahre 1804 auf den neuen Länderbestand beider contrahirenden Staaten. Zürch, 16. August 1821.

(Martens, S. IX. 558 — Neumann, III. 644.)

1828. Vertrag zwischen Oesterreich und der Schweiz, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Zürch, 14. Juli 1828; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 13. September 1828 *).

(Oesterreichisches Patent vom 4. August 1828: P. G. S. Bd. 56, S. 255 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1828, Notizenblatt, S. 478 — Hofdecret vom 10. October 1828: J. G. S. 2364, S. 133 — Martens, S. XI. 646 und XIII. 22 — Neumann, IV. 234.)

1833. Ultimatum in Betreff der *confisca reta*. Mailand, 25. September 1833.

(S. unten die Kundmachung vom 8. November 1838.)

1834. Verhandlungen in Betreff der in der Schweiz sich aufhaltenden politischen Flüchtlinge, insbesondere: Note der Bundesregierung an den k. k. Gesandten, Zürch, 18. März; Note des k. k. Gesandten an die Bundesregierung, Zürch, 23. April; Note desselben an den Vorort, Zürch, 20. Juni 1834.

(Murhard, III. 799–849.)

1834. Verbot zur Reise und Wanderung der österreichischen Handwerker in den Kanton Bern. Wien, 29. October 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 247.)

1835. Depesche des Staatskanzlers Fürsten Metternich an den kaiserlich-österreichischen Gesandten in der Schweiz, dieses Verbot betreffend. Wien, 8. Juli 1835.

(Murhard, VI. 399.)

1836. Fernere diesfällige Verhandlungen.

(Murhard, n. S. III. 855—864.)

1836. Reciprocitäts-Erklärungen, wegen stempelfreier Ausfertigung der Tauf-, Trau- und Todtenscheine. Bern, 13. April, 7. Mai 1836 **).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

*) Die Wirksamkeit dieses auf 25 Jahre geschlossenen Vertrages — welchem übrigens nur die Kantone Zürch, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg beigetreten waren — ist am 13. September 1853 abgelaufen; den erneuerten Auslieferungsvertrag vom 17. Juli 1855 s. unten.

**) Alle Schweizer Kantone sind darauf eingegangen, ausser St. Gallen, welches sich ablehnend, und Wallis, Schwytz und Appenzell ausser Rhoden, welche sich gar nicht erklärt haben.

1836. Bekanntmachung, dass keine im Auslande erfolgte Trauung von Graubündner Angehörigen ohne vorher erhaltene Einwilligung der Kantons-Regierung als giltig anerkannt wird.

(Hofkanzlei-Decret vom 3. October 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 872.)

1836. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der Schweiz, wegen Bestätigung und Erweiterung des Vertrages von 1804 und 1821 über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit. Bern, 23. des Christmonats 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837: J. G. S. 185, S. 117 — P. G. S. Bd. 65, S. 91 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1837, Notizenblatt, S. 132.)

1838. Oesterreichische Depesche an den k. k. Gesandten in der Schweiz, die Umtriebe des jungen Italiens betreffend. Venedig, 8. October 1838.

(Martens, S. XIX. 736.)

1838. Circular der schweizerischen Bundesregierung an die Kantonal-Regierungen über vorstehende Depesche. Luzern, 7. November 1838.

(Martens, S. XIX. 734.)

1838. Kundmachung des (am 25. September 1833) in Mailand geschlossenen Uebereinkommens zwischen Oesterreich und der Schweiz über die Entschädigung des Kantons Graubünden, bezüglich der unter der französischen Herrschaft im Jahre 1797 in der Valtellina confiscirten Güter. Mailand, 8. November 1838.

(Martens et Cussy, IV. 541 — Martens, n. r. XV, 799.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection wegen Schaffhausens (siehe Bremen).

1847—1848. Verhandlungen mit der Schweiz, den Sonderbund und die neue schweizerische Bundes-Acte betreffend.

(Murhard, XI. 3 bis 168.)

1848. Correspondenz des k. k. Feldmarschalls Grafen Radetzky mit der tessinischen Kantonal-Regierung und dem schweizerischen Bundesrathe, das Benehmen des Kantons Tessin gegenüber der Revolutions-Partei betreffend. Mailand, Lugano und Bern, August und September 1848.

(Murhard, XI. 135 bis 145.)

1849. Postvertrag zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Bern, 2. Juli 1849.

(R. G. B. 307, S. 478 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1850, 101 bis 128 — Neumann, V. 83.)

1851. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und dem schweizerischen Bundesrathe, wegen Aufhebung der in städtische, herrschaftliche oder Communal-Cassen fliessenden Abfahrtsgelder in allen Ländern der österreichischen Monarchie und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Wien, 14. November 1851; schweizerische Erklärung: Bern, 26. November; ausgewechselt daselbst am 1. December 1851.

(R. G. B. 1852, 8, S. 39.)

1852. Vertrag zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über den Anschluss der österreichischen an die schweizerischen Telegraphen-Linien. Lindau, 26. April; in den Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 25. November 1852.

(R. G. B. 1853, 5, S. 9 — Neumann, V. 592.)

1852. Uebereinkunft zwischen den Staaten des deutsch-österreichischen Postvereins (s. Deutschland) und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die Grundlagen für die Regulirung der Postverhältnisse. Lindau, 23. April 1852.

(Beilage des nachstehenden Postvertrags zwischen Oesterreich und der Schweiz: R. G. B. 1854, 17, S. 29 — Neumann, V. 576.)

1852. Postvertrag zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Lindau, 26. April 1852; ratificirt von Oesterreich am 1. August 1853; von der Eidgenossenschaft im October 1853.

(R. G. B. 1854, 17, S. 19 — Neumann, V. 564.)

1852—1855. Differenzen zwischen der k. k. österreichischen Regierung und dem schweizerischen Bundesrathe, wegen der von den Tessiner Kantonal-Behörden über die Grenze abgeschafften lombardischen Klostergeistlichen; Absperrung der lombardischen Grenze gegen den Kanton Tessin; Aufhebung der Sperre am 13. Juni 1854; Convention in Betreff der ausgewiesenen Capuciner, vom 18. März 1855.

(Augsburger allgemeine Zeitung 1853. 89, 90, 91 — Wiener Zeitung vom 21. Februar 1853, vom 22. Juni 1854, vom 4. April 1855.)

1853. Verordnung der k. k. Ministerien des Innern und des Handels, dann der obersten Polizeibehörde, enthaltend das Verbot des Einwanderns der österreichischen Handwerksgesellen und der ihnen gleichzustellenden Fabriksarbeiter in die Schweiz. Wien, 17. Juli 1853.

(R. G. B. 140, S. 817.)

1854. Verordnung des k. k. Finanzministeriums betreffend die Aufhebung des Transitozolles für gewisse Waaren (s. Liechtenstein).

1855. Staatsvertrag zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher. Bern, 17. Juli 1855; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 20. November 1855.

(R. G. B. 210, S. 667 — Neumann, VI. 228.)

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums, betreffend den gegenseitigen Schriftenwechsel der österreichischen und schweizerischen Gerichtsbehörden. Wien, 15. October 1856.

(R. G. B. 185, S. 711.)

1856, 1857. Erklärung der Schweizer Kantone in Betreff der Vergütung der Verpflegskosten für die in österreichischen Spitälern verpflegten Schweizerangehörigen, und zwar der Kantone Graubünden, *) Appenzell der äussern Rhoden, Schaffhausen, Aargau, St. Gallen, Glarus, Solothurn, Thurgau, Freiburg, Wallis, Zürich und Luzern, zur gegenseitigen Vergütung der Verpflegskosten; dann der Kantone Schwyz **), Zug ***), Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin, welche auf eine gegenseitige unentgeltliche Verpflegung der respectiven mittellosen Kranken bestehen; endlich der Kantone Uri, Appenzell, Inner-Rhoden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Unterwalden ob dem Wald, welche sich für jede einzelne Vergütungsforderung ihre Entscheidung vorbehalten. (Erklärungen der genannten Kantone an den schweizerischen Bundesrath, von der k. k. Gesandtschaft in der Schweiz vorgelegt mit Bericht ddo. Bern, 1. September 1857).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern, — s. auch die Zusammenstellung der Uebereinkünfte zwischen den Kantonen und den auswärtigen Staatsregierungen, ausgegeben von der schweizerischen Bundeskanzlei im März 1864.)

1857. Staatsvertrag zur Regelung der völkerrechtlichen Verhältnisse des Fürstenthumes Neuenburg (s. Preussen).

1857. Convention bezüglich des Bodensee-Abflusses bei Constanz (s. Baden).

*) Graubünden hat sich jedoch später (1859) für die unentgeltliche Verpflegung erklärt. Für die gegenseitige Vergütung erklärte sich nachträglich noch Unterwalden ob dem Wald (1858), und für die gegenseitige unentgeltliche Verpflegung der Kanton Bern (1858, 1865).

**) Wegen Schwyz erfolgte ein nachträglicher Bericht ddo. Bern, 24. October 1857.

***) Im J. 1866 erklärte Zug von der unentgeltlichen Verpflegung abgehen zu wollen, worüber jedoch noch Verhandlungen anhängig sind.

1858. Vertrag über die telegraphische Correspondenz zwischen dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine und der Schweiz. Friedrichshafen, 26. October 1858; kaiserliche Ratification: Wien, 5. April 1859; die Ratificirungen ausgewechselt zu Stuttgart am 23. Mai 1859.

(R. G. B. 1859, 134, S. 369.)

1858. Note des schweizerischen Bundesrathes an den k. k. Gesandten in der Schweiz, laut welcher sich der Kanton Unterwalden ob dem Wald zur reciproken Vergütung der Verpflegskosten seiner in Oesterreich erkrankten mittellosen Angehörigen erklärt hat. Bern, 2. August 1858.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1858. Uebereinkommen zwischen der k. k. Regierung und der Regierung des Kantons Bern, die Verpflegung der gegenseitigen erkrankten Staatsangehörigen betreffend. Bern, 28. Mai 1858 (nur auf zwei Jahre geschlossen und dermalen ersetzt durch das Uebereinkommen vom J. 1865 — s. unten).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1859. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern an die Länderstellen, über die Erklärung des Kantons Graubünden, wegen gegenseitiger unentgeltlicher Verpflegung erkrankter Oesterreicher vom Jahr 1860 angefangen gegen Beobachtung der Reciprocität. Wien, 9. Juli 1862.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung über die gegenseitige Aufhebung des gesandtschaftlichen Passvisazwanges gegenüber der schweizerischen Eidgenossenschaft. Wien, 9. Juli 1862.

(R. G. B. 58, S. 167.)

1863. Nachtrags-Convention zu dem Vertrage vom 26. October 1858 über die telegraphische Correspondenz zwischen dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine und der Schweiz. Bregenz, 1. November 1863; kaiserliche Ratificirung: Wien, 29. December 1863; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien, 19. Jänner 1864.

(R. G. B. 1864, 6, S. 27.)

1864. Genfer Convention vom 22. August 1864, wegen der Verwundeten (s. unten die Ministerialerklärung vom 21. Juli 1866).

1864. Erklärung der Regierung des Kantons Zürch, dass die im dortigen Kanton sesshaften österreichischen Angehörigen vom J. 1865 angefangen weder zu persönlicher Militärleistung, noch zur Bezahlung des sogenannten Militärpflicht-Ersatzes verhalten sein sollen. Zürch, 24. December 1864.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1865. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem schweizerischen Bundesrathe, Namens des Kantons Bern, über die unentgeltliche Spitalverpflegung der beiderseitigen mittellosen Staatsangehörigen. Schweizerische Erklärung: Bern, 20. Jänner; österreichische: Wien, 31. Jänner 1865.

(R. G. B. 11, S. 16.)

1865. Internationaler Telegraphen-Vertrag (s. Frankreich).

1865. Separat-Uebereinkommen hiezu zwischen Oesterreich und der Schweiz. Bern, 22. April 1865.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums für die k. k. Telegraphenämter).

1865. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Baiern und der Schweiz, wegen Herstellung einer Eisenbahn am Bodensee (s. Baiern).

1866. Oesterreichische Ministerialerklärung, über den Beitritt der k. k. österreichischen Regierung zu der am 22. August 1864 von den Regierungen Badens, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, des Grossherzogthums Hessens, der Niederlande, Portugals, Preussens, Sardiniens, Italiens, Spaniens, der Schweiz und Württembergs (unter dem späteren Beitritte Schwedens, Griechenlands, Grossbritanniens, Mecklenburg-Schwerins, der Türkei und Baierns) *) zu Genf abgeschlossenen Convention, wegen Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Militärs. Wien, 21. Juli 1866; der Beitritt Oesterreichs von dem Bundesrathe der schweizerischen Eidgenossenschaft, Namens der hierbei betheiligten Staaten acceptirt: Bern, 30. Juli 1866.

(R. G. B. 98, S. 235.)

1866. Beitritt der königlich-sächsischen Regierung zu der Genfer Convention vom 22. August 1864. Sächsische Erklärung: Dresden, 22. October 1866; Bestätigung der schweizerischen Bundesregierung: Bern, 18. December 1866.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Beitritt der kaiserlich-russischen Regierung zu der Genfer Convention vom 22. August 1864. Russische Erklärung: St. Petersburg, 10./22. Mai 1867; Bestätigung der schweizerischen Bundes-Regierung: Bern, 22. Juli 1867.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Erklärung der Regierung des Kantons St. Gallen, dass die im dortigen Kanton niedergelassenen Angehörigen der österreichischen Staaten weder zu persönlichen Militärleistungen, noch zur Be-

*) Dann noch Sachsens und Russlands (1866, 1867).

zahlung des sogenannten Militärpflicht-Ersatzes verhalten werden sollen. St. Gallen, 11. September 1867.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern).

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Telegraphen-Uebereinkommen vom 12. September 1867 (s. Frankreich.)

1867—68. Internationale Schifffahrts- und Hafen-Ordnung für den Bodensee (s. Baden).

Sicilien.

(Königreich beider Sicilien oder Neapel.)

Das Königreich beider Sicilien, nach dem spanischen Erbfolgekrieg im Utrechter Frieden (1713) und im Vertrage der Quadrupelallianz (1818) Oesterreich zugetheilt — s. Spanien — war im Wiener Frieden vom 18. November 1738, als Schluss des polnischen Erbfolgekrieges — (bei „Wenck" I. 1 bis 216) — als ein selbstständiges Königreich und als Secundogenitur des Hauses Spanien-Bourbon an Don Carlos abgetreten worden. Im österreichischen Erbfolgekriege — s. Baiern — mit Frankreich und Spanien gegen Oesterreich verbündet, trat es, zufolge der Allianz von 1756 und dem Bourbonischen Familienpact (1761), entschieden auf Oesterreichs Seite und accedirte wie dieses im Jahre 1781 der Erklärung der bewaffneten Neutralität (s. Russland). Zu Neapel gehörte auch der *Stato dei presidii*, einige feste Küstenplätze Toscana's und einen Theil von Elba begreifend, welcher von Philipp II. (1557) mit Neapel vereinigt, 1801 an Frankreich abgetreten, 1815 im Wiener Congresse aber bei Toscana für immer belassen wurde.

Die als Rückschlag der französischen Revolution aus dem Königreich beider Sicilien entstandene Parthenopeische Republik (1798) machte bald wieder der Herrschaft des Königs Ferdinand Platz (1799), bis dieser von Napoleon abgesetzt wurde, welcher zuerst seinen Bruder Joseph (1805) und dann seinen Schwager Joachim Murat (1808) zum König von Neapel ernannte. Bei dem Falle Napoleons schloss sich Murat an Oesterreich an (1814), sprang aber nach Napoleons Rückkehr von Elba wieder um und wollte die Selbstständigkeit Italiens

durchführen; er verlor jedoch mehrere Gefechte wider die Oesterreicher und in Folge dessen den Thron. Seine bewaffnete Incursion bei Pizzo misslang; er ward gefangen und am 13. October 1815 hingerichtet; Ferdinand aber zog wieder in Neapel ein und nahm sohin an den Verhandlungen des Wiener Congresses Theil (1815). Die spanische Revolution gab auch zum Ausbruche einer durch die Carbonari vorbereiteten Revolution in Neapel den Anlass, welche durch Oesterreich unterdrückt wurde, und worüber die Congress-Verhandlungen in Troppau und Laibach erfolgten (1820—1821). Im Jahr 1848 wurde das gute Einverständniss zwischen der österreichischen und der neapolitanischen Regierung in Folge der revolutionären Ereignisse zeitweilig getrübt, jedoch bald wieder hergestellt.

Das Kaiserhaus Oesterreich trat auch in neuester Zeit mit der königlichen Familie der Bourbone von Neapel durch die Heirath der Erzherzogin Maria Clementine mit dem Prinzen Leopold von Salerno (1816), der Erzherzogin Therese mit dem Kronprinzen, nachmaligem Könige, Ferdinand II. (1837), und des Erzherzogs Carl Ludwig mit der Tochter dieses Königs, Prinzessin Maria Annunziata (1862), in nähere Verwandtschaftsverhältnisse.

Wie im Jahre 1860 durch Garibaldi's Zug die Insel Sicilien, bald darauf auch das feste Land verloren ging, und König Franz II., nachdem die letzten Festen, Gaëta und Messina, gefallen, sein Land räumen musste, wie dann, nach der Vertreibung der Bourbonischen Herrscher-Familie, durch Annexion, Plebiscit und nachträgliche Anerkennung des italienischen Königreiches von Seiten aller europäischen Mächte, ein neuer territorialer Besitzstand eintrat, s. unter Italien.

Besondere vertragsmässige Bestimmungen zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien bestanden bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit und der Befreiung von Abfahrtsgeldern (1818, 1819, 1840, 1844), der Zustellung gerichtlicher Acte (1821, 1835), der Befreiung von Schiffsgebühren bei gezwungenem Einlaufen (1843), der Auslieferung der Verbrecher und Deserteurs (1822, 1845), der Behandlung der Verlassenschaften (1854), der gegenseitigen Passbehandlung (1855), endlich des Handels und der Schifffahrt (1846, 1851, 1856), und der Vergütung der Verpflegskosten (1859).

1744. Manifest der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, wider den König beider Sicilien, und Gegen-Manifest. . . ., März 1744.

(Rousset, T. XVIII. p. 367, 372.)

1752. Beitritt des Königs beider Sicilien zum Tractat vom 14. Juni 1752 zwischen Oesterreich, Spanien und Sardinien (siehe Spanien).

1759. Tractat zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Könige beider Sicilien, Carl III., über die Verhältnisse in Italien. Neapel, 3. October 1759.
(Wenck, III. 206.)

1761. Bourbon'scher Familienpact (s. Spanien).

1798. Allianz-Tractat zwischen dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, Franz II., und dem König beider Sicilien, Ferdinand IV. Wien, 19. Mai 1798.
(Martens, VII. 253 — Neumann I. 593.)

1798. Vier geheime Artikel zu vorstehendem Tractat. Wien, 19. Mai 1798; zu Neapel ratificirt am 16. Juni 1798.
(Neumann, I. 596.)

1798. Zwei Supplementartikel hiezu vom selben Datum.
(Neumann, I. 598.)

1814. Separat-Acte des königlich-neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über eine Erklärung des zum Abschlusse einer Allianz mit Neapel bevollmächtigten österreichischen Ministers, wegen Erhaltung des Königs Joachim Napoleon im Besitze des Königreiches Neapel. Neapel, 8. Jänner 1814.
(Martens. S. IX. 32.)

1814. Artikel aus der bezüglichen Instruction des kaiserlich-österreichischen Gesandten.
(Martens, S. IX. 33.)

1814. Allianz-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige beider Sicilien, Joachim Napoleon (Murat), mit fünf geheimen und einem Additional-Artikel. Neapel, 11. Jänner 1814.
(Martens, S. V. 660 — Neumann, II. 403 bis 410.)

1814. Zweiter Additional-Artikel zu vorstehendem Tractate. Chaumont, 3. März 1814.
(Martens, S. V. 666; S. IX. 32.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congress-Acte in Betreff des Königreiches beider Sicilien und über die Wiedereinsetzung des Königs von Neapel Ferdinand IV.*) (s. Deutschland).

*) Nach der Wiedervereinigung seiner sämmtlichen Staaten diesseits und jenseits der Meerenge zu einem Königreiche beider Sicilien nannte er sich Ferdinand I.

1815. Tractat offensiver und defensiver Allianz zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem Könige beider Sicilien, Ferdinand IV. Wien, 29. April 1815; sicilianische Ratification: Messina, 20. Mai 1815*).

(Neumann, II. 561.)

1815. Militär-Convention zwischen der österreichischen und der neapolitanischen Armee. Casalanza, 20. Mai 1855.

(Martens, II. 293 — Neumann, II. 634).

1816. Heirathsvertrag zwischen dem Prinzen Leopold von Salerno und der Erzherzogin Maria Clementine von Oesterreich. Wien, 26. Juli 1816.

(Erwähnt bei Martens, S. IX. 579.)

1818. Oesterreichische Erklärung, über die von Seite Oesterreichs gegen das Königreich beider Sicilien zu beobachtende Befreiung vom Heimfallsrechte. Wien, 4. October 1818.

(J. G. S. 1818, 1515, S. 62 — P. G. S. Bd. 47, S. 303 — Martens, S. IX. 416 — Neumann, III. 424.)

1819. Zweite österreichische Erklärung über denselben Gegenstand, bezüglich des lombardisch-venetianischen Königreiches. Wien, 6. Jänner 1819.

(Martens, S. IX. 417.)

1819. Decret des Königs von Neapel, bezüglich der Befreiung der österreichischen Unterthanen im Königreich beider Sicilien vom Heimfallsrechte, in Folge der vorstehenden österreichischen Erklärungen. Neapel, 26. Februar 1819.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 303 — Martens, S. IX. 415.)

1819. Convention zwischen Oesterreich und Sicilien, wegen Herabsetzung des neapolitanischen Contingents auf 12.000 Mann. Wien, 4. Februar 1819.

(Erwähnt bei Martens, S. IX. 577.)

1820—1821. Verhandlungen der Congresse zu Troppau und sohin zu Laibach, nämlich:

1820. Proclamation des Königs beider Sicilien, Ferdinand I., über die Verleihung einer Constitution an die sicilianische Nation. Neapel, 6. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 562.)

1820. Ernennung des Herzogs Franz von Calabrien, Sohnes des Königs, zu des letzteren Stellvertreter. Neapel, 6. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 562.)

*) Diese Allianz findet sich angedeutet bei Martens, s. IX. 577, und bei Murhard, n. s. I. XV.

1820. Proclamation des Königs, wegen Annahme der spanischen Constitution von 1812 für das Königreich beider Sicilien. Neapel, 7. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 563.)

1820. Decret des Herzogs von Calabrien, wegen Annahme der gedachten Constitution. Neapel, 7. Juli 1829.

(Martens, S. IX. 564.)

1820. Confidentielle Note des österreichischen Cabinets an die deutschen Höfe, welche die Vorfälle in Neapel für unrechtmässig erklärt. Wien, 25. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 565.)

1820. Note des neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herzogs von Campochiaro, im Namen des Königs beider Sicilien, an alle Höfe Europas, zur Widerlegung der vorgedachten österreichischen Note. Neapel, 1. October 1820.

(Martens, S. IX. 568.)

1820. Note des neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Staatskanzler Fürsten Metternich. Neapel, 1. October 1820.

(Murhard, n. r. IV. 183.)

1820. Bericht des neapolitanischen Ministers des Auswärtigen an das National-Parlament, über die Verhältnisse des Königreiches beider Sicilien zu dem Auslande. Neapel, 4. October 1820.

(Martens, S. IX. 576.)

1820. Eigenhändiges Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an Se. Majestät den König beider Sicilien, welches denselben einladet, bei dem Congress in Laibach zu erscheinen *). Troppau, 20. November 1820.

(Martens, S. IX. 385.)

1820. Zusagende Antwort des Königs beider Sicilien. Neapel, 11. December 1820.

(Martens, S. IX. 588.)

1820. Botschaft des Königs an das National-Parlament über seine Abreise nach Laibach. Neapel, 7. December 1820.

(Martens, S. IX. 589.)

1820. Erklärung der Höfe von Oesterreich, Russland und Preussen an die deutschen und nordischen Höfe, über den Zweck des Troppauer Congresses (Massregeln gegen die Ereignisse in Spanien, Neapel und Portugal). Troppau, 8. December 1820.

(Martens, S. IX. 592.)

1821. Erklärung des englischen Cabinets über vorstehende Erklärung. London, 19. Jänner 1821.

(Martens, S. IX. 595.)

*) Gleiche Schreiben ergingen auch von Seite des Kaisers von Russland und des Königs von Preussen, dann ein ähnliches vom König von Frankreich.

(Martens, S. IX. 585 bis 587.)

1821. Erklärungen des russischen Cabinets, über die Verhandlungen in Troppau und in Laibach. Laibach, 9./31. Jänner 1821.
(Martens, S. IX. 599, 607.)

1821. Schreiben des Königs beider Sicilien an seinen Sohn, den Prinz-Regenten, über den Beschluss der verbündeten Mächte, die Rechtmässigkeit der Sachlage in Neapel nicht anzuerkennen. Laibach, 28. Jänner 1821.
(Martens, S. IX. 609.)

1821. Oesterreichische Erklärung über das Vorrücken der österreichischen Armee gegen Neapel. Wien, 13. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 611.)

1821. Bericht des neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Prinz-Regenten, über seine Mission in Laibach. Neapel, 15. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 620.)

1821. Manifest der neapolitanischen Regierung gegen die Laibacher Beschlüsse. Neapel, 17. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 624.)

1821. Proclamation des Königs beider Sicilien, Ferdinand I., worin die Operationen der österreichischen Armee für die einer befreundeten (nicht feindlichen) Armee erklärt werden. Laibach, 23. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 630.)

1821. Convention zwischen dem österreichischen und dem neapolitanischen Truppen-Commandanten, wegen Einstellung der Feindseligkeiten. Grosspriorat von Neapel bei Capua, 20. März 1821.
(Martens, S. IX. 632 — Neumann, III. 576.)

1821. Convention über die Besetzung von Neapel durch die österreichischen Truppen und die Räumung von Gaëta und Pescara. Aversa, 23. März 1821.
(Martens, S. IX. 633 — Neumann, III. 577.)

1821. Russische Erklärung über die Verhandlungen von Troppau und von Laibach. Laibach (28. April a. St.), 10. Mai 1821.
(Martens, S. IX. 634.)

1821. Erklärung, welche bei dem Schlusse des Congresses zu Laibach im Namen der Höfe von Oesterreich, Preussen und Russland veröffentlicht wurde. Laibach, 12. Mai 1821.
(Martens, S. IX. 638, 641.)

1821. Convention über die militärische Besetzung des Königreiches beider Sicilien durch die österreichischen Truppen, geschlossen von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preussens und Russlands einerseits, und jenem Neapels andererseits. Neapel, 18. October 1821; die Ratificationen ausgewechselt zu Neapel, 8. Jänner 1822.
(Martens, S. IX. 64 — Neumann, III. 652.)

1821. Oesterreichische Verordnuug wegen Zustellung der gerichtlichen Erlässe königlich-neapolitanischer Gerichte an österreichische Unterthanen. Wien, 19. Jänner 1821.

(J. G. S. 1821, 1731, S. 2.)

1822. Convention zwischen dem kaiserlich-österreichischen commandirenden Generalen in Neapel und dem königlich-neapolitanischen Kriegs- und Marine-Minister, wegen Auslieferung der Deserteurs auf die Zeit der Anwesenheit der k. k. Truppen in dem Königreiche beider Sicilien. Neapel, 14. October 1822.

(Hofkriegsräthliche Verordnung vom 30. Mai 1823: M. G. S. 1823, 47, S. 45.)

1823. Convention zwischen den Höfen von Wien und von Neapel, wegen Vergütung der Kosten für die militärische Besetzung des Königreichs beider Sicilien. Neapel, 24. April; königlich-neapolitanische Ratificirung: Wien, 12. Mai 1823.

(Neumann, IV. 36.)

1823. Convention zwischen den Höfen von Wien und von Neapel, unter Beitritt der Höfe von Berlin und von St. Petersburg, über den Unterhalt der österreichischen Besatzung im Königreiche beider Sicilien. Neapel, 24. April 1823.

(Erwähnt bei Martens, S. X. b. 763.)

1824. Additional - Convention bezüglich dieser Angelegenheit. Neapel, 31. August 1824.

(Erwähnt bei Martens, S. X. b. 763.)

1825. Weitere Additional-Convention. Mailand, 28. Mai 1825.

(Martens, S. X. b. 762 — Neumann, IV. 113.)

1835. Oesterreichische Verordnung über die Zustellung der an die österreichischen Gerichte gelangenden gerichtlichen Vorladungen aus dem Königreiche beider Sicilien. Wien, 20. Mai 1835.

(Hof-Decret vom 25. Mai 1835: J. G. S. 1835, 23, S. 9 — P. G. S. Bd. 63, S. 319 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt S. 388.)

1840. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der neapolitanischen Regierung, wegen gegenseitiger abzugsfreier Ausfolglassung der Verlassenschaften. Wien, 2. November 1840.

(J. G. S. 1840, 473, S. 546.)

1843. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der neapolitanischen Regierung, wegen Befreiung von Schiffsgebühren in Fällen gezwungenen Einlaufens in die gegenseitigen Häfen. Wien, 4. November 1843.

(Martens et Cussy, V. 369.)

1844. Staatsvertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König beider Sicilien, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes. Wien, 19. April 1844; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt unterm 26. Juni 1844.

(P. G. S. Bd. 71, S. 152 — J. G. S. 800, S. 204 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1844, Notizenblatt S. 398. — M. G. S. 1844, 43, S. 61.

1845. Staatsvertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und Militärpflichtigen. Wien, 24. December 1845; in den beiderseitigen Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 3. März 1846.

(P. G. S. Bd. 74, S. 85 — J. G. S. 1845, 917, S. 297 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1846, Gesetzchronik 130 — Neumann, IV. 749.)

1846. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien. Neapel, 4. Juli 1846; in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. October 1846.

(P. G. S. Bd. 74, S. 142 — J. G. S. 1846, 973, S. 340 — Martens et Cussy, V. 672 — Neumann, IV. 755.

1848. Schriftenwechsel zwischen dem kaiserlichen Gesandten in Neapel, Fürsten Felix Schwarzenberg, und dem dortigen Minister-Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten Cariati, über die gewaltsame Abreissung des österreichischen Wappens von dem Gesandtschaftshôtel. Neapel, 27.—28. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 9. April 1848.)

1848. Erklärung des kaiserlich-österreichischen Ministers des Aeussern, dass den Vertretern Neapels und Toscana's am kaiserlich-österreichischen Hofe die Pässe ausgefertigt wurden. Wien, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 26. April 1848.)

1851. Erlass des kaiserlich-österreichischen Ministers des Aeussern, womit die zwischen der österreichischen und der neapolitanischen Regierung verabredeten Zusatzbestimmungen zu dem Handelsvertrag vom Jahre 1846 kundgemacht werden. Wien, 26. October 1851.

(R. G. B. 235, S. 620 — Neumann, V. 415.)

1854. Verordnung des k. k. Justizministeriums, über die Behandlung des hierlands befindlichen beweglichen Nachlasses verstorbener Unterthanen des Königreiches beider Sicilien. Wien, 13. November 1854.

(R. G. B. 293, S. 1117 — Neumann, VI. 213.)

1855. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-neapolitanischen Regierung, wegen Wiederherstellung von Verkehrs-Erleichterungen bei der gegenseitigen Passbehandlung.

(Wiener Zeitung vom 1. April 1855, 78, S. 883.)

1856. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-neapolitanischen Regierung, wegen Ausdehnung der Bestimmungen des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 4. Juli 1846 auch auf die indirecten Provenienzen. Neapel, 9. Februar 1856; kundgemacht durch Ministerial-Erlass ddo. Wien, 29. März 1856.

(R. G. B. 41, S. 171 — Neumann, VI. 273.)

1859. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern, wegen unentgeltlicher Behandlung unbemittelter sicilianischer Unterthanen in den österreichischen Kranken- und Irren-Anstalten, in Gemässheit der sicilianischer Seits beobachteten Reciprocität. Wien, 7. Februar 1859.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1860. Decret des Dictators, Generals Garibaldi, mit Proclamation des italienischen constitutionellen Statuts für das bestandene Königreich beider Sicilien. Neapel, 14. September 1860.

(*Archives diplomatiques* 1861, I. 122.)

1860. Proclamation des Königs Victor Emanuel an die Völker des südlichen Italiens. Ancona, 9. October 1860.

(*Archives diplomatiques* 1861, I. 123.)

Spanien.

(Königreich.)

Durch die Theilung der österreichischen Erblande unter Carl V. und Ferdinand I. (1522) war Spanien, welches der Sohn Maximilians I., Philipp, durch seine Vermählung mit der Infantin Johanna, Tochter der Isabella von Castilien und Ferdinands von Arragonien (1496), für Oesterreich erworben hatte, an die Descendenz Carls V. gekommen. Nach dem Absterben des Habsburgischen Herrscherstammes in Spanien mit dem Tode Carls II. (1700), bestieg das Haus Bourbon in der Person Philipps von Anjou, Enkels Ludwigs XIV., den spanischen Thron, worüber der spanische Erbfolgekrieg ausbrach. Im Utrechter Frieden vom 2./13. Juli 1713 (s. bei Dumont, T. VIII. P. I. p. 393) wurde diesem Hause der Besitz Spaniens gesichert, diess jedoch von Oesterreich erst im Wiener Frieden vom 30. April 1725 (s. bei Dumont, T. VIII. P. II. p. 113) förmlich anerkannt. Philipps Sohn, Don Carlos, nachmals (seit 1759) als Carl III. König von Spanien, erhielt im späteren Wiener Frieden (1738), welcher den über Erledigung des polnischen Thrones geführten polnischen Erbfolgekrieg beschloss, das Königreich beider Sicilien (s. dieses), und sein jüngerer Bruder Don Philipp ward in Folge des Aachner Friedens (1748) Gründer einer neuen Dynastie in Parma. Im österreichischen Erbfolgekrieg unter den Mitprätendenten des österreichischen Erbes kämpfend (s. Baiern), trat der König von Spanien später der austro-bourbon'schen Allianz im siebenjährigen Kriege gegen Preussen bei, und schloss als Frankreichs Streitgenosse in den Kriegen gegen England mit letzterem und Sardinien den Tractat von Paris (1763).

Spanien gehörte mit zu den Mächten, welche mit dem revolutionären Frankreich Frieden eingingen (zu Basel 1795). Der Friedensfürst Godoy erobert (1801) im kurzen Feldzuge gegen Portugal Olivenza. Im unfreiwilligen Bunde mit Frankreich wird Spaniens Flotte bei Trafalgar (1805) vernichtet. Seine amerikanischen Colonien, grösser als ganz Europa, geh'n, in Folge innerer Zerrüttung des Mutterlandes, seit 1810 nach und nach, bis auf Cuba, verloren. Napoleon, welcher

den König Ferdinand VII. gezwungen, dem spanischen Thron zu entsagen, setzt seinen Bruder, den König Joseph von Neapel, auf denselben (1808); die spanische Nation erhebt sich jedoch gegen die französische Herrschaft, und unter dem Beistande Englands wird diese gebrochen. Mit dem gleichzeitig erfolgten Sturze Napoleons kommt dann Ferdinand VII. in sein Königreich zurück (1814), worauf Spanien an den Verhandlungen des Wiener Congresses Theil nimmt (1815), und mit den verbündeten Hauptmächten einen Vertrag über die dereinstige Reversion Parma's und dessen Nebenländer an Spanien abschliesst (1817). Da König Ferdinand VII. die von den Cortes ausgearbeitete Constitution vom 18. März 1812 nicht beschwören will, erhebt sich ein Aufstand (1820), welcher über Beschluss der am Congress zu Verona versammelten Mächte durch ein französisches Heer unterdrückt wird (1823). Mit der Prinzessin Maria Christine von Neapel vermählt, hinterlässt Ferdinand die pragmatische Sanction vom 29. März 1830, wornach mit Aufhebung des Erbfolgegesetzes Philipps V., aber im Einklange mit den altcastilischen Rechten und mit der (1789) von Carl IV. geordneten Succession, der Thron auch für die weibliche Nachkommenschaft erblich erklärt wird. Lange wüthet der Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Infanten Don Carlos, des Bruders Ferdinands, und jenen der von letzterem hinterlassenen Tochter Isabella (1833—1839). Diese behauptet den Thron, wird jedoch durch einen Aufstand gezwungen, die Constitution von 1812 anzunehmen (1836), welche aber wesentlich modificirt wird (1837). In Folge dieser Bewegungen riefen die conservativen Mächte (Oesterreich, Preussen, Russland, Neapel und — damals — auch Sardinien) ihre Repräsentanten aus Spanien zurück, und erst im Jahre 1848 stellte Oesterreich den diplomatischen Verkehr mit Spanien wieder her. Im Jahre 1845 hat Spanien eine neue Verfassung erhalten, welche 1857 amendirt, und 1864 in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder hergestellt wurde, aber noch immer die Ruhe des Landes nicht dauernd bewirken konnte.

Den Ausländern in Spanien, und insbesondere den österreichischen Unterthanen waren besondere Vorrechte: als jene eines eigenen Gerichtsstandes, der Befreiung von Municipal-Lasten, vom Militärdienste u. s. w. durch den Utrechter Frieden von 1713, und durch den aus Anlass des Wiener Friedens zwischen dem Kaiser und dem König von Spanien geschlossenen Handels- und Schiffahrts-Tractat vom 1. Mai 1725 eingeräumt; es wurde in letzterem für die Unterthanen Oesterreichs und Spaniens auch eine gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit in Erbschaftsfällen zugesichert. Das neue spanische Fremdengesetz (1852) sprach jedoch eine wesentliche Modi-

ficirung der in diesem Handelsvertrage festgesetzten Privilegien der Ausländer aus. Dabei erschweren drückende Differentialzölle, die von den Gemeinden erhoben werden, und Schifffahrtsabgaben den österreichischen Handel. Im J. 1852 ist in Spanien ein Decret publicirt worden, welches den Fremden in Bezug auf die Schifffahrtsabgaben gegen Zugestehung einer (angeblich) formellen Reciprocität die Gleichbehandlung mit den Nationalen zusicherte. Ueber Andringen des österreichischen Schifferstandes erklärte Oesterreich seinen Beitritt (1864); hiernach wird die Gleichstellung in Bezug auf die Aerarial-Hafengebühren allerdings zugestanden, während die sonstigen drückenden Gemeinde-Gebühren von den österreichischen Schiffen in Spanien fortan erhoben werden, ohne dass in Oesterreich ein gleicher Vorgang stattfinden könnte.

Zwischen Oesterreich und Spanien ist auch ein Staatsvertrag über den Bezug des Quecksilbers (1785), ein Postvertrag (1852) und ein Auslieferungsvertrag (1861) geschlossen worden. Spanien ist auch Compaciscent des internationalen Telegraphenvertrags (1865) und des Vertrags in Betreff des Leuchtthurms am Cap Spartel (1865).

1725. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Carl VI. und Sr. Majestät dem König von Spanien, Philipp V. Wien, 1. Mai 1725 *).

(Dumont, T. VIII. P. II. p. 114 — Hauterive et Cussy, T. II. P. I. p. 63.)

1740—1748. Acten, Protestationen und Manifeste zwischen Oesterreich und Spanien, über die Ansprüche Spaniens auf die österreichische Erbschaft (s. auch Baiern und Frankreich).

(Rousset, XV. 1, 37; XVI. 158 — Martens, *guide diplomatique*, I. 423 — Wenck, II. 312—431.)

1748. Friedens-Präliminarien zwischen Frankreich, Grossbritannien und den vereinigten Niederlanden, geschlossen zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Beitritt des Königs von Spanien zu den Friedens-Präliminarien von Aachen. Aachen, 28. Juni 1748.

(Wenck, II. 326.)

1748. Definitiver Friedens-Tractat zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Protestation bezüglich der Souveränität und Grossmeisterstelle des Ordens des goldenen Vliesses, und Gegen-Protestation der Kaiserin Maria Theresia. Aachen, 20. und 29. November 1748.

(Wenck, II. 421, 422.)

*) Ausnahmsweise wurde hier ein noch vor dem Regierungsantritte Maria Theresia's geschlossener Staatsvertrag aufgenommen, da noch jetzt der Fall nicht selten vorkommt, sich auf seine Bestimmungen berufen zu müssen.

1752. Präliminar-Artikel zwischen Spanien, Oesterreich, dem Kaiser, als Grossherzog von Toscana, und dem König von Sardinien. Madrid, 14. April 1752.

(Koch, *table des traités*, I. 497 — Schöll, II. 462.)

1752. Allianz-Tractat zwischen der Kaiserin-Königin, dem König von Spanien und dem König von Sardinien, unter Beitritt des Königs beider Sicilien und des Herzogs von Parma *(traité d'Italie)*. Aranjuez, 14. Juni 1752.

(Wenck, II. 707.)

1759. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König Carl III. von Spanien, als König beider Sicilien (s. Sicilien).

1761. Bourbon'scher Familienpact zwischen Frankreich und Spanien. Paris, 15. August 1761.

(Martens, I. 2.)

1763. Tractat zwischen Frankreich, Spanien und Grossbritannien, wegen Bestätigung der älteren Friedensschlüsse. Paris, 10. Februar 1763.

(Martens, I. 33.)

1763. Convention zwischen den Königen von Sardinien, von Spanien und von Frankreich, wegen Durchführung mehrerer Bestimmungen des Aachner Friedens vom J. 1748. Paris, 10. Juni 1763.

(Martens, I. 80.)

1763. Erklärung Oesterreichs in Betreff der vorstehenden Convention zwischen Sardinien, Spanien und Frankreich. Paris, 10. Juni 1763.

(Martens, *guide diplomatique*: *Espagne et Autriche*, I. S. 424.)

1785. Convention zwischen Oesterreich und Spanien, wegen Bezuges von Quecksilber. Wien, 20. Juli 1785; kaiserliche Ratificirung: Wien, 22. Juli; königlich-spanische: 25. August 1785.

(Neumann, I. 367.)

1791. Tractat zwischen Oesterreich, Spanien, Preussen und Russland, die Theilung Polens betreffend (s. Polen).

1795. Friedensschluss zwischen Spanien und Frankreich. Basel, 22. Juli 1795 (s. Preussen.)

(Martens, VI. 124.)

1814. Protokoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Deutschlands, Grossbritanniens und Preussens, wegen der Theilnahme Frankreichs und Spaniens an den Verhandlungen des Wiener Congresses (siehe Frankreich).

1815. Erklärung Spaniens, wegen seines Beitrittes zur grossen Allianz wider Frankreich vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien), und über die Verhandlungen des Wiener Congresses bezüglich der Reversion von Parma u. s. w. Wien, 30. März; 4. April; 18. Juni 1815

(Martens, S. VI. 465—474.)

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Protokoll vom 6.—20. November 1815, wegen Vertheilung der französischen Entschädigungen (s. Frankreich).

1817. Tractat vom 10. Juni zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland, als Vollzug des Artikels XCIX der Wiener Congress-Acte, über die Reversion von Parma, Piacenza, Guastalla und Lucca (s. Parma).

1818. Convention vom 25. April, wegen der Privatansprüche an Frankreich (s. Frankreich).

1852. Verordnung der königlich-spanischen Regierung wegen Gleichstellung der Schiffe jener Staaten, welche die Reciprocität beobachten, mit den eigenen Schiffen, in Betreff auf die Leuchtthurm-, Anker-, Fracht- und Entfrachtungsgebühren, sowohl auf der Halbinsel als auf den Nachbar-Inseln. Madrid, 3. Jänner 1852.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1852. Postvertrag zwischen Oesterreich und Spanien. Aranjuez, 30. April 1852; kaiserliche Ratification: Ofen, 21. Juni 1852; die Ratificationen ausgewechselt zu San Ildefonso am 21. August 1852.

(R. G. B. 1853, 156, S. 705 — Neumann, V. 595.)

1852. Königlich-spanisches Decret wegen Regulirung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Spanien. Madrid, 17. November 1852.

(Officielle Madrider Zeitung vom 26. November 1852.)

1861. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Spanien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Wien, 17. April; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 5. Juli 1861.

(R. G. B. 69, S. 427.)

1864. Circular der k. k. Centralseebehörde, über die Gleichbehandlung der spanischen Flagge in den österreichischen Häfen mit den österreichischen und den meist begünstigten fremden Schiffen in Bezug auf die Hafen- und Tonnengebühren. Triest, 28. Mai 1864.

(*Annuario marittimo* 1865, S. 13.)

1864. Erlass des königlich-spanischen Ministers des Handels, wegen reciproker Behandlung der österreichischen Flagge auf der iberischen Halbinsel und auf den Nachbar-Inseln, hinsichtlich der Zahlung der Aerarialgebühren. Madrid, 10. Juli 1864.

(Circular der k. k. Centralseebehörde, ddo. Triest, 9. September 1864: *Annuario marittimo* 1865, S. 29.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Convention wegen des Leuchtthurmes am Cap Spartel (s. Marocco).

T o s c a n a.

(Grossherzogthum.)

Nach dem Aussterben des Hauses Medicis mit dem Herzoge Johann Gasto (1737), erhält Toscana im Wiener Frieden (1738) — s. Sicilien — den Herzog von Lothringen, Franz Stephan, Gemal Maria Theresia's, der sein Stammland an Frankreich abtritt, zum Gebieter *). Sein Sohn Leopold II. besteigt (1790) den Thron in Oesterreich, und durch Wahl den des deutschen Reiches. Ihm folgt in der Regierung in Toscana, das seit 1765 zur Secundo-Genitur des Hauses Oesterreich bestimmt wurde, sein zweitgeborner Sohn Ferdinand III., der Vater des letzt regierenden Grossherzogs.

Das Grossherzogthum Toscana wird in Folge des Lüneviller Friedens (1801) zum Königreich Hetrurien, unter der Regierung des Sohnes des damaligen Herzogs von Parma von der spanisch-bourbon'schen Linie, umgewandelt, und der Grossherzog Ferdinand anfänglich mit der churfürstlichen Würde in Deutschland und dem Besitze von Salzburg, Berchtesgaden und einem Theile der Bisthümer Passau und Eichstädt entschädigt (1802, 1803), was er jedoch nach dem Pressburger Frieden (1805) mit dem Besitze des bairischen Fürstenthums Würzburg vertauschen muss. Das Königreich Hetrurien wird später mit dem Kaiserthum Frankreich vereinigt und in drei Departements getheilt (1808), deren Statthalterei der Schwester Napoleons, Elise Bacciochi, überlassen wird (1809). Nach dem Sturze Napoleons kommt es, mit dem (bereits 1801 im Verträge von Florenz) von Ferdinand IV. von Neapel an Toscana abgetretenen *Stato dei presidii* (s. Sicilien, S. 395), an den früher regierenden Zweig der habsburg-lothring'schen

*) Die Investiturs-Acte des Kaisers Carl VI. an den Herzog von Lothringen und Bar, Franz III. (nachmals Kaiser Franz I.), über das Grossherzogthum Toscana: Wien, 24. Jänner 1737 — sehe man bei „Martens“, S. I. 234; — den Wiener Frieden, vom 18. November 1738, zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich in den „*Traités de la maison de Savoie*“, I. 497. Frankreich hatte schon früher mit dem Kaiser verabredet, dass das Haus Lothringen für die Abtretung dieses Herzogthums an Frankreich mit der Erwerbung von Toscana entschädigt werden solle: Präliminarien zum Wiener Frieden vom 3. October 1735 und Convention zwischen dem Kaiser Carl VI. und dem König Ludwig XV. vom 28. April 1736 (s. d'Angeberg, S. 64 und 65).

Linie zurück (1815), wobei festgesetzt wird, dass nach dem Tode der Erzherzogin Maria Luise von Parma das Herzogthum Parma an den Herzog von Lucca kommen, das Herzogthum Lucca aber mit dem Grossherzogthum Toscana verbunden werden soll (1817, 1818) — ein Fall, der im Jahre 1847 eintrat (s. Parma).

Seitdem waren die Beziehungen Toscana's zu Oesterreich jene eines freundnachbarlichen, durch die enge Verwandtschaft der beiden regierenden Häuser noch fester begründeten Einverständnisses geblieben, das nur durch die Ereignisse des Jahres 1848 zeitweilig etwas gelockert wurde. — Wegen der Umgestaltung dieses Grossherzogthums, welches sich am 16. August 1859 für den Anschluss an das Königreich Italien erklärte und fortan bei diesem verblieb, s. Sardinien 1859 und Italien 1866.

Besondere vertragsmässige Uebereinkommen bestanden zwischen Oesterreich und Toscana bezüglich des Handels (1777, 1784), der Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen (1770, 1784, 1785, 1807, 1821), der Auslieferung der Verbrecher (1829) und der Deserteurs (1834), der Ausfertigung der Acten des Civilstandes (1836), der Correspondenz der Gerichtsbehörden (1839, 1846), der Unterdrückung des Nachdruckes (1840); dann hinsichtlich der gerichtlichen Requisitionsschreiben (1846), der Verpflegung der im Grossherzogthum stationirenden österreichischen Truppen (1821, 1850), der Post (1850, 1851), der Eisenbahnen (1851) und der Behandlung der Verlassenschaften (1858).

1752. Allianz zwischen Oesterreich, dem Kaiser, als Grossherzog von Toscana, Spanien und Sardinien (s. Spanien).

1763. Patent des Kaisers Franz I., worin er das Grossherzogthum Toscana als eine Secundo-Genitur des Hauses erklärt , 14. Juli 1763.

(Martens, *guide diplomatique*, II. 1212.)

1763. Verzichtleistung des Kaisers Josef II. bezüglich des Grossherzogthums Toscana , 14. Juli 1763.

(Martens, *guide diplomatique*, II. 1212.)

1770. Edict über die Abschaffung des Heimfallrechtes zwischen den österreichischen Staaten und dem Grossherzogthum Toscana. Wien, 14. April 1770.

(*Codex austriacus*, T. VI. p. 336.)

Handels-Tractat zwischen der Kaiserin-Königin, als Herzogin von Mailand und Mantua, dem Grossherzog von Toscana und dem Herzog von Modena (s. Modena).

1784. Verordnung des Kaisers Josef II. gegen die Einführung ausländischer Waaren (mit besonderen Bestimmungen bezüglich Toscana's). Wien, 27. August 1784.

(Martens, III. 751 — Neumann, I. 346.)

1784. Vertrag zwischen dem Kaiser, als Herzog von Mailand und Mantua, und dem Grossherzog von Toscana, über gegenseitige Gleichstellung ihrer Unterthanen in Bezug auf Erwerb und Erbfähigkeit....., 4. December 1784 (kaiserliche Ratification: 31. December 1784; grossherzogliche: 31. Jänner 1785).

(Martens, II. 542 — *Storia dell' anno* 1785, p. 243 — Neumann, I. 353.)

1785. Oesterreichisches Patent über die Vermögens-Freizügigkeit, welche sich auch auf die toscanischen Staaten zu erstrecken hat. Wien, 14. März 1785.

(J. G. S. 1785, 396, S. 15 — Martens II. 561 — Linden, „das Abfahrtsgeld", S. 2 — Neumann, I. 359.)

1790. Verzichterklärung Sr. Majestät des Kaisers Leopold II. auf das Grossherzogthum Toscana, zu Gunsten seines zweiten Sohnes, des Erzherzogs Ferdinand und dessen männlicher Nachkommen, nebst der Investiturs-Acte über das Grossherzogthum, dann der förmlichen Abtretungs-Acte des Kaisers Leopold II. und des Erzherzogs (nachmaligen Kaisers) Franz an die Secundo-Genitur. Wien, 21. Juli 1790.

(Martens, VI. 278 — Neumann, I. 422.)

1791. Annahme-Acte des Grossherzogs Ferdinand III. über diesen Verzicht; Bestätigung der Gesetze etc. des Grossherzogthums. Wien, 22. Februar 1791; Huldigungs-Acte: Florenz, 16. März 1791.

(Martens, VI. 283 — Neumann, I. 427 bis 431.)

1795. Friedens-Tractat zwischen dem Grossherzog von Toscana und der französischen Republik. Paris, 19. Februar 1795.

(Martens, VI. 455.)

1801. Friedens-Tractat von Lüneville, worin auch die Abtretung des Grossherzogthums Toscana an den Herzog von Parma stipulirt wird (s. Deutschland).

1802. Convention zwischen dem Kaiser von Deutschland und dem ersten Consul der französischen Republik, wegen Entschädigung des Grossherzogs von Toscana für diese Abtretung (s. Deutschland, Hetrurien).

1803. Haupt-Schlussrecess der Reichs-Deputation (s. Deutchland), worin dem Grossherzoge Ferdinand für die Abtretung von Toscana, Salzburg, Berchtesgaden und Theile der Bisthümer Passau, Eichstädt u a. m. zugewiesen werden.

1805. Friedensschluss von Pressburg, durch welchen Salzburg und Berchtesgaden an Oesterreich, und dafür das Fürstenthum Würzburg an den Erzherzog Ferdinand, Churfürsten von Salzburg, kommt (s. Deutschland).

1806. Uebergabe von Salzburg und Berchtesgaden durch den Churfürsten Erzherzog Ferdinand an den Kaiser von Oesterreich, in Folge des Pressburger Friedens (s. Salzburg).

1806. Tractat zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Erzherzog Ferdinand, als Grossherzog von Würzburg, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbund (s. Würzburg).

1807. Tractat zwischen dem König von Baiern und dem Erzherzog Ferdinand, Grossherzog von Würzburg, bezüglich der ritterschaftlichen Besitzungen im Grossherzogthum Würzburg (s. dieses).

1815. Bestimmungen der Wiener Congress-Acte über das Grossherzogthum Toscana (s. Deutschland).

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Toscana, wegen Erhaltung des inneren und äusseren Friedens in Italien. Wien, 12. Juni; in Florenz ratificirt am 1. Juli 1815.

(Neumann, III. 18.)

1817. Tractat über die Reversion von Parma an den Infanten Don Carl Ludwig, und von Lucca an Toscana (s. Parma).

1818. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, die Ihrer Majestät der Infantin Maria Ludovica von Lucca auszuzahlende Rente betreffend. Florenz, 10. Juli 1818.

(Neumann, III. 329.)

1821. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, den Durchzug der österreichischen Truppen durch das toscanische Gebiet betreffend. Florenz, 1. Februar 1821.

(Neumann, III. 571.)

1821. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen. Florenz, 31. August 1821; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 28. Februar 1822.

(J. G. S. 1822, 1847, S. 83 — P. G. S. Bd. 50, S. 45. — Neumann, III. 646.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Florenz, 12. October 1829; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 6. August 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 194 — J. G. S. 1834, 2668, S. 122 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 150, 227 — Neumann, IV. 278.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militär-Deserteurs. Florenz, 12. October 1829; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 6. August 1834.

(Oesterreichisches Patent vom 6. August 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 203 — M. G. S. 1834, 60, S. 63 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 363, 155 — Neumann, IV. 283.)

1836. Reciprocitäts - Erklärung über die kostenfreie Ausfolgung von Tauf-, Trau- und Todtenscheinen. Florenz, 20. April 1836.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1839. Oesterreichische Verordnung über die Correspondenz der diesseitigen unteren Gerichtsbehörden mit den toscanischen. Wien, 27. März 1839.

(J. G. S. 1839, S. 325, 352.)

1840. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen Beitritt des letzteren zum österreichisch - sardinischen Vertrage zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums. Florenz, 31. October 1840; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 12. December 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840: J. G. S. 1840, S. 544, 488. — P. G. S. Bd. 68, S. 358.)

1844. Tractat zwischen Toscana, Lucca und Modena, für den Fall der Reversion von Parma etc. (s. Parma).

1846. Verordnung über die Correspondenz mit Toscana bei gerichtlichen Requisitionen. Wien, 4. März 1846.

(J. G. S. 1846, 942, S. 320.)

1848. Erklärung des kaiserlich-österreichischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, dass den Vertretern Neapels und Toscana's am kaiserlichen Hofe die Pässe ausgefertigt wurden. Wien, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 26. April 1848.)

1849. Depesche des österreichischen Ministers Fürsten Schwarzenberg an den Grafen Colloredo über die Rechte des Hauses Habsburg-Lothringen auf Toscana. Wien, 25. Februar 1849.

(Samwer, XIV. 702.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Toscana, in Betreff der Verpflegung der österreichischen Hilfstruppen auf toscanischem Gebiete. Florenz, 22. April 1850; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 20. Mai 1850.

(R. G. B. 246, S. 999 — Neumann, V. 177.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Toscana über die Grundlagen des österreichisch-italienischen Postvereins. Florenz, 5. November 1850; kaiserliche Ratification: 30. November 1850.

(R. G. B. 1851, 53, S. 153 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd., S. 43 — Neumann, V. 244.)

1850. Special-Postvertrag zwischen Oesterreich und Toscana zum Vollzuge des eben gedachten Vertrages. Florenz, 5. November 1850; kaiserliche Ratification: 30. November 1850.

(R. G. B. 1851, 53, S. 165 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, I. Bd. S. 48 — Neumann, V. 255.)

1851. Erlass des k. k. Handelsministeriums, womit die Verlängerung des Termins für den Vollzug der vorgedachten Post-Convention bis 1. April 1851 kundgemacht wird. Wien, 14. Februar 1851.

(R. G B. 1851, 53, S. 173 — Verordnungsblatt des k. k. Handelsministreriums 1851, I. Bd., S. 91 — Neumann V. 264.)

1851. Eisenbahn-Vertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaat, Modena, Parma und Toscana (s. Kirchenstaat).

1851. Uebereinkommen der Postverwaltungen der zum deutsch-österreichischen Postvereine gehörigen Länder einerseits (s. Deutschland) und der Postverwaltung Toscana's andererseits, wegen der Brief-Frankirungen.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, Bd. IV., S. 527.)

1852. Circular des k. k. Handelsministeriums, wegen Vertretung der Unterthanen Toscana's durch die k. k. Consulate. Wien, 9. Jänner 1852.

(Piskur, S. 66.)

1858. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der grossherzoglich-toscanischen Regierung, über die Behandlung der beweglichen Verlassenschaften der beiderseitigen Unterthanen. Ministerial-Erklärungen: Florenz, 6. November; Wien, 7. November 1858; ausgewechselt zu Florenz am 22. November 1858.

(R. G. B. 219, S. 669.)

1859. Züricher Frieden vom 10. November 1859 zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich), worin, Art. XIX, die Rechte des Grossherzogs von Toscana ausdrücklich vorbehalten wurden.

1866. Wiener Frieden vom 3. October 1866 zwischen Oesterreich und Italien (s. Italien), worin, Art. XXII, das Privateigenthum der Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Oesterreich gewahrt wird.

Türkei.

(Kaiserthum.)

Die siegreichen Waffen der christlichen Mächte: Oesterreich, Polen, Venedig und Russland, setzten zu Ende des 17. Jahrhunderts dem Vordrängen der Türken ein Ziel; im Friedensschlusse von Carlowitz (1699) leistete der Sultan auf Ungarn, Slawonien und Siebenbürgen Verzicht und behielt blos das Banat von Temesvár bis an die Marosch und Theiss, dann Croatien bis an die Unna, nebst Bosnien, Serbien und der Herzegowina. Der Passarowitzer Frieden (1718) brachte auch noch das Temeser Banat, die Wallachei bis zum Aluta-Fluss, die Festung Belgrad, Serbien bis an den Timok und Bosnien bis an die Save unter Oesterreichs Scepter. Der verhängnissvolle Friede von Belgrad (1739), sowie der von Preussen und den Seemächten vermittelte Szistower Friede (1791) gaben jedoch, mit Ausnahme des Temeser Banats, der Türkei Alles zurück, was Oesterreich durch Eugen's und Loudon's Siege erworben hatte. Auf dem letztgedachten Friedensschlusse beruhen noch jetzt die territorialen Verhältnisse Oesterreichs zur Türkei; sowie die commerciellen zunächst noch auf die Stipulationen des Carlowitzer und des Passarowitzer Friedens, und auf den dieselben ergänzenden Sened vom Jahre 1784 sich gründen, welche Bestimmungen durch den Handelsvertrag vom Jahre 1862 nur den Bedürfnissen der Neuzeit angepasst worden sind.

Vom Carlowitzer Frieden an war indessen die Macht des osmanischen Reiches gebrochen, und weder die durch den Belgrader Frieden erlangten Gebiets-Restitutionen, noch die Reformversuche Mahmuds II. (1808) und Abdul-Medschids wohlgemeinter Hattischerif von Gülhane (1839), noch die Aufnahme „Seiner Majestät des Kaisers der Ottomanen“ in den *concert européen* (1856), konnten seine fortschreitende Schwäche aufhalten. Algier (1830) und Griechenland (1832) sind für das osmanische Reich völlig verloren gegangen; Egypten ist ein erbliches Paschalik (1841) geworden; Montenegro trachtet sich als ein unabhängiger Staat (1835, 1852, 1862) zu behaupten; die Donaufürstenthümer: Moldau, Wallachei und Serbien haben zwar nicht aufgehört, tributäre Lehens-Provinzen des türkischen Reiches zu sein, jedoch sind sie in Folge der ihnen von den Sultanen zugestandenen und von den europäischen Mächten garantirten Autonomie, bezüglich

ihrer inneren Verwaltung von der Pforte ganz unabhängig. Auf der Insel Creta brach ein, deren Vereinigung mit dem Königreich Griechenland bezweckender Aufstand aus (1866—1867). Der ehemalige Barbareskenstaat Tunis endlich neigt sich gleichfalls dahin, seine exceptionelle staatsrechtliche Stellung gegenüber der Türkei nach Möglichkeit noch unabhängiger zu machen. — Andererseits suchten die europäischen Mächte das gänzliche Zusammenbrechen des türkischen Reiches zu verhindern: sie nahmen im Pariser Frieden vom 30. März 1856 die Türkei als Mitpaciscenten in das europäische Concert auf; deren Gebiet wurde durch die Abtretung eines Theiles des russischen Bessarabiens erweitert; das Gesammtterritorium durch einen besonderen Vertrag (1856) von Oesterreich, Frankreich und Grossbritannien garantirt.

Der gegenwärtige Sultan Abdul-Aziz folgte 1861 seinem Bruder Abdul-Medschid in der Regierung; er ist der erste Sultan, der eine Reise ausserhalb seiner Staaten unternahm, und Frankreich, England und Oesterreich besuchte (1867).

Nach den zwischen Oesterreich und der Pforte bestehenden alten Tractaten üben die k. k. diplomatischen Missionen und Consularbehörden im ganzen Umfange des türkischen Reiches die straf- und civilrechtliche Jurisdiction über die dortlands sich aufhaltenden österreichischen Unterthanen aus*).

Den österreichischen Unterthanen steht in der Türkei überhaupt das Recht auf den österreichischen Consularschutz hinsichtlich ihrer Person und ihrer Familie, ihres Eigenthums und des ungestörten Betriebes erlaubter Geschäfte (mit Steuerfreiheit für Person und Geschäft) zu; dann das Recht sich an beliebigen Orten der Türkei niederzulassen und sich von einem Orte zu dem anderen zu begeben; endlich das Recht des freien Cultus. Den türkischen Unterthanen in Oesterreich ist in Civilrechtssachen der privilegirte Gerichtsstand des k. k. Fiscus eingeräumt.

Die Capitulationen sichern insbesondere den beiderseitigen Unterthanen die Handelsfreiheit zum Betriebe des Grosshandels im Gebiete des anderen Staates zu, wo sie in dieser Beziehung auch stets wie die Unterthanen der anderern, meist begünstigten fremden Staaten behandelt werden sollen**).

Aus Reciprocitätsgründen ist den türkischen Unterthanen gegenüber österreichischen Erblassern die Erbfähigkeit benommen; auch ist

*) Mein Handbuch des in Oesterreich geltenden internationalen Privatrechtes, S. 26 u. ff.

**) Ebenda S. 123.

ihnen bis jetzt der Besitz unbeweglicher Güter in Oesterreich untersagt, doch sind wegen gegenseitiger Abschaffung dieser Beschränkung Verhandlungen im Zuge.

In der folgenden Aufzählung werden, der besseren Uebersicht wegen, die auf das Verhältniss Oesterreichs zur ottomanischen Pforte im Allgemeinen, oder zu den ihr unmittelbar unterthänigen Ländern sich beziehenden Verträge, abgesondert von denjenigen behandelt, welche die von der Pforte abhängigen Lehenstaaten, nämlich die Barbaresken, dann die Moldau, die Wallachei und Serbien betreffen *).

A. Unmittelbare Besitzungen des türkischen Reiches, oder das eigentliche osmanische Reich.

In Europa: Rumelien, Macedonien, Thessalien, Bulgarien, Bosnien, Herzegowina, Albanien, dann einige Inseln im ägeischen und mittelländischen Meere, unter diesen Candia (oder Creta) die grösste; in Asien: Natolien, Syrien mit dem dazu gehörigen Palästina, Mesopotamien, Turkomanien, ferner die zu Asien gezählten Inseln im mittelländischen Meere (Cypern, Rhodus u. a.); in Afrika: Egypten und Tripolis **).

Die theils auf das gesammte türkische Reich, theils auf die zu der ottomanischen Pforte im unmittelbaren Unterthansverbande stehenden Provinzen desselben sich beziehenden Verträge und andere Staatsacten sind: die Friedensschlüsse von Carlowitz (1699), Passarowitz (1718), Belgrad (1739) und Szistow (1791); die Verträge und Verordnungen über Handel, Mauth und Zoll (1719, 1725, 1747, 1768, 1770, 1784, 1806, 1808, 1820, 1825, 1833, 1838, 1839, 1840, 1843, 1844, 1862), über die Ausübung der tractatenmässigen Jurisdiction (1784, 1798, 1816, 1822, 1826, 1829, 1853, 1855, 1856, 1857, 1862), die Quarantäne-Anstalten (1805, 1839, 1840, 1853), das Passwesen (1822, 1835, 1847), die Einbürgerung türkischer Unter-

*) Montenegro, bis 1862 thatsächlich ein ganz unabhängiges Fürstenthum, hat in Folge des Krieges gegen die Türkei (1861—62) im Frieden von Cetinje (13. September 1862), zwar die Oberherrlichkeit der Pforte, aber doch nur principiell, anerkannt; S. Montenegro S. 247.

**) Die neueste administrative Eintheilung der türkischen Provinzen in „Eyalets, Livas, Cazas und Nahiyes“ s. im Gotha'schen *Annuaire diplomatique et statistique pour l'année 1868*.

thanen in Oesterreich (1786, 1815, 1816, 1834), die Auswanderungen (1837), die reciproke Besitz- und Erbunfähigkeit der beiderseitigen Unterthanen (1776, 1816), den Schutz der türkischen Minderjährigen in Oesterreich (1815), die Ausstellung von Notariats-Urkunden (1818), die Abhandlung türkischer Verlassenschaften (1840, 1852, 1854, 1864), die Grenzverhältnisse (1700, 1701, 1741, 1744, 1775, 1776, 1777, 1795, 1857), die Enclaven Klek und Suttorina (1833, 1863), die Verhältnisse von Egypten (1840, 1841, 1866, 1867), das Concursverfahren (1789, 1798), die Zeugenverhöre (1837), die Correspondenz der Behörden (1850), die Weideordnung (1855), die Verpflegung der mittellosen Kranken (1860), die Donauschifffahrt (1815, 1821, 1857, 1858, 1860, 1865), die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus (1841, 1856), das Postwesen (1844, 1860), das Passwesen (1822, 1823, 1826, 1835, 1847, 1850), den Telegraphen (1857, 1865).

1699. Friedensschluss zwischen dem Kaiser Leopold I. und dem Sultan Mustapha II. auf 25 Jahre *). Carlowitz, 26. Jänner 1699 (5. Schaaban 1111 **).

(Dumont, T. VII. P. II. p. 448 — im Auszug in der *Raccolta dei trattati*, p. 2.)

1700. Vergleich zwischen den Commissarien Ihrer römisch-kaiserlischen Majestät Kaisers Leopold I. und des türkischen Sultans Mustapha II., wegen der Grenzscheidung in Folge des Carlowitzer Friedens. Brod, 18. August 1700.

(*Rousset suppl.* T. II. T. I. p. 459 — Lunig, R. A. p. gen. Cont. II. p. 892.)

*) Vier Jahrhunderte lang gewährten die Osmanen den Ungläubigen bloss Capitulationen (Waffenstillstände) und keinen beständigen Frieden, und die Verewigung desselben fand so vielen Widerspruch, weil sie ausdrücklich wider den Sinn des islamitischen Gesetzes verstösst. (Hammer, IX. Bd. S. XXXIX.)

**) Ueber den Grund, warum hier auch vor dem Regierungs-Antritte Maria Theresia's geschlossene Staatsverträge aufgeführt werden, s. bei Spanien die Anmerkung zum Handelsvertrage vom Jahre 1725, S. 406.

Die vollständige Angabe der von Oesterreich mit der Pforte geschlossenen Verträge, von dem Friedensschlusse zwischen Ferdinand I. König von Ungarn, und dem Sultan Selim I., vom 14. Juli 1533 angefangen, s. in Meiner „Uebersicht der Staatsverträge Oesterreichs mit der osmanischen Pforte“ in der österreichischen Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft (herausgegeben von Kudler, Tomaschek und Stubenrauch) Jahrgang 1849, I. Bd. S. 225.

1701. Edict der kaiserlichen Commission, die Grenzscheidung nach dem Carlowitzer Friedensschlusse und die völlige Execution des letzteren betreffend. *In castris ad Pistram*, 5. März 1701.

(Lunig R. a. P. gen. Cont. II. p. 896 — Hammer, VII. 62.)

1711. Kaiserliches Manifest über den Friedensbruch des Sultans Achmed-Chan gegen den Kaiser. Wien, 22. Februar 1711.

(Dumont, T. VIII. P. I. p. 266.)

1718. Friedensschluss zwischen dem Kaiser Carl VI. und dem Sultan Achmed-Chan auf 24 Jahre. Passarowitz, 21. Juli 1718; kaiserliche Ratification: Wien, 16. August 1718 (28. Schaaban 1130).

(Dumont, T. VIII. P. I. p. 520.)

1718. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen denselben. Passarowitz, 27. Juli 1718; kaiserliche Ratification: Wien, 16. August 1718 (28. Schaaban 1130).

(Dumont, T. VIII. P. I. p. 528 — *Raccolta dei trattati*, p. 4 — Neumann, I. 1.)

1719. Oesterreichische Verordnung über den Handel mit der Türkei. Wien, 15. März 1719.

(*Codex austriacus*, T. III. p. 932.)

1725. Oesterreichische Verordnung über denselben Gegenstand. Wien, 4. April 1725.

(*Codex austriacus*, S. IV. p. 268.)

1736. Manifest des Kaisers gegen die Türken, mit den Belegen.

(Rousset, P. II. p. 573 bis 586.)

1739. Friedens-Präliminarien zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers Carl VI. und der Pforte. Im türkischen Lager vor Belgrad, den 1. September 1739 (27. Dschemasiul-ewwel 1152).

(Wenck, I. p. 316.)

1739. Convention zwischen dem General Schmettau, kaiserlichen Commandanten von Belgrad; Ali-Pascha, von der Pforte ernannten Commandanten von Belgrad; Grafen Neipperg, kaiserlichen Bevollmächtigten, und dem französischen Botschafter Marquis de Villeneuve, als Vermittler und Garanten, wegen Schleifung der Festungswerke von Belgrad, in Gemässheit der Friedens-Präliminarien. Im Lager des Grossvezirs, 7. September 1739 (3. Dschemasiul-achir 1152).

(Wenck, I. p. 323.)

1739. Definitiver Friedens-Tractat zwischen dem römischen Kaiser Carl VI. und der ottomanischen Pforte, auf 27 Jahre. Belgrad, 18. September 1739 (14. Dschemasiul-achir 1152); vom Kaiser ratificirt am 22. October; die Ratificationen ausgewechselt zu Belgrad, 5. November 1739.

(Ausführlich bei Wenck, I. 326, 362, 365 — Im Auszuge in der *Raccolta dei trattati*, p. 32, und bei Neumann, I. 9.)

1740. Convention zwischen Ihrer Majestät der Königin Maria Theresia und der ottomanischen Pforte, nach dem Belgrader Frieden. . . ., 20. August 1740 (Dschemasiul-ewwel 1153).

(Hammer, IX. 638.)

1741. Convention zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, und dem Sultan Mahmud-Chan, zur Erläuterung des Belgrader Friedens vom 18. September 1739. Constantinopel, 2. März 1741 (24. Silhidsche 1154).

(Wenck, I. 585.)

1741. Garantie Frankreichs zu vorstehender Convention vom 2. März 1741. Constantinopel, 1. Mai 1741 (14. Ssafer 1154).

(Testa, I. S. 487.)

1741. Abgrenzungs-Revers zwischen Oesterreich und der Pforte, längs der Save und Unna, in Folge der vorstehenden Convention vom 2. März 1741. Bonorcacz, 11. Mai 1741 (24. Ssafer 1154).

(Hammer, IX. 299, 638.)

1741. Abgrenzungs-Instrumente zwischen dem Banat und der Wallachei. . . ., 4. Juni 1741 (19. Rebiul-ewwel 1154).

(Hammer, IX. 300, 638.)

1741. Abgrenzungs-Revers zwischen Siebenbürgen und der Wallachei. Rui Wadului, 28. Juni 1741 (13. Rebiul-achir 1154).

(Hammer, IX. 300, 638.)

1744. Instrument, wegen der Final-Ausgleichung der Grenzstreitigkeiten an der Corrana und der Unna, zwischen Croatien und Bosnien. Constantinopel, 19. Jänner 1744 (11. Dschemasiul-achir 1210).

(Hammer, IX. 300.)

1747. Convention zwischen Sr. Majestät dem römischen Kaiser, Franz I., Grossherzog von Toscana, und dem Sultan Mahmud-Chan, durch welche der Belgrader Friedensschluss vom 18. September 1739 für immerwährend giltig erklärt wird, und die gegenseitigen Handelsbeziehungen neuerdings festgesetzt werden. Constantinopel, 25. Mai 1747 (15. Dschemasiul-ewwel 1160); ratificirt in Wien, 27. Juni; in Constantinopel, 27. Juli 1747 (20. Redscheb 1160).

(*Raccolta dei trattati*, p. 36 — Martens, S. I. 290.)

1753. Geheimer Artikel zwischen Oesterreich und Russland, die ottomanische Pforte betreffend (s. Russland).

1761. Friedens- und Handelsvertrag zwischen Preussen und der Pforte. Constantinopel, 22. März 1761.

(Martens, III. 194 — Wenck, III. 270.)

1768. Oesterreichisches Reglement über die Zulassung der türkischen Unterthanen zum Handel in Oesterreich. Wien, 16. Juni 1768.

(*Codex Austriacus*, T. IV. p. 1118 (conf. 1163) — Zimmerl, alphabetisches Handbuch, S. 519.)

1770. Oesterreichische Verordnung über die den türkischen Unterthanen eingeräumte Handelsfreiheit. Wien, 19. März 1779.

(*Codex Austriacus*, T. VI. p. 1317 (conf. 1345 bis 1346) — Zimmerl, alphabetisches Handbuch, S. 531.)

1771. Handels- und Friedens-Convention zwischen Oesterreich und der Pforte zum Schutze Oesterreichs, der Türkei und Polens wider Russland. Constantinopel, 6. Juli 1771; nicht ratificirt.

(Wenck, III. 820 — Martens, VI. 134 — Neumann, I. 129.)

1771. Subsidien-Convention Mustapha's III. mit Oesterreich. . . ., 6. Juli 1771 (2. Rebiul-ewwel 1183).

(Hammer, VIII. 376.)

1774. Friedens-Tractat zwischen Russland und der Pforte. Kutschuk-Kainardje (Klein-Kainardsche) bei Silistria, 10. (21.) Juli 1744 (20. Rebiul-achir 1186); ratificirt zu Constantinopel, 28. Jänner 1775 (s. Russland).

1775. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte über die Abtretung der Bukowina und über die Grenze zwischen Siebenbürgen und dem türkischen Gebiete. Constantinopel, 7. Mai 1775.

(Citirt im II. Artikel des Szistower Tractats von 1791 — Neumann, I. 173.)

1775. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit der türkischen Unterthanen, etwas von einem österreichischen Unterthanen durch Erbschaft zu erwerben.

(Allerhöchste Entschliessung vom 22. December 1775: Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd.)

1776. Oesterreichische Verordnung über die Erbunfähigkeit der türkischen Unterthanen in Oesterreich.

(Hof-Rescript vom 8. Jänner 1776: Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd. — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 68.)

1776. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte, über die Grenzbezeichnung der Bukowina als Erläuterung der Convention vom 7. Mai 1775. Constantinopel, 12. Mai 1776.

(Citirt im II. Artikel des Szistower Tractats von 1791 — Neumann, I. 199.)

1776. Convention zwischen den Commissären Oesterreichs und der Pforte zur Feststellung der Grenze der Bukowina. Palamutka, 2. Juli 1776.

(Neumann, I. 200.)

1776. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit der türkischen Unterthanen, Grundbesitz in Oesterreich zu erwerben.

(Hof-Rescript vom 23. October 1776: Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd. — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 62.)

1777. Grenzvertrag zwischen Oesterreich und der Pforte.

(Citirt bei Martens, *guide diplomatique*, T. II. p. 1224.)

1777. Auswechslung der Grenz-Convention zwischen Oesterreich und der Pforte. . . ., 2. Juli 1777.

(Citirt bei Martens, *guide diplomatique*, T. II. p. 1224.)

1783. Handels-Tractat zwischen dem Kaiser von Russland und der ottomanischen Pforte. Constantinopel, 17./21. Juni 1783.

(Martens, III. 615 — *Raccolta dei trattati*, 68 — Neumann, I. 296.)

1783. Sened der Pforte zu Gunsten der österreichischen Unterthanen gegen die Feindseligkeiten der drei Barbaresken-Staaten. Constantinopel, 8. August 1783 (9. Ramazan 1197).

(*Raccolta dei trattati*, p. 44; das Datum wird im Index dieser *Raccolta* mit 16. October, in der Vorrede aber mit 8. August 1783 angegeben — Neumann, I. 321.)

1784. Oesterreichische Verordnung, laut welcher das in jeder Provinz bestehende Landrecht den in dem Bezirke der Provinz befindlichen Unterthanen der ottomanischen Pforte, sie mögen als Kläger oder Beklagte auftreten, als die privilegirte Instanz zugewiesen ist. Wien, 20. März 1784.

(Hofdecret vom 5. April 1784: J. G. S. 272, S. 332.)

1784. Sened der Pforte, den Handel der österreichischen Unterthanen betreffend. Constantinopel, 24. Februar 1784 (2. Rebiul-achir 1198) sammt dem bezüglichen Ferman vom Mai 1784 (Redscheb 1298 *).

(*Raccolta dei trattati*, p. 50 — Handlungsverständnisse zwischen dem kaiserlichen Hofe und der ottomanischen Pforte. Wien, 1715 bei Hartl — Martens, II. 511, III. 720, IV. 458 - Neumann, I. 332.)

1786. Oesterreichische Verordnung über die Einbürgerung ottomanischer Unterthanen in Oesterreich. Wien, 16. Jänner 1786.

(P. G. S. 1786, 33.)

*) In diesem Sened ist (Art. V) den Oesterreichern die gleiche Berechtigung mit den andern meist begünstigten, in der Türkei handeltreibenden Nationen zugesichert. Es ist demnach bei Beurtheilung der österreichischen Handelsverhältnisse in der Türkei auch die Kenntniss der von der Pforte mit den übrigen Nationen geschlossenen Handelsverträge nöthig. Ein vollständiges Verzeichniss aller Capitulationen, Friedensschlüsse, Handelsverträge und anderen Tractate des osmanischen Reiches, von der Gründung desselben bis zum Frieden mit Russland zu Kainardsche im Jahre 1774, findet man in „Joseph von Hammer's Geschichte des osmanischen Reiches" IX. Bd. S. 277; die späteren in den bekannten Werken von Martens und Murhard. — Auch sehe man in dieser Beziehung die bereits mehrmals citirte *Raccolta dei trattati e delle principali convenzioni concernenti il commercio e la navigazione dei Sudditi austriaci negli Stati della Porta Ottomana*. Wien, k. k. Staatsdruckerei, 1844.

1788. Kriegserklärung Oesterreichs an die Pforte. . . ., 1788.
(Martens, II. 12, 225; nur als Regest.)

1789. Oesterreichische Verordnung über die Gleichstellung ottomanischer und österreichischer Unterthanen in Concursfällen.
(Hofdecret vom 4. Juni 1789: J. G. S. 1915.)

1790. Verhandlungen zu Reichenbach (s. Grossbritannien und Preussen).

1790. Waffenstillstand zwischen Oesterreich und der Pforte. Giurgewo, 19. September 1790.
(Martens, IV. 571 — Neumann, I. 431.)

1791. Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Leopold II. und der Pforte, unter Vermittlung Grossbritanniens, Preussens und der niederländischen Generalstaaten. Szistow, 4. August 1791.
(*Raccolta dei trattati*, p. 167 — Martens, V. 18, 28, 29 — Neumann, I. 454.)

1792. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Jassy (s. Russland).

1795. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte, über die Berichtigung der Grenze Croatiens in Folge des Szistower Friedens., 28. September 1795.
(Martens, II. 1226; nur als Regest.)

1798. Oesterreichische Verordnung, nach welcher die Rechtsgeschäfte der türkischen Unterthanen auch in Concursfällen vor die k. k. Landrechte gehören.
(Hofdecret vom 8. Juni 1798: J. G. S. 419.)

1802. Accession der Pforte zum Tractat von Amiens (s. Grossbritannien).

1803. Ferman der Pforte über das unredliche Benehmen türkischer Unterthanen in Wechselsachen. Constantinopel, Mitte Mai 1803 (Ende Moharrem 1218).
(Hofdecret vom 8. December 1803: J. G. S. 637.)

1805. Oesterreichisches Patent über die Vorschriften zur Hintanhaltung der Pest. Wien, 21. Mai 1805 *).
(J. G. S. 1805, 731, S. 55.)

1806. Oesterreichische Verordnung über die Handelsrechte der türkischen Unterthanen in Oesterreich.
(Hofkammer-Decret vom 26. Juli 1806 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 236.)

*) Die zahlreichen Pestvorschriften sehe man bei „Kudler, Erklärung des Strafgesetzbuches über schwere Polizeiübertretungen" §. 147; — s. ferner die unten vorkommende Verordnung vom 10. November 1853.

1808. Oesterreichische Verordnung über die türkischen Grosshändler.

(Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1808 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 10.)

1812. Friedens-Tractat zwischen Russland und der Pforte, geschlossen zu Bukarest (s. Russland).

1815. Oesterreichische Verordnung wegen Bestellung eines Vormundes für minderjährige Kinder der im Oesterreichischen sterbenden türkischen Unterthanen.

(Hofdecret vom 22. April 1815: J. G. S. 1144, S. 268.)

1815. Grossherrlicher Ferman an die Vezire und Oberbefehlshaber an dem Ufer der Donau sowohl, als an die Oberrichter, Richter, Mauthner und sämmtliche türkische Behörden und Gerichtsbarkeiten, zur Sicherung der österreichischen Donauschifffahrt. Constantinopel, in den ersten Tagen des Monats Rebiul-achir 1230.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1815: P. G. S. Bd. 43, S. 259.)

1815. Oesterreichische Verordnung, bezüglich der Ertheilung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Rajas.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1815: P. G. S. Bd. 43, S. 372.)

1816. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit türkischer Unterthanen zum Besitze von Realitäten in Oesterreich.

(Hofdecret vom 24. Februar 1816: J. G. S. 1214, S. 327.)

1816. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die türkischen Unterthanen im Fiumaner und Istrianer Bezirke.

(Hofdecret vom 4. Mai 1816: J. G. S. 1240, S. 347.)

1816. Oesterreichische Verordnung über die Aufnahme der türkischen Unterthanen in den österreichischen Staatenverband durch die politischen Behörden, statt des niederösterreichischen Landrechtes.

(Hofdecret vom 14. December 1816: J. G. S. 1302, S. 412.)

1818. Oesterreichische Verordnung, bezüglich der Giltigkeit der in den ottomanischen Ländern ausgestellten Notariats-Urkunden.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1818: J. G. S. 1436, S. 16.)

1820. Oesterreichische Verordnung über die Protokollirung der Handlungsfirmen türkischer Unterthanen.

(Hofdecret vom 25. August 1820: J. G. S. 1692, S. 234.)

1821. Circularnote der Pforte an die fremden Gesandten, über die Durchsuchung der fremden Schiffe, aus Anlass wallachischer und moldauischer Umtriebe. Constantinopel, 29. März 1821 (25. Djemeziulewwel 1236).

(Testa, I. S. 233.)

1821. Antwort des k. k. österreichischen Internuntius auf vorstehende Note. Constantinopel, 5. April 1821 (3. Redjab 1236).

(Testa, I. 237.)

1822. Befehl der ottomanischen Pforte, dass jeder Reisende sich bei dem Eintritte in das ottomanische Gebiet mit einem besonderen türkischen Passierscheine (Teskere) zu versehen habe.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1822: P. G. S. Bd. 50, S. 42.)

1822. Oesterreichische Verordnung, die Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechts zu Rovigno, über die in dessen Bezirke sich aufhaltenden türkischen Unterthanen betreffend. Wien, 25. Mai 1822.

(Hofdecret vom 3. Juni 1822: J. G. S. 1867, S. 107.)

1823. Oesterreichische Verordnung über die Pässe der türkischen Unterthanen. Wien, 11. September 1823.

(Meine „Behandlung der Ausländer in Oesterreich," S. 237.)

1825. Oesterreichische Verordnung, wegen Einführung des allgemeinen Zollsystems auch gegen die türkische Grenze. Wien, 15. Juni 1825.

(Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1825: P. G. S. Bd. 53, S. 175 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1825, Notizenblatt, S. 291.)

1826. Oesterreichische Verordnung, wegen Evidenzhaltung der türkischen Unterthanen durch die Landrechte. Wien, 5. Februar 1826.

(Hofdecret vom 18. Februar 1826: J. G. S. 2165, S. 6.)

1826. Oesterreichische Verordnung über die Gerichtsbarkeit der Militärgerichte bezüglich durchreisender Türken.

(Hofkriegsraths-Verordnung vom 28. Juni und 14. November 1826: M. G. S. 88 und 135, S. 318 und 375.)

1826. Vertrag zwischen Russland und der ottomanischen Pforte, bezüglich der Donaufürstenthümer, geschlossen zu Akermann (s. Russland).

1826. Oesterreichische Verordnung, die Ausfertigung der Pässe für die türkischen Unterthanen durch die niederösterreichische Regierung, und die Zuweisung der Handels- und Wechselstreitigkeiten türkischer Unterthanen an das niederösterreichische Merkantil- und Wechselgericht betreffend. Wien, 27. October 1826.

(J. G. S. 1826, 2258, S. 52 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1826, Notizenblatt, S. 52.)

1829. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Gerichtsbarkeit der k. k. Merkantil- und Wechselgerichte über osmanische Unterthanen.

(Hofdecret vom 10. April 1829: J. G. S. 2391, S. 148.)

1829. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Adrianopel (s. Russland).

1832. Vertrag über die endliche Berichtigung der griechischen Angelegenheiten, und über die Wahl des Oberhauptes des neuen griechischen Staates, abgeschlossen zwischen Frankreich, Grossbritannien und Russland einerseits, und Baiern andererseits (s. Griechenland).

1832. Organisches Gesetz über die Fürstenthümer Moldau und Wallachei (s. diese).

1833. Friedens-Tractat zwischen Russland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Constantinopel (Hunkiar-Iskelessi, s. Russland).

1833. Note des k.k. österreichischen Internuntius an den Reis-Efendi, wegen Abtretung der türkischen Enclaven in Dalmatien, Klek und Suttorina, an Oesterreich. Constantinopel, 18. Februar 1833.

(Samwer, XV. 472.)

1834. Oesterreichische Verordnung über die Einbürgerung ottomanischer Unterthanen in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834: P. G. S. Bd. 62, S. 98 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 27.; auch bezüglich der früheren, diesen Gegenstand betreffenden Verordnungen.)

1835. Oesterreichische Verordnung, inwieferne die in der Türkei ohne österreichische Pässe sich aufhaltenden österreichischen Unterthanen als befugt Abwesende zu betrachten sind.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835: P. G. S. Bd. 63, S. 219 — Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1835: J. G. S. 1835, 27, S. 11.)

1837. Oesterreichische Verordnung, über die Zeugengebühren bei Vorrufung von Zeugen aus dem türkischen Gebiete in Criminal-Angelegenheiten vor die dalmatinischen Gerichte. Wien, 3. März 1837.

(J. G. S. 1837, 180, S. 115).

1837. Oesterreichische Verordnung über die Behandlung der nach der Türkei ausgewanderten Juden.

(Hofkammer-Decret vom 7. August 1837, 36.463 — Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837: P. G. S. Bd. 65, S. 47 — Meine „Behandlung der Ausländer," S. 241.)

1838. Handelsvertrag zwischen der Pforte und Grossbritannien. Balta-Liman bei Constantinopel, 16. August 1838.

(*Raccolta dei trattati*, p. 172 — Neumann, IV. 403.)

1838. Handelsvertrag zwischen der Pforte und Frankreich. Constantinopel, 25. September 1838 *).

(Martens, S. XIX. 861.)

1838. Hattischerif des Sultans, mit dem neuen organischen Statut für das Fürstenthum Serbien. Constantinopel, Mitte Schewwal 1253 (December 1838).

(Ranke, S. 351).

*) Ausdehnung dieser beiden Handelsverträge auf Oesterreich; siehe unten, 1839.

1839. Organisches Reglement des Gesundheitsrathes zu Constantinopel, über die Provenienzen zur See. Constantinopel, 10. Juni 1839.
(Martens, S. XX. 920.)

1839. Erklärung der k. k. österreichischen Internuntiatur, über den provisorischen Beitritt Oesterreichs zu dem englisch-türkischen und dem französisch-türkischen Handels-Tractate vom J. 1838. Constantinopel, 27. August 1839.
(*Raccolta dei trattati*, p. 194 — Neumann, IV. 410.)

1839. Erwiderung der Pforte an die k. k. Internuntiatur wegen der Anwendung der Bestimmungen des englisch-türkischen und des französisch-türkischen Handelsvertrages auf den Verkehr Oesterreichs mit der Türkei, insbesondere mit den Donaufürstenthümern, Bosnien und der Herzegowina *). Constantinopel, 21. August 1839 (13. Schaaban 1255).
(*Raccolta dei trattati*, p. 198 — Neumann, IV. 411.)

1840. Organisches Reglement des Gesundheitsrathes zu Constantinopel, betreffend die Provenienzen zur See. Constantinopel, 27. Mai 1840.
(Murhard, n. r. I. 115).

1840. Oesterreichische Verordnung über die Abhandlung der Verlassenschaften der in Oesterreich sterbenden türkischen Unterthanen. Wien, 24. Juni 1840**).
(Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840: J. G. S. 1840, 453, S. 514 — P. G. S. Bd. 68, S. 272.)

1840. Quadrupel-Allianz zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einerseits und der Pforte andererseits, die Pacificirung der Levante und die Beilegung der Differenzen mit dem Pascha von Egypten betreffend. London, 15. Juli 1840; die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 15. September 1840***).
(Murhard, n. r. I. 156, 538; II. 127 — Neumann, IV. 453.)

*) Die verschiedenen Vezirialschreiben wegen Beibehaltung der früheren Mauthbestimmungen gegenüber von Oesterreich, s. 1843, 1844.

**) S. jedoch unten die Vorschriften vom 17. December 1852 und 15. Juni 1853.

***) Die früheren Verhandlungen über das Verhältniss des Statthalters von Egypten, Mehmed-Ali, zur Pforte, sehe man bei „Martens", S. XX. 10, 108 und „Murhard", III. 28, 94; — die auf den Quadrupel-Tractat bezügliche diplomatische Correspondenz bei „Murhard," n. r. I. 164 bis 206; dann die officielle Bekanntgebung des Tractats an die deutsche Bundesversammlung in der Bundessitzung vom 12. November 1840, ebenda Seite 538.

1840. Handelsvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zollvereins (s. Deutschland, S. 87) und der Pforte. Constantinopel, 10./22. October 1840.

(Martens et Cussy, V. 78.)

1841. Conferenz der Bevollmächtigten Oesterreichs, Grossbritanniens, Preussens, Russlands und der ottomanischen Pforte, über die orientalischen Angelegenheiten. London, 10. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 126 — Neumann, IV. 464.)

1841. Convention zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Preussen, und Russland einerseits und der Pforte andererseits, wegen Festhaltung des Grundsatzes, dass den fremden Kriegsschiffen zu Friedenszeiten die Durchfahrt durch die Meerenge der Dardanellen und des Bosphorus untersagt sein soll. London, 13. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 126—128.)

1843. Vezirialschreiben an den Muschir von Bosnien und den Gouverneur der Herzegowina, wegen Beobachtung der Mauthbestimmungen der alten Handels-Tractate Oesterreichs mit der Pforte. Constantinopel, 26. November 1843 (4. Zilkidé 1259).

(*Raccolta dei trattati*, p. 202 — Neumann, IV. 411.)

1843. Vezirialschreiben an den Hospodar der Wallachei, denselben Gegenstand betreffend (s. Wallachei).

1844. Dessgleichen an den Fürsten von Serbien (s. Serbien).

1844. Bestimmungen über die Aufhebung des Frankatur-Zwanges bei den Correspondenzen aus Oesterreich über Belgrad nach Constantinopel. Wien, 30. Jänner 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hofpostverwaltung, 4. Bd. S. 104.)

1844. Note des Staatskanzlers Fürsten Metternich an die französische und die englische Regierung, wegen Revidirung des türkischen Zolltarifs. Wien, März 1844; Antwort des englischen Ministeriums: Whitehall, 17. April 1844.

(Murhard, n. r. VII. 587.)

1844. Bestimmungen über die Aufhebung des Frankatur-Zwanges bei den zur See beförderten Correspondenzen aus Oesterreich nach der Levante. Wien, 26. Juni 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hofpostverwaltung, 4. Bd. S. 270.)

1847. Verordnung der k. k. Internuntiatur, betreffend die Reise- und Aufenthaltsurkunden österreichischer Unterthanen in der Türkei. Constantinopel, 3. August 1847.

(Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1847, Gesetzchronik 60.)

1850. Erlass des k. k. Justizministeriums, betreffend die Correspondenz der k. k. Gerichtsbehörden mit den k. k. Gesandtschaften oder Consulaten, namentlich in der Türkei. Wien, 14. October 1850.

(R. G. B. 393, S. 1812).

1851. Circular der k. k. Central-Seebehörde in Triest, über die Zollbehandlung im Handelsverkehr Oesterreichs mit Bosnien und mit der Herzegowina. Triest, 31. October 1851.

(*Annuario marittimo* 1853, S. 374 u. ff.)

1852. Vorschriften über die Abhandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen (in der Instruction für das gerichtliche Verfahren ausser Streitsachen in Ungarn, Croatien, Slawonien, der serbischen Woiwodschaft und dem Temeser Banat, s. 139 bis 141). Wien, 17. December 1852.

(R. G. B. 263, S. 1170.)

1853. Correspondenz des k.k. österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, Grafen Leiningen, mit dem osmanischen Minister des Aeussern, Fuad-Efendi, über die Forderungen Oesterreichs an die Pforte. Constantinopel, Februar 1853.

(Augsburger allgemeine Zeitung 1853, 118, 19. April.)

1853. Correspondenz des österreichischen Cabinets mit der Pforte in Betreff der Enclaven Klek und Suttorina in Dalmatien.

(Samwer, XV. 195 bis 476.)

1853. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wegen Einführung der obcitirten Instruction über das gerichtliche Verfahren ausser Streitsachen vom 17. December 1852, auch in Siebenbürgen. Wien, 15. Juni 1853.

(R. G. B. 109, S. 577.)

1853. Verordnung des k. k. Justizministeriums über die Bestrafung der Vergehen gegen die Pestanstalten. Wien, 10. November 1853.

(R. G. B. 240, S. 1229.)

1854. Staatsacten aus Anlass des russisch-türkischen Krieges (s. Frankreich).

1854. Instruction der türkischen Regierung an ihre General-Commandanten, Gouverneure etc., wegen eventueller Aufnahme kaiserlich-österreichischer Interventionstruppen auf türkischem Gebiete, zum Schutze wider den griechischen Aufstand und die Montenegriner.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 9. Juni 1854.)

1854. Depeschen an den Gouverneur von Bosnien, betreffend die eventuelle Einrückung der österreichischen Truppen in die Herzogowina zum Schutze gegen die Montenegriner. Bujukdere, 14. Juni 1854 (10. Ramazan 1270).

(Wiener Zeitung vom 2. Juli — Augsburger allgemeine Zeitung vom 1. Juli 1854.)

1854. Convention zwischen Oesterreich und der ottomanischen Pforte, zur Bewerkstelligung der Räumung der Donaufürstenthümer von Seite der russischen Armee und zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes. Bojadschi-Köy bei Constantinopel, 14. Juni 1854; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien, am 3. Juli 1854.

(R. G. B. 179, S. 737.)

1854. Vorschriften über die Behandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen in Oesterreich (im kaiserlichen Patent über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten ausser Streitsachen, vom 9. August 1854, §. 141 bis 144).

(R. G. B. 208, S. 872.)

1855. Kaiserlich-österreichische Verordnung, betreffend die Ausübung der Civilgerichtsbarkeit über die österreichischen Unterthanen und Schutzgenossen im osmanischen Reiche. Wien, 29. Jänner 1855.

(R. G. B. 23, S. 225.)

1855. Oesterreichische Ministerialverordnung mit den Vollzugs-Vorschriften zur vorstehenden kaiserlichen Verordnung vom 29. Jänner 1855. Wien, 31. März 1855.

(R. G. B. 58, S. 383.)

1855. Vertragsmässig zwischen der kaiserlich-österreichischen Regierung und der osmanischen Pforte vereinbarte Weideordnung für die österreichischen Schafhirten in Bulgarien. Constantinopel, 7. Februar 1855; ratificirt daselbst unterm 9. Februar und in Wien unterm 26. Mai 1855; kundgemacht mit Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 1. Juli 1855.

(R. G. B. 112, S. 509.)

1856. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Sardinien und der Türkei, zur Herstellung des Friedens und zur Sicherung der Integrität der Türkei; sammt darauf bezüglichen besonderen Staatsverträgen, in Betreff der Dardanellen, der Neutralisirung des schwarzen Meeres u. s. w., dann dem Garantirungs-Tractate und der Declaration über die Rechte der Neutralen im Seekriege (s. Frankreich).

1856. Verordnung des k. k. Justizministeriums in Bezug auf die Competenz der österreichischen Consulargerichte in der Levante zur Verhandlung und Entscheidung von Widerklagen wider fremde Staats-

angehörige, und auf die Zulässigkeit der Execution der von fremden Consulaten wider österreichische Unterthanen und Schutzgenossen im Wege der Widerklage gefällten Urtheile. Wien, 20. Juni 1856.

(R. G. B. 112, S. 349.)

1856. Verordnung desselben über den Geschäftsverkehr zwischen den k. k. Gerichten erster Instanz und den k. k. Consularämtern in der Türkei in Strafsachen, wegen Vermittlung der Correspondenz mit den türkischen Behörden. Wien, 27. October 1856.

(R. G. B. 202, S. 722.)

1857. Vertrag zwischen Oesterreich und der Türkei zur Regelung des telegraphischen Verkehrs. Constantinopel, 21. Jänner 1857; die Ratificationen zu Wien ausgewechselt am 4. Juli 1857.

(R. G. B. 191, S. 529.)

1857. Oesterreichische Ministerialverordnung mit Vorschriften für die k. k. Consularämter in der Türkei, in Betreff der staatsbürgerlichen Verhältnisse der im türkischen Reiche befindlichen österreichischen Unterthanen und Schutzgenossen. Wien, 2. December 1857.

(R. G. B. 234, S. 908.)

1857. Staatsvertrag zwischen den fünf Grossmächten, Sardinien und der ottomanischen Pforte, betreffend die Grenze zwischen Russland und der Türkei in Bessarabien, das Donau-Delta und die Schlangen-Inseln (s. Frankreich).

1857. Donauschifffahrtsacte vom 7. November 1857 zwischen Oesterreich, Baiern, der Türkei und Württemberg (s. Baiern).

1858. Vollzugsverordnung vom 29. Jänner 1857 zur vorstehenden Donauschifffahrts-Acte (s. Baiern).

1858. Staatsvertrag zwischen den Grossmächten, Sardinien und der Türkei, bezüglich der Wallachei und der Moldau (s. Frankreich).

1860. Reglement über die Schifffahrtspolizei auf der Donau (siehe Frankreich).

1860. Convention zwischen den Grossmächten und der Türkei, wegen Unterdrückung der Unruhen in Syrien (s. Frankreich).

1860. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern an sämmtliche Länderstellen, wornach in Beobachtung der Reciprocität für die in den österreichischen Spitälern verpflegten mittellosen türkischen Unterthanen kein Ersatz der Verpflegskosten anzusprechen ist. Wien, 23. März 1860.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1860. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen Postexpedition in Alexandrien und der Direction der Gesellschaft *Posta europea* ebendort, zur Regelung des Correspondenzverkehrs. Alexandrien, 7. Juli 1860.

(Registratur des k. k. Handelsministeriums.)

1861. Reglement über die Verwaltung des Libanon (citirt in dem Protokolle vom 6. September 1864, s. unten).

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung, wodurch die Ausübung der Civilgerichtsbarkeit in erster Instanz über österreichische Staatsangehörige und Schützgenossen im osmanischen Reiche auch dem k. k. Viceconsulate in Adrianopel übertragen, und bestimmt wird, dass der Rechtszug gegen dessen Entscheidungen an das k. k. Oberlandesgericht in Triest stattfindet. Wien, 17. Jänner 1862.

(R. G. B. 8, S. 25.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung betreffend den Rechtszug gegen Entscheidungen der k. k. Consulargerichte in der Moldau und Wallachei, in Bulgarien, Serbien und Bosnien, in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten. Wien, 7. Februar 1862.

(R. G. B. 12, S. 31.)

1862. Convention zwischen den Bevollmächtigten der österreichischen, ottomanischen, rumänischen und serbischen Telegraphen-Administrationen, über den internationalen Telegraphendienst. Temesvár, 16. Juni 1864.

(*Archives diplomatiques* 1863, III. 155.)

1862. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und der Türkei, sammt dazu gehöriger Additional-Acte. Constantinopel, 22./10. Mai 1862; die beiderseitigen Ratificationen daselbst ausgewechselt am 6. Juli 1862.

(R. G. B. 42, S. 93.)

1863. Staatsvertrag wegen Ablösung des Scheldezolles (siehe Belgien).

1864. Verordnung des k. k. Ministeriums des Aeussern, über die Gebührenbemessung bei Verlassenschafts-Abhandlungen durch die k. k. Consulate im türkischen Reiche. Wien, 31. December 1864.

(Verordnungsblatt des k. k. Finanzministeriums vom J. 1865, S. 13.)

1864. Protokoll der Repräsentanten der Grossmächte und der Türkei, über ein neues Reglement, die Verwaltung des Libanon betreffend. Constantinopel, 6. September 1864.

(*Archives diplomatiques* 1865, I. 392.)

1864. Provisorisches Schifffahrts-Reglement für die untere Donau (s. Frankreich).

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der türkischen Telegraphen-Administration auf Grundlage des Artikels 59 des internationalen Pariser Vertrages vom J. 1865 (s. Frankreich). Constantinopel, 22. November; Wien, 8. December 1865.

(Telegraphen-Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1865. Schifffahrts-Acte für die Donaumündungen vom 9. November 1865 (s. Frankreich).

1866. Ratificirungsprotokoll hiezu (s. Frankreich).

1866. Beitritt der kaiserlich-türkischen Regierung zur Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz.)

1866. Kaiserliches Iradé an den Pascha von Egypten, mit der Bestimmung, dass wenn derselbe keine directe männliche Descendenz hinterlässt, das Paschalik an seinen ältesten Bruder, und in Abgang desselben an das älteste Kind des ältesten der Brüder des Erblassers übergehen soll., 27. Mai 1866 (12. Moharrem 1283).

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 170.)

1866. Constitutionelles Statut für Egypten, November 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 231.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Gesetz über das den Ausländern eingeräumte Recht, in der Türkei unbewegliches Eigenthum zu besitzen. Constantinopel, 18. Juni 1867 (7. Sepher 1284) *).

(*Archives diplomatiques* 1867, IV. 1419.)

1867. Uebereinkommen zwischen den Telegraphenverwaltungen Oesterreichs, der Türkei und Serbiens, über die Benützung der Telegraphendrähte. Constantinopel, 30. Mai, 11. Juni 1867.

(„Correspondenzen des k. k. Ministeriums des Aeussern," I. 1868, Seite 19.)

1867. Telegraphen-Uebereinkommen vom 12. September 1867 (s. Frankreich).

1868. Beitritt auch der asiatischen Türkei zum internationalen Telegraphenvertrage (s. Frankreich, S. 159, Anmerkung).

B. Von der Türkei abhängige, mittelbare, der Pforte tributpflichtige Staaten.

a) Die Donaufürstenthümer Moldau und Wallachei.

(Bis 1861 zwei getrennte Fürstenthümer, sohin unter Einem Hospodar zu Einem Fürstenthum „Rumänien" vereint.)

Bis in die neueste Zeit waren die Moldau und die Wallachei, jede als besonderes Land durch von der Pforte bestellte Hospodare regiert; im Frieden von Adrianopel (1829) wurden sie unter den poli-

*) Die Anwendbarkeit der Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Unterthanen der Mächte, mit denen Capitulationen bestehen, wurde vorerst noch der Erklärung dieser Mächte vorbehalten; worüber Verhandlungen im Zuge sind.

tischen Schutz Russlands gestellt, welches jedem der Fürstenthümer (1834) ein organisches Statut gab. Der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 machte, indem er die beiden Fürstenthümer unter den Schutz der sämmtlichen Paciscenten dieses Vertrages stellte, der seit dem Adrianopler Frieden bestandenen ausschliesslichen russischen Protection ein Ende. Der Pariser Vertrag vom 19. August 1858 versprach ihnen in ihren innern Angelegenheiten Autonomie unter ihren Hospodaren. Aber die beiden Versammlungen zu Jassy und Bukurest wählten denselben Hospodar, Cusa, zum Fürsten der vereinigten Fürstenthümer, und diese Wahl wurde von der Pforte und den übrigen Contrahenten des Pariser Friedens, so wie (1861) auch die administrative und legislative Union der Fürstenthümer, für die Regierungsdauer Cusa's anerkannt. Die Verträge der europäischen Mächte mit der Pforte sollen übrigens auch in den Fürstenthümern fortan in Kraft bleiben. Im Jahre 1864 wurde die Verfassung der Fürstenthümer neu geregelt. Durch eine Militär-Revolution ward Fürst Cusa im Februar 1866 vertrieben, und am 20. April 1868 Prinz Carl von Hohenzollern-Sigmaringen als Fürst von Rumänien, Carl I., proclamirt. Am 23. October 1866 wurde er als solcher sogar mit dem Rechte der Erblichkeit für seine directen männlichen Nachkommen von dem Sultan anerkannt.

Unbeschadet der Abhängigkeit der Donaufürstenthümer von der ottomanischen Pforte, sind im Kreise der ihnen zustehenden administrativen Autonomie auch directe Vereinbarungen zwischen denselben und der k. k. österreichischen Regierung eingegangen, und das beiderseitige Interesse berührende Vorschriften erlassen worden. Dieses gilt in Betreff der Auslieferung der Deserteurs und Vagabunden (1838, 1842, 1865), der Ausnahme von der Erbs- und Besitzunfähigkeit (1821, 1865), der Vergütung der Verpflegskosten (1820, 1859), dann bezüglich des Handels- (1784) und des Telegraphen-Verkehrs (1862, 1865, 1867). Bemerkenswerth sind noch die Ferman- und Vezirialschreiben der Pforte an die Hospodare, den österreichischen Handel (1784, 1795, 1839, 1843), und das Weiderecht der Siebenbürger (1786) betreffend; endlich die österreichischen Verordnungen über den Instanzenzug der Consulargerichtsbarkeit (1855, 1860, 1862, 1865).

1718. Friedenstractat von Passarowitz, kraft dessen ein Theil der Wallachei bei Oesterreich verbleibt (s. Türkei).

1739. Friedenstractat von Belgrad, kraft dessen die österreichische Wallachei wieder an die Türkei abgetreten wird (siehe Türkei, S. 419).

1741. Instrumente über die Grenzregulirung zwischen dem Banat, Siebenbürgen und der Wallachei, in Folge des Belgrader Friedens (s. Türkei, S. 420).

1775. Convention über die Abtretung der zur Moldau gehörigen Bukowina an Oesterreich und über die Grenze zwischen Siebenbürgen und dem türkischen Gebiete (s. Türkei, S. 421).

1776. Erläuternde Conventionen hierüber (s. Türkei, a. a. O.).

1783. Befehl des Sultans an den Hospodar der Wallachei, die Aufnahme eines österreichischen Geschäftsträgers betreffend. Constantinopel, 16. October 1783 (Silkidé 1191).

(Martens, III. 278 — Neumann I. 325.)

1784. Chrisovol des Fürsten der Moldau an die armenischen Handelsleute, welche österreichische Unterthanen sind. Jassy, 9. März 1784.

(Martens, III. 292 — Neumann, I. 337.)

1784. Ferman der Pforte an den Fürsten der Wallachei, den Handel der österreichischen Unterthanen betreffend. Constantinopel, Ende Mai 1784.

(*Raccolta dei trattati*, S. 62 — Neumann, I. 340.)

1786. Ferman der Pforte an den Fürsten der Wallachei, das Weiderecht der siebenbürgischen Schafhirten betreffend. Constantinopel, 4. October 1786 (Ssafer 1201).

(*Raccolta dei trattati*, S. 152 — Neumann I. 407.)

1795. Ferman des Sultans Selim III. an den Woywoden der Moldau, die Handelsprivilegien der Oesterreicher betreffend. Constantinopel, 1795 (Mitte Schewal 1210).

(*Raccolta dei trattati*, S. 146 — Neumann, I. 515.)

1815. Grossherrlicher Ferman zur Sicherung der österreichischen Donau-Schifffahrt (s. Türkei, S. 424).

1820. Oesterreichische Verordnung über die nach der Moldau stattfindende Vermögens-Freizügigkeit.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1820: J. G. S. 1651, S. 194.)

1821. Oesterreichische Verordnungen, durch welche die Einwohner der Moldau von der bezüglich der Türkei in Oesterreich bestehenden Erbunfähigkeit ausgenommen werden.

(Hof-Decrete vom 4. Februar und vom 6. April 1821: J. G. S.)

1821. Correspondenz zwischen der Pforte und Oesterreich wegen Durchsuchung fremder Schiffe (s. Türkei, S. 424).

1826. Staatsvertrag zwischen Russland und der ottomanischen Pforte bezüglich der Donaufürstenthümer, geschlossen zu Akerman (s. Russland).

1829. Friedens-Tractat zwischen denselben, geschlossen zu Adrianopel (s. Russland).

1822. Organisches Gesetz über die Fürstenthümer Moldau und Wallachei *).

1838. Uebereinkommen zwischen den zu Sr. k. k. apostolischen Majestät Staaten gehörigen Königreichen Galizien und Lodomerien, und dem Grossfürstenthume Siebenbürgen einerseits, dann dem Fürstenthume Moldau andererseits, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und Vagabunden. Jassy, 15. April 1838.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1838: P. G. S. Bd. 66, S. 215.)

1838. Handelsvertrag von Balta-Liman, zwischen der Pforte und Grossbritannien, und von Constantinopel zwischen der Pforte und Frankreich (s. Türkei, S. 426).

1839. Anwendung der Bestimmungen dieser Tractate im Handelsverkehr Oesterreichs mit der Türkei, und insbesondere mit der Moldau und Wallachei, mit Serbien, Bosnien und der Herzegowina (siehe Türkei, S. 427).

1842. Ferman des Sultans über die Absetzung des Fürsten der Wallachei Alexander Ghika; kundgemacht zu Bukarest am 4. September 1842.

(Murhard, n. r. III. 603.)

1842. Uebereinkommen zwischen dem zu Sr. k. k. apostolischen Majestät Staaten gehörigen Grossfürstenthume Siebenbürgen und dem Fürstenthume Wallachei, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militär-Deserteurs und Vagabunden. Bukarest, 14. October; Hermannstadt, 27. November 1842.

(Gedrucktes Exemplar aus der k. k. Staatsdruckerei.)

*) Das organische Gesetz ist die, während der Besetzung der Donaufürstenthümer durch die russischen Truppen im Jahre 1829—1830, von einer Commission moldauischer und wallachischer Bojaren unter dem Vorsitze des damaligen russischen General-Consuls, Staatsrathes Minciaky, bearbeitete Landesverfassung, welche in Petersburg einer Revision unterzogen, sodann von den beiden Schutzmächten, Russland und der Türkei, genehmigt und bestätigt wurde, und seit 1832 in den beiden Fürstenthümern als Landesgesetz eingeführt worden war. Im Druck erschien dieses Gesetz für die Moldau in moldauischer Sprache zu Jassy im Jahre 1837, mit Hinweglassung des I. Hauptstückes, das von dem Staatsrechte und der Wahl des regierenden Fürsten handelt, und des VII. Hauptstückes, über die Organisation der Miliz. Eine französische Uebersetzung erschien unter dem Titel: *Réglement organique de la Principauté de Moldavie,* zu New-York, ohne Jahreszahl. In der Wallachei erschien das organische Gesetz unter der russischen Verwaltung in der Landessprache gedruckt; es erhielt dann noch viele Zusätze, welche nachträglich als Supplemente ebenfalls im Drucke erschienen sind.

1843. Vizirialschreiben an den Hospodar der Wallachei, die tractatenmässig von den österreichischen Unterthanen zu zahlenden Mauthgebühren betreffend. Constantinopel, 30. December 1843 (8. Silhidsche 1259).

(*Raccolta dei trattati*, S. 206 — Neumann, IV. 413.)

1854. Convention zwischen Oesterreich und der ottomanischen Pforte, wegen Räumung der Donaufürstenthümer von Seite der russischen Armee (s. Türkei, S. 430).

1855. Bestimmung des Oberlandesgerichtes in Lemberg als zweite Instanz für den Rechtszug gegen die civilrechtlichen Erkenntnisse der k. k. Consulargerichte in der Moldau, und des Oberlandesgerichtes in Hermannstadt bezüglich der k. k. Consulargerichte in der Wallachei, dann des Oberlandesgerichtes in Triest für alle Seerechtssachen. (Kaiserliche Verordnung vom 29. Jänner 1855, §. 6 — s. Türkei, S. 430).

1856. Pariser Vertrag vom 30. März 1856 mit Bestimmungen über die Grenze der Moldau gegen Russland — Art. 20, 21; — dann über die staatsrechtliche Stellung der beiden Fürstenthümer Wallachei und Moldau zu der ottomanischen Pforte — Artikel 22 bis 27 (siehe Frankreich).

1857. Pariser Vertrag vom 19. Juni 1857, mit von dem Art. 21 des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 abweichenden Bestimmungen über das Donau-Delta, welches hiernach nicht mit der Moldau verbunden, sondern wieder unmittelbar unter die Pforte kommen soll (s. Frankreich).

1857. Donauschifffahrts-Acte vom 7. November 1857 (siehe Baiern).

1858. Vollzugsvorschriften zur vorerwähnten Acte (s. Baiern).

1858. Pariser Vertrag vom 19. August 1858, über die definitive Organisation der Wallachei und Moldau unter der Benennung: Vereinigte Fürstenthümer Moldau und Wallachei (s. Frankreich).

1859. Protokoll, gezeichnet von den Repräsentanten der Paciscenten des vorstehenden Pariser Tractats, über die Vereinigung der beiden Fürstenthümer unter Einem Fürsten. Paris, 6. September 1859.

(*Archives diplomatiques* 1863, III. 99.)

1859. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern an sämmtliche Länderstellen, wornach in Beobachtung der Reciprocität kein Ersatz für die Verpflegung mittelloser Angehöriger der Moldau in österreichischen Kranken- und Irrenanstalten anzusprechen ist. Wien, 1. November 1859.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1860. Oesterreichische Ministerialverordnung, wegen Bestimmung des Oberlandesgerichtes in Hermannstadt (statt jenes in Lemberg) als zweite Instanz für den Rechtszug gegen die Entscheidungen der k. k. Consulargerichte in der Moldau, zu Galatz, Ibraila und Tultscha. Wien, 29. September 1860.

(R. G. B. 222, S. 333.)

1861. Ferman der Pforte mit Anerkennung der Wahl des Fürsten Cusa für die beiden Fürstenthümer. Constantinopel, 2. December 1861.

(*Archives diplomatiques* 1863, III. 102.)

1862. Verordnung vom 7. Februar 1862, womit für die k. k. Consulargerichte in der Moldau und Wallachei etc. das Oberlandesgericht in Wien als zweite Instanz bestimmt wird (s. Türkei, S. 432.)

1862. Telegraphen-Convention vom 16. Juni 1862 (s. Türkei).

1862. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen Regierung und jener der vereinigten Fürstenthümer, zur Regulirung des telegraphischen Verkehrs. Wien, 26. Juni; ratificirt zu Bukarest am 30. August und zu Wien am 12. December 1862.

(Registratur des k. k. Handelsministeriums.)

1862. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und der Pforte (s. Türkei, S. 432).

1864. Protokoll der Conferenz der an dem Pariser Vertrage vom J. 1858 betheiligten Mächte, mit einer Additional-Acte zu diesem Vertrage, die Verfassung der vereinigten Donaufürstenthümer betreffend. Constantinopel, 28. Juni 1864.

(*Archives diplomatiques* 1865, II. 383.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Telegraphen-Convention zwischen der österreichischen Telegraphenverwaltung und jener der vereinigten Donaufürstenthümer. Wien, 22. Mai; Bukarest, 13./24. Juni 1865; kaiserliche Ratificirung: Wien, 25. November 1865.

(*Archives diplomatiques* 1865, IV. 182 — Telegraphen-Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1865. Oesterreichische Ministerialverordnung, über die Zulassung von in Oesterreich domicilirten Moldo-Wallachen christlichen Glaubensbekenntnisses zum Erwerbe und Besitze unbeweglicher Güter in Oesterreich, aus Reciprocität zu einer analogen moldo-wallachischen Verordnung vom 31. August 1864. Wien, 28. Juni 1865.

(R. G. B. 46, S. 161.)

1865. Oesterreichische Ministerialverordnung, in Betreff der durch die k. k. Consular-Agentie in Ismail über österreichische Unterthanen und Schutzgenossen auszuübenden Civilgerichtsbarkeit. Wien, 25. Juni 1865.

(R. G. B. 50, S. 166.)

1865. Erneuertes Cartel*) zwischen der k. k. österreichischen Regierung und jener der vereinigten Fürstenthümer der Moldau und Wallachei, wegen gegenseitiger Behandlung der Deserteurs, Conscriptionsflüchtlinge und Vagabunden. Jassy, 6. Juni 1865 (kundgemacht durch Erlass des k. k. Ministeriums des Aeussern, ddo. Wien, 31. Juli 1865).

(R. G. B. 57, S. 219.)

1865. Schifffahrts-Acte für die Donaumündungen (s. Frankreich).

1866. Ratificirungs-Protokoll hiezu (s. Frankreich).

1866. Erklärung der Pariser Conferenz (Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Preussen, Russland), über die vertragsmässigen Beschränkungen des der Wahlversammlung in Bukarest zustehenden Rechtes der Fürstenwahl. Paris, 2. Mai 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 264.)

1866. Plebiscit des rumänischen Volkes, welches den Prinzen Carl Ludwig von Hohenzollern zum regierenden Fürsten der vereinigten Fürstenthümer ernennt. Bukarest, 10. März, 19. Mai 1866.

(*Archives diplomatiques* 1866, IV. 265.)

1866. Investiturs-Ferman des Sultans für den Prinzen von Hohenzollern als Fürsten der vereinigten Fürstenthümer Moldau und Wallachei. Constantinopel, 14. Djemazi-ul-akher 1283 (23. October 1866.)

(Das Staatsarchiv, XII. Bd. 2637.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Telegraphen-Uebereinkommen vom 12. September 1867 (s. Frankreich).

b) Das Fürstenthum Serbien.

Seit dem 15. Jahrhundert der Pforte unterworfen, erlangte Serbien durch den Tractat von 1815 eine Art von Selbstständigkeit als tributpflichtiger Schutzstaat der Türkei. Der tapfere Milosch Obrenovich wurde als Fürst anerkannt und als erblicher Fürst nach dem Frieden von Adrianopel (1829) bestätigt. In Folge einer Revolution resignirte er (1839). Ihm folgte Alexander Karageorgievich, der seinerseits 1858 durch eine neue Umwälzung vertrieben ward. Neuerdings wurde Milosch durch Volkswahl und Anerkennung der Pforte als Fürst

*) Statt der aufgekündigten Uebereinkommen vom J. 1838 und 1842 (s. oben).

eingesetzt. Ihm folgte 1860 sein Sohn Michael III., jedoch ohne dass die Erblichkeit im Princip zugestanden worden wäre. Dagegen erlangte Serbien von der Pforte die Räumung der Citadelle von Belgrad und der übrigen festen Plätze im Fürstenthume von den türkischen Garnisonen (1867), deren Anwesenheit in Belgrad zu einem Aufstande (1862) Anlass gegeben hatte*). Am 10. Juni 1868 wurde Fürst Michael in Topschider meuchlerisch ermordet; die Skuptschina wählte hierauf Milan Obrenovich, den Enkel des verstorbenen Oheims Michaels, zum Fürsten von Serbien.

Serbien wurde im Pariser Vertrage vom 30. März 1856 unter den gemeinschaftlichen Schutz der Paciscenten dieses Vertrages gestellt, und ihm die innere Autonomie in demselben Vertrage zugesichert.

Es werden hier noch insbesondere angedeutet: die Erlässe in Handelssachen (1768, 1833, 1844), jene über die Einbürgerung in Serbien (1845), über den Instanzenzug der Consulargerichtsbarkeit (1855, 1862), dann die Vereinbarungen über den Telegraphen (1862, 1865). Dass die allgemeinen, zwischen Oesterreich und der Türkei bestehenden Verträge gleichfalls für Serbien gelten, wie diess auch in Betreff der Moldau und Wallachei oben bemerkt wurde, fliesst aus der staatsrechtlichen Abhängigkeit Serbiens von der Pforte.

1718. Friedenstractat von Passarowitz, kraft dessen Belgrad und das übrige im Besitze des Kaisers befindliche Gebiet von Serbien bei Oesterreich bleibt (s. Türkei, S. 419).

1739. Friedens-Tractat von Belgrad, durch welchen Belgrad und die übrigen österreichischen Eroberungen mit Ausnahme des Temeser Banats an die Türkei zurückgestellt werden (s. Türkei, a. a. O.).

1741. Acten über die Grenzberichtigung in Folge des Belgrader Friedens (s. Türkei, S. 420).

1768. Ferman der Pforte an den Gouverneur von Belgrad, den Handel mit Oesterreich betreffend., Jänner 1768 (Schaaban 1181).

(Zimmerl, aphabetisches Handbuch, S. 526.)

1815. Grossherzoglicher Ferman zur Sicherung der österreichischen Dampfschifffahrt (s. Türkei, S. 424).

1833. Erklärung der serbischen Regierung, über die, den in Serbien Handel treibenden österreichischen Unterthanen eingeräumten Begünstigungen.

(Hofkanzlei-Decret vom 21. October 1833: P. G. S. Bd. 61, S. 145 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1833, Notizenblatt S. 422.)

*) S. *Archives diplomatiques* 1863, II. 116, IV. 87.

1838. Handelsvertrag von Balta-Liman zwischen der Pforte und Grossbritannien (s. Türkei, S. 426).

1838. Handelsvertrag zwischen der Pforte und Frankreich (siehe Türkei, S. 426.)

1838. Neues organisches Statut für das Fürstenthum Serbien (siehe Türkei, S. 426).

1839. Anwendung obiger beiden Handelsverträge auf den Handelsverkehr Oesterreichs mit Serbien etc. (s. Türkei, S. 427).

1844. Vesirialschreiben an den Fürsten von Serbien, die tractatmässigen Mauthgebühren der österreichischen Unterthanen betreffend. Constantinopel, 9. Jänner 1844 (18. Silhidsche 1259).

(*Raccolta dei trattati*, S. 208 — Neumann, IV. 414.)

1844. Bestimmungen über die Aufhebung des Frankatur-Zwanges bei Correspondenzen über Belgrad (s. Türkei, S. 428.)

1845. Oesterreichische Kundmachung der Vorschriften hinsichtlich der Erwerbung der Staatsbürgerschaft im Fürstenthum Serbien, nach §. 44 des serbischen bürgerlichen Gesetzbuches.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1845: P. G. S. Bd. 73, S. 181 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1845, Notizenblatt S. 518.)

1854. Convention wegen Räumung der Donaufürstenthümer im Kriege (s. Türkei, S. 430).

1855. Bestimmung des Oberlandesgerichtes in Temesvár als zweite Instanz für den Rechtszug gegen die Entscheidungen der k. k. Consulargerichte in Serbien; mit Ausnahme der Seerechtssachen, für welche der Rechtszug an das Oberlandesgericht in Triest zu gehen hat. Kaiserliche Verordnung vom 29. Jänner 1855 (s. Türkei, S. 430).

1856. Pariser Vertrag vom 30. März 1856, mit Bestimmungen über die staatsrechtliche Stellung des Fürstenthums Serbien zur ottomanischen Pforte, Art. 28, 29 (s. Frankreich).

1857. Donauschifffahrts-Acte vom 7. November 1857 (s. Baiern).

1858. Vollzugsvorschriften zur Donauschifffahrts-Acte (s. Baiern).

1862. Verordnung vom 7. Februar 1862, womit für die k. k. Consulargerichte in Serbien das Oberlandesgericht in Wien, mit Ausnahme der nach Triest gehörigen Seerechtssachen, als zweite Instanz bestimmt wird (s. Türkei, S. 432).

1862. Protokoll der Repräsentanten der Paciscenten des Pariser Tractats vom Jahre 1858 (s. Frankreich), wegen Herstellung des guten Einverständnisses zwischen der Pforte und Serbien. Constantinopel, 8. September 1862.

(*Archives diplomatiques* 1863, I. 244.)

1862. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und der Pforte (s. Türkei, S. 432).

1862. Telegraphen-Convention vom 16. Juni 1862 (s. Türkei).

1862. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der fürstlich-serbischen Regierung zur Regelung des telegraphischen Verkehrs. Wien, 25. Juli; ratificirt zu Belgrad am 17./29. September, zu Wien am 12. December 1862.

(Registratur des k. k. Handelsministeriums.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich).

1865. Schifffahrts-Acte für die Donaumündungen (s. Frankreich).

1865. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der fürstlich-serbischen Regierung, zur Regelung des telegraphischen Verkehrs. Belgrad, 2. December; Wien, 21. December 1865.

(Telegraphen-Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums.)

1866. Ratificirungs-Protokoll hiezu (s. Frankreich).

1867. Ferman des Sultans, durch welchen die Räumung der serbischen Festungen von den türkischen Garnisonen zugestanden wird. 29. März, 10. April 1867 (im Monat Silhidsche, Jahr 1283).

(*Archives diplomatiques* 1867, IV. 1411.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Uebereinkommen wegen Benützung der Telegraphendrähte (s. Türkei, S. 433).

c) Die Barbaresken:

Algier, Tripolis, Tunis.

Diese ehemaligen Raubstaaten *) waren allmälig in ein Abhängigkeitsverhältniss zur Pforte gekommen, bewahrten sich jedoch das Recht, Verträge mit fremden Staaten abzuschliessen, bis Algier von Frankreich erobert und Tripolis dem türkischen Reiche als ein förmliches Paschalik einverleibt wurde. Es haben daher die Staatsverträge dieser beiden Länder mit Oesterreich (Friedens- und Handelsverträge aus dem vorigen Jahrhundert) nur mehr ein historisches Interesse, während Tunis bis heute noch seine exceptionelle staatsrechtliche Stellung gegenüber der ottomanischen Pforte behauptet, und erst in letzterer Zeit mit Oesterreich einen neuen Handelsvertrag (1856) und ein Uebereinkommen in Betreff der Erwerbung liegender Güter (1866) geschlossen hat. In einem Zusatzartikel zu dem internationalen Telegraphen-Vertrag wurde auch die Correspondenz mit Tunis geregelt (1867).

*) Unter dem Gesammtnamen der Barbaresken-Staaten (Berberei) versteht man die Gebiete von Tripolis, Tunis, Algier und Marocco.

1. Algier.

1727. Tractat zwischen dem römischen Kaiser und der Regentschaft von Algier. Constantinopel, 8. März 1727.

(Dumont, T. VIII. P. I. p. 140.)

1748. Friedens- und Handels-Tractat zwischen Sr. kaiserlichen Majestät für die Erblande des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, einerseits, und der Regentschaft Algiers andererseits., 8. October 1748.

(Besonderer Abdruck in 4°, erschienen zu Florenz: Vollständige Sammlung von *actis publicis* unter Franz I. — Dumont, T. VIII. p. 227.)

1783. Sened der Pforte gegen die Feindseligkeiten der Barbaresken-Staaten (s. Türkei, S. 422).

2. Tripolis.

1726. Tractat zwischen dem römischen Kaiser und der Regentschaft von Tripolis.

(Dumont, T. VIII. P. II p. 135.)

1749. Friedens- und Handelsvertrag zwischen Sr. kaiserlichen Majestät für die Erblande des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, einerseits, und dem Bey von Tripolis andererseits., 27. Jänner 1749.

(Hauterive et Cussy, T. II. P. I. p. 206 — Martens, S. I. 320.)

1755. Erneuerte Urkunde des österreichischen Schifffahrtsvertrages mit Tripolis., 1755 (1168).

(Hammer, VIII. 188.)

1783. Sened der Pforte zu Gunsten der österreichischen Unterthanen gegen die Feindseligkeiten der Barbaresken-Staaten (siehe Türkei, S. 422).

3. Tunis.

1725. Artikel über die freie Schifffahrt, geschlossen im Namen Sr. kaiserlichen Majestät durch die kaiserliche Commission mit der Regentschaft von Tunis, unter Vermittlung der Commissäre der ottomanischen Pforte., 23. September 1725.

(Dumont, T. VIII. P. II. p. 129.)

1748. Friedens- und Handelsvertrag zwischen Sr. kaiserlichen Majestät für die Erblande des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, einerseits, und dem Königreiche Tunis., 23. December 1748.

(Hauterive et Cussy, T. II. P. I. p. 216 — Martens, S. I. 315).

1783. Sened der Pforte zu Gunsten der österreichischen Unterthanen gegen die Feindseligkeiten der Barbaresken-Staaten (siehe Türkei, S. 422).

1784. Erneuerter Handels-Tractat zwischen dem römischen Kaiser und dem Bey von Tunis. , 4. Jänner 1784.

(Citirt in der *Storia dell' anno* 1784, p. 263.)

1856. Handelsvertrag zwischen der Regierung Sr. k. k. apostolischen Majestät und dem Bey von Tunis. In der Residenz Bardo bei Tunis, 17. Jänner 1856; Oesterreichische Ratification: Wien, 10. März 1857.

(R. G. B. 1857, 91, S. 327.)

1863. Convention zwischen der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und jener Mohammed Essasteck Bey's von Tunis, in Betreff der Erwerbung und des Besitzes unbeweglichen Eigenthums in der dortigen Regentschaft. Palast *della Goletta*, am 26. des Monats Rabi-el-Thany 1280 der Hidschret (10. October 1863).

(R. G. B. 1866, 62, S. 146.)

1866. Erklärung über den Beitritt der kaiserlich-österreichischen Regierung zur anglo- tunesischen Convention vom 10. October 1863, in Betreff der Erwerbung und des Besitzes von Liegenschaften in Tunis. (Am 13. Jänner 1866 in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und ausgewechselt zwischen dem k. k. General-Consul in Tunis und dem Bey der dortigen Regentschaft.)

(R. G. B. 62, S. 145.)

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag vom 17. Mai 1865, betreffend die telegraphische Correspondenz mit Algerien und Tunis (s. Frankreich).

Venedig.

(Republik.)

Der allmälige Fall der uralten Republik Venedig datirt von der Eroberung Constantinopels durch die Türken, und der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch die Portugiesen. Von da an sank sein Handel, die Quelle seiner Macht. In unglücklichen Kämpfen mit der Pforte verlor es die werthvollsten Niederlassungen im Archipel: Cypern, Candia, und im Passarowitzer Frieden (1718) auch Morea. Im Frieden von Campo-Formio (1797) wurde das ganze Gebiet diesseits der Etsch mit Dalmatien an Oesterreich, das jenseits der Etsch aber an die cisalpinische Republik, das nachmalige Königreich Italien, abgetreten, welchem 1805 auch Venedig zufiel. Seit 1814 bildete es, als ein Gouvernement, einen Theil des lombardisch-venetianischen Königreiches, bis es im Wiener Frieden (1866) an den Kaiser der Franzosen abgetreten ward, um von diesem an das Königreich Italien überlassen zu werden.

Die Kaiserin-Königin Maria Theresia schloss als Herzogin von Mailand verschiedene Conventionen mit der Republik Venedig: wegen Aufhebung des Patriarchats von Aquileja (1751), wegen Grenzregulirungen (1752, 1753, 1756, 1774, 1777, 1778), in Betreff der Post (1769, 1775), in Betreff von Wasserrechten (1764, 1765), wegen Auslieferung der Verbrecher (1775, 1780).

1751. Convention zwischen der Kaiserin-Königin Maria Theresia und der Republik Venedig, in Betreff der Aufhebung des Patriarchats von Aquileja, und Errichtung der Erzbisthümer Udine und Görz. . . . Februar 1751.

(Angeführt in der nachstehenden päpstlichen Bulle.)

1751. Päpstliche Bulle wegen Genehmigung der obigen Convention. Rom, 6. Juli 1751.

(Wenck, II. 506.)

1752. Convention zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, als Herzogin von Mailand, und der Republik Venedig, über die Grenze des mailändischen und des cremonischen Gebietes., 20. April 1752.

(Citirt im Grenzregulirungs-Tractat vom 25. Juni 1764, s. unten.)

1753. Nachträgliche Declaration zu dieser Convention. Roveredo, 9. Juni 1753.

(Citirt a. a. O.)

1755. Post-Convention zwischen der Kaiserin-Königin und der Republik Venedig.

(Erwähnt in der Post-Convention vom 7. October 1772.)

1756. Tractat zwischen der Kaiserin-Königin, als Herzogin von Mailand, und der Republik Venedig, wegen Feststellung der Grenzen zwischen den mailändischen und den venetianischen Provinzen, und Begleichung anderer streitiger Angelegenheiten. Mantua, 10. Juni 1756.

(Wenck, III. 116.)

1764. Tractat zwischen denselben, in Betreff der Wasserbenützung des Flusses Tartaro durch die Grundbesitzer von Mantua und Verona. Ostiglia, 25. Juni 1764.

(Neumann, I. 68.)

1764. Additional-Tractat zu dem vorstehenden Tractat vom 25. Juni 1764. Mantua, 1. November 1794.

(Neumann, I. 80.)

1765. Supplement zu den vorstehenden Tractaten, die Gewässer des Tartaro betreffend. Mantua, 19. Juni 1765.

(Neumann, I. 83.)

1769. Post-Convention zwischen der Kaiserin-Königin und der Republik Venedig. Venedig, 2. October 1769; von dem Dogen ratificirt am 7. October 1769.

(Neumann, I. 121.)

1772. Post-Convention zwischen denselben. Wien, 7. October 1772; Ratificirung des Dogen: Venedig, 28. November 1772.

(Neumann, I. 143.)

1774. Convention zwischen der Kaiserin-Königin und der Republik Venedig, wegen Regulirung der Grenze zwischen Kärnthen und dem Gebiete der venetianischen Republik. Ponteba, 12. August 1774; Ratificirung des Dogen: Venedig, 20. December 1774.

(Neumann, I. 160.)

1775. Auslieferungsvertrag zwischen der österreichischen Lombardie und der Republik Venedig.

(Erwähnt in dem Auslieferungsvertrag vom 3. October 1780.)

1777. Grenz-Regulirungs-Convention zwischen der Kaiserin-Königin und der Republik Venedig.

(Im Auszug bei Martens, VI. 182.)

1778. Convention zwischen dem Bischofe von Brixen und der Republik Venedig, wegen Regulirung der gegenseitigen Grenzen. Lavinal-Longo, 3. August 1778; Ratificirung des Fürstbischofs: Brixen, 31. August 1778; des Dogen: Venedig, 28. August 1778.

(Neumann, I. 229.)

1780. Erneuerter Auslieferungsvertrag in Betreff der Verbrecher, geschlossen zwischen der Kaiserin-Königin, als Herzogin von Mailand, und der Republik Venedig. Mailand, 3./25. October 1780.

(Neumann, I. 268.)

1797. Friedensschluss von Leoben (s. Frankreich), durch welchen das venetianische Gebiet theils an den Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, theils an die französische Republik kommt.

1797. Friedens-Tractat von Campo-Formio mit Bestätigung und näherer Ausführung der Stipulationen von Leoben (s. Frankreich).

1801. Friedens-Tractat von Lüneville mit ähnlichen Stipulationen (s. Deutschland).

1805. Pressburger Frieden, wornach der Kaiser von Oesterreich auf das venetianische Gebiet verzichtet (s. Deutschland).

1807. Additional-Convention von Fontainebleau mit Feststellung der venetianischen Grenzen (s. Frankreich).

1814. Pariser Frieden vom 30. Mai 1814, durch welchen Frankreich wieder in seine Grenzen, wie sie am 1. Jänner 1792 bestanden, zurücktritt (s. Frankreich).

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland), in welcher der Kaiser von Oesterreich von den am Congress versammelten Mächten als rechtmässiger Besitzer von Venetien anerkannt wird (Art. XCIII u. ff.).

1866. Abtretung des lombardisch-venetianischen Königreiches durch Se. Majestät den Kaiser Franz Joseph I. an den Kaiser der Franzosen, welcher dasselbe dem König von Italien überlässt (s. Frankreich und Italien).

1866. Friedens-Tractat zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. Majestät dem König von Italien, vom 3. October 1866, welcher die Einverleibung des lombardisch-venetianischen Königreiches in das Königreich Italien besiegelt (s. Italien).

Waldeck.

(Fürstenthum.)

Dieser kleine Staat wird von dem Fürstenthume Waldeck und der Grafschaft Pyrmont gebildet. Er trat dem Rheinbunde (1807), sodann der Allianz wider Frankreich und dem deutschen Bunde bei (1815). Die Post war schon früher preussisch (1844, 1850, 1853); Waldeck und Pyrmont sind bei den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865, 1868), bei der Eisenacher Verpflegs-Convention (1855), so wie bei dem Uebereinkommen über den Schriftenwechsel (1857) betheiligt.

Waldeck trat auch dem Bündnissvertrage vom 18. August 1866 und damit dem norddeutschen Bunde bei. Im September 1867 übergab der Fürst die innere Verwaltung seines Landes vorläufig auf 10 Jahre an Preussen, sich die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten und die Vertretung nach Aussen vorbehaltend.

1807. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Fürsten von Waldeck, über den Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Martens, S. IV. 485.)

1815. Beitritt des Fürsten von Waldeck-Pyrmont zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 27. April 1817.

(Martens, S. VI. 138 — Neumann, II. 555.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preussen).

1850. Oesterreichisch-preussischer Postverein (s. Deutschland).

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrages (s. Deutschland und Preussen) auf das Gebiet der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1853, Bd. 2, S. 142 — R. G. B. 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der Waldeck'schen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 62.)

1866. Bündnissvertrag des norddeutschen Bundes (s. Deutschland).

1867. Vertrag zwischen Preussen und Waldeck, betreffend die Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preussen. Berlin, 18. Juli 1867.

(Glaser, IV. Heft, S. 166.)

1867. Postvertrag mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1868. Handels- und Zollvertrag (s. Nachträge).

Warschau.

(Herzogthum.)

Die historischen Daten über die Entstehung und das Aufhören dieses Herzogthums s. unter Polen, Krakau und Russland (1807—1814).

1807. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Kaiser von Russland, dann zwischen dem Ersteren und dem König von Preussen, mit Bestimmungen über die Errichtung eines Herzogthums Warschau. Tilsit, 7. und 9. Juli 1807.

(Martens, S. IV. 436, 444.)

1807. Decret des Kaisers Napoleon, wegen Creirung des Herzogthums Warschau unter der Regierung des Königs von Sachsen. Dresden, 21. Juli 1807.

(Martens, VIII. 670 bis 678.)

1807. Constitutionelles Statut des Herzogthums Warschau. Genehmigung des Kaisers Napoleon: Dresden, 22. Juli 1807.

(Angeberg, S. 470.)

1809. Proclamationen des Erzherzogs Ferdinand von Este, Commandanten *en chef* der österreichischen Truppen, beim Einrücken der österreichischen Truppen im Grossherzogthum Warschau. Odrzywol, 16. April; Warschau, 29. Mai 1809.

(Angeberg, S. 505, 511.)

1809. Convention zwischen dem Erzherzog Ferdinand und dem General Fürsten Poniatowski, Commandanten *en chef* der alliirten Truppen, wegen Anerkennung der Neutralität der Stadt Warschau. In der Vorpostenlinie unterzeichnet am 21. April 1809.

(Martens, n. r. I. 199 — Neumann, II. 296.)

1809. Generalbericht des Fürsten Poniatowski an den Kaiser Napoleon über den Feldzug der Polen gegen die Oesterreicher. Krakau, 16. Juli 1809.

(Angeberg, S. 514.)

1809. Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich (siehe Deutschland) mit Abtretungen zur Vergrösserung des Herzogthums Warschau.

1814. Schreiben des österreichischen Bevollmächtigten am Wiener Congress, Fürsten Metternich, an den preussischen Bevollmächtigten, Fürsten Hardenberg, über die hinsichtlich des Herzogthums Warschau und des Königreichs Sachsen beschlossenen Verfügungen. Wien, 10. December 1814.

(Angeberg, S. 634.)

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland), wornach das Herzogthum Warschau als Königreich Polen an Russland kommt, mit Ausnahme des Theiles, welcher als Grossherzogthum Posen preussisch wird, und der Salzbergwerke zu Wieliczka, welche Oesterreich erhält.

1815. Verzichtleistung Sr. Majestät des Königs von Sachsen auf das Herzogthum Warschau, in Folge der Beschlüsse des Wiener Congresses. Laxenburg 22. Mai 1815.

(Angeberg, S. 690 — Martens, VI. 286.)

1821, 1825. Conventionen zwischen Oesterreich und Russland, die Activen und Passiven des bestandenen Herzogthums Warschau betreffend. (s. Russland).

Westphalen.

(Königreich.)

Das Königreich Westphalen wurde von Napoleon im Tilsiter Frieden (1807) für seinen Bruder Hieronymus zwischen dem Rhein und der Elbe aus preussischen, hannover'schen, braunschweig'schen, hessischen und anderen kleineren Ländern gebildet, und umfasste nahezu 700 Quadratmeilen mit 2 Millionen Einwohnern. Im Jahre 1810 wurde ein Theil von Westphalen mit Frankreich vereinigt, der Rest von Hannover dagegen diesem zugeschlagen. Bei Napoleons Sturze erfolgte die Auflösung dieses Conglomerats und wurden dessen Bestandtheile den früheren Landesherren restituirt.

1807. Die durch Se. Majestät den Kaiser Napoleon dem aus mehreren mitteldeutschen Gebieten gebildeten Königreich Westphalen ertheilte Constitution. Fontainebleau, 15. November 1807 (kaiserliches Kundmachungs-Decret vom 7. December 1807).

(Meyer I. 130 — Winkopps Zeitschrift: der „Rheinische Bund" 12. Heft, S. 474.)

1807. Beitritt des Königreichs Westphalen zum Rheinbunde (siehe Deutschland).

1809. Kaiserlich-österreichische Verordnung, wegen Verhängung des Sequesters gegen das Eigenthum des Königs von Westphalen und seiner Unterthanen, als Retorsions-Massregel. (Hofkanzlei-Decret ddo. Wien, 17. April 1809; zugleich mit der Angabe der Staaten, aus welchen das Königreich Westphalen zusammengesetzt wurde.)

(P. G. S. Bd. 32, S. 100.)

1810. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Aufhebung des Sequesters in den Staaten des Rheinbundes (siehe Deutschland).

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Oesterreich, Preussen und dem Grossherzog von Hessen, wegen Abtretung des Herzogthums Westphalen (siehe Hessen-Darmstadt).

Württemberg.

(Königreich.)

Für den Verlust an überrheinischen Besitzungen seit 1791 wurde das Herzogthum Württemberg durch den Reichs-Deputations-Hauptschluss (1803, 1804) mit bedeutender Gebietsvermehrung entschädigt. Gleichzeitig erlangte es die Churwürde, dann 1805 die königliche Würde, und gewann durch den Pressburger Frieden 48 und eine halbe Quadratmeile mit 158.000 Einwohnern; ferner, bei der Aufhebung des deutschen Ordens im Rheinbundsgebiete (1809) das Fürstenthum Mergentheim, und zuletzt beim Grenz- und Cessionsvertrag mit Baiern (28. Mai 1810) eine Vermehrung von 125.948 Einwohnern. Württemberg trat dem Rheinbunde bei (1806), schloss sich dann der Allianz wider Napoleon an und ward Mitglied des deutschen Bundes (1813—1815). Im Kriege des J. 1866 Oesterreichs Bundesgenosse, erlitt es in Folge des mit Preussen am 13. August 1866 geschlossenen Friedens keine territoriale Einbusse und zahlte nur eine Kriegsentschädigung.

Zwischen Oesterreich und Württemberg bestehen eigene Uebereinkommen wegen der Abtei Heiligenkreutzthal (1804), wegen Auslieferung der Deserteurs (1805, 1817), wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1837, 1853), der Passvidirungen (1862) und des Sicherheitsdienstes (1863); auch sind besondere Verordnungen wegen der gegenseitigen Behandlung der Auswanderer (1821, 1835), der Verpflegung der durchmarschirenden Truppen (1822) und der Kranken (1840, 1853), ferner wegen der Hausirer (1836), der Schüblinge (1827), der Verlassenschafts-Abhandlungen (1859) und des Schriftenwechsels (1857) kundgemacht worden. Die Post stand sonst dem Fürsten Thurn und Taxis zu (1843); doch ist Württemberg dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851) beigetreten, und dem Postvertrage Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde (1867), sowie es sich auch dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine (1851), den österreichisch-preussischen Zollverträgen (1853, 1865, 1868), dann den Verhandlungen wegen des Bodensees (1854, 1857, 1867) und der Donauschifffahrt (1855, 1857), dem internationalen Telegraphenvertrag (1865, 1867) und der Genfer Convention über die Behandlung der Verwundeten (1866) angeschlossen hat.

1802. Friedens-Tractat zwischen der französischen Republik und dem Herzoge von Württemberg. Paris, 20. April 1802.
(Martens, S. III. 225.)

1803. Entschädigung des Herzogs von Württemberg durch den Reichs-Deputations-Hauptrecess (s. Deutschland).

1804. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und dem Churfürsten von Württemberg, wegen Ueberlassung der Frauen-Abtei Heiligenkreutzthal an Württemberg. Regensburg, 2. Juni 1804; kaiserliche Ratificirung: Wien, 18. Juni 1804.
(Martens, VIII. 213 — Neumann, II. 90.)

1805. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und dem Churfürsten von Württemberg, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs. Wien, 5. Jänner 1805; churfürstliche Ratificirung: Ludwigsburg, 18. Juni 1805.
(Neumann, II. 157.)

1805. Friedensschluss von Pressburg (s. Deutschland).

1806. Beitritt des Königs von Württemberg zum Rheinbunde (s. Deutschland).

1806. Württembergische Proclamation über die Annahme des königlichen Titels für das Haus Württemberg. Stuttgart, 1. Jänner 1806.
(Martens, S. VI. 226.)

1806. Weitere Verordnung hierüber. Stuttgart, 23. August 1806.
(Martens, S. IV. 339.)

1809. Kaiserlich-österreichische Verordnung, wegen Verhängung des Sequesters auf das Vermögen der königlich-württembergischen Unterthanen, als Retorsions-Massregel. Wien, 29. März 1809.
(Hofkanzlei-Decret vom 29. März 1809: P. G. S. Bd. 32, S. 72.)

1810. Convention wegen Aufhebung des Sequesters in den rheinischen Bundesstaaten (s. Frankreich).

1813. Präliminar-Tractat einer Allianz zwischen Oesterreich und Württemberg. Fulda, 2. November 1813. (Beitritt Preussens: Frankfurt, 21. November 1813.)
(P. G. S. Bd. 41, S. 106 — Martens, S. V. 643 — Neumann, II. 386.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Württemberg, über den Durchmarsch der österreichischen Truppen durch die württembergischen Staaten. Wien, 15. April 1815.
(Martens, S. VI. 185 — Neumann, II. 525.)

1815. Beitritt des Königs von Württemberg zur grossen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Grossbritannien). Wien, 30. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 153 — Neumann, II. 535.)

1815. Vertrag wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Artikel über die Fluss-Schifffahrt in Deutschland (XVI. Beilage der Wiener Congress-Acte; s. Deutschland).

1817. Cartel zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Auslieferung der Deserteurs. Wien, 6. December 1817.

(Oesterreichisches Patent vom 24. Mai 1818: P. G. S. Bd. 46, S. 162 — Neumann, III. 281.)

1821. Verordnung bezüglich der Auswanderung österreichischer Unterthanen nach Württemberg.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821: P. G. S. Bd. 49, S. 305 — „Meine Behandlung der Ausländer“ S. 35.)

1822. Convention wegen Verpflegung der nach oder aus Mainz marschirenden österreichischen Truppen (s. Baden).

1827. Verordnung über die Modalitäten bei Abschiebungen württembergischer Unterthanen aus Oesterreich. Wien, 19. April 1827.

(Tirolische Gesetzsammlung, Bd. 1827, S. 814 — Meine „Behandlung der Ausländer,“ S. 35 — Hämmerle, S. 682.)

1835. Verordnung bezüglich der Auswanderung österreichischer Unterthanen nach Württemberg. Wien, 4. November 1835.

(Meine „Behandlung der Ausländer,“ S. 35.)

1836. Bestimmungen, unter welchen fremden Krämern der Besuch der Märkte in dem Königreich Württemberg gestattet ist.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. Juli 1836: P. G. S. Bd. 64, S. 808.)

1837. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Ausdehnung der bundesmässigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens. Stuttgart, 30. October; Wien 25. November 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837: J. G. S. 1837, 245, S. 162 — P. G. S. Bd. 65, S. 545 — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1838, Notizenblatt S. 31.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen gegenseitiger Verpflegskosten-Bestreitung für erkrankte unbemittelte Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68, S. 346.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1843. Bekanntmachung der Thurn- und Taxis'schen General-Direction der königlich-württembergischen Posten, über die Aufhebung des Frankirungszwanges, und über sonstige Bestimmungen bezüglich der Correspondenzen zwischen Oesterreich und Württemberg. Frankfurt a. M., 23. April 1843.

(Murhard, n. r. V. 266 — Neumann, IV. 519).

1843. Weitere Bekanntmachung derselben über diesen Gegenstand. Frankfurt, 15. September 1843.

(Murhard, n. r. V. 268 — Neumann, IV. 521.

1851. Anschluss Württembergs an den deutsch-österreichischen Telegraphenverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, II. Bd. S. 339.)

1851. Postvertrag zwischen der k. k. österreichischen und der königlich-württembergischen Postverwaltung, als Beitritt Württembergs zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 19.; Stuttgart, 24. August 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handelsministeriums 1851, III. Bd. 463.)

1853. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auch auf die Vermögensausfuhr aus und nach Ungarn, Croatien, Slawonien, Siebenbürgen, die Woiwodschaft Serbien und das Temeser Banat. Wien 13. April; Stuttgart, 20. April 1853.

(R. G. B. 1853, 115, S. 653 — Neumann, VI. 66.)

1853. Beitritt Württembergs zum österreichisch-preussischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(R. G. B. 1853, 208, S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Uebereinkommen vom 20. Februar 1854, wegen Ueberwachung der Bodensee-Grenze, und darauf bezügliche Erlässe (siehe Baden).

1855. Protokoll, ausgefertigt zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs, Baierns und Württembergs, über den Beitritt der königlich-württembergischen Regierung zu dem österreichisch-baierischen Staatsvertrage vom 2. December 1851, die Donauschifffahrt betreffend (siehe Baiern). Wien, 5. Juni 1855.

(R. G. B. 126, S. 527 — Neumann, V. 471.)

1857. Verordnung über den Schriftenwechsel der Gerichtsbehörden (s. Deutschland).

(Bekanntgabe der württembergischen Gerichtsbehörden: R. G. B. 15, S. 54.)

1857. Donauschifffahrts-Acte vom 7. November 1857 (siehe Baiern).

1857. Convention der bezüglichen Uferstaaten, den Bodensee-Ausfluss bei Constanz betreffend (s. Baden).

1859. Verordnung des k. k. Justizministeriums, betreffend das Benehmen der österreichischen Gerichte bei Todesfällen königlich-württembergischer Staatsangehöriger. Wien, 29. December 1859.

(R. G. B. 1860, 4, S. 3.)

1862. Oesterreichische Ministerialverordnung, betreffend das Uebereinkommen zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-württembergischen Regierung wegen Aufhebung des Gesandtschaftsvisums auf den Reisepässen. Wien, 1. Juni 1862.

(R. G. B. 37, S. 87.)

1863. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich-österreichischen und der königlich-württembergischen Regierung, wegen Handhabung des Sicherheitsdienstes in den beiderseitigen Bezirken. Ministerial-Erklärungen: Wien, 29. October; Stuttgart: 4. November 1863; ausgewechselt in Stuttgart am 6. November 1863.

(R. G. B. 96, S. 359.)

1865. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wegen Bestimmung des Obersthofmarschallamtes als Personalinstanz für Seine Hoheit den Herzog Philipp von Württemberg, dessen Gemalin Erzherzogin Maria Theresia und die aus dieser Ehe anzuhoffende Nachkommenschaft. Wien, 19. Jänner 1865.

(R. G. B. 7, S. 14.)

1865. Internationaler Telegraphenvertrag (s. Frankreich.)

1865. Zoll- und Handelsvertrag vom 11. April 1865 (siehe Deutschland).

1866. Genfer Convention in Betreff der verwundeten Krieger (s. Schweiz).

1866. Friedensvertrag zwischen Preussen und Württemberg, vom 13. August 1866 (s. Preussen).

1867. Zusatzartikel zum internationalen Telegraphenvertrag (siehe Frankreich).

1867. Erlass des k. k. Justizministeriums, über die reciproke Beobachtung des Grundsatzes der Universalität des Gerichtsstandes in Concursfällen gegenüber der königlich-württembergischen Regierung. Wien, 21. März 1867.

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1867. Postvertrag Oesterreichs mit dem norddeutschen Bunde etc. (s. Deutschland).

1867. Uebereinkommen zur Regelung der Transitverhältnisse zwischen Oesterreich und Württemberg. Berlin, 27. November 1867; österreichische Ministerial-Ratification: Wien, 31. December 1867; württembergische Ministerial-Ratification: Stuttgart, 8. Jänner 1868.

(K. k. Hof- und Staats-Archiv.)

1867—1868. Internationale Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee (s. Baden).

1868. Handels- und Zollvertrag (s. Nachträge).

Würzburg.

(Grossherzogthum.)

Das geistliche Reichsfürstenthum Würzburg kam, nachdem es 1803 säcularisirt worden, an Baiern; dann im Jahre 1805, im Austausche gegen Salzburg, an Ferdinand, den ehemaligen Grossherzog von Toscana, und zwar auch als Fürstenthum. Dem Rheinbunde trat Ferdinand als Grossherzog von Würzburg bei. Durch Abschluss des Wiener Congresses erhielt der Grossherzog wieder Toscana, und Würzburg fiel an Baiern zurück.

1805. Pressburger Frieden (s. Deutschland), durch welchen das Fürstenthum Würzburg an den Erzherzog Ferdinand, Churfürsten von Salzburg, kommt.

1806. Tractat zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Erzherzog Ferdinand, als Grossherzog von Würzburg, wegen Beitritts des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 15. September 1806.

(Martens, S. IV. 345.)

1807. Tractat zwischen dem König von Baiern und dem Erzherzog Ferdinand, Grossherzog von Würzburg, bezüglich der ritterlichen Besitzungen im Grossherzogthum Würzburg. Würzburg, 16. Juni 1807.

(Martens, S. IV. 402.)

1808. Freizügigkeitsvertrag zwischen Oesterreich und dem Grossherzogthum Würzburg. Würzburg, 24. Februar 1808.

(Neumann, II. 266.)

1808. Additionalartikel zu vorstehendem Vertrage, die gleichmässige Freizügigkeit der Pensionen betreffend. Würzburg, 10. Mai 1808.

(Neumann, II. 277.)

1808. Convention zwischen Oesterreich und dem Grossherzog von Würzburg, in Betreff der durch den Tausch von Salzburg gegen Würzburg veranlassten Entschädigungsansprüche. Würzburg, 25. October 1808.

(Neumann, II. 292.)

1815. Wiener Congress-Acte (s. Deutschland).

Zweibrücken.

(Herzogthum.)

Die geschichtlichen Notizen über dieses, von einer Unterlinie des Wittelsbach'schen Geschlechtes erworbene Land s. unter Pfalz.

1779. Beitritt des Herzogs von Zweibrücken zum Teschner Frieden (s. Deutschland). Teschen, 13. Mai 1779.

(Neumann, I. 245.)

Nachträge während des Druckes.

Zu Baiern:

1868. Verordnung der k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels, dass enthülster Reis, welcher im Streckenzuge aus Tirol über Baiern in andere Theile des allgemeinen österreichischen Zollgebietes eingeführt wird, als Reis italienischer Provenienz zu verzollen sei. Wien, 19. März 1868.

(R. G. B. 20, S. 51.)

1868. Königlich-baierische Ministerial-Erklärung, laut welcher die königlich-baierische Regierung der k. k. österreichischen Regierung über Anfrage der letzteren erklärt, die fortdauernde Giltigkeit des Cartels vom 10. Februar 1831 (s. Deutschland) und der durch den Bundesbeschluss vom 2. Juli 1863 herbeigeführten Abänderung desselben (ebenda) anzuerkennen, und damit einverstanden zu sein, dass von den beiderseitigen Regierungen auf die Vergütung der im Artikel 9 des obcitirten Cartels stipulirten, sogenannten Fangprämie (Taglie) verzichtet werde. München, 31. März 1868 *).

(Registratur des k. k. Ministeriums des Aeussern.)

1868. Vertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. Majestät dem König von Baiern, über den Anschluss der zur Grafschaft Tirol gehörigen Gemeinde Jungholz an das baierische Zoll- und indirecte Steuersystem; sammt Schlussprotokoll und Erklärung zum Artikel 14, Absatz 1 dieses Vertrages. Wien, 3. Mai 1868; von Sr. k. k. apostolischen Majestät ratificirt zu Prag am 22. Juni 1868, und in den beiderseitigen Ratificirungen zu Wien ausgewechselt am 26. Juni 1868.

(R. G. B. 78, S. 227.)

Zu Deutschland:

1868. Erlass des k. k. Finanzministeriums, mit Bekanntmachung jener an Eisenbahnen gelegenen Zollämter der betreffenden Staaten **), welche im Verkehr zwischen Oesterreich und dem deutschen Zollvereine zur Anwendung eines erleichterten Zollverfahrens im Sinne des Art. 17 des Vertrages vom 11. April 1865 (s. Deutschland) ermächtigt sind. Wien, 13. Jänner 1868.

(R. G. B. 7, S. 15.)

*) Aehnliche Vereinbarungen wurden auch mit Baden, Hessen und dem Königreich Sachsen getroffen.

**) Preussische, baierische, sächsische, württembergische, badische, hessische, thüringische, braunschweigische, oldenburgische, luxemburgische Aemter.

1868. Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät, zugleich in Vertretung des Fürstenthums Liechtenstein, einerseits, und Sr. Majestät dem König von Preussen, im Namen des norddeutschen Bundes und der zu diesem Bunde nicht gehörigen Mitglieder des deutschen Zoll- und Handelsvereins; nämlich: der Krone Baiern, der Krone Württemberg, des Grossherzogthums Baden und des Grossherzogthums Hessen, für dessen südlich des Main belegenen Theile, so wie in Vertretung des Ihrem Zoll- und Steuersysteme angeschlossenen Grossherzogthums Luxemburg, andererseits; — sammt Zollsätzen für die Ein- und Ausfuhr, Zoll-Cartel und Schlussprotokoll. Berlin, 9. März 1868; kaiserliche Ratificirung: Wien, 26. Mai; in den beiderseitigen Ratificirungen ausgewechselt zu Berlin, 30. Mai 1868.

(R. G. B. 52, S. 105.)

Zu Grossbritannien:

1868. Schifffahrtsvertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Ihrer brittischen Majestät. Wien, 30. April 1868; kaiserliche Ratificirung: Wien, 24. Juni; die Ratificirungen daselbst ausgewechselt am 26. Juni 1868.

(R. G. B. 87, S. 259.)

Zu Italien:

1868. Verordnung des k. k. Justizministeriums, wodurch die Verordnungen vom 22. Jänner 1853 und vom 29. Februar 1860, betreffend die Execution gerichtlicher Urtheile in Civilrechtssachen nach vorgängigem Delibations-Verfahren, wie solches in den Beziehungen zwischen Sardinien und der Lombardie einerseits, und Oesterreich andererseits, festgesetzt wurde (s. Sardinien), auch auf die Urtheile der königlich-italienischen Gerichte in Venedig anwendbar erklärt werden. Wien, 4. Juni 1868.

(R. G. B. 58, S. 187.)

C. Ueberreuter'sche Buchdruckerei (M. Salzer).

Juridischer Verlag
von Wilhelm Braumüller, k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler in Wien.

Der österreichische Staatsrath.

Eiue geschichtliche Studie

von

Dr. Carl Freiherrn von Hock.

Erste Lieferung.

Der Staatsrath unter Maria Theresia.

gr. 8. 1868. Preis: 80 kr. — 16 Ngr.

Das Buch ist wegen seines Gegenstandes und wegen der Quellen, die dem Verfasser zu Gebote standen, von grosser Bedeutung. Im Staatsrath ist seit seiner Entstehung alles berathen worden, was im Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung Gutes und Böses über Oesterreich gekommen ist. Aus seinen Acten lernt man das Für und Wider, die letzten Motive und Hebel der Entscheidungen kennen, und sowohl die Fürsten als ihre obersten Räthe zeigen sich von einer ganz neuen überraschenden Seite, in ihren täglichen gegenseitigen Beziehungen und ihren vertrautesten, nie für die Oeffentlichkeit bestimmten Aeusserungen. Diese Acten waren nun dem Verfasser vollständig zugänglich, und auch das geheime Haus-, Hof- und Staatsarchiv, so wie das Archiv des Finanzministeriums waren ihm eröffnet.

Die vorliegende 1. Lieferung bietet das besondere Interesse, dass sie eine der glücklichsten und geistig bewegtesten Perioden der Geschichte Oesterreichs darstellt, wo unter einer grossen Kaiserin und ihren weisen Räthen der Kampf der neuen mit der alten Zeit, der Wissenschaft, der bürgerlichen Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetze mit dem Vorurtheil, dem Aberglauben, der Erpressung, dem Vorrecht und dem Monopol mit Erfolg verheissender Kraft begonnen wurde.

Das ganze Werk ist auf 6 Lieferungen berechnet, und es ist Sorge getroffen, dass die einzelnen Lieferungen rasch aufeinander folgen. Nach Vollendung des Werkes tritt ein erhöhter Preis ein.

Das

ungarisch-österreichische Staatsrecht.

Zur Lösung der Verfassungsfrage historisch-dogmatisch dargestellt

von

Wenzel Lustkandl

Doctor der Rechte.

gr. 8. 1863. Preis: 4 fl. — 2 Thlr. 20 Ngr.

Da die dringende Nothwendigkeit eines auf die geschichtliche Entwickelung der Jahrhunderte gestützten Werkes von selbst einleuchtet, so erlaubt sich die Verlagshandlung nur auf den reichen und bedeutungsvollen Inhalt dieses Werkes aufmerksam zu machen.

Das Werk steht auf dem Standpunkte der Rechtscontinuität. Ein Volk kann, wie der Verfasser mit Deák übereinstimmend sagt, sein Recht nicht verwirken. Aber eben weil ein Volk sein Recht nicht verwirken kann, darum können auch die Völker Oesterreichs ihr Recht gegenüber Ungarn nicht verwirkt haben, das ihnen nach der ungarischen Verfassung selbst zusteht.

Das Werk stellt nun, tief in die Gesetze, namentlich in die Bestimmungen des corpus juris hungarici eindringend, dar, was sich denn im Laufe der Jahrhunderte bezüglich der Stellung Ungarns im Kaiserthum Oesterreich für ein Verhältniss herausgebildet hat, und führt diese Entwicklung nach allen Richtungen des Staatslebens, in Bezug auf den Regenten, die Regalien, Zoll- und Handelssachen, die Finanzen, das Militärwesen, die bereits vielfach stattgehabten gemeinsamen Verhandlungen und die noch zu vollziehenden Gebote der ungarischen Gesetze durch, untersucht die Stellung, welche die constitutionelle Reichsverfassung zu dieser bisherigen Entwickelung einnimmt, und gibt den Weg zur allseitig gerechten Lösung der ungarisch-österreichischen Differenzen an.

C. Ueberreuter'sche Buchdruckerei (M. Salzer).

Schn

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Vesque von Püttlingen, Johann,

Uebersicht der österreichischen Staatsverträge seit Maria Theresia bis auf die neueste Zeit, mit historischen Erläuterungen

Wien 1868

J.publ.e. 327 x
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10557324-0